DIE DDR-FORSCHUNG IN DER BUNDESREPUBLIK IN DEN SIEBZIGER JAHREN. POLITISCHE DETERMINANTEN UND THEORETISCHE PROBLEME.

Ein Beitrag zu Perzeptionsgeschichte Bundesrepublik – DDR.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

des

Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften

der Philipps-Universität

Marburg/Lahn

II

vorgelegt von

Olaf Cless

aus

Freiburg/Br.

1979

Marburg/Lahn 1978

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41546024_0007

UNIV.
LEIDEN
BIBL.

TEIL II

Kapitel 5

ZUR GESELLSCHAFTSTHEORETISCHEN LEITKONZEPTION: DIE TOTALITARISMUSTHEORIE

Der Begriff des Totalitären hat seinen Ausgangspunkt in der bürgerlich-liberalen Faschismus-Kritik der zwanziger und dreißiger Jahre. Dieser Ursprung in der Faschismus-Problematik ist auch direkt ablesbar am Wort selbst: "totalitär", "Totalitarismus" leitet sich her vom Sprachgebrauch des Mussolini-Faschismus.[1] Wie der Begriff so bezieht sich auch seine systematische Entfaltung zu einem Modell totalitärer Herrschaft ursprünglich ausschließlich auf den Faschismus.[2] Seit etwa Mitte der dreißiger Jahre dann wird jedoch die Tendenz spürbar, unter den Totalitarismus-Begriff sowohl faschistische als auch sozialistische Herrschaft zu subsumieren.[3] Diese identifizierende Variante der Totalitarismusdoktrin kommt jedoch erst 1946, mit der Aufkündigung der Anti-Hitler-Koalition und der Heraufkunft des Kalten

---

1) Vgl. L.B. Schapiro, Art. "Totalitarismus", S. 466; ausführlicher W. Schlangen, Theorie und Ideologie des Totalitarismus. Möglichkeiten und Grenzen einer liberalen Kritik politischer Herrschaft, S. 28ff.

2) Am bedeutsamsten in diesem Zusammenhang Franz L. Neumann, Behemoth. The Strukture and Practice of National Socialism 1933-1944, New York - London - Toronto (zuerst 1942) 1963 (Wiederabdruck der 2. Aufl. von 1944). Über diese frühe Phase unterrichtet W. Schlangen, a.a.O., S. 42-61.

3) Wie W. Schlangen belegt, werden hierbei die aus der Faschismusanalyse gewonnenen Bestimmungsmerkmale nahezu unverändert übernommen und unbesehen in den Dienst der identifizierenden Neuinterpretation gestellt. Dabei läßt man tendenziell alle "materiale(n) Differenzen zwischen faschistischem und kommunistischem Totalitarismus aus dem Blick verschwinden" (Schlangen, a.a.O., S. 66). Diese Differenzen hatten die liberalen Kritiker des Faschismus und des Bolschewismus bis dahin durchaus immer gewürdigt (vgl. die Belege bei W. Schlangen, S.44, 47-49, etc.).

Krieges, zum eigentlichen Durchbruch.[4] Seither muß die Identifizierung faschistischer und sozialistischer Herrschaft(sformen) als die Kernthese - und zugleich als das Kernproblem - der Totalitarismustheorie angesehen werden.[5] In der in den fünfziger Jahren erfolgenden Ausarbeitung der Theorie vollzieht sich dabei aber eine eindeutige Verlagerung des Interesses auf das sozialistische Herrschaftssystem: der Totalitarismus-Begriff erhält eine nahezu aus-

---

4) Zum Auftakt dieser Phase gehörte die Fulton-Rede von Winston Churchill 1946, in welcher er die "totalitäre Gefahr" des Kommunismus beschwor (vgl. G. Lozek, Genesis und Wirksamkeit der imperialistischen Totalitarismus-Doktrin). Zu den Urhebern der identifizierenden Totalitarismustheorie zählt auch die deutsche Sozialdemokratie bzw. deren rechter Flügel; hier läßt sich die Gleichung "rot = braun" bis weit in die Jahre der Weimarer Republik zurückverfolgen (vgl. E. Hennig, Zur Theorie der Totalitarismustheorien, oder: Anmerkungen zum Nimbus eines politischen Begriffs, S. 3ff.). Vollends im Zeichen der Totalitarismusdoktrin stand dann der Kurs der SPD unter Kurt Schumacher seit 1946 (vgl. R. Badstübner/S. Thomas, Restauration und Spaltung, bes. S. 155). Schumacher sah bekanntlich in den Kommunisten "rotlackierte Nazis". Einen Höhepunkt erreichte diese Propaganda im Berliner Wahlkampf im Herbst 1946 (vgl. W. Schickling, Als Berlin die Freiheit wählte, in: DZ v. 15.10.1976).

5) Zwar gab es und gibt es auch nicht-identifizierende Varianten der Totalitarismustheorie (z.B. M. Greiffenhagen, Der Totalitarismusbegriff in der Regimelehre, in: M. Greiffenhagen/R. Kühnl/J.B. Müller, Totalitarismus. Zur Problematik eines politischen Begriffs, S. 23ff.), jedoch erlangten sie nie jenen starken ideologiebildenden Einfluß, der für die identifizierende Form charakteristisch ist. Dies läßt sich nur erklären aus dem starken politisch-ideologischen Interesse, welches sich speziell an die letztere Form der Doktrin heftet (vgl. hierzu R. Kühnl, Zur politischen Funktion der Totalitarismustheorien in der BRD, in: M. Greiffenhagen/R. Kühnl/J.B. Müller, a.a.O., S.7ff.). Gegen diesen Interessendruck vermögen sich auch noch so gut gemeinte wissenschaftliche Neuformulierungen des Totalitarismusbegriffs per se nicht durchzusetzen (vgl. hierzu E. Hennig, Zur Theorie.., bes. S. 15f.).

schließlich antikommunistische Stoßrichtung, er wird zum "Gegenbegriff spezifisch 'westlicher' Wertpositionen".[6] Seit Beginn der sechziger Jahre dann entspinnt sich in der Kommunismusforschung eine Diskussion um die Brauchbarkeit des Totalitarismuskonzepts zur Analyse der aktuellen Entwicklung im Sozialismus, in deren Verlauf die verschiedenartigsten Relativierungen und Modifikationen an dem Konzept vorgenommen werden. Seither herrscht ein Zustand, der eher auf die "Auflösung der Totalitarismus-Konzeption"[7] hindeutet als auf ihre nochmalige Vereinheitlichung und Konsolidierung. Andererseits leben aber die grundlegenden Kategorien der Totalitarismus-Auffassung, lebt vor allem das dichotomische Schema "Demokratie -

---

6) M. Jänicke, Totalitäre Herrschaft. Anatomie eines politischen Begriffs, S. 92. P. Graf Kielmannsegg verwendet relativ viel Platz für eine Polemik gegen eine angeblich weitverbreitete Art der Totalitarismus-Kritik, die sich lediglich darüber moquiere, daß die Totalitarismustheorie eine praktische ideologische Funktion erfülle (vgl. P. Graf Kielmansegg, Krise der Totalitarismustheorie?, S. 312 - 314). Als einziges Beispiel nennt er den bereits erwähnten Aufsatz von R. Kühnl (siehe Anm. 5). Tatsächlich aber entwickelt hier R. Kühnl nicht nur die Grundzüge einer inhaltlichen Argumentation, sondern erklärt auch ausdrücklich: "Mit dem Nachweis, daß eine politische Theorie bestimmten gesellschaftlichen Interessen nützt, ist über ihren wissenschaftlichen Wert noch nichts ausgesagt. Die Frage nach dem Wahrheitsgehalt der Totalitarismustheorie muß also gesondert geprüft werden..." (R. Kühnl, Zur politischen Funktion..., S. 15). - An dieses Prinzip wird sich auch unsere vorliegende Erörterung halten (wobei die Frage nach der politischen Funktion sogar eher zu kurz kommen wird, gemessen daran, was zur umfassenden Würdigung des politischen Begriffs und Schlagwortes "Totalitarismus" notwendig wäre).

7) W. Schlangen, Der Totalitarismus-Begriff, S. 26

Diktatur" auch in den neueren Ansätzen der Kommunismusforschung unerörtert fort.[8] Hierin kommt zum Ausdruck, daß die nichtmarxistische kritische Diskussion um das Totalitarismuskonzept nie bis zu dessen eigentlichen Grundprämissen vorgestoßen ist. Dieser Umstand begünstigt auch die jüngsten, wieder verstärkt zu bemerkenden Versuche, die Totalitarismustheorie in mehr oder weniger althergebrachter Gestalt neu zu beleben.[9] An diesen Versuchen fällt im übrigen auf, daß sie sich nur sehr vordergründig mit den bisher von marxistischer Seite vorgebrachten Argumenten gegen das Totalistarismuskonzept auseinandersetzen oder sie teilweise auch gar nicht zur Kenntnis nehmen. Dies soll uns ein zusätzlicher Anlaß sein, die Problematik dieses Konzepts hier von neuem aufzuwerfen.

1. Entmaterialisierung des Gesellschaftlichen, Formalisierung der Ideologie

Vergegenwärtigen wir uns zunächst die zentrale These der Totalitarismustheorie. Sie beinhaltet, in der Formulierung von C.J. Friedrich, "daß die totalitäre Diktatur historisch einzigartig und sui generis ist und ... daß die faschistischen und kommunistischen totalitären Diktaturen in ihren wesentlichen Zügen gleich sind, d.h. daß sie sich untereinander mehr ähneln als anderen Systemen staatlicher Ordnung..."[10] Und zwar sind, wiederum nach Friedrichs klassischem,

---

8) Siehe unten, S. 402ff.

9) P. Graf Kielmansegg, Krise der Totalitarismustheorie?; Karl D. Bracher, Der umstrittene Totalitarismus: Erfahrung und Aktualität, in: ders., Zeitgeschichtliche Kontroversen um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie, S. 33ff.

10) C.J. Friedrich, Totalitäre Diktatur, S. 15

wenn auch mittlerweile vielfach abgeändertem Modell, die "entscheidenden Wesenszüge, von denen wir behaupten, daß sie allen totalitären Diktaturen gemeinsam sind und ihre Gestalt ausmachen, ... die sechs folgenden: eine Ideologie, eine Partei, eine terroristische Geheimpolizei, ein Nachrichtenmpnopol, ein Waffenmonopol und eine zentral gelenkte Wirtschaft."[11]

Der grundsätzliche Einwand, der - immer wieder - gegen eine solche identifizierende Betrachtungsweise erhoben wurde und weiterhin zu erheben ist, lautet, daß hier "über formalen Ähnlichkeiten das Inhaltliche, die besondere gesellschaftliche Trägerschaft, der Unterschied zwischen Privateigentum und Gemeineigentum an den Wirtschaftsmitteln und der tiefere soziale Zweck jeweiliger Machtausübung vernachlässigt" wird.[12] Die Totalitarismustheoretiker versuchen diesen Einwand dadurch aufzufangen, daß sie die Existenz gewisser ökonomischer, sozialer und ideologischer Unterschiede zwischen faschistischen und sozialistischen Herrschaftssystemen durchaus einräumen, gleichwohl aber "die gemeinsame oder vergleichbare totalitäre Komponente als vorrangig gegenüber allen Unterscheidungen zwischen linken und rechten, progressiven oder reaktionären Regimen" hinstellen.[13] Häufig erleichtern sich dabei allerdings diese Theoretiker dadurch ihre Beweisführung, daß sie die fraglichen Unterschiede zwischen den Herrschaftssystemen unter der Hand auf bloß ideologische reduzieren. Diese Verkürzung der Problematik wird dann obendrein noch als authentische und zentrale Position der Kritiker der Totalitarismustheorie ausgegeben. So behauptet Bracher, die "von den Kritikern der Totalitarismustheorie

---

11) ebda., S. 19

12) W. Hofmann, Was ist Stalinismus?, in: ders., Stalinismus und Antikommunismus. Zur Soziologie des Ost-West-Konflikts, S. 17

13) K.D. Bracher, Der umstrittene Totalitarismus..., S. 55

immer wieder emphatisch vorgebrachten Argumente für eine prinzipielle Unvergleichbarkeit von faschistischen und kommunistischen Systemen (seien) ... Argumente, die sich wesentlich auf die radikalen Unterschiede der Ideologie stützen."[14] Davon kann in Wirklichkeit überhaupt nicht die Rede sein. Bracher hätte sich durch einen Blick in auch nur eine einzige einschlägige Veröffentlichung, beispielsweise in das populärwissenschaftliche Bändchen von Greiffenhagen/Kühnl/Müller, leicht davon überzeugen können, daß die Kritik an der Totalitarismustheorie vor allem ansetzt am gegensätzlichen "soziale(n) Inhalt"[15], an den "ganz unterschiedlich geordneten Produktionsverhältnissen"[16], den "sozioökonomischen Strukturen"[17] in den fraglichen Herrschaftssystemen, und daß sie die Unterschiede in den Ideologien nicht losgelöst erörtert von jenen gesellschaftlichen Verhältnissen und der ihnen entsprechenden gesellschaftlich-politischen Praxis.

Dies alles ignorierend[18], kann Bracher die aufs Nur-Ideologische, auf den bloßen "Buchstabe(n) der reinen Lehre"[19], aufs "Vokabular"[20], auf die ideologische "Selbsteinschätzung"[21] der jeweiligen Herrschaftsordnungen zusammengeschrumpften Differenzen zwischen diesen sowohl zugestehen als auch für insgesamt unmaßgeblich

---

14) ebda., S. 54

15) R. Kühnl, Zur politischen Funktion..., S. 17

16) J.B. Müller, Kommunismus und Nationalsozialismus. Ein sozio-ökonomischer Vergleich, in: M. Greiffenhagen/R. Kühnl/J.B. Müller, a.a.O., S. 61

17) M. Greiffenhagen, Der Totalitarismusbegriff..., S. 51

18) Symptomatisch erscheint, daß Bracher in seiner angefügten Auswahlbibliographie nicht einen einzigen konsequenten Kritiker der Totalitarismustheorie aufführt (vgl. Der umstrittene Totalitarismus, S. 60f.). Entsprechend wendet er zur direkten Auseinandersetzung mit diesen Kritikern ganze acht Zeilen grober Polemik auf (vgl. S. 51)

19) K.D. Bracher, Der umstrittene Totalitarismus, S. 54

20) ebda., S. 44

21) ebda., S. 50

erklären. Solchen ideologischen Etikettenunterschieden gegenüber stellt sich natürlich "die Ähnlichkeit fundamentaler Methoden und Prozesse der Herrschaft"[22] in beiden Systemen als weit gewichtiger dar. Mehr noch: diese als totalitär interpretierten Phänomene erscheinen, nachdem alle anderen ökonomischen und sozialen Grundtatbestände aus dem Blickfeld verbannt worden sind, als Inbegriff der in den betreffenden Systemen vorfindlichen "politisch-sozialen und menschlichen Realität"[23], als Inbegriff ihrer "realen Herrschaftsstrukturen"[24], ja geradezu als Synonym für ihre "Realität" schlechthin[25]. Diese sogenannte Realität besteht aus nicht mehr als einigen abstrakten Bestimmungen ähnlich den bei C.J. Friedrich aufgezählten: aus der Tatsache der Existenz einer "offizielle(n) Ideologie"[26], einer "zentralisierte(n), einheitspolitische(n) ... Massenbewegung"[27] mit "außergewöhnliche(r) Stellung des Führers"[28], der "Kontrolle aller relevanter Mittel der Kommunikation und des Zwangs" 29), der "bürokratische(n) Kontrolle der Ökonomie und der sozialen Beziehungen"[30], usw. So wird das zuvor von allen sozioökonomischen Qualitäten gereinigte Bild restlos ausgefüllt mit verselbständigten Einzelphänomenen der politischen Szenerie.

Auch P. Graf Kielmansegg bedient sich bei seinem Versuch, die Totalitarismustheorie zu verteidigen, der zweifelhaften Methode, die Gegensätze zwischen faschistischen und sozialistischen Systemen von vornherein nur

---

22) ebda., S. 59
23) ebda., S. 54
24) ebda., S. 50
25) ebda., S. 40, 52
26) ebda., S. 42
27) ebda.
28) ebda., S. 53
29) ebda., S. 42
30) ebda., S. 43

auf der ideellen, ideologischen Ebene anzusiedeln, diese verkürzte Auffassung sodann als "Schlüsselargument"[31] der Kritiker selbst auszugeben, um es schließlich bequem beiseite zu schieben. Und zwar lautet hier die besondere Unterstellung, es ginge den Kritikern der Totalitarismustheorie nur darum, zur Beurteilung der betreffenden Systeme statt nur deren "Herrschaftstechniken" auch deren "Herrschaftsziele" gebührend zu würdigen.[32] Nun ist zwar in kritischen Erörterungen zur Totalitarismustheorie tatsächlich häufig die Rede von den Zielen und ihrer Gegensätzlichkeit in Faschismus einerseits und Sozialismus andererseits. "Die politischen Ziele und Zwecke ... sind ... völlig entgegengesetzt", schreibt z.B. Kühnl.[33] Aber es ist von diesen Zielen nicht spekulativ und losgelöst die Rede, sondern gerade im Kontext einer realen Analyse der betreffenden Herrschaftssysteme; gemeint sind Ziele, die sich ganz real und erkennbar im gesellschaftlichen System ausdrücken, die ihm immanent sind, sich in der gesellschaftlichen Entwicklungsdynamik materialisieren; gemeint sind die objektiven Interessen, die im jeweiligen System zur Geltung kommen.[34] Kielmansegg jedoch ignoriert ebendiese realanalytischen Befunde, aufgrund derer die Kritiker der Totalitarismustheorie von der Gegensätzlichkeit der Herrschaftsziele und -zwecke sprechen, und stellt es als eine völlig offene Frage hin, ob den Herrschaftszielen überhaupt eine hand-

---

31) P. Graf Kielmansegg, Krise der Totalitarismustheorie?, S. 314, Anm. 7

32) ebda., S. 314, 316

33) R. Kühnl, Zur politischen Funktion..., S. 18

34) In dieser materialistischen, realgesellschaftlichen Bedeutung benutzt auch R. Kühnl die Begriffe "Ziel" und "Zweck", was jedoch Kielmansegg in seiner Bezugnahme auf Kühnl ignoriert. Er greift auch das Argument der Kritiker der Totalitarismustheorie auf, "mit der Hervorhebung 'formaler' Ähnlichkeiten verschleiere man fundamentale 'inhaltliche' Unterschiede" (Krise der Totalitarismustheorie?, S. 316), ohne auch nur entfernt anzudeuten, was die Kritiker mit diesen Kategorien "formal" und "inhaltlich" denn konkret meinen. Solche substanzarmen Formen der Auseinandersetzung erscheinen nicht gerade als Zeichen der Stärke der Verteidiger der Totalitarismustheorie.

greifliche Bedeutung im Gesellschaftsprozeß zukomme.[35] Die Antwort hierauf ist freilich schon vorentschieden durch die Verdrängung der sozioökonomischen Dimension aus dem herrschaftsanalytischen Ansatz, der auf diese Weise nur noch gewisse strukturelle "Konstanten der Herrschaftspraxis"[36] sehr formaler Art erfaßt. In der Tat unterläßt Kielmansegg in der weiteren Entfaltung seiner totalitarismustheoretischen Modellvariante jeglichen Versuch, den konkret-inhaltlichen Zielen und Interessen, wie sie in den unterschiedlichen politischen Systemen zum tragen kommen, Geltung in seinem Aussagesystem zu verschaffen. Sein Modell ist im Gegenteil prinzipiell indifferent gegenüber den Inhalten von Politik. Diese Indifferenz wird wiederholt ausdrücklich als die angemessene Methode hingestellt: "Überhaupt erscheint es als zweckmäßig", heißt es einmal, "das Augenmerk nicht auf diese oder jene bestimmte Form der Sanktionspraxis, sondern auf das Sanktionspotential zu richten ... Es gibt ... durchaus unterschiedliche Möglichkeiten der Handhabung eines solchen Potentials, gleichwohl bestimmt es als Potential den Charakter des Systems."[37] Oder es wird davon gesprochen, daß in sog. totalitären Systemen die "extreme Mobilisierung einer Gesellschaft für einen bestimmten Zweck" betrieben werde, "wobei die Zwecke durchaus unterschiedlicher Natur sein können."[38] Welcher Natur sie nun tatsächlich sind im konkreten Fall, das liegt jenseits von Kielmanseggs Erkenntnisinteresse

---

35) Vgl. P. Graf Kielmansegg, Krise der Totalitarismustheorie?, S. 317. Als ob fünfzig Jahre Erforschung von Sozialismus bzw. Faschismus noch immer zu keinerlei Anhaltspunkten geführt hätten, schreibt Kielmansegg: "Erkenntnisse über die Herrschaftsziele eines Systems stehen ... nicht als Ausgangsdaten, sondern nur als Ergebnis analytischer Bemühungen zur Verfügung." (S. 317)

36) ebda., S. 316, 317

37) ebda., S. 325

38) ebda., S. 326

und Kategoriensystem; der Tatbestand einer "Mobilisierung" an sich, die Existenz eines hohen "Sanktionspotentials" an sich genügt ihm zum Begreifen einer Gesellschafts- und Herrschaftsordnung.[39] Angesichts dieses systematischen Desinteresses für die Herrschaftsinhalte und -ziele kann es nur als Täuschung oder Selbsttäuschung gewertet werden, wenn Kielmansegg dem Formalismus-Vorwurf der Kritiker der Totalitarismustheorie mit dem Argument entgegentritt, "die 'Inhalte' der Politik ... (fänden) ja in der Beschreibung der Struktur eines politischen Systems Berücksichtigung, insoweit sie nämlich in einer relativ dauerhaften Herrschaftspraxis in Erscheinung treten."[40] Wie sollen sie Berücksichtigung finden, wenn der Begriff der Herrschaftspraxis im Ansatz bereits derart restringiert ist, daß er nur noch gewisse abstrakte Strukturmerkmale des politischen Prozesses (seien sie als solche zutreffend oder nicht) einschließt? Wie sollen die Inhalte der Politik das "Ergebnis analytischer Bemühungen"[41] mitprägen, wenn sich die analytischen Bemühungen erst gar nicht auf jene Inhalte erstrecken; wenn - um noch ein konkretes Beispiel aus dem Aufsatz von Kielmansegg heranzuziehen - solche Fragen wie die nach den "Bildungschancen und Berufschancen, ... Chancen der Befriedigung materieller Bedürfnisse und Kommunikationschancen" nicht etwa zu dem Zweck aufgeworfen werden, hierüber konkrete Untersuchungen anzustellen, sondern schlicht nur dazu, um

---

39) Wir klammern hier vorerst noch die Frage aus, ob die formalen Kriterien der Totalitarismustheorie, bei allem Formalismus, immerhin an sich zutreffend seien; ob z.B. das Merkmal der "nicht an kontrollierbare Bedingungen gebundene(n) Macht" (ebda., S. 325) für alle der von Kielmansegg gemeinten sog. totalitären Herrschaftssysteme empirisch zutreffe.

40) ebda., S. 317

41) ebda.

die These von der "unbegrenzten Verfügungsgewalt über die Gesamtheit der Lebenschancen des Einzelnen", die das "totalitäre" System innehabe, zu illustrieren?

Wie bei Bracher werden so auch bei Kielmansegg die sozialen Inhalte eo ipso aus dem realanalytischen Raster verdrängt und in die Sphäre purer Ideologie verbannt. Dadurch ist bereits vorentschieden, daß von diesen Inhalten und Zielen kein wesentlicher Einfluß auf die Formulierung der theoretischen Grundaussagen mehr ausgehen kann. Daran ändern auch die gegenteiligen Beteuerungen von Kielmansegg nichts. Im Lichte der formalistisch als "totalitär" gedeuteten Realität - wobei natürlich die formalistische Methode ihrerseits einer ganz bestimmten inhaltlichen und wertenden Deutung dient - können die jeweiligen ideologischen Inhalte garnicht mehr anders denn als vorgeschobene "Selbstilisierung" und "Camoufflage"[42] erscheinen. Wo die totalitarismustheoretische Darstellung eines Herrschaftssystems als dessen einzigen Zweck die Aufrechterhaltung dieses Systems selbst, als einzigen Zweck also den Selbstzweck wahrhaben will - denn dies ist die einzige Zweckbestimmung, die eine von allen konkret-gesellschaftlichen Zwecken abstrahierende Betrachtung formulieren kann[43] -, da bleibt für alle konkreten, im ideologischen System formulierten Zwecke kaum mehr eine andere Funktion übrig als die "der bloßen Rechtfertigung bestehender Machtstrukturen"[43a], also als die Funktion der mehr oder weniger geschickten und anspruchsvollen Bemäntelung des to-

---

42) K.D. Bracher, Der umstrittene Totalitarismus..., S. 50, 56

43) Tatsächlich meint denn auch Kielmansegg, "daß die Sicherung des Entscheidungsmonopols Vorrang vor allen ideologisch vorgegebenen Herrschaftszielen" hat (Krise..., S. 326), ja, daß "die Sicherung dieses Monopols... auch ihr Zweck wird" (ebda.). Eine solche Tautologie entspringt Kielmanseggs abstrakter Auffassungsweise, nicht der Wirklichkeit selber.

43a) ebda., S. 317. Eine weitere "totalitäre" Funktion erfüllt die Ideologie "als Instrument monopolistischer Steuerung sozialen Verhaltens" (ebda., S. 327).

talitären System-Selbstzwecks.

Die Formalisierung der Betrachtungsweise greift damit aber auch auf die Betrachtung der Ideologie selbst über. Denn die Beurteilung der Ideologie als Verhüllungsinstrument "totalitärer" Macht bedingt ihrerseits ein relatives Desinteresse an deren Inhalt. Die qualitativen Unterschiede etwa der marxistisch-leninistischen Ideologie, welche diese gegenüber faschistischen Ideologien aufweist, erscheinen letztlich als wenig lohnenswertes Objekt für Erkenntnisanstrengungen, wenn doch von Anfang an feststeht, daß sowohl dieser als auch jener Ideologie wesentlich nur die Aufgabe zukommt, "totalitäre Herrschaft" zu rechtfertigen. Dementsprechend gesteht man zwar beiläufig diese qualitativen Unterschiede der Ideologien zu, spricht auch ohne Zögern von "den bekannt großen Unterschieden rechter und linker Doktrinen" [44], deutet die ideengeschichtliche Verwandtschaft des Marxismus mit der Aufklärung an[45] usw., setzt sich aber keineswegs im einzelnen mit den Aussagen der sozialistischen Ideologie, mit den Zielsetzungen, die sie hinsichtlich der neuen Gesellschaftsordnung definiert, auseinander.[45a] Die oben geschilderte Verlegung realgesellschaftlicher Qualitätsmerkmale in die Sphäre

---

44) K.D. Bracher, Der umstrittene Totalitarismus, S. 41

45) Z.B. L.B. Schapiro, Art. "Totalitarismus", S. 472

45a) Eine entsprechende Beobachtung macht W. Gestigkeit im Fall der totalitarismustheoretisch inspirierten Geschichtsschreibung: "Indem der Gegensatz der beiden Parteien (NSDAP und KPD, O.C.) nicht verschwiegen, sondern gleichsam nebenher auch erwähnt wird, ist die Akzentuierung auf einen gemeinsamen Nenner besonders eindringlich. Die Gegensätze, einmal erwähnt, werden unmerklich dem Blick entzogen." (W. Gestigkeit, Die Totalitarismus-Legende. Das Ende der Weimarer Republik im offiziellen Geschichtsbild der BRD, S. 329f.)

des Nur-Ideologischen[46] führt also keineswegs, wie man vielleicht annehmen könnte, dazu, daß nun immerhin innerhalb dieses Rahmens eine konkrete Entfaltung des inhaltlichen Unterschieds zwischen faschistischer und sozialistischer Ideologie stattfände. Vielmehr setzt sich auch hier das Vorverständnis durch, daß es sich eben beide Male letztlich doch um "totalitäre"Ideologien handle. Das Abstrahieren von den Inhalten, zuerst bei der Betrachtung der gesellschaftlichen und politischen Realität angewandt, reproduziert sich nun noch einmal auf der Stufe der Ideologiebetrachtung. Wie das Herrschaftssystem in dieser Sicht wesentlich als abstrakte Form erscheint, so erscheint die Ideologie entsprechend als System von "Leerformeln".[47] Wie dort der machtpolitische Selbstzweck vor allen konkret qualifizierten Zwecken rangiert, so rangiert die machtpolitische Rechtfertigungsfunktion der Ideologie vor aller inhaltlichen Aussagekraft, die sie möglicherweise besitzt. Die Beschäftigung mit der Ideologie - d.h. faktisch immer der marxistischen Ideologie - gerät zum Aufspüren eines in ihr allenthalben vermuteten "verborgenen Machtzweck(s)"[48] und zum Herausdestillieren eines vermeintlichen spezifisch "totalitären" Fluidums.

---

46) Vgl. auch, zusätzlich zu den schon angeführten Belegen, die wiederholten Formulierungen folgender Art bei K.D. Bracher: "... nicht die ideologische 'Qualität', sondern der totalitäre Anspruch dieser Diktaturen..." (Der umstrittene Totalitarismus, S. 35); "... Nicht die ideologische 'Qualität' der verschiedenen Regime, sondern ihre Fähigkeit zur Indoktrination und Druckausübung ..." (ebda., S. 43), usw. Deutlich ist hier erkennbar: "Qualität" als Kategorie der Gesellschaftsbetrachtung ist für Bracher nur als etwas Ideelles existent.

47) P. Graf Kielmansegg, Krise..., S. 327. Vgl. u.a. auch P.C. Ludz, Entwurf einer Typologie des Ideologiebegriffs, in: ders., Ideologiebegriff und marxistische Theorie, S. 83

48) W. Hofmann, Zur Soziologie des Antikommunismus, S. 144

Bisweilen findet man das Desinteresse für den realen Inhalt des Marxismus(-Leninismus) direkt proklamiert als die angemessene Erkenntnishaltung; "Wichtiger als der Inhalt der (marxistischen, O.C.) Ideologie selbst, die mögliche Richtigkeit ihrer Maximen und Schlüsse, ist ... das, was man ihren Zugriff oder ihren Charakter nennen kann", meint H. Rudolph und fährt fort; "Es ist nicht so interessant, ob es beispielsweise von der Sache her vertretbar ist, die deutsche Geschichte als Ringen von 'fortschrittlichen' und 'reaktionären' Kräften zu interpretieren ... Schwerer wiegen Art und Weise dieser Interpretation und die Physiognomie, die die Geschichte erhält, wenn sie so gedeutet wird..."[49]

Einige typische Fälle solcher nicht-inhaltlicher Behandlung der marxistischen Ideologie seien hier kurz aufgeführt. Da ist es einmal in der totalitarismustheoretischen Literatur gang und gäbe, wohl die große Bedeutung der Ideologie hervorzuheben, ihren Inhalt aber ungenannt zu lassen. Wenn etwa C. Burrichter erklärt, die "einzelnen Subsysteme der DDR-Gesellschaft" seien "funktional nicht allein und isoliert auf die höchstmögliche Effektivität des Systems zugeordnet, sondern auch auf angebbare ideologische Zielstellungen"[50], gleichwohl jedoch im ganzen Aufsatz diese "angebbaren" Ziele nicht angibt - obwohl es doch unbedingt wissenswert wäre, worauf denn nun, wenn nicht nur auf "Effektivität", die Gesellschaftsbereiche der DDR bezogen sind -, so ist das eine in der Kommunismusforschung ganz und gar typische Erscheinung.[51] Oder es wird, ebenfalls

---

49) H. Rudolph, Die Gesellschaft der DDR - eine deutsche Möglichkeit?, S. 81

50) C. Burrichter, Fragen zu einer soziologischen Theorie ..., S. 710

51) Vgl. etwa auch Brzezinskis Definition, wonach sich der "Totalitarismus" u.a. dadurch auszeichnet, daß hier "eine totale gesellschaftliche Revolution" stattfindet, und zwar "auf der Grundlage bestimmter (! O.C.)

(Forts. nächste Seite)

Symptom des gezielten Desinteresses an der Spezifik unterschiedlicher Ideologien, in einem Atemzug Unvereinbares aufgezählt: "totalitäre" Ideologien, so meint z.B. Bracher, rechtfertigten stets verbrecherisches Handeln "zugunsten 'höherer' Ideale nationaler oder rassischer, sozialer oder klassenpolitischer Art."[52] Ob also rassistische Menschenverachtung oder umfassende sozial-politische Programmatik - beides läuft hiernach im Grunde auf dasselbe, auf "Totalitarismus" hinaus. Als einzigen Kriteriums solch schwerwiegender Identifizierung bedarf es, dieser Sichtweise gemäß, lediglich eines gewissen umfassenden ("totalen") Charakters des ideologischen Entwurfs; bedarf es der Perspektive aufs Ganze zielender Gesellschaftsveränderung. Daß von einer solchen radikalen Zielsetzung im Falle des Faschismus ernstlich garnicht die Rede sein kann, wird dabei übergangen und stattdessen das pseudorevolutionäre Täuschungsmanöver des Faschismus in fataler Weise auf der wissenschaftlichen Ebene wiederholt; So avanciert der Faschismus bei Bracher zur "Revolution"[53], zu einer Bewegung, die den "revolutionäre(n) Umbau von Staat und Gesellschaft"[54], ja, die "Überwindung der Klassengesellschaft" 55) anstrebt. Mithilfe des Kriteriums der "Totalität des Regimes" werden bisweilen sogar sämtliche utopischen Entwürfe der abendländischen politischen Geistesgeschichte in die Rubrik "totalitärer" Ideologie eingeordnet; "der Staat eines Morus oder Platon (ist) nicht besser als der eines Hitler oder Stalin", faßt H.

Forts. Anm. 51)
... ideologischer Vorstellungen" (Z. Brzezinski , Totalitarianism and Rationality, zit. nach B. Seidel/ S.Jenkner (Hrsg.), Wege der Totalitarismusforschung, S. 273).

52) K.D. Bracher, Der umstrittene Totalitarismus, S. 56 (Herv.heb.: O.C.)

53) ebda., S. 45

54) ebda., S. 48

55) ebda., S. 42

Löffler die Ergebnisse seiner diesbezüglichen Studien zusammen.[56]

Eine weitere Spielart äußerlich bleibender Befassung mit der (marxistischen) Ideologie bilden all jene Untersuchungen, in denen versucht wird, aus konkreten Aussagen des ideologisch-theoretischen Gebäudes oder auch aus der Tatsache ihrer Modifizierung jeweils einen besonderen Rechtfertigungssinn und Machtzweck herauszulesen, und zwar nichts als das. Programmatisch formuliert diese Herangehensweise C.P. Ludz: "Analytisch-erkenntnisaufschließend ist der Ideologiebegriff insofern, als mit ihm Funktions- oder konkreter: Macht- und Herrschaftszusammenhänge in der Gesellschaft aufgedeckt werden können."[57] Das heißt: Erkenntnisse verspricht man sich nicht von der inhaltlichen Aussage der Ideologie - sie hält man ja auch per definitionem für ein bloßes "System von Glaubenssätzen"[58] -, sondern nur vom Zwischen-den-Zeilen-Lesen. Da man sich von vornherein dazu entschlossen hat, die "Frage nach 'der' Wahrheit auszuklammern"[59], bleibt nur noch die Frage nach der Funktion übrig. Die Theoreme des Marxismus werden zur "Chiffre", die es zu deuten gilt.[60] So wird bei Ludz

---

56) H. Löffler, Macht und Konsens in den klassischen Staatsutopien. Eine Studie zur Ideengeschichte des Totalitarismus, Köln-Berlin-Bonn-München 1972, S. 186. Zur Kritik an Löffler siehe E. Hennig, Theorie der Totalitarismustheorien, S. 9f.

57) P.C. Ludz, Parteielite im Wandel, S. 45

58) ebda., vgl. auch oben Kapitel 4, Anm. 261

59) Parteielite im Wandel, S. 48. Auch in der jüngsten Einleitung ("Ideologie und Ideologiebegriff") zu seinem Sammelband "Ideologiebegriff und marxistische Theorie" löst Ludz den Wahrheitsbegriff "pragmatisch-funktionalistisch" (S. 17) auf.

60) P. C. Ludz, Entwurf einer soziologischen Theorie totalitär verfaßter Gesellschaft, S. 25. In der bürgerlichen Massenpresse ist diese Methode der Mystifizierung marxistischer Begriffe und ihrer anschließen-

(Forts. nächste Seite)

z.B. das dialektische Grundgesetz der doppelten Negation einfach als eine Formel gedeutet, die kraft ihres "harmonisierenden, integrierenden Charakter(s)" die stabilisierte sowjetische Gesellschaftsordnung seit den fünfziger Jahren "zu interpretieren hat".[61] Oder es wird die Aussage eines sowjetischen Marxisten, daß die Ideologie nur einen Teil des gesellschaftlichen Bewußtseins insgesamt bilde, schlicht als das verklausulierte Eingeständnis verbucht, daß die totale ideologische Beherrschung der sowjetischen Bevölkerung nachgelassen habe.[62] Die Frage, ob die betreffenden Theoreme des Marxismus "nicht auch echte theoretische, erkenntnisaufschließende Momente in sich " bergen, bleibt nicht zufällig in bestimmten Aufsätzen, sondern praktisch bis heute insgesamt "unerörtert".[63] Unter solchen Umständen

---

Forts. Anm. 60
den inhaltlichen Umfärbung längst zur Routine geworden. Den Begriff des "proletarischen Internationalismus" z.B. verklärt man zum geheimnisvollen "Codewort" (FR v. 13.1.1977), dessen Entschlüsselung freilich schon zu Anfang fertig war: es bedeutet die Inthronisierung der "Sowjetunion zur unumstrittenen Führungsmacht" (ebda.). Ebenso aber auch U. Neuhäußer-Wespy: Die marxistische Theorie von den drei Hauptströmen des revolutionären Weltprozesses interpretiert er mit den Worten: "Es ist nicht zu verkennen, daß darin der Versuch der Sowjetunion zum Ausdruck kommt, ihren Hegemonieanspruch ... theoretisch oder ideologisch abzusichern" (Die SED und die Historie, S. 33).

61) P.C. Ludz, Totalitarismus oder Totalität? (Zur Erforschung bolschewistischer Gesellschafts- und Herrschaftssysteme), S. 137f.

62) Vgl. P.C. Ludz, Konflikttheoretische Ansätze im historischen Materialismus, S. 672. An der - sogar mitzitierten - sehr einleuchtenden theoretischen Begründung, die der sowjetische Autor seiner These nachschickt (vgl. ebda.), ist Ludz nicht interessiert.

63) P.C. Ludz, Totalitarismus oder Totalität? Derartige Unzuständigkeitserklärungen bezüglich des konkreten Inhalts marxistischer Theoreme sind ständige Begleiterscheinungen in diesem Zusammenhang. Dafür noch ein Beispiel: Die Korrektur an der Interpretation der DDR-Frühgeschichte, welche die DDR-Historiographie in

(Forts. nächste Seite)

müssen die Versuche, einzelne Aspekte von Ideologie "mit dem entsprechenden gesellschaftlich-ökonomischen Zustand zu relationieren"[64], muß die Suche nach hintergründigen funktionalen Bezugspunkten in der Ideologie bzw. Theorie zu sehr vordergründigen Feststellungen führen.

Während Ludz sich trotz allen Formalismus' seiner Marxismusbeschäftigung noch einen Blick für die weitreichenden Unterschiede zwischen sozialistischer und faschistischer Ideologie bewahrt hat[65], liefert Topitsch dagegen die direkte Verlängerung der Totalitarismustheorie auf dem Feld der Ideologiebetrachtung. Vermittels formaler Ana-

---

Forts. Anm. 63)

jüngerer Zeit dahingehend vorgenommen hat, daß sie den Umschlag in die Phase der sozialistischen Umwälzung bereits auf das Jahr 1949 datiert (statt wie früher auf 1952), will U. Neuhäußer-Wespy erklären aus einem politisch motivierten "Bestreben um Angleichung der DDR-Geschichte an die Entwicklung in den anderen Ländern des Sowjetblocks" (Die SED und die Historie, S. 40). Die Frage, ob nicht tatsächlich gute wissenschaftliche Gründe für die besagte Neuinterpretation sprechen, läßt Neuhäußer-Wespy bezeichnenderweise liegen: "Es ist im Rahmen dieser Studie nicht möglich und es erscheint auch nicht geboten, in eine Kritik dieses modifizierten Periodisierungsschemas einzutreten..." (ebda., S. 41.)

64) ebda.

65) "Prinzipiell ist ... von der ex origine fehlenden Rationalität, der Willkürlichkeit, dem beliebig besetzbaren Aktivismus, der Unabgeschlossenheit, der ideologisch nicht fixierten Manipulation von Macht in der 'nationalsozialistischen Weltanschauung' auszugehen ... nur im Marxismus-Leninismus ... ist Ideologie zu einem Lehrgebäude ausgebaut worden." (P.C. Ludz, Entwurf einer Typologie des Ideologiebegriffs, S. 85) "... verhängnisvoll ist es, von der totalitären Ideologie zu sprechen..." (ders., Totalitarismus oder Totalität, S. 133).

logien stellt er marxistisches und faschistisches Denken auf ein und dieselbe Stufe. So erscheinen dann das nationalsozialistische Gegensatzpaar "arisch- jüdisch" und die marxistische "Zwei-Klassentheorie" als wesentlich dasselbe: nämlich als sog. "bipolare Weltdeutungen".[66] Ebenso ergeht es etwa dem marxistischen Imperialismus-Begriff: er wird wie die nationalsozialistische Dämonisierung der Juden zu einem Fall von "Anwendung von Feind-Stereotypen"[67]. Dieses im Grunde sehr schlichte Verfahren der Marxismuskritik hat auch in der DDR-Forschung weite Verbreitung erfahren. Am häufigsten begegnet es in der Variante, daß nur von der marxistischen Ideologie die Rede ist und nicht explizit auch eine Wahlverwandtschaft mit faschistischem Denken behauptet wird - was jedoch nichts daran ändert, daß ein solcher Schluß prinzipiell angelegt bleibt; so behauptet Ludz, in deutlichem Anklang an Topitsch, die "Zwei-Lager-Theorie", welche nach der Oktoberrevolution bzw. nach dem II. Weltkrieg entstand, gehe "in ihren Ansätzen auf das Denken in 'Freund-Feind-Begriffen' bei Marx zurück".[68] (Ob Interventionskrieg, faschistischer Überfall und Kalter Krieg ihrerseits nur durch sowjetisches Freund-Feind-Denken provoziert wurden,

---

66) E. Topitsch/K. Salamun, Ideologie. Herrschaft des Vorurteils, München 1972, S. 58f.

67) Vgl. ebda., S. 76. Topitsch abstrahiert zum einen formale Strukturkriterien wie die eben genannten, er muß jedoch andererseits zur Abrundung seines Interpretationsrasters der marxistischen Ideologie auch gewisse Eigenschaften unterstellen, die sie nicht hat, z.B. einen angeblichen "Anspruch auf 'absolute Wahrheiten'" (vgl. E. Topitsch/K. Salamun, Ideologie... S. 92). In diesem Punkt greift die Kritik von R. Sorg, Ideologietheorien, bes. S. 92ff., zu kurz, indem sie nur auf Topitschs Verfahren der 'oberflächlichen Registrierung von Analogien" (ebda., S. 94) abstellt.

68) P.C. Ludz, Entwurf einer Typologie des Ideologiebegriffs, S. 84

wird von Ludz nicht expliziert.) Auch die marxistische Imperialismustheorie bzw. die Theorie des Monopolkapitalismus qualifiziert Ludz schlicht als "grobe(s) Schema ... einer total in 'Freund' und 'Feind' gespaltenen Welt"[69]. Der Vorwurf, mit einem groben Schema zu hantieren, fällt hier auf seine Urheber zurück. Auf ein grobes Schema wird der Marxismus allererst durch Topitsch und die in seiner Linie stehenden Forscher gebracht. Von ihnen wird er soweit entleert, bis er zu einer willkürlich erscheinenden Denkform geworden ist.[69a] Dieser Form kann dann, je nach dem besonderen Sozialismusbild des bürgerlichen Interpreten, ein entsprechender politisch-sozialer Inhalt unterschoben werden. Bei E. Topitsch ist dies explizit - bei andern oft nur latent - ein "totalitärer" Inhalt: Alle "hehren Ideen" des Marxismus dienen nach Topitschs Ansicht "nur dem Willen zur totalen Macht als Tarnung und Waffe"[70]. Mit diesem Urteil ist die Totalitarismus-

---

69) ebda., S. 95. Auch I. Hanke kann sich "die Angriffe (der SED, O.C.) auf den Imperialismus" nicht anders als damit erklären, daß auf solche Weise das "Denken in antagonistischen Widersprüchen ... gefördert werden" soll, "um die eigenen Position 'allseitig' abzusichern" (H. Rausch/T. Stammen, DDR..., S. 88).

69a) Topitsch und andere Ideologiedeuter seiner Richtung scheinen dabei übrigens garnicht zu bemerken, daß auch ihr eigenes totalitarismustheoretisches Denken unter die von ihnen hypostasierten formalen Kategorien fällt: was ist etwa die pauschale Gegenüberstellung von "Demokratie" und "Diktatur" anderes als eine "bipolare Weltdeutung"? Und was vollzieht sich in der Verurteilung des "Totalitarismus" als "eines widermenschlichen Systems" (E. Nolte; siehe unten Anm. 71) anders als die "Anwendung von Feind-Stereotypen"?

70) E. Topitsch, Freiheit statt Marx, in: DZ v. 23.7. 1976 (Herv.heb.: O.C.). Laut Topitsch ist dieser "Wille zur totalen Macht" auch tief in der Person Marx verankert: "Marx war ... schon in seiner Jugend von cäsarischen Machtgelüsten, messianischem Sendungsbewußtsein und unbändigen destruktiven Gelüsten erfüllt." (ebda.) Im Historischen Materialismus sieht Topitsch nur die persönlichen "Ambitionen" des "Führer(s) Marx", das Arrangement "eine(r) gewaltige(n) Show um die eigene, zu einer Art von

(Forts. nächste Seite)

theorie bis zur Endkonsequenz getrieben. Alle Theorien und Zielsetzungen des Marxismus sind per se als bloße Vorwände, als Tarnbehauptungen gestempelt. E. Nolte bekräftigt ausdrücklich: "alle Zwecksetzungen (Befreiung des Volkes oder der Klasse, Ausschaltung kulturzerstörender Einflüsse, Schritthalten mit der Weltentwicklung usw.) enthüllen sich als bloße Vorwände."[71] Einziger wirklicher Zweck des "Totalitarismus" ist "der Totalitarismus selbst"[72], ist die Perpetuierung "eines widermenschlichen Systems"[73] an sich. Damit macht sich die Totalitarismustheorie immun gegen alle Anfechtungen aus der empirischen Realität; ihr Verdammungsurteil steht ein für alle Mal fest. Was immer zugunsten sozialistischer Politik oder Theorie spricht, es bildet nur einen Vorwand zum bösen Zweck. Und wenn es besonders überzeugend klingt, ist dieser böse Zweck, ist dieser "machtpolitische Kern des Marxismus"[74] doch nur besonders raffiniert verschleiert: der Marxismus ist "die wohl folgerichtigste, ... bestgetarnte und daher gefährlichste Herrschaftsideologie, welche die Geschichte kennt."[75] Solche Prämissen errichten eine Art Berührungstabu wider den Marxismus bzw. den Sozialismus; man läßt dessen Beweggründe, Argumente und Zielsetzungen erst garnicht "an sich herankommen".

Mit dem Beiseiteschieben der Inhalte, ihrer Herabminderung zu bloßen Vorwänden und dem schrankenlosen Gebrauch

---

Forts. Anm. 70

Gott-Erlöser hochstilisierten Person", usw. (ebda.) Zu Topitsch insgesamt siehe die ausführliche Studie von J. Kahl, Positivismus als Konservatismus, Köln 1976.

71) E. Nolte, Der Faschismus in seiner Epoche, München 1963, S. 34. Siehe auch unten, Anm. 79.

72) ebda.

73) ebda.

74) E. Topitsch, Freiheit statt Marx, a.a.O.

75) ebda.

des Totalitarismus-Verdachts hat sich das bürgerliche politische und historische Denken im Grunde genommen losgesagt von dem eigenen, vormals sehr einfluß- und traditionsreichen methodologischen Gedanken des "Verstehens" der historisch handelnden Subjekte. Dazu heißt es in C.J. Friedrichs Darstellung der Politischen Wissenschaft - wohlgemerkt nicht im Rahmen totalitarismustheoretischer Erörterungen - : "Max Weber und andere haben auf die Bedeutung dieses 'Verstehenkönnens' (des Menschen als wissenschaftlichen Gegenstandes, O.C.) mit Nachdruck hingewiesen und es als einen bedeutsamen Vorteil sozialwissenschaftlicher und geisteswissenschaftlicher Erkenntnis mit Recht betont. Daß Hitler im März 1933 die Macht in Deutschland ergreift, ist ein Vorgang, dessen Schilderung in der Beschreibung des äußeren Vorgangs nicht erschöpft ist; daneben spielt das, was in seinem Innern und seinen Gefolgsleuten vorgeht, eine entscheidend wichtige Rolle."[76] Unabhängig davon, ob man mit diesem methodologischen Postulat einverstanden ist oder nicht, bleibt doch die Tatsache zu konstatieren, daß sich das totalitarismustheoretische Denken ihm keineswegs verpflichtet fühlt. Es kann nicht die Rede davon sein, daß die Totalitarismustheorie den ideologischen Motiven, den Zielvorstellungen der Akteure - zumindest wo es um den Sozialismus geht - "eine entscheidend wichtige Rolle" in der Analyse zuerkennt. Im Gegenteil, einem solchen immanenten "Verstehen" schiebt sie durch die Unterstellung eines überall zugrundeliegenden nackten "Willens zur totalen Macht" (Topitsch, s.o.), durch die systematische Geringschätzung aller konkreter Zielbekundungen als bloßer "Vorwände" von vornherein einen Riegel vor. So sagt man sich von einem tradierten bürgerlichen Erkenntnisprinzip los, weil es in der geistigen Immunisierung gegen

---

76) C.J. Friedrich, Die politische Wissenschaft, S. 9

den Sozialismus keine Dienste leistet, sondern - so wird bemerkenswerterweise befürchtet - das Risiko einer "Verbeugung vor den Werten des anderen Systems"[77] heraufbeschwört. Es scheint eine Art Ansteckungsgefahr vom sozialistischen Wertesystem auszugehen: "Der (immanent nachvollziehende, O.C.) Forscher kritisiert es nur noch wohlwollend, falls er es nicht sogar letzten Endes bejaht. Was hätte denn der freischwebende wissenschaftliche Geselle dem festgefügten Wertesystem der SED, womit er sich tagaus, tagein 'immanent' befaßt, entgegenzusetzen?"[78] Die befürchtete Ansteckungsgefahr läßt es geraten erscheinen, sich nicht zu sehr aufs "Verstehen" einzulassen und stattdessen der zu untersuchenden Ordnung umso mehr "entgegenzusetzen".[79]

---

77) J.-P. Picaper, Pluralisierung in der DDR-Forschung, S. 589. Für Max Weber war Soziologie "eine Wissenschaft, welches soziales Handeln deutend verstehen ... will" (Wirtschaft und Gesellschaft, Nachdruck der Erstausgabe, S. 1); bei Picaper wird es zur Hauptaufgabe, "die DDR mit westlichen Werten zu konfrontieren" (Pluralisierung..., S. 590).

78) J.-P. Picaper, Pluralisierung,.., S. 589

79) Die Abkehr vom Prinzip des "Verstehens" in der Totalitarismustheorie wird von E. Nolte ausdrücklich proklamiert: "Dem so verstandenen Totalitarismus kann man jene 'Sympathie' versagen, die nach der Lehre der klassischen deutschen Geschichtsschreibung eine unabdingbare Voraussetzung der Objektivität ist". Denn wo "nicht eigentlich der Wille einiger Menschen" wirksam sei, "sondern der unerbittliche Zwang eines widermenschlichen Systems", gebe es nichts mehr nacherlebend zu verstehen. (E. Nolte, Der Faschismus in seiner Epoche, S. 34f.) Die besondere Pointe bei Nolte besteht darin, daß er den Faschismus aus dieser Totalitarismus-Definition herausnimmt; zu dessen Untaten habe nicht ein widermenschliches System schlechthin geführt, "sondern gerade nur allzu menschliche Sorgen und Ängste" (ebda., S. 545); von daher kann Nolte dem Faschismus "jene 'Sympathie' nicht versagen, von der zu Anfang die Rede war" (ebda.).

2. Neutralisierung des Ökonomischen, Verselbständigung des Politischen

Wir waren ausgegangen von der in vielen totalitarismustheoretischen Abhandlungen praktizierten Methode , die zwischen faschistischen und sozialistischen Systemen bestehenden qualitativen Gegensätze schon im Ansatz zu "entmaterialisieren", sie zu einer Sache des bloßen ideologischen Scheins zu deklarieren, um auf diese Weise den Einwand der Kritiker, die Totalitarismustheorie unterschlage den Inhalt zugunsten der bloßen Form, scheinbar aufzufangen und weiterhin auf der Identitätsthese beharren zu können. Wie sich weiter herausstellte, tendiert dieser Ansatz aber seinerseits dazu, daß der reale Gehalt der marxistischen Ideologie ebenfalls unterschlagen wird und hinter einer formalen Typologie "totalitären Denkens" verschwindet.

Nun trifft man in der totalitarimustheoretischen Literatur daneben aber auch auf eine andere Tendenz; und zwar werden hier neben Unterschieden in der Ideologie auch realgesellschaftliche Unterschiede eingeräumt, ohne jedoch daraus den Schluß zu ziehen, daß der (identifizierende) Totalitarismus-Begriff nicht mehr tragfähig sei. Indessen gehen diese Zugeständnisse oftmals recht weit und sind, in der Summe genommen, sehr wohl geeignet, den identifizierenden Ansatz in Frage zu stellen. Anders gesagt: viele auf dem Boden der Totalitarismustheorie stehende Untersuchungen liefern, wenn auch widerwillig, in gewissem Maß das Material ihrer eigenen Kritik. Einiges davon soll hier zunächst zusammengetragen werden.

Wie erwähnt, war die Totalitarismusforschung in ihrer Frühphase wesentlich Faschismusforschung. Die meisten dieser bürgerlich-liberalen Untersuchungen bewahrten sich, auch wenn sie bereits Faschismus und Bolschewismus insofern partiell miteinander identifizierten, als

ihnen beide als anti-liberal, anti-parlamentaristisch, anti-individualistisch usw. erschienen, dennoch den Blick "für tatsächliche materiale Unterschiede zwischen faschistischer und kommunistischer Diktatur"[80]. Der italienische liberale Antifaschist F. Nitti beispielsweise würdigt ausdrücklich die progressive Zielsetzung der kommunistischen Bewegung und stellt sie dem rückwärtsgewandten, irrationalen und gewalttätigen Faschismus gegenüber. Während letzterer "weit entfernt von jeder Zukunftsidee" sei, knüpfe erstere an die Ideale der Französischen Revolution an und enthalte jedenfalls "etwas anderes als bloße Gewalt".[81] Ähnlich urteilt M.J. Bonn: "Der Bolschewismus hat dem sachlichen Programm zuliebe sich für die Methode der Diktatur entschieden. Der Faschismus muß der Diktatur zuliebe ein sachliches Programm erfinden."[82] Auf eine noch prinzipiellere, weil nicht nur auf die Frage der subjektiven ideologischen Zielrichtung beschränkte, Unterscheidung von Faschismus und Sozialismus läuft Franz L. Neumanns bekannte Studie über den Nationalsozialismus hinaus. Denn Neumann untersucht hier den Nationalsozialismus in seinem ökonomischen und sozialen Gesamtzusammenhang, arbeitet die beherrschende Rolle des großen Industriekapitals und dessen Zusammenspiel mit den anderen Teilen der herrschenden Klasse, welche die Machtapparate und Organisationen des totalitären Staates tragen, her-

---

80) W. Schlangen, Theorie und Ideologie des Totalitarismus. S. 45

81) F. Nitti, Bolschewismus, Faschismus und Demokratie, München 1926, S. 51 (zit. nach W. Schlangen, Theorie..., S. 44)

82) M. J. Bonn. Schlußwort zu: C. Landauer/H. Honnegger (Hrsg.), Internationaler Faschismus, Karlsruhe 1928, S. 148f. (zit. nach W. Schlangen, Theorie..., S. 49). Weiter wäre in diesem Zusammenhang etwa zu nennen E. v. Beckerath, Wesen und Werden des faschistischen Staates, Berlin 1927.

aus und gelangt so zum Ergebnis, daß es sich beim Nationalsozialismus um einen "totalitären Monopolkapitalismus"[83] handelt. Auch wenn F. Neumann keine parallele Untersuchung über das Sowjetsystem unternommen hat, so berechtigt doch schon allein seine Faschismusstudie zu dem Schluß, daß er unter keinen Umständen auf dem Boden der identifizierenden Totalitarismustheorie steht. Dazu sieht er den besonderen historischen, ökonomischen und Klasseninhalt des Faschismus zu deutlich. Um so fragwürdiger muß es erscheinen, wenn sich die Vertreter identifizierender Ansätze in der folgenden Zeit häufig unbesehen solcher Merkmale von "totalitärer Herrschaft im allgemeinen" bedienen, welche, wie etwa bei F. Neumann, eindeutig aus der empirischen Untersuchung faschistischer Herrschaft abgeleitet worden waren.

Aber auch in der identifizierenden Totalitarismustheorie sind die tiefgreifenden Unterschiede zwischen Faschismus und Sozialismus nicht gänzlich verschüttet, ja, können es auch garnicht sein, weil sie sich der Theorie, wenn diese auch nur einigermaßen in Tuchfühlung mit der konkreten Wirklichkeit bleibt, im Grunde von selbst in den Weg legen, so daß die Theorie gezwungen ist, sich direkt mit diesen widerstrebenden Momenten der Realität auseinanderzusetzen und Argumente zu entwickeln, weshalb die zentrale Identitätsbehauptung hiervon nicht erschüttert werde. Man könnte also sagen, daß die Totalitarismustheorie, wo sie nicht ohnehin die realen Differenzen zwischen Faschismus und Sozialismus ignoriert, unterschwellig von der theoretischen Dauerbemühung geprägt ist, diese realen Differenzen im Sinne der Identitätsthese zu verarbeiten, zu relativieren, zu integrieren.

---

83) F. Neumann, Behemoth. New York/Evanston, 3. Aufl. 1966, S. 172

Der Gegensatz zwischen Faschismus und Kommunismus bezüglich ihrer jeweiligen historischen und klassenmäßigen Funktion wird von Totalitarismustheoretikern verschiedentlich gestreift. L.B. Schapiro schreibt, es sei "eine historische Tatsache, daß in Italien und Deutschland die Industriellen den Faschismus stützten, während der Kommunismus, zumindest im Frühstadium, von der russischen Arbeiterklasse getragen wurde. Es mag auch zutreffen, daß die Arbeiter und Bauern Rußlands von dem neuen Regime mehr Nutzen hatten als die Arbeiter und Bauern Italiens oder Deutschlands von dem ihrigen..."[84] Bracher/Sauer/Schulz stellen fest, daß - im Gegensatz zur sozialistischen Machteroberung - "im faschistischen Falle der Diktator sich mit wesentlichen Teilen der bisher führenden Herrschaftsschichten in Wirtschaft und Bürokratie, Armee und Gesellschaft verbünden" könne.[85] Dementsprechend wird auch häufig der grundlegende Gegensatz im ökonomischen System eingeräumt. Der amerikanische Historiker A.M. Schlesinger schreibt: "Die beiden Formen des Totalitarismus weisen folgenden wichtigen Unterschied auf: Der Faschismus schützte das Privateigentum an Produktionsmitteln. Die besitzende Klasse wurde nicht enteignet und die alten Herrschaftsschichten nicht liquidiert. Im Gegensatz zum Kommunismus der Arbeiterklasse war der Faschismus nie darauf aus, die private Ausbeutung abzuschaffen." 86) Sogar in C.J. Friedrichs klassischem Werk findet

---

84) L. B. Schapiro, Art. "Totalitarismus", S. 472

85) K.D. Bracher/ W. Sauer/ G. Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung, Köln - Opladen 1960 S. 10

86) A.M. Schlesinger, The vital center. The politics of freedom, Cambridge Mass. 1962, S. 66 (Zit. nach J.B. Müller, Kommunismus und Nationalismus. Ein sozioökonomischer Vergleich, in: M. Greiffenhagen/ R. Kühnl/ J.B. Müller, Totalitarismus, S. 61f.)

sich die Feststellung, "daß die Unterschiede zwischen faschistisch-nationalsozialistischer und sowjetischer Wirtschaft sehr erheblich sind und daß die erste die Produktionsschlacht verloren, die zweite sie dagegen im wesentlichen gewonnen hat. Im Timet-System des Faschismus und Nationalsozialismus wird eine Befehlswirtschaft dauernder Störungen und Einmischungen über eine noch auf den Gewinn eingestellte Unternehmerwirtschaft gestülpt, während im Sowjetsystem eine ganz andere Wirtschaftsordnung von Grund auf neu geschaffen wird."[87] Ebenfalls C.J. Friedrich ist es, der auf die bedeutsame Tatsache verweist, daß im Gegensatz zur sozialistischen die faschistisch-nationalsozialistische Ökonomie ganz und gar auf aggressive militärische Interessen hin ausgerichtet war: Friedrich zitiert hier zustimmend F. Neumann: "Der Nationalsozialismus hat die verschiedenartigen und sich widersprechenden Staatseingriffe zusammengefaßt in ein einziges System mit einem einzigen Ziel: Der Vorbereitung auf einen Eroberungskrieg."[88]

Alles in allem, so muß man sagen, gewichtige Aspekte, die gegen die Gleichsetzung beider Herrschaftssysteme im Begriff des Totalitarismus sprechen. Und doch führen sie bei den zitierten Autoren nicht dazu, daß diese Gleichsetzung aufgegeben würde. Wie lauten ihre diesbezüglichen Argumente? - Hier finden wir, grob gesagt, zwei Tendenzen. Teils wird nämlich versucht, die Sachverhalte, die gegen die Gleichsetzung von Faschismus und Sozialismus (bzw. Stalinismus) sprechen, als solche wiederum zu entkräften, sie durch Hinweis auf gegenteilige Sachverhalte zu neutralisieren, u.ä.m.; teils akzeptiert man hingegen jene Sachverhalte, erklärt sie jedoch für untergeordnet gegenüber den übergreifenden

---

87) C.J. Friedrich, Totalitäre Diktatur, S. 191

88) Zit. bei C.J. Friedrich, Totalitäre Diktatur, S. 178

Gemeinsamkeiten der "totalitären" politischen Struktur. Auf die erstere Argumentationsweise stützt sich beispielsweise besonders stark L.B. Schapiro. Seinen eigenen Hinweis auf den gegensätzlichen Klassencharakter von Faschismus und Kommunismus - wir zitierten ihn oben - versucht er mit der Bemerkung zu neutralisieren, der Faschismus sei durchaus "in erheblichem Maß von den nichtorganisierten Armen und Besitzlosen unterstützt worden, während umgekehrt "die Bolschewiki vor 1917 in der Bourgeoisie einen gewichtigen Helfer hatten." 89) Sowohl das eine wie auch das andere Argument bleibt jedoch an der Oberfläche. Weder ändert die Tatsache, daß der Faschismus ein Mitläufertum auch in Teilen der Arbeiterklasse fand[90], etwas daran, daß er eine Bewegung gegen die Arbeiterklasse und ihre Organisationen war, noch läßt sich aus dem zeitweiligen antizaristischen Bündnis von Bolschewiki und Bourgeoisie in irgendeiner Weise ein Zweifel an der grundsätzlichen sozialen Stoßrichtung der Bolschewiki ableiten.[91] Auch sein vorsichtiges Zugeständnis, die sowjetische arbeitende Bevölkerung hätte von ihrem Regime mehr Nutzen gehabt als die Bevölkerung unter dem Faschismus, zieht Schapiro sogleich wieder zurück, und zwar mit den Worten, es sei "problematisch..., vergleichende Überlegungen dieser

---

89) L. B. Schapiro, Art. "Totalitarismus", S. 472. Weiter heißt es zur Faschismus-Frage: "Soziologen wie E.A. Shils und S.M. Lipset haben die Existenz eines erheblichen Arbeiterklassenfaschismus nachgewiesen" (ebda.).

90) Mit diesem Hinweis rennt Schapiro der marxistischen Faschismustheorie nur offene Türen ein.

91) Merkwürdig genug, dies gegenüber einem Totalitarismustheoretiker betonen zu müssen; sonst ist es ja in der Totalitarismustheorie üblich, Bündnisse, an denen Kommunisten beteiligt sind, als Produkte der Überlistungskunst letzterer zu interpretieren. Hier nun liegt es Schapiro plötzlich daran, der proletarisch-kommunistischen Bewegung weitgehende Gemeinsamkeiten mit der Bourgeoisie nachzusagen.

Art anzustellen angesichts der vielen Millionen Arbeiter und Bauern, die Stalins Staatsführung zugrunde richtete."[92] Hierzu ist zunächst einmal zu sagen: Schapiro geht der aufgeworfenen Frage, welches der beiden Systeme einen höheren sozialen Nutzen für die Massen stiftete, überhaupt nicht weiter nach. Er ignoriert sämtliche hierüber bekannte Tatsachen.[93] Der einzige konkrete Hinweis, den er in diesem Zusammenhang überhaupt bringt, ist eben der auf die Menschenopfer der Stalinschen Politik; damit erhält dieser Hinweis aber eine ausschließlich suggestive Funktion - eine konkrete und allseitige Nachprüfung wird so abgeblockt und im Grunde für müßig erklärt. Zweitens betrifft der Einwand ohnehin nur die weit zurückliegende Stalinsche Periode der sowjetischen Entwicklung, wohingegen Schapiros Totalitarismusbegriff offensichtlich auch für die sowjetische Gegenwart Gültigkeit beansprucht.[94] Drittens wären die Irrationalitäten und Grausamkeiten der Stalinschen Ära in den historischen Zusammenhang

---

92) L.B. Schapiro, "Totalitarismus", S. 472

93) Z.B. J.B. Müller, Kommunismus und Nationalsozialismus, bes. S. 83ff.; zu den bei allen Schattenseiten "bleibenden historischen Leistungen" der Stalinschen Periode vgl. W. Hofmann, Was ist Stalinismus?, S. 93f.; H. Weber, Stalinismus, S. 14; siehe auch G. Meyer, Anmerkungen zu Alexander Solschenizyns 'Archipel GULAG', S. 414.

94) Schapiro deutet zwar an, daß der Totalitarismusbegriff auf die "Lenin-Ära" nicht zutreffe (vgl. S. 468), distanziert sich jedoch nirgends eindeutig von der Anwendung des Begriffs auf die nach-stalinsche Sowjetunion. Meist bezieht er sich im konkreten Zusammenhang auf die Stalinsche Periode, spricht dann jedoch wiederum allgemein vom "kommunistischen System" (S. 472), bezeichnet den Totalitarismus als "zeitgenössische ... Erscheinung" (S. 487), usw. Es fällt schwer, in dieser Unschärfe nicht eine Methode Schapiros zu erblicken.

zu stellen, wobei besonders der Grad an äußerer Bedrohung, besonders durch das faschistische Deutschland, zu berücksichtigen wäre.[95] Und schließlich sollte auch nicht unerwähnt bleiben, daß die Rede von den "vielen Millionen" Todesopfern des Stalinismus, bezüglich der Größenordnung dieser Angabe, auf äußerst ungesicherten Grundlagen fußt.[96]

---

95) Vgl. G. Meyer, Anmerkungen zu A. Solschenizyns..., S. 415

96) Typisch dafür z.B. N. Jasny, The Socialized Agriculture of the USSR, Stanford/Cal. 1949, eines der bürgerlichen Standardwerke über die sowjetische Landwirtschaftspolitik. Aus dem Rückgang der Zahl der Bauernwirtschaften 1929-35 um über 5 Millionen schließt Jasny - übrigens in Anlehnung an eine englische Untersuchung von 1939 -, daß über 5 Millionen Bauernfamilien in den hohen Norden und nach Sibirien deportiert worden seien, wovon "vermutlich" (S. 312) ein Viertel ums Leben gekommen sei. Seine Zahl von 5 Millionen erscheint bereits äußerst zweifelhaft im Lichte der - auch von ihm selbst vermerkten - Tatsache, daß zur selben Zeit ein ungeheurer ("tremendous", ebda.) Zuwachs der städtischen Bevölkerung stattfand (vgl. dazu die Zahlenangabe bei L.A. Gordon u.a., Der entwickelte Sozialismus und der Wohlstand der Arbeiter, in: Marxismus Digest 27, S. 78). Auch Jasnys Versuch, aus der Verlangsamung des Bevölkerungswachstums auf unnatürliche Todesopfer in Höhe von Millionen zu schließen, ist nicht beweiskräftig (vgl. Jasny, S. 323). H. Webers Berechnungen wiederum beruhen auf der unbewiesenen Prämisse, daß ein Parteiausschluß zu Stalins Zeit "gleichbedeutend mit Verbannung oder Todesurteil" gewesen sei (H. Weber, Stalinismus, S. 13); ebenfalls anfechtbar ist sein Verfahren, aus der Tatsache, daß 1939 von der 1918er-Generation von Parteimitgliedern nur noch ein geringer Teil übrig war, pauschal zu schlußfolgern, die anderen Mitglieder wären von Stalin liquidiert worden (vgl. ebda.; übrigens unter Berufung auf W. Leonhard, Schein und Wirklichkeit in der Sowjetunion, Westberlin 1952). - Im übrigen hätte ein Gesamturteil auch solche Fakten wie Kindersterblichkeit und Lebenserwartung vor bzw. nach der Oktoberrevolution einzubeziehen (z.B. lag die Zahl der Sterbefälle von Kindern bis zu einem

(Forts. nächste Seite)

Es bleiben bei Schapiro noch zwei Argumente übrig, mit welchen er die realen Unterschiede zwischen beiden Systemen nivellieren möchte. Einmal ist das seine These von der "höchst nationalistische(n) sowjetische(n) Expansionspolitik"[97], die damit etwa auf die Stufe der nationalsozialistischen Außenpolitik rückt - eine ausgesprochen gewagte Interpretation der Geschichte des Zweiten Weltkriegs und der darauffolgenden Jahre.[98] Schließlich wartet Schapiro mit der These auf, der grundlegende Gegensatz zwischen der sozioökonomisch revolutionierten Sowjetunion und dem sozioökonomisch zementierten Hitlerdeutschland sei gewissermaßen auf einen zeitlichen Zufall zurückzuführen: "Stalin brachte eine echte wirtschaftliche und soziale Revolution zustande... Hitler veränderte die gesellschaftlichen Beziehungen und pervertierte die bis dahin gültige Moral, er blieb jedoch nicht lange genug an der Macht, um eine echte wirtschaftliche Revolution durchführen zu können."[99] Der fundamentale ökonomische Gegensatz wird hier also bagatellisiert zu einer bloßen Ungleich-

---

Forts. Anm. 96

Jahr je 10000 Geburten 1913 bei 268,6, 1950 bei 80,7 und 1970 bei 24,7; vgl. "UdSSR in Zahlen für 1974", Moskau 1975, S. 18). Zum Ausmaß des Stalinschen politischen Terrors insgesamt vgl. das überlegte Urteil des liberalen Amerikaners M. Parenti, The Anti-Communist Impulse, S. 47f.; Parenti bezeichnet hier auch die kursierenden astronomischen Zahlen über Strafgefangene in der Stalin-Zeit als "höchst fragwürdig" (S. 48).
R. Medwedew betont: "gerade die Spitzen der Partei und des staatlichen Apparates waren in all den Jahren der Stalin-Ära besonders harten Säuberungen ausgesetzt." (Die Auswirkungen eines Parteitages. Vom XX. zum XXII. Parteitag der KPdSU, S. 21f.)

97) L.B. Schapiro, "Totalitarismus", S. 473

98) Vgl. auch hierzu M. Parenti, The Anti-Communist Impulse, bes. S. 130ff.

99) L.B. Schapiro, "Totalitarismus", S. 473

zeitigkeit. Es genügt hier allein der Hinweis auf die Forschungsergebnisse von Franz Neumann, um Schapiros These von der unvollendeten faschistischen "Revolution" als gänzlich haltlose Spekulation zu erkennen. Mit dieser Methode, den Faschismus durch spekulative Verlängerung über sein historisches Ende hinaus[100] doch noch an das sozialistisch-revolutionäre System "anzunähern", beschreitet Schapiro übrigens einen Weg, den auch schon andere Totalitarismustheoretiker vor ihm gegangen sind.[101]

Insgesamt bleiben also Schapiros Versuche, die Tatsache grundlegender Unterschiede zwischen Faschismus und Sozialismus direkt in Zweifel zu ziehen, eklektisch, peripher und - wie sein zuletzt besprochenes Argument zeigte - teilweise sogar rein spekulativ, was aber weniger auf Schapiros wissenschaftliches Unvermögen verweist, sondern offenbar auf die Unmöglichkeit der Sache selbst. Hier nun liegt der Ausgangspunkt für die erwähnte zweite Argumentationslinie. Sie versucht nicht die realen Diskrepanzen zwischen Faschismus und Sozialismus sachlich zu bestreiten als vielmehr ihre letztliche Zweitrangigkeit gegenüber der Gemeinsamkeit ihrer "totalitären" Grundzüge plausibel zu machen. Diese Argumentationsrichtung muß als die bedeutsamere von beiden angesehen werden, da sie gewissermaßen

---

100) Der spanische und der portugiesische Faschismus z.B. treten dabei garnicht in den Blick; statt sie als die Falsifizierung der Annahme anzuerkennen, daß der Faschismus "eine echte wirtschaftliche Revolution" (Schapiro) bezwecke, nimmt man Spanien und Portugal einfach ganz aus der Totalitarismusdiskussion heraus, indem man sie unter die "autoritären" Systeme einreiht. So rettet man einmal die Legende von der revolutionären Potenz des Faschismus (und damit aller "totalitären" Regime) und zum deren das freiheitliche antitotalitäre Gesicht des "Westens".

101) So vor allem schon C.J. Friedrich (vgl. unten, Anm. 105) und Z.K. Brzezinski (vgl. unten, S. 374).

elastischer gegenüber der empirischen Realität ist, ihre Falsifikationsschwelle höher liegt. Als Beispiel des Gemeinten soll eine Passage bei C.J. Friedrich dienen. Nachdem er die Diskrepanz zwischen der faschistischen "auf den Gewinn eingestellte(n) Unternehmerwirtschaft" einerseits und der "von Grund auf neu" geschaffenen, "ganz andere(n) Wirtschaftsordnung" des Sozialismus vermerkt hat[102], fährt er fort: "Aber letzten Endes handelt es sich eben bei beiden um eine vom Staat gelenkte Wirtschaft ... Fragen, wie die nach dem formellen Eigentumsanspruch, nach dem formellen Gewinnschema und danach, ob frühere Eigentümer weiter wichtige Positionen im Gesamtsystem innehaben, (sind) relativ unwichtig. Worauf es wesentlich ankommt, sind die zentrale Lenkung und Kontrolle der Wirtschaft durch den Diktator und seine Partei und die daraus sich ergebende Betonung von Produktion im Gegensatz zum Verbrauch."[103]

Friedrich erklärt also die Produktionsweise zu einer Formalität, freilich indem er sie von vornherein als formale Angelegenheit faßt, als fiktiven "Eigentumsanspruch" und "formelles Gewinnschema"; so als bliebe davon der soziale Charakter der Produktion unberührt, als hätte etwa das "Gewinnschema" nur den Stellenwert einer Buchhaltungsmethode, als drücke der Unterschied zwischen profitorientierter und nichtprofitorientierter Ökonomie nicht einen Unterschied in der realen Bewegungsweise, im inhärenten sozialen Zweck der gesellschaftlichen Produktion aus. (Indem Friedrich die sozioökonomischen Strukturprinzipien als "unwichtig" beiseite schiebt, begibt er sich auch jeder stichhaltigen Erklärungsmöglichkeit für die von ihm selbst konstatierten Tatsache, daß die nationalsozialistische Ökonomie im

---

102) Siehe oben, S. 334

103) C.J. Friedrich, Totalitäre Diktatur, S. 191

Gegensatz zur sowjetischen von Anfang an auf kriegerische Expansion hin mobilisiert wurde. Dabei ist kaum ein schwerwiegenderer und konsequenterer Gegensatz zwischen beiden Systemen denkbar als gerade dieser. Friedrich aber läßt ihn zuguterletzt wieder verschwinden hinter der vordergründigen "totalitären" Gemeinsamkeit einer "Betonung von Produktion im Gegensatz zum Verbrauch" (s.o.).)

Der nächste Schritt, der bei Friedrich auf die Formalisierung des ökonomischen Inhalts folgt, ist die Erhebung der Form - nämlich der Form der zentralen staatlichen Lenkung - zum Inhalt schlechthin (nämlich zum "totalitären" Inhalt).[104] Diese Form betrachtet er als "wesentlich" (s.o.). Dabei ist es noch nicht einmal der wichtigste Kritikpunkt, daß Friedrich eine, gelinde gesagt, sehr großzügige Interpretation der faschistischen Wirklichkeit vornimmt, wenn er sie zusammen mit der sozialistischen Planwirtschaft auf den gemeinsamen

---

104) Bei diesem doppelten Schritt verfängt sich das totalitarismustheoretische Denken in einem Widerspruch: Bestrebt, den Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu löschen (weil er ja dem Totalitarismusbegriff widerstreitet), stellt man den ökonomischen Gegensatz zwischen beiden als formell hin. Das heitß aber implizit, daß die staatliche Form des sozialistischen Eigentums eben nur eine Formalität sei. Andererseits bestrebt, den Gegensatz zwischen "totalitärer" und "nichttotalitärer" Wirtschaftsordnung substanziell zu begründen, stellt man hinwiederum die staatlich-zentrale Form der sozialistischen und der (in diesem Punkt sehr ungenau beobachteten) faschistischen Ökonomie als den wesentlichen Inhalt, als "totalitär" hin. Die Verstaatlichung der Ökonomie im Sozialismus gilt also erst als bloße Formsache, dann aber doch als entscheidende ("totalitäre") Qualität, erst als Schein, dann doch als Wesen. Das totalitarismustheoretische Denken beweist hier selbst, daß es die Form als den Inhalt ausgibt.

Nenner einer zentralgeleiteten Wirtschaft stellt.[105] Entscheidender ist der Umstand, daß Friedrich erstens gewisse Formelemente der politisch-staatlichen Sphäre in vollständiger Loslösung vom gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang präsentiert und daß er zweitens von diesen leeren politischen Hülsen her das Wesen eines Herrschafts- und Gesellschaftssystems definieren will.

Damit werden die Grundzüge der gesellschaftstheoretischen Sichtweise, auf welcher die Totalitarismuslehre beruht, deutlich erkennbar. Zunächst einmal ist charakteristisch, daß auf diesem theoretischen Boden "keine Diskussion der Vermittlung zwischen 'ökonomischem Inhalt' und 'politischer Form'" möglich ist, weil hier "politische Gegebenheiten - eben eine besondere Form staatlich-politischer Durchdringung der Gesellschaft - nicht anders als selbstgenügsam politisch, nicht aber als gesellschaftlich vermittelt zur Sprache" gebracht werden.[106] Diese Vorstellung einer selbstgenügsamen, aus sich selbst heraus zu begreifenden politischen Sphäre ist überhaupt die Voraussetzung dafür, um zweierlei

---

105) Wie Schapiro den deutschen Faschismus spekulativ über sein historisches Ende hinaus extrapoliert, um das Merkmal der "wirtschaftlichen Revolution" zu retten, so rettet auch Friedrich das Merkmal der "zentral gelenkten Wirtschaft", "indem er die nicht mehr erfolgte Entwicklung des nationalsozialistischen Systems einfach bis zu dem in der Sowjetunion gegebenen Zustand des Wirtschaftssystems extrapoliert und so die gedankliche Einheit der totalitären Erscheinungsformen wiederherstellt, die für seine Modellaussage grundlegend ist." (W. Schlangen, Theorie..., S. 84) Mit derselben Methode wird auch in der Tagespublizistik gearbeitet: "Die Gegenwart Pinochets bedrückt die Chilenen. Aber wenig Phantasie gehört dazu, sich eine linkstotalitäre Entwicklung vorzustellen, auf die es 1073 (unter Allende,O.C.) hintrieb." (FAZ v. 10.3.1977)

106) E. Henning, Theorie der Totalitarismustheorien, S.8 (Herv.heb.: O.C.). Diese Verselbständigung des Politischen ist in der Tat nicht erst typisch für die Totalitarismustheorie; insoweit hat Kielmansegg völlig recht, wenn er schreibt: "Die Lehre von den Herrschaftsformen ist immer so verfahren, unddas Totalitarismus-

(Forts. nächste Seite)

Herrschaftssysteme einerseits als politisch wesentlich gleichartig (eben: "totalitär") auffassen zu können, ohne sich andererseits daran zu stören, daß sie sozio-ökonomisch sehr verschiedenartig sind. Oder anders gesagt: das gleichgültige Nebeneinander von ("einerseits") Gleichheit und ("andererseits") Verschiedenheit, in das totalitarismustheoretisches Denken das faschistische und das sozialistische System bringt, ist seinerseits Ausdruck des gleichgültigen Nebeneinanders von Politik und Ökonomie in der Gesellschaftsauffassung der Totalitarismustheoretiker. Nur so ist es möglich, daß C.J. Friedrich einerseits die Unterschiede zwischen den ökonomischen Verhältnissen des Faschismus und denen des Sozialismus als "sehr erheblich"[107] veranschlagen, andererseits dann dennoch beide Systeme als "wesentlich"[108] gleich interpretieren kann.[109]

Forts. Anm. 106)

Konzept fügt sich durchaus in diese Tradition ein." (Krise..., S. 317) Nur ist deshalb das Totalitarismuskonzept noch nicht wissenschaftlich gerechtfertigt.

107) Vgl. oben Anm. 87

108) Vgl. oben Anm. 103

109) Vgl. dieses "Nebeneinander" von gleich und ungleich in folgender Passage bei K.D. Bracher: "So erheblich die Unterschiede zwischen Faschismus ... (und) Kommunismus ... auf dem Felde der ideologischen Ziele und der sozialen Politik erscheinen mögen, so viel geringer sind die realen Divergenzen zwischen linken und rechten Systemen im Blick auf ihr tatsächliches Funktionieren und ihre totalitären Aspekte; hier erscheint vielmehr die Ähnlichkeit fundamentaler Methoden und Prozesse der Herrschaft nach wie vor frappierend..." (Der umstrittene Totalitarismus..., S. 581.). Auf die erwähnte "soziale Politik" geht Bracher freilich im ganzen Aufsatz nicht konkret ein; die Kategorie taucht überhaupt erst auf der allerletzten Seite (S. 59) auf.

Somit läßt sich als ein wesentlicher gesellschaftstheoretischer Springpunkt der Diskussion um die Totalitarismustheorie festhalten: Während in der Totalitarismustheorie von einem "faktoren"-artig zusammengesetzten (bzw. auseinanderfallenden) Gesellschaftsmodell ausgegangen wird - Voraussetzung dafür, um zunächst einmal ein "Teils-gleich-teils-ungleich"-Verhältnis zwischen Faschismus und Sozialismus konstruieren zu können -, beruht die Kritik an der Totalitarismustheorie auf einer System-Auffassung von Gesellschaft, auf der Auffassung von Gesellschaft als organischer Totalität.[110]

Nun wird hiergegen von Verfechtern der Totalitarismustheorie gelegentlich eingewandt, es sei garnicht Anspruch dieser Theorie, Gesellschaftssysteme in ihrer Totalität zu erfassen, sondern sie wolle lediglich eine Lehre von den politischen Herrschaftsformen sein.[111] Daher gehe eine vom sozioökonomischen Prozeß her argumentierende Kritik an der Totalitarismustheorie ins Leere. In diesem Sinne heißt es etwa bei P. Graf Kielmansegg: "Auch Ludz wendet sich gegen die bloße Analyse von Herrschaftstechniken, durch die das Ganze - die

---

110) Die Zersplitterung des Gesellschaftlichen in eine Anzahl disparater "Faktoren" ist besonders krass sichtbar in C.J. Friedrichs "Erklärung" für die Entstehung des Nationalsozialismus: "Hitlers Persönlichkeit, Schwächen in der deutschen Verfassungsüberlieferung, gewisse Züge im deutschen Nationalcharakter, der Versailler Vertrag und seine Folgen, die Wirtschaftskrise und die Widersprüche in einem veralteten Kapitalismus, die Gefahr des Kommunismus, das Absinken christlicher und anderer geistiger Rückhalte, - alle diese und wohl noch eine ganze Reihe anderer Faktoren haben eine Rolle ... gespielt" (Totalitäre Diktatur, S. 16f.). - Zur Problematik "Eklektizismus contra Systemcharakter der Gesellschaft" siehe G. Rose, Konvergenz des Systeme, S. 86ff.

111) K.D. Bracher spricht vom "politisch-herrschaftstechnischen Ansatz der Totalitarismusforschung" (Der umstrittene Totalitarismus..., S. 33).

ideologisch-politische wie die sozialökonomische Dynamik - nicht in den Griff zu bekommen sei... Dagegen ist ... vorzubringen, daß die Bestimmung von Strukturmerkmalen totalitärer Herrschaft noch keine Theorie totalitärer Systeme ist und sein kann..."[112]

Betrachtet man jedoch die totalitarismustheoretische Literatur und die tatsächlich beanspruchte Reichweite ihrer Aussagen, so erweist sich Kielmanseggs Einwand als taktische Beschwichtigung. Denn in aller Regel geht der Anspruch totalitarismustheoretischer Deutung durchaus auf das Ganze der betreffenden Systeme. Um gleich bei Kielmansegg zu bleiben: Hier wird z.B. die Frage nach der "Funktion von Herrschaft in einer totalitär verfaßten Gesellschaft"[113] ausdrücklich miteinbezogen, mithin eine Frage, die per se den Rahmen einer bloßen politischen Herrschaftsformenlehre überschreitet und ohne gesamtgesellschaftlichen Zugriff nicht zu beantworten ist. Auch der Begriff "totalitär verfaßte Gesellschaft" zeigt bereits diese analytische Dimension an. Es ist ja gerade die These der Totalitarismustheorie, daß von der "totalitären" politischen Herrschaftsausübung eine starke Determination auf praktisch alle Bereiche der gesellschaftlichen Wirklichkeit ausgehen, daß "die Gesamtheit der Lebenschancen..., über Bildungschancen und Berufschancen, über die Chancen der Befriedigung materieller Bedürfnisse und Kommunikationschancen"[114] usw. dem "totalitären" Rahmen unterworfen würden. Nicht zufällig ist daher bei Kielmansegg häufig

---

112) P. Graf Kielmansegg, Krise..., S. 314, Anm. 7. An anderer Stelle schreibt Kielmansegg: "Wer dem Konzept totalitärerHerrschaft vorwirft, es sei noch keine Theorie totalitärer Systeme von universaler Erklärungskraft, der trifft es gar nicht..." (ebda. S. 318)

113) ebda., S. 318 (Herv.heb.: O.C.)

114) ebda., S. 325

statt von totalitärer Herrschaft, Herrschaftsstrukturen, politischem Prozeß u.ä. ganz allgemein die Rede vom "totalitären System"[115]. Auch Bracher beispielsweise läßt keinen Zweifel an der intendierten Reichweite seiner Aussagen; so etwa, wenn er schreibt: "Die totalitären Führer ... bilden recht eigentlich den Kern des Herrschaftssystems und seiner politisch-sozialen und menschlichen Realität"[116], oder wenn es heißt, die totalitären Prinzipien gäben "der sozialen und politischen Struktur ... eines totalitären Systems das Gepräge."[117] Immer geht es der Totalitarismustheorie um die Charakterisierung des Gesamtsystems.[118]

Aufgrund dieser Tatsache können wir die Charakterisierung des gesellschaftstheoretischen Ansatzes der Totalitarismustheorie weiter zuspitzen: Er betrachtet gewisse politische Phänomene nicht nur als selbstgenügsame, sondern darüberhinaus auch als bestimmenden Kern der gesellschaftlichen Totalität, als Schlüssel zum Begreifen des Wesens einer sozial-politischen Ordnung. Er erachtet die ökonomischen und sozialen Verhältnisse, wie C.J. Friedrich explizit erklärt, als "relativ unwichtig", hingegen gewisse Merkmale des politischen Überbaus als das, worauf es "wesentlich ankommt"[119]. Die Kritik an dieser politik-zentrierten Gesellschaftsauffassung könnte nun eine grundsätzliche theoretische

---

115) ebda., S. 323, S. 326

116) K.D. Bracher, Der umstrittene Totalitarismus..., S. 54

117) ebda., S. 42

118) In einem früheren Theorie-Entwurf von C.J. Friedrich wird formuliert: "... daß ... die totalitäre Gesellschaft des Faschismus und die des Kommunismus sich in den Grundzügen gleichen..." (The Unique Character of Totalitarian Society, 1953, dt. in: B. Seidel/S. Jenkner, Wege der Totalitarismusforschung, S. 179ff.; Herv.heb.: O.C.).

119) Vgl. oben, S. 340 (Anm. 103)

Diskussion über die Kategorien Basis und Überbau und ihr Determinationsverhältnis eröffnen und auf diesem Wege zu dem Nachweis gelangen, daß die Totalitarismustheorie dieses Verhältnis auf den Kopf stellt.[120] Wir möchten hier jedoch einen weniger prinzipiellen, dabei aber doch genügend stichhaltigen Weg der Kritik beschreiten (bzw. skizzieren), und zwar in Anlehnung an A. Groth. Bemerkenswert ist, daß Groth kein Marxist ist und die Basis-Überbau-Theorie nicht teilt.[121] Dennoch wendet er sich recht scharf gegen die identifizierende Totalitarismustheorie, was nebenbei auch die wichtige Schlußfolgerung nahelegt, daß bürgerliches und totalitarismustheoretisches Denken keinesfalls identisch sind, auch wenn das letztere auf dem ersteren gründet; die Kritik an der Totalitarismustheorie ist also beileibe keine ausschließliche Sache von Marxisten.

A. J. Groth argumentiert nun, daß sich auch ein Politikwissenschaftler, der sich nur für einen in engen Grenzen definierten politischen Prozeß interessiert und politische Erscheinungen nur insoweit für relevant hält, als sie sich in beobachtbarem Handeln äußern, daß also auch ein vom traditionellen bürgerlichen Politikverständnis ausgehender Forscher "sich nichtsdestoweniger nicht bloß damit beschäftigen muß, was getan wird, und wie es getan wird, sondern ebenso mit dem Problem, "wer es wemgegenüber tut".[122] Dies klingt banal, aber Groth bringt damit in der Tat die entscheidende, von der Totalitarismustheorie garnicht aufgeworfene Fragestellung auf den einfachsten Begriff. Er demon-

---

120) Vgl. allgemein A. Bauer/H. Crüger/G. Koch/C. Zak, Basis und Überbau der Gesellschaft, Berlin 1974; R. Sieber/G. Söder, Politik und Ökonomie im sozialistischen Gesellschaftssystem, Berlin 1970.

121) A.J. Groth, The "Isms" in Totalitarianism, S. 889

122) ebda. (Übersetzungen jeweils von mir, O.C.)

striert dies an der (auch von uns schon problematisierten) Behauptung Friedrichs, wonach Fragen wie die nach den Eigentumsverhältnissen, nach der gesellschaftlichen Stellung von Industriellen usw. "of relatively minor significance"[123] seien. Groth meint hierzu leicht sarkastisch: "Man ist wohl berechtigt zu fragen: 'weniger wichtig' für wen? Für die Kreise der Industrie zum Beispiel? Wenn solche Fragen für die Großindustrie (business) offenbar keineswegs 'weniger wichtig' sind, dürfte dies dann nicht Konsequenzen haben, die der Politikwissenschaftler 'wichtig' finden sollte?"[124] So führt die zunächst auf der allgemeinen Ebene politischen Handelns aufgeworfene Frage nach dem "wer-wen" (und nach dem "wozu") über in die Frage nach der sozialen Identität der Herrschenden und Machtausübenden und nach ihrem praktischem Verhältnis zu den überkommenen Gesellschaftsstrukturen: "Wir müssen die soziale Physiognomie (group physiognomy) des Regimes kennen, seinen Einfluß auf die soziale Struktur (group struvture) der Gesellschaft, über die es herrscht, und wir müssen wissen, welche Wandlungsprozesse das Regime fördert, die imstande sind, die Sozialstruktur zu beeinflussen. Nichts Geringeres kann uns zu einem Verständnis der in einem System eingeschlossenen (inherent) Entwicklungsmöglichkeiten (potentialities for change) verhelfen..."[125]

Diese Fragen verfolgend, arbeitet Groth den fundamentalen gesellschaftlichen Gegensatz zwischen faschistischem und sozialistischem Regime heraus[126] und macht

---

123) C.J. Friedrich/Z. Brzezinski, Totalitarian Dictatorship and Autocracy, Cambridge 1956, S. 211; es handelt sich hier um die von Friedrich und Brzezinski gemeinsam verfaßte ursprüngliche Ausgabe ("Totalitäre Diktatur", Stuttgart 1957, ist die von Friedrich allein übersetzte und auch überarbeitete deutsche Fassung davon).

124) A.J. Groth, The "Isms"..., S. 889

125) ebda., S. 889f.

126) vgl. S. 890ff.

deutlich, daß nur auf der Grundlage einer solchen umfassenden Würdigung der Unterschiede zwischen beiden Regimen überhaupt erklärbar ist, warum sie sich so augenscheinlich unterschiedlich entwickelt haben: Die Stabilität der sowjetischen sozialistischen Machtordnung, so Groth, verdankt sich nämlich gerade der Tatsache, daß hier die gesellschaftliche Basis auf soziale Egalität hin umgewälzt wurde und wird, während die chronische Labilität und das schließliche Scheitern der faschistischen Regime von der zerrissenen und unbefriedeten Sozialstruktur herrührt, welche es perpetuiert. Zugleich ist das der entscheidende Grund dafür, daß der Faschismus den politischen Terror perpetuieren muß, während er im Sozialismus überflüssig wird: "Wenn der 'Kommunismus' die soziale Grundstruktur in Richtung auf eine erwünschte Homogenität verändert, dann dürfte er mit der Zeit ohne das Mittel des Massenterrors (mass violence) auskommen und selbst in Krisenperioden mit feineren, mehr überzeugenden als physisch-zwangsmäßigen Methoden (methods, closer to persuasion than to physical compulsion) herrschen."[127)]

A.J. Groth greift damit die Totalitarismustheorie genau in dem Punkt an, wo ihre Schwäche am klarsten zum Ausdruck kommt: in der ebenso schlichten wie unleugbaren Tatsache, daß sie sich bezüglich der Weiterentwicklung des Sozialismus als Fehlspekulation erwiesen hat, und daß auch künftig vom Boden der Identitätsthese aus schwerlich eine stichhaltige Prognose zu erwarten ist: "... die Regime des faschistischen Italiens und Nazi-Deutschlands dürften uns heute wenige, wenn überhaupt irgendwelche, Anhaltspunkte für die zukünftige Entwicklung kommunistischer Staaten bieten."[128)] C.J. Friedrich hatte demgegenüber in den fünfziger Jahren

---

127) ebda., S. 896

128) ebda., S. 889

vorausgesagt, daß sich die "totalitären Diktaturen" in Richtung einer Steigerung ihres "totalitären" Charakters entwickeln würden, wobei er wohlgemerkt den Terror als den "Lebensnerv eines totalitären Systems"[129] verstand.[130] Wenn die Totalitarismustheoretiker angesichts der tatsächlichen Entwicklung im Sozialismus auch bald darauf von derartigen Prognosen und Vorstellungen Abstand nahmen, so bedeutete dies keineswegs die Wiedergewinnung einer tieferen Erklärungs- und Prognosefähigkeit, sondern, wie noch zu zeigen sein wird, ein faktisches Abrücken von der zentralen Identitäts-These - und damit das implizite Eingeständnis ihrer mangelhaften Tragfähigkeit -, ohne sie jedoch ausdrücklich fallen zu lassen (was bedeuten würde, den Totalitarismusbegriff als solchen fallen zu lassen). Das faktische Abrücken von der Identitätsthese bedeutet zugleich ein faktisches Abrücken von der oben skizzierten einseitigen Politik-Lastigkeit der Totalitarismustheorie; alle - wie auch immer begrenzten - neuen Einsichten in die Entwicklungsdynamik der sozialistischen Systeme wurden in der Kommunismusforschung im Grunde gegen das Totalitarismus-Konzept errungen, bedingten die Sprengung seines engen, institutionenbezogenen Rahmens, die Überwindung seiner die politischen Phänomene isolierenden und hypertrophierenden Sichtweise, den Rück-

---

129) C.J. Friedrich, Totalitäre Diktatur, S. 124; ähnlich H. Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt 1955 (vgl. dazu W. Schlangen Theorie..., S. 76).

130) Vgl. die Prognose von Friedrich/Brzezinski (1956), zit. bei A.J. Groth, S. 888; bereits in der deutschen Übersetzung ein Jahr später ist C.J. Friedrich in dieser Prognose verunsichert: Die Aussichten des "Totalitarismus" "erscheinen gegenwärtig ungewiß." (Totalitäre Diktatur, S. 266).

griff auf die - wie auch immer interpretierte - gesellschaftliche Basis.[131] So hat gewissermaßen die bürgerliche Kommunismusforschung selbst die theoretische Fragwürdigkeit des für die Totalitarismustheorie konstitutiven "kopfstehenden" Basis-Überbau-Modells nahegelegt, indem sie seit längerem seine analytische Unfruchtbarkeit für das Begreifen der sozialistischen Gegenwartsentwicklung praktisch demonstriert. P. Graf Kielmansegg, der sich um die Erhaltung der Totalitarismustheorie in möglichst unveränderter Form bemüht, demonstriert jene analytische Unfruchtbarkeit auf seine Weise, wenn er dem Leser nachsichtiges Verständnis dafür zumutet, daß die Sozialismus- alias Totalitarismusforschung nach nunmehr annähernd drei Jahrzehnten noch immer nicht aus dem vortheoretischen Stadium hinausgetreten ist: Das Totalitarismus-Konzept, so der bescheidene Anspruch von Kielmansegg, "will ja nicht mehr als die konstitutiven Merkmale eines Phänomens bestimmen, sie miteinander verbinden, eben die Identität eines Objekt ermitteln. Theorie geht von diesem Fundament aus, und ehe wirklich von einer Theorie des Systems gesprochen werden kann, werden wir es lange mit begrenzteren, auf Elemente des Gesamtzusammenhangs gerichteten Versuchen der Beschreibung und Erklärung zu tun haben." 132) Die Frage ist, ob sich solche Geduld jemals auszahlen wird, solange der wirkliche gesellschaftliche "Gesamtzusammenhang", um der Beibehaltung der identifi-

---

131) Siehe hierzu unten, S. 402ff und S. 437ff.

132) P. Graf Kielmansegg, Krise..., S. 318. Es scheint Kielmansegg heute immer noch so zu ergehen wie Friedrich vor über zwanzig Jahren: "... aber warum sie (die "totalitären Regime", O.C.) so sind, wie sie sind, wissen wir nicht" (C.J. Friedrich, The Unique Charakter..., in: B. Seidel/S. Jenkner (Hrsg.), Wege..., S. 195).

zierenden Grundaussage willen, gerade nicht thematisiert wird.[133]

Wie wir anhand verschiedener Beispiele sahen, erklärt die Totalitarismustheorie die sozioökonomischen Verhältnisse nicht einfach für "relativ unwichtig", sondern stellt sie auch gleichzeitig sachlich in einer Weise dar, die dann in der Tat nur den Schluß übrig läßt, sie seien unwichtig. Schärfer gesagt: Das Totalitarismuskonzept tendiert zu einem Gesellschaftsbild ohne sozioökonomische Verhältnisse. Deutlich sah man das bei K.D. Bracher, für den Fragen nach der "Qualität" eines Systems prinzipiell ins Reich der "Ideologie" dieses Systems zielen.[134] Deutlich war es auch bei C.J. Friedrich, für den sich der Unterschied zwischen dem faschistischen "totalitären Monopolkapitalismus" (F. Neumann) und der sozialistischen Planwirtschaft auf einen Unterschied im "formellen Eigentumsanspruch" und im "formellen Gewinnschema"[135] reduziert. Deutlich ist das Verschwinden der sozioökonomischen Verhältnisse aus dem Ansatz etwa auch bei R. Löwenthal, der

---

133) Interessant ist, daß die Anhänger der Totalitarismustheorie, wenn sie politisch über das sozialistische System nachdenken, d.h. vor allem über die Chancen seiner Überwindung, den Systemcharakter deutlich in Rechnung stellen. So schreibt J. Orlow: "Die Kompaktheit der totalitär-sozialistischen Struktur, die gegenseitige Verknüpfung ihrer Eigenschaften miteinander ... spricht für deren außerordentliche Stabilität." Und: "Der Totalitarismus besitzt viel zu tiefreichende Wurzeln, um ihn mit Hilfe von Gewalt bekämpfen zu können." (J. Orlow, Über die Unmöglichkeit des nicht-totalitären Sozialismus, S. 366, 372) Theoretisch gewendet, sind dies ausgesprochene Argumente für eine materialistische System-Analyse der Gesellschaft.

134) Vgl. oben S.312 . Dieselbe Sicht spricht aus R.C. Tuckers Behauptung bezüglich des Nationalsozialismus und der Sowjetunion unter Stalin: "Though the political symbolisms differed in all essentials, the two types of systems were identical." (Zit. bei A.J. Groth, The "Isms"..., S. 895, Anm. 33)

135) Siehe oben, S. 340

formuliert: "Die grundlegende soziale Realität der Sowjetunion ist die bürokratische Herrschaft einer einzigen, zentralisierten und disziplinierten Partei..."[136]

Übrig bleibt bei einer solchen Betrachtungsweise eine weitgehend amorphe "Massengesellschaft". Das ging in den Anfangszeiten der Totalitarismustheorie so weit, daß G. Kennan erklären konnte, Sowjetrußland habe überhaupt keine soziale Struktur.[137] So lächerlich diese Aussage in ihrer Absolutheit erscheint, so einflußreich ist durchaus die ihr zugrundeliegende Idee der "Massengesellschaft" und des "atomisierten Menschen" 138) im bürgerlichen politik- und sozialwissenschaftlichen Denken bis heute geblieben. Gerade in der Totalitarismustheorie hat das Kategorienpaar "Masse - Einzelner" einen dominierenden Platz. Meinte Franz Neumann mit "Atomisierung der Individuen" noch eine spezifische politische Herrschaftstechnik des Faschismus[139], die

---

136) R. Löwenthal, Ideologie und Realpolitik, S. 38. (Herv.heb.: O.C.) Für H. Schoeck gibt es einerseits einen "Bereich der Ideologie" und andererseits den Bereich der "materiellen organisatorischen Verhältnisse" (welche sich übrigens laut Schoeck beide durch ihre "konstitutive Dogmatik" auszeichnen) (H. Schoeck Die Illusion eines 'demokratischen' Sozialismus, S. 19). Schoeck kreiert damit exakt die um die sozioökonomische Dimension verkürzte Variante des marxistischen Begriffs der "materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse".

137) (G. Kennan), The sources of Soviet Conduct, in: Foreign Affairs, Bd. 25, Juli 1947, S. 566ff.

138) Zu den Ahnen dieser Denkströmung zählt Ortega y Gasset ("Aufstand der Massen"). Interessant für unseren Zusammenhang das Urteil von W. Lepenies: "Ortega kümmern weder die ökonomischen noch die politischen Voraussetzungen des Faschismus. Der Faschismus wird moralisch bewertet; nicht wegen seiner Ziele, von denen so gut wie keine Rede ist, wird er abgelehnt, sondern weil es sich in ihm um eine Massenbewegung handelt." (FAZ v. 14.1.1977) Eine jüngere, einflußreiche Abhandlung zur "Massengesellschaft" stammt von W. Kornhauser, The Politics of Mass Society, Glencoe, Ill. 1959; kritisch dazu G. Schäfer, Demokratie und Totalitarismus, S. 137ff.

139) Vgl. W. Schlangen, Theorie..., S. 58

er sehr wohl von der anderen, grundlegenden Tatsache zu trennen wußte, daß entgegen "der ideologischen Proklamation von der Überwindung der sozialen Antagonismen in einer neuen Volksgemeinschaft ... tatsächlich der Klassencharakter der Gesellschaft weiter gesteigert" wurde[140], so erscheint in der heutigen Totalitarismustheorie die "atomisierte Masse" eher als Kategorie, die die soziale Grundstruktur - sofern dann überhaupt noch von Struktur geredet werden kann - der sog. totalitären Systeme beschreibt: Hier stünde, so wird gesagt, "der atomisierte Mensch allein in der Menge den Herrschenden gegenüber."[141] L.B. Schapiro stellt ausdrücklich die Existenz gesellschaftlicher Klassen in Frage [142] und macht Marx bzw. dem Marxismus dessen gesellschaftstheoretische "Konzentration auf Klassen statt auf den einzelnen"[143] regelrecht zum Vorwurf. Er vermengt ganz einfach ein theoretisches Problem mit einem ethischen und suggeriert auf diese Weise, die theoretische Option für den Klassenbegriff als einem Schlüssel der Gesellschaftsanalyse liefe auf eine Verachtung der Persönlichkeit des einzelnen und seiner Freiheit hinaus. Diese Vermengung zweier völlig verschiedener Ebenen läuft, umgekehrt betrachtet, in der Totalitarismustheorie darauf hinaus, daß die ethisch-philosophisch so stark betonte "Konzentration auf den einzelnen" gleichzeitig das Prinzip der wissenschaftlichen Gesellschaftsbetrachtung abgibt. Natürlich bleibt es Kielmansegg unbenommen, "primär nach der Rolle und dem Rechtsstatus des Einzelnen im politischen System"[144] zu

---

140) W. Schlangen, Theorie..., ebda.

141) L.B. Schapiro, "Totalitarismus", S. 471

142) "Eine Klasse (wenn es überhaupt so etwas gibt)..." (ebda., S. 481).

143) ebda.

144) P. Graf Kielmansegg, Krise..., S. 316

fragen; anzufechten ist aber der Anspruch, es könne auf der Grundlage dieser Fragestellung Wesen und Gesetzmäßigkeit eines Systems wissenschaftlich erfaßt werden. Die Sorge um den einzelnen mag sicherlich, wie Kielmansegg schreibt, zu den "Wertprämissen der Demokratie"[145] gehören; gleichwohl muß bestritten werden, daß die Analyse eines Herrschaftssystems vom abstrakten "Einzelnen" her aufgezäumt werden könne. K.D. Bracher mag "die Frage für entscheidend ... erklären, wie Herrschaft dem Menschen, einem jeden einzelnen, begegnet" 146); aber er muß zu diesem Zweck zuerst einmal wissen, wie das System der Herrschaft insgesamt beschaffen ist - er muß also die Gesellschaft analysieren; dies gelingt jedoch nicht aus dem Begriff des Einzelindividuums heraus: "Die Gesellschaft besteht nicht aus Individuen, sondern drückt die Summe der Beziehungen, Verhältnisse aus, worin diese Individuen zueinander stehen."[147] Das Individuum zum Grundstein des Gesellschaftsmodells erklären, heißt den Charakter von Gesellschaft verfehlen. Sehr deutlich wird dieses Herangehen, diese Vorstellung, als sei die Gesellschaft additiv aus atomisierten Individuen zusammengesetzt, in einer Bemerkung von J. Orlow: "... auch heute noch ... gibt es keine Möglichkeit einer wirklich wissenschaftlichen Theorie der Gesellschaft ... So ist die Wissenschaft noch weit davon entfernt, die grundlegenden Eigenschaften des Menschen zu begreifen - dieses Atoms, aber auch Kult-

---

145) ebda.

146) P. Graf Kielmansegg über K.D. Bracher in einer Rezension von dessen "Zeitgeschichtlichen Kontroversen ...", in: FAZ v. 28.8.1976

147) K. Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, S. 176. Zum Problem des Ausgangspunktes in der Gesellschaftswissenschaft vgl. E. Hahn, Soziale Wirklichkeit und soziologische Erkenntnisse, S. 32ff. und S. 146ff.

objekts der Gesellschaft."[148]

Wir sehen also, wie die Totalitarismustheorie die konkreten gesellschaftlichen Strukturen verschwimmen läßt im Bild einer "atomisierten Massengesellschaft". Diese Vorstellung von einer abstrakten Masse stützt umgekehrt wiederum die Vorstellung von einer abstrakten Elite, oder einem abstrakten Staat, der über die Masse herrscht; beides bedingt und bestätigt sich gegenseitig. Wenn z.B. die gesellschaftliche Basis im Nationalsozialismus nicht mehr als klassenmäßig strukturiert sondern als unterschiedslos "atomisiert" angesehen wird, dann ist damit auch unweigerlich der Blick für die Tatsache getrübt, daß das nationalsozialistische Machtsystem keineswegs einen abstrakten, dämonischen Gegenpol zur Gesellschaft darstellt, sondern vielfältig mit ihren schon bisher mächtigen Kreisen verwoben und verschweißt war.[149] Entsprechend wird die analytische "Unterbelichtung" der sozioökonomischen Verhältnisse der sozialistischen Gesellschaft den Eindruck bestärken, als sei der politische Überbau nicht die organische Verlängerung, der Ausdruck jener Verhältnisse, sondern ein

---

148) J. Orlow, Über die Unmöglichkeit des nicht-totalitären Sozialismus, S. 367, Anm. 3. Die skizzierte Umdeutung eines theoretischen in ein moralisches Problem ist eine häufig gebrauchte polemische Methode gegen den Marxismus. W. Bleek bedient sich ihrer, wenn er das materialistische Prinzip des marxistischen Nationenbegriffes gewissermaßen zu einem Ausdruck von Menschenverachtung erklärt: "Die Meinung der Bevölkerung, das Nationalbewußtsein ist demgegenüber nur sekundär, wird aus der vorgeblich objektiven Entwicklung der Nation aufgrund der Produktionsverhältnisse abgeleitet. Das Volk, das doch das Subjekt der Nation ausmachen soll, wird damit einmal mehr ... zum Objekt der Politik der Führenden." (FAZ v. 21.4.1977)

149) Vgl. dazu auch A.J. Groth, The "Isms"..., S. 893: "The fact that pre-Fascist elites both could and did play highly important political roles in the Fascist and Nazi regimes is often either denied or completely minimized."

schroff entgegengesetzter, willkürlich aufoktroyierter Apparat, eine abstrakte Macht. Die "Unterbelichtung" der sozioökonomischen Struktur bedingt die "Überbelichtung" und theoretische Verselbständigung des politisch-ideologischen Überbaus und umgekehrt. Im Endergebnis entsteht so das Bild "eine(r) direkte(n) Konfrontation der Individuen mit dem Staat"[150], beide Kategorien so weit ihres realgesellschaftlichen Inhalts entleert, daß sie nun mit neuen, stark werthaften Assoziationen aufgeladen werden können: das Individuum als Träger und Einkläger von "Freiheit", der Staat als Vollstrecker einer "totalitären" (i.e. das autonome Individuum antastenden) Politik.

Bevor wir näher auf diese ideologischen Gehalte der Totalitarismuskonzeption eingehen, sei hier noch ein Gedanke entwickelt, der die Fragwürdigkeit dieser Konzeption von einer weiteren Seite her demonstriert. Bisher stand stets das Problem im Mittelpunkt, auf welchem Wege die Totalitarismustheorie die Identifizierung von Faschismus und Sozialismus/Kommunismus bewerkstelligt; dabei schälten sich als charakteristische Züge ihrer theoretischen Struktur heraus; Verselbständigung politischer Phänomene, ihre Hypostasierung zu Wesensmerkmalen der Gesellschaft, Ignorierung der ökonomischen und sozialen Strukturen zugunsten einer unspezifischen "Massengesellschaft", Abstrahierung von den Inhalten in Politik und Ideologie, usw. Als einen offenkundigen praktischen Beleg für das theoretische Defizit dieser Konzeption und für die Unhaltbarkeit ihres zentralen Motivs, eben der Identifizierung von Faschismus und Sozialismus, werteten wir das Scheitern ihrer Prognosen

---

150) G. Schäfer in Referierung der Thesen Kornhausers (G. Schäfer, Demokratie und Totalitarismus, S. 140; Herv.heb.: O.C.)

bezüglich des sozialistischen Systems, die zutage getretene Unmöglichkeit, den sozialistischen Entwicklungsprozeß vom Boden der Identifizierung Faschismus/Sozialismus aus zu erklären. Nun kann man die Totalitarismustheorie jedoch statt auf die problematische Identifizierung von Faschismus und Sozialismus hin auch auf ihre Entgegensetzung von "totalitären" und "nicht-totalitären" Systemen hin betrachten. Und hierbei stoßen wir auf einen interessanten Widerspruch: Der Formalismus des Totalitarismusmodells - wenn wir seine oben aufgezeigte theoretische Struktur zusammenfassend so bezeichnen dürfen -, mithilfe dessen die Identifizierung von Faschismus und Sozialismus gelingt, hat andererseits die ungewollte Nebenfolge, daß er eine triftige Unterscheidung von "totalitären" und "nicht-totalitären" Regimen mißlingen läßt; denn viele der formal-politischen Merkmale, mit welchen eine Identität von faschistischer und kommunistischer Herrschaft hergestellt werden soll, erweisen sich bei näherem Hinsehen als durchaus auch auf die sog. "nicht-totalitären" Systeme zutreffend. Dieser ungewollte Effekt wird nicht zuletzt dadurch noch gefördert, daß mit dem Konzept der "Massengesellschaft" eine soziologische Sicht dominiert, die - auch ausdrücklich - neutral gegenüber der Unterscheidung in "totalitär" und "nicht-totalitär" bleibt. 151) So kehrt sich also gewissermaßen der Formalismus des Modells gegen sich selbst.

Auf diesem Sachverhalt basiert die Kritik von H.J. Spiro[152]; während Groth die Totalitarismustheorie

---

151) Vgl. J.B. Schapiro: "Nicht jede Massengesellschaft ist totalitär oder wird es zwangsläufig..." ("Totalitarismus", S. 471).

152) H.J. Spiro, Art. "Totalitarianism", 1968

konfrontiert mit den tatsächlichen fundamentalen Unterschieden zwischen Faschismus und Sozialismus, konfrontiert Spiro - ebenfalls auf nicht-marxistischer Grundlage übrigens - die Totalitarismustheorie mit den formalen Ähnlichkeiten zwischen "nicht-totalitären" und "totalitären" Regimen. Mit einer so angesetzten Kritik vermag Spiro zwar nicht per se an die Stelle der totalitarismustheoretischen Kategorien wissenschaftlich zutreffendere zu setzen; immerhin aber führt er jene Kategorien ad absurdum und demonstriert so, von einer überraschenden Seite her, ihre Oberflächlichkeit.

Spiro systematisiert die Totalitarismustheorie zunächst in der folgenden Skala von Merkmalen:
"Totalitäre" Systeme zeichnen sich aus (1) durch die Zielsetzung der weltweiten Verwirklichung ihres gesellschaftlichen Ideals, (2) durch ihre Atmosphäre allumfassender Politisierung, (3) durch die Unterdrükkung bzw. Gleichschaltung nicht systemkonformer Organisationen, (4) durch die weitläufige Anwendung organisierter Gewalt, (5) durch eine spezifische Unberechenbarkeit der Herrschaftsausübung sowie schließlich (6) durch ihre Ausrichtung auf ein dominierendes Systemziel.[153] Die Reihenfolge dieser Merkmale spiegelt bereits den Befund von Spiros Untersuchung wider; und zwar verläuft sie vom seiner Ansicht nach trennschwächsten bis zum seiner Ansicht nach trennschärfsten, d.h. am eindeutigsten nur für die sog. totalitären Systeme zutreffenden Merkmal. Seine Belege und Begründungen hierfür lauten, grob zusammengefaßt: Das erste Kriterium bezeichnet keineswegs eine ausschließliche Besonderheit des Sozialismus gegenüber den Vereinigten

---

153) Vgl. H.J. Spiro, "Totalitarianism", S. 108

Staaten von Amerika etwa; letztere haben, wie Spiro betont, z.B. in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg auf keinen Fall weniger massiv auf die Gestaltung fremder Länder nach ihrem eigenen (USA-)Bilde hingearbeitet als die Sowjetunion.[154] Daher ist dieses erste "Totalitarismus"-Kriterium im Grunde hinfällig. Aus entsprechenden Überlegungen heraus hat Spiro übrigens auch davon abgesehen, das Merkmal der Ausrichtung auf eine Ideologie überhaupt in den Kriterienkatalog aufzunehmen; u.a. verweist er dabei auf die besonders im Kalten Krieg in den USA hochgezüchtete Ideologie der "freien Welt".[155]

Was das zweite Merkmal betrifft, die allumfassende politische Öffentlichkeit, so wendet sich Spiro dagegen, hier nur solche "formalen Praktiken"[156] wie

---

154) Vgl. ebda. In einem jüngeren Artikel beschwört Z. Brzezinski mehrfach "die grundlegende amerikanische Botschaft". Es heißt dort u.a.: "Trotz all seiner Mängel bleibt Amerika die weltweit schöpferische und erneuernde Gesellschaft..."(Z. Brzezinski, Amerika in einer feindlichen Welt, S. 1261). Der amerikanische Präsident Carter hielt im Sommer 1977 eine programmatische außenpolitische Rede, zu welcher "Le Monde" anmerkte: "Der Begriff der 'Führungsrolle' (leadership) der Vereinigten Staaten bleibt dem Geiste nach, wenn nicht sogar wörtlich, bestehen (es geht nach wie vor darum, die Aktionen der anderen Nationen 'zu inspirieren, zu überzeugen und zu leiten')..." (zit. nach FAZ v. 25.5.1977). Vgl. auch P.C. Ludz: "Der Anspruch, der deutsche Staat, der Modellstaat auf deutschem Boden zu sein, ist von der Bundesrepublik explizit, jedoch nicht implizit aufgegeben worden." (P.C. Ludz, Deutschlands doppelte Zukunft, S. 99) Es scheint, daß dieser Anspruch im Slogan vom "Modell Deutschland" wieder explizite Form angenommen hat.

155) H.J. Spiro, "Totalitarianism", S. 108. Vgl. zur Aktualität dieser Ideologie auch M. Parenti, The Anti-Communist Impulse, bes. Kap. III ("America the Virtous") und Kap. IV ("Anti-Communism as an American Way of Life").

156) H.J. Spiro, "Totalitarianism", S. 109

Wahlen zu berücksichtigen und die sehr hohe Wahlbeteiligung in "totalitären" Systemen der mäßigen Wahlbeteiligung in "nicht-totalitären" Systemen gegenüberzustellen (abgesehen davon, daß hohe Wählerpassivität wohl auch ein merkwürdiges Qualitätsmerkmal "freiheitlicher" Systeme wäre, wie man hinzufügen möchte). Vielmehr verweist Spiro auf die Entwicklung der modernen Kommunikationsmedien und kommt dabei zu dem Schluß: "Es macht im Prinzip einen relativ geringen Unterschied, ob Radio- und Fernsehnetz und Presse von staatlicher und Parteihand geleitet werden wie in der Sowjetunion, oder von Privatfirmen unter Regierungskontrolle wie in den Vereinigten Staaten, oder in gewisser Mischform, wie in Großbritannien. In allen modernen Gesellschaften geht die Tendenz in Richtung auf die Erzwingung größerer individueller Aufmerksamkeit für öffentliche Angelegenheiten und die Aushöhlung (eroding) der Privatsphäre..."[157] Damit erweist sich auch das zweite Merkmal als nicht tragfähig für die Unterscheidung zwischen "totalitären" und "nicht-totalitären" Systemen.

Auch hinsichtlich des dritten Merkmals, des repressiven Vorgehens gegen Gruppen, die die herrschenden Werte des Systems nicht teilen, sieht sich Spiro zu entschiedenen Relativierungen veranlasst; er verweist auf die antikommunistische Gleichschaltung des politischen Lebens in den USA während des Kalten Krieges, die "von Kirchen und Wohltätigkeitsorganisationen über wirtschaftliche Interessenverbände bis zu Sportvereinen"[158] reichte.[159]

Für vergleichsweise signifikanter hält Spiro das vierte

---

157) ebda.

158) ebda.

159) Zur Kontinuität dieser Repressionen in den 60er Jahren vgl. wiederum M. Parenti, The Anti-Communist Impulse, S. 68ff.

Merkmal, die massenhafte Anwendung von Gewalt, von physischem Terror. (Wir finden bei Spiro in diesem Zusammenhang die problematische Gleichsetzung von nationalsozialistischen Vernichtungslagern mit der von ihm so bezeichneten "Liquidierung der Kulaken unter Stalin"[160].) Dennoch sieht Spiro auch dieses Merkmal stark relativiert, und zwar aufgrund der nach außen, gegen einen äußeren Feind gerichteten Gewalt, die sehr wohl häufig von sog. "nicht-totalitären" Staaten ausging und ausgeht: "Es waren die Vereinigten Staaten, die zum ersten Mal die Zerstörungsgewalt der Atombombe gegen japanische Städte einsetzten."[161]

Für signifikanter als alle vorangegangenen Merkmale des "Totalitären" hält Spiro das der Unberechenbarkeit der Machtpolitik, ihrer Gesetzlosigkeit und Willkür. Er illustriert das anhand der Praktiken unter Hitler und Stalin und stellt dem gegenüber bürgerlich-konstituelle Staaten, wo sich Repressionsmaßnahmen, selbst in Krisen- und Kriegssituationen, gemeinhin an öffentlich bekannte Regeln halten und insofern vorhersehbar und nicht willkürlich sind.[162] Erfaßt dieses Kriterium der Unberechenbarkeit also besonders treffend einen spezifischen Wesenszug "totaliärer" Herrschaft, so hat es andererseits aber einen entscheidenden "Haken": Es trifft auf den gegenwärtigen Sozialismus nicht mehr

---

160) H.J. Spiro, "Totalitarianism", S. 109. Man kann die Zahl der ums Leben gekommenen russischen Kulaken sehr hoch veranschlagen - auch dann bleibt aber eine Identifizierung von "Liquidierung der Kulaken als Klasse" mit "Liquidierung der Kulaken" illegitim. Man denke hierbei auch an die gewaltlosen Kollektivierungen in den volksdemokratischen Ländern; zur untergeordneten Rolle repressiver Methoden in den dortigen Kollektivierungskampagnen vgl. K.v. Beyme, Ökonomie und Politik im Sozialismus, S. 72ff.

161) H.J. Spiro, "Totalitarianism", S. 110

162) vgl. ebda., S. 109f.

zu. Hier hat, so Spiro, vielmehr ein Prozeß der Konstitutionalisierung, der Stabilisierung der innergesellschaftlichen Beziehungen stattgefunden.[163]

Damit lautet Spiros Bilanz bis zu diesem Punkt: die ersten vier Kriterien des Totalitarismusmodells besitzen keine zureichende Trennschärfe bezüglich einer Gegenüberstellung von spezifisch "totalitären" und spezifisch "nicht-totalitären" Regimen; das fünfte Kriterium weist solche Trennschärfe am ehesten auf, führt jedoch zu der Konsequenz, den Sozialismus der Gegenwart (damit aber im Grunde den Sozialismus generell, weil sich der Stalinismus als untypische Übergangserscheinung erwiesen hätte) aus dem Totalitarismusbegriff herauszunehmen. Bleibt das letzte Merkmal, die Ausrichtung aller gesellschaftlichen Anstrengungen auf ein zentrales, positiv formuliertes Ziel. Spiro hält es überraschenderweise tatsächlich für das eindeutigste, unmißverständlichste (und auch historisch bis heute nicht überholte) Spezifikum des "Totalitarismus". Überraschend ist das insofern, als sich Spiro damit in mindestens zwei Punkten in Widerspruch zu seinen eigenen vorhergehenden Ausführungen setzt: Während er nämlich das erste Merkmal, die weltweite ideologische Mission, unter Hinweis auf die amerikanische antikommunistische Ideologie und Politik der "freien Welt" als nicht spezifisch "totalitär" zurückwies, begründet er die Signifikanz des letzten Merkmals u.a. gerade damit, daß es zu der Fixierung "totalitärer" Systeme auf ein alles beherrschendes Ziel kein Pendant in "nicht-totalitären" Systemen gebe: letztere formulierten ihr Ziel nur negativ,

---

163) Hier ist der Punkt, wo Spiros Kritik einmündet in die von Groth, indem sie ebenfalls die Unverwechselbarkeit der sozialistischen Entwicklung konstatiert.

oder statuierten, wenn positiv, stets einen Pluralismus von Zielen, oder sie beließen es ganz bei der Festlegung instrumenteller Spielregeln ("procedural goals"). Diese Unterscheidungen vermögen jedoch kaum zu überzeugen: erstens drückt auch die Negativformulierung eines Ziels einen bestimmten positiven Zielinhalt aus (und außerdem hatte sich Spiro, wie schon gesagt, im Falle des ersten Merkmals trotz des doch zweifelsohne sehr starken Negativ- oder Anti-Charakters der amerikanischen Freiheits-Ideologie nicht davon abhalten lassen, diese als ein Pendant zur "totalitären" Ideologie und Politik zu werten). Zweitens beruht Spiros schroffe Gegenüberstellung von Zielpluralismus und Zielmonismus auf einer doppelten Verabsolutierung: Denn wie sich zum einen im Zielpluralismus "westlicher" Gesellschaften durchaus mindestens immer das Grundziel der Systemerhaltung ausmachen läßt[164], so hat man sich zum anderen den Zielmonismus des Sozialismus nicht als absolute Fixierung auf ein einziges Ziel vorzustellen, sondern als ein vielfältig gegliedertes (wenn man so will, "pluralistisches") System oder Bündel von Zielperspektiven[165]. Wenn

---

164) "'Offene', das heißt demokratische Gesellschaften ... sind mit den politischen Maximen einer totalen Utopie oder Handlungsanweisung zur Verwirklichung eines total anderen gesellschaftlichen Systems nicht vereinbar." (H. Schmidt, Vorwort zu: G. Lührs/T. Sarrazin u.a. (Hersg.), Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie, S.). "Ein Volk braucht ein geistiges Ziel. Ohne historische Mission löst es sich auf." (A. Dregger, in: Deutschland-Union-Dienst v. 11.2.1976)

165) Davon geht z.B. auch Beymes umfassende Untersuchung der bisher erzielten Leistungen der sozialistischen Länder aus. Beyme unterscheidet hier als oberste Zielwerte "Freiheit", "Sicherheit", "Gleichheit" und "Gerechtigkeit", denen auf der Ebene konkreter Gesellschaftspolitik die Ziele "Redistribution", "Effizienz", "Protektion" und "Partizipation" entsprechen (vgl. Ökonomie und Politik im Sozialismus, S. 34).

Spiro von einer "erbarmungslosen Verfolgung eines einzigen ... Ziels ..., unter völliger Mißachtung aller anderen möglichen Ziele"[166] spricht, so entwirft er damit nur eine Karikatur des Sozialismus. Hier kollidiert Spiros Darstellung im übrigen ein weiteres Mal mit seinen eigenen Ausführungen; er schreibt nämlich, die rücksichtslose Verfolgung des einen Ziels beschwöre notwendig permanente unvorhersehbare Störungen des Systems herauf, für die es keine institutionalisierten Lösungsmöglichkeiten besitze; beispielsweise fehlten jegliche Regeln zur Überwindung von Meinungsverschiedenheiten.[167] Demgegenüber hatte Spiro bei der Diskussion des bei ihm fünften Merkmals gerade die Konsolidierung und erlangte Regelhaftigkeit des politischen Prozesses im Sozialismus und seiner Prozeduren hervorgehoben. Spiros dritter Vorbehalt gegen eine Parallelisierung der Zielgerichtetheit sowohl "totalitärer" als auch "nicht-totalitärer" Herrschaftssysteme schließlich, wonach die letzteren meist ganz auf die Fixierung einer inhaltlichen Perspektive verzichteten und stattdessen ihr Selbstverständnis nur aus ihren prozeduralen Regeln schöpften, betrifft zum einen ohnehin nur einige Ausnahmefälle, bleibt zum anderen aber auch an der Oberfläche des jeweils offiziell Deklarierten, ohne danach zu fragen, ob hinter zum Systemzweck erhobenen Spielregeln nicht ein ungenannter, aber realer und eigentlicher Systemzweck kaschiert ist. - Mithin erscheint auch Spiros letztgenanntes "Totalitarismus"-Merkmal, wenn man Spiros eigenen Kritikansatz nur radikal zuende führt, als ungeeignet, eine eindeutige Klassifizierung in

---

166) H.J. Spiro, "Totalitarianism", S. 111

167) Vgl. ebda.

"totalitär" und "nicht-totalitär" zu untermauern. Nicht daß sich an der Frage der Zielsetzung eines Systems kein Wesensunterschied festmachen ließe - jedoch nicht in der formalen Art und Weise der Totalitarismustheorie, sondern indem man den gesellschaftlichen Inhalt der jeweiligen Zielsetzung untersucht, so wie es z.B. Groth bezüglich Faschismus und Sozialismus getan hat; das aber bedeutet, den Totalitarismusbegriff hinter sich zu lassen[168].

Die Bedeutung von Spiros Kritik liegt in dem Nachweis, daß die Oberflächlichkeit des Totalitarismusbegriffs derart ist, daß sie sich noch gegen diesen selbst kehrt, indem nämlich auf der Basis formaler politischer Merkmale keine eindeutige klassifikatorische Abgrenzung von der Herrschaftspraxis "nicht-totalitärer" Staaten zustande zu bringen ist (andererseits aber der Totalitarismuskonzeption bei Strafe des Hinfälligwerdens ihrer ideologisch zentralen Identitätsthese keine andern als formale Merkmale zu Gebote stehen!). Analog zu Spiros Kritikansatz ließe sich übrigens zeigen, daß sich der Formalismus des Totalitarismusbegriffs auch hinsichtlich seiner Abgrenzung von Diktaturen der historischen Vergangenheit rächt: der theoretische Anspruch, mit dem Totalitarismusbegriff ein "historisch einzigartig(es)" [169], ein Phänomen des zwanzigsten Jahrhunderts einzugrenzen, scheitert an derselben Abstraktheit und

---

168) Es sei denn, der Totalitarismusbegriff verwandelte sich in ein (polemisches) Synonym für Sozialismus und revolutionäre Gesellschaftsveränderung - ein Ausweg, den die Kommunismusforschung dann in der Tat beschreitet (s.u.).

169) C.J. Friedrich (s.o., S. 310)

damit historischen Leere des Begriffs selbst, an der - wie Spiro demonstriert - sein Anspruch scheitert, eine echte Scheidelinie zwischen sog. totalitären und nicht-totalitären Verhältnissen zu ziehen.[170]

---

170) Diesen weiteren wesentlichen inneren Widerspruch des Konzepts macht - wider Willen - L.B. Schapiro überaus deutlich; er beweist im Grunde, daß der Totalitarismusbegriff keine historische Spezifik aufweist: Erstens konstatiert er, daß es nach dem "Führerprinzip" funktionierende Regime auch in der Vergangenheit gab, z.B. im klassischen "Altertum", in den "italienischen Stadtstaaten", bei der "Herrschaft Ivans IV. und der Tudors" (S. 484) beispielsweise. (Wohlgemerkt betrachtet Schapiro das Führerprinzip als das allerwichtigste Merkmal des "Totalitarismus", " aus dem die anderen sich letztlich ergeben." (S. 484). Zweitens findet Schapiro auch für das "charakteristische Element der Mobilisierung" (S. 484f.) historische Präzedenzfälle; so etwa in den sog. "hydraulischen Gesellschaften" des Orients oder im "Reich der Inkas" (S. 485). Drittens verwirft er die These, wonach die Spezifik des "Totalitarismus" in der Perfektion seiner durch die moderne Technik ermöglichten Herrschaftsmethoden zu suchen sein, weil damit bloß auf einen "quantitativen Unterschied" (S. 486), aber keinen qualitativen, abgehoben würde. Viertens zeigt er, daß auch die "dynamische Natur" kein historisches Privileg des modernen "Totalitarismus" ist; Caesar z.B. oder Napoleon hätten "gewaltige... Veränderungen" angestrebt bzw. bewirkt (S. 486). All dies führt jedoch Schapiro nicht etwa zu dem Schluß, daß "Totalitarismus" ein historisch unspezifisches Phänomen bezeichne. Im Gegenteil: "Alle Parallelen und Vergleiche ergeben ... eines: Der Begriff 'Totalitarismus' bezeichnet eine spezifisch zeitgenössische und von älteren qualitativ verschiedene Erscheinung." (S. 486) Dieses verblüffende "Fazit" ist nur folgendermaßen nachvollziehbar: Für Schapiro erfüllen zwar historische Parallelfälle wie das Inkareich und das Regime Napoleons wesentliche operationale Kriterien von "Totalitarismus"; dennoch kann er sozusagen das dumpfe Gefühl nicht loswerden, daß auf derlei historische Regime "die Bezeichnung 'totalitär' im ursprünglichen (?, O.C.) Sinn des Wortes dennoch nicht zutrifft."

(Forts. nächste Seite)

3. Tendenz zur Projektion

Bisher lag das Schwergewicht unserer Argumentation auf dem Nachweis, daß es der Formalismus und die abstrakte Politikbezogenheit der Totalitarismustheorie ist, welche die - ausdrückliche oder nur unterschwellige - Identifizierung von Faschismus und Sozialismus in ein und demselben Begriff möglich macht. Nun darf man sich aber u.E. die Sache nicht so vorstellen, als abstrahiere die Totalitarismustheorie einfach solange und soviel von den gesellschaftlichen und ideologischen Inhalten, bis sie einen zwar bescheidenen, aber immerhin realen Rest von Gemeinsamkeit zwischen Faschismus und Sozialismus in Händen halte. So sehen es tatsächlich manche Kritiker der Totalitarismustheorie. Wenn beispielsweise J.B. Müller über den Totalitarismusbegriff schreibt, er verdecke "über der tatsächlich vorhandenen Gemeinsamkeit in den Herrschaftstechniken ... die sozio-ökonomischen Unter-

---

Forts. Anm. 170

(S. 486) Anders gesagt: weil es nicht sein darf, daß es "totalitäre" Regime schon in den früheren Jahrhunderten gab, kann es nicht sein, daß es sie gab. In der Tat findet Schapiro keinen einleuchtenden Grund, inwiefern denn nun im Begriff des "Totalitarismus" etwas wesentlich und unverwechselbar anderes erfaßt sei, als was mit Begriffen wie "Tyrannei" etc. erfaßt ist. Er findet den Begriff lediglich "sinnvoll" und "genauer und klarer" (S. 486). - Hier zeigt sich, daß die Totalitarismustheorie nolens volens auf eine überhistorische Kategorie von "Diktatur" hinausläuft bzw. auf das überhistorische Kategorienpaar "Diktatur - Demokratie". Dies unterstreichen auf ihre Weise auch solche ideengeschichtlichen Längsschnittstudien wie die von H. Löffler (siehe dazu oben, Anm. 56).

schiede"[171], so stellt dies eine Kritik dar, die der Totalitarismustheorie eine unzulässige Beschränkung vorwirft, die Gültigkeit ihrer Aussagen im Rahmen dieser Beschränktheit aber nicht anzweifelt. Eine solche Kritik kann jedoch, wie E. Hennig zu Recht zu bedenken gibt, die Totalitarismustheorie "gar nicht in toto treffen".[172] Dabei zeigt die nähere Betrachtung des Modells, wie dringend es in der Tat geboten ist, die Kritik auch auf dessen eigenem Boden weiterzuführen. Der Formalismus des Konzepts erweist sich nicht als Resultat von Abstraktionsschritten schlechthin, sondern auch von Manipulationen der zugrundeliegenden Realität; die Formalisierung gesellschaftlicher Wirklichkeit im Modell des Totalitarismus geht einher mit einer Verformung dieser Wirklichkeit. Als das Hauptverfahren, um faschistische und sozialistische Wirklichkeit gewissermaßen auf forciertem Wege konvergieren zu lassen im identifizierenden Totalitarismusbegriff, läßt sich die Projektion nachweisen, und zwar die wechselseitige Projektion.

Die primäre Projektionsrichtung ist die vom Faschismus auf den Sozialismus. Sie entspricht der ideologisch-politischen Hauptfunktion der Totalitarismusdoktrin in ihrer eigentlichen Entstehungszeit nach 1945: nämlich der Umlenkung antifaschistischer Er-

---

171) J.B. Müller, Kommunismus und Nationalsozialismus..., S. 62. Auch G. Schäfer geht von der "weitgehende(n) Gleichheit der Herrschaftstechniken faschistischer und kommunistischer Diktaturen" aus (G. Schäfer, Demokratie und Totalitarismus, S. 123).

172) E. Hennig, Theorie der Totalitarismustheorien, S. 22

fahrungen und Motive in antisozialistische Richtung. 173) Tatsächlich bildet die Ausweitung von ursprünglich anhand des Faschismus herauskristallisierten Bestimmungsmerkmalen auf die sog. "totalitären Diktaturen" schlechthin, damit aber die unkontrollierte Projektion faschistischer Charakteristika auf den Sozialismus eine Konstante in der Entwicklung der Theorie während der vierziger und fünfziger Jahre. Dies sei an einigen Beispielen belegt: Carlton J.H. Hayes, der zu den frühesten Vertretern und Begründern des identifizierenden Totalitarismusbegriffs gehört, bedient sich in seinem Ende 1939 gehaltenen Vortrag über die historische Neuartigkeit des "Totalitarismus"[174], wie W. Schlangen hervorhebt, "keiner eigentlich neuen Bestimmungsmerkmale"[175], d.h. keiner Kriterien, die nicht schon zuvor in Faschismusanalysen (bürgerlicher Provenienz) gewonnen worden wären. "Vielmehr verschärft er die Merkmalsbestimmung der totalitären Form der modernen Diktaturen durch den Einbezug einer moralischen Bewertungsdimension, die selbst schon vorher eingeführt worden war zur Charakterisierung

---

173) Vgl. R. Kühnl, Zur politischen Funktion der Totalitarismustheorien..., S. 10; W. Hofmann, Zur Soziologie des Antikommunismus, S. 132f.; vgl. auch J. Radkaus Urteil über die Einstellung der SPD-Führungskreise während der Emigration: "Auch ohne viel Psychologisieren läßt sich erkennen, wie ein Teil des Hasses, der dem Nazismus gilt, auf den Kommunismus umgelenkt wird..." (Die deutsche Emigration in den USA. Ihr Einfluß auf die amerikanische Europapolitik 1933-1945, Düsseldorf 1971, S. 159)

174) Auf deutsch abgedruckt in B. Seidel/S. Jenkner (Hersg.) Wege..., S. 86ff.

175) W. Schlangen, Theorie..., S. 66

des italienischen Faschismus..."[176]. Nicht anders verhält es sich in Sigmund Neumanns 1942 erschienener Studie, in der Faschismus und Sozialismus unter den Begriff der "permanenten Revolution" subsumiert werden.[177] Die Grundelemente des so verstandenen "Totalitarismus" werden von S. Neumann - was in Anbetracht des bei ihm zentralen "Revolutions"-Begriffs besonders erstaunlich ist - wiederum "überwiegend dem faschistischen Erfahrungsbereich entnommen"[178]; beispielsweise reiht Neumann das Merkmal des "Vorrang(s) von Aktion vor Programm"[179] unbesehen ein in den Komplex von fünf Grundmerkmalen, die er als maßgeblich für "totalitäre" Regime gleich welcher Spielart hält - mithin ein Merkmal, welches der liberalen Faschismusanalyse seinerseits gerade als wichtige differentia specifica des Faschismus gegenüber dem Kommunismus gegolten hatte.[180] Ebenfalls wesentlich auf den in den ersten Nachkriegsjahren noch frisch im Bewußtsein haftenden Erfahrungen mit dem deutschen Faschismus gründet das "Totalitarismus"-Bild, das G. Leibholz 1946 entwirft. Nicht zufällig bedient er sich zur Beschreibung der nationalsozialistischen Kategorien des "totalen Krieges" und der "totalen Mobilmachung".[181] Eine Aussage wie die, daß das Prinzip des Totalitarismus "zwangsläufig

---

176) ebda.

177) S. Neumann, Permanent Revolution. Totalitarianism in the Age of International Civil War, London, 2. Aufl. 1956

178) W. Schlangen, Theorie..., S. 71

179) S. Neumann, Permanent Revolution, S. 36 ("action instead of programs"), zit. nach W. Schlangen, Theorie..., S. 69

180) Vgl. oben, S. 331

181) G. Leibholz, Das Phänomen des totalen Staates, Rundfunkvortrag v. November 1946, abgedruckt in: ders., Strukturprobleme der modernen Demokratie, Karlsruhe 1958, S. 225ff. (vgl. W. Schlangen, Theorie..., S. 72).

zur Auflösung aller zwischenstaatlichen Beziehungen, zur Anarchie und damit zum Kriege" führe[182], gibt nur allzu deutlich die historische Erfahrung des deutschen Faschismus, und nichts als diese, wieder. Von hier speist sich auch die moralisierende und dämonisierende Tendenz der Totalitarismustheorie. Ein besonders namhafter Fall von Projektion in antikommunistischer Richtung liegt vor in Hannah Arendts "Ursprüngen des Totalitarismus" aus den fünfziger Jahren. 183) Lassen wir hierzu wiederum W. Schlangen sprechen: Zusammenfassend stellt er fest, "daß sich diese Wesensschau (des "Totalitarismus" bei H. Arendt, O.C.) primär auf eine phänomenologische Sicht extremer Erscheinungsformen der nationalsozialistischen Herrschaft gründet. Auch die empirischen Bestimmungsmerkmale sind vorwiegend aus dem nationalsozialistischen Regime abgeleitet... Ihre Übertragung auf die kommunistische Erscheinungsweise 'totalitärer Herrschaft' ist kaum vergleichbar empirisch belegt ... und auch hier zumal auf die radikalsten Perioden des Stalinismus abgestellt."[184] Hannah Arendts Interpretation des "Totalitarismus" findet ihrerseits wieder Eingang in das Standardwerk von C.J. Friedrich, dessen Einfluß auf die gesamte spätere Rezeption des Begriffs kaum überschätzt werden kann. Die umstandslose Ausdehnung von spezifischen Faschismus-Erfahrungen auf die "totalitäre Diktatur" schlechthin kommt vor allem in Friedrichs Ausführungen über den Stellenwert des Terrors zum Ausdruck. "Ohne den Terror",

---

182) G. Leibholz, Das Phänomen..., S. 230

183) H. Arendt, The Origins of Totalitarianism. New York 1951 (deutsche Erstausgabe: Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft, Frankfurt a.M. 1955)

184) W. Schlangen, Theorie..., S. 76

schreibt er, "würde ein solches Regime wohl nicht nur seinen totalitären Charakter, sondern auch seine Macht einbüßen. Der Terror ist daher in gewissem Sinn der Lebensnerv eines totalitären Systems."[185]

Die geschilderte Projektionsmethode verschränkt sich in der Totalitarismusforschung von Anbeginn mit der gegenläufigen: der Faschismus wird mit typisch sozialistischen Zügen versehen. Erst dadurch bekommt der identifizierende Totalitarismus-Begriff nach beiden Richtungen seine vermeintliche Stimmigkeit. So wie die erste Projektion das revolutionäre System zur Schreckensherrschaft schlechthin macht, so macht die zweite Projektion die Schreckensherrschaft zu einem revolutionären System; dadurch ist der Kreis geschlossen: totalitärer Schrecken und revolutionäre Praxis sind letztlich identisch.

Tatsächlich zieht sich durch die Begriffs-Geschichte der Totalitarismuskonzeption als zweiter roter Faden die Verklärung des Faschismus als eines revolutionären Systems. Wir können dies unmittelbar an denselben Autoren nachvollziehen, bei welchen sich auch der Prozeß der Merkmalsprojektion vom Faschismus auf den Sozialismus studieren läßt: Hayes erklärt den "Totalitarismus" und ergo auch den Faschismus zu einer "Massenbewegung ohne Toleranz für die Klassen", welche das Ziel einer sozialen "Gleichmacherei" verfolge 186). S. Neumann bringt schon im Titel seines Buches zum Ausdruck, daß er auch den Faschismus für revolu-

---

185) C.J. Friedrich, Totalitäre Diktatur, S. 124. Friedrich zitiert hier auch H. Arendt, wonach "der Terror zum eigentlichen Inhalt der totalitären Herrschaftssysteme" werde (zit. ebda., S. 129).

186) C.J.H. Hayes, The Novelty of Totalitarianism in the History of Western Civilization, zit. nach W. Schlangen, Theorie..., S. 65

tionär hält. Auch für G. Leibholz und H. Arendt stellen Faschismus wie Sozialismus gleichermaßen einen "revolutionären" Bruch mit den Traditionen der abendländischen Geschichte dar.[187] H. Arendt projiziert zudem typische Züge des Marxismus auf die faschistische Ideologie, wenn sie behauptet, jegliche "totalitäre" Ideologie stelle sich als ein in sich geschlossenes Instrument der logischen Ableitung und Erklärung objektiver Gesetzmäßigkeiten der Geschichte bzw. Natur dar und sei dem "Zwang des logischen Deduzierens"[188] verpflichtet. Auch hier werden die Befunde der älteren, noch nicht im Banne der Identifizierungsthese stehenden Faschismusforschung großzügig beiseite geschoben, die auf den tatsächlichen Eklektizismus und die Programmlosigkeit der faschistischen Ideologie hingewiesen hatte.[189] Einen gewissen Höhepunkt erreicht die Rückprojektion der revolutionären Züge des Sozialismus auf den Faschismus bei C.J. Friedrich und Z. Brzezinski. Der letztere sieht im "Totalitarismus" "eine totale gesellschaftliche Revolution"[190] am Werk und extrapoliert nun, um den Faschismus mit dieser seiner Definition in Einklang zu bringen, spekulativ gewisse "Anlagen" des Faschismus über dessen historisches Ende hinaus.[191] Die

---

187) Vgl. W. Schlangen, Theorie..., S. 72 und S. 74

188) H. Arendt, Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft, S. 745

189) Vgl. etwa W. Schlangen, Theorie..., S. 46

190) Z.K. Brzezinski, Totalitarianism and Rationality, (1956), dtsch. in: B. Seidel/S. Jenkner (Hrsg.), Wege..., S. 267ff., hier S. 273

191) Vgl. W. Schlangen, Theorie..., S. 95, Anm. 370 und 371

Zusammenfassung dieser Spekulation hatten wir bereits bei L.B. Schapiro kennengelernt: Hitler habe für die grundlegende Umwälzung der Gesellschaft nicht mehr genug Zeit gehabt.[192] Nach demselben Verfahren subsumiert C.J. Friedrich den Faschismus unter die planwirtschaftlichen Systeme.[193] Wie Brzezinski hat auch Friedrich keine Bedenken zu schreiben: "Der Totalitarismus ist ein revolutionäres System, eine radikale Umwälzung."[194] Der Mythos vom "revolutionären" Faschismus hat sich in Teilen der bürgerlichen Sozial- und Geschichtswissenschaft übrigens bis heute gehalten, ja wurde sogar noch kultiviert.[194a] Besonders große Verbreitung fand R. Dahrendorfs These von der "nationalsozialistische(n) Revolution der Modernität", vom Nationalsozialismus als dem "großen Gleichmacher der deutschen Gesellschaft".[195] Hierzu hat H.J. Groth schon 1964 das nötige gesagt.[196]

---

192) Siehe oben, S. 338

193) Vgl. W. Schlangen, Theorie..., S. 84

194) C.J. Friedrich, Totalitäre Diktatur, S. 122

194a) E. Nolte schließt einen erst jüngst verfaßten Aufsatz über den Faschismus "mit der überraschenden These, man müsse den Faschismus auch - auch! - als eine Form des Sozialismus, als Entwicklungsdiktatur, die eine Klassenzusammenarbeit erzwang, begreifen." (T. Nipperdey in einer Rezension des Sammelbandes von W. Schieder (Hrsg.), Faschismus als soziale Bewegung. Deutschland und Italien im Vergleich, Hamburg 1976, in: FAZ v. 19.3.1977) Paradoxerweise gab und gibt es parallel dazu Bestrebungen, den Faschismus ganz aus der Totalitarismuskonzeption herauszunehmen (vgl. M. Weissbecker, Enteufelung der braunen Barbarei. Zu einigen neuren Tendenzen in der Geschichtsschreibung der BRD über Faschismus und faschistische Führer, S. 59ff.). Somit wäre der Faschismus revolutionär, aber nicht totalitär - ein nackter Widerspruch gemäß den Prämissen der Totalitarismustheorie.

195) R. Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965, S. 450, S.431ff. Vgl. beispielsweise auch K.D. Bracher, Hitler - die deutsche Revolution, in: Die Zeit v. 12.10.1973.

196) U.a. zählt H.J. Groth eine Reihe von Untersuchungen

(Forts. nächste Seite)

4. "Totalitarismus" als abstraktes Synonym für Sozialismus

Wenn, wie wir sahen, bei C.J. Friedrich und anderen das revolutionäre Moment zu einem festen Bestandteil des Totalitarismusbegriffs wird, wenn es gar, wie bei Z. Brzezinski, zu dem Wesensmerkmal des "Totalitarismus" avanciert, so drückt sich hierin schon nicht mehr ausschließlich die Absicht aus, den Faschismus durch Projizierung revolutionärer Eigenschaften auf ihn als Spielart eines "totalitären" Regimes schlechthin erscheinen lassen zu können; vielmehr wird hier auch schon die Tendenz deutlich, den Totalitarismusbegriff ausschließlich auf das sozialistische System auszurichten, ohne viel danach zu fragen, ob er unter diesen Umständen noch der faschistischen Realität adäquat bleibt. In der Tat gehören Brzezinskis und Friedrichs beschriebene historische Extrapolationen

---

Forts. Anm. 196)

über den Faschismus und fährt dann fort: "Auch wenn diese Arbeiten marxistische Tendenz haben (Marxist biases and predilections), so erbringen sie doch in beträchtlichem Umfang Tatsachenbeweise dafür, daß die sozialen und ökonomischen Folgen des Faschismus vorteilhaft für die wohlhabenden Schichten waren, hingegen relativ oder absolut nachteilig für die Arbeiter, das Kleingewerbe und andere niedrige Einkommensschichten. Vor und nach dem Weltkrieg wurde viel, wenn nicht alles von diesem Beweismaterial ignoriert und heruntergespielt, trotz der Tatsache, daß nach dem Kriege erhärtendes Material über die faschistischen Wirtschaftssysteme zugänglich geworden war. So verließen sich Friedrich und Brzezinski, als sie Neumanns Feststellung von 1942, daß die Nazi-Wirtschaft wesentlich 'kapitalistisch' sei, zurückwiesen, auf die eher fragwürdige Beweiskraft (inconclusive evidence) von Gunther Reimanns "Vampire Economy" von 1939, nicht dagegen auf die Hearings des Kilgore-Komitees vom Juli 1945, welche auf ungefähr 1 600 Seiten das Beweismaterial präsentierten, das nach der Niederlage der Nazis direkt von Forschungs-Teams der US-amerikanischen Regierung zusammengetragen worden war." (A.J. Groth, The "Isms"..., S. 891, Anm. 12).

mit zu den letzten expliziten Versuchen der Totalitarismustheorie, die empirische Realität des Faschismus bei der Begriffsbildung zu berücksichtigen. In der Folgezeit schwindet das Interesse für den Faschismus vollends dahin; die Aufmerksamkeit wird nun ganz von den Versuchen in Anspruch genommen, das Totalitarismusmodell mit der Entwicklung des Sozialismus in Einklang zu bringen und zu halten, ohne allerdings den identifizierenden Anspruch des Totalitarismus-Begriffs aufzugeben.[197]

Nun war aber der klassische Totalitarismus-Begriff mit seinem - wie oben gezeigt - Überhang an Faschismus-bezogenen Charakteristika nicht in Übereinstimmung mit jener Tendenz, ihn faktisch ausschließlich zu einem Sozialismus-bezogenen Begriff zu machen. Damit wurden einschneidende Änderungen am Totalitarismus-Konzept notwendig. Am bemerkenswertesten war die Aufgabe des ehedem zentralen und unveräußerlichen Modellmerkmals des "Terrors". Der Terror hatte ursprünglich bei Friedrich und bei H. Arendt als "Lebensnerv", als "eigentlicher Inhalt" des "totalitären" Systems gegolten[198]; das Merkmal des Terrors hatte in Friedrichs ursprünglichem theoretischen Modell eindeutig eine Primärfunktion gegenüber allen anderen Merkmalen gehabt, indem es diese überhaupt erst zu dem gemeinten spezifisch "totalitären" Syndrom integrierte.[199] Wenn also nun dieses Schlüssel-

---

197) Vgl. dazu insgesamt W. Schlangen, Theorie..., S. 89ff.

198) Siehe oben, Anm. 185. Entsprechend der zentralen Rolle des "Terrors" im ursprünglichen Totalitarismus-Modell fielen auch die Prognosen aus: "Es ist eine eigenartige und beängstigende Tatsache, daß der totalitäre Terror an Umfang und Heftigkeit zunimmt, wenn sich das totalitäre System stabilisiert." (C.J. Friedrich, Totalitäre Diktatur, S. 129)

199) Vgl. W. Schlangen, Theorie..., S. 83, 118

merkmal fallengelassen wurde, so bedeutete dies eine - unter dem unveränderten Signum des "Totalitarismus" vorgenommene - denkbar einschneidende Umformulierung des Begriffsinhalts. Friedrich ging in den 60er Jahren schließlich so weit, daß er die Stalinsche Phase der sowjetischen Entwicklung sogar als untypische Abirrung des "Totalitarismus", die entwickelte sowjetische Gesellschaft nach Stalin hingegen als typisches Modell "totalitärer" Herrschaft deklarierte.[200] Deutlicher konnte die Totalitarismusforschung nachträglich garnicht beweisen, daß für sie die Exzesse der Stalinzeit nie der eigentliche Stein des Anstoßes gewesen waren, sondern eher eine zufällige, aber willkommene, Möglichkeit der Untermalung ihrer Thesen[201].

---

200) So etwa in C.J. Friedrich, Man and His Government. An Empirical Theory of Politics, N.Y. 1963, S. 522. Ferner: ders., Totalitarianism: Recend Trends, in: Problems of Communism 17/1969, S. 32ff. Es kennzeichnet die Totalitarismusforschung, wenn C.J. Friedrich die Stalinsche Periode als untypisch für den Sozialismus resp. "Totalitarismus", F. Ronneberger sie hingegen als die "idealtypische Gestalt des etablierten Kommunismus" betrachtet (F. Ronneberger, Versuch einer systemtheoretischen Analyse des Reformkommunismus, in: A. Domes (Hrsg.), Reformen und Dogmen in Osteuropa, Köln 1971, S. 81ff. (Herv.heb.: O.C.).

201) Man kann also u.E. die Totalitarismustheorie nicht als Reaktion auf die Erscheinungen der Stalin-Zeit erklären. Hiergegen spricht nicht nur, daß die Theorie diese Zeit überdauert hat und bis zum heutigen Tag Gültigkeit beansprucht, sondern ebenso, daß die Totalitarismustheorie in ihren Grundzügen längst vor dem Inerscheinungtreten des sog. Stalinismus fertig war (nämlich im Grunde bereits mit Kautskys Konfrontierung von Demokratie und Diktatur). Wie die Stalinsche Periode von vorübergehender Natur war, so stellt auch der Bezug auf typische Erscheinungen dieser Periode eine nur vorübergehende Zwischenetappe in der Evolution des Totalitarismusbegriffs dar. - Die Permanenz

(Forts. nächste Seite)

Der Eliminierung des terroristischen Charakterzugs aus dem Bild des "Totalitarismus" entsprach auch der Abschied von der Vorstellung, "totalitäre" Herrschaft zeichne sich konstitutiv durch ihre Gesetzlosigkeit, Willkür und Unberechenbarkeit aus. Schon Ende der fünfziger Jahre kam Friedrich zu der Auffassung, daß dieses Kriterium, "wie es vielfach zum entscheidenden Gesichtspunkt gemacht worden ist, ... bei der umfangreichen gesetzlichen Instrumentation moderner Totalitarismen nicht mit Erfolg herangezogen werden" könne[202]. In demselben Aufsatz gestand Friedrich auch ein, daß in den "totalitären" Systemen, nicht minder als in den "nicht-totalitären", "eine mehr oder weniger große Mitwirkung der Bürger am Gemeinwesen angestrebt wird."[203] Ja, er spricht sogar davon,

---

Forts. Anm. 201

der Totalitarismustheorie auch nach der Stalin-Ära findet übrigens auf der praktisch-politischen Ebene eine bezeichnende Parallele in der Tatsache, daß das KPD-Verbot in der Bundesrepublik ausgesprochen wurde, "obwohl die Identifikation der KPD mit dem Stalinismus bereits weggefallen war": "Der 20. Parteitag der KPdSU fand im Februar 1956 statt, das Verbotsurteil gegen die KPD erging im August desselben Jahres..." (W. Abendroth, Ein Leben in der Arbeiterbewegung. Gespräche, aufgezeichnet und hrsg. von B. Dietrich und J. Perels, Ffm. 1976, S. 233).
Vgl. auch die aktuellen Polemiken gegen die westeuropäischen kommunistischen Parteien: "Für den Kommunismus ist nicht Stalin, sondern Lenin entscheidend ... Um demokratisch zu werden, muß die Kommunistische Partei Italiens nicht nur Stalin, sondern auch Lenin überwinden." (FAZ v. 25.3. 1975)

202) C.J. Friedrich, Freiheit und Verantwortung, Zum Problem des demokratischen Totalitarismus, S. 132

203) ebda.

daß im Bezug auf diese gesellschaftliche Mitwirkung dem "Totalitarismus" Freiheit nicht abgesprochen werden könne; ebenso gebe es "die Möglichkeit schöpferischer Freiheit. Sie besteht einmal politisch innerhalb des Bereichs totalitärer Neuordnung, und gerade dies macht den Stolz, ja das Hochgefühl der an solcher Gemeinschaft Mitarbeitenden aus. Andererseits darf auch die Möglichkeit schöpferischer Freiheit in Bereichen, die nur peripher oder gar nicht als politisch anzusprechen sind, nicht geleugnet werden. Darin hat man vielfach geirrt (Friedrich übt in diesem Zusammenhang in einer Fußnote Selbstkritik, O.C.), und die Erfolge der sowjetischen Wissenschaft haben uns in letzter Zeit eines Besseren belehrt."[204] Alles in allem hat das neue Bild des "Totalitarismus", das hier entsteht, nur noch wenig gemein mit dem ursprünglichen. An die Stelle der Vorstellungen über Furcht und Terror als Konstanten "totalitärer" Herrschaft tritt das Bild eines durch breiten Konsens und durch Massenbeteiligung getragenen, in gesetzlichen Rahmen agierenden und schöpferischen Prozesse freisetzenden Herrschaftssystems.[205]

---

204) ebda., S. 131

205) Zur Verdeutlichung dieser begrifflichen Nahezu-Kehrtwendung sei noch vermerkt, daß etwa bei H. Arendt die faschistischen Konzentrationslager als konsequenteste Einrichtung "totalitärer Herrschaft" galten (vgl. H. Arendt, The Origins of Totalitarianism, S. 719ff., 945). In C.J. Friedrichs klassischem Werk wimmelt es von Aussagen wie: "Totale Furcht beherrscht das ganze Leben" (Totalitäre Diktatur, S. 129) usw.
Für die Neubestimmung des Totalitarismusbegriffs ist auch typisch, daß er häufig mit dem Begriff "Demokratie" in Verbindung gebracht wird. So spricht C.J. Friedrich vom "demokratischen Totalitarismus" (vgl. oben, Anm. 202); er erklärt, daß "eine totalitäre Diktatur auch als eine 'perfekte' Demokratie beschrieben werden" könne (C.J. Friedrich, The Changing Theory and Practice of Totalitarianism, in: Il Politico 33 (1968), S. 53ff., hier S. 60;

(Forts. nächste Seite)

Die "totalitäre" Qualität wurde nun immer eindeutiger an gewissen Systemmerkmalen des Sozialismus - und nur des Sozialismus - festgemacht. Als Kernpunkt erweist sich hierbei das revolutionäre, zielgerichtet gesellschaftsverändernde und gesellschaftsgestaltende Wesen der sozialistischen Herrschaftsordnung. Die Totalitarismustheorie tendiert im Zeichen der Kommunismusforschung zur schlichten Umschreibung dieser Grundtatsache.[206] Einige aus der Fülle des Materials

---

Forts. Anm. 205)

zit. nach W. Schlangen, Theorie..., S. 119).
An anderer Stelle ist bei Friedrich auch die Rede vom "popular totalitarianism" (ders./ Z.K. Brzezinski, Totalitarian Dictatorship and Autocracy, Cambridge 1956, S. 43).
Zu den signifikanten Merkmalsveränderungen am neueren Totalitarismusbegriff gehört auch die Relativierung der Rolle des Führers (vgl. etwa R. Löwenthal, Totalitäre und demokratische Revolution, in: Der Monat 13 (1960/61), S. 29ff.; wiederabgedruckt in B. Seidel/S. Jenkner (Hrsg.). Wege..., S. 359ff.; hier S. 363). Andererseits gibt es auch heute noch Vertreter der Totalitarismustheorie, die, ohne erkennbare Einschränkung auf bestimmte historische Phasen des "Totalitarimsus", an dem Wesensmerkmal der absoluten Stellung des Führers festhalten (z.B. K.D. Bracher, Der umstrittene Totalitarismus, S. 53f.; L.B. Schapiro, Art. "Totalitarismus", S. 484). P. Graf Kielmansegg gibt Bracher gegenüber zu verstehen, daß er dieses Merkmal für anachronistisch hält: "Es fragt sich freilich, ob die starke Betonung der Rolle des totalitären Führers ... in die richtige Richtung weist." (FAZ v. 28.8.1976)

206) Freilich bleiben daneben solche herkömmlichen strukturellen Bestimmungsmerkmale wie die "Einparteienherrschaft" u.ä. bestehen. Sie werden jedoch zu spezifisch "totalitären" Attributen erst im Kontext mit der revolutionären Dynamik der betreffenden Systeme. Dies entspricht der der Totalitarismustheorie zugedachten politisch-ideologischen Stoßrichtung: extrem reaktionäre Regime des "Westens" bleiben vom Totalitarismusverdikt ausgeschlossen, weil sie zwar auch monopolistische politische Herrschaftsstrukturen, jedoch keine allumfassende Mobilisierung auf das revolutionäre Ziel hin aufweisen. Dies steht dahinter, wenn etwa erklärt wird: "Es gibt südlich des Rio Grande wohl niemanden,

(Forts. nächste Seite)

unsystematisch herausgegriffene Beispiele sollen dies belegen und verdeutlichen.

Für C.J. Friedrich ist es der springende Punkt im Anspruch "totalitärer" Bewegungen, daß sie statt "einer Teilkritik der bestehenden Zustände ... eine Totalkritik"[207] entwickeln, daß sie, so formuliert Friedrich, am "alte(n) Traum der klassenlosen Gesellschaft" 208) hängen, statt, so bleibt sinngemäß zu ergänzen, an der Realität der Klassengesellschaft. Die Anerkennung des gesellschaftlichen Status quo wird somit zum Kriterium der Unterscheidung zwischen "nicht-totalitär" und "totalitär". Überaus deutlich geht dies auch aus folgender Passage hervor: "Diese Entschlossenheit zur totalen Änderung aller Verhältnisse erzeugt den Terror, denn eine von Menschen ins Werk gesetzte Veränderung der bestehenden Verhältnisse bringt immer Widerstand auf den Plan. Daher kann in einer freien Gesellschaft keine totale Veränderung durchgesetzt werden, weil der Versuch eine so mächtige Opposition hervorbringen würde, daß er an ihr scheitern müßte."[209] Mit dieser Argumentation überläßt Friedrich den jeweiligen Nutznießern einer bestehenden Gesellschaftsordnung das letzte Wort über die Geschichte; allein die Tatsache ihres Widerstands gegen eine Umwälzung der Verhältnisse ist ihm bereits Grund genug, diese Umwälzung abzulehnen. Auf eine solche Logik können sich auch die rückständigsten Regime zu ihrer Rechtfertigung berufen; auch die überfälligsten gesellschaftspolitischen Umwälzungen können gemäß solcher Logik als "totalitär" zurückgewie-

---

Forts. Anm. 206

der unberufener wäre, sich über die Verletzung der Menschenrechte zu empören, als Fidel Castro, dessen totalitäre Regierungspraxis selbst von den hartgesottenen Diktatoren Südamerikas bislang nicht erreicht wurde." (FAZ v. 9.4.1977)

207) C.J. Friedrich, Totalitäre Diktatur, S. 22

208) ebda.

209) ebda., S. 123

sen werden - wie das in der Praxis denn auch geschieht.[210]

Zwar beläßt Friedrich den Status quo, den seine Definitionen schützen und zur einzig gültigen Norm erheben, sehr im Abstrakten, ebenso wie er selten ein konkretes Wort über die realen Veränderungsabsichten der "totalitären" Kräfte verliert (typisches Beispiel: "Das Leben, die gesellschaftlichen Beziehungen des Menschen sollen durch und durch geändert werden."),[211] Aber es kann dennoch keinen Zweifel darüber geben, daß es der Status quo der bürgerlichen, der kapitalistischen Gesellschaft ist, den er zum Prüfstein von "nicht-totalitärem" bzw. "totalitärem" Anspruch macht. Ausdrücklich bestätigt wird das bei J.L. Talmon, der nämlich den Scheidepunkt zwischen "Totalitarismus" und liberaler Demokratie in der "Frage des Eigentums"[212] ansiedelt. Hierzu hat G. Schäfer treffend bemerkt: "Wer die bürgerliche Eigentumsform in einer bürgerlich verfaßten Welt angreift und sich gegen das marktförmige Verhalten der bürgerlichen Gesellschaft wendet, kann natürlich ebenso leicht des

---

210) Hans Dichgans plädiert für die Erhaltung der weißen Apartheid-Diktatur in Südafrika mit dem Argument: "... in einem schwarz beherrschten afrikanischen Staat kann es, wie die Dinge liegen, keinen Schutz für eine weiße Minderheit geben, in Südafrika vier Millionen weiße Bürger. Sie würden enteignet und ausgetrieben... Und die sogenannte Herrschaft einer schwarzen Mehrheit (in Wahrheit einer diktatorischen Minderheit) würde ... auch den Schwarzen weder mehr Wohlstand noch mehr Freiheit bringen." (FAZ v. 18.1.1977) Man verteidigt also eine Diktatur mit dem Argument, daß ihre Abschaffung zur Diktatur führen würde.

211) C.J. Friedrich, Totalitäre Diktatur, S. 123

212) J.L. Talmon, Die Ursprünge der totalitären Demokratie, S. 5

Messianismus wie der Anwendung politischer Gewalt gegen die vorgeblich unpolitische der bürgerlichen Gesellschaft geziehen werden."[213]

Wie die Totalitarismustheorie Antikapitalismus als "Totalitarismus" deutet, so deutet sie auch im weiteren den Prozeß der bewußten gesamtgesellschaftlichen Erneuerung im Sozialismus per se als "Totalitarismus". So liegt für O. Stammer ein entscheidender "totalitärer" Wesenszug der betreffenden Systeme in dem Unterfangen, "die Gesellschaft mit Hilfe einer komplizierten Herrschaftsorganisation umzugestalten" und eine "monopolistische ... Sozialstruktur" - was immer das sein mag - zu errichten.[214] Bei B. Meissner geht es der "totalitären Herrschaft" ebenfalls um einen "tiefgreifenden sozialen Strukturwandel"[215]; den notwendig gesamtgesellschaftlichen, zentralvermittelten und bewußten Modus dieses Strukturwandels reflektieren dabei Meissners zentrale Kategorien der "totalen Kontrolle" und der "totalen Planung".[216]

---

213) G. Schäfer, Demokratie und Totalitarismus, S.118

214) O. Stammer, Die totalitären Herrschaftssysteme, in: A. Gehlen/H. Schelsky, Soziologie. Ein Lehr- und Handbuch zur modernen Gesellschaftskunde, S. 292, 193 (Herv.heb.: O.C.)

215) B. Meissner, Wandlungen im Herrschaftssystem und Verfassungsrecht der Sowjetunion, in: E. Boettcher u.a. (Hrsg.), Bilanz der Ära Chruschtschow, S. 141ff., hier S. 147 (Herv.heb.: O.C.)

216) ebda., S. 142. Zur Verurteilung gesellschaftlicher Gesamtplanung siehe schon C.J. Friedrich: Er hält die Ansicht, "daß jeder Versuch einer Planung in Wirklichkeit den 'Weg zur Knechtschaft' bedeute", insofern für "richtig, wenn Planung im autoritären Sinne verstanden wird als ein auf einer grundsätzlichen, politischen Entscheidung aufgebauter Gesamtplan." (Totalitäre Diktatur, S. 174)

Auch Friedrich hebt als Spezifikum des "Totalitarismus" eine "soziale Kontrolle" hervor, "deren Ziel dementsprechend die möglichst umfassende Umgestaltung einer Massengesellschaft sei"[217].

---

217) Vgl. C.J. Friedrich, The Changing Theory..., S. 59, laut Resumé von W. Schlangen, Theorie..., S. 118 (Herv.heb.: O.C.). Wie hier von "Umgestaltung" nur abstrakt die Rede ist, so ist in der Totalitarismusforschung häufig doppelt abstrakt nur noch von "Kontrolle" die Rede; der Bezug von "Kontrolle" auf "Umgestalung", der im hier angegebenen Friedrich-Zitat spürbar bleibt und "Kontrolle" noch begreifen läßt als "kontrollierte Umgestaltung", d.h. bewußt gesteuerte gesamtgesellschaftliche Umgestalung, fällt dort gänzlich weg, so daß nur noch eine selbstzweck-hafte "Kontrolle" an sich übrig bleibt. Auch Friedrich selbst fällt im eben erwähnten Aufsatz letztlich wieder in diese statische Sichtweise zurück: ohne Bezug auf die Gesellschaftsdynamik bildet "die Monopol-Kontrolle über die ... entscheidensten zwischenmenschlichen Beziehungen in einer industriellen Massengesellschaft" ein Wesensmerkmal in Friedrichs Schema (zit. nach W. Schlangen, Theorie..., S. 119). Die Tilgung der spezifisch sozialistischen gesellschaftspolitischen Entwicklungsrichtung, der sozialen Dynamik, zeichnet z.B. auch Kielmanseggs Formulierung aus: "Der Prozeß totalitärer Herrschaft müßte ... beschrieben werden können als ununterbrochene Anstrengung, die Gesellschaft monopolistisch von einem Zentrum aus zu motivieren und zu kontrollieren." (Krise..., S. 327; Herv.heb.: O.C.) Insgesamt gesehen scheint die Totalitarismustheorie also zu schwanken zwischen der begrifflichen Orientierung an der Tatsache der revolutionären Dynamik des Sozialismus einerseits (ideologische Funktion: Ausrichtung des Totalitarismusbegriffs auf den Sozialismus) und der begrifflichen Verdrängung dieser Tatsache andererseits (ideologische Funktion: Verdrängung der konkreten Herrschaftsziele im Sozialismus zugunsten eines Macht(selbst)zwecks).

All diese Umschreibungen der Dynamik und Zielgerichtetheit sozialistischer Gesellschaftspolitik erhalten ihre zweifellos stets mitintendierte negative Wertgeladenheit[218] erst auf dem Hintergrund einer stark spontaneistischen Gesellschafts- und Geschichtsauffassung, der gemäß bewußt organisierte Gesellschaftsgestaltung in die Nähe einer Vergewaltigung natürlicher sozialer Strukturen und Abläufe rückt. So heißt es z.B. bei B. Meissner: "Solange aber die Partei den Willen und die Kraft hat, die autonomen sozialen Prozesse ... unter Kontrolle zu halten, bleibt die Gesellschaft ... der totalitären Herrschaft unterworfen."[219] R. Löwenthal variiert und spitzt diesen Gedanken zu, indem er der "totalitären" Partei vorwirft, daß sie "die Gesellschaft wiederholt von dem Wege fortreißt, den sie 'natürlicherweise' gehen würde, da alle natürlichen Wege von dem utopischen Ziel wegführen."[220] Löwenthals natürlicher Weg erweist sich übrigens wiederum als kapitalistischer, womit sich einmal mehr bestätigt, daß mit dem Attribut des "Totalitären" gerade das versehen wird, was in nicht-kapitalistische Richtung weist.[221] Die

---

218) Allein schon im Gebrauch des Ausdrucks "total" ("totale Kontrolle", "totale Politisierung" usw.) schwingt eine Negativwertung mit, bedingt durch Assoziationen zum "totalen Staat" u.ä.

219) B. Meissner, Totalitäre Herrschaft und sozialer Wandel in der Sowjetunion, in: Gesellschaftliche Entwicklungstendenzen in Osteuropa, S. 34 (Herv. heb.: O.C.)

220) R. Löwenthal, Entwicklung kontra Utopie. Das kommunistische Dilemma, S. 72

221) Löwenthal betrachtet die "Vision einer Gesellschaft ohne Klassen" (ebda., S. 64) als Ding der Unmöglichkeit. Ungleichheit, Unterordnung und sozialer Zwang, wirtschaftliche Habsucht der Menschen u.a.m. sind seiner Ansicht nach jedem gesellschaftlichen Zusammenleben wesenseigen (vgl. ebda., S.

(Forts. nächste Seite)

Überzeugung von der Urgewalt des naturwüchsig-kapitalistischen Entwicklungsgangs der Gesellschaft ist bei H. Buchheim sogar derart, daß er sich den Versuch, eine alternative, sozialistische Vergesellschaftung durchzusetzen, nur als permanenten Kriegszustand vorstellen kann: "Totalitarismus" ist für ihn "eine Form willkürlicher Herrschaft, welche Krieg führt gegen Staat und Gesellschaft."[222]

Die Tendenz, den Totalitarismusbegriff zu einem "vorgeprägte(n) theoretische(n) Synonym für kommunistische Herrschaft"[223] als solche zu machen, findet ihren besonders konzentrierten, lakonischen Ausdruck in der Definitionsvariante von M. Draht. Für Draht besteht das "fundamentale charakteristische Merkmal", das "Primärphänomen des Totalitarismus"[224] in dessen "Ziel ..., ein neues gesellschaftliches Wertungssystem durchzusetzen, das bis in die 'Metaphysik' hinein

---

Forts. Anm. 221

64ff.). In einem jüngeren Aufsatz bekräftigt R. Löwenthal die Gleichsetzung von natürlich-spontaner = kapitalistischer Gesellschaftsentwicklung; synonym gebraucht er dort folgenden Ausdrücke (Reihenfolge wie im Original): die "spontanen Triebkräfte der gesellschaftlichen Entwicklung" - die "spontanen, individualistischen Triebkräfte ... der Gesellschaft" - die "'natürlichen' Antriebe der gesellschaftlichen Entwicklung" - die "grundlegenden Triebkräfte der Marktwirtschaft" - die "natürlichen Triebkräfte" - usw. (R. Löwenthal, Die Utopie der Konservativen. Demokratie und Freiheit heute (Schluß), in: Die Zeit v. 9.11.1973).

222) So resumierend L.B. Schapiro, "Totalitarismus", S. 483 (gemeint ist H. Buchheim, Totalitäre Herrschaft, München 1972).

223) W. Schlangen, Theorie..., S. 100

224) M. Draht, Totalitarismus in der Volksdemokratie, Einleitung zu E. Richert, Macht ohne Mandat. Der Staatsapparat der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, hier zit. nach der 2. Aufl. 1963, S. XVII

fundiert wird".[225] Mit dieser Definition befreit M. Draht die Totalitarismustheorie von jeglichem Risiko einer Falsifizierung, da er sie der Verpflichtung enthebt, sich bezüglich dieser oder jener konkreten Einzelmerkmale empirisch zu bewähren. Ausschlaggeben ist einzig und allein der Tatbestand umfassender gesellschaftlicher Umwälzung - von Draht zudem noch zu einem ideellen Vorgang sublimiert ("Wertungssystem"), wohl um vordergründig den Faschismus ebenfalls mit in die Definition hineinnehmen zu können.[226] Der Totalitarismusbegriff schrumpft damit auf die äußerst abstrakte Umschreibung einer Tatsache zusammen, welche für den Sozialismus selbstverständlich, ja tautologisch ist: nämlich daß er von der "Notwendigkeit einer totalen Umgestaltung der Gesellschaft" (Engels)[227] ausgeht. M. Draht erklärt selbst,

---

225) ebda., S. XXV

226) M. Greiffenhagen betont, "daß die nationalsozialistische 'Revolution' die definitorischen Anforderungen, welche Draht an eine totalitäre Revolution stellt, nicht erfüllt." (Der Totalitarismusbegriff in der Regimenlehre, S. 55) Wohlgemerkt bringt Greiffenhagen dabei jedoch Drahts eher im Ideellen angesiedelte Definition auf ihren impliziten materiellen Kern: auf das Kriterium der "Verwirklichung ... einer prinzipiell neuen gesellschaftlichen Ordnung" (ebda., S. 47). Drahts idealistischen Ansatz kritisieren auch O. Stammer und P. Weingart: "Die theoretische Schwäche dieser Begriffsbildung liegt in der Beschränkung auf das gesellschaftliche Wertsystem, dessen Beziehung zur Sozialstruktur wie zum institutionellen Bereich der Gesellschaft in den Hintergrund tritt ... Drahts Ansatz ist auch zu formal..." (O. Stammer/P. Weingart, Politische Soziologie, München 1972, S. 123f.).

227) F. Engels, Vorrede zur englischen Ausgabe des Kommunistischen Manifests, in: K. Marx/F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, Berlin 1967, S. 28

daß es ihm um die Schaffung eines gewissermaßen unverwüstlichen Totalitarismusbegriffs geht, und rechnet sich diese wissenschaftlich wahrhaftig unkomplizierte Tat als sein Verdienst an; wie W. Schlangen schreibt, bezweckt M. Draht bei seinem "Verfahren der Begriffsbildung den Vorteil, daß ... (der) Totalitarismusbegriff unbeschränkt verfügbar werde zur allgemeinen Bezeichnung faschistischer und kommunistischer Regime. Diese Modifizierung gewährleiste zumal auch die weitere Anwendung des Totalitarismus-Begriffs auf die unterschiedlichen Erscheinungsweisen kommunistischer Herrschaft, da allein der Nachweis jenes Primärphänomens für diese begriffliche Zuordnung maßgeblich sei..."[228] Schärfer gesagt: Draht entleert den Totalitarismusbegriff so weit, bis dieser sozusagen zu einer narrensicheren Formel geworden ist, die immer stimmt. Es geht ihm nicht um die Qualifizierung und Vertiefung eines Begriffs als eines wissenschaftlichen Erkenntnisinstruments, sondern um die Rettung einer - aus ideologischen Motiven für unentbehrlich gehaltenen - "Bezeichnung" für sozialistische Herrschaft.

Ein wissenschaftlicher Erklärungsanspruch ist mit dieser Bezeichnung kaum noch verbunden. Draht nimmt das offen in Kauf. "Ausdrücklich beansprucht er mit seinem Totalitarismus-Begriff auch nicht, die komplexen sozialen, politischen, ökonomischen und ideologischen Faktoren zu erklären, die für die Entstehung und Ausprägung konkreter totalitärer Regime entscheidend seien... Die besondere Ausprägung konkreter totalitärer Regime ergebe sich erst aus den spezifischen Wirkungszusammenhängen jenes Primärphänomens mit anderen Faktoren dieser Regime, die nicht verall-

---

228) W. Schlangen, Theorie..., S. 128f. (Herv.heb.:O.C.)

gmeinert werden könnten in einem solchen generellen theoretischen Begriff."[229] Draht räumt also selbst ein, daß sein Totalitarismusbegriff jedes "konkrete totalitäre Regime" unbegriffen läßt. Er sagt selbst, daß aus dem sog. "Primärphänomen" heraus kein Verständnis dessen zu entwickeln ist, was für konkrete Herrschaftssysteme "entscheidend" ist. Damit aber trägt das "Primärphänomen" seinen Namen zu Unrecht; denn wenn es nichts beiträgt zur Erklärung konkreter Zusammenhänge, kann es unmöglich eine realgesellschaftlich primäre, eine Grundtatsache bezeichnen. Statt Primärphänomen konkreter gesellschaftlicher Systeme zu sein - und mit welchen wenn nicht konkreten Gegenständen sollte Wissenschaft zu tun haben? -, ist es das "Primärphänomen" einer von Anfang an feststehenden Konstruktion und Fiktion: eben des "Totalitarismus". Statt das "fundamentale charakteristische Merkmal"[230] konkreter Systeme zu bezeichnen, bezeichnet es bloß das "fundamentale charakteristische Merkmal" jener abgehobenen Konstruktion selbst. So bewegt sich dieser Totalitarismusbegriff im Zirkel der eigenen Selbstbestätigung; die konkrete Analyse kann ihm nichts anhaben, da sie in ihm ausdrücklich "nicht verallgemeinert"[231] zu werden braucht.

Der Wille, auf dieser verselbständigten Abstraktionsebene zu beharren, ist stärker als alle Bedenken, die die daraus resultierende analytische Unfruchtbarkeit des Begriffs eigentlich hervorrufen müßte. Diese Unfruchtbarkeit wird mit dem Abstraktionsgrad entschuldigt, den der Totalitarismusbegriff nun einmal haben müßte, statt in der Unfruchtbarkeit ein

---

229) ebda., S. 128

230) Vgl. oben, Anm. 224

231) Vgl. oben, Anm. 229

gewichtiges Argument gegen eben jenen Abstraktionsgrad (und damit gegen den Totalitarismusbegriff selbst) anzuerkennen: " in einem solchen generellen theoretischen Begriff", bedauert M. Draht, sei nun einmal die "Entstehung und Ausprägung konkreter totalitärer Regime" nicht aufzuschlüsseln. Ganz ähnlich nimmt Kielmansegg dieses analytische Versagen der Totalitarismustheorie am konkreten Objekt in Schutz: Es sei "problematisch, Totalitarismustheorie als Theorie kommunistischer Systeme zu konzipieren. Sofern man Theoriebildung auf der Abstraktionsebene des Totalitarismus-Konzepts überhaupt für wünschenswert hält, trifft deshalb der Vorwurf, die Strukturmerkmale des Typs seien unhistorisch-abstrakt gewählt..., nicht ganz."[232] Das heißt also: weil die Abstraktionsebene der Totalitarismustheorie "wünschenswert" ist - und dies wiederum, weil die Identitätsthese Faschismus = Sozialismus "wünschenswert" ist -, deshalb muß ihre Erklärungsschwäche bezüglich konkreter Herrschaftssysteme, zumal des Sozialismus, in Kauf genommen werden. Die Wissenschaftlichkeit muß der ideologischen Nützlichkeit Opfer bringen. Die vorgebrachte Begründung, Totalitarismustheorie sei ja nicht Theorie sozialistischer Systeme, soll dabei vergessen machen, daß die Totalitarismustheorie faktisch durchaus als Theorie sozialistischer Systeme fungiert. M. Draht zielt, wie der Titel ja bereits zu erkennen gibt, auf den "Totalitarismus in der Volksdemokratie"[233], und P. Graf Kielmansegg erklärt - nur einige Seiten nach der zitierten Inschutznahme der Abstraktheit der Doktrin - ausdrücklich den Sozialismus zum Hauptgegenstand: "etwa die Sowjetunion und China", heißt

---

232) P. Graf Kielmansegg, Krise..., S. 315, Anm. 11

233) Vgl. oben, Anm. 224

es hier, seien "viel wichtigere Studienobjekte ... als das nationalsozialistische Deutschland."[234] Angesichts dieser eindeutigen Präferenz für den Sozialismus als Gegenstand erscheint es als doppelbödiges Verfahren, das Erkenntnisdefizit der Totalitarismustheorie in Bezug auf den Sozialismus damit zu entschuldigen, daß die Theorie ihren übergreifenden Charakter wahren müsse. Daß dieser übergreifende Charakter längst zu einer Fiktion geworden ist, wird vollends daran deutlich, daß das Totalitarismus-Modell in der bürgerlichen Faschismus-Forschung eine immer geringere Rolle spielt; es kann sich somit angesichts seiner Erkenntnisschwäche in Sachen Sozialismus schwerlich noch darauf berufen, gleichzeitig eben auch Erkenntnis in Sachen Faschismus erbringen und deshalb auf allgemeinerer Ebene angesiedelt sein zu müssen.[235] Vielmehr scheint, daß die Abgehobenheit

---

234) P. Graf Kielmansegg, Krise..., S. 322. Kielmansegg fährt fort: "Eine kurze Herrschaftsperiode von sechs Jahren, gefolgt von einem sechsjährigen selbstzerstörerischen Krieg, da ist nicht sehr viel Material für die Typologie der Herrschaftsformen zu holen..." (ebda.).

235) M. Broszat (Der Staat Hitlers, München 1969) z.B. schreibt, die neuere Spezialliteratur zum Nationalsozialismus habe "manche älteren, allzu einfachen Begriffe von der Natur, Entwicklung und Wirkungsweise des Hitler-Regimes nachdrücklich in Frage gestellt, namentlich die Vorstellung eines monolithischen Machtsystems, eines machiavellistisch durchrationalisierten Superstaates, wie sie verschiedentlich von politikwissenschaftlicher Seite unter dem Oberbegriff des Totalitarismus ... suggeriert worden ist" (ebda., S. 9, zit. nach M. Weissbecker, Entlarvung der braunen Barbarei. S. 60). Weiteres dazu bei M. Weissbecker, S. 60f.

Zu Weissbeckers Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Faschismusforschern, die das Totalitarismusmodell für ihre Zwecke verschmähen, erscheinen uns

(Forts. nächste Seite)

Forts. Anm. 235)

allerdings einige Bemerkungen nötig. Weissbecker wertet nämlich u.E. diese Entwicklung zu apodiktisch als Ausdruck der ideologischen Tendenz, "das faschistische Herrschaftssystem zu rehabilitieren" (ebda., S. 60), ohne zu berücksichtigen, daß sie sehr wohl auch einen Beitrag zur Entkräftung der Totalitarismustheorie von der Faschismus-Problematik her bedeutet. Die Einschätzung, daß die Wirklichkeit des Faschismus nicht übereinstimmt mit dem Totalitarismus-Modell, muß ja nicht heissen, daß nun der Faschismus als nicht-totalitär "rehabilitiert" (und der Totalitarismusbegriff nur noch auf den Sozialismus gerichtet) ist, sondern kann auch heißen, daß das Totalitarismus-Modell anhand des Faschismus disqualifiziert worden (und, aus grundlegenden theoretischen Gründen, auch bezüglich des Sozialismus unhaltbar) ist. In der Tat sagt der Befund, daß im faschistischen Herrschaftssystem anarchische Konkurrenz und "Pluralismus" keineswegs ausgeschaltet waren, viel eher etwas über den inneren Zusammenhang von bürgerlichem und faschistischem System - und damit über eine der Totalitarismustheorie sehr unangenehme Wahrheit -, als daß damit der Faschismus "entteufelt" würde. Weissbecker übersieht, daß gerade von zahlreichen antifaschistisch orientierten Autoren auf diese Weise - und mit Recht - gegen die Totalitarismustheorie argumentiert worden ist. Wie z.B. G. Schäfer in Anlehnung an F. Neumann ausführt, "widerspricht die nationalsozialistische Wirklichkeit wesentlich dem gängigen Bild vom zentralisierten Totalitarismus." (Demokratie und Totalitarismus, S. 130) A. Kosharow weist darauf hin, "daß z.B. in Bulgarien nach der Errichtung des faschistischen Regimes im Jahre 1923 über zehn Jahre die parlamentarische Regierungsform beibehalten wurde und Oppositionsparteien existierten." (Zur Konzeption des ideologischen und politischen Pluralismus, in: PFS 1/1977, S. 104ff., hier S. 108) A.J. Groth belegt dementsprechend, daß im faschistischen Deutschland die NSdAP bzw. Hitler mitnichten eine unumschränkte Position eingenommen haben; die gängige gegenteilige Behauptung nennt er einen "zählebigen Mythos" (a persistent myth) (A.J. Groth, The "Isms"..., S. 893). Gerade bei Groth wird deutlich, daß die Relativierung der "Führer"-Rolle keinerlei Verharmlosung des Faschismus bezweckt, sondern den Blick freimacht auf die realen Klassenverhältnisse im Faschismus. Als Marxist hat M. Weissbecker an sich dieselbe sachliche Einschätzung; so teilt er an anderer Stelle seines Buches die Ansicht des marxistischen Historikers K. Goßweiler, "daß sich 1933

(Forts. nächste Seite)

des Totalitarismus-Begriffs zur analytischen Sterilität sowohl in der einen (Sozialismus) als auch in der anderen Richtung (Faschismus) führt.

Diese analytische Sterilität des Totalitarismus-Begriffs - die bei M. Draht offen eingeräumt wird - ist, wie wir verfolgen konnten, der Preis seiner Immunisierung und Entleerung. Der Begriff wird zum Synonym, zur Bezeichnung für kommunistische Herrschaft. 236) Als Kriterium des "Totalitären" dient dabei häufig nichts weiter als die abstrakt für sich genommene inhaltlich nicht näher qualifizierte, banale Tatsache der gezielten und umfassenden Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Zum Stein des Anstoßes werden also nicht mehr, wie es im klassischen Totalitarismusmodell etwa der Friedrich'schen Prägung noch erscheinen mochte, die Herrschaftsmethoden, sondern unmittelbar die sozialistische Zielsetzung. Umfassende, zielgerichtete Gesellschaftsveränderung gilt per se als "totalitär". Damit reduziert sich, in dieser gängigen Spielart, die Totalitarismusdefinition auf die unmittelbare, nackte Bekundung des ihr zugrundeliegenden bürgerlichen Vorverständnisses. Der Begriff erklärt nicht, er stempelt ab, nach Maßgabe der herr-

---

Forts. Anm. 235

lediglich der Modus im Austragen der Konflikte zwischen den verschiedenen Teilen der Monopolbourgeoisie geändert habe" (M. Weissbecker, Entteufelung..., S. 98; die nähere Ausführung ebda.). In der Auseinandersetzung mit den Vertretern der These vom "nicht-totalitären" Faschismus aber neigt Weissbecker unversehens dazu, die Totalitarismustheorie zu verteidigen.

236) Der amerikanische Kommunismusforscher J.H. Kautsky erklärt: "Es ist völlig klar, daß das Totalitarismus-Konzept, wenn es auch dem Anschein nach soziale Tatbestände (events)... verallgemeinert, faktisch kaum mehr als ein Ersatz (surrogate) für den Eigennamen 'Sowjetunion' ist." (J.H. Kautsky Comparative Communism Versus Comparative Politics. S. 140)

schenden "normative(n) Orientierung am liberal-demokratischen politischen Herrschaftsverständnis"[237]. Um ein System als "totalitär" zu diagnostizieren, genügt es schon, dessen Unvereinbarkeit mit der bürgerlichen Norm zu konstatieren; alle weitere konkrete, immanente Untersuchung ist für diese Begriffsbildung an sich ohne Belang. Mit einem Wort: die Totalitarismustheorie "wird zu einem antikommunistischen Begriffsschema."[238]

5. Wertprämissen, theoretische Immunisierung

Am Beispiel ihrer Hypostasierung gesellschaftlicher (= "marktwirtschaftlicher") Spontaneität konnten wir bereits die bürgerliche Wertverhaftetheit der Totalitarismustheorie und damit ihre Methode, den Sozialismus anhand der eigenen bürgerlichen Werte zu be- und verurteilen, ersehen. Diese Durchsetzung der eigenen, durchaus sachfremden Wertprämissen - Kehrseite der Formalisierung und Abstraktifizierung des Modells - findet mehr oder weniger im gesamten totalitarismustheoretischen Denken statt. Man kann das Totalitarismus-Modell geradezu als die Umstülpung eines Syndroms bürgerlicher Leitvorstellungen betrachten, welche ihrerseits nur Reflex der bürgerlichen Gesellschaft selbst sind. Die Leitvorstellung von der Autonomie der Gesellschaft, Reflex der Blindwüchsigkeit der bürgerlichen Gesellschaft, führt in der Umstülpung zum Schreckbild der total kontrollierten Gesellschaft. Die Leitvorstellung vom bürgerlichen Staat, der allenfalls die Randbedingungen des Gesellschaftsprozesses

---

237) W. Schlangen, Theorie..., S. 88

238) ebda., S. 179; W. Schlangen spricht auch von "dogmatische(n) Ansprüche(n)" der Konzeption (jedenfalls was bestimmte Varianten betrifft) (ebda.).

reguliert, ansonsten ihm aber freien Lauf läßt, führt in der Umstülpung zum Schreckbild des Staates mit "unbegrenzte(r) Verfügungsgewalt über die Gesamtheit der Lebenschancen des Einzelnen"[239]. Die Leitvorstellung vom bürgerlichen Pluralismus, Reflex der Konkurrenzgesellschaft, ergibt umgestülpt das Bild der selbstherrlichen monopolistischen Parteidiktatur. Die Leitvorstellung vom abstrakten Einzelindividuum, Reflex des Warenbesitzers, bringt umgestülpt das Bild eines Kollektivismus hervor, welcher keinen Raum lasse für "eine Sphäre eigener Verantwortung..., mit deren Inhalt die Gemeinschaft in keiner Weise befaßt ist." [240]

---

239) P. Graf Kielmansegg, Krise..., S. 325. Das Denken in den Maßstäben des spezifisch bürgerlichen Politik-Ökonomie-Verhältnisses steht auch Pate in Kielmanseggs Charakterisierung des "Totalitarismus" als "extreme Konzentration gesellschaftlicher Funktionen im politischen System zu Lasten andere sozialer Systeme" (ebda.); es fiele ihm hingegen niemals ein, die "pluralistische" Gesellschaft als "extreme Verselbständigung sozialer Subsysteme zulasten einer gesamtgesellschaftlichen Rationalität" o.ä. zu begreifen. Vgl. auch die Selbstverständlichkeit, mit der H. Buchheim schreibt, der "totalitäre" Anspruch beschränke sich "nicht auf die Lebensbereiche, für die der Staat zuständig ist, sondern will alle umfassen..." (H. Buchheim, Totalitäre Herrschaft, S. 15 (Herv.heb.: O.C.)). Über den bei Talmon "als unpolitisch angesehenen Raum der Gesellschaft" siehe G. Schäfer, Demokratie und Totalitarismus, S. 118.

240) C.J. Friedrich, Freiheit und Verantwortung, S. 131. Übrigens ist Friedrich in diesem Aufsatz ein paar Seiten zuvor dicht daran, die Fiktion von der total autonomen Sphäre des Individuums selber zu zerstören. Auch eine "freiheitliche Ordnung", schreibt er dort, kann nicht der "Eingliederung des Menschen in die Gemeinschaft entbehren", muß von ihm die "Anerkennung eines verbindlichen Normensystems" verlangen (ebda., S. 127). Es fragt sich, ob dann auf der anderen Seite ernstlich die Rede sein kann vom "Vorhandensein... (eines) individuellen Bereichs einer Freiheit des Wählens zwischen möglichen Alternativen jeder Art"; ebendies bildet Friedrichs letztlich entscheidenden "Maßstab einer freiheitlichen Ordnung" (ebda., S. 131).

Im Grunde genommen begreift damit die Totalitarismustheorie ihren Gegenstand - und das ist wesentlich die sozialistische Gesellschaft - als Perversion, als Abirrung von dem eigenen bürgerlichen Idealbild. Dies ist denn auch häufig genug offen zum Ausdruck gebracht worden. C.J. Friedrich versteht die "totalitäre Partei" als "pervertierte Fortsetzung aus dem Parteiwesen der Demokratie."[241] Für L.B. Schapiro beruhen die theoretischen Vorstellungen des "Totalitarismus" auf "geistiger Entartung"[242]. Für J. Orlow ist "das Streben nach Veränderungen, vor allem nach solchen in sozialistischer Richtung, eine wahre Krankheit der Gegenwart"[243]. C.J.H. Hayes sieht im "Totalitarismus" eine "Revolte ... gegen die gesamte historische Kultur des Westens"[244]. Im Prinzip gleichlautend kann man noch in den siebziger Jahren bei R. Löwenthal lesen, daß die DDR-"Landsleute" "unter einem unfreien, in seinem Ursprung nichtwestlichen Regime" leben.[245] Und G. Leibholz' bis ins Kosmische

---

241) C.J. Friedrich, Totalitäre Diktatur, S. 22

242) L.B. Schapiro, "Totalitarismus", S. 484

243) J. Orlow, Über die Unmöglichkeit..., S. 370f.

244) C.J.H. Hayes, The Novelty..., in: B. Seidel/ S. Jenkner (Hrsg.), Wege..., S. 99

245) R. Löwenthal, Sozialismus und aktive Demokratie, S. 152 (Herv.heb.: O.C.). - Mit der These vom "Totalitarismus" als völligem Bruch mit der abendländischen Tradition setzt sich die Totalitarismusdoktrin ungewollt in direkten Widerspruch zu ihrer anderen These, wonach der "Totalitarismus" eine beachtliche geistesgeschichtliche europäische Tradition aufweise: "Die europäische Geschichte ist voll von solchen Denkern", schreibt L.B. Schapiro ("Totalitarismus", S. 479); sie bilden für ihn eine lange "Tradition der politischen Manipulation" (ebda., von Schapiro herv.gehob.). So kollidieren in ihren Resultaten zwei ideologische Motive der Totalitarismuslehre: das Motiv, den "Totalitarismus" als möglichst fremdartig, pathologisch usw. darzustellen und das Motiv, den Totalitarismus-Verdacht sehr weitläufig zu handhaben, um progressives und utopisches Denken zu diskreditieren. Beides zusammen muß in der Frage der Tradition zum Widerspruch führen.

gesteigerte Dämonisierung des "Totalitarismus" als eines "Aufstand(es) des Menschen wider Gott"[246] klingt noch 1976 in H. Schoecks Urteil nach, der Sozialismus/"Totalitarismus" kämpfe "im Grunde... gegen die menschliche Natur"[247]. Mögen diese Beispiele extrem und grotesk erscheinen, so sind die dennoch nicht einfach zufällige Entgleisungen, sondern die konsequent zuende geführte Tendenz des totalitarismustheoretischen Denkens, den Gegenstand nur ex negativo als Gegenbild zur bürgerlichen Normalität zu fassen. Der "Totalitarismus" ist eine "Perversion der Demokratie"[248] - dieses Diktum Friedrichs bezeichnet die Urformel jenes Denkens.

Aufgrund der geschilderten problematischen Züge des Totalitarismuskonzepts - seiner Manipulierung zu einem abstrakten Synonym für Sozialismus, seiner analytischen Anspruchslosigkeit und seiner massiven Wertungsfunktion - scheint uns kein Zweifel mehr möglich, daß das Konzept präzise den Tatbestand wissenschaftlicher Unbrauchbarkeit erfüllt, den P. Graf Kielmansegg - überzeugt, daß er nicht zutreffe - dann für gegeben hält, wenn Begriffen und Konzepten "primär, das heißt losgelöst von ihrer analytischen Bestimmung, die Funktion zugewiesen wird, Bewertungen der Objekte, die sie bezeichnen, durchzusetzen."[249] Obwohl das Konzept seine analytische Bewährungsprobe weder hinsichtlich des Faschismus noch des Sozialis-

---

246) G. Leibholz, Das Phänomen des totalen Staates, S. 230; zit. nach W. Schlangen, Theorie..., S. 72

247) H. Schoeck, Die Illusion eines 'demokratischen' Sozialismus, S. 24

248) C.J Friedrich, Art. "Demokratie", in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. II, Stuttgart 1959, S. 564

249) P. Graf Kielmansegg, Krise..., S. 313 (Herv. heb.: O.C.)

mus bestanden hat, und obwohl es seinen Anspruch, übergreifende analytische Verallgemeinerung zu sein, durch seine Umwandlung in ein eindeutig Sozialismusbezogenes Klischee faktisch selbst aufgegeben hat, wird es hartnäckig weiter verteidigt. Nichts macht man sich bei diesem Insistieren auf der Totalitarismustheorie weniger zueigen als das von der bürgerlichen Wissenschaftstheorie als zentral herausgestellte Gebot, Theorien unentwegt dem Versuch ihrer Falsifizierung auszusetzen.[250] Im Gegenteil: Entweder nimmt man die konkrete Realität, welche die Theorie möglicherweise oder tatsächlich widerlegt, nicht zur Kenntnis; dies ist etwa bei K.D. Bracher unübersehbare Übung[251]. Oder man nimmt die praktische Falsifizierung des Konzepts zur Kenntnis, formuliert es jedoch daraufhin einfach so radikal um, daß es wieder

---

250) "Es gibt ... in der Forschung nur eine Sicherheit: die Falschheit einer Theorie." (P. Atteslander, Methoden der empirischen Sozialforschung, (West-)Berlin 1969, S. 31) H. Berger und H. Jetzschmann charakterisieren dieses Wissenschaftsverständnis mit den Worten, daß hier "die Widerlegung theoretischer Erkenntnisse als höchster Auftrag der Wissenschaft formuliert" werde (H. Berger/ H. Jetzschmann, Der soziologische Forschungsprozeß, S. 143).

251) Brachers Hypostasierung des "Führerprinzips" in seinem Totalitarismusbegriff beispielsweise ist nur aus einer solchen Blicktrübung zu erklären. Selbst in der bundesdeutschen Massenpresse geht man inzwischen davon aus, daß sich z.B. in der sowjetischen Parteiführung "demokratische Regeln durchgesetzt" haben (Die Zeit v. 17.12. 1976). Breschnjew lasse "die demokratischeren Umgangsformen, die er selbst einführte, auch für die eigene Person gelten... " (ebda.). Zum selben Thema stellte die FAZ fest, "daß ... die kollektive Führung ... weiterhin funktioniert." (FAZ v. 18.12.76)

auf die Realität paßt - wobei wohlgemerkt dieses neuformulierte Konzept unverändert unter dem Namen des "Totalitarismus" (samt dessen Faschismus/Sozialismus-übergreifenden Anspruch) firmiert; dies ist der Gang der Theoriegeschichte seit den fünfziger Jahren. Den Umstand schließlich, daß der auf diese Weise zum abstrakten Sozialismus-Synonym gewandelte Totalitarismus-Begriff vollends auf den Rang einer bloßen "Bezeichnung" ohne analytische Bedeutung herabgesunken ist, wertet man ebenfalls nicht als Falsifizierung (nämlich Untauglichkeitsbescheinigung) des Konzepts; vielmehr zeigt man sich, wie Draht, zufrieden, daß der Begriff nun zur Bezeichnung gleich welcher Etappe und Ausprägung des sozialistischen Systems "unbeschränkt verfügbar"[252] sei.

Damit hat sich der Totalitarismusbegriff immunisiert. Die Möglichkeit, daß die sozialistische Gesellschaft einmal nicht mehr unter die Kategorie des "Totalitären" fällt, ist eliminiert. Der Begriff funktioniert als vorgefaßter. Er nähert sich der Wirklichkeit stets bloß bis zum Punkt der eigenen Selbstbestätigung. W. Schlangen hat diesen zirkelförmigen Mechanismus mit Bezug auf zahlreiche Arbeiten der Kommunismusforschung wie folgt beschrieben: "Diese Problematik besteht ... darin, daß die Begriffsbestimmungen des allgemeinen Totalitarismus-Modells an der Analyse des historischen Erscheinungsbildes des Sowjetsystems nicht mehr überprüft und ausdrücklich für die Erfordernisse dieser speziellen Analyse modifiziert wird. Vielmehr werden weithin lediglich die untersuchten Züge des sowjetischen Herrschaftssystems

---

252) Vgl. oben, S. 389

den vorgegebenen Erklärungskategorien unterstellt. Diese Untersuchungen werden als historisch-empirische Absicherung der etablierten Totalitarismus-Theorie ausgegeben..., tatsächlich aber wird deren allgemeiner Totalitarismus-Begriff damit stillschweigend 'fortgeschrieben'."[253]

Immunisierung des Begriffs bedeutet Immunisierung gegenüber der empirischen Realität.[254] Ein Mittel der Immunisierung, das hier noch erwähnt werden soll, ist, neben der geschilderten "Ausdünnung" des Begriffsinhalts, die Umwandlung des Totalitarismus-Begriffs aus einem vormals deskriptiven Modell mit dem Anspruch der direkten empirischen Überprüfbarkeit resp. Falsifizierbarkeit in eine idealtypische Konstruktion, in der nur noch von "totalitären Trends", vom Totalitarismus "in terms of more or less"[255], ja sogar von einem "Kontinuum zwischen Totalitarismus und Pluralismus"[256] die Rede ist. Dadurch lassen sich all die empirischen Tatsachen neutralisieren, die eigentlich eine Infragestellung des Totalitarismusmodells wären. Und die Skala von Herrschaftssystemen, die man dadurch unter die Totalitarismuskategorie subsumieren kann, läßt sich wiederum extrem ausdehnen, so daß auch die begehrte Identifizierung

---

253) W. Schlangen, Theorie..., S. 97

254) Die Totalitarismustheorie bildet ein Extrembeispiel jener von H.-U. Wehler in anderem Zusammenhang kritisierten, in den Sozialwissenschaften häufig anzutreffenden Tendenz, "die überkommenen Theorien nur zu neuer Ableitungsakrobatik zu benutzen, die einmal erklommene Abstraktionshöhe zur Immunisierung gegen neue empirische Resultate zu mißbrauchen..." (H.-U. Wehler, Modernisierungstheorie und Geschichte, Göttingen 1975, S. 6).

255) C.J. Friedrich, The Changing Theory and Practice of Totalitarianism, zit. nach W. Schlangen, Theorie.. S. 121

256) R.K. Furtak, Interessenpluralismus in den politischen Systemen Osteuropas, S. 790

von Faschismus und Sozialismus keinerlei Schwierigkeiten macht. "In dieser Perspektive mit ihrer weiten Bandbreite", schreibt W. Schlangen, "lassen sich 'mehr oder weniger' der italienische Faschismus, der Nationalsozialismus, der Stalinismus, der nachstalinsche Sowjetkommunismus, der chinesische Kommunismus, der Titoismus, der Castroismus, der tschechoslowakische Reformkommunismus, in jedem Fall also kommunistische Herrschaft unter die 'relative Kategorie' totalitärer Herrschaft bringen."[257] So erschöpft sich schließlich die Totalitarismusforschung darin, ihre Begriffshülse derart auszuweiten, daß sie sich mit Sicherheit weiterhin über all die Systeme stülpen läßt, bei welchen man dies für "wünschenswert"[258] hält.

6. Zur Kritik der Totalitarismustheorie bei P.C. Ludz

Mit der geschilderten Tendenz der Totalitarismusforschung, ihr Konzept zu immunisieren und zu perpetuieren, haben wir einen auch heute aktuellen Grundzug der bürgerlichen Sozialismusforschung aufgezeigt. Aufs Ganze gesehen erschöpft sich diese jedoch nicht in der Reproduktion des Totalitarismuskonzepts. Vielmehr hat die Kommunismusforschung etwa seit Anfang der sechziger Jahre den Rahmen der Totalitarismusforschung im strikten Sinne gesprengt und neue Kategorien und Konzepte entwickelt. Für ein Urteil darüber, welches Verhältnis diese modernisierte Kommunismusforschung gegenüber der

---

257) W. Schlangen, Theorie..., S. 121

258) Vgl. oben, S. 391 (Anm. 232). A. Schwan hat daher den Totalitarismus-Begriff mit Recht als ein "Etikett" bezeichnet, welches eine "rational-wissenschaftliche Verwendbarkeit endgültig eingebüßt zu haben scheint" (A. Schwan, Totalitarismus, in: Politik für Nichtpolitiker, 2. Bd., Stuttgart - (West-)Berlin 1970, S. 218f.).

Totalitarismuskonzeption einnimmt - und ebenso läßt sich sagen: welches die heutige DDR-Forschung ihr gegenüber einnimmt - ist es von besonderer Bedeutung, auf die Kritik zu rekurrieren, welche damals von Vertretern der neuen Strömung an der Totalitarismustheorie geübt worden ist. Zu den frühesten und richtungsweisenden kritischen Beiträgen in diesem Zusammenhang gehören die von P.C. Ludz. Da nun die bundesdeutsche DDR-Forschung insgesamt stark mit dem Namen Ludz verbunden ist, kann man davon ausgehen, daß sich im Rekurs auf dessen Totalitarismus-Kritik entscheidende Wurzeln des theoretischen und methodologischen Selbstverständnisses der heutigen DDR-Forschung bloßlegen lassen dürften. So wie die erste Hälfte der sechziger Jahre historisch die Ablösung der traditionellen Totalitarismustheorie durch (mehr oder weniger) neuartige Konzepte der Kommunismusforschung markieren, so geben die damals erschienenen Beiträge auch deutlich Aufschluß über das logische Verhältnis der alten und der neuen theoretischen Konzepte zueinander, über ihren systematischen Vermittlungszusammenhang. Hier geht es uns zunächst um die Auseinandersetzung von Ludz mit der überkommenen Totalitarismustheorie, nicht so sehr um das Neue seines Ansatzes; aus diesem Grund stehen die folgenden Betrachtungen noch im Rahmen des Kapitels über die Totalitarismustheorie.

Die Einwände, die Ludz Anfang der sechziger Jahre[259]

---

259) Ursprünglich bewegte sich auch P.C. Ludz noch im Horizont der Totalitarismus-Theorie, wie sein Aufsatz über "Das politische System in der DDR" aus dem Jahre 1960 zeigt. Dort sieht Ludz noch ausschließlich eine "immer perfektere Politisierung der Gesellschaft" (S. 120) und wendet sich explizit gegen eine Kennzeichnung des DDR-Systems mit dem abgeschwächten Attribut des "bloß Autoritativen" (S. 109). Doch diese Position fällt in die Frühphase Ludzscher Kommunismusforschung und wird von ihm selbst bereits ein Jahr später problematisiert.

gegen den tradierten Totalitarismus-Begriff erhebt, sind auf einen Nenner gebracht in seiner Feststellung, diesem Begriff sei "etwas Starres, Unhistorisches und Unflexibles"[260] eigen. Unhistorisch ist für Ludz zum einen die Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus, zum andern die - damit verknüpfte - Gleichsetzung von Kommunismus und Stalinismus. Während Ludz seine Kritik an der ersten dieser Gleichsetzungen nur andeutet[261], widmet er sich ausführlich der zweiten, wie es seinem von der Kommunismusforschung herkommenden Interesse entspricht. Den wesentlichen Hintergrund seiner Kritik bilden die realen Veränderungen in den sozialistischen Gesellschaften. Ludz betont die erreichte ökonomische und politische "Stabilisierung der bolschewistischen Gesellschaftsordnungen"[262], die wachsende Zustimmung der Bevölkerung zu ihrem System[263], die Existenz einer diskutierenden Öffentlichkeit, in der auch "Konflikte ... zur Sprache gebracht werden" 264), u.a.m. Angesichts dieser Entwicklung, so stellt Ludz fest, brechen Totalitarismus-Konzepte wie die von C.J. Friedrich und Z.K. Brzezinski in sich zusammen. Ihre Aussagen etwa über die Rolle des Terrors sind hinfällig, "wenn sie mit der poststalinschen Entwicklung in der Sowjetunion verglichen werden. Der 'Orwellsche

---

260) P.C. Ludz, Totalitarismus oder Totalität? (Zur Erforschung bolschewistischer Gesellschafts- und Herrschaftssysteme), S. 133

261) Vgl. ebda., sowie P.C. Ludz, Offene Fragen in der Totalitarismusforschung, S. 328. Zur Problematik dieser Zurückhaltung siehe unten, S. 412f.

262) P.C. Ludz, Offene Fragen..., S. 347

263) So konstatiert Ludz z.B. in der DDR eine gewisse "Gemeinsamkeit sozialer Normen zwischen SED und Bevölkerung" (P.C. Ludz, Entwurf einer soziologischen Theorie totalitär verfaßter Gesellschaft, S. 41; vgl. auch E. Richert, Zur Frage der Konsolidierung des Regimes in der DDR, in DNG 3/1960.

264) P.C. Ludz, Entwurf..., S. 47

Terror' und die Folterknechte à la Gletkin in Köstlers 'Sonnenfinsternis' können nicht mehr als die Symbole totalitärer Herrschaft angesehen werden."[265] Auch die Frage nach Freiheit und Unfreiheit lasse sich nicht mehr wie bisher in Bausch und Bogen beantworten; zumindest sei die "Möglichkeit der Angleichung jedenfalls gewisser Dimensionen von Freiheit in beiden Systemen ... nicht von der Hand zu weisen".[266] Die Beurteilung der Freiheit in den "totalitären" Systemen sei zumal deshalb nicht einfach, weil der "Westen" weniger denn je über einen fundierten und verbindlichen Freiheits-Begriff verfüge, auf den er sich berufen könnte, wenn er dem "Osten" Unfreiheit bescheinigen will.[267]

Doch gerade das Beharren auf den eigenen, für unhistorisch gehaltenen Idealvorstellungen über Freiheit und Demokratie macht für Ludz die entscheidende analytische Beschränktheit der Totalitarismustheorie aus: "Die These ... Friedrichs, daß der Totalitarismus nur Verfallserscheinung oder Perversion der Demokratie sei, macht u.E. die zentrale Schwäche der von Friedrich vertretenen Theorie aus; verhindert sie doch schon im Ansatz eine Konzeption bolschewistischer Herrschafts- und Gesellschaftssysteme als historisch-politische Realitäten mit einer ... ganz eigenen ... Ideologie, mit eigenen sozialen und historischen Gesetzmäßigkeiten und eigener ökonomisch-sozialer Dynamik".[268] "Dynamik" ist das entscheidende Stichwort in Ludz' Argumentation. Statt sich in der Beschreibung von Herrschaftstechniken und -strukturen zu erschöpfen, soll die Kommunismusforschung seiner Meinung nach die Tatsache in den

---

265) P.C. Ludz, Offene Fragen..., S. 337

266) ebda., S. 344

267) Vgl. P.C. Ludz, Offene Fragen..., S. 343, sowie ders., Totalitarismus oder Totalität..., S. 133

268) P.C. Ludz, Offene Fragen..., S. 328

Blick nehmen, daß "diese Gesellschaft lebt und sich dynamisch entwickelt".[269] Die kommunistischen Parteien sind nach Ludz nicht bloß schwer auf den gesellschaftlichen Verhältnissen lastende Apparate; ihre Einwirkung auf die Gesellschaft ist "nicht nur im Sinne der Zerstörung oder Behinderung sozialer Beziehungen zu verstehen", ihre Maßnahmen wirken "nicht nur sozial retardierend, sondern auch dynamisierend".[270]

Wer diese Dynamik übersieht, so warnt Ludz, der begeht eine doppelte Fehleinschätzung: Erstens verleiten die polemisch und vorschnell verallgemeinerten Begriffe wie "Terror", "Kommandowirtschaft", "monolithische Einheitspartei" u.ä. zu einer Unterschätzung der Entwicklungs-, Modernisierungs- und Demokratisierungsmöglichkeiten dieser Gesellschaftssysteme, zweitens aber auch zu einer Überschätzung der in ihnen herrschenden politischen Kontrolle und ihrer Möglichkeiten. Die bisherige Totalitarismustheorie habe die kommunistische Selbstdarstellung, wonach die sozialistische Gesellschaftsordnung in sich geschlossen sei, "unkritisch" übernommen[271] und lediglich mit einer negativen Wertung versehen. Stattdessen gelte es jedoch die tatsächlich bestehenden Konflikte zu würdigen. Denselben Gedanken wendet Ludz auch auf der Ebene der Ideologie-Betrachtung an und wirft beispielsweise M. Draht vor, "der im Selbstverständnis der Partei behaupteten Homogenität des ideologischen Dogmas"[272] aufzusitzen und dadurch die "tiefen Risse"[273] zu übersehen.

Mit der Einführung des Gesichtspunktes der gesellschaftlichen Dynamik sowie der Konfliktthaftigkeit kommt die Ludzsche Kritik der Totalitarismus-Theorie jedoch be-

---

269) P.C. Ludz, Totalitarismus oder Totalität..., S. 135
270) P.C. Ludz, Entwurf..., S. 30, 35
271) ebda., S. 15
272) ebda., S. 18
273) ebda.

reits an ihre Grenze. Denn mit diesen gesellschaftlichen Kategorien stellt Ludz keineswegs die bisherigen Kategorien der Totalitarismus-Theorie als solche in Frage, sondern weist nur präziser ihren Platz in der politischen (sozusagen in der Überbau-) Dimension zu. Tatsächlich schlägt an diesem Punkt Ludz' Auseinandersetzung mit der Totalitarismus-Theorie in deren emphatische Verteidigung um. Er kritisiert C.J. Friedrich dafür, daß dieser Unklarheit darüber habe aufkommen lassen, daß man es im Sozialismus mit "einer totalen Politisierung der Gesellschaft im Gegensatz zu Freiheitsspielräumen in den westlichen Demokratie"[274] zu tun habe. M. Drahts sog. "Primärphänomen" des Totalitarismus wird von Ludz nachdrücklich unterstrichen: "Prinzipiell sind wir ... der Auffassung, daß gerade dieses 'Primär-Phänomen' jedes totalitären Systems von den Analytikern der totalitären Systeme bisher richtig gesehen wurde und daß dieses Primär-Phänomen auch in den sogleich zu entwickelnden (d.h. in Ludz' eigenen, O.C.) Ansätzen zu einer Totalitäts-Analyse enthalten sein sollte."[275] Neu ist bei Ludz lediglich die Betonung des Gedankens, daß "innerhalb ... der totalitären Kruste des Systems..., ... (trotz der Unfreiheit im westlichen Sinne) in der Hülle dieses total

---

274) P.C. Ludz, Totalitarismus oder Totalität..., S. 134

275) ebda., S. 134f. Auffallenderweise läßt sich Ludz im Rahmen dieser seiner Verteidigung der Totalitarismustheorie nicht auf seine eigenen kritischen Erwägungen zum Freiheitsproblem ein, die er doch um dieselbe Zeit in seinem anderen einschlägigen Aufsatz ("Offene Fragen...") anstellt (vgl. oben. S.405). Stattdessen insistiert er nun wiederum darauf, "daß es 'Freiheit' - in diesem prinzipiell zwar durchaus vagen, doch in diesem Zusammenhang verständlichen Sinn - im bolschewistischen System nicht gibt und nicht geben kann." (Totalitarismus oder Totalität..., S. 134).

politisch gewordenen Raumes Menschen arbeiten, leben, Entscheidungen treffen, Bedürfnisse haben, kurz: die Gesellschaft sich dynamisch entwickelt."[276]

Weiterhin ist also auch bei Ludz von "totalitärer" Herrschaft die Rede, nur daß sich die Blickrichtung nun mehr auf die gesellschaftliche Dynamik verlagert. Gerade durch den Rekurs auf diese gesellschaftliche Dynamik schafft Ludz der Totalitarismus-Theorie einen Ausweg aus dem Dilemma, in das sie infolge der gewandelten Verhältnisse in den sozialistischen Ländern geraten war: Statt nämlich diesen Wandel als Abbau "totalitärer" Herrschaft und als Entwicklung zu gewisser "Freiheit" interpretieren zu müssen - wie sich dies schon abzeichnete in Friedrichs Aufsatz von 1959 -, kann er nun stattdessen als eine unvermeidbare Anpassungsreaktion des - nach wie vor "totalitäre" Ansprüche verfolgenden - Herrschaftssystems auf die neu entstandenen "Bedingungen der Industriegesellschaft"[277] gewertet werden. In einem modernen, "auf Funktionstüchtigkeit angelegten System" bekämen "Terror und Zwang" unweigerlich "einen anderen Stellenwert"; Terror werde "gleichsam der Grenzfall einer vielfältigen Skala von Formen organisatorischen Zwanges".[278]

---

276) P.C. Ludz, Totalitarismus oder Totalität..., S. 135

277) P.C. Ludz, Entwurf..., S. 21

278) P.C. Ludz, Entwurf..., S. 19; S. 16; Offene Fragen ..., S. 338. Weiter heißt es in diesem Zusammenhang, daß die Partei "immer neue Formen der Kontrolle erfindet" (ebda., S. 337). Ludz weitet damit die Kategorie des "Zwangs" im Grunde bis zur völligen Nichtfalsifizierbarkeit aus; beispielsweise interpretiert er die Herausbildung eines Kollektivbewußtseins und entsprechender zwang-loser Verhaltensweisen in der DDR als einen Prozeß, der "die Willkür zwar vermindert, jedoch den sozialen Zwang des Normensystems eher verschärft." Der Zwang sei nicht verschwunden, sondern eben nur "unsichtbar" geworden. (Entwurf..., S. 31f.) "Zwang" tendiert hier zum Synonym für "Vergesellschaftung".

Wenn Ludz im Ergebnis dieser seiner Überlegungen vorschlägt, statt von der "totalitären" nur noch von der "autoritären Partei"[279] zu sprechen, so besagt das wenig. Nach wie vor ist die Partei auch bei Ludz durch M. Drahts "Primärphänomen des Totalitarismus" definiert, also durch ihren Drang, "ein neues gesellschaftliches Wertungssystem durchzusetzen"[280]. Daß es bei der Durchsetzung dieses Ziels auch zu Konflikten und zu gesellschaftlichen Anpassungstendenzen des politischen Systems kommt, wie Ludz hervorgehoben wissen möchte, ist eine andere Frage; sie tangiert nicht die Kategorie des "Totalitären", sondern stellt sie lediglich in einen erweiterten Rahmen der Betrachtung. P.C. Ludz hätte also im Grunde gut und gern den überkommenen Totalitarismus-Begriff beibehalten können. Von Verfechtern der herkömmlichen Totalitarismus-Theorie ist ihm das denn auch vorgehalten worden, und man kann sagen, vollkommen zu Recht. "Der Konflikt als solcher ist ... auch dem herkömmlichen Totalitarismus-Modell nicht fremd", stellt C. Burrichter fest - "es wurde lediglich versäumt, dieses Modell auf der Ebene einer sinnvoll integrierten Konflikt-Theorie fruchtbar zu erweitern..." 281). D. Grille bezeichnet aus demselben Grund Ludz' Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus-Begriff als "völlig unnötig"[282]. Und in der Tat betont Ludz

---

279) P.C. Ludz, Entwurf..., S. 21

280) Vgl. oben, Anm. 225

281) C. Burrichter, Fragen zu einer soziologischen Theorie..., S. 706

282) D. Grille, "DDR-Forschung" im Wandel?, S. 161. Auch Kielmansegg bestreitet, daß Ludz' industriegesellschaftlich-konflikttheoretische Überlegungen "das Konzept totalitärer Herrschaft prinzipiell zu treffen vermögen" (Krise..., S. 318).

explizit, daß es ihm nur um eine Erweiterung und Ergänzung, um eine neue, "dritte Stufe der Totalitarismus-Analyse"[283] geht. Und wenn er schließlich in seiner Studie von 1968 erklärt, endgültig auf den Begriff "totalitär verfaßte Gesellschaft" verzichten zu wollen[284], so bleibt dies von lediglich terminologischer Bedeutung; zentrale These der Untersuchung ist es, "daß die totalitäre Willkürherrschaft eine neue Form annimmt"[284a] - das heißt aber doch mit anderen Worten, daß die "totalitäre" Herrschaft ihrem Wesen nach unverändert bleibt und nur ihre Form ändert. Obendrein verfällt Ludz in derselben Studie ab und zu unversehens doch wieder in alte Sprachgebräuche und reiht die DDR in die "totalitär verfaßte(n) Gesellschaftssysteme"[285] ein - Symptom der Nichtigkeit des Begriffswechsels.[286]

Wenn wir unser Resumé der Ludzschen Argumentation bis hierher nochmals überblicken, so ergibt sich das Bild einer Kritik der Totalitarismus-Theorie, welche dem Anschein nach zunächst sehr prinzipiell ansetzt - nämlich an der konstitutiven Unfähigkeit der Totalitarismus-Theorie, ihren Gegenstand in seiner eigenen Spezifik und Gesetzmäßigkeit zu begreifen[287] - , dann aber verflacht zu einer bloßen Relativierung oder Eingrenzung

---

283) P.C. Ludz, Totalitarismus oder Totalität..., S. 136

284) P.C. Ludz, Parteielite im Wandel, S. 12

284a) ebda., S. 152

285) So z.B. ebda., S. 257

286) Ebenfalls noch 1968 spricht Ludz vom "aufgeklärten Totalitarismus" (P.C. Ludz, Politische Aspekte der kybernetischen Systemtheorie in der DDR, S.3). Sein Plädoyer für den Begriff des "Autoritären" beginnt Ludz mit dem Satz: "Der Begriff der totalitären Partei kann ..., allerdings ... modifiziert, beibehalten werden." (Entwurf..., S. 20) Ebendiese Modifikation stellt der Begriff "autoritär" dar.

287) Vgl. oben, S. 405 (Anm. 268)

der Theorie bei ausdrücklicher Bekräftigung ihres Grundgehaltes. Nun stehen aber dieses affirmative Resultat einerseits und jene nicht weiterverfolgte prinzipiellere Kritik andererseits in offenem Widerspruch zueinander. Denn wenn Ludz anerkennt, daß Sozialismus und Faschismus "historisch völlig verschiedene, ja konträre Funktionen hatten und haben"[288], wenn er "die historisch-strukturellen Unterschiede zwischen Faschismus ... und Bolschewismus"[289] hervorhebt, und wenn er daher schließlich betont, der Sozialismus müsse in seinen "eigenen und sozialen historischen Gesetzmäßigkeiten und eigener ökonomisch-sozialen Dynamik"[290] begriffen und erforscht werden, dann schlägt es dem allem schlechterdings ins Gesicht, wenn Ludz trotzdem dem Draht'schen "Primärphänomen der Totalitarismus" weiterhin eine zentrale analytisch-begriffliche Bedeutung einräumen will - einer Kennzeichnung, welche doch gerade nicht die Spezifik des Sozialismus in seinem Gegensatz zum Faschismus erfaßt (noch erfassen will).

Hier gibt es nur ein klares Entweder - Oder. Entweder man geht bei der Erforschung der sozialistischen Gesellschaftsordnung von deren qualitativer Eigenart aus; dann ist der formale Ansatz eines M. Draht hinfällig, dem es im Kern gerade um die Gleichsetzung von Sozialismus und Faschismus geht[291], oder man bemüht weiter diesen formalen Ansatz; dann muß es aber eine leere Beteuerung werden, wenn man von der qualitativen Gegensätzlichkeit jener beiden Systeme spricht. Das

---

288) P.C. Ludz, Totalitarismus oder Totalität..., S. 133

289) Offene Fragen..., S. 328

290) ebda.

291) Vgl. oben, S. 389

letztere ist der Fall bei Ludz; seine - kritisch gegen die Totalitarismuskonzeption gewandten - Bemerkungen über den Gegensatz zwischen Faschismus und Sozialismus zeitigen keine Konsequenzen für die Formulierung eines trennscharfen Begriffs sozialistischer Herrschaft. Vergeblich suchen wir bei Ludz nach denjenigen Begriffselementen, in denen der besagte historisch-strukturelle Gegensatz zum Faschismus unmißverständlich festgehalten würde: Bezeichnungen wie etwa "bolschewistische Gesellschafts- und Herrschaftssysteme"[292] oder "DDR-Gesellschaft"[293] bleiben Bezeichnungen, umschreiben das Problem nur mit seinem äußerlichen Namen; der Begriff der "totalitär verfaßten Gesellschaft"[294], wie ihn Ludz lange Jahre über beibehält, schreibt die totalitarismustheoretische Identifizierung von Faschismus und Sozialismus gerade fort; und vom Begriff der "industriellen, totalitär beziehungsweise autoritär verfaßten Gesellschaft"[295] schließlich ist ebenfalls keine Spezifizierung des Sozialismus in Absetzung vom Faschismus zu erwarten: eine "industriegesellschaftliche" Qualität können beide beanspruchen.

Der zuletzt genannte Punkt muß besonders hervorgehoben werden: Er besagt nämlich, daß der theoretische Schritt, den Ludz über die Totalitarismus-Konzeption hinaus tut (oder zu tun glaubt), und den er als so entscheidend hinstellt: nämlich die Berücksichtigung der (industrie-) gesellschaftlichen Dynamik, ihn ebenfalls nicht in die

---

292) So im Untertitel von "Totalitarismus oder Totalität...".

293) Verschiedentlich von P.C. Ludz, Entwurf...

294) So schon im Titel von "Entwurf..."; der Ausdruck "totalitäre Herrschaft bolschewistischen Typs" (ebda., S. 18) stellt eine weitere terminologische Umgehung der Sache dar.

295) P.C. Ludz, Entwurf..., S. 49

Lage versetzt, die unspezifische, unhistorische Betrachtungsweise der Totalitarismustheorie - samt der hierauf sich gründenden Identitätsthese - eindeutig zu überwinden. Denn im Verständnis der Industriegesellschaftslehre gibt es im Prinzip nur eine einzige Art und Richtung von "Dynamik", welche nicht nur Kapitalismus und Sozialismus übergreift, sondern ebenso Faschismus und Sozialismus.[296] Es erstaunt daher auch nicht, sondern bestätigt nur unsere These, wenn Ludz durch sein industriegesellschaftstheoretisches Denken schließlich wieder bei der traditionellen Behauptung von der Wesensverwandtschaft zwischen Faschismus und Sozialismus (bzw. einer Variante dieser These) anlangt: "Eine historisch-soziologische Analyse vermag zu zeigen, daß der von den Nationalsozialisten in Gang gesetzte Prozeß einer umfassenden Mobilisation und damit auch der Modernisierung der deutschen Gesellschaft von der SED nach 1945 fortgesetzt worden ist."[297]

Ludz' neuformulierter Ansatz erfüllt damit den selbstgesteckten Anspruch allenfalls insoweit, als er den Sozialismus als ein System mit "eigener ökonomisch-sozialer Dynamik"[298] faßt; er verfehlt seinen Anspruch aber, indem er diese Gesellschaftsordnung nicht als System mit "eigener ökonomisch-sozialer Dynamik" konzipiert. Die "industriegesellschaftliche" Dynamik, wie Ludz sie versteht, trennt per definitionem kapita-

---

296) Siehe zum Begriff der industriegesellschaftlichen Dynamik bereits oben, S. 285 sowie unten, S. 486

297) P.C. Ludz, Die Entwicklung der DDR, S. 218. Bei Friedrich hatte es 1956/57, damals mit Blick auf die staatliche Bürokratie, geheißen, "daß die SED im wesentlichen die Verhaltensweisen und Praktiken der Nationalsozialisten fortgeführt" habe (C.J. Friedrich, Totalitäre Diktatur, S. 171).

298) Vgl. oben, S. 405 (Herv.heb.: O.C.)

listische und sozialistische Sozioökonomik gerade nicht voneinander, sondern bezeichnet dem Anspruch nach deren wesentlichen gemeinsamen Nenner. Ludz ist dementsprechend der Ansicht, "daß auch bolschewistische Gesellschaftsordnungen sich technisch-wirtschaftlich und sozial-strukturell den hochindustrialisierten Gesellschaftsordnungen des Westens annähern."[299] Von diesen Prämissen her bleibt auch in Ludz' analytischem Ansatz für die Spezifik der sozialistischen Ordnung kein anderer Platz als jener, auf dem auch die Totalitarismustheorie diese Spezifik ansiedelt: nämlich im politisch-ideologischen Überbau, in der "totalitären Kruste des Systems"[300]. Im wesentlichen bleibt also alles beim alten. Wie in der Totalitarismuskonzeption stehen sich auch bei Ludz Gesellschaftssphäre und Machtsphäre unverbunden einander gegenüber. Letztere wird wie ehedem selbstgenügsam und formal aus sich selbst heraus definiert: M. Drahts "Primärphänomen", diese "bisherige Grundthese der Totalitarismus-Analyse (bleibt) aufrechterhalten"[301]. Die Gesellschaftssphäre bleibt demgegenüber eine für die Bestimmung der Spezifik und des Wesens des Systems unmaßgebliche, neutrale Größe. Als "Industriegesellschaft" war sie durchaus auch in der alten Totalitarismus-Theorie von Anfang an mitgedacht; selbst in diesem Punkt fügt Ludz der alten Auffassung also nichts prinzipiell neues hinzu. C.J. Friedrich verstand "die totalitäre Diktatur (als) eine mit gewissen Zügen der heutigen Industriegesellschaft verknüpfte Entwicklungsform der politischen Ordnung".[302]

---

299) P.C. Ludz, Totalitarismus oder Totalität..., S.136

300) ebda., S. 135

301) ebda.

302) C.J. Friedrich, Totalitäre Diktatur, S. 13. Auch K.D. Bracher schreibt: "Seine (des "Totalitarismus", O.C.) primäre Bedingung und Ermöglichung ist ... ganz wesentlich der moderne Industrialismus und die Technologie im 'Zeitalter der Massen'..." (K.D. Bracher,

(Forts. nächste Seite)

Erst jenseits dieses methodologischen Grundkonsenses mit der Totalitarismus-Theorie - also: der Wesensbestimmung des Gesellschaftssystems über die verselbständigte und formalisierte politische Machtsphäre unter Zugrundelegung einer systemneutral konzipierten Gesellschaftsstruktur ohne historisch-konkrete Eigentums- und Produktionsverhältnisse - beginnt die Besonderheit des Ludzschen Modells: Während in der klassischen Totalitarismuskonzeption der Akzent auf der "totalitären" Struktur und Politik liegt, zu der sich die Gesellschaft als eine gleichgültige, passive Unterlage verhält, verlagert sich bei Ludz der Akzent auf eben diese gesellschaftliche Unterlage, in welcher Ludz zugleich eine widerspenstige "Eigendynamik"[303] entdeckt, die die "totalitäre" Superstruktur des Systems relativiere, durchkreuze, ja letztlich ganz in Frage stelle. Neu ist also am Ludzschen Forschungsansatz nicht die Auffassung über das Herrschaftssystem selbst, sondern lediglich die Entdeckung und vorrangige Behandlung jener dynamischen, systemtranszendierenden Kräfte. In dieser neuen Akzentsetzung schlägt sich, wie W. Schlangen bemerkt, "vor allem die veränderte Erkenntnisabsicht der Kommunismus-Forschung nieder..."[304]. Es geht Ludz nun in erster Linie darum, "das Nicht-Totalitäre im Totalitären"[305] aufzuspüren, also die Grenzen der Herrschaft, die Konflikte, die sie erzeugt. Pragmatischer gesagt, Ludz interessiert sich für die relative "Schwäche der

---

Forts. Anm. 302

Der umstrittene Totalitarismus..., S. 36). Der Begriff der "modernen Gesellschaft" (ebda., S. 59) ist bei Bracher das konsequente sozialwissenschaftliche Gegenstück zu seinem politikwissenschaftlichen Begriff der "modernen Diktatur" (S. 36) bzw. der "modernen Demokratie" (S. 36f.) bzw. des "modernen Staats" (S. 37). Industriegesellschaftlicher Modernisierungs-Ansatz und Totalitarismustheorie widersprechen sich in keiner Weise.

303) P.C. Ludz, Offene Fragen..., S. 338

304) W. Schlangen, Theorie..., S. 133

305) P.C. Ludz, Totalitarismus oder Totalität..., S.136

totalitären Partei"[306], für alle Tendenzen, die eine "Schwächung der Machtsicherung"[307] signalisieren könnten. Unverkennbar äußert sich in diesen neuen Fragestellungen ein praktisch-politisches Interesse. Ludz spricht dies denn auch selbst aus; er hält seine Modifizierung des Totalitarismuskonzeptes sowohl "aus wissenschaftlichen wie aus politischen Gründen"[308] für überfällig. Die Unflexibilität der alten Konzeption habe sich u.a. auch in der Unfähigkeit gezeigt, "die Revolutionsversuche in Polen, Ungarn und Ostdeutschland"[309] theoretisch zu antizipieren und damit "ein optimales politisches Reagieren und Handeln"[310] westlicherseits zu ermöglichen.

Auf das hier sich offen aussprechende strategische Erkenntnisinteresse muß zurückgeführt werden, daß Ludz seinen kritisch gegen die alte Spielart der Totalitarismus-Konzeption gewandten Anspruch, den Sozialismus in seiner "eigenen ökonomisch-sozialen Dynamik" zu erfassen, verfehlt. Unter der Wirkung jenes strategischen Erkenntnisinteresses verkürzt sich der Begriff der "eigenen Dynamik" auf den der (spontan-antisozialistisch verstandenen) "Eigendynamik". Dieser letztere Begriff richtet sich sozusagen programmatisch auf diejenigen Momente der gesellschaftlichen Entwicklung im Sozialismus, die der offiziell intendierten Entwicklung zuwiderlaufen. Nicht die Dynamik der sozialistischen Gesellschaftsumwälzung ist Ludz' Thema, sondern die untergründige Dynamik "spontaner Prozesse des Verhaltens und damit von Konfliktsituationen, ähnlich oder vergleichbar denen in westlichen Industriegesellschaften"[311], die

---

306) P.C. Ludz, Entwurf..., S. 21

307) P.C. Ludz, Parteielite im Wandel, S. 8

308) P.C. Ludz, Totalitarismus oder Totalität..., S. 143

309) ebda., S. 134

310) ebda., S. 143

311) P.C. Ludz, Offene Fragen..., S. 339

Dynamik einer "Aufweichung" des sozialistischen "Organisationsgeflechtes" und "der sogenannten ökonomischen Gesetzmäßigkeiten".[312] Zugespitzt gesagt: die spezifische Gesetzmäßigkeit, welche Ludz über das traditionelle, statische Totalitarismus-Konzept hinausgehend im sozialistischen Gesellschaftssystem aufzudecken meint, ist die Gesetzmäßigkeit der Zerstörung des "Totalitarismus". Die Totalitarismustheorie hat sich damit erweitert um die These vom notwendigen Verfallsprozeß des "Totalitarismus".

Ludz' Beitrag erweist sich damit eher als eine vom Pragmatisch-Strategischen her motivierte Modifikation der Totalitarismustheorie denn als eine theoretische Grundsatzkritik derselben. "Das Modell der totalitären Herrschaft", betont auch W. Schlangen, "erfährt durch diese Entwicklung der Kommunismusforschung keine Einbuße an theoretischer Gültigkeit, es wird nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Vielmehr wird jene Konzeption dadurch ausdrücklich bestätigt, daß ihr theoretischer Geltungsbereich deutlich abgesteckt wird."[313] Ludz steht gewissermaßen derart im Bann der Suche nach Konflikten, nach "immer wieder durchbrechender Spontaneität"[314] des Gesellschaftlichen, nach Zeichen der "Schwäche der totalitären Partei", nach dem "Nicht-Totalitären im Totalitären"[315] usw., daß demgegenüber

---

312) ebda. - Die Verengung des Begriffs der Dynamik auf das Subversiv-Spontane führt unmittelbar dazu, daß beim Ausbleiben entsprechender Prozesse die reale sozialistische Dynamik als Statik perzipiert wird; so kommt es dann zu Sätzen wie: "Die Sowjetunion ... lebt ihren Verbündeten das Bild steinerner Beständigkeit vor. Das Epizentrum der Bewegungslosigkeit im Lager ist Prag..." (FAZ v. 8.8.1974). Oder: "Die innere Situation der Sowjetunion ist von zunehmender Erstarrung, Stagnation und Immobilismus geprägt." (U. de Maizière, in: FAZ v. 9.2.1977)

313) W. Schlangen, Theorie..., S. 144

314) P.C. Ludz, Offene Fragen..., S. 339

315) Vgl. Anm. 305 und 306

das eigentliche Problem "spontan" in den Hintergrund gedrängt wird: ob nämlich der Begriff des "Totalitären" überhaupt wissenschaftlich Substanz habe.

In dieser seiner theoretischen Begrenztheit spiegelt Ludz' Konzeption unverkennbar die politisch-strategische Umorientierung in der Haltung des "Westens" gegenüber dem Sozialismus an der Wende von den fünfziger zu den sechziger Jahren, und eben die Begrenztheit dieser Umorientierung selbst, wider. Die Perpetuierung der totalitarismustheoretischen Grundkategorien bei Ludz entspricht der unveränderten politisch-strategischen Feindhaltung gegenüber dem Sozialismus.[316] Die neue Betonung des dynamischen Potentials und der Konfliktansatz entsprechen dem Übergang zur Strategie des friedlichen Wandels, nachdem die Möglichkeiten eines frontalen "roll back" des Sozialismus unrealistisch geworden waren. C.J. Friedrich hatte in den fünfziger Jahren noch ausdrücklich die Möglichkeit "einer etwaigen Liquidierung (des "Totalitarismus", O.C.) im Verlauf eines Krieges"[317] offengelassen. Die Einwände, welche Ludz gegen die Totalitarismuskonzeption alten Schlages erhebt, korrespondieren sehr direkt mit denjenigen, die seit den späten fünfziger Jahren gegen die bisherige Politik der Stärke vorgebracht werden. "Sowohl die Politik des Eindämmens als auch die Politik der Befreiung waren ... recht starr", meint der amerikanische Forscher A. Korbinski[318]; ebenfalls die

---

316) Nicht zufällig verwahrt sich Ludz denn auch gegen die Vermutung, seine Analysen könnten etwas "mit einem falsch verstandenen Ko-Existenz-Denken zu tun" haben (Offene Fragen..., S. 322).

317) C.J. Friedrich, Totalitäre Diktatur, S. 266

318) A. Korbinski, U.S. Policy in East Europe, in: Current History 3/1965, S. 132 (zit. nach J.S. Nowopaschin, Strategie der "friedlichen Einmischung", S. 144).

Starrheit ist es, die P.C. Ludz am alten Totalitarismus-Denken kritisiert[319]. "Es hat heute keinen Sinn, mit unserer Politik der massierten Vergeltung zur Konsolidierung des roten Blocks beizutragen - jetzt sollten wir nach Wegen zu seiner Spaltung suchen", schreibt J.F. Kennedy im Jahre 1960[320]; dem entspricht präzise Ludz' Vorwurf gegenüber der alten Totalitarismustheorie, sie würde die Hermetik des "totalitären" Machtsystems "überschätzen"[321], statt die Konflikte und "tiefen Risse"[322] herauszuarbeiten.

Wie sehr Ludz' Auseinandersetzung mit der Totalitarismus-Theorie infolge des eng aufs Taktisch-Strategische begrenzten Erkenntnisinteresses an theoretischer Grundsätzlichkeit verliert, und wie stark Ludz dadurch auch die Chance vergibt, gemäß seinem verbalen Anspruch den Sozialismus tatsächlich in dessen "eigenen sozialen und historischen Gesetzmäßigkeiten"[323] analytisch zu erfassen, erhellt ein Vergleich seiner Ausführungen aus den frühen sechziger Jahren mit einem Aufsatz von H. Zimmermann aus derselben Zeit. Obwohl sich Ludz und Zimmermann gegenseitig ihrer wissenschaftlichen Verwandtschaft versichern[324], bleibt doch der Unter-

---

319) Vgl. oben, S. 404 Für die sowohl praktisch-politische als auch begriffliche Starrheit des Totalitarismus-Denkens alter Provenienz könnte der Satz von G. Leibholz stehen: "Ein totaler Staat hat immer nur die Alternative: ein totaler Staat zu sein oder nicht zu sein." (G. Leibholz, Das Phänomen des totalen Staates, S. 227)

320) J.F. Kennedy, The Strategy for Peace, N.Y. 1960, S. 44

321) P.C. Ludz, Totalitarismus oder Totalität..., S. 130

322) P.C. Ludz, Entwurf..., S. 18

323) Vgl. oben, S. 405

324) Vgl. H. Zimmermann, Probleme der Analyse bolschewistischer Gesellschaftssysteme. Ein Diskussionsbeitrag zur Anwendbarkeit des Totalitarismusbegriffs, S. 194, Anm.1; P.C. Ludz, Offene Fragen..., S. 319, Anm. 1

schied ihrer jeweiligen Herangehensweisen unübersehbar. Zimmermann nämlich geht, anders als Ludz, auf den von der Totalitarismus-Theorie überspielten "fundamentale(n) Unterschied zwischen Bolschewismus und Nationalsozialismus"[325] nicht bloß verbal ein, sondern entfaltet ihn konkret in seinen historisch-sozialen Kategorien. Unmißverständlich hält er fest, daß der Faschismus "geboren wird aus der Krise der kapitalistischen Gesellschaft, allerdings nicht, um diese zu lösen, sondern um die Gegensätze ... durch Anwendung des Terrors einzufrieren"[326], wie auf der anderen Seite der "Bolschewismus" die "Sprengung der alten gesellschaftlichen Ordnung" sei, wodurch in ihm gerade jener "fundamentale Widerspruch zwischen Herrschaftssystem und gesellschaftlicher Grundstruktur, wie er das nazistische System kennzeichnete, entfällt"[327], was natürlich nicht ausschließe, daß auf der neuen sozialistischen Grundlage Widersprüche eigener Art erwüchsen. Die theoretische Überlegenheit Zimmermanns gegenüber Ludz erweist sich nun besonders darin, daß Zimmermann bei seinem Herangehen an die sozialistische (oder wie er sagt: "bolschewistische") Gesellschaftsordnung auch weiter konsequent deren fundamentalen Gegensatz zum Faschismus im Auge behält; Ludz dagegen verleugnet in seiner Konzeption, wie gezeigt, faktisch die zuvor herausgestellte Tatsache jenes Fundamentalgegensatzes. Zimmermanns konsequentes Beharren auf der Spezifik der sozialistischen Gesellschaftsordnung, zunächst herausgearbeitet am Sozialismus-Faschismus-Verhältnis, führt ihn auch zur Kritik der Industriege-

---

325) H. Zimmermann, Probleme der Analyse..., S. 198

326) ebda., S. 196. Wir raffen hier Zimmermanns Ausführungen notgedrungen stark zusammen.

327) ebda., S. 198

sellschafts-Konzeption; denn Spezifik gegenüber dem faschistischen heißt auch notwendig Spezifik gegenüber dem kapitalistischen System. Folglich muß die "bolschewistische" Gesellschaft auch grundsätzlich anderen Gesetzmäßigkeiten gehorchen als die "westliche" Form der Industriegesellschaft, "die noch immer auf der Grundlage der privaten Verfügung über den größten Teil der Produktionsmittel und der damit gegebenen ökonomischen und gesellschaftlichen Implikationen beruht"[328]. Indem Zimmermann in seinem analytischen Ansatz von dem Faktum einer "grundsätzlich neue(n) Ordnung"[329] und eines sich in dieser vollziehenden "gesellschaftlichen Umstrukturierungsprozesses"[330] ausgeht, vermeidet er noch eine weitere signifikante Schwäche des Ludzschen Modells: nämlich das Auseinanderfallen in einen selbstgenügsamen Überbau und eine systemneutrale gesellschaftliche Basis - damit aber auch das Auseinanderfallen des Kategoriensystems in einen totalitarismustheoretischen Teil (der sich aus der Umstülpung "westlicher" Leitvorstellungen speist) und einen industriegesellschaftstheoretischen Teil (der solche "westlichen" Leitvorstellungen unmittelbar projiziert). Zimmermann kann dagegen seinen Gegenstand als System, als in sich geschlossenen und notwendigen (und damit überhaupt erst wissenschaftlich erklärbaren) "sozialen und politischen Strukturzusammenhang"[331] fassen.

Auf das konkrete Modell der sozialistischen Entwicklung, das Zimmermann auf der skizzierten theoretischen Grund-

328) ebda.
329) ebda.
330) ebda., S. 197
331) ebda., S. 200

lage entwickelt, und welches aus dem Gesamtprozeß mehrere historische Etappen und deren jeweiligen "soziale(n) Gehalt"[332] herausdifferenziert, soll hier nicht mehr eingegangen werden. Ein Aspekt sei aber noch erwähnt, in dem sich die theoretische Diskrepanz zum Ludzschen Ansatz besonders gravierend bemerkbar macht: das Problem der Widersprüche und Konflikte im sozialistischen System. Während Ludz' Konflikttheorie grundsätzlich das Vorhandensein eines system-feindlichen Konfliktpotentials unterstellt, kommt Zimmermann im Gegenteil zu dem Schluß, daß auf einer entwickelten Stufe des Systems "soziale Spannungen ... auf eine Verbesserung, Vervollkommnung der bestehenden, nicht auf die frühere bzw. eine kapitalistische Ordnung" zielen[333]. Auch in diesem Punkt dürfte Zimmermanns Konzeption ihre Überlegenheit gegenüber der Ludzschen beweisen; der realen Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft, wie sie sich in den anderthalb Jahrzehnten seither vollzogen hat, hält ihre Konflikteinschätzung jedenfalls weit besser stand als die Ludzsche, wonach sich "jedes Sowjetsystem ... durch seinen Erfolg schließlich selbst zerstört"[334].

Dennoch prägte nicht das Modell von Zimmermanns Aufsatz aus dem Jahre 1961 das Denken der in der Folgezeit expandierenden DDR-Forschung, sondern dasjenige von Ludz. Der Grund dafür muß darin gesucht werden, daß Zimmermanns radikale Verwerfung des Kategoriensystems der Totalitarismusforschung nicht den herrschenden politisch-ideologischen Bedürfnissen entsprach. Ludz' industriegesellschaftstheoretische Um- und Fortschreibung des Totalitarismus-Modells hingegen erfüllte, wie oben aufgezeigt, die neuen Bedürfnisse der Strate-

---

332) ebda., S. 199

333) ebda., S. 202

334) P.C. Ludz, Parteielite im Wandel, S. 14 (Zit. A.G. Meyer). Zu weiteren Prognosen von P.C. Ludz u.a. siehe unten, S. 485ff.

gieberatung und -entwicklung in der Nach-"roll-back"-Phase, ohne dabei jedoch den weiterbestehenden Bedürfnissen der ideologischen Perhorreszierung des anderen Systems den Dienst zu versagen.

So steht also am Beginn der bundesdeutschen DDR-Forschung eine in Ansätzen steckenbleibende Kritik der Totalitarismus-Theorie.[335] Deren wissenschaftliche Kardinalschwächen konnten dadurch in der DDR-Forschung mehr oder weniger stark weiterwirken: die formale, unhistorische Betrachtung von Macht und Politik, die faktorentheoretische Aufspaltung des gesellschaftlichen Gesamtzusammenhangs, die Vernachlässigung der konkreten sozioökonomischen Strukturen und - als jüngeres Moment - die industriegesellschaftstheoretische "Vorfixierung des Zielpunktes der innergesellschaftlichen Dynamik"[336], die Befangenheit in "westlichen" Basis-

---

335) Nicht anders war und ist es in der amerikanischen Kommunismusforschung. In seiner Besprechung eines repräsentativen Sammelbandes der jüngeren amerikanischen Kommunismusforschung bemerkt J.H. Kautsky, daß dort das Totalitarismus-Konzept nur sehr "halbherzig" angefochten werde ("only a half-hearted attack"). Der vermeintlich "tote Hund" der Totalitarismustheorie erweise sich in diesem Sammelband als in Wirklichkeit höchst lebendig ("there is still a plenty of life in it") (Vgl. J.H. Kautsky, Comparative Communism Versus Comparative Politics. S. 136f.); freilich würde kaum einer der Autoren, die das Totalitarismus-Konzept benutzten, irgendwo definieren, was er unter "Totalitarismus" verstehe (ebda., S. 138). Einen lebendigen Eindruck vom unerschütterlichen Weiterbestehen des totalitarismustheoretischen Denkens in der amerikanischen Politikwissenschaft vermittelt M. Parentis kritische Sichtung des Rezensionsteils der amerikanischen Fachzeitschrift "Political Science" (M. Parenti, Reviewing the Reviewers: Ideological Bias in the APSR Book Section, in: Political Science 3/1974, S.370ff.).

336) H. Zimmermann, Probleme der Analyse..., S. 199

kategorien und die dadurch bedingte negative Wertaufladung des fremden Forschungsgegenstands[337]. Derartige theoretische und methodologische Mechanismen sind nicht gebunden an die ausdrückliche Verwendung des Totalitarismusbegriffs. Das zeigte bereits das Beispiel von Ludz' Autoritarismus-Begriff.[338] Noch in der modernen,

---

337) Auch diese letztgenannte fragwürdige Tendenz des Totalitarismus-Denkens wirkt bei Ludz fort. Besonders zeigt sich dies an seinem Freiheits-Begriff. Obwohl Ludz verbal Skepsis äußert gegenüber dem antikommunistischen Freiheits-Verständnis der fünfziger Jahre, obwohl er fordert, dieses Freiheits-Verständnis müsse "philosophisch wirklich neu durchdacht" werden (Totalitarismus oder Totalität..., S. 133), zieht er daraus keine Konsequenzen bei der Formulierung seines modifizierten Totalitarismus-Konzepts. Auch er identifiziert Freiheit schlicht mit "'Freiheit' des Individuums, im westlichen Sinne" (ebda., S. 134), mit "Entscheidungsspielraum des Individuums", mit "Selbstentscheidung ... des einzelnen" (Politische Aspekte der kybernetischen Systemtheorie in der DDR, S.8, 6), usw. Gemessen an einem solchen monadenhaften Freiheitsbegriff erscheint natürlich sozialistische Vergesellschaftung als "totale Durchpolitisierung der Gesellschaft" (Totalitarismus oder Totalität ..., S. 134), mithin als "Unfreiheit" (ebda., S. 135); aus gesellschaftspolitischer Massenaktivität wird "konstruierte, also künstliche Mobilisierung" (Entwurf..., S. 44), usw. Wenn demnach Ludz C.J. Friedrich vorwirft, im Sozialismus stets bloß die Verkehrung "westlicher" Werte zu erblicken, so fällt diese Kritik zu einem gut Teil auch auf ihn selbst zurück. Sein projektives Herangehen kommt anfangs noch unmittelbar in der Formulierung "Unfreiheit im westlichen Sinne" (Totalitarismus oder Totalität..., S. 135) zum Ausdruck; später verschwindet es hinter unverfänglicheren Kategorien ("soziale Kontrolle", etc.).

338) Vgl. oben, S. 409 1971 bestätigte Ludz einmal mehr die Oberflächlichkeit seiner Kritik des Totalitarismus-Begriffs: Es heißt dort, "daß es sich bei der Analyse der DDR-Gesellschaft nicht empfiehlt, von der Totalitarismusvorstellung auszugehen. Denn offensichtlich ... bleiben auch - der Intention nach - noch so totale politische und soziale Kontrollen in einer sich wandelnden sozialistischen Industriegesellschaft nicht in idealtypischer Reinheit bestehen..." (P.C. Ludz, Die soziologische Analyse der DDR-Gesellschaft,

(Forts. nächste Seite)

system-theoretisch inspirierten und stark formalisierten Politikwissenschaft (und der sich hieran orientierenden Strömung in der Kommunismusforschung) bleibt das Denken in den Kategorien von "Demokratie" und "Totalitarismus" beherrschend; G. Schäfer hat dies etwa für den Almond/Powell'schen Begriff der "Subsystemautonomie" gezeigt. 339) So wird das Beharrungsvermögen des Totalitarismus-Begriffs noch übertroffen vom Beharrungsvermögen des Totalitarismus-Denkens.

Bevor wir dessen konkreten Wirkungen in der heutigen DDR-Forschung nachgehen, soll hier nun noch die bei Ludz sichtbar gewordene neue theoretische Komponente näher betrachtet werden: die Industriegesellschafts-Konzeption.

Forts. Anm. 338

S. 14f.). Mit anderen Worten: Es existiert "Totalitarismus", aber nicht mehr "in idealtypischer Reinheit"; freilich erwartet die Lehre von den Idealtypen ohnehin nicht, daß diese in der Wirklichkeit "in idealtypischer Reinheit" aufträten.

339) G. Schäfer, Demokratie und Totalitarismus, S. 146f.

Kapitel 6

ZUR GESELLSCHAFTSTHEORETISCHEN LEITKONZEPTION: DIE INDUSTRIEGESELLSCHAFTSTHEORIE

Die Industriegesellschaftstheorie präsentiert sich nicht als streng systematisches, in sich geschlossenes Theoriegebäude, sondern als lockeres Bündel von Einzeltheorien zu verschiedenen Aspekten (historischen, ökonomischen, technologischen, soziologischen, sozialpsychologischen usw.), die wiederum in unterschiedlichem Grade wissenschaftlich ausgeformt und ausgereift sind, deren Akzentsetzungen verschiedenartig ausfallen und nicht selten einander widersprechen.[1] Der zeitliche Schwerpunkt der Entfaltung dieses vielschichtigen Ideen- und Theorienkomplexes fällt - ebenso wie bei der Totalitarismus-Konzeption - in die fünfziger Jahre.[2] Dieses zeitliche Zusammenfallen deutet auf eine tie-

---

1) D. Bergner und R. Mocek schreiben, daß die Industriegesellschaftslehre "in ihren Grundgedanken von mehreren Vertretern geschichtsphilosophischer und sozialwissenschaftlicher Herkunft regelrecht zusammengetragen würde" (D. Bergner/R. Mocek, Bürgerliche Gesellschaftstheorien, S. 44; näheres dazu ebda.). Ein Unterschied der Akzentsetzung besteht z.B. zwischen Theorievarianten, welche industriegesellschaftliche Sachzwänge, und solchen, die die Bedeutung von Experten-Eliten in den Mittelpunkt der Gesellschaftsdeutung rücken.(vgl. G. Domin/H.-H. Lanfermann/R. Mocek/D. Pälike, Bürgerliche Wissenschaftstheorie und ideologischer Klassenkampf, S. 41) Ein direkter Widerspruch liegt etwa vor zwischen der Ablehnung des Klassenbegriffs bei den allermeisten Industriegesellschaftstheoretikern und dessen Bejahung bei R. Dahrendorf (vgl. R. Dahrendorf, Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft, Stuttgart 1957, S. 213: "Wie die frühe ist auch die entwickelte Industriegesellschaft eine Klassengesellschaft...").

2) Wichtige Beiträge aus jener Zeit sind u.a.: J. Burnham, The Managerial Revolution, New York 1941 (Dt. Ausg.: Das Regime der Manager, Stuttgart 1948;

(Forts. nächste Seite)

fer liegende inhaltliche Verwandtschaft beider Konzepte hin, eine Verwandtschaft, die es im folgenden im Auge zu behalten gilt. Was die sechziger und auch die siebziger Jahre betrifft, so entwickeln sich Industriegesellschaftslehre und Totalitarismustheorie allerdings nicht mehr parallel weiter; während die letztere, wie gezeigt, in eine Krise gerät, erlebt umgekehrt die erstere einen eher noch beschleunigten Aufschwung; Anzeichen dafür, daß mit den charakteristischen Entwicklungstendenzen der heutigen Gesellschaft zumindest relativ besser im Einklang steht als die Totalitarismustheorie.[3] Dies schließt aber trotzdem nicht aus, daß beide Theorien (oder Denkweisen) eine Art von Symbiose miteinander eingehen.

Ungeachtet der Tatsache, daß die Industriegesellschaftstheorie ein recht heterogenes Gebilde ist[4], lassen sich

---

Forts. Anm. 2

A. Gehlen, Sozialpsychologische Probleme in der industriellen Gesellschaft, Tübingen 1949, neubearbeitet und erweitert erschienen als : Die Seele im technischen Zeitalter, Hamburg 1957; H. Freyer, Theorie des gegenwärtigen Zeitalters, Frankfurt a.M. 1955; R. Aron, Le dévelopement de la société industrielle et la stratification sociale, 2 vl., Paris 1956; ders., Sociologie des sociétés industrielles, Paris 1958; W.W. Rostow, Stadien wirtschaftlichen Wachstums. Eine Alternative zur marxistischen Entwicklungstheorie, Göttingen 1960.

3) Wichtig für die sechziger Jahre sind vor allem: R. Aron, Die industrielle Gesellschaft, Frankfurt a.M. 1964; H. Schelsky, Auf der Suche nach der Wirklichkeit, Düsseldorf - Köln 1965; J.K. Galbraith, The New Industrial State, New York 1967, dt. Übers.: Die moderne Industriegesellschaft, München - Zürich 1968; P.F. Drucker, Die Zukunft der Industriegesellschaft, Düsseldorf - Wien 1967.

4) G. Domin/H.-H. Lanfermann u.a. nennen sie "eine Art Rahmenideologie" (Bürgerliche Wissenschaftstheorie..., S. 37).

doch bestimmte Grundzüge und zugleich Grundproblempunkte erkennen. Sie betreffen in erster Linie den Gesellschaftsbegriff sowie die Frage nach der Rolle von Wissenschaft und Technik. Die folgenden Erörterungen beziehen diese Probleme der Industriegesellschaftstheorie von vornherein auf die Kommunismusforschung (bzw. DDR-Forschung) als besonderes Anwendungsfeld. Dabei greifen wir in besonderem Maße wiederum auf die Schriften von P.C. Ludz zurück, die uns in diesem Zusammenhang sowohl als ergiebig als auch als repräsentativ erscheinen.

1. "Bürgerliche" und "industrielle" Gesellschaft

Die Industriegesellschaftstheorie beinhaltet außer der Interpretation der Strukturen der Gegenwartsgesellschaft auch eine übergreifende Deutung des Geschichtsprozesses und seiner Epochen, vor allem den Zeitraum etwa der letzten 150 Jahr betreffend. Und zwar wird der wesentliche Inhalt dieses Zeitraums im Übergang von der "vorindustriellen" in die "industrielle", die "moderne Industriegesellschaft" gesehen.[5] Dieses Schema finden wir auch bei P.C. Ludz wieder; es bildet den entscheidenden geschichtsphilosophischen Hintergrund seiner Beiträge zur Kommunismusforschung. Dennoch bleiben Ludz' Ausführungen dazu sehr sporadisch und skizzenhaft. Wenn wir das wenige zusammentragen, so ergibt sich folgendes Bild von "vorindustriellem" und "industriellem" Stadium der Gesellschaft: Die sog. vorindustrielle Gesellschaft charakterisiert Ludz als "antagonistisch bzw. konfliktgeladen"[6]; in ihr seien heftige Interessenkämpfe

---

5) Die beiden wichtigsten weltgeschichtlichen Zäsuren sieht die Industriegesellschaftstheorie zum einen im Übergang von der Jägerkultur zur Seßhaftigkeit, zum anderen im Übergang von der Agrargesellschaft zum Industrialismus (vgl. schon A. Gehlen, Sozialpsychologische Probleme..., 1949).

6) P.C. Ludz, Zur Frage nach den Bedingungen der Möglichkeit einer kritischen Gesellschaftstheorie, S. 421

zwischen "konkurrierenden ideologischen ... Gruppen"[7] ausgetragen worden. Dieses antagonistische, kampferfüllte Wesen der sog. vorindustriellen Periode - die Ludz übrigens auch als Periode der "bürgerlichen Gesellschaft"[8] bezeichnet - siedelt Ludz allerdings in auffallender Weise mehr auf ideologischer als auf realgesellschaftlicher Ebene an. Die Widersprüche und Kämpfe scheinen eher dem "extrem dichotomischen Gesellschaftsverständnis" gewisser intellektueller Organisationen, ihrem Hang zu "starkem Freund-Feind-Denken", zur "apriorischen Depravierung jeder anderen sozialen Position", kurz: ihrem "intentional-utopische(n) Denken" zu entspringen,als dem realen Gesellschaftsprozeß selbst.[9] Zwar schickt sich Ludz an, jenes ideologisch-utopische Denken auf den sozialen Standort seiner Träger rückzubeziehen; dieser soziale Standort wird aber nur mit den abstrakten Kategorien von "Desintegration" bzw. "Integration" (in die bestehende Gesellschaft) gekennzeichnet.[10] Ludz fragt also lediglich danach, ob bestimmte soziale bzw. politische Gruppen (bei Ludz zudem reduziert auf die "ideologischen Eliten"[11]) in die Gesellschaft "integriert" sind oder nicht.[12] Er fragt nicht danach,

---

7) P.C. Ludz, Ideologie, Intelligenz und Organisation, Bemerkungen über ihren Zusammenhang in der frühbürgerlichen Gesellschaft, S. 111

8) ebda.

9) ebda., S. 101, 99, 102

10) Vgl. ebda., S. 85

11) ebda., S. 111

12) Klare Kriterien für seine Begriffe der "Integration" ("Entmarginalisierung") bzw. der "Desintegration" ("Marginalität") führt Ludz nicht ein; dies würde denn auch eine Analyse der Gesamtgesellschaft erfordern.

wie diese Gesellschaft ihrerseits beschaffen ist. Wo er über die Gesellschaft selbst Andeutungen macht, verweist er uns in einem direkten Zirkel wieder auf die "idéologischen Eliten" zurück: "unter bürgerlicher Gesellschaft (sei) jene ... soziale Formation verstanden, in der sozialer Status, soziale Differenzierung und sozialer Wandel unter dem sozialen und politischen Druck intentionaler Interessen von konkurrierenden ideologischen (intentionalen) Gruppen stehen."[13]

Von einer realanalytischen Bestimmung der sog. bürgerlichen oder vorindustriellen Gesellschaft kann bei Ludz

---

13) P.C. Ludz, Ideologie, Intelligenz und Organisation..., S. 111 (Druckfehler: "internationaler" statt "intentionaler"). Dieselbe unbefriedigende Definition von "bürgerlicher Gesellschaft" findet sich bereits (im hier zitierten Teil wörtlich) in Ludz' "Entwurf einer Typologie des Ideologiebegriffs", 1963, wieder abgedruckt in : ders., Ideologiebegriff und marxistische Theorie, S. 82, hier S. 87f.; schon hier beginnt die Definition übrigens mit den Worten: "Im begrenzten Zusammenhang unseres Themas sei unter dem Begriff der 'bürgerlichen Gesellschaft' ..." (ebda.); in: "Ideologie, Intelligenz..." heißt es: "Im begrenzten Zusammenhang unseres Themas sei arbeitshypothetisch unter bürgerlicher Gesellschaft ..." (S. 111). Angesichts der enormen Tragweite, die bei Ludz die Unterscheidung zwischen "bürgerlicher" und "industrieller" Gesellschaft hat, können derartige Entschuldigungen nicht befriedigen. Freilich reproduziert Ludz hier nur ein Defizit, welches auch schon in der Fachhistoriographie herrscht. In einer Rezension des monumentalen zweibändigen "Handbuchs der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte" (Hrsg. v. H. Aubin und W. Zorn, Stuttgart 1971 und 1976) sieht sich H.-U. Wehler zu der Feststellung genötigt, der Leser des Abschnitts über die Sozialgeschichte des 19. Jahrhunderts wüßte "nicht einmal, in welcher Gesellschaft er sich bewegt, er wird es auch nie erfahren ... Charakter und Struktur der sozialen Schichten, Stände und Klassen..., die Bedeutung der prinzipiellen Veränderungen... - alles das wird nicht ausdrücklich zur Debatte gestellt..." (H.U. Wehler, in: FAZ v. 1.3. 1977).

also nicht die Rede sein.[14] Vielmehr liegt in seinen Ausführungen zu jener historischen Periode die Betonung fast ausschließlich auf dem (unvermittelt genommenen) Faktum, daß die Ideologie eine wichtige Rolle spielte. Wie sich schnell herausstellt, dient solcher Nachdruck auf der Ideologiedurchdrungenheit der sog. bürgerlichen Epoche dem Zweck, das heutige angeblich ideologiefreie Zeitalter vor diesem Hintergrund umso (ein)leuchtender erscheinen zu lassen. In der Tat proklamiert Ludz im Anschluß an D. Bell das "Ende des ideologischen Zeitalters"[15], welches um die Mitte unseres Jahrhunderts erreicht worden sei. "Die fünfziger Jahre haben erwiesen, daß der marxistische Ideologiebegriff in den europäischen sozialistischen und kommunistischen Bewegungen, besonders jedoch in der deutschen Sozialdemokratie, seine einstmals unbestrittene Rolle verloren hat."[16] Entsprechend bildet die These von den sozial desintegrierten ideologischen Randgruppen der sog. bürgerlichen Gesellschaft den Hintergrund für ein Gegenwartsbild, wonach "die ideologischen Eliten in die demokratisch-pluralistischen Systeme des Westens mit einbezogen"[17]

---

14) Ludz unterstreicht den idealistischen Zug seines Begriffs von "bürgerlicher Gesellschaft" noch, indem er in seiner Definition fortfährt: "Die bürgerliche Gesellschaft ist durch den - intentional-utopischen - Bezug auf Freiheit im Sinne von Hegels 'Reflexion des Geistigen in sich' ... bestimmt." (Entwurf einer Typologie..., S. 88)

15) ebda., S. 83; vgl. D. Bell, The End of Ideology. On the Exhaustion of Political Ideas in the Fifties, Glencoe 1960.

16) P.C. Ludz, Entwurf einer Typologie..., S. 84

17) P.C. Ludz, Ideologie, Intelligenz und Organisation ..., S. 111

worden seine, und wonach auch "die 'neue Linke' ... heute sozial entmarginalisiert (sei) und ... auf dem Boden des liberal-demokratischen Rechtsstaates und der industriellen Gesellschaft"[18] stehe. Hier werden Parallelen zu Gedankengängen im Godesberger Programm der SPD von 1959 erkennbar.[20]

Die sog. industrielle Gesellschaft, in die Ludz zufolge das "bürgerliche", "ideologische" Zeitalter übergegangen ist, zeichnet sich also durch die gelungene Integration der sozialen und ideologischen Gruppen aus. "Die Freund-Feind-Polarisierung ... ist ... geschwunden und hat einem Teilkonsens Platz gemacht."[21] Wiederum erfahren wir bei Ludz kaum etwas über die zugrundeliegenden konkreten gesellschaftlichen Strukturen sowie über die realen historischen Prozesse, die deren Entstehen bewirkt haben. Dunkel heißt es: "'Industrielle Gesellschaft' ist das System synchronisierter, in sich infiniter und deshalb 'abstrakter' Bedürfnisse 'selbständiger Personen' im Sinne Hegels; sie ist tendenziell Massengesellschaft im Sinne Kornhausers."[22]

---

18) ebda., S. 112

20) So heißt es im Godesberger Programm beispielsweise: Die sozialistische Bewegung ... begann als natürlicher und sittlicher Protest der Lohnarbeiter gegen das kapitalistische System... Der einst das bloße Ausbeutungsobjekt der herrschenden Klasse war, nimmt jetzt seinen Platz ein als Staatsbürger mit anerkannten gleichen Rechten und Pflichten... In einigen Ländern Europas wurden unter sozialdemokratischen Regierungen bereits die Fundamente einer neuen Gesellschaft gelegt... Die Sozialdemokratische Partei ist aus einer Partei der Arbeiterklasse zu einer Partei des Volkes geworden." Übrigens spricht auch das Godesberger Programm wiederholt von der "industriellen Gesellschaft", von der "sich entwickelnden Industriegesellschaft" usw. (Zit. nach W. Abendroth, Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, 2. Aufl. Ffm. 1969, S. 142).

21) P.C. Ludz, Ideologie, Intelligenz..., S. 113

22) P.C. Ludz, Entwurf einer Typologie..., S. 88

Abgesehen von der Verschwommenheit dieser Charakterisierung - merkwürdig genug bei einem Forscher, der beansprucht, "die soziologische Analyse mit der politikwissenschaftlichen und historischen in Verbindung bringen" zu wollen[23] - überrascht auch der Rückgriff auf Hegel; denn Hegel wird von Ludz gerade dem vor-industriellen Zeitalter zugeordnet, mehr noch: Ludz läßt diese bürgerlich-vorindustrielle Gesellschaftsentwicklung sogar erst mit Hegels Tod, 1831, beginnen.[24] Von daher ist es einigermaßen unerfindlich, wie gerade die Spezifik der "industriellen" Epoche mit Hegelschen Kategorien, die dieser doch aus der Gesellschaft seiner eigenen Zeit gewann, bezeichnet werden können soll.[25]

Überhaupt ist nicht einzusehen, warum Ludz das, was er "industrielle Gesellschaft" nennt, noch nicht in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts beginnen läßt und stattdessen ein besonderes "bürgerliches" Stadium vorordnet; denn das einzige eindeutige ökonomische Kriterium des "industriellen" Stadiums, welches wir bei Ludz entdecken, liegt darin, daß in diesem Stadium "der sekundäre (industrielle) Sektor, durch den technischen Fortschritt bedingt, am schnellsten" wächst[26].

---

23) P.C. Ludz, Intelligenz..., S. 86

24) Vgl. P.C. Ludz, Entwurf einer Typologie..., S. 83

25) In der Parallelstelle in "Ideologie, Intelligenz..." läßt Ludz denn auch diesen Rückgriff auf Hegel fallen, wie interessanterweise auch die These von der "Massengesellschaft im Sinne Kornhausers" (siehe ebda., S. 111). Freilich bleibt infolge dieser Bereinigung bloß noch der inhaltslose Satz übrig: "Bürgerliche Gesellschaft ist von industrieller Gesellschaft zu unterscheiden." (ebda.)

26) P. C. Ludz, Entwurf einer Typologie..., S. 88. Undeutlich heißt es weiter: "Die dadurch ausgelösten und verstärkten Sozialprozesse sind für industrielle Gesellschaftsordnungen mit ihrer gleichzeitigen Differenzierung und Vermassung spezifisch." (ebda.) Mit dieser Beschreibung liegt Ludz irgendwo zwischen Marx und Ortega y Gasset.

Diese Bedingung ist aber in Deutschland bekanntlich schon seit den 30er und 40er Jahren des letzten Jahrhunderts gegeben.[27] Mithin hängt die gesamte Konstruktion einer Unterscheidung zwischen "bürgerlicher" und "industrieller" Gesellschaft, realhistorisch gesehen, in der Luft; Ludz bleibt jegliche konkrete Rechenschaft bezüglich der Behauptung schuldig, die Zeit etwa zwischen 1830 und 1950 umschließe "Aufstieg und Entfaltung der bürgerlichen Gesellschaft, schließlich ihre Ablösung von spät-, im Grunde jedoch schon nachbürgerlichen Gesellschaftsformen."[28] Letztere Formulierung dokumentiert geradezu exemplarisch die Beliebigkeit des Ludzschen Begriffs der "industriellen Gesellschaft": meint der Begriff nun spätbürgerliche oder meint er nachbürgerliche Verhältnisse? Was sind "im Grunde ... nachbürgerliche" Verhältnisse?

Die Tatsache, daß sich Ludz denkbar wenig Mühe gibt, sein zentrales Schema der Gesellschaftsentwicklung - die Ablösung der "bürgerlichen" durch die "industrielle" Gesellschaft - wissenschaftlich zu belegen, macht die Auseinandersetzung mit ihm zu einem recht unersprießlichen Unternehmen; sie muß unweigerlich immer wieder zu eben jener Unausgewiesenheit der Ludzschen Darlegungen zurückkehren. Ludz zehrt bei dem, was er in der ersten Hälfte der 60er Jahre über "bürgerliche" und "nachbürgerliche", "industrielle" Gesellschaft äußert, in starkem Maße von den gängigen Ansichten und Theorien, die die Zeit des 'Wirtschaftswunders" in den fünfziger Jahren hervorbrachte: etwa von der Doktrin der "nivellierten Mittelstandsgesellschaft", der "Klassengesellschaft im Schmelztiegel", der "Verbürgerlichung des Proletariats", der "Konsum-", "Wohlstands"- oder

---

27) Vgl. H. Mottek, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. II, Berlin 1969, S. 76

28) P.C. Ludz, Entwurf einer Typologie..., S. 84

"Überflußgesellschaft" usw.[29] Derartige Konzepte sind jedoch nicht nur wissenschaftlich widerlegt worden[30] - die Wirklichkeit selbst ist sichtbar über sie hinweggegangen, weswegen sie heute auch einigermaßen antiquarisch anmuten. Ludz würde heute schwerlich seine Behauptung aus dem Jahre 1961 bekräftigen wollen, daß die hochindustrialisierten Gesellschaften allenthalben "tendenziell auf materielle Gleichheit hindrängen"[31]; er würde heute nicht mehr ohne weiteres erklären, es gebe in unserer Gesellschaft keine vertikalen Konflikte mehr, sondern bloß noch horizontale[32]; und daß die marxistische Ideologie und Bewegung in "der industriellen Gesellschaft ... eine ständig kleiner werdende Rolle"[33] spiele, wird allein schon durch Ludz' eigene Forschertätigkeit und Veröffentlichungspraxis Lügen gestraft.[34]

---

29) Vgl. hierzu F. Deppe, Das Bewußtsein der Arbeiter. Studien zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins, Köln 1971, S. 13ff.; W.S. Semjonow, Kapitalismus und Klassen, Berlin 1972, S. 229ff.; G. Rose, Konvergenz der Systeme, Legende und Wirklichkeit, S. 94ff.

30) Vgl. etwa F. Deppes Hinweise über empirische Widerlegungen der Nivellierungsthese (Das Bewußtsein der Arbeiter, S. 16f.)

31) P.C. Ludz, Offne Fragen..., S. 343

32) Vgl. P.C. Ludz, Konfliktheoretische Ansätze im historischen Materialismus, (1961), S. 662f.

33) P.C. Ludz, Entwurf einer Typologie..., S. 88

34) Die Veröffentlichung des umfangreichen Sammelbandes "Ideologiebegriff und marxistische Theorie" 1976 zeugt nicht eben von großer Gewißheit über das "Ende des ideologischen Zeitalters" - ebensowenig wie übrigens Ludz' Beschäftigung mit der kommunistischen Bewegung Westeuropas (vgl. P.C. Ludz, Die aufgeschobene Gipfelkonferenz der europäischen kommunistischen Parteien. Eine Zwischenbilanz, 1976) für seine These von der gelungenen "Entmarginalisierung" "ideologischer Eliten" spricht. - Wie gründlich sich der Zeitgeist" seit Anfang der 60er Jahre geändert hat, möge

(Forts. nächste Seite)

Trotz dieses offenkundigen Verschleißes der damaligen soziologischen Theoreme, mit denen die Industriegesellschaftslehre zweifellos in enger Verquickung entstand, hat - auch bei Ludz - die letztere auch weiterhin ihren Platz behauptet. Nach allem, was unsere bisherigen Betrachtungen erbracht haben, verdankt sich diese hohe Beständigkeit der Theorie nicht ihrer Präzision, sondern im Gegenteil gerade ihrer begrifflichen Unschärfe.[35] Wir möchten ausdrücklich betonen, daß sich Ludz' Darlegungen über den allgemeinen Entwickungsprozeß von "bürgerlichen" zu "industrieller" Gesellschaft tatsächlich weitgehend in dem erschöpfen, was hier referiert wurde. Wo Ludz hingegen mit industriegesellschaftstheoretischen Kategorien konkrete Sozialismusforschung betreibt, wird die Theorie jenes allgemeinen Entwicklungsprozesses immer bereits vorausgesetzt. Das heißt aber:

Forts. Anm. 34

noch folgende Gegenüberstellung illustrieren: 1964 meinte Ludz: "Eine Grundlagenkritik des Politischen ist im offenen System industrieller Gesellschaft kaum möglich, weil die Funktionen dieser Kritik den Grundlagen zugehörig, gleichsam in sie integriert sind." (Ideologie, Intelligenz..., S. 112) 1974 dagegen "ist der westdeutsche Staat ... in eine Entwicklungsphase eingetreten, in der seine Grundlagen und die gesamte Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung... infrage gestellt werden." (P.C. Ludz, Deutschlands doppelte Zukunft, S. 115) Und anstelle eines sozialen Nivellements beobachtet Ludz nun starke "Tendenzen gesellschaftlicher Restauration und Klassenbildung" (ebda., S. 116).

35) Dies gilt nicht erst für Ludz, sondern schon für die eigentlichen Urheber und Begründer der Industriegesellschaftskonzeption. W. Behr z.B. weist auf den "erstaunlichen Mangel an Präzision und exakter Definition der gebrauchten Begriffe der Gesellschaft bzw. Industriegesellschaft bei Rostow und Galbraith" und deren Hang zu "Leerformeln" hin (W. Behr, Bundesrepublik Deutschland - Deutsche Demokratische Republik, Grundkonflikte und Konvergenzerscheinungen, S. 15). Vgl. auch oben, Anm. 13.

Ludz' Sozialismusforschung ruht insgesamt auf tönernen Füßen. Dennoch bleibt dieser Frage gesondert nachzugehen. Im Schema "bürgerliche"/"industrielle" Gesellschaft stellt der Sozialismus ja einen Sonderfall dar, bei dem sich der Niedergang der Ideologie und das Platzgreifen industriegesellschaftlicher Formen historisch verzögern. Dennoch werde diese Gesellschaft, auch wenn sie vorerst noch nicht die Phase der westlichen Industriegesellschaft erreicht habe, mit dieser "in gewissen Kategorien tendenziell kommensurabel"[36]. Prüfen wir nun die Tragfähigkeit dieses industriegesellschaftstheoretischen Ansatzes in der Sozialismusforschung.

2. Industriegesellschaftsbegriff und Sozialismus

Ludz faßt selbst seine Auffassung vom Stellenwert des Begriffs der Industriegesellschaft in der Sozialismusanalyse mit den Worten zusammen: "Sozialistische Gesellschaften können u.E. nicht auf ihren industriegesellschaftlichen Charakter reduziert werden - sie sind jedoch auch und zwar sehr wesentlich Industriegesellschaften"[37]. Diese Formulierung scheint eher geeignet, die Problematik des industriegesellschaftlichen Ansatzes zu unterstreichen, als einen befriedigenden Lösungsweg anzugeben. Denn es folgt aus jenen Worten, daß der Sozialismus einerseits Industriegesellschaft ist und

---

36) P.C. Ludz, Entwurf einer Typologie..., S. 84. Ludz beruft sich an dieser Stelle ausdrücklich auf W.W. Rostows Theorie der Wirtschaftsstadien (ebenso schon in "Offene Fragen...", S. 322).

37) P.C. Ludz, Die soziologische Analyse der DDR-Gesellschaft, S. 14

andererseits doch auch wieder nicht; oder daß er in zweierlei Bestandteile zerfällt, einen industriegesellschaftlichen und einen anderen. Das Verhältnis dieser zwei Seiten (oder Ebenen der gesellschaftlichen Realität) zueinander, die Frage, welche von ihnen bestimmend für das System und seine Eigengesetzlichkeit ist, bleibt ungeklärt, das Wörtchen "auch" läßt dieses entscheidende theoretische Problem in der Schwebe. Einerseits soll es sich etwa beim DDR-System "sehr wesentlich"[38] um eine Industriegesellschaft handeln - andererseits weiß aber Ludz um die dort vollzogene "gesamte Umstrukturierung der Gesellschaft"[39], um die Tatsache, daß in der DDR "eine neue Gesellschaft' entstand..., die ... eine eigene Struktur und eine eigene Dynamik entwickelte"[40]; wie anders könnte er auch von der Existenz "unterschiedlicher Gesellschaftssysteme auf deutschem Boden"[41] sprechen?

Somit stoßen wir auf den Widerspruch, daß Ludz eine Komponente der DDR-Gesellschaft als "wesentlich" betrachtet, welche gleichwohl für eine Erklärung der Eigenart dieser Gesellschaft (etwa im Gegensatz zur Gesellschaft der Bundesrepublik) nichts hergibt. Denn soweit BRD und DDR Industriegesellschaften sind, sind

---

38) Die Steigerung von "wesentlich" ist im Grunde sinnlos, sie verwischt die klare und verbindliche Bedeutung des Begriffs "wesentlich" und zeugt so von Ludz' eigener theoretischer Unschlüssigkeit.

39) P.C. Ludz, Totalitarismus oder Totalität..., S. 134

40) P.C. Ludz/J. Kuppe, Literatur zum politischen und gesellschaftlichen System der DDR, S. 331

41) P.C. Ludz, Die Zukunft der DDR-Forschung, S. 439

sie identisch miteinander. Wenn wir voraussetzen, daß Ludz den Terminus "wesentlich" ernst gemeint hat, bleibt als Ausweg aus dem genannten Widerspruch nur die Erklärung übrig, daß Ludz für wesentlich und "eigenartig" an der DDR-Gesellschaft tatsächlich das hält, was sie mit der BRD-Gesellschaft gemein hat, nicht das, was ihre hierüber hinausgehende Spezifik ausmacht; allerdings hat das wiederum zur Folge, daß der von Ludz ja nicht übersehene Unterschied der beiden Gesellschaftssysteme zu einer zufälligen Zutat zusammenschrumpft, daß also die konstatierte "gesamte Umstrukturierung der Gesellschaft" nichts mit ihrem wesentlichen Charakter, nämlich der Industriegesellschaftlichkeit, zu tun hat, Anders gesagt: Der Begriff der Industriegesellschaft beansprucht etwas über das Wesen der sozialistischen Gesellschaft auszusagen, ohne jedoch für die Erklärung ihrer Spezifik, ihrer konkreten, unverwechselbaren Erscheinungsform Zuständigkeit zu erheben; damit suspendiert er sich aber von der eigentlichen Funktion eines wissenschaftlichen Begriffs: Schlüssel zum Verständnis der Totalität des Gegenstands zu sein, den Vermittlungszusammenhang seiner Erscheinungsformen herzustellen bzw. zu reproduzieren. Wenn man sagen würde, der Mensch sei "auch und zwar sehr wesentlich" Säugetier, hätte man damit weder die Spezifik des Menschen im Unterschied zum Affen erfaßt, noch hätte man damit immerhin einen wesentlichen "Teil" eines wissenschaftlichen Begriffs vom Menschen, dem lediglich nur noch einige zusätzliche Elemente fehlten; vielmehr suchte man diesen wissenschaftlichen Begriff überhaupt auf der falschen Abstraktionsebene. Ebenso verhält sich eine Sozialismusforschung, die den zentralen Zugang zu ihrem Gegenstand über den Industriegesellschaftsbegriff sucht, um dann festzustellen, daß ihr zum wirklichen Begreifen doch noch entscheidende Kategorien fehlen. Ganz offen gesteht H. Rudolph, dessen DDR-Analyse ebenfalls um die Indu-

striegesellschaftstheorie zentriert ist, diesen Mangel ein, ohne sich freilich an ihm zu stören: "Die Industriegesellschaft und die Konsum- und Wohlstandsgesellschaft als ihr 'zweiter Schwerpunkt' (Freyer) : in diesen beiden Schwerpunkten ist auch die DDR-Gesellschaft gelagert, ohne daß damit, um im Bild zu bleiben, die Richtung ihrer Bewegung oder ihre Gestalt festgelegt ist."[42]

Halten wir also fest: der Begriff der Industriegesellschaft erfaßt weder die konkrete Entwicklungstendenz noch die konkrete Struktur einer gegebenen Gesellschaft. Er bezeichnet nicht mehr als eine Art Grundsubstanz, welche solchen "modernen" Gesellschaften wie denen von DDR und Bundesrepublik gemeinsam ist, ihren kleinsten gemeinsamen Nenner sozusagen, und interpretiert zugleich diese Grundsubstanz, diesen gemeinsamen Nenner als die Hauptsache schlechthin. Deutlich bestätigt sich dies wiederum bei H. Rudolph: Wenn die DDR-Gesellschaft, so schreibt er, anders sei als die der Bundesrepublik, dann "allemal nur (als) ein anderer Aggregatzustand desselben Stoffes, der auch die westdeutsche Gesellschaft wie die anderen Industriegesellschaften trägt."[43]

Was versteht nun die Industriegesellschaftstheorie unter jenem besonderen "Stoff", welche gesellschaftlichen Grundzüge und Tendenzen werden von ihr als typisch industriegesellschaftliche hervorgehoben? Ludz verweist vor allem auf folgende Sachverhalte: auf den hohen Industrialisierungsgrad und eine entsprechende Verstädterung[44], die Ausbreitung gesellschaftlicher "Großorga-

---

42) H. Rudolph, Die Gesellschaft der DDR - eine deutsche Möglichkeit?, S. 29 (Herv.heb.: O.C.)

43) ebda., S. 130

44) Vgl. P.C. Ludz, DDR-Forschung und vergleichende Deutschlandforschung in den USA, S. 125

nisationen"[45], die "Bejahung des technischen Fortschritts"[46], die "steigende(n) Anforderung(en) an Erziehung und Ausbildung"[47], die Tendenz zur "Verfachlichung"[48] in den Leitungsapparaten, die Tendenz zur "Leistungsgesellschaft" und zum "Wohlfahrtsstaat"[49]. Fügen wir dem zur Abrundung hinzu, was H. Rudolph an wesentlichen Charakteristika und Trends der Industriegesellschaft nennt: da sind einmal solche ökonomischen Entwicklungen wie "industrielle Expansion, Wandlungen der Wirtschaftsstruktur, das Entstehen von Ballungsgebieten oder das sprunghafte Ansteigen des Verkehrs" 50); und da ist zum anderen eine vor diesem Hintergrund entstandene typisch industriegesellschaftliche "Lebensweise"[51], die sich hauptsächlich um die Kategorien des Berufes, der Spezialisierung, der Leistung, der Qualifizierung sowie des privaten Lebenskomforts zentriert.[52] Für all diese Erscheinungen wählt H. Rudolph den zusammenfassenden Begriff der "Arbeitsgesellschaft" 53) - im Grunde ein Synonym für Industriegesellschaft, nur stärker unter dem Blickwinkel der "Lebensweise" betrachtet.

Im Grunde macht diese kaleidoskopartige Aufzählung von Phänomenen, auf die sich die Industriegesellschaftskonzeption stützt, bereits deutlich, daß all diese Phänomene zwar durchaus real und nicht erfunden sind, daß sie jedoch allesamt in ganz bestimmter einseitiger Weise aus dem Gesamtzusammenhang herausgelöst sind. Quantitatives ("hoher Industrialisierungsgrad") verselbständigt

---

45) P.C. Ludz, Parteielite im Wandel, S. 27

46) ebda., S. 37

47) ebda.

48) Z.B. P.C. Ludz, Politische Ziele der SED und gesellschaftlicher Wandel in der DDR, S. 1267f.

49) P.C. Ludz, Die soziologische Analyse der DDR-Gesellschaft, S. 15

50) H. Rudolph, Die Gesellschaft der DDR..., S. 97

51) ebda., S. 28

52) Vgl. ebda., S. 28f., S. 130ff.

53) ebda., S. 129

sich gegenüber Qualitativem, die Form ("Großorganisation") gegenüber dem Inhalt, die Mittel ("Qualifizierung") erscheinen abstrahiert von den Zielen, Problemlagen ("Ballungsgebiete") abstrahiert von den spezifischen Lösungsmöglichkeiten des Systems, die Produktivkraftentwicklung ("technischer Fortschritt") scheint ohne Entwicklung der Produktionsverhältnisse vor sich zu gehen, der technologische Prozeß ohne den gesellschaftlichen, die sachlich-dingliche Seite erscheint losgelöst von den historisch-gesellschaftlichen Verhältnissen der produzierenden Menschen. Im Extrem findet sich diese technizistische Blickverengung bei W.W. Rostow, der mit seiner Theorie der Wirtschaftsstadien zu den Begründern der Industriegesellschaftslehre zählt; treffend stellt W. Behr fest: "Zur kategorialen Bestimmung dessen, was Gesellschaft und Wirtschaft sein soll, trägt Rostow vornehmlich nur Produktionsziffern bei, wobei er sich der Mühe unterzieht, die in Gebrauch befindlichen Automobile in bestimmten Ländern in der Zeit von 1900-1958 quantitativ vergleichend zu erfassen."[54]

Die spezifische Einseitigkeit und Abstraktheit der vom Industriegesellschaftsdenken herausgestellten Aspekte der Realität bleibt auch in den konkreten Untersuchungen selbst, die diesem Ansatz folgen, noch spürbar. Denn solche Untersuchungen können in der Regel nicht gänzlich den Überschuß an Realität jenseits des enggezogenen Rahmens industriegesellschaftlicher Betrachtungs-

---

54) W. Behr, BRD-- DDR. Grundkonflikte und Konvergenzerscheinungen, S. 15. Zu W.W. Rostow siehe auch: B. Tibi, Theorien der Konvergenz kapitalistischer und sozialistischer Industriegesellschaften, S. 125ff. In den "Materialien zum Bericht zur Lage der Nation" 1971" werden folgende drei industriegesellschaftliche Gemeinsamkeiten von Bundesrepublik und DDR herausgestellt: Leistungsorientierung, Wachstum und Modernisierung, steigende Bedeutung von Wissenschaft und Bildung (vgl. S. 34).

weise verleugnen, so sehr dies auch in ihrer Tendenz liegt. So wird eine einigermaßen realitätsbezogene Untersuchung immer wieder auf Tatbestände verwiesen, die objektiv über den vorgegebenen Interpretationsrahmen der Industriegesellschaftstheorie hinaus - und auf die wesentlichen Eigentümlichkeiten sozialistischer Gesellschaftssysteme hinweisen. Beispielsweise erwähnt Ludz schon Anfang der sechziger Jahre, daß in der DDR u.a. die "Angehörigen der 'Aktivisten-' und 'Neuerer-bewegung'" eine bevorzugte Stellung in der Gesellschaft einnähmen, weshalb er sie sogar, zusammen mit den "verschiedensten (anderen, O.C.) Elementen einer veränderten Sozialstruktur", zur "neue(n) Elite" der DDR-Gesellschaft rechnet[55], ohne sich an der in die Hunderttausende, wenn nicht Millionen, gehenden Zahl einer derartigen "Elite" zu stören. In einem Aufsatz zehn Jahre später macht Ludz folgende recht bemerkenswerte Aufzählung derjenigen "sozialen Gruppen ..., die von der SED bevorzugt in den Aufbau der DDR-Gesellschaft mit einbezogen wurden: die Arbeiter und ehemaligen Bauern, die jüngere technische Intelligenz, die im Arbeitsprozeß stehenden Frauen und die Jugend."[56] Und schließlich zitiert Ludz widerspruchslos offizielle DDR-Angaben, aus denen der starke Anteil der aus der Arbeiterklasse rekrutierten Leitungskader hervorgeht.[57] Niemand wird

---

55) P.C. Ludz, Totalitarismus oder Totalität..., S. 141

56) P.C. Ludz, Die soziologische Analyse der DDR-Gesellschaft, S. 20

57) P.C. Ludz, Politische Ziele der SED..., S.1269. Hiernach entstammen "rund 57,4 Prozent aller Abgeordneten der Volkskammer, 60,4 Prozent der Vertreter in den örtlichen Volksvertretungen, 75 Prozent der Leiter in der sozialistischen Volkswirtschaft, 82 Prozent der Staatsanwälte, 74 Prozent der Richter, 80 Prozent (des Führungskorps, O.C.) der Nationalen Volksarmee" der Arbeiterklasse (K. Hager, zit. ebda.) Im nämlichen Aufsatz erklärt Ludz auch, die DDR werde von einer neuen "Dienstklasse" beherrscht; allein der

(Forts. nächste Seite)

wohl behaupten, daß derartige Phänomene schlichtweg dem industriegesellschaftlichen Charakter der DDR geschuldet oder womöglich in den Industriegesellschaften vom "westlichen" Typ schon vorweggenommen seien; ebensowenig wird man aber auch bestreiten können, daß es sich hierbei um Phänomene von erstrangiger Bedeutung für die Charakteristik der DDR-Gesellschaft handelt.

Fügen wir dem hinzu, was etwa H. Rudolph über die egalitären Züge in Sozialstruktur und Alltagsleben der DDR bemerkt: "Diese Gesellschaft ist in ihrer überwiegenden Breite tatsächlich durch weitgehende Gleichheit ihrer Lebensmöglichkeiten gekennzeichnet." Auch "auf höherer Ebene" der sozialen Skala "halten sich ... die Vorteile, die aus Privilegien gezogen werden können, in relativ engen Grenzen - gemessen jedenfalls an dem, was in westlichen Gesellschaften hinsichtlich des Lebensstils aus Unterschieden in Besitz, Ausbildung etc. gemacht werden kann."[58] All das faßt H. Rudolph in dem Urteil zusammen: "Im sozialen Gewebe (der DDR, O.C.) treten vor allem die solidarischen Züge hervor."[59]

Forts. Anm. 57)

"Spitze" dieser "Dienstklasse" gehöre "eine sicherlich die Millionengrenze weit übersteigende Zahl" von Menschen an (ebda., S. 1270).

58) H. Rudolph, Die Gesellschaft der DDR..., S. 53, 54

59) ebda., S. 56. - Bemerkenswerte Angaben über die Einkommensdifferenzierung bzw. -egalisierung in der DDR machen F. Grätz/D. Voigt, Der Einfluß materieller Stimuli auf sozial-strukturelle Veränderungen im Verlauf der wissenschaftlich-technischen Revolution der DDR, in: DA, SH 1976, S. 119ff., bes. S. 126f. und S. 133. Grätz/Voigt halten die Bezahlung der Führungskräfte in der DDR-Wirtschaft sogar für tendenziell zu niedrig - nämlich hinsichtlich der Notwendigkeit, "eine Motivation für die Übernahme von Führungspositionen zu schaffen." (S. 133)

Wo immer in der DDR-Forschung von derartigen Tatsachen die Rede ist, geschieht dies - begreiflicherweise - ohne Rekurs auf den Industriegesellschafts-Begriff; denn hier würde er in der Tat deplaziert wirken; die egalitäre Sozialstruktur der DDR läßt sich schwerlich daraus erklären, daß die DDR aus industriegesellschaftlichem "Stoff"[60] besteht, wo doch die ebenfalls industriegesellschaftlich definierte bundesdeutsche Gesellschaft mitnichten egalitäre Züge aufweist. Angesichts dieses Dilemmas bleibt es in besagten Untersuchungen meist bei der unvermittelten Konstatierung des qualitativ Andersartigen. Und wie der Industriegesellschaftsansatz unbeteiligt bleibt bei der Interpretation des qualitativ Andersartigen, so bleibt die Konstatierung des letzteren ihrerseits folgenlos für die Formulierung des allgemeinen (Industrie-)Gesellschafts-Begriffs. Letztlich verschwinden die gesellschaftlichen Spezifika eines Systems wie desjenigen der DDR, kaum daß man sie gewürdigt hat, wieder in den abstrakt-allgemeinen Begriffshülsen der Industriegesellschaftstheorie. So werden bei Ludz die sozialen Prozesse in der DDR, die, wie oben gestreift, unverwechselbare konkrete Klassenzüge tragen, wiederum formalisiert zu der Aussage, die DDR-Gesellschaft sei "gekennzeichnet... (durch) eine beachtliche horizontale und vertikale Mobilität"[61]; die Beobachtungen über den

---

60) Vgl. oben, S. 440

61) P.C. Ludz, Die soziologische Analyse der DDR-Gesellschaft, S. 19. Paradoxerweise will Ludz mit dieser formalen Bestimmung eine charakteristische Tendenz der "DDR-Gesellschaft, wie sie sich uns konkret darstellt" (ebda., Herv.heb.: O.C.) benannt haben. Auf einem derartigen Abstraktionsniveau reduzieren sich die sozialen Systemunterschiede auf den nichtssagenden Satz, "daß sich ... die DDR-Gesellschaft stärker gewandelt hat als die BRD" (P.C. Ludz, DDR-Forschung und vergleichende Deutschlandforschung in den USA, S. 123; Ludz referiert hier eine ameri-

(Forts. nächste Seite)

breiten sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse und nicht nur der Arbeiterklasse werden neutralisiert mit Bemerkungen wie: "So sehr ... soziale Aufsteiger gefördert wurden, so wenig Rücksicht nahm man auf soziale Absteiger."[62] Auch bei H. Rudolph absorbiert das Denken in den abstrakten industriegesellschaftlichen Kategorien letzten Endes alle zunächst konzedierten konkreten Besonderheiten der DDR-Gesellschaft. Zur Bedeutungslosigkeit sind die konstatierten gravierenden Unterschiede in den Sozialstrukturen zwischen DDR einerseits und Bundesrepublik andererseits zusammengeschrumpft, wenn es bei Rudolph resumierend heißt, die DDR-Gesellschaft stünde "im Banne des gleichen individuellen und gesellschaftlichen Selbstverständnisses, in dem auch die Gesellschaft der Bundesrepublik und darüber hinaus die meisten mitteleuropäischen Gesellschaften sich befinden. Es ist der Plausibilitätshorizont moderner Gesellschaftlichkeit..."[63]. Mit anderen Worten, die Gesellschaft der DDR sei "zuerst und vor allem nicht unter dem Aspekt des Sozialismus, sondern unter dem der Arbeitsgesellschaft" zu begreifen.[64]

Forts. Anm. 61)

kanische Studie und bescheinigt deren Verfasser, im Niveau die (west-)"deutsche Forschung auf diesem Gebiet ... überholt" zu haben (ebda., S. 122)). Selbst die "Elitenrekrutierung" in beiden deutschen Staaten nach 1945 weist in solcher Sicht "gewisse Ähnlichkeiten" auf (ebda., S. 125). UdSSR und USA haben, ebenfalls nach Ansicht von Ludz, eine "ähnliche Mobilitätsrate" (P.C. Ludz, Offene Fragen..., S. 323, Anm. 13).

62) P.C. Ludz, Politische Ziele der SED..., S. 1267. Überdies ignoriert diese (an sich tautologische) Aussage auch die Tatsache, daß bis in die jüngsten Jahre in der DDR "vor allem die Angehörigen der 'Nichtarbeiterklasse' die höchsten Einkommen hatten." (F. Grätz/D. Voigt, Der Einfluß materieller Stimuli ..., S. 127)

63) H. Rudolph, Die Gesellschaft der DDR..., S. 129f.

64) ebda., S. 130

Das theoretische Credo, wonach sozialistische Gesellschaften "sehr wesentlich" Industriegesellschaften seien, zieht es jedoch nicht nur nach sich, daß wichtige Spezifika der gesellschaftlichen Realität in abstrakt-allgemeinen Kategorien aufgehen und neutralisiert werden[65]; in seinem Gefolge kommt es darüber hinaus auch zu mannigfachen Versuchen, diese abstrakten Kategorien ihrerseits wieder zu füllen oder zu ergänzen mit konkreteren Inhalten, welche geeignet erscheinen, die Industriegesellschaftsthese auch bezüglich des konkreten gesellschaftlichen Lebens (z.B.) der DDR als zutreffend und relevant auszuweisen. Deutlicher gesagt, man läßt nicht nur maßgebliche Merkmale, worin sich die DDR-Gesellschaft von der der Bundesrepublik unterscheidet, in den Hintergrund treten, sondern setzt an deren Stelle zudem solche Merkmale, die von einer wesentlichen Gleichartigkeit der gesellschaftlichen Bedingungen und Tendenzen in beiden Systemen zeugen sollen - und zwar Merkmale, die über so allgemeine Befunde wie "wissenschaftlich-technischer Fortschritt", "Leistungsprinzip", "Wohlstand" u.ä. hinausgehen. Man möchte auf diese Weise zeigen, daß auch im Sozialismus das konkrete Alltagsleben den allgemeinen Tendenzen der Industriegesellschaft unterworfen ist.

---

65) Die inkonsequente Behandlung der Systemspezifika, ihre theoretische Verdrängung aus dem Industriegesellschaftsansatz ist beispielsweise auch bei R. Waterkamp, Herrschaftssysteme und Industriegesellschaft. BRD - DDR, Stuttgart 1972, deutlich sichtbar. In einer Rezension hebt C. Stellmach hervor, daß Waterkamp, ungeachtet seiner Ausgangsthese, wonach das Eigentum an Produktionsmitteln zu einer für die gesellschaftliche Entwicklung irrelevanten Kategorie geworden sei, in der konkreten Untersuchung sich dennoch "einige Male gezwungen (sieht), explizit auf die gesellschaftlichen Eigentumsverhältnisse als Grundlage für die prinzipiellen Unterschiede zwischen BRD und DDR zurückzugreifen (z.B. S. 46ff.). Die kritischen Teilerkenntnisse ... (es folgen Beispiele,

(Forts. nächste Seite)

Zu den Hauptthemen gehört in diesem Zusammenhang die Frage des Konsums. Schon bei W.W. Rostow lief die allgemeine industriegesellschaftliche Entwicklung ja auf das "Zeitalter des Massenkonsums" als der fortgeschrittensten Stufe hinaus.[66] Daher bemühen sich viele Kommunismusforscher, in Konkretisierung jener Rostowschen Prämisse im Sozialismus die Umrisse einer heraufkommenden "Konsumgesellschaft" dingfest zu machen. Schon früh glaubte so z.B. Ludz in der DDR das Umsichgreifen "eines durchaus persönlichen und keineswegs gesellschaftlichen Konsumstrebens" zu beobachten, "das mit dem sozialistischen, auf die Belange der 'Gesellschaft' gerichteten Bewußtsein nur mehr wenig zu tun hat."[67] Und H. Rudolph erklärte rundweg: "Es ist ... (der DDR, O.C.) nicht gelungen, Alternativen zu einer vor allem konsumorientierten, damit privativ bestimmten Lebensweise zu entwickeln."[68]

Gegen eine solche Interpretation sind jedoch zahlreiche Einwände zu erheben. Erstens fällt auf, daß die Autoren ihre These sehr schwach belegen. Rudolph stützt sich nur auf einige punktuelle Zeitungsberichte u.ä. aus der DDR, in welchen über kleinbürgerliche Verhaltensweisen, Habsucht usw. Klage geführt wird, um hieran dann seine viel weitergehenderen, prinzipielleren Behauptungen zu knüpfen ("...Dominieren konsum- und besitzorientierter Verhaltensmaßstäbe...", "...Offenbar zunehmende Neigung, vom endlich erreichten Wohlstand individuell Gebrauch zu machen, ohne sich viel um das

---

Forts. Anm. 65

O.C.) versanden ... durchgängig in naiven Erklärungsversuchen dieser Erscheinungen, in einem dem 'Industriegesellschafts'-Ansatz geschuldeten blinden Optimismus..." (C. Stellmach, in: Das Argument 87, S.762).

66) Vgl. W.W. Rostow, Stadien wirtschaftlichen Wachstums..., S. 26

67) P.C. Ludz, Totalitarismus oder Totalität..., S. 142

68) H. Rudolph, Die Gesellschaft der DDR..., S. 94

große Ganze zu scheren...", usw.[69]). Ludz knüpfte 1961 die These, wonach das sozialistische Normengefüge von den konsumgesellschaftlichen Tendenzen "erschüttert" [70]) werde, schlicht an die Tatsache der "Einführung der Teilzahlung in der 'DDR' am 1. Oktober 1956" und der Einführung von Toto und Lotto einige Zeit davor.[71]) Das "Sparen" als solches gilt ihm - was er 1964 sogar nochmals ausdrücklich bekräftigt - per se als ein typisches Attribut "kapitalistischen" Verhaltens.[72]) Mit Hilfe einer derartigen Prämisse ist es freilich ein leichtes, den Einbruch "westlicher" Standards in die sozialistische Welt zu konstatieren - nimmt doch die Prämisse selbst den Nachweis schon vorweg.[73])

Zweitens unterlassen die Verfechter der Konsumgesellschafts-These jegliche ernsthafte und sorgfältige Prüfung möglicher entgegenstehender Tatsachen und Tendenzen. H. Rudolph entwirft sein Bild vom ich-verhafteten, konsumorientierten, gesellschaftlich desinteressierten DDR-Bürger, ohne sich auseinanderzusetzen mit der breiten Vielfalt betriebs- und kultursoziologischer Forschungsbefunde aus der DDR, aber auch aus der Bundesrepublik. Er spricht den Anstrengungen zur Herausbildung eines gesellschaftlichen Eigentümer-Bewußtseins

---

69) Ebda., S. 93. Rudolph bedient sich hier der verbreiteten Methode, Selbstkritisches aus der DDR zu absoluten Aussagen auszuweiten.

70) P.C. Ludz, Totalitarismus oder Totalität..., S. 141

71) ebda., S. 141, 142

72) Vgl. P.C. Ludz, Entwurf einer soziologischen Theorie. S. 41f. Zitat: "Die von der Partei vertretenen Gebote und Verbote werden weiterhin dadurch erschüttert, daß sie selbst gezwungen ist, von ihr als 'kapitalistisch' angeprangerte Verhaltensweisen, zum Beispiel das Sparen, die sogenannte Fondsbildung, wieder zu beleben." (ebda., S. 41)

73) Paradox ist in diesem Zusammenhang, daß Ludz aus dem Phänomen des Sparens und der Fondsbildung auf eine "Verbürgerlichung des anthropologischen Leitbildes der SED" (ebda., S. 42, Herv.heb.: O.C.) schließt -

(Forts. nächste Seite)

und -verhaltens der DDR-Arbeiter jeden Erfolg ab[74], ohne auf solche Gegenindizien wie die beträchtliche Massenteilnahme an den verschiedenen Formen der sozialistischen Betriebsdemokratie[75] und beispielsweise die in soziologischen Untersuchungen ermittelten Hauptmotive der Werktätigen bei der Teilnahme am Wettbewerb und an der Weiterqualifizierung[76] einzugehen. Er erklärt die Versuche zur Entfaltung einer qualitativ neuen kulturellen Massenaktivität kurzerhand für gescheitert, ohne in der empirischen Aufarbeitung dieser Frage über das polemische Herausgreifen einzelner negativer Aspekte hinauszugehen.[77] Wo sich tatsächlich etwas Neues

---

Forts. Anm. 73

wo er doch die "westliche" Gesellschaft bereits für eine nachbürgerliche ("industrielle") hält (s.o., S. 434). Spielt in letzterer "das Sparen" keine Rolle mehr (samt Teilzahlung, Toto und Lotto)?

74) Vgl. H. Rudolph, Die Gesellschaft der DDR..., S. 90

75) Z.B. schreiben F. Grätz/D. Voigt, es solle "durchaus nicht verkannt werden, daß die Neuererbewegung in der DDR Erfolge zu verzeichnen hat..." (Der Einfluß materieller Stimuli..., S. 135).

76) Nach DDR-Untersuchungen steht die Vergrößerung des persönlichen Einkommens weder bei der Teilnahme am sozialistischen Wettbewerb noch bei der Weiterqualifizierung an der Spitze der Motiv-Skala (vgl. etwa Wiss. Rat f. Soziol. Forschung in der DDR (Hrsg.), Aktivität - Schöpfertum - Leitung und Planung, Materialien vom II. Kongreß der marxistisch-leninistischen Soziologie in der DDR, Berlin 1975 S. 15f.; V. Gransow, Kulturpolitik in der DDR, S. 122f.

77) Vgl. H. Rudolph, Die Gesellschaft der DDR..., S. 91f. Rudolph erklärt apodiktisch, die Kulturarbeit in den Brigaden komme "nicht über traditionelle Vereinsgeselligkeit hinaus" (ebda.m S. 91); am künstlerischen Volksschaffen weiß er zu bemängeln, daß es "keineswegs überwiegend von den Arbeitern" getragen werde (ebda.). Solche Sichtweise blendet jegliche Prozessualität ihres Gegenstands aus. Zur Sache selbst vgl. in letzter Zeit: V. Gransow, Kulturpolitik in der DDR; ders., Aspekte des Freizeitverhaltens in der DDR, in: Deutschland Archiv, Sonderheft 1974,

(Forts. nächste Seite)

zeigt, ist Rudolph rasch zur Hand mit einer Bagatellisierungsformel: "Natürlich gibt es immer Muster-Brigaden..."[78]. Und selbst solche Einschränkungen werden in apodiktischen Zusammenfassungen wieder zunichte: "... nichts deutet darauf hin, daß die Arbeit dank der von Grund auf veränderten Verhältnisse heute für die DDR-Gesellschaft einen anderen Charakter besäße als für irgendeine andere vergleichbare Industriegesellschaft."[79] Oder, bezüglich des Alltagslebens: "... nirgendwo ist da ein eigener Impuls, ein DDR- oder sozialismusspezifischer Stil..."[80].

Drittens liefert jedoch selbst eine derart von der Leitidee der Konsumgesellschaft vorgeprägte Darstellung wie die von H. Rudolph noch genügend in andere Richtung weisende Fakten und Eindrücke. Allzu vieles widerspricht dem Bild von der Konsumgesellschaft: Beispielsweise Rudolphs Hinweise auf "die solidarischen Züge" 80a) im gesellschaftlichen Leben der DDR, auf die Verminderung von "Eitelkeit" und "Egoismus"[81], auf die nachhaltige Veränderung der "Bedürfnisstruktur" und des "Erwartungshorizont(s)" der Menschen in der DDR[82], auf die Tatsache, "daß gerade die Rolle des Privaten für die Gesellschaft von der DDR-Gesellschaft wesentlich anders, nämlich weit weniger extensiv verstanden wird als von der der Bundesrepublik"[83]; den gravie-

---

Forts. Anm. 77

S. 103ff.; H. Bühl, Das geistig-kulturelle Leben in den Arbeitskollektiven, in: Einheit 2/1977, S. 184ff. U. Püschel, Die Kernbauer, München 1974.

78) H. Rudolph, Die Gesellschaft der DDR..., S. 90

79) ebda., S. 132 (Herv.heb.: O.C.)

80) ebda., S. 95 (Herv.heb.: O.C.)

80a) ebda., S. 56

81) ebda., S. 55

82) ebda., S. 44, 128

83) ebda., S. 128

rendsten Einspruch gegen seine Konsumgesellschafts-These erhebt Rudolph aber ungewollt dadurch, daß er die DDR als gewissermaßen absolute "Arbeitsgesellschaft" charakterisiert und definiert, als Gesellschaft, in der "die Arbeit in den Rang der repräsentativen öffentlichen Tätigkeit erhoben worden ist"[84] und auf alle anderen sozialen Bereiche ausstrahlt. Wenn Rudolph ausdrücklich verneint, daß diese anderen Bereiche, zumal "Subjektivität" und "Privatheit", ein Gewicht besäßen, "das die Bestimmung der Gesellschaft als Arbeitsgesellschaft aufwiegen könnte"[85], dann verneint er damit auch eindeutig jede Hypostasierung "konsumgesellschaftlicher" Tendenzen bezüglich dieser Gesellschaft - auch wenn er sich dieser logischen Konsequenz seines eigenen Ansatzes nicht offen stellt.

Viertens und schließlich spielt die Konsumgesellschaftsthese faktisch längst keine zentrale Rolle mehr. Die emphatische Betonung, die Ludz Anfang der sechziger Jahre noch auf die "Probleme des Konsums und Konsumverhaltens"[86] legte, die Hochstilisierung dieses Fragenkomplexes zum "zentralen Ansatzpunkt"[87] der Sozialismus-Analyse wurde bald aufgegeben. In den meisten umfassenden Interpretationsentwürfen über die DDR-Gesellschaft, die in den siebziger Jahren erschienen, spielt das Thema kaum noch eine Rolle.[87a]

---

84) ebda., S. 132

85) ebda., S. 133

86) P.C. Ludz, Totalitarismus oder Totalität..., S. 140

87) ebda. (Herv.heb.: O.C.)

87a) So gibt es z.B. bei E. Richert, Revolutionäre und evolutionäre Tendenzen im DDR-Gesellschaftsprozeß, keinerlei Andeutung über eine etwaige konsumgesellschaftliche Ausprägung des Lebens in der DDR. Bei H. Rausch/T. Stammen, DDR- Das politische, wirtschaftliche und soziale System, wird nur einmal von der angeblichen Tendenz zur "Abkapselung vom 'großen Ganzen'" (S. 74) gesprochen, ohne daß je-

(Forts. nächste Seite)

H. Rudolph bildet da eher den verspäteten Schlußpunkt einer vorübergehenden Modeinterpretation. Ihre Prämisse - das zeigte sich besonders deutlich bei Ludz - war die Gleichsetzung des Sozialismus mit einer wesentlich (konsum-)asketischen Ordnung; von dieser Prämisse her mußte das Wohlstandswachstum in den sozialistischen Ländern als Annäherung an die "westliche" Industriegesellschaft erscheinen. Die reale Entwicklung hat jedoch bewiesen, daß sich materieller Wohlstand und sozialistische Zielsetzung keineswegs ausschließen.

Trotz dieses Plausibilitätsschwunds der Konsumgesellschaftsthese scheint diese, wenn auch ohne die einstige Verknüpfung mit weitgespannten Konvergenzerwartungen, weiterhin einen Bestandteil hiesiger Sozialismus-Interpretationen zu bilden. Ludz sah 1974 die DDR-Gesellschaft u.a. geprägt durch "Erscheinungen, die aus den Industriegesellschaften des Westens bekannt sind: Konsumverhalten, Leistungsdruck, Leistungsstreß"[88]. Der Umstand, daß sich Ludz um keinerlei Beleg für diese Thesen bemüht, läßt den deutlichen Eindruck entstehen, daß hier lediglich in der Methode

---

Forts. Anm. 87a

doch im Gesamtkontext dieser These ein hoher Stellenwert zukäme. Auch bei Ludz, Die soziologische Analyse der DDR-Gesellschaft, ist die Frage des konsumbezogenen Lebensstils zu einem verschwindenden Moment der Analyse geworden; von der diesbezüglichen "Orientierung am Westen" (S. 21) ist nur noch im Sinne eines Überbleibsels die Rede, jedenfalls nicht im Sinne einer sich verstärkenden Tendenz (vgl. ebda.).

88) P.C. Ludz, Politische Ziele der SED..., S. 1268. Nicht genug, sind dies laut Ludz sogar "zunehmend deutlicher werdende Erscheinungen" (ebda., Herv. heb.: O.C.). (Dabei waren sie für Ludz schon zehn Jahre zuvor "kaum noch zu übersehen" (Entwurf einer soziologischen Theorie..., S. 42)).

fortgefahren wird, die DDR-Gesellschaft projektiv mit Zügen auszustatten, die von der kapitalistischen Wirklichkeit abgezogen sind. Derartige Projektionen sind besonders in der Sozialismusdarstellung der bundesdeutschen Massenpresse zunehmend festzustellen; Krisenphänomene der "westlichen" Gesellschaft - z.B. Inflation, Streß, Umweltvernichtung - bilden in wachsendem Maß den Grundstock, mit Hilfe dessen das Sozialismus-Bild entworfen wird.[89]

Bei aller Vielfalt von sozialen Phänomenen, welche die Industriegesellschaftstheorie zur Erhöhung ihrer empirischen Plausibilität in ihr Interpretationsraster miteinbezieht, steht und fällt sie jedoch nicht mit dieser oder jener Einzelfrage; auch wenn also z.B. die früher erwartete Ausbreitung einer (typisch "westlichen") Konsummentalität in der DDR-Gesellschaft weitgehend ausgeblieben ist, erschüttert das nicht den industriegesellschaftlichen Denkansatz als solchen. Denn dieser Ansatz führt zwar tunlichst alle sich bietenden phänomenologischen Ähnlichkeiten zwischen kapitalistischer und sozialistischer Gesellschaft ins Feld, er bleibt aber andererseits, infolge seiner theoretischen Struktur, durchaus vereinbar mit dem Faktum der Verschiedenartigkeit beider Systeme. Dies wird bewerkstelligt durch die apriorische Voraus-Setzung, der gemeinsame industriegesellschaftliche "Stoff" (H. Rudolph), welcher beiden Systemen zugrunde liegt, sei das Primäre (in der Wirklichkeit wie für

89) Siehe dazu ausführlicher unten, S. 627f.
Während man einerseits in der DDR die Negativparallele des "Leistungsdrucks" (siehe das Ludz-Zitat oben) entdeckt, ist man freilich andererseits bereits damit beschäftigt, den Leistungsdruck in der bundesdeutschen Gesellschaft durch den Aufweis eines darin verborgenen "Leistungsglücks" zu rehabilitieren (vgl. K. Sontheimer, Leistungsdruck - Leistungsglück, in: FAZ v. 4.12.1976).

die Analyse, für den Begriff), die Formunterschiede, die besonderen "Aggregatzustände" (H. Rudolph) hingegen das Sekundäre. Der entscheidende Satz bei H. Rudolph in diesem Zusammenhang sei nochmals zitiert: Was an der DDR "neu und fremd erscheint, ist ... allemal nur ein anderer Aggregatzustand desselben Stoffes, der auch die westdeutsche Gesellschaft wie die anderen Industriegesellschaften trägt."[90] Unter dem nämlichen "Stoff" versteht, konkret betrachtet, die Industriegesellschaftstheorie aber nichts anderes als die industrielle Stufe der Produktion als solche; so ist für R. Aron die Industriegesellschaft diejenige Gesellschaft, "in der die Industrie, die Großindustrie zumal, die charakteristische Produktionsweise bildet" 91); R. Dahrendorf nennt als Charakteristikum der industriellen Gesellschaft schlicht "die mechanisierte Güterproduktion in Fabriken und Betrieben"[92]. Mithin besagt Rudolphs oben zitierter Satz in anderer Formulierung: die Unterschiede zwischen den beiden Gesellschaftssystemen sind allemal "nur" Variationen im Rahmen der Grundtatsache, daß sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik in großen Industriebetrieben produziert wird. Und noch zugespitzter: beide Gesellschaften stehen auf derselben Stufe der Produktivkraftentwicklung - verschieden sind "nur" ihre hierauf gegründeten Produktionsverhältnisse.

Wenn nun aber die Unterscheidung zwischen "Primären" und "Sekundären", zwischen Wesentlichem und Zweitrangigem[93] einen wissenschaftlichen Sinn haben soll,

---

90) H. Rudolph, Die Gesellschaft der DDR..., S. 130

91) R. Aron, Die industrielle Gesellschaft, Ffm. 1964, S. 69

92) R. Dahrendorf, Soziale Klassen und Klassenkonflik in der industriellen Gesellschaft, Stuttgart 1957, S. 36

93) H. Rudolph: Die DDR-Gesellschaft sei "zuerst und vor allem" (Die Gesellschaft der DDR..., S. 130, (Herv.heb.: O.C.) nicht Sozialismus, sondern Industrie- (resp. "Arbeits"-)gesellschaft.

dann doch nur den, daß das "Primäre" jenen Teil der gesellschaftlichen Wirklichkeit bezeichnet, der deren Gesetzmäßigkeiten entscheidend bestimmt, der den Schlüssel zur Erklärung der Struktur und der Entwicklungstendenz des betreffenden Gesellschaftssystems darstellt. Kann dies nun vom Produktivkraftsystem, auf das ja der Industriegesellschaftsbegriff wesentlich abhebt, gesagt werden? Tatsächlich wird dies von Industriegesellschaftstheoretikern konsequenterweise immer wieder postuliert. "Die Formen der Wirtschaftssysteme", schreibt Galbraith, "werden nicht von ideologischen Vorstellungen, sondern von den Forderungen der Technologie und Organisation geprägt."[94] Und Burrichter meint ohne Einschränkung, man habe "von der WTR als Determinante auszugehen", man könne nicht auf Dauer "den Sozialismus ... konstant ... gegenüber der Produktivkräfteentwicklung" halten[95]. Im Kontext konkreter Sozialismusbetrachtung äußert sich solcher technologischer Determinismus[96] jedoch weit zurückhaltender. Um die sozialistische Gesellschaft, so wie sie sich konkret darbietet, zu erklären, genügt offenkundig nicht der Rekurs auf den technologisch-industriegesellschaftlichen Komplex. Hier müssen die Industriegesellschaftstheoretiker plötzlich doch eine

---

94) J.K. Galbraith, Die moderne Industriegesellschaft, München 1968, S. 19

95) C. Burrichter/E. Förtsch/ H.-J. Müller, Die WTR - Kriterien und Konsequenzen, S. 525

96) Vgl. dazu H.H. Holz, Technik und gesellschaftliche Wertordnung, in: Blätter f. deutsche u. internationale Politik, 2/1974, S. 175ff.; K.H. Teßmann, Zur Kritik des technologischen Determinismus, in: DZfPh 9/1974; R.J. Skinner, Technological Determinism: A Critique of Convergence Theory, in: Comparative Studies in Society and History 1/1976, S. 2ff.

Pluralität von Erklärungs-Faktoren bemühen.[96a] Die determinierende Rolle des industriegesellschaftlichen "Fundaments" für die sozialistische Gesamtgesellschaft wird nun faktisch doch nicht allzu hoch veranschlagt; sie reicht, nach H. Rudolphs Eingeständnis, noch nicht einmal aus zur Erklärung der "Richtung ihrer Bewegung", geschweige denn ihrer "Gestalt".[97] Dies ist nun allerdings ein analytisches Defizit, welches mit dem Anspruch des Industriegesellschaftsbegriffs, den Zugang zum gesellschaftlich Wesentlichen zu bieten, schlechterdings nicht mehr in Einklang zu bringen ist. Jener Anspruch erweist sich als leeres Postulat.

Die Industriegesellschaftstheorie verwechselt das Allgemeine mit dem Wesentlichen. Sie hält den in ihrem Begriff zusammengefaßten "Stoff", weil er das Übergreifende, Allgemeine gegenüber den besonderen Gesellschaftstypen darstellt, deshalb auch schon für das Wesentliche. Die nach wie vor gültige Erwiderung hierauf findet sich

---

96a) Das Schwanken bürgerlicher Theoretiker zwischen technologischem Determinismus und Faktoren-Pluralismus deutet auch P.S. Cohen an: "Die Sozialtheoretiker haben beunruhigenderweise Neigung gezeigt, sich der Verantwortung in der Bestimmung der wichtigeren Quellen des sozialen Wandels dadurch zu entziehen, daß sie alle Faktoren für relevant hielten. Sie mögen alle relevant sein, aber manche sind wichtiger als andere. (Was an dieser Neigung so beunruhigend ist, ist das Eintreten für einen multikausalen Ansatz als allgemeine Forschungsstrategie, während in der Praxis sozialer Wandel fast ausschließlich durch einen einzigen Faktor, wie z.B. das Wertsystem, die Technologie usw. erklärt wird.)" (P.S. Cohen, Moderne soziologische Theorie, Wien - Köln - Graz 1972, S. 194f.)

97) Vgl. H. Rudolph, Die Gesellschaft der DDR..., S. 29 (bzw. oben, S. 440)

in Marxens Auseinandersetzung mit dem Begriff der "Produktion im Allgemeinen"; Marx konzediert zunächst, daß es einige allgemeinen Bestimmungen gäbe, ohne die sich keine Produktion, auf welcher geschichtlichen Stufe auch immer, denken lasse, und fährt dann fort: "allein, wenn die entwickeltsten Sprachen Gesetze und Bestimmungen mit den unentwickeltsten gemein haben, so muß grade das, was ihre Entwicklung ausmacht, den Unterschied von diesem Allgemeinen und Gemeinsamen, die Bestimmungen, die für die Produktion überhaupt gelten, müssen grade gesondert werden, damit über der Einheit ..., die wesentliche Verschiedenheit nicht vergessen wird."[98] Und resumierend schreibt er: "... die sogenannten allgemeinen Bedingungen aller Produktion sind nichts als diese abstrakten Momente, mit denen keine wirkliche geschichtliche Produktionsstufe begriffen ist."[99]

Daß mit Begriffen wie Industriegesellschaft oder Arbeitsgesellschaft - letztere bringt seinen überhistorischen, abstrakt-allgemeinen Charakter schon buchstäblich im Wort zum Ausdruck: denn in welcher Gesellschaft wäre Arbeit keine Grundtatsache?[100] - der Sozialismus

---

98) K. Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Einleitung, S. 7

99) ebda., S. 10. - Hegel sagt über allgemeine Bezeichnungen wie "z.B. Mensch, Haus, usf", dies seien "Abstraktionen, die vom Begriffe nur das Moment der Allgemeinheit nehmen und die Besonderheit und Einzelheit weglassen, so nicht an ihnen entwickelt sind und damit gerade vom Begriff abstrahieren." (G.W.F. Hegel, Encyclopädie der philosophischen Wissenschaften, Leipzig 1949, S. 157) Dies scheint uns eine treffende Kennzeichnung auch des Industriegesellschaftsbegriffs; auch er ist nicht entwickelt an einer konkreten historischen Gesellschaft samt deren "Besonderheit" und abstrahiert daher gerade von deren wissenschaftlichem Begriff.

100) H. Rudolph sieht das spezifische Moderne der "Arbeitsgesellschaft" in der Herrschaft der "oberste(n) Maxime, daß jeder arbeiten muß; wer nicht arbeitet und vom Ertrag dieser Arbeit lebt, gilt als verächt-

(Forts. nächste Seite)

als "wirkliche geschichtliche Produktionsstufe" tatsächlich nicht zu begreifen ist, dokumentieren ihre Verfechter selbst, indem sie, wie schon angedeutet, in der konkreten Betrachtung gänzlich andere Erklärungsmomente hinzuzuziehen genötigt sind, Momente, welche nicht etwa aus dem Industriegesellschaftsbegriff abgeleitet sind,

---

Forts. Anm. 100)

lich"; demgegenüber sei in den "historischen Gesellschaften bis zur Schwelle des 19. Jahrhunderts die Arbeit ... eine keineswegs hoch bewertete, eher verächtliche Notwendigkeit... (gewesen) gegenüber dem, was die eigentlichen Zwecke des Lebens ausmachte." (Die Gesellschaft der DDR..., S. 131) Hier wird deutlich, daß Rudolph, um bestimmte gesellschaftliche Epochen zu konstituieren, an die Stelle der in seinem Ansatz strikt verpönten Betrachtung der jeweiligen materiellen Organisation der Arbeit die Betrachtung gewisser kulturhistorischer Wertsysteme setzt. Deren historisch-gesellschaftliche Bedingtheit wird damit geradenwegs zur geschichtsmächtigen Un-Bedingtheit. (Ganz abgesehen von der sachlichen Fragwürdigkeit der These, Arbeit sei heutzutage generell hoch angesehen).
Rudolphs Begriff der "Arbeitsgesellschaft" und deren Entgegensetzung gegenüber früheren Gesellschaftszuständen erinnert lebhaft an den Einwand, der gegenüber der Marxschen Schrift "Zur Kritik der Politischen Ökonomie" nach deren Erscheinen 1859 erhoben wurde (Marx geht darauf in einer Fußnote im "Kapital", Bd. I, ein): Marxens These, wonach "die Produktionsweise des materiellen Lebens den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt bedinge", sei zwar - so der Einwand - "richtig für die heutige Welt, wo die materiellen Interessen, aber weder für das Mittelalter, wo der Katholizismus, noch für Athen und Rom, wo die Politik herrschte." Marx antwortet kurz und bündig: "So viel ist klar, daß das Mittelalter nicht vom Katholizismus und die antike Welt nicht von der Politik leben konnte. Die Art und Weise, wie sie ihr Leben gewannen, erklärt umgekehrt, warum dort die Politik, hier der Katholizismus die Hauptrolle spielte." (K. Marx, Das Kapital, Bd. I, MEW 23, S. 96, Anm. 33)

sondern die nur eine äußere Ergänzung zu diesem bilden. Aus dieser inneren theoretischen Unverbundenheit der verschiedenen Erklärungsfaktoren untereinander resultiert auch eine gewisse Unverbindlichkeit, welchen Faktoren denn hierbei überhaupt Beachtung gebühre. So sind es für H. Rudolph vier Gesichtspunkte, mit deren Hilfe er das Wesen der DDR-Gesellschaft erfassen zu können glaubt: Sie ist für ihn "erstens, im Ansatz eine Industriegesellschaft...; sie ist, zweitens, eine Gesellschaft, die vor allem durch das politische System geformt wird, das ihre politische Führung durchzusetzen versucht; sie ist, drittens, eine deutsche Gesellschaft und, viertens, eine Gesellschaft, die tief von den Erfahrungen der Nachkriegszeit geprägt ist."[101] Bei Ludz ist von dem letztgenannten Aspekt nicht die Rede, und der Faktor der deutschen Tradition erscheint in etwas anderer Form: Ludz beobachtet in der DDR-Gesellschaft erstens "Erscheinungen, die aus den Industriegesellschaften des Westens bekannt sind...; zum anderen die nach wie vor wirksamen traditionellen Verhaltensmuster einer eher konservativ-mittelständischen Lebenshaltung... Schließlich ... die ideologische Dauerprägung"[102]. In der Darstellung von Sontheimer und Bleek, um ein letztes Beispiel zu nehmen, bemerkt man ein unschlüssiges Pendeln zwischen einerseits der Deutung der DDR-Gesellschaft als eines "eigentümliche(n) Amalgam(s) deutscher Gesellschaftstradition mit universalen industrie-

---

101) H. Rudolph, Die Gesellschaft der DDR..., S. 26

102) P.C. Ludz, Politische Ziele der SED..., S. 1268. In einer popularisierten Kurzfassung dieses Aufsatzes schreibt Ludz: In der DDR-Gesellschaft "sind neben der ideologischen Dauerprägung typische Erscheinungen einer modernen Industriegesellschaft sowie überkommene Verhaltensmuster nur allzu deutlich erkennbar." (P.C. Ludz, Wie funktioniert die DDR, in: Stern Nr. 41, v. 3.10.1974, S. 55)

gesellschaftlichen Tendenzen"[103] und andererseits als Verknüpfung des Faktors "Sozialismus" mit "allgemeinen industriestaatlichen Entwicklungen"[104].

Was sich bei aller, recht willkürlich anmutenden, Unterschiedlichkeit in der Auswahl der Bestimmungsfaktoren dennoch als Grundmuster herausschält, ist das Nebeneinander (bzw. dann auch: Gegeneinander) von Industriegesellschaft einerseits und politisch-ideologischem Überbau andererseits. Diesem letzteren wird nun im Industriegesellschaftsdenken all das an gesellschaftlicher Realität zugeordnet, was sich nicht mit der Schablone des Industriegesellschafts-Begriffs deckt. Die Spezifik des Sozialismus ist hiernach allemal seinem aufgesetzten Überbau geschuldet. Das theoretische Dilemma dieses Ansatzes besteht nur darin, daß ihm jede Möglichkeit genommen ist, jene Spezifik ihrerseits zu erklären; ohne kausalen Rückbezug auf die gesellschaftliche Basis bleiben Politik und Ideologie tautologisch auf sich selbst beruhende Größen. Marx weist, in Auseinandersetzung mit einem bürgerlichen Ökonomen, darauf hin, daß diese Unfähigkeit, den gesellschaftlichen Überbau zu erklären, die unvermeidliche Folge eines im Abstrakt-Allgemeinen verharrenden Gesellschaftsbegriffs ist: "Indem Storch die materielle Produktion selbst nicht historisch faßt - sie als Produktion von materiellen Gütern überhaupt faßt[105], nicht als eine bestimmte historisch entwickelte

---

103) K. Sontheimer/W. Bleek, Die DDR. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, S. 141

104) ebda., S. 176. Wörtlich heißt es, "daß die DDR weder ein von allgemeinen industriestaatlichen Entwicklungen abgehobener Staat des Sozialismus noch ein dem Sozialismus entfremdeter Industriestaat ist. Seine Wirklichkeit ist komplexer und fragiler..." (ebda.).

105) Vgl. hier nochmals die Bestimmungen bei R. Aron und R. Dahrendorf, oben, S. 455 Vgl. auch J.K. Galbraith, der die wichtigsten "in den Händen der Großbetriebe" liegenden Branchen der amerikanischen Wirtschaft aufzählt, um dann in bezeichnender Formulierung fortzu-

(Forts. nächste Seite)

und spezifische Form dieser Produktion -, zieht er sich selbst den Boden unter den Füßen weg, auf dem allein teils die ideologischen Bestandteile der herrschenden Klasse, teils die freie geistige Produktion dieser gegebenen Gesellschaftsformation begriffen werden kann. Er kann nicht über allgemeine schlechte Redensarten hinauskommen..."[106]

Man könnte auch sagen, in der Industriegesellschaftskonzeption, zumal wo sie sich auf das sozialistische System richtet, gerät der politisch-ideologische Überbau[107] unversehens in die Rolle des allesbewirkenden (genauer gesagt: alles System-Spezifische bewirkenden) "deus ex machina", mit dessen Einfluß sich alles (und nichts) erklären läßt. Betrachten wir diese theoretische Hypostasierung und Überstrapazierung des "Faktors" Politik/Ideologie an konkreten Beispielen aus der DDR-Forschung.

Ausgangspunkt ist immer die Vorstellung, daß die Substanz der Verschiedenheit bzw. des Antagonismus der beiden Systeme lediglich politischer (oder ideologischer) Art sei. Die Zahl dementsprechender theoretischer Bekundungen ist Legion. Die - unter führender Mitwirkung von P.C. Ludz zustande gekommenen - "Materialien zum Bericht der Lage der Nation 1971" beispielsweise stellen, nachdem sie gewisse industriegesellschaftliche Gemeinsamkeiten beider deutscher Gesellschaften aufgeführt haben, fest: "Diese Grundannahmen über bestimmte Ähnlichkeiten beider deutscher Wirtschafts- und Gesell-

---

Forts. Anm. 105)

fahren: "Diesen Teil der Wirtschaft identifizieren wir automatisch mit der modernen Industriegesellschaft." (J.K. Galbraith, Die moderne Industriegesellschaft, München - Zürich 1970, S. 17; Herv. heb.: O.C.)

106) K. Marx, Theorien über den Mehrwert, I. Teil, MEW 26, S. 257

107) "Überbau" hier nicht im marxistischen Sinn gebraucht.

schaftssysteme können über die grundlegenden politischen Unterschiede zwischen der Bundesrepublik und der DDR jedoch nicht hinwegtäuschen."[108] Ebenso selbstverständlich meint H. Rudolph: "Daß die DDR-Gesellschaft dennoch keine Industriegesellschaft vom Typ westlicher Industriegesellschaften ist, und zwar in augenfälliger Weise, hat seinen Grund zweifellos in der Formung dieser Gesellschaft durch das politische System."[109]

Getreu dieser Prämisse bemüht man sich, sämtliche über das Industriegesellschaftsmodell bzw. über die gewohnte "westliche" Norm hinausgehende, ihr widersprechende Züge in der ökonomischen und sozialen Struktur der sozialistischen Gesellschaft als Ausdruck und Resultat eines äußerlichen, von "oben" kommenden politisch-ideologischen Drucks, als sozusagen mutwillige Verfremdung der eigentlichen, universalen Industriegesellschaft-Realität zu interpretieren. So erscheint dann beispielsweise die - auch von Ludz in gewissem Grade gesehene - neue Stellung der Arbeiterklasse in der DDR-Gesellschaft nicht etwa als Teil und Ausdruck eines vollzogenen grundlegenden "sozialen Wandels" - diese Begrifflichkeit bleibt vielmehr den vermeintlichen oder tatsächlichen Industriegesellschafts-Prozessen vorbehalten -, sondern grundsätzlich nur als ein Stück "Gesellschaftspolitik

---

108) Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1971, S. 34 (Herv.heb.: O.C.)

109) H. Rudolph, Die Gesellschaft der DDR..., S. 29. - Geradezu programmatisch auch T. Parsons: "Das unterscheidende Merkmal der Sowjetgesellschaft im Vergleich zur westlichen Gesellschaft ist nicht ihre Klassenstruktur, sondern ihr politisches Regime und die Art der Legitimierung dieses Regimes vom Standpunkt der sozialistischen Ideologie." (T. Parsons auf dem VI. Weltkongreß für Soziologie 1966, zit. nach W.S. Semjenow, Kapitalismus und Klassen, Berlin 1972, S. 194)

der SED".[110] Ebenso heißt es über "die Arbeiter und ehemaligen Bauern, ... die im Arbeitsprozeß stehenden Frauen und die Jugend", daß sie "von der SED bevorzugt in den Aufbau der DDR-Gesellschaft mit einbezogen" worden seien und würden[111]; die umgekehrte Möglichkeit - wodurch der beobachtete Tatbestand überhaupt erst eine Erklärung fände, die zwingender wäre als der bloße Hinweis auf die unerforschlichen Ratschlüsse und Präferenzen der SED -, daß nämlich die SED selbst der Interessenausdruck jener sozialer Klassen und Gruppen ist, bleibt außerhalb des Denkhorizonts. Die gesamte gesellschaftliche Dynamik (außer es sei die industriegesellschaftliche "Eigendynamik"[112]) wird hier also, statt von ihren objektiven sozialen Wurzeln, von einer als voluntaristisch schaltend und waltend vorgestellten SED her gedacht. Die Arbeiterklasse und andere soziale Gruppen sind von diesem Interpretationsansatz automatisch in den Status passiver Objekte gesetzt, noch bevor überhaupt die konkrete Realität hierzu befragt worden ist. Man billigt zwar der Gesellschaftspolitik der DDR zu, in hohem Maße ihren selbstgesteckten sozialen Zielsetzungen gerecht zu werden[113] - aber ist unter keinen Um-

---

110) Vgl. diese Trennung in den Zwischenüberschriften bei P.C. Ludz, Politische Ziele der SED..., S. 1268

111) P.C. Ludz, Die soziologische Analyse der DDR-Gesellschaft, S. 20 (Herv.heb.: O.C.)

112) Vgl. ebda., S. 1270

113) P. Mitzscherling bescheinigt der DDR-Sozialpolitik, "daß sie ... den in einer sowjet-sozialistischen Gesellschaftsordnung geltenden Ordnungsprinzipien in starkem Maße entspricht..." (P. Mitzscherling, Sozialpolitik im geteilten Deutschland, Hannover 1971, S. 71). E. Richert konzediert der DDR "Fortschritte" u.a. in der "Aufhebung der Schwerarbeit bzw. der 'Angleichung' von körperlicher und geistiger Arbeit; in der Einebnung des Gefälles Stadt/Land...; in der effektiven Gleichstellung der Frau; in der materiellen Förderung der Randgruppen (Rentner, Kinderreiche

(Forts. nächste Seite)

ständen bereit, hierin den Ausdruck entsprechender Gesellschaftsverhältnisse, insbesondere der Herrschaft der Arbeiterklasse, zu sehen.[113a)] Einen gewissen End- und Höhepunkt erreicht diese strikte vom-Überbau-her-Denken bei E. Richert, der die Arbeiterklasse samt der übrigen werktätigen Bevölkerung der DDR schlicht zur "Staatsbelegschaft" erklärt, zu "Angestellten der Planexekutive", die im "Dienst des Staatseigentums und seiner weitgehend bürokratisierten Kommandostruktur" stehen.[114)]

Forts. Anm. 113

u.ä.); in der weitestmöglichen Höherqualifikation von Gesamtgesellschaft und insbesondere Facharbeiterschaft; ... in der Verbesserung des Freizeit-Angebots..." usw. (E. Richert, Revolutionäre und evolutionäre Tendenzen im DDR-Gesellschaftsprozeß..., S. 38)

113a) Grob gesagt: Man muß die Tatsache der "Arbeiterpolitik" anerkennen, ohne eine "Arbeitergesellschaft" (vgl. E. Richert, ebda., S. 27) anerkennen zu können. Dieser Widerspruch läßt sich noch stärker zuspitzen: Zwar billigt man der Gesellschaftspolitik der DDR zu, "ein entschiedenes Konzept der Gesellschaftsumgestaltung" zu verfolgen (K. Sontheimer/W. Bleek, Die DDR..., S. 139, Herv.heb.: O.C.); andererseits aber hütet man sich sorgfältig davor, die solcherart umgestaltete Gesellschaft selbst als die Grundlage, Bedingung, Ursache jener Gesellschaftspolitik zu nehmen. Das Ausweichen vor dieser Konsequenz wirkt sich bei Sontheimer/Bleek bis in die Terminologie aus: Sprechen sie im Zusammenhang der DDR-Gesellschaftspolitik noch ohne weiteres von "Gesellschaftsumgestaltung" so ist im Zusammenhang mit der Frage nach dem Wesen der Gesellschaftsordnung nurmehr die Rede von der "sozialistischen Staatsordnung" (ebda., S. 142). Es entsteht also die Paradoxie, daß es zwar eine kontinuierliche Gesellschaftsumgestaltung, jedoch keine umgestaltete Gesellschaft gibt.

114) E. Richert, Revolutionäre und evolutionäre Tendenzen im DDR-Gesellschaftsprozeß..., S. 27. Von den "staatseigenen Bürgern" in der DDR spricht E.-O. Maetzke (FAZ v. 30.3.1977). Und T. Wybrankiec meint: "Durch die Kollektivierung sind die russischen Bauern ... letzten Endes wieder 'Leibeigene' eines neuen Herrschaftssystems geworden." (FAZ v. 17.3.1976)

Hier hat "der Staat", hat "die SED" die konkrete Gesellschaft gewissermaßen samt und sonders in sich verschlungen; nicht aus der Gesellschaft heraus wird der ihr entsprechende Staat definiert, sondern die Gesellschaft wird aus "dem Staat" heraus definiert: sie wird "Staatsbelegschaft".

Es überrascht nicht, wenn die geschilderte Methode der Auflösung gesellschaftlicher Verhältnisse in Politik auch auf die Ökonomie der Gesellschaft ausgedehnt wird. Deutlich ist etwa bei H. Rudolph. Die "eigentliche Essenz der Umwandlung" der Ökonomie sieht er wiederum in etwas Politischem, wenn nicht Ideologischem, nämlich im "Monopol"-Anspruch "des politischen Systems" auf "die Dimensionierung des Lebensraumes jedes einzelnen"[115] - wir können sagen: in seinem "totalitären" Anspruch. Demgemäß ist bei Rudolph nie von den konkreten Eigentumsverhältnissen die Rede, sondern nur von "Verstaatlichung" und einer gewissen "Wirtschafts-, Steuer- und Wohnungsmarktpolitik"; zusammenfassend lautet der Befund über das Wesen der DDR-Ökonomie: "Reglementierung von Wohnungsmarkt und industrieller Entwicklung".[116] Deutlicher als sonst wird hier auch der historisch-klassenmäßige Standort dieser Betrachtungsweise erkennbar; es ist der des kapitalistischen Warenproduzenten, dem jede andere als die freie Marktwirtschaft prinzipiell nur als Reglementierung erscheint, der qualitativ neue sozioökonomische Verhältnisse nur als Bedrohung und Negation seiner alten Freiheit - nämlich der "Freiheit im gleichen Sinne, wie jedermann die Freiheit hat,

---

115) H. Rudolph, Die Gesellschaft der DDR..., S. 37, 36 (Herv.heb.: O.C.)

116) ebda., S. 37, 36, 96 (Anm. 69) (Hervheb.: O.C.)

117) J.A. Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, 2. Aufl. Bern 1950, S. 431, Anm. 6

eine weitere Textilfabrik aufzutun", wie Schumpeter ohne Umschweife schrieb[117] - begreifen kann.[118]

Durch die methodische Auflösung gesellschaftlicher Gesetzmäßigkeiten in pure Akte von Gesellschaftspolitik verliert die Interpretation den Boden des Objektiven unter ihren Füßen und hält tendenziell nur noch Subjektives in Händen; damit begibt sie sich aber zugleich, wie bereits angedeutet, der wichtigsten Grundlagen der wissenschaftlichen Erklärung des Beobachteten. Es geht ihr wie jenem bürgerlichen Ökonomen, von dem Marx sagte, die "ganze Geschichte der Produktionsverhältnisse" erscheine ihm "als eine durch die Regierungen böswillig veranlaßte Verfälschung."[119] Das Sozialistische am Sozialismus, samt seiner Entwicklung, ist so, wie es ist, weil die Führung es so will. Es macht bei dieser voluntaristischen Sicht einen nur zweitrangigen Unterschied, ob der fragliche Wille extrem eng auf eine einzige Führerperson[120] oder ob er auf die Institution der Partei

---

117) J.A. Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, 2. Aufl. Bern 1950, S. 431, Anm. 6

118) Rudolphs Leitbild ist die "westliche" Gesellschaft, die im Gegensatz zur sozialistischen die Eigenart hat, "sehr verschiedene Interessen anzuerkennen" (Die Gesellschaft der DDR..., S. 37) Rudolphs analytischer Standort entspricht damit recht genau dem sozialen Standort, der aus dem "Brief eines sächsischen Drogisten an seinen im Westen lebenden Sohn" spricht, den Rudolph in seinem Buch zitiert (vgl. ebda., S. 98).

119) K. Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Einleitung, S.7

120) Der amerikanische Kommunismusforscher E.J. Salter schrieb 1963: "Entgegen den theoretischen Prämissen des Marxismus-Leninismus, nach welchen die Führer Ausdruck oder Figurationen eines gesellschaftlichen Zustandes sein sollen, verhält es sich vielmehr umgekehrt. Die gesellschaftliche Verfassung und die politische Seele des Landes werden durch die individuelle Psychologie und den spezifischen Charakter des jeweiligen Führers weitgehend bestimmt. Dies galt für Lenin, dies galt für Stalin, es gilt auch für Chruschtschow." (E.J. Salter, in: Was kommt nach Chruschtschow? Eine Umfrage, in: Der Monat, Heft 174, März 1963, S. 25)

insgesamt (oder wenigsten ihrer Spitzenkollektive) bezogen wird, oder ob es, wie bei Rudolph, ganz vage "das politische System" ist, welches seine ausgedachten "Strukturen" in die Gesellschaft "hineindrückt".[121] In jedem Falle bleibt es ein der Gesellschaft äußerlicher, ihr konfrontierter Wille.

Ein Beispiel dafür, wie der Rekurs auf diesen politisch-ideologischen Willen zur Erklärung objektiver Tatbestände in Wirklichkeit überhaupt nichts erklärt, liefert I. Hanke in ihrem Beitrag zur einführenden DDR-Darstellung von H. Rausch und T. Stammen. Auf die Bildungspolitik eingehend stellt Hanke fest: "Viele der Fragen, die man beispielsweise in der Bundesrepublik erst vor wenigen Jahren zu diskutieren begann, sind in der DDR schon lange und konsequent in Angriff genommen worden: so Fragen der Beteiligung von Arbeiterkindern, der Kindergärten und der Vorschulerziehung, der Berufsausbildung, der Erwachsenenbildung, der Studienorganisation, der Bildungsökonomie,und Curriculumforschung." Und nun folgt Hankes Erklärungsversuch: "Die Ideologie des Marxismus-Leninismus begünstigte eine solche Entwicklung, weil sie dogmatische Positionen als Zielsetzungen vorgab, die durchgesetzt werden mußten..."[122] Von dem Dogma-

---

121) H. Rudolph, Die Gesellschaft der DDR..., S. 42. Die Vorstellung, die sozialistische Politik "drücke" etwas in die Gesellschaft "hinein", taucht bei Rudolph immer wieder auf, auch in dieser Formulierung. (Vgl. z.B. ebda., S. 50, S. 130; auf S. 130 handelt es sich um "Überzeugungen und Wertetafeln", die "das politische System" in die Gesellschaft "hineinzudrücken versucht".) Der Schweizer DDR-Forscher C. Gasteyger faßt den Systemwandel der DDR als "tiefe(s) Eindringen sowjetischer Vorbilder und Kontrollen in alle wichtigen Lebensbereiche der DDR" (FR v. 17.3.1977).

122) I. Hanke, Die politische Kultur, in: H. Rausch/ T. Stammen, DDR - Das politische, wirtschaftliche und soziale System, S. 108

tismusvorwurf einmal abgesehen, der sich im vorliegenden Zusammenhang einigermaßen grotesk ausnimmt (impliziert er doch, daß Dogmatismus bildungspolitisch segensreich ist und die Bundesrepublik einen Nachholbedarf an Dogmatismus hat), wird hier also die erfolgreiche Durchsetzung von Gesellschaftspolitik damit "erklärt", daß die Ideologie es eben so verlangt habe. Ein Erfolg wurde deshalb erzielt, weil er laut Ideologie erzielt werden "mußte". Warum er jedoch überhaupt erzielt werden konnte, welche Bedingungen ihn ermöglicht haben, diese Frage bleibt unbeantwortet, obwohl es doch alles andere als selbstverständlich ist, daß eine Gesellschaft tatsächlich ihre Zielsetzungen verwirklicht (und die DDR-Forschung im allgemeinen denn auch nach Kräften nach Widersprüchen zwischen ideologischem Anspruch und realisierter Wirklichkeit in der DDR sucht). I. Hanke fährt in dieser Logik noch fort, indem sie die oben aufgezählten bildungspolitischen Errungenschaften als "Ausdruck der Bemühung, die Überlegenheit des sozialistischen Systems ... unter Beweis zu stellen"[123], wertet - nicht also als Ausdruck gewisser objektiver Systemeigenschaften, sondern als Resultat gewissermaßen des schieren Ehrgeizes der politischen Führung. Unerklärlich bleibt bei einer solchen Interpretation, warum denn nun im vorliegenden konkreten Fall die zweifellos auch bei den Verantwortlichen der Bundesrepublik vorhandene Bemühtheit, "die Überlegenheit" des eigenen Systems "unter Beweis zu stellen"[124], nicht die entsprechenden Ergebnisse in der Bildungspolitik gezeitigt hat. Offensichtlich müssen zur Beantwortung einer solchen Frage ganz andere Gegebenheiten miteinkalkuliert

---

123) ebda., S. 109 (Herv.heb.: O.C.)

124) Vgl. dazu nochmals P.C. Ludz, Deutschlands doppelte Zukunft, S. 99

werden als nur subjektiver Wille und ideologische Vorgaben. Andernfalls bleibt die Betrachtung in derselben Tautologie gefangen, die F. Engels an Dührings Gewalttheorie aufdeckte: "Es kommt darauf an, die Entstehung der Klassen und der Herrschaftsverhältnisse zu erklären, und wenn Herr Dühring dafür immer nur das eine Wort 'Gewalt' hat, so sind wir damit genausoweit wie am Anfang."[125]

Immer wieder werden wir also darauf gestoßen, daß der industriegesellschaftstheoretische Ansatz die Erscheinungen der sozialistischen Gesellschaft aus prinzipiellen Gründen in keinen umfassenden Erklärungszusammenhang zu bringen vermag, eben weil er von dem objektiven Zusammenhang zwischen Gesellschaft und Politik abstrahiert, über einen unvermittelten Dualismus beider nicht hinauskommt. Anders gesagt: Eine systematische Ableitung der Erscheinungen scheitert daran, daß ein Begriff der sozialistischen Gesellschaft als eines Systems garnicht vorhanden ist. Politik, Macht, Ideologie sind in diesem

---

125) F. Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, MEW Bd. 20, S. 165f. - Wie die DDR-Forschung dazu tendiert, Erfolge der DDR auf Subjektiv-Zufälliges zurückzuführen, so tendiert die System-Apologetik in der Bundesrepublik umgekehrt dazu, die Mißerfolge der BRD auf solch Subjektiv-Zufälliges zurückzuführen: "Zu den Fehlentwicklungen, die offen einzugestehen sind, nannte Narjes (CDU - O.C.) einen Kernsatz: 'Wenn wirtschaftspolitisch etwas schiefgeht, dann ist daran nicht die Wirtschaftsordnung, sondern das Versagen der Wirtschaftspolitiker schuld.'" (FAZ v. 13.1.1975) Diese methodische Leitregel wendet beispielsweise H. Hamm auf das Phänomen der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik an und kommt folgerichtig zu dem Ergebnis, die BRD-Ökonomie stelle "ein gerade in der Beschäftigungspolitik überaus erfolgreiches und bewährtes System" dar, welches lediglich durch eine verfehlte "Wirtschaftspolitik" der Regierung Schaden genommen habe (H. Hamm, Schafft die Marktwirtschaft Arbeitslosigkeit? In: FAZ v. 25.6.1976).
Auch das Umgekehrte ist zu beobachten: Im Sozialismus sind Mißerfolge "system-immanent", im Kapitalismus hingegen die Erfolge.

Ansatz etwas zum industriegesellschaftlichen Unterbau Hinzukommendes. Aufgrund dieser Prämisse müssen alle noch so ernst gemeinten Beteuerungen, es gelte in der Analyse den komplexen Charakter, "die besonders enge Verzahnung der gesellschaftlichen Teilsysteme in den Staaten sowjetkommunistischen Typs - der Wirtschaft, Politik und Ideologie -"[126] zu berücksichtigen, unweigerlich uneingelöst bleiben.[126a]. In der Regel figuriert der Hinweis auf die Komplexität der zu untersuchenden Gesellschaftsordnung ohnehin nur als Leerformel, welche die unbewältigte theoretische Situation zudecken muß. Wenn etwa Sontheimer/Bleek schreiben, "daß die DDR weder ein von allgemeinen industriestaatlichen Entwicklungen abgehobener Staat des Sozialismus noch ein dem Sozialismus entfremdeter Industriestaat ist. Seine Wirklichkeit ist komplexer und fragiler ..."[127], so steht hier die Formel von der Komplexität sichtlich nur für das theoretische Unvermögen, die - in der Tat eben völlig inkompatiblen - Größen "Industriegesellschaft" und "Sozialismus" zu einem in sich geschlossenen Begriff zu verbinden. "Komplex" zielt bei Sontheimer/Bleek garnicht mehr auf einen einheitlichen Systemzusammenhang[128], was etwa auch daraus ersichtlich

---

126) J. Kosta, Rezension zu O. Sik, Das kommunistische Machtsystem, in: FR v. 26.2.1977

126a) D. Bell, einer der Schöpfer der Industriegesellschaftslehre, setzt in seinem jüngsten Buch (Die Zukunft der westlichen Welt, Ffm. 1976) "voraus, daß komplexe und dynamische Gesellschaften nicht als einheitliche Systeme beschreibbar sind, sondern als Nebeneinander der drei Bereiche Politik, Wirtschaft und Kultur." So in einer Rezension J. Quack, in: FAZ v. 9.4.1977)

127) K. Sontheimer/W. Bleek, Die DDR..., S. 176

128) Vgl. die Definition von "Komplexität" in: Marxistisch-leninistisches Wörterbuch der Philosophie (Hrsg. von G. Klaus/M. Buhr), Reinbek 1972, Bd. 2, S. 587; "Eigenschaft von Systemen, die durch die Anzahl der Elemente des Systems und der zwischen den Elementen bestehenden Relationen bestimmt wird..." (Herv.heb.: O.C.).

wird, daß sie die DDR-Gesellschaft für "eher komplex als einheitlich"[129] halten, mithin in der Komplexität etwas der Einheitlichkeit (dem Systemcharakter) schlechthin entgegengesetztes sehen.[130]

Das Ungenügen an dem theoretischen Dualismus des Konzepts der "Industriegesellschaft sozialistischen Typs" artikulierte unlängst kein anderer als der Antimarxist Detlef Herrmann. Er wertet das Überstülpen "westliche(r) Erfahrungen" der Industriegesellschaft über die sozialistische Wirklichkeit und eine davon gänzlich abgesonderte Betrachtung der "ideologischen Phänomene", wie dies in der DDR-Forschung gang und gäbe ist, als Anwendung bloßer "Hilfskonstruktionen". Der Kernsatz seiner Kritik

---

129) K. Sontheimer/W. Bleek, Die DDR..., S. 138

130) Noch ein Beispiel, wie der Hinweis auf die "Komplexität" analytische Klarheit zu ersetzen hat: Nachdem K. Sontheimer/W. Bleek ihre Ausführungen über das "eigentümliche Amalgam", welches die DDR-Gesellschaft darstelle, mit dem einigermaßen ratlosen Satz beschlossen haben, es sei "schwer auszumachen, was an der DDR-Gesellschaft spezifisch sozialistisch ist und was auf andere als politische und ideologische Ursachen zurückgeht", lassen sie unmittelbar anschliessend, wie als Selbsttröstung, die Feststellung folgen: "Die DDR-Gesellschaft sollte, wie übrigens alle modernen Gesellschaften, als ein in sich komplexes und widersprüchliches Sozialgebilde verstanden werden." Und: "Die DDR-Gesellschaft ist genausowenig wie andere Gesellschaften eine fertige Gesellschaft..." (K. Sontheimer/W. Bleek, Die DDR..., S. 141, 142). F. Ronneberger bestreitet sogar prinzipiell die Möglichkeit, bei der Analyse von Gesellschaftssystemen "gewissermaßen zum 'kern' oder zum 'Grundverständnis' vorzudringen... Wie wissen ,,, aus der Analyse von modernen Industriegesellschaften, daß die Suche nach einem einzigen 'Baugesetz' vergeblich ist; solche Gesellschaften haben einen so hohen Grad an Komplexität erreicht, daß ihre Erklärung aus einem Prinzip versagen muß." (F. Ronneberger, Vergleichbarkeit östlicher und westlicher politischer Systeme, S. 29) All dies hindert Ronneberger jedoch keineswegs, selber das "Prinzip", den "Kern", das "Grundverständnis" der sog. "modernen Industriegesellschaft" vorauszusetzen.

lautet: "Das Ideologische bildet eben nicht nur den propagandistischen Vorhang vor einer ansonsten normalen Industriegesellschaft; es ist in Institutionen und zwischenmenschlichen Beziehungen geronnen und bestimmend geworden."[131] Mit dieser Feststellung trifft Herrmann die Industriegesellschaftskonzeption nun in der Tat in ihrem Zentrum. Den gesellschaftlichen Verhältnissen, so lautet seine Aussage zuende gedacht, kommt tatsächlich von Grund auf und in "bestimmender" Weise sozialistische Qualität zu; der Sozialismus ist nicht zu reduzieren auf eine ideologische Dreingabe zur Industriegesellschaft. In der Art und Weise, wie D. Hermman diese Einsicht formuliert, trägt sie zwar auch ihrerseits noch Züge einer "Hilfskonstruktion" - indem nämlich die sozialen Beziehungen nicht direkt, sondern nur über den Umweg der Ideologie bestimmt werden, als geronnene Form von etwas Ideellem -, aber dennoch ist hier die Betrachtungsweise bis zu einem Punkt getrieben, wo sie eigentlich schon fast ins Materialistische umschlägt, wo es nur noch ein Schritt ist, die Spezifik des Sozialismus eben in seinen gesellschaftlichen Verhältnissen festzumachen und an die Stelle der undialektischen Hilfskonstruktion "Industriegesellschaft/Ideologie" einen Systembegriff zu setzen, dessen Kern die Kategorie der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse bildet.[132]

D. Herrmann formuliert seine Kritik am Industriegesellschaftsansatz nicht aus Sympathie für die marxistische Herangehensweise. Sein Motiv ist vielmehr, davor zu warnen, daß durch den Industriegesellschaftsansatz

---

131) D. Herrmann, Mit der Stange im Nebel (Herv.heb.: O.C.)

132) Zur analytischen Bedeutung des Begriffs der Produktionsverhältnisse vgl. bes. E. Hahn, Historischer Materialismus und marxistische Soziologie, Berlin 1968, S. 57ff.; ders., Soziale Wirklichkeit und soziologische Erkenntnis, Berlin 1965, S. 151ff.; in Annäherung dazu aber auch z.B. C.W. Mills, Kritik der soziologischen Denkweise, Neuwied - Berlin 1963, bes. S. 91, 199.

mit seiner Ausklammerung des "Ideologischen" (d.h. im Grunde: des spezifisch Sozialistischen) aus dem Bereich des für realgesellschaftlich relevant Gehaltenen die "Herrschaft der Kommunisten in der DDR ... ungewollt verharmlost" würde[133]; tatsächlich sei die DDR-Gesellschaft von kompakter Qualität, "eine harte Nuß", die industriegesellschaftstheoretisch nicht "geknackt" werden könne[134]. Aus dieser Einschätzung spricht nicht zuletzt auch D. Herrmanns eigene Erfahrung mit der Wirklichkeit sozialistischer Vergesellschaftung, eine Erfahrung, die er für zu gravierend hält, als daß antisozialistisches Engagement, ob in der Wissenschaftlichen Forschung oder in anderen Bereichen, sie aus dem Kalkül ausklammern dürfte.[135] Wie schon bei der Frage der Parteilichkeit[136] erweist sich hier auch die Position von D. Herrmann als die stringentere, verglichen mit der "normalen" bürgerlichen DDR-Forschung. Eine neue theoretische Perspektive freilich eröffnet sie dieser dennoch nicht. Denn Herrmanns Alternative ist nichts anderes als die nachgerade absolutgesetzte Totalitarismustheorie; absolut gesetzt insofern, als die Kategorie des "Ideologischen" (des "totalitären" Anspruchs) ausdrücklich auch auf die Sphäre der Gesellschaft selbst (von Herrmann als die "zwischenmenschlichen Beziehungen"

---

133) D. Herrmann, Mit der Stange im Nebel (Herv.heb.: O.C.)

134) ebda.

135) Vgl. etwa auch die Nachdrücklichkeit, mit welcher der als Systemkritiker geltende J. Orlow feststellt: "Die Kompaktheit der totalitär-sozialistischen Struktur, die gegenseitige Verknüpfung ihrer Eigenschaften miteinander ... spricht für deren außerordentliche Stabilität. Das allein bietet einen ausreichenden Grund dafür, diese Struktur als eine Fallgrube zu sehen, worin die Völker hinabgleiten können, falls sie sich ihr unvorsichtig nähern." (J. Orlow, Über die Unmöglichkeit des nicht-totalitären Sozialismus, S. 366)

136) Vgl. oben, S. 255ff.

bezeichnet) ausgedehnt wird, also vor dieser nicht haltmacht, wie im Industriegesellschaftskonzept. Damit aber wäre die Kommunismusforschung wieder beim theoretischen Ausgangspunkt der fünfziger Jahre angekommen, den sie in der Folgezeit, wie wir sahen, aus durchaus zwingenden Gründen verlassen hatte.[137]

3. Industriegesellschaftsdenken und Totalitarismustheorie: Einheit und Widerspruch

Hier deutet sich ein grundsätzliches theoretisches Problem der Kommunismusforschung an: die widersprüchliche Einheit von Industriegesellschaftskonzept und Totalitarismusansatz. Eine Einheit bilden beide insofern, als zum einen die Totalitarismustheorie einen abstrakten Gesellschaftsbegriff zur Grundlage hat, wie er auch der Industriegesellschaftskonzeption eignet, zum anderen die letztere notwendig mit einem selbstgenügsam-voluntaristischen Verständnis vom politisch- ideologischen Überbau einhergeht, wie es wiederum auch für die Totalitarismustheorie typisch ist. Man kann also sagen, daß beide Denkansätze wechselseitig ineinander angelegt sind,eine Verknüpfung, die übrigens bereits an ihrer Entstehungsgeschichte abzulesen ist.[138] Im Widerspruch zueinander stehen beide Konzeptionen aber insofern,

---

137) D. Herrmann scheint in jüngster Zeit diesen theoretischen Prozeß nachvollzogen zu haben. Er spricht nunmehr auch davon, daß die DDR "nichts anderes als eine ideologisch überfremdete ... Industriegesellschaft" sei, und versucht, "das Überstülpte, Aufgesetzte dieser Ideologie" zu entlarven (D. Herrmann, Mondgestein aus dem 'fernen Land', in: FAZ v. 21.6.1977). Damit hat D. Herrmann seine frühere Auffassung (vgl. oben, S.472f.) de facto widerrufen.

138) Wie schon erwähnt, würden die Grundlagen beider Theorien ungefähr zur selben Zeit geschaffen. Eine bewußte Verknüpfung beider liegt z.B. vor bei Th. Schieder, Staat und Machtpolitik im Industriezeitalter, in: Staat und Gesellschaft im Wandel der Zeit, München 1958, S. 89ff.

als sie sich letztlich ebenso mechanisch gegenüberstehen wie die beiden gesellschaftlichen Dimensionen bzw. "Faktoren" - nämlich Ökonomie/Gesellschaft einerseits, Politik/Ideologie andererseits -, die sie jeweils zum Hauptinhalt ihrer Theorie machen, und dieses mechanische Verhältnis unweigerlich einen ebenso dauerhaften wie fruchtlosen (und unlösbaren) Konflikt hervorruft, welchem von jenen beiden "Faktoren" denn nun das Hauptgewicht zukomme, welcher von beiden Theorieansätzen nun wieviel an Realität einfange, usw. Wie also in beiden Ansätzen jeweils die Faktoren Ökonomie und Politik schroff zusammenprallen, so muß es zwischen beiden Ansätzen selbst - die ja jeweils den einen dieser Faktoren repräsentieren - zum Zusammenprall kommen.

Diese latente theoretische Konkurrenzsituation zwischen Industriegesellschaft- und Totalitarismus-Ansatz tritt in der Kommunismus- bzw. DDR-Forschung als ein gewisses Hin-und Her-Pendeln zwischen dem einen und dem anderen Konzept, als Streit um die theoretische Akzentsetzung mehr in der einen oder mehr in der anderen Richtung in Erscheinung. Dabei provoziert die spezifische analytische Schwäche des jeweils einen Modells gewissermaßen automatisch den Pendelschlag zum jeweils anderen Modell hin: Die Schwäche der Totalitarismustheorie (um hier die ursprüngliche theoriegeschichtliche Reihenfolge beizubehalten), die gesellschaftliche Dynamik zu erfassen, bewirkt eine Aufwertung der industriegesellschaftlichen Kategorien; die Schwäche des Industriegesellschaftsansatzes, die Relevanz des politisch-ideologischen Moments - bzw. dessen, was man hiermit verkürzt umschreibt - gebührend einzuschätzen, bewirkt wiederum eine Aufwertung der totalitarismustheoretischen Kategorien, womit der Kreis geschlossen wäre. Dieses Wechselspiel wird vor allem ausgelöst durch das Problem, relevante Prognosen über den Gang der Dinge in den sozialistischen

Gesellschaften aufzustellen. Die Totalitarismustheorie ist aufgrund ihres statischen Charakters kaum in der Lage, bestimmte Entwicklungstendenzen zu benennen; gerade dies war, wie wir oben sahen[139], ein wesentlicher Anlaß zur industriegesellschaftstheoretischen Umformulierung der Kommunismusforschung; in dem Maße freilich, wie die aus dem Industriegesellschaftsdenken abgeleiteten, anfangs mit großer Selbstgewißheit vorgetragenen Prognosen über eine Erosion und Evolution des Sozialismus sich an der Wirklichkeit totzulaufen begannen[140], bekam wiederum die totalitarismustheoretische Betrachtungsweise Auftrieb. Seither oszilliert die Kommunismusforschung fortwährend um diese beiden einander widerstreitenden und doch zusammengehörigen theoretischen Pole.

In dem hier skizzierten theoretischen Dauerkonflikt erkennt man unschwer den Reflex dessen, was sich auf der Ebene der Ostpolitik und der damit verbundenen Strategiediskussion abspielt: des Konflikts zwischen einer politischen Linie, die auf einen langfristigen inneren Wandel des Sozialismus, und einer Linie, die mehr auf den Weg äußerer Konfrontation und äußeren Drucks setzt. Auch hier beobachten wir, daß ein Mißerfolg der jeweils einen Politik und Strategie die Fürsprecher der jeweils anderen verstärkt auf den Plan ruft.[141] Wie hier-

---

139) Vgl. oben, S.406

140) Vgl. das reichhaltige Material bei H. Kaiser, Vom "Totalitarismus" - zum "Mobilisierungs"-Modell; Kaiser schreibt, diese Prognosen hätten den "Charakter einer rückwärtsgewandten Utopie" (ebda., S. 168).

141) Die derzeitige Betonung des sog. Dissidentenproblems ist somit auch als Reaktion des "Wandels durch Annäherung" zu verstehen. Umgekehrt zeichnet sich aber auch schon die Erschöpfung der "anti-totalitaristischen" Politik ab: "das Thema der Freiheit im westlichen Sinn", schrieb die italienische "Republicca", bewege in der Sowjetunion "lediglich eine kleine Elite" (zit. nach FAZ v. 8.1.1977). Siehe hierzu auch unten, S.529.

bei die theoretischen Ansichten ihrerseits wieder rückwirkenden Einfluß auf die politisch-strategische Praxis ausüben, also nicht allein deren Reflex sind, sondern selber eine Voraussetzung bilden, zeigt sich etwa an der Frage der Technologielieferungen; allgemein wird zwar angenommen, "Moskau benötig(e) die technische Hilfe des Westens zur eigenen Entfaltung", doch resultieren hieraus zwei divergierende Grundpositionen: "Die einen glauben die sowjetische Seite in einer schlechten Position; man könne sie also zu einer Liberalisierung im eigenen Lager 'erpressen'. Die anderen neigen der Auffassung zu, man solle erst einmal technisches Wissen geben, um eine innere Liberalisierung über diesen Umweg überhaupt erst möglich zu machen."[142] Die erste Variante denkt primär totalitarismustheoretisch; "Totalitarismus" deutet sie sehr extensiv auch als Unfähigkeit zu technischem Fortschritt; der technologische Determinismus (und Optimismus) der Industriegesellschaftskonzeption wird von ihr abgelehnt: der technologische Export in die sozialistischen Länder entbinde im Gegenteil "diese Länder von der Notwendigkeit, selbst Freiheit einführen zu müssen"; der Handel führe gerade "dazu, daß der Wandel nicht notwendig wird."[143] Die zweite Variante denkt dagegen primär

---

142) P. Noack in einer Besprechung von G.R. Urban (Hrsg.), "Detente", London 1976, in: FAZ v. 22.7.1976

143) U. Wagner, Der Westen finanziert seine Bedroher, in: FAZ v. 5.2.1977. Wagner hält den "Totalitarismus" für ein striktes Hindernis des technisch-ökonomischen Fortschritts: "Der Fortschritt ist eine Funktion der Freiheit; unfreie Systeme sind ... fortschrittsfeindlich." (ebda.) Es kennzeichnet die Willkür derartiger Thesen daß man bisweilen auch das direkte Gegenteil hören kann: "Es besteht offensichtlich ... eine Interdependenz ... zwischen politischem System und wirtschaftlicher Entwicklung. Je stärker ... die Freiheitsbeschränkung der Individuen, desto schnellere und größere Fortschritte können in der wirtschaftlichen Entwicklung erzielt werden." (W.

(Forts. nächste Seite)

industriegesellschaftstheoretisch; sie sieht den technischen Fortschritt zwar auch infragegestellt durch den "totalitären" Überbau[144], verspricht sich aber letztlich doch von jenem - eben über den Handel vermittelt - Impulse für den erwünschten Wandel; in diesem Sinn meint etwa J.R. Mettke, die Bundesrepublik solle getrost "jedes wirtschaftliche und politische Engagement in der DDR unterstützen, wenn es drüben zu einer Stabilisierung - und damit historisch gesetzmäßig auch zu einer Differenzierung politischer Herrschaft führt."[145]

Der im Theoretischen wie im Politischen immer wieder aufbrechende Konflikt zwischen Totalitarismus- und Industriegesellschaftskonzept ändert jedoch durchaus nichts an der Tatsache, daß beide zusammen bezüglich ihrer ideologischen Funktion eine praktikable Einheit bilden. In ihrer Kombination werden sie der doppelten Aufgabe gerecht, einerseits gewisse gesellschaftspolitische Erfolge des sozialistischen Systems anzuerkennen (indem sie als industriegesellschaftlich bedingt interpretiert werden), ohne andererseits Abstriche von der grundsätzlichen politischen Verurteilung dieses Systems zu machen (indem es als "totalitär verkrustet" usw.

Forts. Anm. 143

Gumpel, Etatismus oder Sozialismus? Eine Untersuchung über Prinzipien und Effizienz der Entwicklungspolitik in der Türkei und in Sowjet-Mittelasien, in: W. Gumpel/D. Keese (Hrsg.), Probleme des Industrialismus in Ost und West, München - Wien 1973, S. 45ff, hier S. 61f.)

144) Z.B. Ludz: "Die dynamischen Kräfte des Systems können sich nicht voll entfalten. Immer wieder stoßen sie auf zentralgesteuerte, bürokratische Kontrollen und werden durch sie eingeengt." (P.C. Ludz, Wie funktioniert die DDR?, S. 55)

145) J.R. Mettke, in: Vorwärts v. 18.11.1976 (Herv. heb.: O.C.)

interpretiert wird). Demgemäß erscheint dann z.B. der technische Fortschritt im Sozialismus nicht etwa als dessen systemimmanente Möglichkeit und Gesetzmäßigkeit, sondern als industriegesellschaftlicher Sachzwang, dem sich auch ein sozialistisches Regime "nicht mehr verschließen"[146] könne. Auch die Bildungserfolge und selbst die Erweiterung demokratischer Partizipation in der DDR werden bei Ludz mehr oder weniger zu industriegesellschaftlichen Selbstverständlichkeiten, wenn er schreibt: "Die Bejahung des technischen Fortschritts kann auf die Dauer vor dem Prinzip der Partizipation nicht haltmachen. Vielmehr erzeugt die mit dem technischen Fortschritt einhergehende steigende Anforderung an Erziehung und Ausbildung schnell einen höheren Grad des Bedürfnisses teilzunehmen."[147] Neben diesem Argumentationsmuster existiert freilich ein inhaltlich entgegengesetztes, bei welchem für gewisse positive Züge der DDR-Wirklichkeit gerade ihre angebliche industriegesellschaftliche

---

146) P.C. Ludz, Parteielite im Wandel, S. 122. Gelegentlich erscheint dieser industriegesellschaftliche Sachzwang, dem die DDR ihre Erfolge verdanke, auch in einer urtümlich-nationalen Variante: als "deutscher Fleiß und deutsche Tüchtigkeit" (K. Sontheimer/W. Bleek, Die DDR..., S. 203). Auch H. Lades schrieb: "Der Deutsche, auch der deutsche Kommunist, drängt zu Leistungen, sieht er nur ein Ziel." (H. Lades, Reformen in der modernen Industriegesellschaft - ein "Modus der Revolution"?, S. 12f.)

147) P.C. Ludz, Parteielite im Wandel, S. 37. D. Klein schreibt, es verstärke sich in der bürgerlichen Kommunismusforschung der "Griff nach solchen Konzeptionen, in denen die Vorzüge des Sozialismus nicht als sein Wesen, sondern als Eigenschaften einer allgemeinen Entwicklungsstufe der Gesellschaft ... erscheinen: Die Industriegesellschaftskonzeption wird weiter die dominierende Grundlage bürgerlicher Gesellschaftstheorie und Ideologie bleiben." (D. Klein, in: Forum Nr. 17/1972, S.9)

Rückständigkeit verantwortlich gemacht wird. So versucht man beispielsweise das Fehlen von Arbeitslosigkeit in der DDR auf diesem Wege plausibel zu machen.[148]

Außer der Funktion, in Teilfragen der DDR-Entwicklung positive Zugeständnisse zu ermöglichen, ohne daß hiervon des totalitarismustheoretische Negativbild tangiert wird, erfüllt das Industriegesellschaftskonzept auch die Funktion einer Alternative zur Gesellschafts- und Geschichtstheorie des historischen Materialismus. Schon der Untertitel von W.W. Rostows Standardwerk zeugt von dieser Stoßrichtung.[149] Die Industriegesellschafts-

---

148) Der amerikanische Kommunismusforscher A. Inkeles nimmt an, daß die Sowjetunion "im Laufe der Zeit immer mehr Züge einer westlichen Industriegesellschaft annehmen" werde, und rechnet in diesem Zusammenhang auch ausdrücklich mit dem Entstehen von Arbeitslosigkeit, die er als eine Folge des "technischen Fortschritts" betrachtet (vgl. A. Inkeles, Soziologie und Sowjetforschung, S. 190). Analog schreibt "Die Welt": "Arbeitslosigkeit, zur Zeit ein vorrangiges Wirtschaftsproblem in westlichen Ländern, gibt es seit Mitte der fünfziger Jahre in der 'DDR' nicht mehr. Doch fragt sich, mit welchen Mitteln dieses erreicht wurde ... Infolge des Mangels an modernen Maschinen und Investgütern ist die Industrie unterentwickelt, die Automation erst am Anfang un die Technologie zu wenig fortgeschritten..." (Die Welt v. 5.12.1975). Auch W. Jaide, ein namhafter DDR-Forscher der Bundesrepublik, meint, daß in der DDR "Probleme von Arbeitslosigkeit erst in einer viel späteren Phase auftreten werden." (W. Jaide, Keine arbeitslosen Jugendlichen in der DDR? In: FAZ v. 18.10.1976). Neben dieser Argumentation, die erklärt, der Sozialismus habe keine Arbeitslosigkeit, werde sie aber noch bekommen, findet man aber auch die direkt entgegengesetzte, wonach der Sozialismus durchaus Arbeitslosigkeit aufweise, nur in versteckter Form: "Die Arbeitslosigkeit gibt es also auch in administrativen Systemen; die faktisch Arbeitslosen befinden sich aber innerhalb der Betriebe..." (U. Wagner, Vollbeschäftigung als Zeichen der Unfreiheit, in: FAZ v. 6.11.1976).

149) Rostow nennt seine Stadientheorie ein "Non-Communist Manifesto". Die deutschen Übersetzer bzw. Herausgeber machten daraus, in durchaus konsequenter Zuspitzung,

(Forts. nächste Seite)

theorie läßt an die Stelle der marxistischen Basis-Überbau-Lehre das Wirkungsschema Technik-Ideologie, Wissenschaft-Politik o.ä. treten, an die Stelle der geschichtlichen Abfolge von Gesellschaftsformationen die Abfolge von industriellen Wachstumsstadien, an die Stelle der marxistischen Prognose der historischen Überwindung des Kapitalismus die Prognose vom Aufgehen des Sozialismus in der einheitlichen Industriegesellschaft; sie ist in der Tat das, als was Brzezinski/Hutington speziell die Konvergenztheorie (die doch durchaus auf denselben Grundlagen ruht wie die Industriegesellschaftstheorie) metaphorisch bezeichnet haben: ein antisozialistischer, ein "antisowjetischer Marxismus"[150]. Einen solchen umfassenden multifunktionalen Charakter konnte die Totalitarismustheorie allein der Kommunismusforschung nicht verschaffen; die Industriegesellschaftskonzeption füllte und füllt auch in dieser Hinsicht eine ideologische Lücke.

Einen besonderen ideologischen Sinn erhält das Industriegesellschaftsdenken schließlich noch im speziellen Fall der bundesdeutschen DDR-Forschung: es stützt hier zusätzlich die Theorie von der Fortdauer der einheitlichen deutschen Nation, indem es dieser noch die im Prinzip

---

Forts. Anm. 149)

"Eine Alternative zur marxistischen Entwicklungstheorie". Die formale Ähnlichkeit des Industriegesellschaftsansatzes mit dem historischen Materialismus brachte sogar B. Meissner um die Mitte der 60er Jahre den Vorwurf eines Ostforschungs-Kollegen ein, eine "typisch marxistische Deutung" der Sowjetgesellschaft geliefert zu haben (vgl. H. Kaiser, Vom "Totalitarismus"- zum "Mobilisierungs"-Modell, S. 150).

150) Z. Brzezinski/ S.P. Hutington, Die "Konvergenztheorie" - Ein antisowjetischer Marxismus, in: U. Nerlich (Hrsg.), Krieg und Frieden im industriellen Zeitalter, Beiträge der Sozialwissenschaft I, Gütersloh 1966, S.

einheitliche Industriegesellschaft unterlegt. So mündet beispielsweise bei H. Rudolph die These von der industriegesellschaftlichen Wesensverwandtschaft beider deutschen Staaten ein in die Schlußfolgerung, daß sich "die DDR-Gesellschaft ... in ihrer gegenwärtigen Verfassung nicht so sehr außerhalb als vielmehr innerhalb des Kontinuums der Möglichkeiten (befinde), das die nationale Geschichte ausmacht... - und zwar gerade in jener Eigenständigkeit, die sich in den letzten Jahren immer deutlicher ausgebildet hat."[151] Und Rudolph faßt den ideologischen Sinn seiner kombinierten Betrachtung der DDR einerseits als Industriegesellschaft, andererseits als Produkt des "deutschen Nationalcharakter(s)" [152] mit den Worten zusammen: "Solche Überlegungen würden es erlauben, die Eigenständigkeit der DDR-Gesellschaft ernst zu nehmen und dennoch auf der Fortdauer der Nation zu bestehen."[153] Das Industriegesellschaftsdenken hilft hier mit bei einem durch die reale Entwicklung fällig gewordenen Wechsel in der Argumentation: Konnte lange Zeit der Mangel an Eigenständigkeit und Stabilität der DDR als sichtbarster Ausdruck eines Fortbestehens der einheitlichen deutschen Nation hingestellt werden, so erklärt man nunmehr die tatsächlich erlangte Eigenständigkeit und Stabilität dieser Gesellschaftsordnung[153a] zum Symptom dieser nationalen Einheit: eben indem die Konsolidierung der DDR als eine Konsolidierung unter industriegesellschaftlichen und traditionell-deutschen Vorzeichne interpretiert wird. "Diese Eigenständigkeit (der DDR, O.C.) wäre dann nicht

---

151) H. Rudolph, Die Gesellschaft der DDR..., S. 137

152) ebda., S. 134

153) ebda., S. 137

153a) Vgl. etwa das Urteil von M. Jänicke: "Modernität und Stabilität sind heute unbestreitbare Tatsachen der DDR-Wirklichkeit." (M. Jänicke, Krise und Entwicklung in der DDR - Der 17. Juni 1953 und seine Folgen, S. 166).

so sehr als Folge eines Ausscherens aus diesem Zusammenhang in eine fremde Lebensweise zu begreifen, sondern als Ergebnis angestrengter Bewahrung, ja, so scheint es gelegentlich, des Zurückdrängens."[154]

4. Die Entwicklungsprognose der "Entideologisierung"

Wir hatten weiter oben angedeutet, daß die Industriegesellschaftstheorie mit spezifischen theoretischen Schwächen behaftet ist, die innerhalb der Kommunismusforschung immer wieder zu einer Reaktion in Richtung auf die Bekräftigung totalitarismustheoretischer Vorstellungen führen; besonders spürbar werden jene theoretischen Schwächen des Industriegesellschaftsansatzes, wo er sich - was von einer Theorie auch verlangt werden muß - auf ganz bestimmte Trendeinschätzungen und Entwicklungsprognosen festlegt. Im folgenden soll die Industriegesellschaftstheorie (als Komponente der Kommunismusforschung) auf ihre zwei wohl wichtigsten prognostischen Hauptschlußfolgerungen hin untersucht werden: das ist einmal die Entideologisierungs-These, zum anderen die These von der Konvergenz der Systeme.
Es könnte zunächst scheinen, als stellte dies eine Beschäftigung mit ohnehin obsoleten, heute von niemand mehr ernsthaft vertretenen Theoremen dar. Dem ist jedoch entgegenzuhalten, erstens, daß selbst im unterstellten Falle ein kritischer Rückblick aufschlußreich genug wäre, allein schon um einen Eindruck davon zu ge-

---

154) H. Rudolph, Die Gesellschaft der DDR..., S. 137. Zum "gesamtdeutschen" bzw. "innerdeutschen" Nebeneffekt der Industriegesellschaftstheorie vgl. auch die "Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1974", wo vermittels des industriegesellschaftstheoretisch gemünzten Begriffs der "ökonomisch-sozialen Lebensverhältnisse" der Gegensatz zwischen beiden deutschen Gesellschaften zu einem "Gefälle" relativiert wird (vgl. DA 10/1974, S. 1096f.).

ben, in welchem hohen Grad sich die Kommunismus- und DDR-Forschung seinerseits von Entideologisierungs- und Konvergenzerwartungen leiten ließ; zweitens, daß beide Prognosen ja durchaus recht konsequent aus dem allgemeinen Industriegesellschaftsansatz abgeleitet sind, mithin ihre praktisch erwiesene Fragwürdigkeit auf die Fragwürdigkeit dieses Grundansatzes selbst verweist (eine Folgerung, der die Kommunismusforschung aber bis heute aus dem Weg geht); drittens jedoch sind die Vorstellungen von einer Entideologisierung und von einer Konvergenz (bzw. einer Rückentwicklung des Sozialismus) in der aktuellen Kommunismusforschung mitnichten ad acta gelegt und können es auch garnicht sein - eben aufgrund der Tatsache, daß sie im Industriegesellschaftsdenken notwendig angelegt sind; mögen auch die apodiktischen Schlagworte vom "Zeitalter der Entideologisierung" und der "Konvergenz der Systeme" heute aus dem Gebrauch gekommen sein - im Kern bestehen derartige Vorstellungen weiter. Gerade deshalb ist es notwendig, daran zu erinnern, daß es sich hierbei im Vorstellungen handelt, welche ihre Bewährungsprobe in der Realität nicht bestanden haben.

Die Vorstellung von einer säkularen "Entideologisierung" wurde von Ludz in den sechziger Jahren explizit und mit Nachdruck vertreten. Das "Ende des ideologischen Zeitalters"[155] war für ihn wesentlicher Hintergrund und leitender Gesichtspunkt seiner Sozialismusforschung. "In der industriellen Gesellschaft spielt das Ideologieproblem ... eine ständig kleiner werdende Rolle" 156). Und: "Die Entideologisierung von Organisationen, deren Form einst gerade durch Ideologie konstituiert

155) Vgl. P.C. Ludz, Entwurf einer Typologie..., S. 83; ders., Entwurf einer soziologischen Theorie..., S. 36

156) P.C. Ludz, Entwurf einer Typologie..., S. 88

wurde, scheint ein ebenso charakteristisches Moment bürgerlich-kapitalistischer wie bolschewistischer Industriegesellschaften zu sein..."[157]. Allenthalben und in zahllosen Variationen taucht der Gedanke der Entideologisierung in Ludz' Sozialismusforschung auf: Die Dynamik der Industriegesellschaft erzwinge nun auch im Sozialismus eine "Versachlichung in der Lösung von Problemen"[158] und unterwerfe die Partei dem "Zwang zur Information"[159]; immer unentbehrlicher werde das "Expertenwissen", die "funktionale Autorität" der Fachleute[160]; diesen neuen "Erfahrungsgehalten der industriellen Gesellschaft" öffne sich die alte politische Führung nur widerwillig[161]; an den "Leitbildern der vorindustriellen Gesellschaft" und "noch stark an der Geheimbund-Tradition" orientiert[162], nehme sie eine "zögernde Haltung ... bei der Einführung von Neuerungen" ein, könne sich aber der industriegesellschaftlichen Dynamik auf die Dauer "nicht mehr verschließen"[163]; als Folge dieses Prozesses werde schließlich "jedes Dogma ... 'von unten' durchlöchert"[164], die Ideologie "stirbt ab und wird rationalisiert"[165], sie bleibe nur pro forma erhalten, indem sie immer stärker zum "Leerformelhaften"[166] tendiere, usw. usf.

---

157) P.C. Ludz, Religionskritik und utopische Revolution, S. 115

158) P.C. Ludz, Widerspruchsprinzip und Soziologie, S. 310 (zit. nach dem Erstabdruck)

159) P.C. Ludz, Entwurf einer soziologischen Theorie..., S. 26

160) P.C. Ludz, Parteielite im Wandel, S. 77, 33

161) ebda,, S. 54

162) ebda., S. 151, 2

163) ebda., S. 34, 122

164) P.C. Ludz, Entwurf einer Typologie..., S. 84

165) P.C. Ludz, Offene Fragen..., S. 336

166) P.C. Ludz, Entwurf einer soziologischen Theorie..., S. 35f.

Die Quintessenz solcher Betrachtungen faßte um dieselbe Zeit der Hauptschöpfer der Entideologisierungsdoktrin, D. Bell, mitdden schlichten Worten zusammen: "Die Ideologie hat in der Sowjetunion und - darüber hinaus - in allen osteuropäischen Ländern völlig ihre Überzeugungskraft verloren..."[167] Wenn sich auch Ludz von derart weitgehenden, apodiktischen Behauptungen zurückhält, so stimmt er doch mit Bell und allen Theoretikern der "Entideologisierung" in der Grundüberzeugung überein, daß Ideologie und Wissenschaft, Ideologie und "technische Zivilisation"[168] einen unvereinbaren Gegensatz bilden würden. Diese Gegenüberstellung von Ideologie und Wissenschaft zieht sich wie ein roter Faden durch die Arbeiten von Ludz (und nicht nur von Ludz); sie erscheint als Konfrontation von "Herrschaftswissen und Expertenwissen", von "politischer und funktionaler Autorität", von "Dogmatikern und Pragmatikern", von "Marxismus und Kybernetik", usw.

Das Gegeneinanderausspielen von Ideologie und Wissenschaft kommt im Grunde tautologisch vermittels eines antithetisch zur Wissenschaft(lichkeit) definierten Ideologiebegriffs wie eines antithetisch zur Ideologie definierten Wissenschaftsbegriffs zustande. Ideologie vermittelt für Ludz per definitionem ein "verzerrtes Bild" von der Wirklichkeit[169], stellt per definitionem ein "System von Glaubenssätzen"[170] dar. Ursache dieser

---

167) D. Bell, Marxism-Leninism: A Doctrine on the Defensive. The End of Ideology in Soviet Union?, Columbia 1966, S. 45 (zit. nach. L.N. Moskwitschew, "Entideologisierung"..., S. 203)

168) P.C. Ludz, Der politische Aspekt der Entfremdung, S. 6. Der Begriff der "technischen Zivilisation" wurde vor allem durch H. Schelsky bekannt.

169) P.C. Ludz, Ideologie, Intelligenz und Organisation..., S. 86

170) P.C. Ludz, Parteielite im Wandel, S. 45

Irrationalität, so suggeriert Ludz, sei die Interessenhaftigkeit von Ideologie als solcher, ihr gesellschaftlich-politischer Praxisbezug an sich.[171] Entsprechend dieser Prämisse hält sich Ludz nirgends lange bei der Frage nach dem Wahrheitsgehalt auf[172], sondern betrachtet in erster Linie immer die praktischen Funktionen der marxistischen Ideologie. Indem er so z.B. "die Aktivierungs-, Anleitungs- und Interpretationsfunktion, die Selbst-/Weltdeutungs und Informationsfunktion, die Integrationsfunktion, die Rechtfertigungsfunktion, die kritische Funktion und die utopische Funktion"[173] der marxistischen Ideologie aufzählt, meint er gewissermaßen ebensoviele Beweise ihrer Unwissenschaftlichkeit in Händen zu halten.

Betrachtet man jedoch konkret, welche Inhalte von Ludz mit dem Verdikt des Unwissenschaftlichen oder Leerformelhaften belegt werden, so stößt man jedesmal gerade auf solche Begriffe und Aussagen des Marxismus, in denen die Formulierung allgemeiner Zusammenhänge und Gesetzmäßigkeiten der Gesellschaft angestrebt ist: seien dies der Zusammenhang von gesellschaftlicher Praxis und Bewußtsein[174], die Begriffe "Klasse" und "Produktionsverhältnisse"[175], oder die Prognose der geschicht-

---

171) Beispielsweise schreibt Ludz: "Marxistisch-Leninistische Ideologie wird ... seit Marx als 'geistiger Reflex', als Widerspiegelung der 'sozialistischen Bewegung...' bestimmt. Damit liegt dem marxistisch-leninistischen Ideologiebegriff ein dogmatisches Muster von Rationalität zugrunde..." (P.C. Ludz, Ideologie und Ideologiebegriff, (Einleitung zu: ders., Ideologiebegriff und marxistische Theorie, S. 10; Herv.heb.: O.C.)

172) Vgl. oben, S.

173) P.C. Ludz, Parteielite im Wandel, S. 51

174) Vgl. ebda., S. 313

175) Vgl. ebda.

lichen Durchsetzung des Sozialismus[176]; bereits die Vorstellung von der Gesellschaft als einem "sozialen Ganzen"[177] wird für irrational erklärt. Ludz erhebt hier ein Wissenschaftsverständnis zum obersten Maßstab, dem alle grundlegenden Verallgemeinerungen über die Gesellschaft und ihre Entwicklung, alle Begriffe, die über empirische Teilbeobachtungen hinausgehen, von vornherein als suspekt gelten. Freilich läßt sich Ludz von diesem Wissenschaftsbegriff bei seinen eigenen Forschungen nicht die Hände binden: auch er versucht ja die "Totalität" der sozialistischen Gesellschaft zu erfassen[178], auch er macht Aussagen über das von ihm für "wesentlich" gehaltene[179], auch er hat ein geschichtsphilosophisches Gesamtgebäude, usw. Somit beanstandet Ludz bei seinem Leerformel- und Ideologieverdacht gegenüber dem Marxismus keine anderen Dimensionen von Wissenschaft, als die er faktisch auch selbst in Anspruch nimmt: "die 'eigene Tendenz' ist also keine 'Tendenz', nur die gegnerische", wie G. Lukács einmal eine derartige Zwiespältigkeit umschrieb[180].

---

176) Vgl. P.C. Ludz, Widerspruchsprinzip und Soziologie, S. 312

177) Vgl. P.C. Ludz, Widerspruchstheorie und entwickelte sozialistische Gesellschaft, S. 515. Ludz setzt dem die sogenannte "empirische Auffassung von Gesellschaft" (ebda.) entgegen, ohne zu bemerken, daß eine bestimmte "Auffassung" immer schon über das rein "Empirische" hinausgeht (andernfalls man ja auf eine besondere "Auffassung" ganz verzichten könnte).

178) In "Totalitarismus oder Totalität?" bekundet Ludz, angelehnt an K. Mannheim, ausdrücklich seine "Intention auf das Ganze" (S. 144, Anm. 36a), ein Anspruch, der faktisch auch in allen späteren Arbeiten erhalten bleibt.

179) Vgl. z.B. oben, S. 437

180) G. Lukács, Literatursoziologie, Neuwied - Berlin (West) 1972, S. 111

Anders gesagt: Ludz' Leerformel-Vorwurf gegenüber der marxistischen Ideologie und Theorie tendiert selbst zur Leerformel, mit der lediglich eine Wertung durchgesetzt wird, die man "für zweckmäßig hält"[181]. Die Beliebigkeit, mit der Ludz den Tatbestand der Leerformelhaftigkeit im einen Fall als erfüllt betrachtet, im anderen nicht einmal entfernt vermutet, mag hier noch ein Beispiel demonstrieren: Über die Entwicklung der Ideologie in der DDR heißt es bei ihm einmal: "Weiterhin ist in zentralen Bereichen der Ideologie eine Ausdehnung des ursprünglichen Inhalts von Begriffen gegeben (z.B. 'Revolution', 'Praxis', 'Arbeitsmoral'). Die ständige interpretatorische Einbeziehung neuer Lebenstatsachen vergrößert den Begriffsinhalt ursprünglich historisch festgelegter Kategorien immer mehr. - Die damit gegebene Tendenz zur Leerformelhaftigkeit der Ideologie erweitert jedoch auch den Spielraum für das Handeln".[182] Hier baut Ludz seine These von der Leerformelhaftigkeit also auf der Tatsache auf, daß der Marxismus kontinuierlich neue Erfahrungen verarbeitet, seine Begriffe ständig konkret-historisch bereichert. Diese Argumentation, die dem Marxismus im Grunde seine historische Offenheit (d.h. Aufgeschlossenheit) zum Vorwurf macht, erscheint an sich schon wenig schlüssig, zumal doch dem Marxismus sonst immer, und auch von Ludz selbst[183], gerade seine Geschlossenheit vorgeworfen wird. Noch schwerwiegender jedoch ist, daß Ludz in einer anderen Veröffentlichung - die zufällig auch noch aus demselben

---

181) In Leerformeln wird laut Ludz jeweils das hineingelegt, "was die Partei für zweckmäßig hält" (P.C. Ludz, Konflikttheoretische Ansätze im historischen Materialismus, S. 676).

182) P.C. Ludz, Zur gesellschaftspolitischen Situation in der DDR, S. 24 (Herv.heb.: O.C.)

183) Vgl. etwa P.C. Ludz, Ideologie, Intelligenz..., S. 86

Jahr stammt - jenen Tatbestand, der ihm im Fall des Marxismus Beleg für Leerformelhaftigkeit ist, im Fall der von ihm favorisierten Ideologie des "demokratischen Sozialismus" als Ausdruck besonderer Realitätsnähe feiert: hier spricht er nämlich vom "demokratischen Sozialismus als eine(r) prinzipiell offene(n) Theorie..., welche die vielfältigen Erscheinungen des Alltagslebens ... in sich aufnimmt..."[184]

Die Kehrseite der geschilderten Auffassung von marxistischer Ideologie als irrationalem System von Leerformeln ist - das sprach bereits aus den weiter oben angeführten Zitatproben ("Versachlichung", "Information", "Expertenwissen" usw.) - ein Begriff von Wissenschaft, der dieser"von den wirklichen gesellschaftlichen Verhältnissen, auf deren Grundlage sich Wissenschaft entwickelt, los...löst"[185] und die solcherart autonom

---

184) P.C. Ludz, Die Ideologie des "Sozialdemokratismus" aus der Sicht der Kommunisten, S. 359 (Herv.heb.: O.C.). - Übrigens hat Ludz in einem Aufsatz von 1963 ansatzweise eine Kritik des Theoriebegriffs des Kritischen Rationalismus und des darauf basierenden "Leerformel"-Vorwurfs gegenüber dem Marxismus geliefert; er konzidiert letzterem (bzw. der "kritischen Gesellschaftstheorie") durchaus eine "rational überprüfbare und damit zureichende Begriffsbildung" (P.C. Ludz, Zur Frage nach den Bedingungen der Möglichkeit einer kritischen Gesellschaftstheorie, S. 423 (zit. nach dem Erstabdruck; Herv.heb.: O.C.)). Diese kritischen Erörterungen sind jedoch Episode geblieben; ein Jahr später benutzte Ludz wieder vorbehaltlos das Leerformel-Argument gegen den Marxismus (vgl. Entwurf einer soziologischen Theorie..., S.25, 35, etc). Daß der genannte Aufsatz aus dem Jahre 1963 aus dem Rahmen fällt, hat Ludz andererseits nicht davon abgehalten, ihn mit in seinen Sammelband "Ideologiebegriff und marxistische Theorie..." (1976) aufzunehmen.

185) G. Domin/H.-H. Lanfermann u.a., Bürgerliche Wissenschaftstheorie..., S. 40

gesetzte Wissenschaft ihrerseits in den Rang der entscheidenden geschichtlichen Determinante erhebt. "Die Wissenschaft ist ... zum entscheidenden Faktor im System der Industriekultur geworden", heißt es etwa bei H. Freyer.[186] Und H. Schelsky erklärt, konsequent weiterdenkend, die Politik für letztlich überflüssig: "Je besser die Technik und Wissenschaft, um so geringer der Spielraum politischer Entscheidungen."[187]

Ludz' DDR-Forschung besteht in der Tat wesentlich in der Übertragung derartiger szientisch-technokratischer Gedankengänge auf ihren speziellen Gegenstand. In seinem Hauptwerk "Parteielite im Wandel" sieht Ludz den unaufhaltsamen "Aufstieg einer technokratischen Elite" 188) im Gange, woraus eine immer größere "Bedrohung der strategischen Clique"[189] der SED erwachse; der Prozeß laufe in Richtung auf eine stetige "Aufwertung des Experten- beziehungsweise ... Abwertung des ideologisch-politischen Herrschaftswissens"[190].

Dieser Darstellung, in welcher der sogenannte "Sachverstand" als Absolutum figuriert, ist entgegenzuhalten, daß sie die Frage übergeht und überspielt, auf welchen konkreten gesellschaftlichen Zweck jener Sachverstand

---

186) H. Freyer, Entwicklungstendenzen und Probleme der modernen Industriegesellschaft, in: H. Freyer/L. Bossle/J. Filipec, Die Industriegesellschaft in Ost und West. Konvergenzen und Divergenzen, Mainz o.J., S. 22

187) H. Schelsky, Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation, in: ders., Auf der Suche nach der Wirklichkeit, Düsseldorf - Köln 1965, S. 458

188) P.C. Ludz, Parteielite im Wandel, S. 70

189) ebda., S. 77

190) ebda., S. 122

jeweils bezogen ist. Denn mit Ludz' Kategorien wie Sachverstand, Expertenwissen usw. verhält es sich prinzipiell genauso wie mit Gehlens technikphilosophischen Kategorien der "Rationalität" und "Perfektion", gegen welche H.H. Holz eingewandt hat: sie "gewinnen nämlich als Verhältnisbegriffe ihre inhaltliche Bestimmung erst durch den Zweck, an den sie angemessen sind."[191] Das System der Zwecke aber, betont Holz, ist "selbst historisch variabel und nach Maßgabe objektiver Möglichkeiten dem Entscheidungsfreiraum des historischen Subjekts einbeschrieben; der Entscheidungsprozeß ist ein politischer..."[192].

In der Tat, untersucht man Ludz' Begriffe des Sachverstandes, Expertentums usw. genauer, so stellt sich heraus, daß auch sie eine bestimmte gesellschaftliche Zweckorientierung, eine bestimmte politische Vorentscheidung keineswegs verleugnen können. Die Kräfte und Tendenzen, deren Durchbruch sich Ludz wünscht, gehen ihrerseits mit bestimmten gesellschaftlichen Interessen einher; sie bedeuten nicht die Aufhebung der Politik, sondern die Ersetzung der einen durch eine andere Politik; nicht der Durchbruch "politisch neutrale(r) Leistungseliten"[193] ist der eigentliche Inhalt der von Ludz erwarteten Transformation des DDR-Systems, sondern deren Ausrichtung an einem veränderten System gesellschaftlicher Zwecke. Bei aller Zurückhaltung von einer positiven Formulierung dieses anzusteuernden Ziels geben Ludz' Ausführungen, namentlich die über die DDR-internen Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit der Entwicklung der Betriebsdemokratie, hinreichend Auf-

---

191) H.H. Holz, Technik und gesellschaftliche Wertordnung, S. 179

192) ebda., S. 179f.

193) P.C. Ludz, Parteielite im Wandel, S. 40

schluß über den durchaus parteilichen Gehalt des Ludzschen Expertokratie-Modells. So schreibt Ludz z.B., Probleme der Betriebsökonomie, etwa mit "Rationalisierungsmaßnahmen" zusammenhängende, könnten "schwerlich in Massenversammlungen, sie müssen vielmehr in den Büros der Werkleitungen, in enger Kooperation mit den Wirtschaftlern, sachgerecht gelöst werden."[194] Den starken Protest aus den Betriebsbelegschaften, den es hervorrief, als 1963/64 tatsächlich solche technokratischen Tendenzen um sich griffen, wie sie Ludz hier als Inbegriff von "Versachlichung" hinstellt, deutet er bagatellisierend als Ausdruck eines "Gefühl(s) der Zurücksetzung unter den älteren Funktionären"[195]. Und die ab Herbst 1964 einsetzende Kursberichtigung, die mit den damals gefallenen Worten charakterisiert werden kann: "Die Plandiskussion umfaßt nicht nur die Fragen der Produktion, sondern unseres ganzen gesellschaftlichen Lebens"[196], wird von Ludz mit dem herablassenden Kommentar beschieden, nun sei "in den innerbetrieblich geführten 'Perspektivplandiskussionen' das Schwergewicht von der Erörterung volks- und betriebswirtschaftlicher Probleme wieder auf die agitatorisch-propagandistische Ebene verschoben" worden[197]. Der Tatbestand ideologischer Unsachlichkeit ist demnach für Ludz bereits dann gegeben, wenn Produktionsfragen im größeren gesellschaftlichen Zusammenhang betrachtet werden, wenn Plandiskussionen auch sozialpolitische Fragen mitumfassen, und wenn diese Beratungen im Betrieb

---

194) P.C. Ludz, Funktionsaufbau und Wandel der Sozialstruktur der SED-Führung, S. 507

195) ebda.

196) Zit. bei P.C. Ludz, Parteielite im Wandel, S. 144

197) ebda., wohlgemerkt fungiert bei Ludz jene Feststellung eines SED-Funktionärs (siehe Anm. 196) unmittelbar als "Beleg" für die zitierte Kommentierung durch Ludz.

bewußt zu Kristallisationspunkten demokratischer Beteiligung gemacht werden. "Ohne Rücksicht", erklärt Ludz in vorwurfsvollem Ton, hätten seinerzeit "einige Betriebsparteisekretäre als Vertreter der 'Linie'"- d.h. für Ludz: die Dogmatiker - gegen "die Parteifachleute" - d.h. für Ludz: die nüchternen Pragmatiker - polemisiert; wiederum ist die von Ludz als Beleg solcher Rücksichtslosigkeit betrachtete Passage sehr aufschlußreich. Es heißt dort: "Die Plandiskussion ist selbst ein Ausdruck unserer sozialistischen Demokratie. Schließlich berät hier nicht eine kleine Anzahl Experten über Zahlen, sondern alle Werktätigen beraten die Gestaltung aller Lebensbereiche in den nächsten Jahren. Deshalb ist es ... so bedeutungsvoll, daß ... in jedem Betrieb jede Möglichkeit zur Teilnahme der Werktätigen genutzt und weiterentwickelt wird."[198] Indem Ludz die hier artikulierte politische Orientierung in das Licht des Unsachlichen, Propagandistischen rückt, beweist er damit nur, welchen ausgeprägt elitären Zug sein Konzept der "Versachlichung" und des "Pragmatismus" besitzt. Vom Interessenstandpunkt einer elitären Minderheit aus ist es auch gedacht, wenn Ludz von einem "verschärfte(n) Kurs der SED der betrieblichen Wirtschaft gegenüber" spricht, damit aber durchaus nichts anderes meint als die "stärkere ... Einschaltung des FDGB, ... (den) Ausbau der Produktionsberatungen und ... (die) Aufstellung von Aktivistenkommissionen in den Betrieben"[199].

---

198) Zit. bei P.C. Ludz, Parteieilite im Wandel, S. 144

199) ebda., S. 58. - Ludz betrachtet die DDR aus dem Blickwinkel der konservativen "Theorie demokratischer Elitenherrschaft", die M. Greiffenhagen in folgender Weise charakterisierte: "Gerade moderne Gesellschaften sind nach Meinung der Elitetheoretiker auf den Sachverstand von Experten angewiesen, so daß die Forderung nach möglichst hoher politischer Beteiligung aller Bürger für das politische System lebensgefährlich sei. Ein gewisser Grad politischer Apathie sei geradezu wünschenswert." (M. Greiffenhagen, Re-

(Forts. nächste Seite)

Es ist kein Zufall, wenn Ludz' Plädoyers für eine sog. Versachlichung der DDR-Betriebswelt und gegen ihre Unterwerfung unter das "starre, abstrakt-utopische Schema von Klassen und Klassenkampf"[200] unmittelbar an die Formeln erinnert, mit welchen hierzulande die kapitalistischen Strukturen legitimiert und verteidigt werden[201]. Vielmehr besteht eine direkte Wesensverwandtschaft zwischen dem einen und dem andern: Ludz' Expertokratie-Modell läuft in der Tendenz auf die marktwirtschaftlich-kapitalistische Restauration hinaus. Ein anderer Schluß ist nicht möglich, wenn man sich vor Augen hält, daß für Ludz "'zentrale Steuerung' oder auch 'Regelung'" des sozioökonomischen Prozesses "das vielleicht entscheidende Merkmal autoritärer Herrschaft" ist[202], folglich ein beiseitezuräumendes Hindernis darstellt; daß Ludz für die Preisgabe der vom Marxismus seiner Ansicht nach überflüssigerweise "bis zur Gegenwart mitgeschleppte(n) Konzeption eines einheitlichen gesellschaftlichen ... Subjekts"[203] eintritt; daß

Forts. Anm. 199

zension von F. Grube/G. Richter (Hrsg.), Demokratietheorien, Hamburg 1975, in: FAZ v. 15.10.1975) G. Schäfer bemerkt, daß die "Furcht vor den irrationalen 'Massen'" und "die Sorge um die Stabilität von ... Eliten gleichsam die Naturbasis der Kategorien 'empirischer' Demokratietheorie" sind (Demokratie und Totalitarismus, S. 136, 137),

200) P.C. Ludz, Parteielite im Wandel, S. 98

201) "Wir bewirken Fortschritt nicht durch Klassenkampf ..., nicht mit linken Ideologen, sondern mit Fachleuten und Könnern." (Aus einer Wahlanzeige der hessischen CDU, in: OP v. 2.10.1974; Herv.heb.: O.C.) "Unternehmerische Entscheidungen dürfen nicht sachfremden Gesichtspunkten unterworfen werden..." (CSU-Programm von 1968; zit. nach M. Schäfer, Wer herrscht in der Bundesrepublik?, Ffm. 1974, S. 66; Herv.heb.: O.C.) Im letzteren Zitat ist Sachlichkeit unmittelbar zu einem Synonym für Unternehmerinteresse geworden.

202) P.C. Ludz, Parteielite im Wandel, S. 14

203) ebda., S. 322

er stattdessen eine gesellschaftliche Verfassung anstrebt strebt, wo "die neuen Technokraten und Experten" in weitgehender "Unabhängigkeit" zu verfügen haben[204], was gleichzeitig ein Verhältnis zwischen diesem Management und den Werktätigen nach sich zieht, in dem "Konflikte frei ausgetragen"[205] werden. Der Weg in diese von Ludz dem Sozialismus anempfohlene Utopie wäre in der Tat der "Weg zurück in die marktwirtschaftliche Utopie"[205a], wie ihn H. Kaiser - durchaus kein Freund der existierenden sozialistischen Länder[206] - in dem ähnlich gelagerten Modell von O. Sik u.a. nachgewiesen hat. Für das Ludzsche Konzept einer industriegesellschaftlichen Reform des Sozialismus gilt nicht anders als bei O. Sik, daß in ihm der "für das privatkapitalistische Marktsystem nach wie vor bestimmende ... Gegensatz von Kapital und Arbeit in der Form eines institutionellen Dauerkonflikts zwischen Arbeiterräten und Management reproduziert" würde[207].

Auch wenn in einem solchen marktwirtschaftlichen Managersozialismus noch keine Restauration des kapitalistischen Eigentums vollzogen wäre, so läge doch auch in dieses Ziel in der Logik des Entwicklungsprozesses.

---

204) ebda.

205) ebda., S. 68

205a) H. Kaiser, Vom "Totalitarismus" - zum "Mobilisierungs"- Modell, S. 154 (Herv.heb.: O.C.)

206) Vgl etwa ebda., S. 142. (Unerfindlich ist freilich, wie Kaiser den sozialistischen Staaten einen "anachronistischen Rekurs auf die Pseudorationalität des Marktes" (ebda.) vorwerfen kann, wenn er doch andererseits, an späterer Stelle, gerade argumentiert, dieser Rekurs hätte im Falle einer Verwirklichung des Modells von O. Sik, K. Suchan u.a. gedroht.)

207) ebda., S. 155. Näheres über die Pläne zur Durchsetzung einer solchen "Managerdemokratie" in der CSSR 1968 siehe J. Hajek, Demokratisierung oder Demontage? Ein Prager Handbuch, München 1969, S. 110, 205ff.

Bürgerliche Wissenschaftler, die sich mit den Bedingungen einer kapitalistischen Restauration des Sozialismus befassen, gehen seit langem davon aus, daß eine solche Restauration ein längerer, verschiedene Etappen durchlaufender Prozeß sein müsse. Demgemäß wäre, wie etwa R. Meimberg eigens hervorgehoben hat, in einer gewissen Übergangsetappe "auch Privateigentum an Produktionsmitteln nicht vonnöten, wenn nur diejenigen, die zu entscheiden haben, Befugnisse besitzen, die hinreichend weit gehen, damit das Element der Konkurrenz neben dem der Kooperation auch zur Geltung kommt. Sie könnten etwa jenen gleichen, die Manager in Unternehmen besitzen"[208] Eine ebensolche Durchgangsetappe sahen übrigens auch die bis ins einzelne ausgearbeiteten Reprivatisierungspläne des "Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands" vor. Bemerkenswerterweise findet man in diesen Plänen auch schon den Gedanken, daß die "Sachkenntnis" der alten Kapitaleigentümer - also das "Expertenwissen", wie Ludz sagen würde - als wichtiger Hebel der endgültigen Reprivatisierung eingesetzt werden solle.[209] Damit zeigt sich

---

208) R. Meimberg, Über die Möglichkeit eines Übergangs von der zentralen Kommandowirtschaft zur Marktwirtschaft, S. 126

209) Der "Dritte Tätigkeitsbericht" (1957/1961) stellt fest, über die endgültigen Eigentumsverhältnisse werde "aus politischen, rechtlichen und sachbedingten Gründen nicht schon in der Übergangszeit entschieden werden können. Um so mehr muß dafür Sorge getragen werden, daß sich die mitteldeutsche Wirtschaft sogleich nach der Wiedervereinigung im Rahmen der zu schaffenden freiheitlichen marktwirtschaftlichen Bedingungen gedeihlich entwickeln kann." (Forschungsbeirat... (Hrsg.), Dritter Tätigkeitsbericht 1957/61, S. 19) Die erste Etappe der Rekapitalisierung sah u.a. die Ausgliederung der VEB's aus der zentralen Planung und die Einsetzung von Aufsichtsräten vor, in welchen auch die "Eigentumsprätendenten" vertreten sein sollten. "Mit dieser Regelung sollen die von den Enteignungsmaßnahmen der SBZ Betroffenen Gelegenheit er-

(Forts. nächste Seite)

auch von dieser Seite her, daß Ludz' vermeintlich wertneutrales Modell der "Entideologisierung" und "Versachlichung" der sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung durchaus nicht weit von den restaurativen Programmen eines "Forschungsbeirats" entfernt ist. Der Unterschied liegt im wesentlichen bloß darin, daß Ludz den Prozeß zunehmender "Verfachlichung" 210) und damit des tendenziellen Machtverlustes der "dogmatischen" Kräfte (d.h- aber implizit: den Prozeß der gesellschaftlich-politischen Restauration der Verhältnisse) objektiv in der industriegesellschaftlichen Eigendynamik angelegt sieht, ihn gewissermaßen für eine objektive Gesetzmäßigkeit der Entwicklung hält.[211]

Es stellt sich nun die Frage nach der realen, empirischen Bewährung dieser zentralen Hypothese der Ludzschen DDR-Forschung in den zehn Jahren seit Erscheinen von "Parteielite im Wandel", des Werks, in dem sie mit besonders hohem wissenschaftlichen Aufwand und in besonders dezidierter Form entwickelt worden war. Aus unserer obigen Betrachtung der problematischen Art und Weise, in der Ludz Ideologie und Wissenschaft, sozialistische Politik und wissenschaftlich-technischen Fortschritt, "Dogma" und "Sachverstand", "Parteistrategen" und "Experten" usw. zu unversöhnlichen Gegensatzpaaren aufbaut - indem er nämlich den hier jeweils an zweiter Stelle genannten, auf der Ebene der Mittel liegenden Erscheinungen und Tendenzen unter der Hand besondere, in kapi-

---

Forts. Anm. 209)

halten, ihre Sachkenntnis möglichst frühzeitig für die Betriebe und die wirtschaftliche Entwicklung in Mitteldeutschland einzusetzen." (ebda., S. 56)

210) Z.B. P.C. Ludz, Parteielite im Wandel, S. 56

211) Der letzte erschienene Tätigkeitsbericht des "Forschungsbeirats" von 1969 hat sich dann seinerseits diesem Industriegesellschaftsdenken angenähert. Vgl. dazu R. Graf, Ein Konkurs besonderer Art, S. 61

talistische Richtung weisende Zwecke unterschiebt, wodurch sie allererst mit den sozialistischen Zwecksetzungen kollidieren -, aus diesem kritischen Befund kann von vornherein die Vermutung abgeleitet werden, daß es um die praktisch-empirische Bestätigung der Theorie, um das Aufgehen der Erwartungen nicht zum besten bestellt sein dürfte.

Die Vermutung bestätigt sich. Die These vom unversöhnlichen, letztlich systemsprengenden Gegensatz zwischen sozialistischer Herrschaft und wissenschaftlicher Modernisierung, zwischen Funktionären und Fachleuten, wird schon in "Parteielite im Wandel" nicht ohne mannigfache Relativierungen aufgestellt. Beispielsweise muß Ludz in verschiedenen Fällen eingestehen, daß sich Funktionäre der SED nicht eindeutig entweder dem Typus des Ideologen oder dem Typus des Experten zuordnen lassen.[212] Ludz gibt zu, daß sich die Eigenschaften des einen und des anderen Typs ("allerdings") "nicht auszuschließen" bräuchten[213], ja, er konstatiert gelegentlich sogar eine gewisse Verschmelzung politischer und fachlicher Qualifikation bei den Führungskadern[214]. Insgesamt läßt sich Ludz durch derartige Beobachtungen aber nicht davon abbringen, beide Aspekte weiterhin antithetisch einander gegenüber zu stellen. Grundsätzlich bleiben für ihn "Expertenwissen" und "ideologisches Herrschaftswissen" unversöhnliche Qualitäten, Größen, die sich gewissermaßen umgekehrt proportional zueinander verhalten: "Dem Aufstiegswillen und dem Selbstbewußtsein der Fachleute, besonders der Wirtschaftsfachleute, in der SED entspricht deren Aufwertung des Expertenbeziehungsweise ihre Abwertung des ideologisch-politischen Herrschaftswissens."[215]

---

212) Vgl. P.C. Ludz, Parteielite im Wandel, z.B. S. 87

213) ebda., S. 55 (Herv.heb.: O.C.)

214) Vgl. ebda., S. 175

215) ebda., S. 122

Erscheint diese Leithese bereits in "Parteielite im Wandel" nicht frei von Irritationen durch die DDR-Realität, so kommt es in der Folgezeit zu einer noch stärkeren Aushöhlung. Schon 1970 entschließt sich Ludz, in einer popularisierenden Zusammenfassung seiner SED-Studie für eine amerikanische Zeitschrift, zu einer beträchtlichen Modifizierung. Herrschaftswissen und Expertenwissen werden hier nämlich nicht mehr als auseinanderstrebende Kräfte gefaßt, sondern lediglich noch als idealtypische Aspekte, die sich im Grunde beliebig mischen: "All groups in the East German leadership", heißt es hier, "advocate a mix of stability cum modernization."[216] Im selben Jahr kommt Ludz zu der desillusionierten politischen Einschätzung, daß die wissenschaftlich-technisch qualifizierten Kader "weder eine 'führende Kraft' im Prozeß der politischen Liberalisierung des Systems noch eine politische Gefahr für die Parteiführung"[217] darstellen. 1971 dann erscheint Ludz

---

216) P.C. Ludz, The SED Leadership in Transition, S. 25. - Schon zuvor, unter dem Eindruck des VII. Parteitags der SED, hatte Ludz geschrieben: "Die politische Entscheidungselite hat von den Parteifachleuten gelernt und begonnen, ... einen ihr ergebenen fachlich gebildeten Nachwuchs ... heranzubilden... Sie hat die Reformer (Mittag, Heuer, Kleiber) in ihre Reihen aufgenommen und sie damit, so paradox es klingen mag, gegenwärtig eher isoliert." (P.C. Ludz, Politische Aspekte der kybernetischen Systemtheorie in der DDR, (1968), S. 10)

217) P.C. Ludz, DDR-Forschung und vergleichende Deutschlandforschung in den USA, S. 119. - Zum Vergleich damit eine Prognose von Ludz, wenige Jahre zuvor: "Zur politischen Macht drängende wirtschaftliche und technische Fachleute, die gegenwärtig in der Sowjetunion zu einem immer wichtigeren Faktor werden und zum Sturz Chruschtschows wesentlich mit beigetragen haben dürften, besetzen mehr und mehr auch in der DDR die politisch relevanten Funktionen." (P.C. Ludz, Funktionsaufbau und Wandel der Sozialstruktur der SED-Führung, (1966), S. 510) Schlichter heißt es in einem anderen Aufsatz aus demselben Jahr: In der DDR seien "die Technokraten weiter im Vormarsch" (P.C. Ludz, Konsolidierung und Spannung in der 'DDR', S. 8).

(Forts. nächste Seite)

schon nahe dran, die fragliche dichotomische Gegenüberstellung ganz aufzugeben: "Fachwissen steht im Gegensatz zum Herrschaftswissen des traditionellen Typs", heißt es hier zunächst zwar in gewohnter Manier, doch Ludz fährt fort: "... es koinzidiert mit dem Herrschaftswissen der jüngeren SED-Kader." [218]

Der VIII. Parteitag der SED und die durch ihn geprägte Entwicklung der DDR in den Jahren darauf ließen die Spekulationen um einen Konflikt zwischen Pragmatismus und Ideologie vollends fragwürdig werden. DDR-Forscher und andere Beobachter der Lage registrierten nun übereinstimmend sowohl einen verstärkten Zug zur Sachlichkeit als auch eine stärkere Betonung der sozialistischen Ideologie in dem Sinne, daß man in der DDR der Rolle und Entwicklung der Arbeiterklasse vermehrt Aufmerksamkeit schenkte. Dieses Sowohl-als-auch, zumal da es in der DDR-Praxis sichtlich eine durchaus organische Einheit zu bilden schien (und noch immer zu bilden scheint), bedeutete im Grunde, daß die bisherigen Begriffe der Entideologisierungs- und Modernisierungs-Theoretiker ad absurdum geführt waren. Wenn z.B. E. Schneider in seiner DDR-Monographie schreibt, "unter Honecker" sei eine "Zunahme des ideologischen Elements" zu verzeichnen, praktisch im selben Atemzug jedoch feststellt, es sei an "die Stelle abstrakter und schönfärberischer wissenschaftsgläubiger Formeln unter Ulbricht ... unter Honecker eine nüchterne Lagebeurteilung getreten" [219], so steht diese Diagnose in radikalem Gegensatz zu dem

---

Forts. Anm. 217)

Sicherlich haben zur Abkehr von derartigen Erwartungen und zur Desillusionierung über die mögliche Rolle der "Technokraten" auch die Ereignisse 1968 in der CSSR beigetragen. (Vgl. dazu auch W. Wotschak, DDR-Forschung unter Anpassungszwang, S. 31 (ff.)).

218) P.C. Ludz, Die soziologische Analyse der DDR-Gesellschaft, S. 21 (Herv.heb.: O.C.)

219) E. Schneider, Die DDR. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, S. 46

vormaligen begrifflichen Gegeneinander von Ideologie und Sachlichkeit. Offensichtlich, das beweist Schneiders Betrachtung, sichert also Verwissenschaftlichung per se nicht unbedingt Nüchternheit der Einschätzung, und offensichtlich wird solche Nüchternheit nicht per se durch Betonung einer Ideologie verhindert. H. Conert und W. Eichwede haben in diesem Sinne treffend bemerkt, man solle "sich vor Augen halten, daß berufliche Fachbezogenheit auch Engstirnigkeit beinhalten kann, während die Partei selbst in doktrinärer Sprache weniger spezialisierte Aspekte einbringen könnte."[220)]

Indem die DDR-Forschung nun also dazu überging, die Einheit oder doch zumindest die Möglichkeit einer stabilen Koexistenz von Ideologie und Wissenschaft, Politik und wissenschaftliche-technischer Rationalität im Sozialismus anzuerkennen, indem sie damit davon Abstand nahm, Wissenschaft und Expertentum zu verabsolutieren und gegen alles Politische auszuspielen, billigte sie im Grunde dem Sozialismus nichts weiter zu, als was innergesellschaftlich in der Bundesrepublik wie in allen kapitalistischen Staaten zu den fast allgemein geteilten, selbstverständlichen Grundsätzen gehört: wir meinen das Prinzip der relativen Eigenständigkeit der Politik gegenüber der Wissenschaft. In Erörterungen über Probleme der Politikberatung ist in diesem Sinne immer wieder betont worden, daß wissenschaftliche Beratung niemals die eigenständige politische Entscheidung überflüssig machen, Politik in schiere Wissenschaft auflösen kann. Es war Ludz selbst, der in der Debatte über die DDR-Forschung erklärte, Forschung könne "die Politik nicht ersetzen. Von der Politik formulierte Ziele müssen der Forschung

---

220) H. Conert/W. Eichwede, Produktionsverhältnis und Arbeiterklasse in der UdSSR, S. 76

vorgegeben werden."[221] Burrichter sprach davon, daß zwischen wissenschaftlichen Experten und Politikern "eine gewisse Übereinstimmung hinsichtlich des Zielsystems" bestehen müsse.[222] Keineswegs herrsche in der westlichen Gesellschaft der "totale Sachzwang"[223]; im Gegenteil, es sei eine "zunehmende Politisierung weiter Lebensbereiche"[224] zu verzeichnen; infolgedessen spielten neben dem technischen Sachverstand "weiterhin und wesentliche Elemente der reinen Dezision"[225] eine Rolle.

Diese letztere Bemerkung von Burrichter läßt erkennen, daß die Sphäre der politischen Entscheidung hier nicht nur als relativ selbständig gegenüber der Wissenschaft gefaßt wird, sondern sogar als strikt aus der Wissenschaft ausgegrenzter, ihr geradezu entgegengesetzter Bereich reiner Dezision. Hier ist der Punkt, wo sich herausstellt, daß die gegensätzlichen Positionen zwischen nichtmarxistischer und marxistischer Theorie in der Frage des Verhältnisses von wissenschaftlichem Sachverstand und Politik gerade umgekehrt gelagert sind, als es zunächst den Anschein hat. Denn indem von bürgerlichen Theoretikern Politik als reine Dezision gefaßt wird, erklären damit gerade sie die Idee einer Verwissenschaftlichung der Politik für gänzlich irreal.[226]

---

221) P.C. Ludz, Situation. Möglichkeiten und Aufgaben der DDR-Forschung in der BRD, S. 160 (Herv.heb.: O.C.)

222) C. Burrichter, Fragen zu einer soziologischen Theorie..., S. 703

223) ebda., S. 707

224) ebda., S. 708

225) ebda.

226) W. Lepenies z.B. betont in diesem Sinne die "Grenzen der Sozialwissenschaften" und tut es als "Illusion" ab, wenn Sozialwissenschaftler meinen, "zu einer 'Verwissenschaftlichung der Politik' entscheidend beitragen zu können." (W. Lepenies in einer Rezension in: FAZ v. 9.7.1976) Dies war in etwa auch der Tenor des Politologentages 1977, der sich das Thema "Politische Wissenschaft und politische Praxis" gestellt

(Forts. nächste Seite)

Demgegenüber hält der Marxismus an dieser Idee fest: "Politische Prozesse lassen sich wissenschaftlich voraussagen, planen und leiten."[227] Und in der Tat ist es gerade diese Überzeugung von der Verwissenschaftlichbarkeit der Politik, die dem Marxismus bzw. Sozialismus seitens vieler bürgerlicher Forscher den Vorwurf des "Totalitarismus" einbringt. L.B. Schapiro beispielsweise schreibt, Saint-Simon sei "ein Beispiel dafür, wie Grundsätze, die im Bereich der Technik, der Viehzucht oder auch der Betriebsführung gelten, für ein Gebiet übernommen werden, in das sie nicht gehören und nicht gehören können, nämlich in die Politik. Hier tritt eine Einstellung zutage, die alleden vielen Utopien der Menschheitsgeschichte letztlich zugrunde liegt und von der auch die Theorien des Totalitarismus direkt herkommen: daß nämlich Regieren im wesentlichen eine Frage des Betriebsmanagement sei."[228]

Zwischen der Argumentation, die auf den Sozialismus zielt, und derjenigen, die der eignen bürgerlichen Gesellschaft gilt, herrscht also eine beträchtliche Unstimmigkeit, Während man vom Sozialismus eine Verwissenschaftlichung der Politik fordern zu müssen glaubt, lehnt man für die eigene Gesellschaft ein solches Ansinnen mit prinzipiellen Argumenten ab. Tendiert man im ersteren Falle dazu, die Wissenschaft gegenüber der Politik als konstant und absolut zu setzen, so im letzteren, die Politik - als Sphäre letztlich irrationaler

---

Forts. Anm. 226)

hatte. H. Rudolph zieht die Bilanz: "Vor allem aber ist heillos zerfleddert, was hinter der Politikberatung stand: Der Anspruch, der Politik raten zu können, Antworten zu geben, zu wissen, was zu tun ist." (Die Politologen am Ende ihrer Illusionen, in: FAZ v. 11.10.1977)

227) R. Sieber/G. Söder, Politik und Ökonomie im sozialistischen Gesellschaftssystem, S. 29

228) L.B. Schapiro, Art. "Totalitarismus", S. 479f.

Dezision - gegenüber der Wissenschaft: "Die Politik kann ... ihre Entscheidungen nicht auf die Wahrheit gründen." 229) Dieser Widerspruch führt dazu, daß die eine Argumentationsweise der andern direkt in den Rücken fällt: Schapiros Polemik gegen die Auffassung, Politik ließe sich auf wissenschaftliches Betriebsmanagement reduzieren, stellt ungewollt eine treffende Kritik an der Ludzschen DDR-Forschung dar, die ja in der Tat auf eine expertokratisch-technokratische Utopie hinausläuft. (Dagegen geht Schapiros Kritik durchaus am Sozialismus vorbei, betont dieser doch, zugleich mit dem Gedanken der Verwissenschaftlichung der Politik, immer auch, daß die Wissenschaft ihrerseits eingebettet bleibt in den objektiven gesellschaftlich-politischen Interessenzusammenhang.)

Der Bedeutungsverlust des technokratischen Denkens in der Bundesrepublik seit Ende der sechziger Jahre, die seither wieder wachsende Politisierung in Gesellschaft und Staat[230] dürfte auch in der DDR-Forschung die Einsicht beschleunigt haben, daß der Politik keineswegs per se im wissenschaftlichen "Sachverstand" eine Bedrohung erwächst. Die reale Entwicklung in der DDR selbst, darauf wurde bereits hingewiesen, ließ denn auch immer weniger Raum für eine solche Annahme. Einige Markierungspunkte dieses fortlaufenden Ernüchterungsprozesses seien hier noch festgehalten: K. Sontheimer und W. Bleek erklären im Jahre 1972 den Gedanken, die zunehmende fachliche Qualifizierung der SED-Kader konstituiere einen "Gegensatz zum Klassencharakter der Partei", schlichtweg als "völlig abwegig".[231] Zumindest was das

---

229) Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Achter Band, Tübingen 1964, S. 362

230) Vgl. etwa P.C. Ludz, Deutschlands doppelte Zukunft, S. 113ff.

231) K. Sontheimer/W. Bleek, Die DDR..., S. 89

Zentralkomitee betrifft, so stellen sie fest, daß der "viel beredete Gegensatz von Dogmatikern und Pragmatikern... im Ganzen offensichtlich weniger markant (ist), als vielfach angenommen wurde."[232] Andererseits reproduzieren Sontheimer/Bleek im selben Buch dann wiederum doch die Vorstellung von jenem "viel beredeten Gegensatz" und erklären ihn geradezu zum Wesenszug des Sozialismus in der DDR: "Typisch für den möglichen strukturellen Gegensatz zwischen industriegesellschaftlicher und politischer Orientierung ist der in der DDR immer wieder aufbrechende Konflikt zwischen Fachmann und Funktionär; charakteristisch ist das Bestreben der DDR-Führung, diesen Konflikt durch Erziehung des unentbehrlichen Fachmanns zu bewußt sozialistischem Verhalten soweit wie möglich zu entschärfen."[233] Während hier der Eindruck erweckt wird, als erfordere es eine andauernde Anstrengung seitens der DDR-Führung, den "Konflikt zwischen Fachmann und Funktionär" in Latenz zu halten und sein manifestes "Aufbrechen" zu verhindern,

---

232) ebda.

233) ebda., S. 72. - Das Zitat macht noch einmal deutlich, daß das Gegeneinanderausspielen von "Fachmann" und "Funktionär" direkt auf der szientistisch-technokratischen Leugnung der Bedeutung von Politik überhaupt fußt; wie anders könnten Sontheimer/Bleek "politische Orientierung" per se in Gegensatz zu "industriegesellschaftlicher Orientierung" stellen? Auch R. Thomas, obwohl dem Gedanken eines technokratisierten Sozialismus kritisch gegenüberstehend, bleibt der begrifflichen "Gegenüberstellung von Dogmatikern und Technokraten" prinzipiell verhaftet; er wendet sich lediglich gegen die "vereinfachende Verwendung dieser Gegenüberstellung" bei Ludz. Thomas expliziert nirgends, was er unter "dogmatischer Betrachtung" einerseits und dem "rationale(n) Argument" andererseits (welches von den wissenschaftlich qualifizierten Kräften in den politischen Entscheidungsprozeß eingebracht werde) versteht (vgl. R. Thomas, Modell DDR. Die kalkulierte Emanzipation, S. 31).

ist dagegen bei H. Rausch und T. Stammen, in ihrer 1974 erschienenen Monographie, von einem Konflikt erst garnicht mehr die Rede; nüchtern schreiben sie: "Die anwachsende Bedeutung fachlicher Qualifikationsmerkmale schließt natürlich keineswegs eine Tendenz der Entpolitisierung mit ein, vielmehr wird von der neuen Intelligenz im Staatsapparat geradezu beides vorausgesetzt."[234] Offenkundig sehen Rausch/Stammen kein Hindernis, welches es der DDR-Führung unmöglich machen könnte, diese doppelte Zielstellung zu verwirklichen. Zu dieser Sicht der Dinge gelangt 1974 schließlich auch Ludz selbst. Mit der Feststellung: "Verfachlichung bedeutet heute allerdings nicht mehr Entpolitisierung, sondern, im Gegenteil, wachsende Politisierung"[235] dementiert er im Grunde all das, was er ein Jahrzehnt lang über die Entwicklung und die Perspektiven der DDR gemutmaßt hatte, dementiert er die Hauptthese, auf der seine umfangreiche Studie über die "Parteelite im Wandel" basiert.[236]

---

234) H. Rausch/T. Stammen, DDR - Das politische, wirtschaftliche und soziale System, S. 234 (Das Zitat stammt aus einem Beitrag von H. Maier in dem genannten Band).

235) P.C. Ludz, Politische Ziele der SED..., S. 1268 (Herv.heb.: O.C.). Gleichsam als Vorstufe zu dieser neuen Erkenntnis formuliert Ludz in einem ein Jahr zuvor erschienenen Aufsatz: "Die Bedingungen und konkreten Anforderungen einer leistungsorientierten Laufbahngesellschaft haben als Lernziel (in der Kaderausbildung, O.C.) neben der politischen Indoktrination in erster Linie das spezialisierte fachliche Können gesetzt." (P.C. Ludz, Experten und kritische Intelligenz in der DDR, (Neuaufl. 1976), S. 182; Herv.heb.: O.C.)

236) Wenn D. Grille über Ludz' "Parteielite im Wandel" bemerkt, die dort "aufgestellten imponierenden Postulate harren indessen immer noch ihrer Erfüllung", übersieht er dabei die Tatsache, daß Ludz in der Zwischenzeit faktisch selbst von jenen "imponierenden Postulaten" abgerückt ist; was selbstverständlich den Tatbestand der Fehlprognose nicht ungeschehen macht. (D. Grille, Literaturbericht zur "DDR-Forschung", S.97)

"Verfachlichung" und "Politisierung" (resp. "Ideologisierung"), diese vormals als letztlich unverträglich, reziprok, gegensätzlich interpretierten Tendenzen, werden nunmehr als miteinander vereinbar, als zwei Seiten einer Medaille anerkannt. Die "Wissenschaft" hat in dieser revidierten Interpretation faktisch aufgehört, eine subversive Antithese zur sozialistischen "Ideologie" zu sein. Das wiederum bedeutet, konsequent zuende gedacht, daß die grundlegende Prämisse vom Widerspruch zwischen Industriegesellschaft und Sozialismus in sich zusammenbricht.

In Abwehr dieser ideologisch-theoretisch schwerwiegenden Konsequenz verfällt man in der DDR-Forschung immer wieder von neuem auf die Entgegensetzung von Wissenschaft und Ideologie, Pragmatismus und Dogmatismus, unbeschadet ihres längst sinnfällig erwiesenen spekulativen Charakters. So mag denn z.B. Ludz ebenjenen Artikel, worin er die reibungslose Verbindung von "Verfachlichung" und "Politisierung" in der heutigen DDR eingesteht, nicht ohne die - in der DDR-Forschung schon geradezu obligatorische - Verheißung beschließen, auch in der DDR würden letztlich die industriegesellschaftlichen und intersystemaren Tendenzen "vor den dogmatischen Sätzen des Marxismus-Leninismus nicht Halt (machen). Auch die Parteidoktrin wird modernisiert werden müssen..."[237] Wiewohl die Entideologisierungsthese sich als irreal erwiesen hat, bestimmt sie also im Ansatz weiterhin die Interpretation.[237]

Entsprechend führt auch die Vorstellung von der Dichotomie zwischen Sachverstand und Ideologie, Experten

---

237) P.C. Ludz, Politische Ziele der SED..., S. 1270. An anderer Stelle heißt es, "die Realität in der DDR und die Begriffe des historischen und dialektischen Materialismus (seien) nur schwer aufeinander zuzuordnen." (P.C. Ludz, Deutschlands doppelte Zukunft, S. 90)

und Funktionären weiterhin das zähe Eigenleben einer Legende. Noch wo sie aus der beobachteten Realität keinerlei Anhaltspunkte zu gewinnen vermag, wo ihr im Gegenteil geradezu die eigene Fragwürdigkeit entgegengehalten wird, bildet sie das unerschütterliche Interpretationsmuster. Eher äußert man seine Verwunderung darüber, daß die Wirklichkeit nicht so ist, wie dieses dichotomische Raster es vorschreibt, als daß man anfinge, sich darüber zu wundern, daß ebendieses Interpretationsraster noch immer herangezogen wird: So kann etwa die "FAZ" es sich nur als "Kuriosität", als etwas eigentlich widersinniges erklären, "daß gerade dieser Minister, Nikolai Patolitschew, ... unermüdlich daran arbeitete, den Handel mit den Vereinigten Staaten zu normalisieren." Denn, so meint die Zeitung, "gleichzeitig gehört er ausgerechnet zu jener Gruppe sowjetischer Spitzenfunktionäre, die durch starres Festhalten an dogmatischen, stalinistischen Traditionen das freie Spiel zwischen Moskau und Washington erschweren."[238]

Die Kategorien "Pragmatismus", "Ideologie" usw. verselbständigen sich als Leerformeln schließlich derart, daß ihr Gebrauch gänzlich unkontrolliert wird. Anders ist es nicht zu erklären, daß die gegenwärtige SED-Führung teils mit dem Attribut des "Ideologischen" bzw. "Dogmatischen", teils aber mit dem gegenteiligen At-

---

238) FAZ v. 24.8.1976 (Herv.heb.: O.C.) Die selbe Zeitung wußte vor einigen Jahren den damals neugewählten DDR-Ministerpräsidenten H. Sindermann nur in der widersprüchlichen Weise zu charakterisieren, daß sie ihn einerseits als dogmatischen, "linientreuen Kommunisten" einschätzte, andererseits aber doch wiederum hervorhob, es handele sich um einen "modernen Parteimanager", der "auch das Vertrauen der jungen Parteiintelligenz und der Wirtschaftsmanager" habe (FAZ v. 4.10.1973). Streng genommen bedeutet solch ein Nebeneinander von (kontradiktorisch definierten) Bestimmungen per se die Falsifizierung ebendieser Bestimmungen.

tribut des "Pragmatischen" versehen wird. Einmal kann man z.B. lesen, ein "harter Kern von SED-Spitzenfunktionären aus Ulbrichts Zeiten bestimm(e) auch unter Honecker, gegenwärtig und in naher Zukunft, die Geschicke der SED ... und der DDR"[239], ein anderes Mal wird das direkte Gegenteil behauptet: Die Männer um Honecker "repräsentieren gegenüber den 'Pionieren der ersten Stunde' eine neue Generation. Es sind Pragmatiker, die sich weder über die kommunistische Zukunft noch über den 'neuen Menschen' den Kopf zerbrechen. Sie scheren sich nicht um Visionen und Utopien. Es sind Handwerker der Macht..."[240] Dieses verwirrende (und verwirrte)

---

239) P.C. Ludz, Der IX. Parteitag der SED: Ein Rückblick, S. 12

240) DZ v. 28.5.1976. Entsprechend vertritt ein Artikel in der FAZ die These: "Technokraten regieren die Sowjetunion" (FAZ v. 19.10.1976). Andererseits meint wiederum P.J. Winters: "Unter Honecker sind Technokraten wenig gefragt. Seit Ulbrichts Abgang ist die Parteikarriere wieder wichtiger als Fachwissen." (FAZ v. 10.6.1976) Direkt entgegengesetzt der "Spiegel": "Walter Ulbricht (so referiert der "Spiegel" zustimmend die Meinung gewisser "nachdenkliche(r) SED-Funktionär ", O.C.) habe es immerhin noch verstanden, einen Rest von Glauben an kommunistische Ideale lebendig zu erhalten. Unter Honecker hingegen sei das Leben in der DDR 'völlig merkantilisiert', Hebung des Lebensstandards einziges politisches Ziel. Folge dieses Vorrangs der Ökonomie vor der Ideologie müsse eine geistige Leere sein..." ("Der Spiegel" v. 29.8.1977).
Das Schwanken zwischen der "Pragmatiker"-These und der "Dogmatiker"-These läßt sich durchaus auch innerhalb ein und desselben politischen Flügels der DDR-Forschung beobachten: Während, wie zitiert, die konservative "Deutsche Zeitung" einmal die "Pragmatiker"-These, d.h. die These von der weitgehend erfolgten Entideologisierung der SED-Führung vertritt, spricht - nur einen Monat später - P. Picaper in demselben Blatt von der SED als "einer bolschewistischen Partei, die sie nie aufgehört hatte zu sein" (P. Picaper, Schritt zur Realität. Neue Fragen für De-De-Errologen, in: DZ v. 25.6.1976). Daß "die marxistisch-leninistische Ideologie für das DDR-Wirtschaftssystem von erheblicher Bedeutung ist", meint z.B. auch der - ebenfalls politisch konservativ denkende - K.C. Thalheim (Zur Notwendigkeit und zu den Aufgaben der DDR-Forschung, S. 918).

Oszillieren der Interpretation zwischen der Auffassung einerseits, die SED-Führung insistiere gegenüber den Pragmatikern und Technokraten auf ihrem Dogma, und der Auffassung andererseits, sie bestünde heute gerade selbst aus Pragmatikern und Technokraten, stellt im Grunde einen deutlichen Beweis eigener, unfreiwilliger Art dar, daß die Wirklichkeit auf der Basis einer kategorialen Auseinanderreißung von Ideologie und Wissenschaft, Sozialismus und Sachlichkeit eben nicht einzufangen ist, daß man vielmehr von der realen Einheit und Verträglichkeit beider Seiten auszugehen hat.

Solange die DDR-Forschung ebendies unterläßt, solange sie aus ideologischen Motiven Sozialismus und industrielle Gesellschaft als "Grundwiderspruch"[241)] hinstellt, solange wird sie selber auseinanderfallen in zwei konkurrierende Interpretationsmuster, welche in ihrer jeweiligen Einseitigkeit beide Male die Wirklichkeit verfehlen, so daß sie sich gewissermaßen in einem rastlosen Kreislauf immer wieder wechselseitig negieren und bestätigen. Es handelt sich hier im Kern um denselben Dualismus, der uns weiter oben schon als theoretischer Dauerkonflikt zwischen Industriegesellschaftstheorie und Totalitarismus-Ansatz aufgefallen war. Bezogen auf das Thema Ideologie/Entideologisierung stellt er sich wie folgt dar: Ausgehend von der entscheidenden Prämisse, Ideologie (Sozialismus) widerstreite der Wissenschaft (Industriegesellschaft), formuliert man die bekannte These, die Herrschaft der sozialistischen Ideologie verhindere oder bremse doch zumindest die industriegesellschaftliche Modernisierung.[242)] Dem entspricht die Vorstellung, bei den Führungsgruppen handele es sich um "Dogmatiker".

---

241) P.C. Ludz, Zur gesellschaftspolitischen Situation in der DDR, S. 23

242) "Die Evolution geht gebremst weiter." (E. Richert, Revolutionäre und revolutionäre Tendenzen im DDR-Gesellschaftsprozeß..., S. 43) Über eine angebliche "systemimmanente Schranke der Modernisierungs" vgl. auch P.C. Ludz, Deutschlands doppelte Zukunft, S. 89f.

Konfrontiert mit der realen Dynamik der sozialistischen Gesellschaft, provoziert jene These unweigerlich und in wachsendem Maß den Einwand, ebendieser Dynamik (die durchaus ihre "industriegesellschaftliche" Seite besitzt) keineswegs gerecht zu werden, den tatsächlichen raschen "Modernisierungs"-Fortschritt der sozialistischen Länder zu übersehen und zu unterschätzen.[243] Aus dieser realen Erfahrung heraus formuliert nun ein Teil der Sozialismusforscher eine zur ersten geradewegs entgegengesetzte These: daß nämlich die sozialistische Ideologie in Wirklichkeit kaum mehr eine Rolle spiele[244], weswegen eben die industriegesellschaftliche Modernisierung so erfolgreich Platz greifen könne. Dem entspricht dann die Vorstellung, es handele sich bei den Führungsgruppen nicht um "Dogmatiker", sondern vielmehr um "Pragmatiker" und "Technokraten". Diese zweite Grundthese, wonach die sozialistische Wirklichkeit schon weitgehend "entideologisiert" sei, ruft nun aber wiederum der Einwand hervor, sie ignoriere die sehr wohl zu beobachtende Wirksamkeit des ideologisch-politischen Moments in der sozialistischen Gesellschaft.[245] Damit jedoch

---

243) Immerhin gehen einzelne DDR-Forscher schon so weit, daß sie auf bestimmten Gebieten sogar einen "Vorsprung der DDR, den Anforderungen der modernen Industriegesellschaft gerecht zu werden", einräumen (R. Waterkamp, Herrschaftssysteme und Industriegesellschaft. BRD-DDR- Stuttgart - Berlin usw. 1972, S. 8

244) Diese These hat jüngst wieder P. Bender in der Zeitschrift "L 76", Nr. 3, Köln 1977, äußerst apodiktisch formuliert. Wie die FAZ resumiert, ist Bender der Ansicht, "daß die Ideologie im Osten heute praktisch keine Rolle mehr spielt ... Das fundamentale Problem des Länder Osteuropas ist seiner Meinung nach die Industrialisierung. Auf ihrem Programm steht vorläufig nicht der Sozialismus, sondern der Anschluß an die Moderne..." (FAZ v. 26.3.1977).

245) Vgl. das Zitat von Thalheim oben, Anm. 240, sowie jenes von D. Herrmann oben, Anm. 131. Bemerkenswert sind auch die Aussagen von K. Steinbuch zur Bedeutung der sozialistischen Ideologie: "Die Stärke der sozialistischen Gesellschaften (z.B. in der DDR oder in der Sowjetunion) liegt darin, daß dort ein zusammen-

(Forts. nächste Seite)

schließt sich der Kreis; man gelangt wieder zur ersten These zurück. Aufzubrechen ist dieser unfruchtbare Zirkel nur, wenn die metaphysische Gegenüberstellung von Industriegesellschaft und Sozialismus ("Ideologie") aufgegeben wird - ein Schritt, der die bürgerliche Sozialismusforschung allerdings in ihren theoretisch-ideologischen Grundfesten erschüttert würde.

Was wir hier modellhaft als Dualismus zweier Interpretationsrichtungen dargestellt haben, bleibt auch häufig bei jeweils ein und demselben Verfasser spürbar, und zwar in Gestalt einer gewissen Unentschiedenheit des Urteils. Sie rührt eben aus dem Dilemma her, daß einerseits die Entideologisierungs-Prognose an den Tatsachen gescheitert ist, sie aber andererseits bei Strafe der Anerkennung des Sozialismus als eines modernen, zukunftsweisenden Systems in irgendeiner Weise aufrechterhalten werden muß. So rechtfertigt beispielsweise Ludz im Jahre 1976 mit etwas gewundenen Worten seine unverminderte Beschäftigung mit der sozialistischen Ideologie: Er schreibt, "daß vielleicht das 'Zeitalter' der Ideologie vergangen, die Notwendigkeit der präzisen Analyse der Funktionen von Ideologie im Rahmen von Handlungsstrategien dadurch jedoch keineswegs aufgehoben ist."[246] Das vorläufig letzte Wort von Ludz zu dem lange Jahre hindurch (nicht zuletzt von ihm selbst) strapazierten Thema der "Entideologisierung" ist also ein schlichtes "vielleicht".[246a]

Forts. Anm. 245)

hängendes theoretisches System von der Ideologie über alle Fachwissenschaften bis hin zum praktischen Handeln, vor allem politischen Handeln führt." (K. Steinbuch, Kurskorrektur, Stuttgart 1973, S. 57)

246) P.C. Ludz, Ideologie und Ideologiebegriff..., S.XVII (Herv.heb.: O.C.)

246a) Neuerdings jedoch - im Zusammenhang mit den neuen Momenten im West-Ost-Verhältnis seit der KSZE - scheint Ludz wieder zur traditionellen Entideologi-

(Forts. nächste Seite)

Entsprechend dieser theoretischen Unschlüssigkeit hält sich die DDR-Forschung in letzter Zeit auffallend mit konkreten Prognosen zurück. Weder zeigt man sich allzu überzeugt von der Annahme, der Sozialismus bzw. seine Ideologie würde in Zukunft die weitere wissenschaftlich-technische Modernisierung verunmöglichen[247], noch scheint man sich besonders sicher darüber zu sein, daß umgekehrt von diesem Modernisierungsprozeß eine reale Bedrohung des Sozialismus, eine "Entideologisierung" ausgehe. Was das letztere betrifft, so sparen beispielsweise C. Burrichter u.a. in einem Aufsatz über die Wissenschaftlich-technische Revolution (WTR) zwar nicht mit Paraphrasen ihrer Grundthese, "daß die aktuelle Entwicklungsdynamik von Wissenschaft und Technik zum Überdenken der traditionellen ökonomischen und gesellschaft-

---

Forts. Anm. 246a)

sierungs-These zurückzukehren, Er erklärt, daß "nach Helsinki eine Erosion des Ideologischen, ein Absinken der Überzeugungskraft der Ideologie des Marxismus-Leninismus ... zu erkennen sind." (P.C. Ludz, Die Neuordnung der Führungsspitze der DDR. Beweggründe und Auswirkungen der Machtkonzentration bei Erich Honecker, (1977), S. 119) Damit ist Ludz wieder bei seiner vor anderthalb Jahrzehnten vertretenen Position angelangt.

247) P.C. Ludz: "Die Toleranzbreite des politisch-ideologischen Systems wächst ... nur langsam - zu langsam, um der an sich gegebenen wirtschaftlichen und technologischen Modernisierung zu entsprechen, geschweige denn, ihr zusätzliche Impulse zu verleihen." (Deutschlands doppelte Zukunft, S. 89; Herv. heb.: O.C.) Das politisch-ideologische System verhindert also die Modernisierung nicht - diese ist vielmehr "an sich gegeben"! -, es "entspricht" dieser Modernisierung lediglich nicht (was immer das heißt). Auch die Argumentation von C. Burrichter u.a. behauptet keineswegs eine systembedingte Hemmung der WTR-Dynamik im Sozialismus, sondern geht im Gegenteil von der vollen Entfaltung dieser Dynamik im Sozialismus aus (um dann gerade hieraus systemsprengende Tendenzen abzuleiten). (Vgl. die nächste Anm.)

lichen Ziele und Grundstrukturen" des Sozialismus zwinge[248], können diesen angeblichen Widerspruch aber in keinem Punkt konkret machen, weswegen sie dann auch nichts in der Hand haben, woraus sich die klare Prognose ableiten ließe, daß die WTR tatsächlich zur Sprengung der sozialistischen Strukturen führen müsse. Charakteristisch für dieses prognostische Defizit sind mehrfach wiederkehrende Formulierungen, in denen die realgesellschaftliche Wirkung, die laut Burrichter von der WTR ausgeht, relativiert wird zugunsten einer unverbindlicheren, mehr ideellen Bedeutung derselben: "Wissenschaft verändert bzw. problematisiert gegenwärtig die verschiedensten gesellschaftlichen Teilbereiche bis hin zu den gesamtgesellschaftlichen Grundnormen und Grundstrukturen." 249) Oder: "Der strukturensprengende oder zumindest strukturkritische Charakter der gesellschaftlichen Folgewirkungen der WTR kommt ... (bei den sozialistischen Theoretikern, O.C.) nicht in Sicht."[250] Was also bei Burrichter und anderen "nicht in Sicht" ist, das ist der Nachweis, daß der Versuch der Verbindung von Sozialismus und WTR letzten Endes praktisch scheitern müsse. Burrichter u.a. legen sich nirgends auf eine derartige Aussage (die doch gleichwohl implizit durch ihre gesamten Ausführungen durchscheint) fest; sie begnügen sich mit der wenig originellen Feststellung, daß im Zuge der WTR auf die politische Führung der DDR und "den etablierten Sozialismus noch erhebliche Verarbeitungsprobleme zukommen" werden.[251]

---

248) C. Burrichter/E. Förtsch/H.-J. Müller, Die WTR..., S. 524

249) ebda. (Herv.heb.: O.C.)

250) ebda., S. 529 (Herv.heb.: O.C.)

251) ebda., S. 526. Bezeichnenderweise ist dieses Urteil über die zukünftige Problemverarbeitungsfähigkeit des Sozialismus weit zurückhaltender und positiver als dasjenige, welches Burrichter - freilich

(Forts. nächste Seite)

5. Die Entwicklungsprognose der "Konvergenz"

Wie das Konzept der Entideologisierung im Laufe der letzten anderthalb Jahrzehnte in die Krise geriet, so parallel dazu auch die Theorie der Konvergenz der Systeme. Beide Konzepte stehen, da sie sich ihrerseits jeweils auf die Industriegesellschaftstheorie gründen - wir haben sie daher weiter oben als die beiden prognostischen Hauptschlußfolgerungen der Industriegesellschaftstheorie (in Kontext der Sozialismus-Forschung) bezeichnet[252] -, auch untereinander in einem engen Wechsel-

---

Forts. Anm. 251

nicht im selben Aufsatz - über den Kapitalismus fällt (wobei er sich eines Zitats von H. Klages bedient): "Es zeichnet sich die Gefahr ab, daß die industriellen Gesellschaften (des Westens) in eine krisenhafte Situation hineintreiben, weil ihnen die Sensibilität und Kapazität für eine rechtzeitige Früherkennung von aufkommenden Problemen fehlen." (C. Burrichter, Präliminarien zu einer Theorie internationaler Wissenschaftskooperation, S. 12) Offensichtlich sehen Burrichter u.a. keinen ausreichenden Grund, eine solche Krisenprognose auch analog für den Sozialismus aufzustellen.
Dieselbe Kombination von unentwegter Problembeschwörung bezüglich des Sozialismus einerseits und prognostischer Unsicherheit andererseits begegnet uns in einem jüngeren Artikel von E. Topitsch, in dem dieser behauptet, die "Sowjetmacht verlier(e) ihre ideologischen Krücken", die "marxistische Heilslehre und Herrschaftsiedologie... (gerate) in immer offenkundigere Spannung zum modernen wissenschaftlichen Denken, das für den Aufbau einer industriellen Weltmacht unentbehrlich ist," usw. Trotz dieser geradezu dramatischen Beschreibung bleiben die weiteren Aussichten unklar: "So offenkundig aber der Erosionsprozeß im Sowjetmarxismus ist, so schwierig bleibt es, seine praktisch-politischen Auswirkungen abzuschätzen." Topitsch muß sogar die Möglichkeit einräumen, daß das "moderne wissenschaftliche Denken" schließlich doch "seinen Platz finden" könnte im sowjetischen System. (E. Topitsch, Marx im Abwind. Die Sowjetmacht verliert ihre ideologischen Krücken, in: DZ v. 1.1. 1977)

252) Die Konvergenztheorie ist zwar nicht identisch mit der Industriegesellschaftslehre, basiert jedoch auf ihr (vgl. H. Meißner, Konvergenztheorie und Realität,

(Forts. nächste Seite)

verhältnis: Die Konvergenz der Systeme in Richtung auf eine einheitliche Industriegesellschaft ist, nach dem Verständnis der Anhänger dieser Theorien, ja gerade ermöglicht oder mitbewirkt durch den Prozeß der Entideologisierung im Sozialismus, oder anders gesagt, die Entideologisierung bildet einen (oder den) wesentlichen Inhalt der Konvergenz. Das Ausbleiben der Entideologisierung in der Realität des Sozialismus verweist damit auch schon auf die Krise der Konvergenz-Erwartungen. (Insofern handelten die bisherigen Ausführungen unausgesprochen auch von diesem zweiten Aspekt. Wir können uns daher im folgenden relativ kurz fassen.)

Im Jahre 1960 sah Ludz im Sozialismus "eine Gesellschaft, die sich technisch und wirtschaftlich und somit sozialstrukturell schnell den hochindustrialisierten Wirtschaftssystemen des Westens annähert."[253] Bereits ein Jahr später relativiert er diese Aussage: er sieht nurmehr gewisse "Anzeichen" einer solchen Annäherung[254]. Dennoch bleibt auch noch in den folgenden Jahren die Konvergenzerwartung ein deutlicher Grundtenor der Ludzschen Sozialismusforschung. Ludz sieht in den "durch die wirtschaftlichen Prozesse initiierten Massenratio-

---

Forts. Anm. 252

S. 44f.); daher kann sich aber auch die Industriegesellschaftslehre nicht einfach für unbeteiligt erklären, wenn die Konvergenztheorie - ebenso wie die Theorie der Entideologisierung - scheitert.

253) P.C. Ludz, Das Sowjetsystem als Gegenstand der Wissenschaft von der Politik. Bericht, vorgelegt der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) in Tutzing am 1./2. März 1960 (hektogr.) (Zit. nach H. Zimmermann, Probleme der Analyse bolschewistischer Gesellschaftssysteme, S. 199).

254) P.C. Ludz, Totalitarismus oder Totalität..., S. 136. Dieser Aufsatz scheint aus dem in Anm. 253 genannten Manuskript hervorgegangen zu sein (vgl. H. Zimmermann, Probleme der Analyse..., S. 194, Anm. 1).

nalisierung[en] des täglichen Verhaltens"[255] eine Ursache, bzw. ein Symptom der Systemkonvergenz. In Anlehnung an eine Großuntersuchung mehrerer amerikanischer Kommunismusforschungszentren in den fünfziger Jahren, das sog. "Harvard-Project"[256], spricht Ludz von den "außerordentliche(n) Ähnlichkeiten des Verhaltens vergleichbarer sowjetrussischer und westlicher Individuen" und sieht zudem eine "ähnliche Mobilitätsrate in beiden Gesellschaften".[257] 1963 schreibt er: "Die Sowjetgesellschaft ist zwar keine spätbürgerliche Gesellschaft, doch bedingt die Industrialisierung eine spezifische Form der sozialen Vermassung und gleichzeitigen Differenzierung, eine Form der Integration des Verhaltens, die jedes Dogma, also auch den marxistischen Ideologiebegriff, 'von unten' durchlöchert. Dadurch aber werden Gesellschaftsordnungen, auch wenn sie soziologisch-historisch in verschiedenen Phasen stehen, in gewissen Kategorien tendenziell kommensurabel."[258] Ludz vermeidet hier, wie auch sonst, den Begriff der Konvergenz, dennoch laufen seine Ausführungen zweifellos darauf hinaus, zumal er sich nirgends ausdrücklich von der Konvergenztheorie abgrenzt, im Gegenteil, solche Konvergenztheoretiker wie R. Aron und W.W. Rostow positiv als Bezugspunkte seiner eigenen Überlegungen anführt.[259]

---

255) P.C. Ludz, Totalitarismus oder Totalität..., S. 136

256) Dieses Projekt basierte vor allem auf Befragungen von sowjetischen Emigranten. An ihm war auch die US-Airforce beteiligt (Quelle: siehe nächste Anm.).

257) P.C. Ludz, Offene Fragen in der Totalitarismus-Forschung, S. 323, Anm. 13

258) P.C. Ludz, Entwurf einer Typologie..., S. 84. Bei W.W. Rostow hatte es geheißen: "Das Wesen des Kommunismus wird im Zeitalter des Massenkonsums wahrscheinlich dahinschwinden, und das hat auch Moskau schon begriffen..." (W.W. Rostow, Stadien wirtschaftlichen Wachstums, S. 161).

259) Vgl. P.C. Ludz, Entwurf einer Typologie..., S. 99, Anm. 6; Totalitarismus oder Totalität..., S. 145, Anm. 45, usw.

In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre dann macht sich bei Ludz Skepsis gegenüber der Konvergenzvorstellung bemerkbar. In "Parteielite im Wandel" meldet er erhebliche Vorbehalte an; allerdings zieht er sich hier letzten Endes auf den Bereich nur "kurzfristiger Voraussagen"[260] zurück und läßt die Frage nach "globale(n) Deutungszusammenhänge(n)"[261], nach Konvergenz oder Divergenz offen.

Die skeptische Position gegenüber der Konvergenztheorie hatten zuvor schon Z.K. Brzezinski und S.P. Hutington in einem einflußreichen Buch formuliert.[262] Sie bezweifeln hier vor allem einen direkten Zusammenhang zwischen wirtschaftlich-technischem Entwicklungsstadium und politisch-ideologischem Überbau und sagen daher für die nähere Zukunft "ein Nebeneinander sowohl wirtschaftlicher Weiterentwicklung als auch der Beibehaltung der ideologischen und politischen Struktur" voraus.[263] Dieser Auffassung schließt sich dann auch Ludz 1969 an.[264]

Die Abkehr von der "naiven Konvergenzthese"[265] bedeutet

---

260) P.C. Ludz, Parteielite im Wandel, S. 23

261) ebda., S. 21

262) Z.K. Brzezinski/S.P. Hutington, Political Power: USA/USSR, N.Y. 1964; Deutsche Ausgabe: Politische Macht. USA/UdSSR. Ein Vergleich, Köln - (West)Berlin 1966. (Vgl. außerdem oben, Anm. 150)

263) ebda. (dtsch. Ausgabe), S. 455

264) Vgl. P.C. Ludz, Art. "Konvergenz, Konvergenztheorie", S. 896

265) Chr. Graf von Krockow, Der Wettkampf der Systeme. Betrachtungen über eine mögliche Konvergenz, in: Geist und Tat, Ffm., Heft 3/1971 , S. 148

objektiv eine theoretische Infragestellung und Entwertung der Industriegesellschaftskonzeption. Denn im Begriff der Industriegesellschaft ist die fundamentale These formuliert, wonach die industriell-technologische Entwicklungsstufe einer Gesellschaft ihren wesentlichen Charakter ausmacht, d.h. aber auch: diese Gesellschaft tendenziell in ihrer Gesamtheit prägt und die Richtung ihrer Weiterentwicklung (eben hin zur - "normalen", "entideologisierten" - modernen Industriegesellschaft) bestimmt.[266] Ohne diesen Anspruch, Entwicklungstheorie zu sein, verlöre die Industriegesellschaftslehre in der Tat ihren Sinn; sie verkümmerte zu der These, daß die modernen Gesellschaften ihrer Struktur nach als wesentlich durch den Industrialismus determiniert anzusehen seien, ohne daß jedoch ausgemacht sei, ob sich ihr weiterer Wandel, ihre innere Entwicklung ebenfalls gemäß

---

266) Es ist daher unlogisch, wenn sich R. Aron, einer der wichtigsten Industriegesellschaftsdenker, mit folgender - an sich durchaus richtiger - Begründung gegen die Konvergenzvorstellung wendet: "Die gemeinsamen Züge der (industriellen, O.C.) Produktionsweise müssen auch gewisse Angleichungen der Lebensweise mit sich bringen. Aber so wie es unstatthaft wäre, die Ähnlichkeiten zu leugnen, würde nur vulgärer Marxismus zu der Behauptung berechtigen, daß die Ähnlichkeiten sich verstärken oder daß die Unterschiede sekundär sind. Es kann durchaus sein, daß das, was die westliche Gesellschaft von der sowjetischen unterscheidet, sehr viel wichtiger ist, als das, in dem sie sich ähneln." (R. Aron, Sociologie allemande sans idéologie? In: Archives Européennes de Sociologie, Tome I, Nr. 1/1960; zit. nach H. Zimmermann, Probleme der Analyse..., S. 196). Unlogisch ist dies, in der Immanenz des Aronschen Ansatzes, insofern, als Aron ja davon ausgeht, daß "die sowjetischen und die kapitalistischen Gesellschaften .. nur zwei Arten ein und derselben Gattung oder zwei Abwandlungen ein und desselben sozialen Typs (sind): der progressiven industriellen Gesellschaft" (R. Aron, Die industrielle Gesellschaft. 18 Vorlesungen, Ffm. 1964, S. 37f.). Wie kann man zwei Gesellschaften unter ein und denselben Typus subsumieren, wenn ihre Unterschiede "sehr viel wichtiger" sind als ihre Ähnlichkeiten?!

dieser Determination vollziehe. Strukturaspekt und Entwicklungsaspekt fielen schroff auseinander; damit aber wäre die Theorie insgesamt in Frage gestellt (weil sich die Strukturen ihrerseits nicht ohne historisch-dynamische Kategorien begreifen lassen). Genau um eine solche Infragestellung des Gehalts der Industriegesellschaftstheorie handelt es sich im Grunde tatsächlich, wenn Brzezinski/Hutington - und mittlerweile der Großteil der bürgerlichen Kommunismusforschung - von einem dauerhaften Nebeneinander einerseits industrieller Modernisierung und andererseits der Konstanz der politisch-ideologischen (sowie auch sozialen[267]) Qualitätsmerkmale in den sozialistischen Systemen ausgehen. Hier verliert die Kommunismusforschung nicht lediglich im politisch-moralischen Sinn ihren vormaligen "schlichten Optimismus"[268] hinsichtlich einer Systemkonvergenz - sie verliert vor allem in theoretischer Hinsicht an Aussagekraft und prognostischem Erklärungswert. An die Stelle des ursprünglich angenommenen dynamischen Determinationsverhältnisses zwischen industriegesellschaftlicher "Basis" und (der Erosion preisgegebenem) politisch-ideologischem "Überbau" tritt ein in sich beziehungsloses Nebeneinander beider Seiten. Wir kennen es bereits als den unaufgelösten Dualismus von Industriegesellschaftslehre und Totalitarismustheorie. Hier nun ist erkennbar geworden, daß dieser Dualismus theoriege-

---

267) Zu den Vertretern der Konvergenztheorie, welche "grundlegende Unterschiede der Sozialstruktur" in den beiden Systemen sehen, vgl. P.C. Ludz, Art. "Konvergenz, Konvergenztheorie", S. 895

268) "... es wäre gut, den schlichten Optimismus der sechziger Jahre zu vermeiden - besonders insoweit, als er sich auf die angebliche 'Konvergenz' des kommunistischen und demokratischen Systems bezog." (Z.K. Brzezinski, Entspannungspolitik im Schatten Prags, S. 49)

schichtlich durch die Dazwischenkunft einer ("naiv") konvergenztheoretischen Phase samt deren Scheiterns entstanden ist; die Abfolge lautet schematisiert: Totalitarismustheorie - Konvergenztheorie - "gemischter" industriegesellschafts- und totalitarismustheoretischer Ansatz.[269] Jede theoretische Entwicklungsstufe stellt dabei eine Reaktion auf das Scheitern der jeweils vorhergehenden dar. Methodologisch bedeutet diese Abfolge das Übergehen von einer wesentlich idealistischen Betrachtungsweise der Gesellschaft (Totalitarismustheorie) zu einer wesentlich vulgär-materialistischen, nämlich technizistischen Herangehensweise (Konvergenztheorie) und von da wiederum zu einem recht unübersichtlichen Gemisch aus beiden.[270]

Wie die bürgerliche Kommunismusforschung in ihrer dritten, bis heute anhaltenden Etappe an entwicklungstheoretischer (d.h. auch: prognostischer) Stringenz und Aussagekraft verloren hat, so hat sich umgekehrt ihr pragmatisch-politischer Zug verstärkt. Das verloren gegangene Vertrauen in eine objektiv-industriegesellschaftlich bedingte Konvergenz, d.h. eine allmähliche Erosion der spezifisch sozialistischen Systemmerkmale, wird nun

---

269) In der Realität verlief dieser Theoriebildungsprozeß freilich weit widersprüchlicher und unübersichtlicher. Z.B. stand ein Teil der Kommunismusforscher der Konvergenzvorstellung von Anfang an reserviert gegenüber.

270) G. Rose schreibt: "Bei einigen Autoren, z.B. bei Walt Whitman Rostow, gehen subjektiv-idealistische und vulgärmaterialistische Entstellungen der Gesellschaft und der Triebkräfte des historischen Prozesses ständig ineinander über." (G. Rose, Konvergenz der Systeme..., S. 71)
D. Bell hat sich in jüngerer Zeit vom technischen Determinismus abgewandt und hält nun die Erneuerung der Religion für das Grundproblem der "westlichen" Gesellschaft. In "Die Zukunft der westlichen Welt" (1976) "hat die Kultur die führende Rolle im Prozeß der sozialen Wandlungen; sie erscheint dynamischer als selbst die Technologie." (J. Quack, in: FAZ v. 9.4.1977)

wettgemacht durch die intensivierte Suche nach Ansatzpunkten und Wegen, wie praktisch-politisch, von außen ein solcher Wandlungsprozeß ausgelöst oder unterstützt werden könne. "Konvergenz", sofern man diesen Begriff überhaupt noch verwendet, wird aus einer sozialwissenschaftlichen, objektiv begründeten Gesetzeshypothese tendenziell zu einem politischen Aktionsprogramm. Es gibt "keinen Sachzwang zur Konvergenz, der zielstrebiges politisches Handeln überflüssig macht", schreibt H. Heimann; Konvergenz kann "nur das Ergebnis bewußten und zielstrebigen politischen Handelns" sein.[271] Die Konvergenzstrategien konzentrieren sich in erster Linie auf den politisch-ideologischen Überbau der sozialistischen Gesellschaft. "... die Veränderung der politischen Klimatik (ist) geradezu eine Voraussetzung für Wandlungen im Bereich der Wirtschaft... Letztlich ist ... die Konvergenz eine Funktion der politischen Bedingungskonstellation", heißt es bei Thalheim[272]. Z.K. Brzezinski präzisiert das Verhältnis von Politik und Ideologie: "Ideologische Aushöhlung ist ... die entscheidende Ursache politischen Wandels in den kommunistischen Gesellschaften."[273] Für den oft sehr handfesten strategischen Pragmatismus, der hinter derartigen Erwägungen steht, mag - stellvertretend für unzählige andere Belege - die Bemerkung Brzezinskis stehen: "Aus diesem Grunde hat die Rolle, die Radio Freies Europa und Radio Liberty spielen, heute wieder an Bedeutung gewonnen..."[274].

---

271) H. Heimann, Demokratischer Sozialismus in Ost und West. Die Deutschland- und Ostpolitik: Anregungen zu einer konkreten Utopie, S. 17

272) K.C. Thalheim in: NZZ v. 19.12.1968

273) Z.K. Brzezinski, Entspannungspolitik im Schatten Prags, S. 43

274) ebda., S. 42. "Die Sowjetunion soll sich dem Westen anverwandeln können." zu diesem Zweck gilt es "gegenüber dem Sowjetsystem hohe Verformungsdrucke auf(zu)bauen und aufrecht(zu)erhalten" (FAZ v. 11.10.1977).

(Forts. nächste Seite)

Die pragmatische Orientierung der Kommunismusforschung geht freilich nicht so weit, daß sie wissenschaftliche Annahmen über objektive industriegesellschaftliche Entwicklungstendenzen, sprich: Erosionstendenzen im Sozialismus gänzlich verdrängt. Damit würde sie ja im Grunde ihren wissenschaftlichen Anspruch aufgeben, ebenso wie die politische Strategie dem Sozialismus gegenüber ihren legitimierenden Rückhalt verlöre, indem sie sich nicht mehr als im Einklang mit den objektiven Entwicklungserfordernissen stehend darstellen könnte. Daher wird in der heutigen Kommunismusforschung, neben der verstärkten Betonung der Rolle der aktiven politischen Einwirkung von außen, auch weiterhin die Vorstellung von einer (mehr oder weniger) unausweichlichen inneren industriegesellschaftlichen Evolution fortgeschrieben. Der DDR-Forscher W. Pfeiler setzt in diesem Sinne auf "Veränderungen des politischen Systems (in der DDR, O.C.) auf zweierlei Art ...: Einmal von außer her; ... zweitens auf evolutionärem Wege..."[275].

Forts. Anm: 274

Was die starke wissenschaftliche und politische Konzentration auf den sozialistischen Überbau betrifft, so liegen hierin einerseits durchaus reale Chancen, andererseits aber grundsätzliche Grenzen; einerseits wird damit - anders als im platten Konvergenzdenken - dem Primat der Politik im Sozialismus, der Bedeutung des bewußten, subjektiven Faktors in diesem Gesellschaftstyp Rechnung getragen; andererseits aber wird die materielle gesellschaftliche Determination des sozialistischen Überbaus, seine gesetzmäßige Übereinstimmung mit der ökonomischen Basis verkannt, was die Illusion erzeugt, er sei lediglich ein Spielball der jeweiligen politisch-ideologischen Einwirkungsmaßnahmen - eine Annahme, der in der politischen Praxis dann regelmäßig mit den harten Fakten kollidiert.

275) W. Pfeiler, DDR-Lehrbuch, Bonn 1974, S. 179

Die methodologische Fundierung dieser Evolutionsvorstellung bleibt - etwas anderes ist auf Basis des Industriegesellschaftsansatzes nicht denkbar - letztlich der technologische Determinismus, wie er auch der "naiven" Konvergenztheorie eigen war. Dies bezeichnet H. Kaiser denn auch mit Recht als einen "wunden Punkt" des Evolutionskonzeptes: "Diesem liegt, trotz der Vorbehalte und Abstriche, die einzelne seiner Vertreter machen, die Erwartung zugrunde, daß dem Modernisierungsprozeß ein Wandel der politischen Herrschaftsstruktur in Richtung auf die pluralistische Demokratie des 'Westens' nachfolgen müsse. Von einer solchen Automatik oder auch nur einer zwingenden Tendenz kann jedoch keine Rede sein..."[276].

Die Kommunismusforschung reagiert auf den Widerspruch zwischen der Tatsache, daß die Konvergenzthese ihre Fragwürdigkeit erwiesen hat, und dem starken ideologischen und theoretischen Bedürfnis, gleichwohl auf eine in Richtung Konvergenz zielende industriegesellschaftliche Entwicklungsgesetzmäßigkeit in der sozialistischen Gesellschaft zu pochen, in der Weise, daß sie die Konvergenz, resp. die Erosion des Sozialismus, tendenziell immer weiter in die Zukunft hinausverlegt. Man entwirft einen langfristigen Entwicklungszyklus, welcher erst nach Durchlaufen bestimmter Zwischenetappen zur Überwindung der sozialistischen Gesellschaftsordnung führe. Anfangs, so wird zugestanden, erfülle die sozialistische Macht noch eine echte historische Aufgabe; dann aber entwickle sie sich mehr und mehr zu einem "Hemmschuh der gesellschaftlichen Weiterentwicklung"[277]. Diese

---

276) H. Kaiser, Vom "Totalitarismus"- zum Mobilisierungs"-Modell, S. 167

277) "Die Anzeichen häufen sich, daß maßgebende Gruppen innerhalb der sowjetischen Gesellschaft die kommunistische Partei allmählich als Hemmschuh der gesell-

(Forts. nächste Seite)

Vorstellung wird etwa im sog. Mobilisierungs-Modell dahingehend systematisiert, daß man die Phasen "Mobilisierungs" - "Postmobilisierung" - "Demobilisierung" unterscheidet.[278] In dieses zyklische Modell lassen sich auch Ludz' Gedankengänge bruchlos einordnen; auch er verkennt z.B. nicht die ursprünglich mobilisierende und modernisierende Rolle der kommunistischen Partei[279], auch er postuliert für die zweite ("Postmobilisierungs"-) Phase einen Bedeutungsverlust der Partei infolge des

---

Forts. Anm. 277

schaftlichen Weiterentwicklung betrachten." (Z.K. Brzezinski, Entspannungspolitik im Schatten Prags, S. 45) Vgl. auch J.P. Pigasse: "Der Kommunismus führt die UdSSR und die östlichen Länder bis an die Pforten der Industriegesellschaft. Aber die fehlende Geschmeidigkeit und Effektivität hindern sie daran, über diese Schwelle zu treten... Mit den Jahren kommt die kollektivistische Wirtschaft ins Stocken." (Entreprise Nr. 797, 18-24, XII, 1970, S. 87; zit. nach J. Olsewitsch, Der Wirtschaftskurs des XXIV. Parteitages der KPdSU und seine bürgerlichen Kritiker, in: STP 2/1976, S. 147)

Ein Beispiel dafür, wie bürgerliche Theoretiker und Geschichtsphilosophen den Niedergang des Sozialismus gewissermaßen ständig vor sich herschieben, ist W.W. Rostow selbst. Er, der sich ehedem diesen Niedergang vom Einbruch des Massenkonsum-Zeitalters versprach, hat es seit Beginn der siebziger Jahre vorgezogen, erst einmal ein weiteres Zeitalter auszurufen: er "bezeichnet inzwischen 'die Suche nach neuen Qualitäten' als das kommende Entwicklungsstadium reicher Gesellschaften, welches das Stadium des Massenkonsums ablösen muß und wird" (W. Zapf, Zur Messung der Lebensqualität, in: ZfS 4/1972, S. 353). Geradezu modellhaft zeigte sich auch schon in den Ausarbeitungen des "Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands" der Trend zu (erzwungenermaßen) immer längerfristigen, immer stärker in einzelne Etappen auseinandergelegten Zukunftskonstruktionen (vgl. K.H. Roth, Invasionsziel DDR, S. 34ff.).

278) Vgl. dazu H. Richter "Kommunismusforschung" in den USA, S. 945ff.

279) Vgl. z.B. P.C. Ludz, Offene Fragen..., S. 339; ders., Die Entwicklung der DDR, S. 218

wachsenden "Bedürfnis(ses) nach mehr Experten und weniger nach Partei-Apparatschiks"[280], und auch er glaubt an die schließliche "Selbstzerstörung" des sozialistischen Systems[281].

Doch auch dieses Konzept einer Konvergenz gewissermaßen auf Umwegen und in längeren Fristen droht längst unter dem Druck der Realität und entsprechender Einwände, Bedenken und Zweifel - gerade auch aus dem nichtmarxistischen Lager - in sich zusammenzubrechen. Der Amerikaner J. Azrael beispielsweise wies zu Recht darauf hin, daß die gesellschaftspolitische Entwicklung der Chruschtschow-Ära mit ihrer sichtlichen Wiederbelebung der Partei- und Massenaktivität in keiner Weise auf eine Post- oder gar Demobilisierungstendenz hindeute.[282] Wie man hinzufügen kann, gilt dies erst recht für die Entwicklung nach 1964; der englische Forscher J.F. Hough bestätigt, "daß der Trend zu größerer politischer Partizipation der Arbeiter und Bauern, der in der Chruschtschow-Periode begann, sich nach dessen Ablösung fortsetzte"[283].

---

280) So R.V. Burks, Neue Wege der Kommunismusforschung in Amerika, S. 405

281) Vgl. oben, S. 422

282) Vgl. U. Kaiser, Vom "Totalitarismus"- zum "Mobilisierungs"-Modell, S. 167. - Vgl. dazu auch H. Wollmann, Tendenzen der Sowjet-Demokratie, in: U. Bermbach (Hrsg.), Theorie und Praxis der direkten Demokratie, Opladen 1973, S. 277ff.

283) J.F. Hough, Political Participation in the Soviet Union, S. 10 (Übers.: O.C.) - Nach sowjetischen soziologischen Untersuchungen beteiligte sich Ende der sechziger/ Anfang der siebziger Jahre "durchschnittlich fast die Hälfte der Beschäftigten ... mehr oder minder regelmäßig an der Leitung der Produktion auf freiwilliger Basis" (J.J. Wolokow/V.I. Muchacev, Die Beteiligung der Arbeiter an der Leitung der gesellschaftlichen Produktion, in: Marxismus Digest 27, Heft 3/1976, S. 104).

Wie Anzeichen einer "Demobilisierung" bislang außer Sicht geblieben sind, so auch relevante Kräfte und Träger der erhofften Evolution, der politischen Pluralisierung ses Systems. Der Exilrusse Pljuschtsch meinte, die "demokratische Bewegung in der Sowjetunion allein sei zu schwach, eine Änderung zu bewirken. Sie brauche die Hilfe der westlichen Demokratien..."[284]. Was die Lage in Polen betrifft, so gab die "FAZ" zu bedenken: "Aus der Nähe besehen wirkte das polnische Brodeln der letzten Monate freilich weniger explosiv als von ferneren Beobachtungspunkten... (Zu) einer oppositionellen Einheitsfront aller drei Gruppierungen - Arbeiter, Kirche, Intellektuelle - ... waren hier allenfalls zeitweise schwache Ansätze zu erkennen. Ziele und Motive sind allzu unterschiedlich."[285] Diesselbe Zeitung fand auch zu folgender nüchterner Einschätzung der Oppositionskräfte in der DDR: "Es kann schwerlich übersehen werden, daß zum Beleg für die Systemkritik immer nur die gleiche Handvoll Namen genannt wird und daß etwa Biermann ... keineswegs die Stimme der DDR gewesen ist, die er gern gewesen wäre."[285a] Der schon erwähnte W. Pfeiler, wiewohl er die Hoffnung auf eine Evolution des DDR-Systems zurück zum "westlichen" Pluralismus nicht aufgibt[286], muß feststellen, daß das "politische System ... einen hohen Grad an Stabilität erreicht" habe; eine viel prinzipiellere Bedeutung, als Pfeiler an sich im Auge hat, gewinnt in diesem Zusammenhang auch seine Bemerkung, "daß keine nennenswerten privaten

---

284) FAZ v. 12.1.1977

285) FAZ v. 27.6.1977

285a) H. Rudolph, in: FAZ v. 6.6.1977

286) Siehe oben, Anm. 275

Eigeninteressen in der Wirtschaft mehr entstehen können, die sich dem politischen Willen der Staatsführung entgegenstellen könnten".[287] Damit bestätigt er im Grunde die marxistische These, daß der Forderung nach pluralistischen Strukturen im Sozialismus die objektiven ökonomischen Voraussetzungen abgehen.

Die Beispiele dafür ließen sich mehren, daß nach dem Konvergenzoptimismus längst auch der Evolutionsoptimismus geschwunden ist. Repräsentativ für die mittlerweile herrschende Mischung aus prognostischer Zurückhaltung, schwacher und vager Hoffnung auf evolutionäre Tendenzen im Sozialismus sowie pragmatischer Einkalkulierung der eigenen politischen Einwirkung von außen erscheinen die Worte von Marshall Shulman, immerhin ostpolitischer Berater des US-Außenministers C. Vance: "Wir können nicht voraussagen, welchen Weg das Sowjetsystem in Zukunft einschlagen wird. Aber es erscheint richtig, anzunehmen, daß eine Lockerung der Repression durch evolutionäre Kräfte innerhalb der Gesellschaft unter langwährenden Bedingungen einer verminderten internationalen Spannung eher erreicht werden kann als auf dem Wege von Forderungen nach einem Wandel von außen, die eine Wiedererstarkung der Belagerungsmentalität hervorrufen würden."[288] Shulman schränkte übrigens schon vor über zehn Jahren ein, daß "wir von eben dieser Richtung der Evolution der sozialistischen Staaten" - nämlich auf einen "Pluralismus unabhängiger Kräfte innerhalb der Gesellschaft" hin - "nicht voll überzeugt sein können".[289]

---

287) W. Pfeiler, DDR-Lehrbuch, S. 179, 131

288) M. Shulman in: "Foreign Affairs" /1977; zit. nach FAZ v. 24.2.1977 (Herv.heb.: O.C.)

289) M. Shulman, Beyond the Cold War, New Haven - London 1966, S. 48 (zit. nach J.S. Nowopaschin, Strategie der "friedlichen Einmischung", S. 52; Herv.heb.: O.C.)

Die Verunsicherung des Industriegesellschaftsdenkens in der Frage der Zukunftsperspektiven der sozialistischen Gesellschaft[290] führt mitunter bis zu der Einsicht, daß die Zeichen der weiteren Entwicklung nicht nur auf Konvergenz, sondern auf Divergenz der Systeme stehen. Eine Schrift der Friedrich-Ebert-Stiftung z.B. äußert die Überzeugung, daß sich "die gesellschaftspolitische Divergenz (zwischen BRD und DDR, O.C.) fortsetzen wird... Die Unterschiede in den Gesellschaftsstrukturen werden sich ... vergrößern."[291] Die wachsende Erkenntnis, daß das sozialistische System einer stabilen Eigendynamik sui generis unterliegt, welche mit den industriegesellschaftstheoretischen Postulaten der Konvergenz, der Evolution, der Verwestlichung usw. prinzipiell nicht zu erfassen ist, erhält zusätzlich auch Nachdruck durch das, was sich auf dem Feld der ökonomischen Integration der RGW-Länder beobachten läßt. Denn die "Konvergenz", die hier in der Tat sich vollzieht, besiegelt vollends die Eigenständigkeit der sozio-ökonomischen Entwicklung im Bereich der sozialistischen Länder und vertieft

---

290) Hierzu noch zwei symptomatische Fälle: Über das Buch des Journalisten W. Kuballe über die Sowjetunion ("Ein Koloß wird umgebaut", 1976) schreibt ein Rezensent: "Im Gegensatz zum Untertitel, den wohl der Verlag erfunden hat, macht er äußerst vorsichtige Aussagen: Um die Zukunft der Sowjetunion kümmert der Autor sich gar nicht." (K. Grobe, in: FR v. 22.5.1976) Und über W. Leonhards jüngste Veröffentlichung ("Am Vorabend einer neuen Revolution? Die Zukunft des Sowjetkommunismus, 1975) heißt es in derselben Rezension: "Mit großem Fleiß hat Leonhard zusammen getragen, was jemals seit 1917 über die Zukunft der russischen Revolution, der Sowjetgesellschaft, der KPdSU und der sowjetischen Wirtschaft geschrieben worden ist ... Aber mehr liefert Leonhard auch nicht. Am Ende bleiben zwölf Varianten übrig, was aus der Sowjetunion wohl werden könnte; Leonhard entscheidet sich gleich für mehrere davon..." (FR v. 22. 5. 1976).

291) Parteien in beiden deutschen Staaten, 2. überarb. Aufl. 1973, S. 28

und verdeutlicht somit weiter die reale Divergenz zwischen beiden antagonistischen Weltsystemen.[292]

---

292) Wie man im Lager der Ostexperten und Kommunismusforscher lange Zeit die gesellschaftliche Ost-West-Divergenz nicht wahrhaben wollte, so auch nicht die zunehmende gegenseitige Verflechtung und auch materielle Annäherung der RGW-Staaten. Noch 1973/74 hielt P.C. Ludz die sozialistische Integration eher für "Propaganda" als für "Wirklichkeit"; er wies auf die seiner Ansicht nach "schwerfällige ... Struktur des COMECON" hin, räumte "einem baldigen wirkungsvollen Multilateralismus im Produktionsbereich" "wenig Aussicht" ein und sprach von "nach wie vor stark divergierenden Ziele(n) und Entwicklungsniveaus der Partnerländer" (P.C. Ludz, Deutschlands doppelte Zukunft, S. 75f.; Herv.heb.: O.C.). Eine solche Einschätzung (bzw. Unterschätzung) war um diese Zeit gang und gäbe. "Die divergierenden ökonomischen Interessen dieser Länder", meinte auch das angesehene Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, "haben sich bisher immer stärker erwiesen als die gemeinsame Ideologie und die prinzipielle Übereinstimmung der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung." (Zit. nach P. Hort, Koloß auf schwachen Füßen, in: FAZ v. 24.1.1974; Herv.heb.: O.C.) Mittlerweile jedoch hat sich der Tenor in der hiesigen Forschung und Berichterstattung merklich gewandelt. "Die Integrationsbemühungen des Ostblocks sind nicht zu unterschätzen" - dieses Fazit zieht H.H. Götz in der FAZ (v.17.2.1977) aus einer jüngst vorgelegten Spezialuntersuchung des Göttinger Völkerrechtlers A. Lebahn. Götz hat inzwischen dieses neue Urteil bekräftigt: "... fahrlässig erscheint die Unterschätzung des Comecon und seines Einflusses vor allem auf die Entwicklung der Wirtschaftsstrukturen seiner Mitgliedstaaten." (FAZ v. 2.4.1977) Die Annahme einer spontanen Divergenz der Wirtschaftsentwicklung im RGW war - siehe die obigen Ludz-Zitate - verknüpft mit der anderen Annahme, die reale ökonomische Verflechtung der RGW-Länder untereinander komme nicht voran. Indem nun diese letztere Prämisse fallengelassen werden muß, ist es im Grunde nur noch eine Frage der Zeit, wann die bürgerlichen Kommunismusexperten auch die Tatsache der sozioökonomischen "Konvergenz" der RGW-Staaten einräumen. Immerhin zeigt sich z.B. bei den Mitgliedstaaten "eine deutliche Tendenz zur Annäherung des Umfangs des produzierten Nationaleinkommens pro Kopf der Bevölkerung." (B. Mahlow, Wachsende Erfolge - wachsende Gemeinsamkeit der sozialistischen Staaten, in: Einheit 5-6/

(Forts. nächste Seite)

Wenn wir insgesamt noch einmal zurückblicken auf das Schicksal der Entideologisierungsdoktrin als auch der Konvergenztheorie (bzw. deren Modifikationen), so erscheint der Schluß erlaubt, daß hier das Industriegesellschaftsdenken hinsichtlich zweier seiner entscheidendsten Einzelhypothesen die Probe aufs Exempel nicht bestanden hat. Weder hat bislang eine Entideologisierung, noch hat eine Konvergenz stattgefunden. Die Industriegesellschaftstheoretiker müssen sich mit der dauerhaften Existenz des sozialistischen Überbaus abfinden. Zu einer befriedigenden Erklärung dieser Tatsache können sie jedoch aus immanenten theoretischen Gründen nicht vorstoßen; sie eröffnet sich nur, wenn jener sozialistische Überbau nicht verselbständigt, sondern als Überbau einer sozialistischen gesellschaftlichen Basis begriffen wird; dies hieße aber den abstrakt-allgemeinen Begriff der Industriegesellschaft durch den der konkret-historischen, in unserem Falle der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu ersetzen. Statt nun diesen wissenschaftlich fälligen, ideologisch-politisch für sie jedoch opfervollen Schritt zu tun, behilft sich die bürgerliche Kommunismusforschung mit der theoretischen Zweigleisigkeit von Industriegesellschaftsbegriff plus Totalitarismus- (resp. Autoritarismus-) Konzept. Die Stabilität des sozialistischen Überbaus, vom Stand-

---

Forts. Anm. 292

1976, S. 525).
Zu einer weiteren Dimension des Annäherungsprozesses siehe M. Iowtschuk/J. Lukin, Die Annäherung der Kulturen der sozialistischen Länder: Tendenzen und Perspektiven, in: STP 2/1975. Es soll hier aber auch nicht der Anschein erweckt werden, als sei der Annäherungsprozeß der Länder des RGW ein automatischer, mühe- und widerspruchsloser Vorgang. Vgl. I. Dudinski, Über Widersprüche bei der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems, in: STP 7/1975, S. 87ff.

punkt des Industriegesellschaftsdenkens an sich nicht einsehbar, wird tautologisch als Stabilität und Behauptungswille des Totalitarismus "erklärt".[293] Die gleichwohl, in einer Art von geschichtsphilosophischem Zweckoptimismus, "mitgeschleppte Konzeption" (um mit Ludz zu sprechen)[294]) einer schließlichen Selbstauflösung der sozialistischen Gesellschaft[295] nimmt damit zunehmend phantastische, irrationale Züge an. "Wer nicht an Wunder glaubt, ist kein Realist" - dieser Ausspruch

---

293) Um die, von bürgerlicher Warte betrachtet, frappierende Krisenlosigkeit oder zumindest Krisenfestigkeit des sozialistischen politischen Systems (frappierend, weil nach bürgerlichem Verständnis der Sozialismus ja an sich ein unheilbarer Widerspruch in sich selbst ist) theoretisch zu verarbeiten, versieht die Kommunismusforschung die sozialistische politische Macht mit geradezu mystischen Selbstbehauptungskräften. So auch M. Jänicke, der auf der einen Seite in der DDR ein "Legitimationsdilemma" von "krisentheoretisch(r) Relevanz" ausmacht, auf der anderen Seite dann aber vor prognostischen Schlußfolgerungen hieraus entschieden zurückschreckt: "Das Attestieren eines tendenziell zunehmenden Legitimationsdilemmas darf nun allerdings keineswegs mit einer Krisenprognose verwechselt werden..." Seine Begründung hierfür lautet: "Legitimationsprobleme werden überspielt, solange stabile Machtverhältnisse bestehen." (M. Jänicke, Krise und Entwicklung in der DDR - der 17. Juni 1953 und seine Folgen, S. 164, 165) Die Macht des "bürokratisch-autoritären Einparteistaates" (ebda., S. 149) wird von Jänicke also einfach konstant gesetzt gegenüber den (angeblichen) gesamtgesellschaftlichen Konflikten und Problemen; man kann sagen, sie wird absolut gesetzt. Das "Legitimationsdilemma" nimmt zwar laut Jänicke zu, doch läßt dies die Macht unangefochten, weil diese die Macht hat.

294) Vgl. oben, S. 496 (Anm. 203)

295) "Rückkehr der Sowjetunion in die Gemeinschaft der zivilisierten ... Länder" nennt dies Z.K. Brzezinski (Entspannungspolitik im Schatten Prags, S. 45).

markiert sinnfällig den schmal gewordenen Bewegungsraum antisozialistischer Ostpolitik nicht weniger als der ihr zurechenbaren Kommunismusforschung.[296]

296) L. Pachmann auf dem "Deutschland-Tag" der CDU in Düsseldorf, März 1977 (zit. nach FAZ v. 9.3.1977). "... hoffe nicht ohne Zweifel und zweifle nicht ohne Hoffnung", hatte Lades bereits früher geraten (Prag und das Problem des Wandels kommunistischer Regime, S. 121).

Kapitel 7

ZUR DARSTELLUNG DER POLITISCHEN STRUKTUR DER DDR

Die Frage des politischen Systems des Sozialismus spielt in der DDR-Forschung - nicht anders als in der herrschenden öffentlichen Meinung und ihrem DDR-Bild - eine Schlüsselrolle. Hier mündet letztlich jede Beschäftigung mit irgendeinem gesellschaftlichen Teilgebiet der DDR, irgendeinem spezielleren Problem ein. Von hier beziehen alle Teiluntersuchungen über die DDR, alle Einzeldarstellungen letztlich ihre Wertungen. Die Beurteilung des politischen Systems bildet den immer gegenwärtigen Hintergrund für jene Spezialuntersuchungen, mögen diese auch einem Gegenstand von vordergründig unpolitischer Natur gelten.

Umso wichtiger erscheint die wissenschaftliche Kontrolle der Prämissen, Kategorien und Interpretationsraster, auf deren Grundlage sich in der hiesigen DDR-Forschung das - weithin als selbstverständlich akzeptierte - Bild vom politischen System des Sozialismus ausformt. Gerade für diese Thematik gewinnt die Forderung von P.C. Ludz besondere Dringlichkeit, daß "die DDR-Forschung stets bemüht sein sollte, sich dem Bedürfnis nach (schein-)wissenschaftlicher Bestätigung von Glaubenssätzen oder tagespolitischen Interessenlagen zu entziehen." 1) Während wir oben zu einer solchen (selbst-)kritischen Überprüfung der DDR-Forschung bereits dadurch beizutragen versucht haben, daß wir ihre tragenden gesellschaftstheoretischen Konzeptionen problematisierten, gehen wir im folgenden umgekehrt von einigen konkreten Kernthemen im Zusammenhang mit dem politischen System der DDR (insbesondere: Rolle der Arbeiterklasse, Rolle der kommunistischen Partei, demokratischer Zentralismus,

---

1) P.C. Ludz, Die Zukunft der DDR-Forschung, S. 489

Gewerkschaft und Mitbestimmung, Bürokratie) aus.

Es ist nicht beabsichtigt, eine Alternativdarstellung der politischen Grundlagen der DDR in kritischer Gegenüberstellung zu den hier herrschenden Auffassungen zu entwickeln. Vielmehr geht es lediglich darum, diese Auffassungen immanent einer Untersuchung ihrer wissenschaftlichen Solidität zu unterziehen, zu prüfen, ob sie auf einer strengen Auseinandersetzung mit dem Gegenstand beruhen, ob sie von ihren Prämissen und Kategorien her offen sind für die Eigenart des Gegenstandes, ob sie sich dem Gebot der wissenschaftlichen Falsifizierbarkeit unterordnen, usw. Dies alles kann hier freilich nur exemplarisch erfolgen - exemplarisch sowohl hinsichtlich der Wahl der Aspekte des Themas als auch hinsichtlich der Heranziehung entsprechenden Materials aus der DDR-Forschung.

1. Die Frage nach dem Herrschaftssubjekt

Beginnen wir mit dem grundlegenden Problem der Herrschaftsstruktur in der DDR. Der springende Punkt in der Auseinandersetzung ist hier die These von der Herrschaft der Arbeiterklasse. Man wird keine Veröffentlichung aus der herkömmlichen DDR-Forschung finden, welche ebendieser These zustimmen würde. Es definiert geradezu diese DDR-Forschung, daß sie die These von der Herrschaft der Arbeiterklasse bestreitet.

Wie gut ist die DDR-Forschung in dieser so dezidiert vertretenen Position abgesichert? Zunächst einmal kann man feststellen, daß die DDR-Forschung im allgemeinen durchaus davon ausgeht, daß in der DDR eine grundlegende Umwälzung der Gesellschafts- und Herrschaftsstruktur stattgefunden hat. Es wird im allgemeinen nicht bestritten, daß die vormaligen kapitalistischen Strukturen durch etwas Neues abgelöst worden sind. In diesem Sinne

stellen Sontheimer/Bleek fest, in der DDR seien "ganze Klassen verschwunden"[2]; in diesem Sinne schreibt I. Hanke nicht nur, die "alte Führungsschicht (sei) vollständig und systematisch ausgewechselt" worden, sondern sie betont auch: "die diese Führungsschicht stützende Klassenstruktur, beruhend auf dem Prinzip des Privateigentums an den Produktionsmitteln, wurde zerstört"[3]; in diesem Sinne konstatiert P. Mitzscherling für seinen speziellen Untersuchungsbereich, die DDR-Sozialpolitik: "Der Einfluß der Arbeitgeber auf die Selbstverwaltung (der Sozialversicherung, O.C.) war damit vollständig beseitigt."[4]

Wenn dem so ist, wenn sich in der DDR tatsächlich eine "Umstülpung der Klassenstruktur durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel"[5] vollzogen hat, dann stellt sich unmittelbar die Frage, welche sozialen Kräfte, wessen sozialen Interessen denn nunmehr positiv zum Tragen kamen, welche Klassen nunmehr anstelle der großen Privateigentümer hinter der neuen, wie I. Hanke sagt, "vollständig und systematisch ausgewechselten Führungsschicht" standen. Hier werden die Aussagen der bürgerlichen DDR-Forschung brüchig. Zunächst fällt die weitverbreitete Neigung auf, einer Beantwortung des Problems aus dem Weg zu gehen, indem man die gesellschaftlichen Umwälzungen in der DDR (bzw. SBZ) einseitig nur als Negation der alten, nicht aber als Etablierung neuer Verhältnisse betrachtet. E. Richert

---

2) K. Sontheimer/W. Bleek, Die DDR..., S. 140 (vgl. auch ihre Bemerkung S. 32, niemand hätte in Potsdam 1945 annehmen dürfen, daß die westlichen Besatzungsmächte so wie "die Russen" "das deutsche Bürgertum völlig entmachten würden zugunsten der Herrschaft einer kommunistisch geführten Arbeiterklasse.").

3) I. Hanke, in: H. Rausch/T. Stammen, DDR..., S. 57

4) P. Mitzscherling, Sozialpolitik im geteilten Deutschland, S. 33

5) I. Hanke, in: H. Rausch/T. Stammen, DDR..., S. 61

etwa bezeichnet die sozioökonomische Umwälzung ex negativo als "Entprivatisierung ökonomischer Macht"[6]; ein anderer DDR-Forscher faßt die Klassenumwälzung auf dem Land schlicht als Prozeß, in dem ("aus ideologischen Gründen") "der Typus 'selbständiger Bauern' der Vernichtung anheimfallen mußte."[7]

Wo jedoch in der Charakterisierung der in der DDR vollzogenen Umwälzung positive Bestimmungen nötig werden, da siedelt die DDR-Forschung diese auf der isoliert und selbstgenügsam gefaßten politischen Ebene an. Es wird gesagt, "der Staat (habe) die Arbeitgeberfunktionen übernommen", und es ist die Rede von der "Übernahme der entscheidenden Führungspositionen durch die SED".[8] Die Antwort auf die Frage nach den neuen herrschenden sozialen Kräften, nach den dominant gewordenen Interessen lautet also: "der Staat", bzw. "die SED". Dies kann jeoch nicht befriedigen, wirft es doch notwendig die weitere Frage auf: Wer ist der Staat, wer ist die SED? Immerhin deutet I. Hanke selbst an, daß zwischen der jeweiligen sozioökonomischen Struktur einerseits und dem Charakter der politisch tonangebenden Führungsschicht(en) andererseits ein innerer Zusammenhang besteht; die die alte "Führungsschicht stützende Klassenstruktur, beruhend auf dem Prinzip des Privateigentums

---

6) E. Richert, Revolutionäre und evolutionäre Tendenzen... S. 45 (Herv.heb.: O.C.) Dieselbe Negativsicht spricht aus folgendem Satz: "Die DDR-Revolution ... war ... nicht im mindesten eine 'proletarische Revolution', sondern die weitgehende Herausnahme aus westlich-abendländischer Geschichte." (ebda.)

7) "Bauern dürfen sie nicht mehr sein", in: FAZ v. 25.1. 1977 (Herv.heb.: O.C.). Der Artikel ist anonym geschrieben. Im gleichen Tenor schrieb P.C. Ludz 1964: "... die Partei (versucht) weiter, die tradierten bäuerlichen Arbeits- und Lebensformen zu untergraben." Und: "Dem einzelnen (LPG-, O.C.) Bauern ist ein eigentliches Objekt seines Interesses nicht mehr gegeben, der auf dem Lande noch häufig gegebene Kreislauf zwischen Subjekt und Objekt ist unterbrochen." (Entwurf einer soziologischen Theorie..., S. 43)

8) I. Hanke, in: H. Rausch/T. Stammen, DDR..., S. 58, 61

an den Produktionsmitteln", so heißt es ja bei ihr, "wurde zerstört".[9] Entsprechend muß also auch "die Übernahme der entscheidenden Führungspositionen durch die SED" direkt zu tun haben mit der "Umstülpung der Klassenstruktur durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel"[10], anders gesagt: mit den neuen Klassenverhältnissen. Das aber heißt, daß ein solcher isoliert für sich genommener Tatbestand wie die "Führung durch die SED" (oder auch die "Verstaatlichung der ökonomischen Macht") noch nichts aussagt über das Wesen dieser Führung, über den gesellschaftlichen Inhalt und die Funktion dieser Macht.

Zwar wird in der DDR-Forschung die Frage nach dem neuen herrschenden gesellschaftlichen Subjekt allgemein in der eben skizzierten, verkürzten Art und Weise beantwortet (oder besser gesagt: abgebogen), indem schlechthin von der "SED-Herrschaft", vom "SED-Herrschaft", vom "SED-Staat" u.ä.m. gesprochen wird.[11] Aber die

---

9) ebda., S. 57 (Herv.heb.: O.C.)

10) ebda., S. 61

11) Das Ausscheren von der umfassend gesellschaftlichen Betrachtungsebene auf die isoliert politische ist letztlich diktiert vom geschichtsphilosophischen Standpunkt der bürgerlichen Forschung: die historische Ablösung der bürgerlichen Gesellschaft kraft gesellschaftlicher Gesetzmäßigkeiten muß undenkbar bleiben; folglich kann der Sozialismus nur in Kategorien politischer Okkupation und Usurpation, als Willkür der Macht und Macht der Willkür interpretiert werden. Während die bürgerliche Revolution noch als Durchbruch objektiver gesellschaftlicher Interessen, als Durchsetzung einen neuen Gesellschaftsordnung verstanden werden kann und darf, verbietet sich entsprechendes im Falle der proletarischen Revolution, ungeachtet der hier noch weitaus breiteren, deutlicheren Interessensmobilisierung. Die Logik der Aussage: "die bürgerlichen Gesellschaftsstrukturen wurden umgewälzt, an ihre Stelle trat die Herrschaft der SED" ist genauso, als würde man sagen: "die französische Revolution beseitigte den Feudalismus, an seine Stelle trat die Herrschaft Napoléons". Zur geschichtsphilosophischen Schranken des bürgerlichen Denkens vgl. K. Marx, Das Elend der Philosophie, in: MEW, Bd. 4, S. 139f.

konkrete politisch-soziologische Betrachtung erbringt doch unweigerlich immer auch Fakten, welche etwas über den - nicht ausdrücklich thematisierten - sozialen Inhalt jener politischen Formen aussagen. So referiert beispielsweise I. Hanke Statistiken über den Anteil von Angehörigen der Arbeiterklasse in den Machtorganen der DDR und schlußfolgert daraus: "... die Überwindung des 'bürgerlichen' Staates dokumentieren sie (die Zahlen, O.C.) eindringlich."[12] Eine nicht minder interessante Bemerkung, aus der sich wichtige Schlüsse über den Charakter der Führungsfunktion der SED ziehen lassen, fällt bei Sontheimer/Bleek; ausgehend von dem Faktum der Trennung von Partei und Staat in der DDR stellen sie fest: "Ein Herrschaftsgebilde, in dem Partei und Staat auch in ihren Institutionen völlig miteinander verschmolzen wären, wäre im Endeffekt ein Staatswesen ohne Dynamik, ohne die Impulse vermittelnde und mobilisierende Kraft einer politischen Bewegung. Es wäre ein relativ starres Herrschaftsgebilde,das sich, wie das in autoritären Regimen und Militärdiktaturen der Fall ist, in erster Linie an den privaten Machtinteressen der gerade Herrschenden orientieren würde."[13]

An solchen Punkten - und wir haben relativ wahllos zwei Beispiele herausgegriffen - nähert sich die bürgerliche DDR-Forschung im Grunde sehr weit der These von der Herrschaft der Arbeiterklasse: man konzediert das starke Gewicht der Arbeiterklasse in der Struktur des politischen Systems und ihren bestimmenden Einfluß auf dessen Dynamik; die zuletzt zitierte Passage von Sontheimer/Bleek, worin u.a. ausgedrückt wird, daß sich das DDR-Herrschaftssystem nicht an "privaten

---

12) I. Hanke, in: H. Rausch/T. Stammen, DDR..., S. 59 (Herv.heb.: O.C.)

13) K. Sontheimer/W. Bleek, Die DDR..., S. 102

Machtinteressen" orientiert, sondern an den Interessen einer "politischen Bewegung", läßt sich bruchlos in die These überführen, daß das DDR-Herrschaftssystem eben nichts anderes sei als die Fortsetzung der Arbeiterbewegung unter neuen Vorzeichen, nämlich unter den Bedingungen ihrer eigenen Machtausübung.

Aber vor einer derartigen Schlußfolgerung schreckt die DDR-Forschung stets zurück. So kommt es dann, daß einerseits die relevanten Beobachtungen, die an sich dafür sprechen, die These von der Herrschaft der Arbeiterklasse zumindest ernstzunehmen, unerörtert stehen bleiben[14], während man wiederum bei anderen Gelegenheiten eine Kritik an jener These anzubringen sucht. Derartige Einwände bleiben jedoch punktuell und unsystematisch. I. Hanke verweist darauf, daß der Anteil der unmittelbar in der Produktion Tätigen abnehme zugunsten der Beschäftigten im Dienstleistungssektor u.ä.; von daher, so lautet ihre Behauptung, sei der "Vorrang" der Arbeiterklasse in Frage zu stellen.[15] Abgesehen davon, daß hier der Begriff der Arbeiterklasse unzulässig verengt wird auf die Produktionsarbeiterschaft[16],

---

14) Sehr krass ist dies auch der Fall bei P.C. Ludz, Politische Ziele der SED..., S. 1269 (vgl. unserer Wiedergabe des Zitats über den "starken Anteil der aus der Arbeiterklasse aufgestiegenen Kader" (ebda.) oben, S. 443, Anm. 57).

15) Vgl. I. Hanke, in: H. Rausch/T. Stammen, DDR..., S. 59

16) Vgl. dazu etwa R. Weidig, Die Entwicklung der Arbeiterklasse und der Persönlichkeit bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR, in: Soziologische Probleme der Klassenentwicklung in der DDR, Berlin 1975, S. 9ff.; M. Zimek, Die Produktionsarbeiter - soziale Hauptgruppierung der Arbeiterklasse, in: a.a.O., S. 111ff.

kann die Beobachtung von I. Hanke nicht als Einwand gegen die These von der Herrschaft der Arbeiterklasse gewertet werden, weil sie nur eine rein soziologische Einzeltatsache betrifft, von der aus sich keinesfalls das politisch-gesamtgesellschaftliche Problem der Herrschaft der Arbeiterklasse beleuchten und problematisieren läßt; offenbar will I. Hanke damit auch weniger die Existenz dieser Herrschaft in Frage stellen als vielmehr Existenzberechtigung; zur Debatte steht jedoch in der Tat zunächst einmal die Existenz der Herrschaft der Arbeiterklasse.[17] Einen anderen punktuellen Einwand hiergegen steuern Sontheimer/Bleek bei; sie erklären die Arbeiterklasse der DDR habe keinerlei Bewußtsein ihrer - angeblichen - Herrschaft: "Die Vergesellschaftung hat praktisch die Wirkung einer Verstaatlichung ... Der Slogan 'Was des Volkes Hände schaffen, bleibt des Volkes Eigentum' ist eine tönende Leerformel, der keine Realität im Bewußtsein entspricht: Die meisten Arbeiter in der DDR haben nicht das ... Gefühl ..." usw.[18] Zum einen befremdet an dieser Argumentation die umstandslose Ineinssetzung von "Realität" und "Bewußtsein" bzw. "Gefühl", anders gesagt, die hier zutage tretende Vorstellung, die Frage nach der objektiven Herrschaftsstruktur ließe sich einfach durch Meinungsumfragen u.ä. beantworten[19]; zum anderen aber weckt auch der Pauschalismus Zweifel, mit dem Sontheimer/

---

17) Es zeugt von einer gewissen Konzeptionslosigkeit der DDR-Forschung gegenüber dem Theorem von der Herrschaft der Arbeiterklasse, wenn man die Existenzberechtigung dieser Herrschaft angreift, andererseits aber immer von deren Nichtexistenz ausgeht.

18) K. Sontheimer/W. Bleek, Die DDR..., S. 146 (Herv. heb.: O.C.)

19) Bereits auf S. 66 ihres Buches identifizieren Sontheimer und Bleek die "Lebenswirklichkeit" der DDR mit dem "realen Verständnis, das die Bürger der DDR von ihrer Gesellschaft und ihren besonderen Lebensumständen haben", identifizieren sie also letztlich Sein und Bewußtsein.

Bleek über das in der DDR herrschende Bewußtsein urteilen, setzen sie sich doch nirgends mit den empirisch vorfindlichen Ausdrucksformen eines Eigentümer- und Selbstbewußtseins der Arbeiterklasse in der DDR (mag man seinen erreichten historischen Entwicklungsgrad auch noch so vorsichtig und differenziert beurteilen) 20) auseinander.

Die unsystematische Art und Weise, in der sich die DDR-Forschung auseinandersetzt mit der These von der Herrschaft der Arbeiterklasse, wird besonder sichtbar in der (oben schon gestreiften) Frage der sozialen Zusammensetzung in den Machtinstitutionen und Führungsgruppen der DDR. Einerseits wird hier nämlich die Tatsache der breiten Repräsentation der Arbeiterklasse bzw. anderer werktätiger Gruppen gelassen zur Kenntnis genommen, so als sage dies so gut wie nichts über den Charakter des Herrschaftssystems. Ludz hat in seiner SED-Studie entsprechenden statistischen Zusammenstellungen aus der DDR sogar überhaupt einen "Aussagewert" abgestritten[21]. Andererseits jedoch erhebt man jedesmal da, wo vermeintlich oder wirklich die Fakten "günstig" stehen, durchaus den Vorwurf, die Arbeiterklasse

---

20) Dies geschieht übrigens auch meist im DDR-Schrifttum selbst. Vgl. etwa R. Weidig, Die Entwicklung der Arbeiterklasse und der Persönlichkeit... (Anm. 16), bes. S. 36ff.;G. Nolepa/L. Steitz, Wissenschaftlich-technischer Fortschritt - Arbeiterklasse - Schöpfertum, Berlin 1975, bes. S. 123ff.; Von Seiten der aufkommenden bundesdeutschen marxistischen DDR-Forschung vgl. C. Ziegenrücker, Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und Partizipation in der DDR. Die Entwicklung in den 70er Jahren, in: Deutschland Archiv, Sonderheft 1976, S. 79ff.

21) Vgl. P.C. Ludz, Parteieliten im Wandel, S. 165, S Aus einer bei Ludz, a.a.O., S. 167 wiedergegebenen Tabelle (Tab. 4) geht an sich der starke Anteil der Arbeiterklasse im ZK der SED klar hervor.

sei in diesem oder jenem Gremium unterrepräsentiert, womit bewiesen wäre, daß von einer Herrschaft der Arbeiterklasse nicht die Rede sein könne. Anders gesagt, was man als Beleg (oder Indiz) für die Herrschaft der Arbeiterklasse nicht gelten läßt, beansprucht man im umgekehrten Falle durchaus als Beleg (oder Indiz) gegen die These von der Herrschaft der Arbeiterklasse. In diesem Sinne wurde in der "Frankfurter Allgemeinen" voller Genugtuung erklärt, das ZK der SED weise kaum Arbeiter auf[22], und N. Nor-Mesek schrieb in Bezug auf die Sowjetunion: "Proletarier haben kaum noch Aufstiegschancen im Machtapparat".[23] Sachlich beruhen derartige Urteile auf der Ignorierung des Kriteriums der sozialen Herkunft der betreffenden Kader - Nor-Mesek macht in seinem gesamten Artikel keine Angaben hierüber[24] - sowie auf der Prämisse, wer studiert habe, habe per se mit der Arbeiterklasse nichts mehr gemein. Unmittelbar sichtbar wird diese Prämisse, wenn Nor-Mesek schreibt: "Tor zum Aufstieg im Bereich von Partei und Staat in der Sowjetunion ist in aller Regel die Tür eines Hörsaals. Die Zeit der Proletarier ist vorbei."[25]

Unabhängig von der sachlichen Argumentationssubstanz im einzelen gilt es hier aber vor allem festzuhalten, daß die bürgerliche Kommunismusforschung insgesamt zu keiner konsistenten Position gegenüber dem Phänomen der starken Repräsentation der Arbeiterklasse in den Macht- und Führungsorganen des sozialistischen Systems gefunden hat. Während sie einerseits dieses Phänomen

---

22) Vgl. FAZ v. 10.6.1976

23) N. Nor-Mesek, Technokraten regieren die Sowjetunion, in: FAZ v. 19.10.1976

24) Die einzige derartige Angabe fällt nicht im Zusammenhang mit der Frage nach den Kadern im Partei- oder Staatsapparat, sondern bezüglich der Militärs: "Die meisten Generäle sind Bauernsöhne..." (ebda.). Vgl. auch unten, Anm. 26.

25) N. Nor-Mesek, a.a.O.

als gegeben hinnimmt, dabei jedoch versucht, seinen prinzipiellen Aussagewert (hinsichtlich der Frage nach dem sozial-politischen Charakter des Herrschaftssystems) möglichst niedrig zu veranschlagen, bemühen sich andere Kommunismusforscher, das Phänomen selbst in Zweifel zu ziehen, womit sie gewissermaßen seinen theoretischen Streitwert wiederum stark hinaufschrauben. Offensichtlich sind die zuletzt erwähnten Forscher zu der Auffassung gelangt, daß die Frage nach der jeweiligen sozialen Rekrutierung der Führungsschichten eben doch keineswegs belanglos ist in der Diskussion um das Wesen der Herrschaftssysteme in Ost und West. Mit diesem Eingeständnis begeben sie sich freilich auf ein Terrain, auf dem die Tatsachen deutlich zuungunsten der kapitalistischen Demokratien sprechen.[26]

Die wenigen hier angeführten Belege machen bereits deutlich, daß die etablierte DDR-Forschung über keine geschlossene, umfassende Kritik an der These von der Herrschaft der Arbeiterklasse verfügt, obwohl doch die

---

26) Nach sowjetischen Angaben haben "über 80 Prozent der Sekretäre der Zentralkomitees der kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken, der Sekretäre der Regions- und der Gebietsparteikomitees, der Vorsitzenden der Ministerräte der Republiken, der Vorsitzenden der Exekutivkomitees der Regions- und Gebietssowjets sowie etwa 70 Prozent der Minister und der Vorsitzenden Staatlicher Komitees der UdSSR ... ihren Arbeitsweg als Arbeiter oder Bauern begonnen." (W. Kusnetschewski, Neue Entwicklungstendenzen der sowjetischen Arbeiterklasse, in: STP 5/1976, S. 83)
"Von den im Januar 1974 auf den Kreisdelegiertenkonferenzen (der SED, O.C.) neu gewählten Mitgliedern und Kandidaten der Kreis-, Stadt- und Stadtbezirksleitungen sind 55 Prozent Arbeiter... 52,5 Prozent der in diese Leitungen gewählten Arbeiter sind unmittelbar in der materiellen Produktion tätig..." H. Wolf, Vorhut der Arbeiterklasse und Dynamik der gesellschaftlichen Entwicklung, in: PFS 2/1975, S. 238).
Demgegenüber sind die Klagen über die Unterrepräsentation der Arbeiter in den Gremien der parlamentarischen Demokratien bekannt.

Ablehnung ebendieser These geradezu das Wesen ihrer Haltung ausmacht. Mehr noch, es zeigte sich oben, daß die DDR-Forschung punktuell selbst Beobachtungen und Urteile liefert, die für eine Herrschaft der Arbeiterklasse sprechen (etwa, wenn konzediert wird, der bürgerliche Staat sei in der DDR überwunden worden[27]), womit sich die Beweislast für den von der DDR-Forschung eingenommenen Standpunkt eindeutig erhöht.

Hinzu kommt ein weiteres. Zur Gewissheit, daß in der DDR allemal nicht die Arbeiterklasse herrsche, kontrastiert auffällig die Unsicherheit in der Frage, wer denn nun stattdessen die Macht ausübe. Wir sprechen bewußt von "Unsicherheit", weil in dieser Frage in der Tat nicht nur Widersprüche zwischen den Interpretationen verschiedener Autoren bestehen - was mit viel Wohlwollen noch als wissenschaftlicher Pluralismus angesehen werden könnte (wiewohl sich dieser Pluralismus dann allerdings nicht auf die Haltung zur These von der Herrschaft der Arbeiterklasse erstreckt, sondern nur auf die Frage der Alternativthese, die man dem entgegenstellen will) - , sondern auch Schwankungen und Widersprüche bei ein und denselben Autoren. Nehmen wir als ein Beispiel P.C. Ludz. Er spricht einerseits von der "Kaste der Herrschenden"[28] in der DDR, was zwar nicht sehr viel Konkretes aussagt, aber doch zumindest soviel, daß die "Herrschenden" der DDR eine relativ kleine, abgekapselte Gruppe bilden. Andererseits aber sieht Ludz - in unmittelbarer Nähe dieses Zitats - die DDR von einer neuen "Dienstklasse" dominiert, welche er wie folgt umreißt: "Zur Spitze dieser Dienstklasse gehören die Funktionsträger der SED, der anderen Parteien, der Massenorganisationen,der Intelligenz in Technik, Wirt-

---

27) Vgl. oben, Anm. 12

28) P.C. Ludz, Politische Ziele der SED..., S. 1270

schaft, Kultur und Kunst - eine sicherlich die Millionengrenze weit übersteigende Zahl."[29] Man fragt sich, wo nun in diesem Zusammenhang die "Kaste der Herrschenden" zu suchen ist - zumal wenn Ludz mit der hier umrissenen, nach Hundertausenden zählenden Gruppierung überhaupt erst die "Spitze" der neuen "Dienstklasse" erfaßt haben will.[30] Auch was die "eigentliche politische Führungsgruppe" in den "Spitzenpositionen" betrifft[30a], so widerstreiten Ludz' eigene Beobachtungen der These, es handele sich dabei um eine Herrscherkaste; diese Positionen sind nämlich laut Ludz mit einem "großen Feld unspezialisierter sozialer Normen und damit politisch und sozial ungeschützter Verhaltensweisen" verknüpft[30b] - eine bezüglich einer herrschenden Kaste sicherlich widersinnige Charakteristik.

---

29) ebda.

30) Den Status der Angehörigen dieser herausgehobenen Funktionselite präzisiert Ludz noch mit folgendem Satz: "Sie werden durch nachweisbare und ständig kontrollierte berufliche Leistung und Erfolge definiert." (ebda.) Es fragt sich, inwiefern diese Kennzeichnung eigentlich nicht für die gesamte Erwerbsbevölkerung der DDR zutreffen soll. Offenbar erschien sie Ludz selbst als zu unscharf, denn in einer gekürzten Fassung desselben Aufsatzes in der "Zeit" fügt er einen zusätzlichen Aspekt in seine "Definition" ein: "Die Funktionsträger werden durch Parteizugehörigkeit, das 'richtige' (Klassen-) Bewußtsein wie durch ständig kontrollierte berufliche Leistung und Erfolge definiert." (P.C. Ludz, Von der Zone zum ostdeutschen Staat, in: Die Zeit v. 4.10.1974) Hier stellt sich wiederum die Frage, ob durch die Einbeziehung des Kriteriums "Bewußtsein" etwas Wesentliches für die Analyse der Herrschaftsstruktur der DDR gewonnen wird; daß das DDR-System die Herrschaft derer mit "richtigem" Bewußtsein über diejenigen mit "falschem" Bewußtsein bedeute, hat bisher kein DDR-Forscher behauptet.

30a) P.C. Ludz, Experten und kritische Intelligenz in der DDR, S. 181

30b) ebda.

Ähnlich schwankt die Einschätzung bei K. Sontheimer und W. Bleek. Einmal erklären sie ausdrücklich, die SED sei keine von den Interessen der Intelligenz dominierte Partei[31]. An anderer Stelle heißt es dagegen umgekehrt, in der DDR herrsche eine "Elite" mit "Schwerpunkt in der Intelligenz"[32]. Wiederum einige Seiten weiter wird diese These entscheidend relativiert: "... eine geschlossene Elite im Sinne einer 'neuen Klasse' würde voraussetzen, daß sich ihre Mitglieder weitgehend aus sich selbst rekrutieren und im Gesellschaftsbild wie im Karrieremodell sichtbar von der übrigen Bevölkerung absetzen. Das ist trotz mancher Anzeichen ... in der DDR nicht der Fall."[33] Aus diesem Dilemma der Einschätzung heraus beschränken sich Sontheimer/Bleek darauf, von der Existenz einer "Leistungselite"[34] zu sprechen. Damit lassen sie freilich die Frage nach dem Herrschaftssubjekt in der DDR unbeantwortet; denn Leistung ist schwerlich per se identisch mit Herrschaft, vielmehr steht sie jeweils im Dienste einer bestimmten Herrschaftsordnung.[35]

---

31) Vgl. K. Sontheimer/W. Bleek, Die DDR..., S. 89; es sei "völlig abwegig", so heitß es hier, die wachsende Zahl von akademisch qualifizierten Parteifunktionären als "Gegensatz zum Klassencharakter der Partei" zu interpretieren.

32) ebda., S. 146

33) ebda., S. 149

34) ebda.

35) Z.B. sieht der DDR-Forscher D. Voigt "die Gruppe der Spitzensportler der DDR als neuartige soziale Elite" an (vgl. die Rezension seiner Studie über "Soziologie in der DDR. Eine exemplarische Untersuchung, Köln 1975, in: FAZ v. 23.4.1976). Daraus wird aber sicherlich niemand den Schluß ziehen, diese (im wahrsten Sinne des Wortes) "Leistungselite" der Spitzensportler der DDR gehöre wesentlich zu den Herrschaftsinhabern. - Woraus deutlich wird, daß der gängige Elitebegriff nicht hinreicht bezüglich der herrschaftstheoretischen Fragestellung. Er liegt nicht auf der theoretischen Ebene, auf der die These von der Herrschaft der Arbeiterklasse angesiedelt ist.

Wenn wir hier nochmals insgesamt überblicken, in welcher Art und Weise die bürgerliche DDR-Forschung der These von der Herrschaft der Arbeiterklasse in der DDR entgegentritt, dann bleibt der Eindruck, daß die DDR-Forschung weder eine konsequente Kritik noch eine schlüssige Alternativthese zu entwickeln vermag; obwohl sie sogar vielfach zu Einzelurteilen gezwungen ist, welche nicht gegen, sondern durchaus für die Möglichkeit sprechen, daß das System der DDR auf der Herrschaft der Arbeiterklasse beruht, bleibt ihr Gesamturteil demgegenüber immun. Die Dezidiertheit dieses Gesamturteils - keine Herrschaft der Arbeiterklasse - kann sich keinesfalls auf die tatsächlich aufgewandte wissenschaftliche Sorgfalt in der Auseinandersetzung mit den Fakten und den Argumenten der Gegenseite berufen. Vielmehr wird ein vorgängiges Bestreben deutlich, den tatsächlichen sozialen Träger der Herrschaft in der DDR auszublenden, ihn einer regelrechten "Ent-Nennung" (R. Barthes) zu unterziehen.

Es lohnt sich, hier kurz darauf einzugehen, wie R. Barthes das Phänomen der "Ent-Nennung" beschrieben hat, eben weil es sich auch in unserem Zusammenhang unmittelbar wiederfindet. In der Benennung der bürgerlichen Gesellschaft, so schreibt Barthes, tritt "ein bemerkenswertes Phänomen auf: als ökonomisches System wird die Bourgeoisie ohne Schwierigkeiten benannt, der Kapitalismus bekennt sich ... als politisches System ist sie schlecht zu erkennen; es gibt keine 'bourgeoise' Partei im Parlament. Als ideologisches Phänomen verschwindet sie vollkommen. Die Bourgeoisie hat beim Übergang vom Realen zu seiner Repräsentierung, vom Ökonomischen zum Geistigen ihren Namen ausgelöscht: sie paßt sich den Fakten an, findet sich aber nicht mit den Worten ab, sie unterwirft ihren Status einer regelrechten Operation der Ent-Nennung. Die Bourgeoisie wird definiert als die soziale Klasse, die nicht benannt werden will."[36]

---

36) R. Barthes, Mythen des Alltags, Ffm. 2. Aufl. 1970, S. 124

Analog verfährt, wie wir nachvollziehen konnten, die DDR-Forschung mit der herrschenden Arbeiterklasse in der sozialistischen Gesellschaft: die Tatsache, daß dort die ökonomische Struktur von Grund auf umgewälzt wurde, wird, mehr oder minder deutlich, anerkannt; in der Darstellung des politischen Herrschaftssystems jedoch tilgt man die Bezüge zur ökonomisch herrschenden Stellung der Arbeiterklasse (analog zu R. Barthes gesprochen: "es gibt keine Arbeiterpartei in der Volkskammer" - sondern nur "die SED"); und vollends entleert vom gesellschaftlichen Interesseninhalt erscheint schließlich die Ideologie der sozialistischen Gesellschaft: sie figuriert als "Parteidoktrin" an und für sich[37]. Alles in allem wird so die sozialistische Arbeiterklasse zu derjenigen Größe, die von der bürgerlichen DDR-Forschung "nicht benannt werden will". Genauer gesagt: ökonomisch ist sie nicht tabu, politisch jedoch allemal.

2. Avantgarde und Gesamtgesellschaft

Wie nun der Mechanismus der Ent-Nennung im Fall der bürgerlichen Herrschaft von dieser nur noch die vordergründige Ebene des Parlamentarismus, des Parteien-Pluralismus stehen läßt, so im Fall der Sozialismusbetrachtung nur noch das isoliert genommene Faktum der Abwesenheit dieses Pluralismus im hergebrachten Sinne, also die führende Rolle der sozialistischen Partei und die Anerkennung dieser Rolle vonseiten der übrigen politischen und gesellschaftlichen Kräfte. Und wie die bürgerliche politische Ideologie dazu tendiert, das Prinzip des Pluralismus, die parlamentarischen Spielregeln,

---

37) P.C. Ludz, Politische Ziele der SED..., S. 1270

den Wechsel der Mehrheiten als Selbstzweck dazustellen 38), so erscheint ihr entsprechend auch das Prinzip der führenden Rolle der sozialistischen Partei als Selbstzweck. Es erscheint bar eines objektiven sozialen Inhalts und Sinns. Führung als Selbstzweck aber besagt, wenn man auf dieser abgehobenen Ebene weiterdenkt, nichts anderes als Führung zum Zwecke der Erhaltung der eigenen Führungsposition, Machtausübung um der Erhaltung der Macht willen, dies wiederum setzt aber ein besonderes Machtinteresse voraus. So führt die Entleerung der politischen Strukturprinzipien des Sozialismus von ihrem realen, der gesellschaftlichen Basis entspringenden Interesseninhalt (eben die "Ent-Nennung") mit innerer Notwendigkeit zu der Konstruktion, der Unterstellung besonderer, der Gesellschaft entgegengesetzter Machtinteressen der sozialistischen Führung. Anders gesprochen, vordergründige Darstellung des politischen Führungssystems des Sozialismus (mit der Kennzeichnung "anti-pluralistisch" oder "antiliberal"[939]) als einziger und wesentlicher Bestimmung) und Unterstellung gewisser hintergründiger Interessen und Motive der Führung bilden zwei Seiten einer Medaille, bedingen sich gegenseitig.

Mehr oder weniger allen Ausführungen der DDR-Forschung über die Rolle der SED liegt diese Prämisse vom "ver-

---

38) Vgl. etwa H. Rudolph, Die Gesellschaft der DDR..., S. 35; Rudolph bezeichnet es als "Ziel" der parlamentarischen Demokratie, "politische Differenzierung" zu ermöglichen (ebda., S. 119)

39) Vom "antiliberalen" Charakter des Totalitarismus spricht K.D. Bracher (Der umstrittene Totalitarismus..., S. 41) - im Grunde eine Tautologie, definiert sich doch der Begriff des Totalitären gerade aus dem Gegensatz zu den Normen des Liberalismus.

borgenen Machtzweck"[40] zugrunde. Im Grunde stellt sie die Umkehrung des bekannten Satzes aus dem "Kommunistischen Manifest" dar, welcher lautet: "Die Kommunisten ... haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen."[41] Daraus macht die DDR-Forschung die selten ausgesprochene, aber in der Intepretation allgegenwärtige Prämisse, die Kommunisten - und gerade sie - hätten eben doch eigene, von den Interessen der ganzen Arbeiterklasse (und vollends denen anderer Gesellschaftsgruppen) getrennte Interessen.[41a] Hieraus leiten sich logisch zwei weitere Sätze, gewissermaßen Sub-Prämissen, ab: erstens, was "im Sinne der SED" liegt und geschieht, steht schwerlich im Einklang mit den Interessen der großen Masse[42]; zweitens, die Arbeiterklasse handelt nur dann im Einklang mit ihren Interessen, wenn sie ohne Partei, ohne führende Avantgarde bzw. gegen diese handelt.

---

40) Vgl. W. Hofmann, Zur Soziologie des Antikommunismus, S. 144

41) K. Marx/F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, Berlin 1967, S. 57f.

41a) "Die Kluft zwischen Partei und Volk ist in dieser Gesellschaft ein Essential" (D. Herrmann, in: FAZ v. 21.6.1977).

42) Vgl. Sätze wie: Die DDR-Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsrechte formieren "die Bürger auf ein im Sinne der SED gesellschaftlich notwendiges Handeln"; sie sollen "eine weitgehende Identifizierung der Bürger mit den Zielen der SED... erreichen"; "die Machtverhältnisse auf ... Tagungen der 'Nationalen Front' (werden) im Sinne der SED gestaltet"; jede Vereinigung in der DDR "muß ... dazu beitragen, gesellschaftliche Erfordernisse im Sinne der SED zu befriedigen", usw. (alle Zitate aus: K. Wolf, "Mitbestimmung" und "Mitgestaltung" in der DDR, S. 32, ebda., S. 34, S. 37; Herv.heb.: O.C.). Im ganzen Aufsatz von K. Wolf findet sich jedoch kein konkreter Hinweis darauf, wonach denn nun der SED der "Sinn" steht.

Einige Beispiele mögen die Wirksamkeit dieser Prämissen im konkreten Interpretationszusammenhang illustrieren. Als Selbstverständlichkeit setzen etwa die Autoren der "Materialien" 1974 ihre Ansicht voraus, daß Sozialismus einerseits und Bevölkerungsinteresse andererseits sich sozusagen reziprok zueinander verhielten, wenn sie den Satz formulieren: "Die DDR bezeichnet sich seit 1949 als ein 'sozialistischer Staat', auch wenn in den frühen 50er Jahren mit der 'Nationalen Front des demokratischen Deutschland' eine alle Parteien und Bevölkerungsteile umfassende Staats- und Gesellschaftsorganisation aufrechterhalten worden war."[43] Abgesehen davon, daß die Verfasser hier den Eindruck erwecken, als hätte die Nationale Front die frühen 50er Jahre nicht überlebt, stellen sie die Sache so dar, als sei ein von breitesten Schichten unterstützter sozialistischer Staat im Grunde ein Widerspruch in sich. Insbesondere wird in der DDR-Forschungs-Literatur aber da ein solcher Widerspruch vorausgesetzt, wo die führende Rolle der sozialistischen Partei thematisiert ist. Ebendiese führende Rolle gilt den Interpreten per se als Verhinderung massenhafter "Selbstbestimmung"[44], als Aufrichtung von "Grenzen"[45] gegenüber den demokratischen Ansprüchen der Masse, wodurch statt wahrhafter Freiheit "nur die verordnete Freiheit"[46] übrigbleibe, usw. Von solchen Voraussetzungen her bezieht die Interpretation sehr häufig ihren geringschätzigen Ton,

---

43) Zit. nach DA 10/1974, S. 1113 (Herv.heb.: O.C.)

44) I. Hanke, Sozialistische Demokratie als Einheit von Politik, Ökonomie und Moral, S. 26, 31; vgl. auch ebda., S. 34, 37

45) ebda., S. 26. Vgl. auch A. Freiburg, Organisatorische Möglichkeiten und Grenzen betrieblicher Mitbestimmung der werktätigen Jugend in der DDR, bes. S. 43, 45, 45f., 48.

46) I. Hanke, in: H. Rausch/T. Stammen, DDR..., S. 70

sobald von gesellschaftlichen Prozessen die Rede ist, die - was in der DDR ja meist der Fall ist - unter bewußter Steuerung durch die SED ablaufen: Die sozialistische Kulturrevolution, so schreibt E. Richert, sei "lediglich ein planmäßig von der Führung gesteuerter Prozeß der sozialen und insbesondere kulturellen Förderung breitester Massen..."[47]; man habe damit "nur ... allmähliche, in der Regie der Führung liegende und im wesentlichen nach Plan verlaufende, ganz gewiß nicht sprunghafte ... Entwicklungen"[48] im Sinn. Das Ideal, woran sich solche Interpretationen ausrichten, ist der ungesteuerte, spontane Gesellschaftsprozeß, die Herrschaft des "wildwachsenden Willens"[49]; der Sozialismus wird gemessen am Wunschbild, daß die Führung "den Prozeß ... aus der Hand gibt"[50] - was sie aber, wie man in der DDR-Forschung andererseits auch überzeugt ist, mitnichten tun wird.

Wie man an die Tatsache der sozialistischen Partei und ihrer Führungsrolle (zumeist als Führungsanspruch bezeichnet) generell negative Assoziationen knüpft, so versieht man die Vorstellung von einer Arbiterklasse, die voraussetzungslos "aus sich heraus und selbst handelt"[51], die sich jeglicher Führung entledigt, mit entsprechend positiven Vorzeichen. Selbständigkeit, Selbstbestimmung, Autonomie usw. sind in diesem Zu-

---

47) E. Richert, Revolutionäre und evolutionäre Tendenzen..., S. 21 (Herv.heb.: O.C.)

48) ebda. (Herv.heb.: O.C.)

49) ebda., S. 32

50) ebda.

51) H. Rausch/T. Stammen, DDR..., S. 178

sammenhang mit Vorliebe verwendete Attribute. "Eine selbständige Rolle hat die Arbeiterschaft seither (nach dem 17. Juni 1953, O.C.) nicht gespielt. Ihr durch die eigenständigen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung gespeistes Selbstbewußtsein wurde erschüttert", erklärt M. Jänicke[52] K. Sontheimer und W. Bleek bemängeln, daß die Werktätigen der DDR ihr Mitwirkungsrecht "in der Regel nicht direkt" ausüben, "sondern durch die Vermittlung der betrieblichen Gewerkschaftsleitungen"[53] H. Conert und W. Eichwede vermissen die "Selbstorganisation"[54] der sowjetischen Werktätigen in ihren Betrieben. P. Brokmeier sprach gleichfalls, im Zusammenhang mit der Entwicklung der DDR, von der fehlenden "massenhaften demokratischen Selbstorganisation ... des Proletariats", von der Unterdrückung "je-

---

52) M. Jänicke, Krise und Entwicklung in der DDR..., S. 148. Fast gleichlautend E. Richert: "Die Arbeiterschaft hat sich nur einmal als Faktor zu relativer Geltung gebracht: beim mitteldeutschen Juni-Aufstand von 1953..." (Revolutionäre und evolutionäre Tendenzen..., S. 27).

53) K. Sontheimer/W. Bleek, Die DDR..., S. 144 (Her. heb: O.C.). In allen konkreten organisatorischen Vermittlungsformen der sozialistischen Demokratie vermuten die DDR-Forscher per se eine Freiheitsbeschneidung. C. Krebs begründet seine These vom Abbau der Mitbestimmungsmöglichkeiten in der DDR-Landwirtschaft mit dem Hinweis, daß mit wachsender Betriebsgröße zunehmend das Delegiertenprinzip angewandt werde (vgl. C. Krebs, Arbeitsorganisation und Lebensbedingungge in der Landwirtschaft der DDR, S. 75); man stelle sich das vernichtende Resultat vor, würde Krebs diese Logik auf die Untersuchung der bundesdeutschen Demokratie anwenden.

54) H. Conert/ W. Eichwede, Produktionsverhältnis und Arbeiterklasse in der UdSSR, S. 118

de(s) Ansatz(es) politischer Selbsttätigkeit und Selbstorganisation der Produzentenmassen".[55] Derartige Beurteilungen - und sie repräsentieren in der Tat einen Grundzug der gesamten DDR-Forschung - setzen als selbstverständlich voraus, daß es sich auf keinen Fall bei den "offiziellen" Organisationsformen, namentlich Partei und Gewerkschaft etwa um eben jene eigenständigen kollektiven Organe handelt (die sich die "Produzentenmassen" im Kampf um ihre Interessen geschaffen haben), welche die Interpreten in abstracto für so wichtig und wünschenswert halten. Vielmehr werden diese - auch in der Frühzeit der DDR immerhin nach Millionen zählenden - Organisationen von vornherein achtlos beiseite geschoben, so als stände es fest, daß sie nichts als (gigantische) Fremdkörper inmitten der "eigentlichen" Interessen und Bestrebungen seien. "Selbsttätigkeit" und "Selbstorganisation" der Massen wird apriori in Antithese zu den konkret vorhandenen, "offiziellen" Aktions- und Organisationsformen definiert. Auch hier steht wieder die Prämisse dahinter: Die Kommunisten haben eigene, von den Interessen der ganzen Klasse getrennte Interessen.[56]

---

55) P. Brokmeier, Entwicklungsbedingungen der DDR-Gesellschaft, S. 337, 340 (ähnlich S. 333, 334, 335, 339). Der Korrektheit halber sei betont, daß P. Brokmeier sich inzwischen von den Positionen dieses seines damaligen Aufsatzes weit entfernt hat. Vgl. etwa ders., Vergesellschaftung im Sozialismus - Theoretischer Begriff und geschichtlicher Prozeß, unveröff. Vortragsmanusk. 1974; ders., Über die Bedeutung Sohn-Rethels für eine materialistische Theorie der Übergangsgesellschaften in Osteuropa, in: P.W. Schulze (Hrsg.), Übergangsgesellschaft: Herrschaftsform und Praxis am Beispiel der Sowjetunion, Ffm. 1974, S. 115ff.

56) Im Falle der Entstehungsgeschichte der DDR können die bürgerlichen Interpreten zur Bekräftigung dieser Prämisse an einigen historischen Besonderheiten der dortigen revolutionären Umgestaltung anknüpfen. Der Besatzungsstatus der SBZ, die Rolle der SMAD, die akute Schwäche der restaurativen Kräfte, die politische Apathie breiter Bevölkerungskreise - diese und andere Faktoren erleichtern die Suggerierung

(Forts. nächste Seite)

Nun wären die skizzierten Prämissen eventuell durchaus vertretbar, sofern sie ihrerseits tatsächlich empirisch und argumentativ fundiert wären. Wie man jedoch feststellen muß, sieht die bürgerliche DDR- und Kommunismusforschung hierzu keine dringende Veranlassung. Der "verborgene Machtzweck", obwohl in den Interpretationen unterschwellig stets mit im Spiel, wird nicht konkret

---

Forts. Anm. 56

des Bildes von den von außen, als "Fünfte Kolonne" eingreifenden kommunistischen Kräften, bzw. von der, wie Richert schreibt, "von oben und außen verhängten Revolution, die des eigenen Subjekts entbehrt hat", es sei denn, "man sähe die ... Spitzenkader der Partei als ein solches an". (Revolutionäre und evolutionäre Tendenzen..., S. 30, 26). Z.K. Brzezinski dehnte diese Einschätzung darüberhinaus auf alle Volksdemokratien aus, indem er behauptete, daß "die Errichtung der Volksdemokratie in diesen Ländern hauptsächlich auf die Präsenz der Sowjetarmee, nicht aber auf revolutionäre Folgen innerer Veränderungen und auf Klassenkampf beruhte" (The Soviet Bloc. Unity and Conflict, Cambridge (Mass.) 1967, S. 27). D. Cramer erklärt, "daß in der sowjetischen Besatzungszone nicht die Arbeiterklasse, sondern die sowjetische Armee 1945 die Macht erobert hatte, woran sich in seinem Kern bis zum heutigen Tage nichts geändert hat." (Deutschland nach dem Grundvertrag, S. 71) Die historische Tatsache, daß auch in der SBZ breite Massenbewegungen stattfanden - erwähnt sei nur der sächsische Volksentscheid -, wird von diesen Autoren weitgehend ignoriert. Zudem erlaubt es die agententheoretische Betrachtungsweise, unleugbare innere Klassenkämpfe als äußerlich angezettelt umzudeuten; für den DDR-Forscher U. Neuhäußer-Wespy stellt so das Wirken der SED lediglich "indirekte(s) ... Wirken der sowjetischen Militärbehörden" dar (Die SED und die Historie. Probleme und Aspekte der gegenwärtigen Umorientierung in der Geschichtswissenschaft der DDR, S. 34). Zumindest im Falle der nach 1945 hervortretenden breiten antifaschistischen Bündnisbewegung wird es jedoch für bürgerliche Interpreten schwer, die historische Präsenz der Massen zu leugnen (siehe unten, S. 581, 583).
Im übrigen bedenken diese Interpreten nicht, daß, wenn sie mit Berufung auf die Rolle der sowjetischen Besatzungsmacht der Umwälzung in der SBZ/DDR ein reales revolutionäres Subjekt absprechen, sie damit implizit anerkennen, daß immerhin die russische Revolution von einem solchen revolutionären Subjekt getragen war - denn auf welche äußere Gewalt hätte sich dort der Prozeß stützen können?

greifbar, er bleibt von Anfang bis Ende verborgen, er existiert nur in ominösen Andeutungen. Der "Führungsanspruch" der sozialistischen Partei wird nicht aus irgendwelchen konkreten Partikularinteressen erklärt - was an sich zur Zurückweisung der marxistischen Deutung erforderlich wäre -, sondern gewissermaßen aus sich selbst heraus - eine schiere Tautologie.[57] Die Tatsache der Führungsfunktion als solcher, ungeachtet ihrer konkreten Hintergründe und Resulatate, wird zum zentralen Vorwurf erhoben; die Nichtübereinstimmung mit den eigenen normativen Vorstellungen von pluralistischer Demokratie besiegelt sogleich das Urteil.

---

57) Ausgesprochen selten finden sich in der DDR-Forschung Versuche, das Führungsinteresse der Partei auf ein bestimmtes materielles Nutznießerinteresse zu beziehen. 1968 formulierte Ludz in Ermangelung eines derartigen Befundes, die SED-Führungsgruppen könnten es sich "noch nicht ... leisten ..., Positionsinhaber nicht mit den entsprechenden Funktionen auszustatten." (Parteielite im Wandel, S. 39; Herv.heb.: O.C.) 1971 spricht er dann von "dem neuen Privilegiensystem für die politischen und gesellschaftlichen Eliten", ohne dies allerdings näher zu begründen (Die soziologische Analyse der DDR-Gesellschaft, S. 19). So kommt es bei Ludz auch zu keiner Erörterung der wichtigen Frage, ob in der DDR nun Führungsmacht aus privilegierter Stellung erwächst oder ob nicht vielmehr Genuß von Privilegien an die Erfüllung der - klar definierten und kontrollierten - Führungsfunktionen gebunden bleibt. (Vgl. dazu auch oben, S. 548f. sowie unten, S. 670).
Um die tautologische Vorstellung von der Partei, welche mit einem Führungsanspruch auftritt, weil sie die Führung beansprucht, annehmbarer zu machen, führt R. Ahlberg ein gewisses "psychologisch-atavistisches Streben" nach Macht und Besitz ein (Die sozialistische Bürokratie. Marxistische Kritik am etablierten Sozialismus, S. 74, ähnlich S. 110). Gesellschaftswissenschaft mündet damit in Spekulationen über die dämonische Psyche der Kommunisten.

Die Konkretisierung des stets unterstellten Interessengegensatzes zwischen Führung und Masse unterbleibt auch nach der anderen Richtung hin: der Inhalt der verhinderten "Selbstbestimmung" der Masse, ihrer nicht zum Zuge kommenden "authentischen Interessen" bleibt reichlich unbestimmt. Alles, was z.B. I. Hanke in ihrem hier schon gestreiften Aufsatz hierzu anklingen läßt, ist die Forderung nach einer gewissen anderen "Richtung" der "Entfaltung der Produktionsverhältnisse", nach einer gewissen "Umorientierung der Produktion auf dei Bedürfnisse der Arbeitenden", nach gewissen neuen "menschlichen Möglichkeiten".[59] Mehr wird nicht gesagt. Der einzige klar identifizierbare Inhalt, der Hankes Forderungen nach einem Richtungswechsel, nach "Alternativvorschlägen", nach "Selbstbestimmung" usw. eigen ist, ist immer nur wieder die Abschaffung der sozialistischen Führungsstrukturen selbst.[60] Diese Führungsstrukturen werden also wiederum nicht im Namen belegbarer sozialer und politischer Interessen kritisiert, sondern schlicht weil sie eben existieren. Abermals erweist sich, daß "Selbstbestimmung" per definitionem nichts weiter heißt als Negation des gegebenen politischen Systems

---

59) I. Hanke, Sozialistische..., S. 37, 33. Diese Forderungen leben in Hankes Text ihrerseits nur von einer gezielt abschreckenden Darstellung der Arbeitsdisziplin und Ethik in der DDR, die sich auf keinerlei triftige Belege zu stützen weiß (vgl. I. Hanke, Sozialistische Demokratie..., S. 33).

60) I. Hanke fordert Politik "im westlichen Sinne" (S. 29), nämlich als "Verwirklichung der Meinungen des Volkes" (S. 37), worin für Hanke auch ausdrücklich die Freiheit eingeschlossen ist, daß eine gesellschaftliche Gruppe "bloß egoistische Interessen durchsetzen darf" (S. 30). Mit Sozialismus hat das schwerlich noch etwas zu tun. Auch bei E. Richert laufen alle Beanstandungen am DDR-Sozialismus immer auf die Forderung nach "Lockerung der Autoritäten von Partei und Staat", nach "Entwicklungen, die neue führungskontroverse Kräfte ins Spiel bringen könnten", usw., hinaus. Es werden nicht konkrete gesellschaftliche Interessen eingeklagt, sondern es wird vielmehr nur über die Existenz der Partei geklagt.

des Sozialismus. So wie die DDR-Forschung die führende Stellung der sozialistischen Partei nur als (negativen) Selbstzweck zu fassen vermag, so bleibt notwendig auch ihre Forderung nach Liquidierung jener führenden Stellung auf der Stufe eines unerklärlichen (diesmal aber positiv bewerteten) Selbstzwecks stehen.

Statt daß also die beiden leitenden Prämissen der DDR-Forschung, wonach erstens die Führungsrolle der Partei dem Emanzipationsbedürfnis der Masse entgegensteht und daher zweitens das Emanzipationsbedürfnis der Masse die Überwindung jener Führungsrolle verlangt, substanziell begründet würden, "begründet" man sie nur wechselseitig in einem abstrakten Zirkel: Die Führung verhindert die Emanzipation. Warum? Weil die Emanzipation nur ohne die Führung möglich ist. Warum? Weil die Führung die Emanzipation verhindert. Usw. Anders formuliert lautet der Zirkel: Die Führung verhindert Alternativen. Welche? Alternativen zur Führung. Warum wären solche Alternativen notwendig? Weil die Führung Alternativen verhindert. Usw.

Indem die DDR-Forschung ihre Prämissen dergestalt auf sich selbst beruhen läßt, sie als blinde Axiome handhabt, meidet sie zugleich auch eine konkrete Auseinandersetzung mit den Argumenten und Erfahrungen, welche von sozialistischer Seite zur Begründung der Notwendigkeit der Führungsfunktion der kommunistischen Partei in der sozialistischen Umwälzung angeführt werden. Exemplarisch ist auch in dieser Hinsicht I. Hankes Aufsatz, zumal da er zu den wenigen Schriften der DDR-Forschung gehört, welche sich dem Problem der Führungsrolle überhaupt etwas näher widmen.[61]

---

61) Dieses Faktum ist allein schon bemerkenswert. Selbst die spezielle, von der Friedrich-Ebert-Stiftung hrsg. Schrift über die "Parteien in beiden deutschen Staaten" (Bonn-Bad Godesberg 1973, 2., überarb. Aufl.) geht mit keiner Zeile auf die marxistische Argumentation zur Führungsrolle ein. Vgl. im Gegensatz dazu W. Wyniger, Demokratie und Plan in der DDR, S. 104ff.

I. Hanke referiert einige grundlegende Argumente des Marxismus-Leninismus zugunsten der Führungsrolle der sozialistischen Partei, so den Gedanken, daß aufgrund ihres besonderen Charakters die sozialistische Gesellschaftsordnung nicht anders als in planmäßig-bewußter, gesamtgesellschaftlicher Tat geschaffen werden kann, desweiteren, daß die Klassenunterschiede im Sozialismus noch weiterexistieren und ebenfalls erst durch bewußte, einheitliche Politik überwunden werden können; I. Hanke referiert auch die Überlegung, daß sich "auch unter sozialistischen Produktionsbedingungen ... gesellschaftliches Bewußtsein ... zunächst spontan (entfaltet)" und "erst durch die politische Aktivität der Partei die Qualität sozialistischer Bewußtheit" erhält[62]; schließlich nennt sie die Faktoren, die nach marxistischem Verständnis in der gegenwärtigen Phase die gesamtgesellschaftlichen Führungs- und Leitungsaufgaben noch anwachsen lassen; die steigende Komplexität aller gesellschaftlichen Verhältnisse, die Vertiefung der sozialistischen internationalen Integration, die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, usw.[63].

Auffallenderweise läßt sich I. Hanke nun jedoch keineswegs auf eine konkrete Kritik dieser theoretischen Erwägungen ein. Vielmehr verweist sie ganz allgemein auf das ihnen zugrundeliegende deterministische Geschichtsverständnis, um daran - sinngemäß - den Einwand zu knüpfen, mit Hilfe eines solcherart im voraus determinierten Sozialismusbildes lasse sich natürlich mühelos die Notwendigkeit der Führungsrolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei rechtfertigen. Wörtlich heißt es bei ihr: "Das ständige Hervorheben des deterministischen

62) I. Hanke, Sozialistische Demokratie..., S. 28

63) ebda., S. 27, 28

Charakters der marxistisch-leninistischen Weltanschauung und der somit vorgegebenen Aufgabe der Arbeiterklasse und ihrer Partei legitimiert dabei entscheidend deren Führungsfunktion und Organisationsprinzip..."[64] I. Hanke deklariert hier also die marxistischen Argumente kurzerhand und unbesehen als rein pragmatische Rechtfertigungsmuster. Der Marxismus argumentiert, die Notwendigkeit der proletarischen Führung ergebe sich aus bestimmten objektiven Gesetzmäßigkeiten und Erfordernissen bei der Errichtung der sozialistischen Gesellschaft; I. Hanke blockt diesen Argumentationsansatz ab, indem sie pauschal unterstellt, der Marxismus denke sich diese objektiven Gesetzmäßigkeiten nur aus, um eben die Führungsrolle der Partei zu legitimieren. Die Schlichtheit dieser Methode demonstriert besonders deutlich folgender Passus: "Einzig durch die Diktatur des Proletariats (Hanke gibt hier das sozialistische Selbstverständnis wieder, O.C.) läßt sich eine zielgerichtete gesellschaftliche Entwicklung zum Kommunismus hin verwirklichen, läßt sich vor allem die Existenz der Avantgarde-Partei rechtfertigen."[65] Statt sich der Aufgabe zu unterziehen, die Theorie der Diktatur des Proletariats aus sich heraus zu kritisieren, um so dem Prinzip der Führungsrolle der Partei die Argumentationsgrundlage zu entziehen, wird gewissermaßen suggeriert, es werfe doch wohl ein eindeutliges Licht auf ein theoretisches Argument, wenn es dazu tauge, die führende Partei zu rechtfertigen.[66] Das Vor-Urteil behauptet

---

64) ebda., S. 29

65) ebda., S. 26f. (Herv.heb.: O.C.)

66) In der gleichen Manier folgert I. Hanke aus einigen Passagen von DDR-Philosophen, in welchen aus den Widersprüchen der gesellschaftlichen Basis im Sozialismus die Notwendigkeit des Primats der Politik abgeleitet wird: "Hier wird deutlich, daß sowohl die Widerspruchstheorie als auch die Basis-Überbau-Debatte schließlich eine Argumentation zugunsten der

(Forts. nächste Seite)

sich mühelos; der Beweis ist erbracht, bevor er angetreten worden ist.[67]

Wenn wir bisher um den Nachweis bemüht waren, daß sich die DDR-Forschung bei der Darstellung und Beurteilung der politischen Struktur des Sozialismus von der nirgends hinterfragten und abgeleiteten (und nirgends in unmittelbarer Auseinandersetzung mit dem sozialistischen Selbstverständnis entwickelten) Prämisse leiten läßt, wonach die sozialistische Führung ein der übrigen Gesellschaft - dem allgemeinen Fortschritt, der Emanzipation der Massen, ihrer Selbstbestimmung, oder wie es immer bezeichnet werden mag - feindliches Prinzip verkörpert, so kennzeichnet dies zwar in der Tat die absolut dominierende Werturteilstendenz[68] in der DDR-

---

Forts. Anm. 66)

Avantgardeposition der Partei begünstigen." (ebda., S. 36, Anm. 73; Herv.heb.: O.C.) Statt daraus den Schluß zu ziehen: umso besser für die Avantgardeposition, folgert sie: umso schlimmer für Widerspruchs- und Basis-Überbau-Theorie!
Wenn I. Hanke dem Marxismus-Leninismus vorwirft, er begreife in seinem deterministischen Geschichtsverständnis den Sozialismus als eine "vorgegebene Aufgabe" (vgl. oben, S. 563), so wirft sie ihm damit im Grunde nicht mehr und nicht weniger vor, als daß er eben den Sozialismus als reales, klar zu definierendes Ziel fixiert, statt ihn der Beliebigkeit zu überlassen. Eine sozialistische Bewegung aber ohne sozialistisches Ziel ist ein Widerspruch in sich. Hanke wirft damit dem Sozialismus letztlich vor, daß er sozialistisch ist. (Und daß diese Ziel-Strebigkeit der sozialistischen Bewegung mögliche andere grundsätzliche Ziele ausschalten würde - außer die kapitalistische Restauration, was ja sein Wesen ausmacht -, hierfür erbringt I. Hanke nirgends den Beweis.)

67) W. Wyniger spricht einmal von der "Methode des bequemen und gedankenlosen Antikommunismus": "... man braucht bloß die Schlagworte 'richtig' zu übersetzen." (Demokratie und Plan in der DDR, S. 27)

68) Wobei gerade auf dem Themengebiet "Politik" Werturteile fließend in Sachaussagen übergehen bzw. sich als solche darbieten.

Forschung, es bedeutet aber andererseits nicht, daß sich nun in jeder einzelnen Aussage der DDR-Forschung zu Fragen der sozialistischen Partei und ihrer Politik der Druck jener Zentralprämisse durchsetzen würde. Realiter gibt es auch die Gegentendenz, daß nämlich diese ideologische Prämisse unter den Druck konkreter Beobachtungen und Erkenntnisse gerät. Wenn dies auch die wenigsten bürgerlichen Sozialismusforscher dazu veranlaßt, selbstkritischer gegenüber den stillen Voraussetzungen ihrer Interpretationen zu werden, so darf uns das nicht davon abhalten, immer wieder den Finger auf derartige innere Widersprüche zu legen.

Wenn wir unter diesem veränderten Blickwinkel nochmals die Haltung der DDR-Forschung zum Problem der sozialistischen Avantgarde untersuchen, so stoßen wir auf mannigfache Teileinsichten, welche in ihrer Summe weit über das gängige Urteilsschema hinausreichen. Das beginnt schon damit, daß die Notwendigkeit gewisser gesamtgesellschaftlicher Führungs- und Planungsfunktionen heutzutage auch von Nichtmarxisten in der Regel nicht bestritten wird. Demzufolge billigt z.B. auch I. Hanke dem Sozialismus die "Notwendigkeit planender Zukunftsbewältigung"[69] zu. E. Richert muß in diesem Zusammenhang feststellen: "So gesehen, hat auch die These von der stetig wachsenden Rolle der Partei - sofern man sie als leitend und planend, westlich gesprochen: als Management versteht ihren guten Sinn."[70] Allerdings lassen beide Autoren dieser ihrer Konzession auch den entscheidenden Vorbehalt auf dem Fuße folgen: bei aller Notwendigkeit gesellschaftlicher Planung und Leitung

---

69) I. Hanke, Sozialistische Demokratie..., S. 28

70) E. Richert, Revolutionäre und evolutionäre Tendenzen..., S. 33

dürfe die Partei keine definitiven Ziele setzen; dies, so läßt man durchblicken, hebe die Freiheit auf; I. Hanke spricht in diesem kritischen Sinn von der "Zielvorgabe durch die Partei"[71], E. Richert von der Gesellschaft, welche von der "Parteizentrale" "im vorhinein auf gesollte Ergebnisse festgelegt ist"[72].

Nun läßt sich diese Kritik an der "Zielvorgabe" durch die Partei" in zweierlei Richtung auslegen. Entweder die Autoren sind grundsätzlich gegen die Ausrichtung der Gesellschaft auf bestimmte Ziele, oder sie sind gegen die Ausarbeitung dieser Ziele durch eine Partei. Die erste Version scheidet im Grunde von vornherein aus, denn indem man die "Notwendigkeit planender Zukunftsbewältigung" und eines planenden und leitenden Gesellschafts-"Management" anerkennt, akzeptiert man auch schon grundsätzlich die Wirksamkeit gewisser Zielvorgaben; Planung und Leitung ohne derartige Ziele sind ein Widersinn (auch die Bewahrung des gesellschaftlichen status quo stellt ein Ziel dar).[73] Offenbar geht es also um die zweite Version, lautet der Vorwurf, daß sich die Partei die Setzung der Systemziele anmaßt. In der Tat fordert I. Hanke anstelle dieser zentralen Ziel-Setzung die Ausrichtung der Systempolitik an den

---

71) I. Hanke, Sozialistische Demokratie..., S. 29

72) E. Richert, Revolutionäre und evolutionäre..., S. 34

73) Daher steht der von vielen bürgerlichen Denkern vertretene Geschichtsagnostizismus ("Für uns ... ist 'historisch' - was war, was sein wird dagegen - Spekulation." K. Mehnert, Ideologischer Krieg trotz Koexistenz - sagt Moskau, in: Osteuropa 1/1973, S.7) in Widerspruch zu der tatsächlichen bürgerlichen Praxis des "Zukunftsmanagements". Wäre die Zukunft reine Spekulationssache, dann wäre Zukunftsbewältigung schon im Ansatz unmöglich. Auch jegliche Zielsetzung, einschließlich der Fortschreibung des Bestehenden, wäre sinnlos.

jeweiligen "Meinungen des Volkes"[74]. Nun liegt hierin unstreitig ein demokratisches Anliegen: Hanke fordert eine Politik des Volkes, Verwirklichung seiner Ziele; nur muß sogleich die Frage aufgeworfen werden: erlaubt dieses demokratische Anliegen die Formulierung gesamtgesellschaftlicher, einheitlicher Ziele nicht? Verbietet der demokratische Anspruch per se die Entwicklung und Realisierung einer planmäßigen Systempolitik?[75] Anders gefragt: Muß Politik nicht immer auch eine Antwort auf objektive Erfordernisse der gesellschaftlichen Entwicklung finden, d.h. muß sie nicht zu gleicher Zeit sowohl demokratisch als auch wissenschaftlich sein?

Auch wenn I. Hanke sich dieser Problematik nicht stellt, so lassen sich ohne Mühe diesbezügliche Aussagen anderer nichtmarxistisch orientierter Theoretiker (und Praktiker) heranziehen. Offensichtlich ist man hier zunehmend der Auffassung, daß die Politik keineswegs einfach die jeweiligen "Meinungen des Volkes" zum Maßstab und Ziel ihres Handelns machen kann. R. Dahrendorf zieht das bemerkenswerte Fazit, die "vorrangige Orientierung der Politiker auf den nächsten Wahltermin, die kurzen Legislaturperioden, das Element häufigen Wechsels seien zwar einerseits die Stärke, andererseits aber auch die Schwäche demokratischer Politik, weil dadurch langfristiges Denken und Planen verhindert werde.

---

74) I. Hanke, Sozialistische Demokratie..., S. 37

75) "Die zentrale Herausforderung westlicher Industriestaaten besteht immer weniger in sektoralen Produktionsproblemen, sondern zunehmend in einer umfassenden Steuerung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und seiner Folgewirkungen in Form von Infrastruktur- und Verteilungsproblemen." Statt der "überkommenen Prozeß- und Verteilungspolitik" ist deshalb eine umfassende "Systempolitik" nötig (J. Esser/F. Naschold/W. Väth (Hrsg.), Gesellschaftsplanung in kapitalistischen und sozialistischen Systemen, S. 9).

Es sei daher zu einer Frage des Überlebens für das demokratische Gemeinwesen geworden, ein Element des längerfristigen politischen Handelns als Ergänzung zu den derzeitigen Institutionen in ihr politisches System einzubauen..."[76] Die gleiche Sicht spricht aus der Bemerkung des damaligen Bundeswirtschaftsministers Fridrichs: "Politik bedeutet nicht den Vollzug von Mehrheitsströmungen"; vielmehr, so sagte er weiter, "müsse man für eine als richtig erkannte Politik die notwendigen Mehrheiten zu gewinnen suchen."[77] Zweifellos steht hinter solchen Äußerungen ein bestimmtes gesellschaftliches Interesse[77a], und es ist nicht von vornherein gewiß, ob es das Interesse der Bevölkerungsmehrheit ist.[78] Für unsere Argumentation entscheidend ist hier aber allein die Tatsache, daß das heutige bürgerliche Denken grundsätzlich die Idee einer langfristigen, übergeordneten Systempolitik, die Idee einer objektiv erkennbaren und notwendigen Linie der Entwicklungsstrategie

---

76) R. Dahrendorf auf dem Europa-Forum in Alpach, zit. nach FAZ v. 6.9.1976 (Herv.beb.: O.C.)

77) Zit. nach FR v. 1.4.1977 (Herv.beb.: O.C.). Auch W. Bruns sieht die "Notwendigkeit, bestimmte Probleme so zu vermitteln (politische Bildung), daß sie politisch mehrheitsfähig werden." "Eine bestimmte Deutschlandpolitik", so fährt er fort, "kann nur dann parlamentarisch durchgesetzt werden, wenn die Mehrheiten beschaffbar sind und auch tatsächlich beschafft werden." (W. Bruns, Deutschlandpolitik als Bildungsaufgabe, in: DNG 4/1977, S. 291)

77a) Politik ist ja nicht Reaktion schlechthin auf bestimmte objektive Problemlagen und Sachzwänge, sondern Reaktion hierauf von jeweils einem bestimmten gesellschaftlichen Interessenstandpunkt aus.

78) "Ein Plädoyer für multinationale Gesellschaften" lautet die Überschrift des FAZ-Berichts über das Referat Dahrendorfs (siehe oben, Anm. 76). Fridrichs Wort fiel auf der Reaktortagung 1977 in Mannheim, d.h. im Zusammenhang mit der heftig umstrittenen (Atom-) Energiefrage.

anerkennt.[79])

Damit entfallen zwangsläufig wesentliche Vorbehalte und Argumente gegen das Prinzip der führenden Rolle durch die sozialistische Partei. Ein Prinzip, welches gemäß bürgerlicher Interpretation für die kapitalistische Gesellschaft recht ist, muß logischerweise entsprechend für die sozialistische Gesellschaft billig sein. Es ergibt sich die unabweisbare, ernsthaft zu prüfende Interpretationsmöglichkeit, daß es sich bei der führenden Partei im Sozialismus um nichts anderes handelt als um eine konkret-historische Erscheinungsform eben jenes "Elements des längerfristigen politischen Handelns und Planens", wie es Dahrendorf auch für die "westliche" Gesellschaftsordnung so dringend fordert (mit wieviel Aussicht auf erfolgreiche Realisierung, kann dahingestellt bleiben); daß es sich bei der führenden Partei im Sozialismus um eine Kraft handelt, welche unter ihren besonderen gesellschaftlichen Voraussetzungen eben das tut, was Fridrichs unter den seinen beansprucht, nämlich "für eine als richtig erkannte Politik die Mehrheit zu gewinnen" (wobei sie diese evtl. bereits gewonnen hat, weil die sozialistische Gesellschaft interessenmäßig in sich homogener als die kapitalistische und es aufgrunddessen "im Osten sehr viel leichter (ist), sich dabei auf einen gemeinsamen Nenner zu einigen"[80]).

---

79) "... in einer modernen Wirtschaft", so erklärten der amerikanische Gewerkschaftsführer L. Woodcock und der Harvard-Professor W. Leontieff, "ist Planung keine Sache des Wunsches oder der Ideologie, sie ist eine Sache unmittelbarer Notwendigkeit." (Zit. nach: Der Kapitalismus entdeckt die Planung, in: FR v. 17.9. 1975) Für eine Verstärkung der politischen Planung in den kapitalistischen Staaten plädiert u.a. auch T. Ellwein, Regieren und Verwalten. Eine kritische Einführung, Köln-Opladen 1976.

80) J. Hauptmann, Das Kräfteverhältnis zwischen Ost und West, in: A. Domes (Hrsg.), Ost-West-Polarität, S. 239. J. Hauptmann stellt dem die kapitalistische Situation

(Forts. nächste Seite)

Ist somit erst einmal der Bann der Vorstellung gebrochen, eine einheitliche Steuerung der Gesellschaft und damit deren Ausrichtung an bestimmten definierten (oder doch definierbaren) Systemzielen sei per se undemokratisch und verwerflich, so konzentriert sich die weitere Diskussion um das Führungssystem der sozialistischen Gesellschaft auf die Frage nach dessen konkretem Interesseninhalt, d.h. danach, was seinen Anspruch zu begründen vermag, "eine als richtig erkannte Politik" auszuführen. Und nur von dieser Frage her kann dann auch das Demokratieproblem untersucht werden; es stellt sich also die Frage danach, ob sozialistische Systempolitik demokratisch, d.h. von den breiten Volksmassen getragen, kontrolliert und damit auch garantiert ist.[81]

Wenn man die Frage in dieser Weise stellt - also als Problem des konkreten sozialen Ziels und Interesses und des daran zu messenden demokratischen Charakters des politischen Systems im Sozialismus - und die bürgerliche DDR-Forschung nun daraufhin untersucht, welche Antworten

---

Forts. Anm. 80

gegenüber: "Es dürfte heute nur wenige Menschen in Amerika geben, die in der Lage wären, unsere nationalen Ziele lediglich präzis zu nennen und die ihnen außerdem auch noch zustimmten..." (ebda., S. 238f.). H.-D. Ortlieb schrieb schon vor über 15 Jahren: "... die ketzerische Frage muß einmal mit allem Nachdruck gestellt werden: Weshalb sollte sich eigentlich gerade das marktwirtschaftliche System, dessen innerer Mechanismus von sich aus gar nicht in der Lage ist, die für einen solchen Machtkampf (mit dem Sozialismus, O.C.) relevanten Ziele anzusteuern, als das überlegene erweisen?" (Das Ende des Wirtschaftswunders, Wiesbaden 1962, S. 148; zit. nach H. Meißner (Hrsg.), Bürgerliche Ökonomie im modernen Kapitalismus, Berlin 1967, S. 623f.).

81) Denselben methodologischen Imperativ hebt W. Wyniger hervor: "Echte Kritik am Demokratie-Verständnis der DDR hätte also ... zunächst von dessen eigenem Anspruch auszugehen, indem der reale Gehalt von Demokra-

(Forts. nächste Seite)

sie in diesem Zusammenhang (explizit oder implizit, willentlich oder unfreiwillig) gibt, so erhält man ein Gesamtbild, welches diametral andere Schlußfolgerungen nötig macht als die allgemein verbreiteten und eingeschliffenen.

Über den sozialen Inhalt der DDR-Gesellschaftspolitik und das auf diesem Gebiet inzwischen Erreichte läßt die DDR-Forschung im Grunde durchaus wenig Zweifel. Als exemplarisch sei das diesbezügliche Urteil E. Richerts wiedergegeben; dabei sollte die latente Geringschätzung, mit der Richert diese "nur" auf dem Gebiet der "materiellen Kultur" resp. des "Homo faber"[82] liegenden Errungenschaften bedenkt, nicht über das tatsächliche Gewicht seiner Worte hinwegtäuschen: Die DDR ist laut Richert dabei, die gesellschaftlichen Bedingungen vor allem in den folgenden, "vorwiegend den Klassikern entlehnten Dimensionen erträglicher" zu machen: "In der Aufhebung der Schwerarbeit bzw. der 'Angleichung' von körperlicher und geistiger Arbeit; in der Einebnung des Gefälles Stadt/Land zugunsten der eher urbanen Zivilisation; in der ... Anhebung des Standards der unterentwickelten Gebiete und Betriebe...; in der effektiven Gleichstellung der Frau; in der materiellen Förderung der Randgruppen (Rentner, Kinderreiche u.ä.); in der weitestmöglichen Höherqualifikation von Gesamtgesellschaft und insbesondere Facharbeiterschaft; demgegenüber zum Ausgleich in der Verbesserung des Freizeit-Angebots; sowie ... in der Beachtung und Moderierung von Generationsproblemen. Nur in solchen Punkten

---

Forts. Anm. 81

tie für die Arbeiterklasse analysiert würde. Die bloß formale Kritik am fehlenden Mehrparteiensystem etwa trifft den Kern des Problems in keiner Weise." (Demokratie und Plan in der DDR, S. 113))

82) E. Richert, Revolutionäre und evolutionäre Tendenzen ..., S. 38, 33

kann diese Führung ihre Mission der Persönlichkeitsentfaltung begreifen. Denn hier begreift sie sich ... zugleich als Vollstreckerin alter Forderungen der Arbeiterklassen-Politiker."[83] Richert zieht selbst das bemerkenswerte Fazit: "Das jahrhundertealte Klassenschicksal der breiten Massen, 'unten' ... verbleiben zu müssen, ist definitiv passé."[84]

Vor dem Hintergrund derartiger Einschätzungen wird es schwierig, die Vorstellung von einem grundsätzlichen Interessengegensatz zwischen Führung und breiten Massen weiterhin für eine sinnvolle Prämisse zu halten. Selbst hinsichtlich eines solchen Themas wie der DDR-Landwirtschaftspolitik, welche man hierzulande lange Zeit unter dem Schlagwort von der "Zwangskollektivierung" zum Paradebeispiel der Massenfeindlichkeit der offiziellen DDR-Politik erklärte[85], kommen mittlerweile immer mehr DDR-Forscher zu Urteilen, die für jene Prämisse keinen Raum mehr lassen. K. Sontheimer und W. Bleek sprechen von "einem echten und bleibenden Erfolg der DDR-Agrarpolitik" und fahren dann fort: "Am Beispiel dieser Politik läßt sich feststellen, was für andere Bereiche der DDR-Gesellschaft zum Teil ebenso gilt: Die herrschende Minderheit der Partei hat gegen den Willen der Mehrheit der Betroffenen Maßnahmen durchgesetzt, die nach einer gewissen Zeit soziale Vorteile für die Betroffenen erbrachten, auf die sie mittlerweile nicht mehr verzichten möchten..."[86]

---

83) ebda., S. 38

84) ebda., S. 43 (Herv.heb.: O.C.)

85) Das Schlagwort von der "Zwangskollektivierung" bleibt auch heute in Gebrauch; vgl. etwa den schon erwähnten Artikel "Bauern dürfen sie nicht mehr sein", in: FAZ v. 25.1.1977

86) K. Sontheimer/W. Bleek, Die DDR..., S. 216. - Auch C. Krebs, Spezialist in Fragen der DDR-Landwirtschaft, äußert die "begründete Vermutung, daß die überwiegende Mehrheit der heutigen LPG-Bauern auch dann nicht

(Forts. nächste Seite)

Unter dem Eindruck der Tatsache, daß in der DDR grundlegenden sozialen Interessen breiter Massen zum Durchbruch verholfen wurde und wird, nehmen viele DDR-Forscher bedeutsame Modifikationen an dem Interpretationsmodell vor, mit dem sie das Verhältnis zwischen sozialistischer Partei und Bevölkerung zu bestimmen suchen. I. Hanke etwa räumt ein, daß "die Partei ... Leistungen im Interesse des Volkes erbringt"[88], daß sie "Garantien für das werktätige Volk erbringt - z.B. die Garantie der sozialen Grundrechte"[89]. Wie immer diese Beurteilung im weiteren Gang der Argumentation von I. Hanke ergänzt, zugedeckt und neutralisiert wird - wir werden dies sogleich untersuchen -, gilt es sie hier erst einmal festzuhalten als einen eindeutigen Bruch mit der gängigen Interpretation. Indem I. Hanke nämlich feststellt, daß die Partei tatsächlich "im Interesse des Volkes" handelt, verwirft sie unzweideutig die gegenteilige Vorstellung, daß in der DDR das Volk im Interesse der Partei zu handeln gezwungen werde[90]; damit

---

Forts. Anm. 86

zur einzelbäuerlichen Wirtschaftsweise zurückkehren würde, wenn die Möglichkeit hierzu bestünde." (C. Krebs, Zur Situation und Aufgabenstellung der DDR-Forschung auf dem Agrarsektor, S. 925)

88) I. Hanke, Sozialistische Demokratie..., S. 26; an der Auslassungsstelle steht bei Hanke das Wort "bestenfalls"; die in dieser Formulierung ausgedrückte Skepsis wird in Hankes Aufsatz jedoch nicht aus konkreten Belegen gespeist; zugleich besagt das Wort "bestenfalls" aber auch eindeutig, daß Hanke in ihre Argumentation gegen die Führungsrolle der Partei (siehe dazu weiter unten) den potentiell "besten Fall" - d.h. den Fall, daß die Partei tatsächlich "Leistungen im Interesse des Volkes erbringt" - mit einschließt. Also dürfen wird dies wiederum zum Anknüpfungspunkt unserer eigenen Gegenargumentation machen.

89) ebda., S. 38

90) Vgl. dazu nochmals die Beispiele in Anm. 42. Freilich liefert andererseits I. Hanke selbst, aufgrund der Ambivalenz ihres Ansatzes, derartige Beispiele. Vgl. etwa S. 29, 34, 37, 39.

aber erkennt sie im Grunde den zentralen, im DDR-Selbstverständnis postulierten Satz an: "das Volk ist nicht für die Partei da, sondern die Partei ist für das Volk da."[91]

Hanke versucht nun allerdings der Feststellung, daß die Partei "im Interesse des Volkes" handele, einen negativen Sinn zu verleihen, indem sie dies als Verhinderung eines Zustands interpretiert, wo das Volk selbst in seinem Interesse handelt. Sie sagt gewissermaßen, die Partei sei zwar für das Volk da, aber das Volk sei nicht für sich selber da. Auf eine Formel gebracht ist dieser Vorwurf in dem Satz, wonach in der DDR der "Typus einer 'output-orientierten' Demokratie (herrsche), in welcher die Partei bestenfalls Leistungen im Interesse des Volkes erbringt, seinen Anspruch auf Selbstbestimmung aber gering ... achtet."[92] Diese Aussage, die geradezu das Konzentrat bundesdeutscher Auseinandersetzung mit dem DDR-System darstellt, verdient genauer beleuchtet zu werden. Wenn man davon ausgeht, daß "Selbstbestimmung" wesentlich die Freiheit darstellt, die eigenen Interessen zu realisieren - und Selbstbestimmung gegen die eigenen Interessen ist eine Absurdität, die den Begriff der Selbstbestimmung aufhebt, weil damit Fremdbestimmung zu einer Variante von Selbstbestimmung deklariert würde -, dann heißt das also, daß ein über sich selbst bestimmendes Volk nicht mehr und nicht weniger tut, als im eigenen Interesse zu handeln. Nun ist aber I. Hanke immerhin bereit zuzugestehen, daß die marxistisch-leninistische Partei tatsächlich "im Interesse des Volkes" agiert. Wenn dem so ist, dann erhebt

---

91) E. Honecker auf der 15. Tagung des ZK der SED, zit. nach ND v. 4.-5. 10.1975

92) I. Hanke, Sozialistische Demokratie..., S. 26

sich aber zwingend die Frage, was eigentlich die Partei, unter deren Führung doch offensichtlich kein anderer Interessen-"Output" erbracht wird, als ihn das rein über sich selbst bestimmende Volk erbringen würde, dazu bewegen sollte, ebendiesem Volk die "Selbstbestimmung" zu versagen. Wie soll es möglich sein, daß sich eine Partei "für das werktätige Volk"[93] einsetzt, gleichzeitig aber den Willen dieses Volkes ängstlich eindämmt? Eine derartige Konstellation erscheint nach allen Regeln der Politik und der Logik als zumindest reichlich mysteriös. Und doch mündet I. Hankes Ansatz, wie wir sehen konnten, zwingend in eben diesem Dilemma. Es entsteht daraus, daß I. Hanke auf der einen Seite nicht umhin kommt, der SED soziale, im breiten Interesse liegende Intentionen und auch Erfolge zuzugestehen, auf der anderen Seite aber auch an der tiefsitzenden Prämisse von einem Grundwiderspruch zwischen Partei und Masse festhalten will. Erwies sich dieser vorgebliche Grundwiderspruch, wie wir weiter oben sahen, ohnehin schon als das Produkt eines Gedankenzirkels[94], so wird er vollends zur Mystifikation in dem Augenblick, wo der Partei bescheinigt werden muß, daß sie ja an und für sich durchaus eine an den Interessen der werktätigen Massen orientierte Politik betreibt.[95]

---

93) Vgl. oben (Anm. 89)

94) Siehe oben, S. 561

95) I. Hanke scheint die Gefahr, die von diesem Zugeständnis auf ihre gesamte Argumentation ausgeht, zu bemerken, denn sie stellt - im allerletzten Absatz - die Behauptung auf, die Führung der DDR würde "die Ziele der Gesellschaft nur noch sehr abstrakt, in Leerformeln," beschreiben (Sozialistische Demokratie..., S. 39). Dies kann nur als Versuch gewertet werden, aus dogmatischen Gründen den klar zutagetretenden Inhalt der DDR-Gesellschaftspolitik - sie selbst zählt noch zwei Seiten zuvor (S. 37) sehr handfeste Ziele und Tendenzen auf - wieder zu verun-

(Forts. nächste Seite)

Angesichts dieses Dilemmas bleiben der DDR-Forschung objektiv nur noch zwei Möglichkeiten: Entweder sie beharrt auf der traditionellen Prämisse vom unversöhnlichen Gegensatz zwischen dem Emanzipationswillen der Massen und dem Institut der führenden sozialistischen Partei; dann muß sie jedoch mit der - schon heute manifesten, in Zukunft aber sicher noch weiter wachsenden - Schwierigkeit leben, diese theoretische Hülse mit konkreten Tatsachen zu füllen; sie muß, anders gesagt, zunehmend die Last der Paradoxie tragen, daß in der DDR Arbeiterinteressen durchgesetzt würden, die Arbeiter dort aber nicht ihre Interessen (in "freier Selbstbestimmung" usw.) durchsetzen könnten. Dies ist die eine Möglichkeit, und das Gros der DDR-Forscher hält weiterhin an ihr fest. Die andere wäre, die fragliche Prämisse fallen zu lassen und das gesellschaftliche Handeln der Partei als Teil und als Ausdruck des gesellschaftlichen Handelns der Klasse selbst, die Führungsrolle dieser Partei nicht als Hindernis dieser Klassenhegemonie, sondern als deren historisch entstandene und notwendige Bedingung und Garantie zu interpretieren; und damit wäre auf konsequente Weise die mysteriöse Anschauung überwunden, daß die Partei trotz ihres (elitären) Charakters Interessen der Masse realisiere[96], und durch die - mit den Gesetzen der Kausali-

---

Forts. Anm. 95

klaren, um so weiterhin den Mythos von "den Zielen der SED", die niemand richtig durchschauen und benennen könne, verfügbar zu haben.
Wären die Ziele der bestehenden sozialistischen Gesellschaften tatsächlich so "abstrakt" und "leer", wie I. Hanke hier glauben macht, dann hätte z.B. K.v. Beyme schwerlich sein mehrere hundert Seiten starkes, faktengesättigtes Buch über "Ökonomie und Politik im Sozialismus" schreiben können, in welchem er sich, bis in die Gliederung hinein, von dem Gedanken leiten läßt, daß die Sozialismusforschung "von den ideologischen Zielen des Sozialismus ausgehen und diese ernst nehmen" muß (S. 15). Beyme arbeitet ein detailliertes Schema von Generalzielen sowie Einzelzielen sozialistischer Politik heraus (vgl. a.a.O., S. 38).

96) Plausibel wäre dies dann, wenn es sich um soziale

(Forts. nächste Seite)

tät im Reinen befindliche - These ersetzt, daß sie dies eben vielmehr wegen oder kraft ihres (nicht elitären) Charakters tue.

Diese letztere, gemessen an der herrschenden Meinung in der DDR-Forschung "unorthodoxe" Deutungsversion (die von ebendieser herrschenden Meinung mit dem Verdikt des "Orthodox-Marxistischen" belegt wird) kann sich, über das hier schon aufgezeigte Maß noch hinaus, durchaus auf Ergebnisse und Einsichten bürgerlicher DDR-Forscher berufen und stützen. Wir sagen dies gerade auch im Bewußtsein der Tatsache, daß sich die prinzipielle Übereinstimmung zwischen Führung und Massen, daß sich der demokratische Charakter des politischen Systems nicht nur am Inhalt der Politik, sondern auch an der Art ihres Zustandekommens und ihrer Verwirklichung zu erweisen hat[97]; daß, wie es auch gelegentlich formuliert wird, dem "Output" des Systems auch ein entsprechender, demokratischer "Input" gegenüberzustehen hat.[98]

Forts. Anm. 96

Zugeständnisse handelte, die der Führung abgerungen würden. Tatsächlich aber gilt die SED-Gesellschaftspolitik auch der bürgerlichen Forschung zweifellos als gewollte, bewußte Politik.

97) Für die Beachtung aller dieser drei Aspekte wird auch plädiert in: Staat, Recht und Demokratie bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, Berlin 1974, S. 25.

98) Vgl. I. Hanke, oben, S. 574
K.v. Beyme, Ökonomie und Politik im Sozialismus, bes. S. 334ff. : "Gesellschaftlicher Input und politischer Output in sozialistischen Systemen".

Ist die SED, so muß z.B. gefragt werden, tatsächlich die "elitäre kommunistische Kaderpartei"[99], als die sie Sontheimer/Bleek bezeichnen? Einige Ausführungen von I. Hanke etwa klingen wesentlich vorsichtiger: "Allerdings kann bei dem hohen Mitgliederstand der SED 'die Partei' nicht mehr im Gegensatz zu 'den Werktätigen' gesehen werden", heißt es da; und: "Die Herrschaft der Partei wird allerdings längst nicht mehr allein durch die Parteispitze ausgeübt. Da inzwischen in jeder kleinsten Einheit der 'sozialistischen Demokratie' Parteimitglieder vertreten sind..., wird auf allen Ebenen ein ständiger Identifizierungsprozeß mit den Zielen der Partei hergestellt..."[100]. Allem Anschein nach hat diese Partei also selbst schon den Charakter einer Massenbewegung.[101] Dem Interessen-"Output" korrespondiert ein ebensolcher massenhafter "Input".

I. Hanke stellt diese neue Sicht nun allerdings nicht als einen Bruch mit der herkömmlichen Interpretation (SED als elitäre Partei) dar, sondern begründet sie aus einem "inzwischen" erfolgten realen Wandel der Partei; es sei "nicht mehr" so, wie man es früher darstellte; im anderen Zitat sagt sie: "längst nicht mehr". Auch wenn das, was letztlich entscheidend zählt, die Beurteilung der DDR-Gegenwart ist, fordern I. Hankes andeutungsweise historische Einschränkungen eine nähere Betrachtung heraus. Sie evozieren die Frage, wann und bis wann denn nun die Partei tatsächlich im Gegensatz zu den Werktätigen stand (bzw, "gesehen werden" konnte), zu welcher Zeit tatsächlich allein die Parteispitze herrsch-

---

99) K. Sontheimer/W. Bleek, Die DDR..., S. 76

100) I. Hanke, Sozialistische Demokratie..., S. 38; dies., in: M. Rausch/T. Stammen, DDR..., S. 93

101) Vgl. hier nochmals K. Sontheimer/W. Bleek, Die DDR..., S. 102

te. Die Mitgliederzahl, an welcher Hanke ihre neue Beurteilung der heutigen SED festmachen zu wollen scheint 102), bietet in Wirklichkeit gerade keinen Anhaltspunkt für ihre These, da sie von Anfang an etwa in der heutigen Größenordnung lag.[103] Zudem wäre es höchst uneinsichtig, weshalb bei einer mitgliedermäßig kleineren Partei eher davon auszugehen sein sollte, daß die Herrschaft "allein durch die Parteispitze" ausgeübt werde, als bei einer größeren. Nichts weist also darauf hin, daß I. Hanke mit ihrer Darstellung der Massenverankerung der SED tatsächlich etwas in der DDR-Geschichte spezifisch Neues schildert. Offenbar scheint sie sich nur davor zu scheuen, die herkömmliche verzerrende Interpretation auch als verzerrend zu qualifizieren.[104]

Werfen wir einen Blick auf die Frühgeschichte der SBZ/DDR und der SED. Allen gebräuchlichen Stichworten wie "Zwangsvereinigung", "Sowjetisierung" usw. zum Trotz liefert gerade auch dieser historische Zeitabschnitt viele bedenkenswerte Anhaltspunkte für die Deutung,

---

102) Denn sie formuliert: "Allerdings kann bei dem hohen Mitgliederstand ... nicht mehr" usw. (siehe oben, Anm. 100).

103) Die SED hatte beispielsweise Ende Mai 1947 1 786 138 Mitglieder (vgl. Autorenkollektiv, 20 Jahre SED, Berlin 1966, S. 49ff.).

104) Im Zusammenhang mit der Totalitarismustheorie ist uns diese ausweichende Art der Auseinandersetzung, welche ein unglaubwürdig gewordenes Konzept lediglich als inzwischen veraltet apostrophiert, damit jedoch grundsätzlich stehen läßt, bereits begegnet; eine solche Art der Kritik kann dann sogar mit der Meinung zusammengehen, die Totalitarismusdoktrin habe "eine echte aufklärerische Aufgabe gehabt" (P.C. Ludz, Totalitarismus oder Totalität..., S. 132).

daß - um in der Formulierung von I. Hanke zu bleiben - "'die Partei' nicht ... im Gegensatz zu 'den Werktätigen' gesehen werden" kann. Dies beginnt schon bei der Frage der SED-Gründung. Man mag das Engagement der sowjetischen Besatzungsmacht für noch so hoch einschätzen - die historische Tatsache, daß die ersten Willensbekundungen zur Vereinigung beider Parteien von der SPD ausgingen, läßt sich damit auf keinen Fall erklären. In den meisten seriösen bürgerlichen Darstellungen wird denn auch eingeräumt, daß die Vereinigung beider Parteien auch "von der Mehrheit der SPD-Mitglieder als populär gewünscht" wurde[105]. Eine konservative bundesdeutsche Zeitung schrieb rückblickend auf die SED-Gründung, anläßlich deren dreißigsten Jahrestages:

---

105) E. Schneider, Die DDR. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, S. 27. Bei H. Rausch/T. Stammen wird gesagt, die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien sei "zunächst beinahe stärker von der SPD als von der KPD gefordert" worden (DDR..., S. 27).
W. Bleek schreibt: "Für zahlreiche Sozialdemokraten in der Ostzone Deutschlands war die Zustimmung zur Einheitspartei auch 1946 kein opportunistisches oder ausweggloses Nachgeben gegenüber äußerem Druck, sondern Konsequenz ihrer sozialistischen Grundüberzeugung und Ausdruck ihrer Erwartungen in die KPD als sozialistische Partei und die UdSSR als sozialistischer Staat." (W. Bleek, Einheit und Spaltung, Die Gründung der SED und die deutsche Teilung 1945/46. Rezension, in: DA 1/1976, S. 86)
Was die Urabstimmung in der Westberliner SPD 1946 betrifft, welche häufig als indirekter Beweis für den Zwangs-Charakter der SED-Gründung angeführt wird, so verschweigen die betreffenden Autoren gewöhnlich das Stimmenergebnis bezüglich der zweiten damals vorgelegten Frage: "Bist Du für ein Bündnis der beiden Parteien?": Hierzu stimmten nämlich 14 146 Mitglieder mit Ja, gegenüber 5 707 Nein-Stimmen. Vgl. S. Thomas, Entscheidung in Berlin, Berlin 1967, S. 220).

"Zwang erklärt nicht alles" [106].

Auch im Falle der von SED und den anderen Parteien gemeinsam betriebenen Blockpolitik erklärt Zwang (oder Hinterlist) nicht alles, wenn überhaupt etwas wesentliches. Daß hier vielmehr ein echtes antifaschistisches und demokratisches Interessenbündnis vorlag, bestätigen selbst noch die polemischen Ausführungen von H. Rudolph: "Derselbe emphatische Nie-wieder-Antifaschismus einte damals in kollektiver Zerknirschung und der ihr entsprechenden blauäugigen Nun-muß-sich-alles-ändern-Entschlossenheit die Gutwilligen über alle politischen Fronten, von den Konservativen bis zu den Kommunisten." 107) E. Richert vermerkt nüchterner: "... die Kooperationsbereitschaft im Zeichen eines ... nicht unbeachtlichen 'Antifaschismus' stützte das befremdliche Experiment der ... revolutionären Transformation der Gesamtgesellschaft ab." [108]

Was schließlich den Übergang von der antifaschistisch-demokratischen Politik zu einer ausgeprägt sozialistischen, so bleiben auch in diesem Falle die bürgerlichen Darstellungen den Beweis für ihren geradezu routinemäßigen Vorwurf schuldig, dieser geschichtliche Prozeß

---

106) DZ v. 16. 4. 1976 (Herv.heb.: O.C.)

107) H. Rudolph, Die Gesellschaft der DDR..., S. 131

108) E. Richert, Revolutionäre und evolutionäre Tendenzen..., S. 26; die entscheidende Bedeutung des Antifaschismus für die Entstehungsgeschichte der DDR unterstrich auch Bundespräsident Scheel in seiner Rede vor dem 31. Historikertag in Mannheim: "Hat man noch nicht begriffen, daß man die DDR nicht - verstehen kann, wenn man vom Widerstand der Kommunisten gegen Hitler keine Ahnung hat?" (zit. nach FR v. 7.10.1976).

sei ein einziger Akt der Überrumpelung der großen nichtkommunistischen Mehrheit durch die kommunistische Minderheit gewesen. Die innerparteiliche Entwicklung beispielsweise, welche 1948/49 zur Proklamierung der "Partei neuen Typs" führte, wird zwar regelmäßig als roter Usurpationsprozeß seitens der ehemaligen KPD-Funktionäre hingestellt[109], ohne daß dies jedoch konkret belegt würde, und ohne daß vor allen Dingen einsichtig gemacht würde, wie es möglich sein soll, daß eine kommunistische Minderheit beliebig schalten und walten kann. Tatsächlich erscheinen in vielen Darstellungen die Kommunisten als mit übermächtigen Kräften ausgestattet, die anderen politischen Subjekte demgegenüber schlicht als gefügige Opfer: "Die KPD konzentrierte ihre Kräfte zunächst darauf, die Sozialdemokratie auszuschalten, was am 21./22. April 1946 durch die Vereinigung beider Parteien ... geschah, in der in den Folgejahren jeder sozialdemokratische Einfluß systematisch ausgeschaltet wurde."[110] Kommunisten sind nicht "like other people", sie verfügen über "fanatical diabolic secret powers"[111] - so umschrieb

---

109) "...Die Kommunisten begannen, den sozialdemokratischen Einfluß zunächst personell zurückzudrängen..." (F.-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Parteien in beiden deutschen Staaten, S. 23) Vgl. entsprechend K. Sontheimer/W. Bleek, Die DDR..., S. 42; E. Schneider, Die DDR..., S. 28; usw.

110) F.-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Parteien in beiden deutschen Staaten, S. 19. Bei E. Schneider scheinen die Kräfte der KPD so weit zu reichen, daß die anderen Parteien in der SBZ sich überhaupt bloß den taktischen Absichten der KPD verdanken: "Ihre Existenz sollte dem Westen einen politischen Pluralismus vortäuschen." (E. Schneider, Die DDR..., S. 29)

111) M. Parenti, The Anti-Communist Impulse, S. 42, 43; mögen die Kommunisten in einem Land zahlenmäßig auch noch so unbedeutend sein, fährt Parenti fort, - selbst das erscheint noch als unheimlich; Kommunisten sind im antikommunistischen Denken Übermenschen und Unmenschen, "Titan und Bestie" (ebda., S. 44).

der Amerikaner M. Parenti in seiner Studie über den Antikommunismus den irrationalen Kern dieses Denkens. Um demgegenüber eine rational-wissenschaftliche Erklärung dafür zu geben, daß sich in der SBZ/DDR der Übergang in die sozialistische Ordnung vollzog, wäre die objektive politische Interessen- und Kräftekonstellation zu untersuchen, welche ebenjenen Übergang möglich gemacht hat. Einen realen Eindruck von diesem Kräfteverhältnis vermitteln auch die hier kritisierten Darstellungen, wenn auch eher zwischen den Zeilen. Bei E. Schneider heißt es etwa: "Nach Gründung der gesellschaftlichen Massenorganisationen (FDGB, Kulturbund, FDJ und Frauenbund, O.C.) wurden auch diese in den demokratischen Block der Parteien und Massenorganisationen aufgenommen, unter anderem auch, um den Einfluß der beiden bürgerlichen Parteien CDU und LDPD zu mindern."[112] Auch wenn diese Feststellung bei Schneider wie ein Vorwurf klingt, so besagt sie ihrem objektiven Gehalt nach doch nicht mehr und nicht weniger, als daß es in der SBZ tatsächlich ein breites anti-bürgerliches (und damit pro-sozialistisches) Lager gab.[113]

---

112) E. Schneider, Die DDR..., S. 31

113) Eine auch für unseren Zusammenhang lehrreiche Betrachtung stellt die FAZ über die politische Entwicklung in Südafrika an: "Der verbotene Afrikanische Nationalkongreß (ANC) ... ist ... von Kommunisten beherrscht, Das macht es der weißen Regierung in Pretoria leicht, die Auseinandersetzungen zwischen Schwarzen und weißen Südafrikanern als Kampf zwischen Freiheit und totalitärer Macht hinzustellen. Doch so einfach ist die Sache nicht. Der ANC fordert das allgemeine Wahlrecht für alle... Und dieses Verlangen wird nicht bloß von Kommunisten vorgebracht, sondern von der großen Mehrheit der schwarzen Bevölkerung Südafrikas. Sie wendet sich den Organisationen zu, die dafür am energischsten eintreten..." ("Gefahr in Südafrika", in: FAZ v. 20.3.1976; Herv. heb.: O.C.). Hier wird im Grunde der methodische Schlüssel geliefert, wie auch die politische Entwicklung in der SBZ und DDR zu analysieren und zu erklä-

(Forts. nächste Seite)

Die kurze Abschweifung in die Vor- und Frühgeschichte der DDR dürfte bereits hinreichend nahelegen, daß es keinen sachlichen Anlaß gibt, I. Hankes Feststellung, wonach "'die Partei' nicht ... im Gegensatz zu 'den Werktätigen' gesehen werden" kann, einzig und allein auf die jüngere Vergangenheit und die Gegenwart der DDR zu beschränken.[114]

Wenn I. Hanke ausdrücklich erklärt, Partei und Werktätige könnten nicht getrennt voneinander gesehen werden, dann sprengt sie damit faktisch ihre zuvor geäußerte These, die Partei erbringe allenfalls Leistungen "für das werktätige Volk"[115]. Offenkundig vollzieht sich auch die Verwirklichung der Politik nicht als einseitiger Akt "der Partei" gegenüber "den Werktätigen"; anders gesprochen, der "Output" des politischen Systems ist nicht schlechthin "Output", sondern wird selbst durch Massenaktivität bewerkstelligt, besitzt also seinerseits eine "Input"-Seite.[116] Daß diese Massenbeteiligung bei der Realisierung der beschlossenen

---

Forts. Anm. 113

ren wäre: nämlich über die Frage der damals akuten Interessen und Forderungen sowie der jeweiligen Haltung der verschiedenen politischen Kräfte dazu.

114) Ein jüngeres Beispiel für die demokratische Herausbildung der Führungsrolle einer revolutionären Partei bietet Algerien. Dort stimmten 1976 über 99 Prozent für eine neue Verfassung, die zugleich Programm der Einheitspartei FLN ist; zuvor war dieses Dokument landesweit diskutiert worden. (Vgl. FR v. 24.7.1976 u. v. 23.11.1976)

115) I. Hanke, Sozialistische Demokratie..., S. 38

116) Dies deutet auch I. Hanke vorsichtig an: "Da die sozialistische Demokratie ... zugleich die Massen im Sinne der von der Partei gesetzten Ziele in großangelegten Demokratisierungsstrategien mobilisiert, könnte sie aber auch der Tendenz nach als input-orientiert beschrieben werden." (Sozialistische Demokratie..., S. 38)

Politik kein unwesentliches Kriterium für deren demokratischen Charakter und Popularitätsgrad darstellt, spricht zumindest implizit aus einer Feststellung wie der folgenden: "Die Richtlinien der Politik bestimmt die SED, genauer gesagt ihr Politbüro ... Andererseits kann das Politbüro zwar Grundsatzbeschlüsse fassen, sie jedoch nicht per Knopfdruck verwirklichen. Dazu werden die anderen Parteien gebraucht, die Massenorganisationen, ... die Bevölkerung."[117]

Ziehen wir die Bilanz unseres Versuchs, in der "orthodoxen" DDR-Forschung Momente eines "unorthodoxen" Bilds von der sozialistischen Partei und ihrer Beziehung zur Gesamtgesellschaft aufzuspüren: Die SED wird begreifbar als eine Instanz des gesamtgesellschaftlichen "Management"[118], welche eine Systempolitik "im Interesse des Volkes"[119] entwickelt; dabei sind die Massen nicht nur Adressaten, sondern selbst - sei es als Mitglieder der Partei oder im Kontakt mit ihr - Träger dieser Politik; schließlich vollzieht sich auch ein erkennbarer Trend hin zur unmittelbaren Einschaltung der Bevölkerung in den Prozeß der Ausformulierung des gesellschaftspolitischen Kurses selbst[120]. Alles in allem erscheint

---

117) FR v. 16.10.1976 (Herv.heb.: O.C.). Dies erinnert deutlich an eine Bemerkung von Lenin: "Den Sozialismus aber kann nicht eine Minderheit - die Partei - einführen. Einführen können ihn Dutzende von Millionen, wenn sie es lernen, das selbst zu tun..." (W.I. Lenin, Referat über die Revision des Parteiprogramms... in: Werke, Bd. 27, Berlin 1960, S. 122).

118) Vgl. oben, Anm. 70; vgl. die Formulierung "gesellschaftspolitischer Organisator" bei G.Ch. Schachnasarow, Die Partei der Arbeiterklasse und die sozialistische Demokratie, in: Aktuelle Fragen und Entwicklungsperspektiven der sozialistischen Demokratie, hrsg. v.d. Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR, Berlin 1976, S. 120.

119) Vgl. oben, Anm. 88

120) Vgl. etwa die folgenden Beobachtungen der "Frankfurter Rundschau": "Die Wünsche der Bevölkerung

(Forts. nächste Seite)

damit die übliche These, "das zentrale Problem der DDR" sei ihr "Legitimationsdefizit"[121], als zumindest anfechtbar. Dies umso mehr, als auch in der inner-"westlichen" Demokratiediskussion immer stärker die Grenzen eines bloß auf gewisse formale Spielregeln bezogenen Demokratie- und Legitimitätsbegriffs erkannt werden.[122]

Forts. Anm. 120

waren den Teilnehmern des 9. Parteitages ... wohlbekannt. Noch am Tage vor dem Kongress veröffentlichte das SED-Blatt 'Neues Deutschland' auf zweieinhalb Seiten Anträge, die Genossen und Parteilose an die Delegierten gerichtet haben... Die Auswahl entsprach ungefähr den tatsächlichen Bedürfnissen..." (FR v. 22.5.1976). Nach Angaben der DDR ist in den ersten acht Monaten nach dem IX. SED-Parteitag die Zahl der an die Staatsführung und die Volkskammer gerichteten Eingaben um 31 Prozent (auf rund 50 000) gestiegen. Etwa 75 Prozent davon, so heißt es, werden im Sinne des Absenders positiv entschieden. (Vgl. OP v. 26. 2. 1977: "DDR-Bürger zeigen mehr Mut zu Unmut"). Vgl. auch den erstaunten Artikel des "Spiegel" (Nr. 37/ 1977) über die breite Verfassungsdebatte in der Sowjetunion.
Eine interessante Erscheinungsform findet der Trend zur öffentlichen Willensbildung in Volksaussprachen mit Alternativcharakter: "In den letzten Jahren legt die (Polnische Vereinigte Arbeiter-, O.C.) Partei - sofern das notwendig ist - den Werktätigen Alternativvorschläge ..., besonders in der Sozialpolitik, zur Diskussion vor. Alternativcharakter hatten z.B. die Leitsätze der Thesen zum VI. Parteitag über die Herabsetzung des Rentenalters und die Verkürzung der Arbeitszeit." (J. Lukaszewicz, Die Partei- die führende Kraft, in: Aktuelle Fragen und Entwicklungsperspektiven..., a.a.O., (vgl. Anm. 118), S. 49).

121) P.C. Ludz, Die nationale Frage..., S. 86

122) "Ein formaler Demokratiebegriff, der das Verfahren, das der Kontrolle politischer Herrschaft zu dienen hat, sichert, geht an bestimmten Bedürfnissen und Notwendigkeiten dieser Gesellschaft vorbei. Deshalb haben schließlich alle im Bundestag vertretenen Parteien versucht, den formalen Demokratiebegriff inhaltlich aufzufüllen und damit in eine Entwicklungsper-

(Forts. nächste Seite)

Dennoch beharrt die DDR-Forschung auf dem Standpunkt, daß die Tatsache der führenden sozialistischen Partei gewissermaßen nicht "sein darf". Die sachliche Begründung dieses Standpunktes schwindet jedoch in demselben Maße, wie der von der Partei initiierten konkreten Politik zugestanden werden muß, daß sie durchaus, sowohl von ihrem Inhalt als auch von ihren praktischen Begleitumständen her, massenorientiert ist; wie weit diese Zugeständnisse schon reichen, haben wir oben dokumentiert, Es entsteht die Paradoxie, daß die Partei ständig ihrer eigenen Logik zuwider handelt: denn wenn sie tatsächlich eine Instanz der Herrschaft gegen und über die Bevölkerungsmassen ist, wie qua Prämisse unterstellt wird, dann kann es schlechterdings nur als paradox angesehen werden, wenn sie grundlegende Interessen ebendieser Bevölkerung zum Ziel ihres Handelns

---

Forts. Anm. 122

spektive zu rücken. Hier haben die Forderungen nach 'Freiheit', 'sozialer Gerechtigkeit', 'Transparenz', 'Kontrolle', 'Abschaffung der ökonomischen Ungleichheit', wie sie aus der sozialistischen und sozialliberalen Tradition erwachsen sind, ihren Ort; denn sie erfüllen den Demokratiebegriff mit Leben." (P.C. Ludz, Deutschlands doppelte Zukunft, S. 123) Gleichzeitig mit dieser zu beobachtenden inhaltlichen Akzentuierung des Demokratiebegriffs rückt in der politischen Diskussion der Bundesrepublik das Problem der "Bürgernähe", der 'Bürgerbeteiligung" stark in den Vordergrund. Im Zusammenhang mit der Ausbreitung von Bürgerinitiativen wird bereits von einer "Legitimationskrise" des parlamentarischen Systems gesprochen (vgl. z.B. W. Kaltefleiter, zit. in: FAZ v. 16.5.1977: "Das Verhältnis der Wähler zu den Parteien auf dem Tiefpunkt"). Bezüglich dieser beiden Aspekte des Demokratie- und Legitimationsproblems - also des konkreten sozialen Inhalts sowie der Massenpartizipation - dürfte eher die Bundesrepublik einen Vergleich mit der DDR zu fürchten haben als umgekehrt. Es ist sicher kein Zufall, daß von konservativer Seite zunehmend versucht wird, beide Fragen als irrelevant abzutun. So wehrt sich etwa W. Hennis dagegen, daß "staatliche Tätigkeit an meßbaren ... Leistungen gemessen wird -

(forts. nächste Seite)

macht und obendrein noch zu diesem Zweck "die Massen ... in großangelegten Demokratisierungsstrategien mobilisiert"[123]

Tatsächlich lassen bereits manche bürgerliche Sozialismusbeobachter diese Paradoxie in ihrer Interpretation lieber explizit und gewissermaßen als unaufgelöstes Rätsel stehen, als daß sie die Prämisse antasteten, von welcher das ganze Problem herrührt: daß sich nämlich Partei und Volk zueinander verhielten wie Herrschaft und Knechtschaft. So entsteht das Bild einer Partei, welche einerseits eigensüchtig auf ihre Macht pocht, die aber andererseits aus unerfindlichen Gründen diese ihre Macht selbst untergräbt, indem sie den Emanzipationsprozeß der Massen befördert. Diese Paradoxie zieht dann sogleich die weitere nach sich, daß nämlich die steigende demokratische Aktivität der Massen am Ende

---

Forts. Anm. 122

am Sozialprodukt etwa, an der Arbeitslosenquote, der Lohnquote und ähnlichem..." (W. Hennis, Der Moloch, dem wir hörig sind, in: DZ v. 14.1.1977). Und H. Schoeck polemisiert - übrigens am Beispiel von K.v. Beyme - gegen den "hinterhältigen" Begriff der Massenpartizipation (vgl. H. Schoeck, Die Illusion eines 'demokratischen' Sozialismus. Gewachsene Gefahren für eine freie Gesellschaft, S. 25).

123) Vgl. oben, Anm. 116. - Vgl. auch R. Thomas, für den es "nicht (zu) übersehen (ist), daß durch die Gesellschaftspolitik der DDR eine wesentliche Vergrösserung der Chancengleichheit erreicht worden ist, eine erhebliche soziale Mobilität besteht und eine Reihe von Maßnahmen (z.B. Verankerung des Rechts auf Arbeit, Reform des Scheidungsrechts, Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs) als Beiträge zur Erweiterung der Selbstbestimmung gewertet werden können." (R. Thomas, Modell DDR..., S. 116; Herv.heb.: O.C.)

doch nicht zur Untergrabung der Autorität der Partei führt, sondern diese im Gegenteil noch erhöht.[124] Offenes Inkaufnehmen des Paradoxons von der Parteiherrschaft, die gegen die eigene Herrschaftslogik agiert, charakterisiert etwa folgende Passage des Sowjetunion-Korrespondenten U. Engelbrecht: Der "vielleicht zentrale ... Widerspruch des sowjetischen Alltags", so meint er, bestehe in folgendem: "die Partei, selbst geradezu Verkörperung undemokratischer Praxis, predigt den Massen gleichwohl unablässig demokratisches Verhalten ... Würde der Funke dieser pädagogischen Bemühungen allerdings zünden, so wäre es vor allem die Parteibürokratie, die erheblich zurückzustecken hätte..." 125) Warum sich die KPdSU, und zwar auch noch derart forciert, einem solchen Risiko aussetzt, warum sie so leichtsinnig an dem Ast sägt, auf dem sie sitzt, erklärt Engelbrecht nicht - der angebliche "zentrale Widerspruch des sowjetischen Alltags", wie Engelbrecht sein Interpretationsdilemma objektivierend und projizierend umschreibt, ist denn auch in der Tat unerklärlich.[125a]

Die DDR- und Sozialismusforschung konfrontiert uns mit manch weiteren derartigen Unerklärlichkeiten. K. Mehnert

---

124) I. Hanke konstatiert dies ohne weiteres: "Die Parteieliten können... die Partizipation fordern und fördern - ihre Machtbasis wird durch den gemeinsamen Dienst an der 'dritten Sache' ... nicht angetastet, sondern wesentlich verstärkt." (Sozialistische Demokratie..., S. 38)

125) FR v. 28.11.1975 (Herv.heb.: O.C.)

125a) Dieselbe Antwort bleibt N. Nor-Mesek schuldig. Er schreibt, die sowjetischen Satiriker würden "nicht müde..., den unerschöpflichen Widersinn bürokratischer Regeln und Untaten aufs Korn zu nehmen. Paradox erscheint, daß sie dies mit Billigung gerade des Apparates tun, den sie angreifen." (Alle Macht den Bürokraten, in: FAZ v. 15.10.1977)

vermerkt die Leistungen des sowjetischen Bildungswesens und knüpft daran unmißverständlich die Erwartung, daß die - zu selbständigem Denken befähigten - Sowjetbürger über kurz oder lang ihrem System die Gefolgschaft verweigern würden.[126] Warum, so fragt sich auch hier wieder, legt unter diesen Umständen eigentlich die sozialistische Führung derartige Priorität auf die Entwicklung der Volksbildung? Dieselbe Frage muß E. Jahn gestellt werden, wenn er schreibt, die "Sowjetbürokratie ... erzeug(e) von Stund zu Stund ihren immer mächtigeren Totengräber: den qualifizierten Arbeiter und Intelligenzler."[127] Warum hat es die sowjetische Führung so eilig mit der Erhöhung des Bildungsgrades, wenn damit tatsächlich nur ihr eigener Untergang näherrückt? Und wie soll man es sich erklären, daß die Sowjetmacht bei der Arbeitszeitverkürzung international immer ausgerechnet zu den Schrittmachern gehörte[128], wenn doch, wie derselbe E. Jahn erklärt, die "Freisetzung von Arbeitszeit" (ebenso wie die Freisetzung von "Information") eine entscheidende "Voraussetzung für die

---

126) Vgl. K. Mehnert, Ideologischer Krieg trotz Koexistenz..., S. 8. Mehnert beschließt seinen Aufsatz mit den leicht spöttischen Zeilen: ... um mit einer durchaus zutreffenden Sentenz aus dem Moskauer Regierungsblatt vom 7. Juli 1972 zu enden: 'Ein Mensch hat durch das (sowjetische) Erziehungssystem - kostenlos - denken und überlegen gelernt. Und jetzt denkt er!'". (ebda.,)

127) E. Jahn, Kommunismus - und was dann? Zur Bürokratisierung und Militarismierung des Systems der Nationalstaaten, S. 101

128) Siehe dazu K.v. Beyme, Ökonomie und Politik im Sozialismus, S. 240f.

Sowjetdemokratie", d.h. für die Aktivierung der Jahn'-schen "Totengräber" darstellt[128a)]?

Nicht minder unverständlich mutet an, was R. Dietz ausführt: Nachdem er nämlich den Versuch unternommen hat, nachzuweisen, daß sich der "sowjetische Sozialismus (DDR)"[129)] durch die "Herrschaft des Staates über die Produzenten", durch die "Trennung von Arbeits- und Eigentümersubjekt" usw. auszeichnet[130)], macht er die Einschränkung, daß der herrschenden Schicht aus dem Umstand, daß "die Ideologie der Sowjetunion der Arbeiterklasse verpflichtet" ist, allerdings "aktive politische Verpflichtungen" erwachsen[131)]; beispielsweise müsse sie "für soziale Sicherheit sorgen und hinreichende Arbeitsbedingungen gewährleisten"[132)]; so setze der "Partei- und Staatsapparat selbst" "dem Prozeß der Instrumentalisierung der Arbeit" gewisse "Grenzen"[133)]. Warum

---

128a) E. Jahn, Kommunismus - und was dann, S. 101. - Jahn versucht den Eindruck des Paradoxen dadurch zu vermeiden, daß er erklärt, "die Sowjetbürokratie" schaffe die genannten Voraussetzungen, Bildung und freie Zeit, nur "nolens volens" (ebda., Herv.heb.: O.C.) Kein ernsthafter Sozialismusforscher hat jedoch, soweit wir sehen, je die These aufgestellt, die Sowjetunion betreibe ihre Bildungspolitik nur "nolens volens" (Vgl. als typische Interpretationsweise vielmehr die von I. Hanke: siehe oben, S. 468f.) Zur Politik der Arbeitszeitverkürzung ließe sich noch hinzufügen, daß keineswegs volkswirtschaftliche Sachzwänge hierfür primär in Frage kommen: es herrscht in der Sowjetunion chronischer Arbeitskräftemangel.

129) R. Dietz, Der Wertbegriff in der Politischen Ökonomie des sowjetischen Sozialismus (DDR) und die gesellschaftliche Struktur der Arbeit

130) ebda., S. 14, S. 17. Zu Dietz' Beweisführung vgl. die kritischen Notizen in meinem Artikel: "DDR-Forschung" zwischen Objektivität und Ignoranz, hier S.

131) R. Dietz, Der Wertbegriff..., S. 14

132) ebda., S. 20

133) ebda.

begibt sich dann jedoch die sowjetische Führung nicht an die - wenigstens ganz allmähliche - Demontage dieses doch für ihre Herrschaftsinteressen so hinderlichen ideologischen Wertsystems? Warum wird sie stattdessen nicht müde, die sozialen Interessen der Arbeiter und Werktätigen als Hauptthema ihrer Propaganda zu pflegen? Warum schürt sie mithin die "Inflation der Ansprüche", statt sie - ihrer Stellung als Aneigner von "Mehrwert" 134) gemäß - einzudämmen? All diese Fragen bleiben bei R. Dietz ungestellt, bei Strafe des Hinfälligwerdens des eigenen Ausgangspunktes: daß es sich eben bei Partei(führung) und Masse um "antagonistische ... Gruppen" 135) handele.

Die hier exemplarisch aufgewiesene Tendenz zur Paradoxie, zu einer Interpretation, die mehr Fragen aufwirft, als beantwortet[136], stellt ein deutliches Symptom der Krise dar, in welche die ideologisch-theoretischen Grundprämissen geraten sind, auf deren Basis die DDR-Forschung das Verhältnis von führender sozialistischer Partei und Gesellschaft deutet. Der kritische Vorbehalt gegenüber der Existenz und Rolle der Partei schmilzt tendenziell zu einem puren Wertpostulat zusammen, wird zur Leerformel. Ihr idealtypisches Extrem wäre dort erreicht, wo der realen Entwicklung im Sozialismus voll und ganz

---

134) ebda., S. 16

135) ebda., S. 18 (Herv.heb.: O.C.)

136) Mitunter äußert sich dies auch in einer schieren Verwunderung der Interpreten über das von ihnen Wahrgenommene. Entwaffnend meint ein Kritiker von der FAZ über den sowjetischen Gegenwartsfilm "Die Prämie": "Eine solche handfeste Kritik an der Institution der Planung durch die Partei muß verwundern ... Ein mutiger Versuch..." ("Konflikt im Betrieb mutig geschildert", in: FAZ v. 25.4.1977). Bleibt anzumerken, daß der verwunderliche Mut bis in die höchsten sowjetischen Instanzen reicht: "Die Prämie" erhielt den Allunionspreis und wurde an ca. 200 Bühnen des Landes gezeigt. In der DDR wurde das Stück unter dem Titel "Protokoll einer Sitzung" von mehr als 20 Bühnen inszeniert (vgl. FAZ v. 9.7.1977).

die Qualität eines allseitigen - ökonomischen, sozialen, politischen, kulturellen usw. - Emanzipationsprozesses der Volksmassen zugebilligt würde, mit der einzigen entscheidenden kritischen Einschränkung, daß diese Emanzipation eben unter Führung einer sozialistischen Partei verlaufe. An diesem Punkt kippt die Interpretation gleichsam von selbst um: es wird dringend die Hypothese fällig, daß die sozialistische Partei (nicht nur nicht dysfunktional, sondern) gerade eine Funktionsbedingung des festzustellenden sozialpolitischen Entwicklungsprozesses ist.

Wie wir meinen und versucht haben herauszuarbeiten, kündigt sich dieser Umschlagpunkt bei Teilen der herrschenden Sozialismusforschung auch durchaus an. Man würdigt die "Partizipation vieler Gruppen der Bevölkerung am politisch-gesellschaftlichen Prozeß"[137], die zunehmend "stärkere Beteiligung sozialer Gruppen aus so gut wie allen Schichten der Bevölkerung, vor allem am wirtschaftlichen Entscheidungsprozeß"[138] - aber dies sei eben keine "spontane Teilnahme"[139], d.h., sie schließe die führende Rolle der Partei mit ein. Man konstatiert eine "Mitwirkung der werktätigen Jugend der DDR an der Ausgestaltung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen"[140] - aber diese Praxis sei eben "einseitig zuungunsten der Entfaltung nicht eingeplanter Aktivitäten"[141] festgelegt, d.h. sie sei im voraus geplant. Man erkennt an, daß sich die Stellung der Frau in der Gesellschaft der DDR grundlegend gewandelt hat - aber

---

137) P.C. Ludz, Zur gesellschaftspolitischen Situation in der DDR, S. 24

138) P.C. Ludz/J. Kuppe, Literatur zum politischen und gesellschaftlichen System der DDR, S. 363

139) P.C. Ludz, Zur gesellschaftspolitischen Situation..., S. 24

140) A. Freiburg, Organisatorische Möglichkeiten und Grenzen betrieblicher Mitbestimmung der werktätigen Jugend in der DDR, S. 48

141) ebda.

dieser Wandel sei eben "dekretiert" worden, die erlangte Freiheit der Frau sei nur eine "verordnete Freiheit" 142), verordnet von der offiziellen sozialistischen Politik. Man gesteht der DDR zu, daß sie "sehr früh ... der Jugend Verantwortung zu übertragen (versucht). Viel früher als in der Bundesrepublik Deutschland werden relativ junge Menschen in Führungspositionen gebracht." Man bietet "ihr die Möglichkeit..., hier etwas zu leisten." 143) - aber dies führe eben alles nur dazu, daß der SED-Staat sich noch unanfechtbarer etabliert: denn es "wird damit geschickt eine gewisse nörgelnde Unzufriedenheit der Jugendlichen aufgefangen." 144) Um ein letztes Beispiel dieses immergleichen Kritikmusters zu geben: Man billigt der DDR zu, mit ihrer Gesellschaftspolitik eine reale "Erweiterung der Selbstbestimmung" 145), einen Prozeß der Emanzipation zu bewerkstelligen - aber es handele sich eben bloß um eine "kalkulierte Emanzipation" 146), denn: die Partei verzichte nicht auf ihre "Führungsfunktion" 147).

Die Quintessenz all dieser Urteile lautet: Man könnte die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft im Grunde in all ihren Aspekten gutheißen, wenn sie eine einzige, entscheidende Bedingung erfüllte: nämlich wenn sie spontan, ungeplant, dekretlos, unkalkuliert abliefe; und wenn sie zugleich ihr eigenes "Machtsicherungsinteresse" aufgäbe 148). Damit fordert man jedoch geradewegs die Quadratur des Kreises. Denn die Errich-

---

142) J. Hanke, in: H. Rausch/T. Stammen, DDR..., S. 70

143) E. Schneider, Die DDR..., S. 86

144) ebda.

145) R. Thomas, Modell DDR..., S. 116 (vgl. oben, Anm. 123)

146) ebda.; vgl. auch den Buchtitel selbst.

147) ebda.

148) "Es ist ... unverkennbar, daß im politischen System der DDR weiterhin ein Machtsicherungsinteresse dominiert, das gesellschaftliche Eigendynamik zu kanalisieren trachtet..." (R. Thomas, ebda.).

tung der sozialistischen Gesellschaft ohne Bewußtheit, ohne Planung, ohne klares Kalkül ist ein Widerspruch in sich; desgleichen ist ein System der organisierten Emanzipation, welches sich uninteressiert zeigte an der Sicherung seiner Macht, d.h. seiner Existenz, ein Widerspruch in sich, zumindest praktisch unzumutbar. Mit anderen Worten, der zentrale kritische Vorbehalt der bürgerlichen Sozialismusforscher betrifft eine Funktionsbedingung, ein Wesensmerkmal der sozialistischen Ordnung selbst[148a]; das aber heißt, daß die betreffenden Forscher nicht von dem Gegenstand ausgehen, wie er ist, ihn nicht zunächst in seiner notwendigen inneren Struktur nehmen, sondern ihm von vornherein eine "fremde Zutat" beigeben[149] - oder besser gesagt: das Fehlen dieser fremden Zutat (nämlich der gesellschaftlichen Anarchie bzw. Führungs-Losigkeit) als negatives Wesensmerkmal des Gegenstandes deklarieren. Sie handeln also gewissermaßen garnicht über die Sache selbst, über das Thema des Sozialismus, sondern beziehen schon im Ansatz eine Anti-Position dazu; sie stehen, mit Hegel gesprochen, über der Sache und nicht in der Sache.

Es zum Kardinaleinwand gegenüber dem sozialistischen System zu erheben, daß es sich nicht unter Bedingungen der Spontaneität entwickelt, daß es vielmehr "gesellschaftliche Eigendynamik zu kanalisieren trachtet"[151],

---

148a) Man könnte folglich in Anlehnung an ein bekanntes Wort von M. Horkheimer formulieren: Wer von der sozialistischen Partei nicht reden will, soll vom Sozialismus schweigen. Der sowjetische Theoretiker G. Schachnasorow bringt den Sachverhalt auf die lakonische Formel: "Man kann den Kommunismus nicht ohne Kommunisten aufbauen" (G. Schachnasarow, Die Partei der Kommunisten in der sozialistischen Gesellschaft, Moskau 1974, S. 8).

149) Vgl. K. Marx/F. Engels, Die Deutsche Ideologie, MEW, Bd. 3, S. 25, 27

151) Vgl. oben, Anm. 148. - Zu den negativen gesellschaftspolitischen Folgen einer mangelnden "Kanalisierung" der ökonomischen Eigendynamik in Jugoslawien siehe K.V. Beyme, Ökonomie und Politik im Sozialismus, S. 303.

kommt letztlich dem Vorwurf gleich, daß dieses System anders beschaffen ist als das bürgerlich-kapitalistische. Das bedeutet, daß es nicht als das kritisiert wird, was es ist, sondern als das, was es nicht ist. Dies ist auch der logische und methodologische Kern jener immer wiederkehrenden, auffällig abstrakt bleibenden Forderungen, das sozialistische System möge sich "alternativen Konzeptionen und Positionen"[152] öffnen, möge die "Einbringung von Alternativvorschlägen"[153] zulassen, möge "alternative Möglichkeiten ... probieren"[154] usw. Da es eine durchaus nicht zu übersehende Tatsache ist, daß die sozialistischen Länder gewisse alternative Wege "probieren" und realisieren[155], bleibt nur der

---

152) K. Sontheimer/W. Bleek, Die DDR..., S. 49

153) T. Manke, Sozialistische Demokratie..., S. 34

154) E. Richert, Revolutionäre und evolutionäre Tendenzen..., S. 35

155) Beispielsweise spiegelt die gesamte Studie von K.v. Beyme über "Ökonomie und Politik im Sozialismus" mit ihrem Prinzip der "vergleichende(n) Erforschung sozialistischer Systeme" (ebda., S. 16) den realen Variantenreichtum auf diesem Feld wider. Beyme erklärt auch ausdrücklich, von "sklavische(r) Nachahmung der Sowjetunion" (ebda., S. 15) könne nicht die Rede sein - jedenfalls nicht "heute", wie er einschränkt.
Auch die Entwicklung in jedem einzelnen sozialistischen Land ist selbstverständlich ein ständiger Prozeß der Entscheidung zwischen Alternativen. Es fragt sich aber, was damit gewonnen sein sollte, wenn die Diskussion um Planungsalternativen auf der Basis "innerparteilicher Fraktionsbildung" stattfände, wie v. Beyme verlangt (ebda., S. 347). An anderer Stelle schreibt er selbst, daß die Einheitlichkeit und Ausgewogenheit der Systempolitik durch "Meinungsverschiedenheiten in der führenden sozialistischen Partei" gefährdet werden könne (ebda., S. 327); um wieviel mehr träfe dies wohl zu, wenn die Meinungsverschiedenheiten "organisierten" (ebda.,S. 347) Charakter bekämen?
Schließlich sei noch zu Richerts Plädoyer für das "Ausprobieren" verschiedener Lösungen in der Systempolitik angemerkt: auch dies findet man in der Rea-
(Forts. nächste Seite)

Schluß, daß die von den bürgerlichen Sozialismusforschern geforderten "Alternativen" prinzipieller Art sind, auf die Substanz zielen.

Dies wird denn auch unmißverständlich zum Ausdruck gebracht; K. Sontheimer und W. Bleek schreiben: "Wenn Politik Entscheidung zwischen Alternativen, konkretes Handeln mit dem Ziel der Veränderung von Verhältnissen ist, so handelt es sich bei der 'dröhnenden Betriebsamkeit des politischen Systems' (H. Rudolph) der DDR um keine Politik in diesem Sinne."[156] Was sich in der DDR konkret vollzieht, fällt also offenkundig nicht unter das, was sich Sontheimer/Bleek unter "Veränderung von Verhältnissen" vorstellen (- obwohl sie doch in derselben Publikation immerhin schreiben, "die Gesellschaftspolitik der sozialistischen Staaten (zeichne sich) durch ein entschiedenes Konzept der Gesellschaftsumgestaltung aus"[157]). Gemeint sein kann nur die Veränderung der grundsätzlichen Qualität des sozialistischen Systems. Mithin reduziert sich alles auf den abstrakten und sinnlosen Vorwurf, der Sozialismus sperre sich gegen seine eigene Aufhebung, er sei sozusagen ein einziges Verbot, nämlich das seines eigenen Gegenteils.[157a]

Forts. Anm. 155)

lität der sozialistischen Länder. Beispielsweise hat man in Kuba die Arbeitsweise der neuen staatlichen Vertretungseinrichtungen zunächst drei Jahre lang in einer Provinz erprobt, bevor man sie - ab 1976 - auf das ganze Land ausdehnte (Vgl. P. Margolles, Ein System von Vertretungsorganen wird geschaffen, in: Aktuelle Fragen und Entwicklungsperspektiven..., a.a.O. (vgl. oben, Anm. 118) hier S. 69) - um nur eines der jüngsten Beispiele herauszugreifen.

156) K. Sontheimer/W. Bleek, Die DDR..., S. 49

157) ebda., S. 139

157a) In diesem Sinne prädiert der "Spiegel" für "eine demokratische KP, ...deren Zweck in ihrer Selbstauflösung bestehen sollte." (Der Spiegel Nr. 39/1977) Von etwaigen weiteren Zwecken ist erst garnicht die Rede.

Nichts anderes besagt auch folgende Sentenz von Sontheimer und Bleek: "All die vielen Veranstaltungen und Slogans, mit denen das Regime seine Bürger von morgens bis abends politisch aktiviert, ändern am politischen Zustand der Gesellschaft und ihrer Herrschaftsform nichts; sie verfestigen ihn nur."[158] Eine derartige Kritik muß als leer und hilflos charakterisiert werden; statt den "Zustand der Gesellschaft" konkret, d.h. bezüglich seiner Auswirkungen auf die Menschen zu kritisieren, wird nur einfach konstatiert, daß sich dieser Zustand nicht "ändere", daß er sich vielmehr noch "verfestige". Schon der Form der Aussage nach handelt es sich hier um gar keine Kritik, sondern um eine schlichte Konstatierung; läßt man das polemische Beiwerk weg, bleibt ein Satz übrig, der in jeder DDR-Publikation stehen könnte: Die politische Aktivierung der DDR-Bürger bewirkt eine weitere Festigung der sozialistischen Ordnung, hieße er dann etwa.

Die bürgerliche Kritik verläßt hier den Boden einer konkreten Erörterung des Für und Wider der sozialistischen Gesellschaftsordnung, indem sie sich auf den abstrakten Einwand zurückzieht, diese Ordnung verbiete es ihren Bürgern, "das eigene System auch wieder ändern zu können", wie H. Portisch kurz und bündig erklärt[159]. Dieser Einwand läßt sich gegen jedwedes System geltend machen, denn eine Ordnung, die schlechthin "die Freiheit der ... Wahl ... auch der Gesellschaftssysteme"[160] institutionalisieren würde, d.h. die Bedingungen ihrer eigenen Negation, hat es nie gegeben, gibt es nicht und

158) ebda., S. 49
159) H. Portisch, Die deutsche Konfrontation, S. 318
160) ebda.

kann es auch nicht geben (schon vom Begriff her nicht: eine bestimmte Ordnung, ein bestimmtes System definiert sich stets auch durch den Ausschluß alternativer Möglichkeiten).[161] Der Einwand trifft selbst noch auf eine Gesellschaftsordnung zu, in welcher nicht ein einziger Mensch zu finden ist, der sich eine andre als eben diese Ordnung wünscht. Er führt also in eine gänzlich unfruchtbare Richtung. Die wirkliche Frage hätte demgegenüber zu lauten, welche Möglichkeiten das betreffende System als solches bietet; erst auf dieser konkreten Grundlage würde dann gegebenenfalls auch das Problem akut und relevant, wie die Menschen "das eigene System auch wieder ändern ... können". Diese zweite Frage jedoch vor der ersten zu stellen - oder sie gar, wie wir es oben als eine reale Tendenz in der DDR-Forschung herausgearbeitet haben, zu stellen, obwohl sie durch die positive Beantwortung der ersten bereits

---

161) Portisch, obwohl er an sich das Gegenteil behauptet, erkennt dies implizit doch an. Nachdem er erst erklärt hat, der Kapitalismus sei so frei, daß er seinen Bürgern auch "die Freiheit der ... Wahl ... der Gesellschaftssysteme" gebe, schreibt er im übernächsten Satz ausdrücklich, der Unterschied zwischen beiden Gesellschaftssystemen sei "so fundamental, daß es eines totalen Umschwungs, eines Umsturzes, einer Revolution bedürfte, um ihn von der einen oder anderen Seite her zu überwinden" (ebda., Herv.heb.: O.C.). Die besagte Freiheit reduziert sich also auf die Freiheit zur Revolution; dies aber ist per definitionem eine "Freiheit", die prinzipiell kein System zu "verbieten" imstande ist.
K. Sontheimer und W. Bleek machen in diesem Zusammenhang einen bezeichnenden Formulierungsunterschied: Bezüglich der sozialistischen Länder heißt es, Wahlen hätten dort nur die "Funktion der Zustimmung zum herrschenden System" (Die DDR..., S. 110; Herv. heb:. O.C.); die bürgerliche Demokratie gestatte dagegen auch die "Ablehnung" - und nun folgt nicht "des herrschenden Systems", sondern: - die Ablehnung "einer Politik und ihrer Repräsentanten" (ebda., Herv.heb.: O.C.).

gegenstandslos geworden ist - heißt einen Popanz der Kritik aufbauen.

Der Substanzverlust der Kritik am politischen System des Sozialismus, die Entwicklung des Vorbehalts gegenüber der Existenz der führenden sozialistischen Partei zu einer Leerformel, einer Äußerung unvermittelter Parteinahme, die sich als selbstevident setzt, stellt - wie schon festgestellt - objektiv die unmittelbare Vorstufe zum Umschlag der These in die Anti-These, zum radikalen Bruch mit der herrschenden Interpretation samt ihrer Widersprüche und Paradoxien dar. Wo die Tatsache des realgesellschaftlichen Emanzipationsprozesses als solche anerkannt wird, ist es in der Tat nur noch ein Schritt bis zu der Hypothese, daß dieser Emanzipationsprozeß durch die Existenz der Partei nicht erkauft, sondern gerade ermöglicht wird; daß infolgedessen das Sach- und Werturteil über die Institution der Partei nicht aus der Konfrontation derselben mit den zu konstatierenden realen gesellschaftlichen Errungenschaften entspringen kann, sondern nur aus der Verknüpfung beider Tatsachen. Im Grunde wird damit nicht mehr als die Selbstverständlichkeit verlangt, daß das Urteil über eine Sache wesentlich die Funktion dieser Sache zum Maßstab zu nehmen hat; in unserem Zusammenhang: das Urteil über die Rolle der sozialistischen Partei muß auch tatsächlich ein Urteil über ihre Rolle sein - es darf nicht ihre schlichte Existenz zur Grundlage nehmen.

Besonders dicht kommen jene Deutungen an den qualitativen Umschlagpunkt heran, welche besagen, die sozialistische Partei fördere durch ihr Handeln durchaus, jedoch nicht willentlich, den Fortschritt der Gesamtgesellschaft. Entsprechende Beispiele haben wir bereits angeführt[162], möchten hier jedoch noch eines erwähnen,

---

162) Siehe oben, S. 588f.

welches gewissermaßen den idealtypischen Grenzfall markiert. In dem schon genannten Aufsatz von P. Brokmeier aus dem Jahre 1972 wird gesagt: "die Partei mag tun, was sie will: sie legt mit allen ihren Aktivitäten (und gerade denen des Alltags) die Grundlagen für eine radikale Weiterentwicklung der gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse. Sie kann sich auch gar nicht anders verhalten, weil der sozioökonomische 'Grundriß', auf dem sich die Gesellschaft aufbaut, ihr keine andere Wahl läßt."[163] Die Partei verhält sich also durchaus konform zu den sozialistischen Verhältnissen; ihr Verhalten ist unweigerlich eine Funktion der objektiven gesellschaftlichen Verhältnisse, in die sie eingebettet ist, Funktion einer "Produktionsweise, die sich an den gesellschaftlichen Bedürfnissen orientiert."[164] Damit aber hat Brokmeier unwillkürlich selbst zum Ausdruck gebracht, daß die Partei nichts anderes ist als ein objektiv bedingter Ausdruck der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse; denn wie die Partei sich verhält, so ist sie - Mutmaßungen über das Wesen der Partei "an sich", jenseits ihres konkreten gesellschaftlichen Verhaltens, führen in die Metaphysik.[165] Daß Brokmeiers Position des Jahres 1972 sich bereits im Begriff ihrer eigenen Negation befindet, drückt sich jedoch am konzentriertesten in seiner These aus: Die "Transformation der kapitalistischen in die kommunistische Gesellschaft ... findet statt, aber nicht auf revolutionäre Weise."[166] Mit anderen Worten: Die Revolution findet statt, aber nicht als Revolution. Diese offensichtliche Paradoxie drängt auf eine Auflösung hin,

---

163) P. Brokmeier, Entwicklungsbedingungen der DDR-Gesellschaft, S. 345f.

164) ebda., S. 346

165) Zu Tendenzen in der Sozialismusforschung, das reale, beobachtbare Handeln als unmaßgeblich für die Beurteilung des Gegenstandes zu behandeln, siehe M. Parenti, The Anti-Communist Impulse, bes. S. 38ff.

166) P. Brokmeier, Entwicklungsbedingungen..., S. 345

verlangt nach einer eindeutigen Entscheidung, um was es sich in der DDR denn nun tatsächlich handelt. Wenn es richtig ist, daß sich eine revolutionäre Produktionsweise etabliert, dann erzwingt dies eine kritische Überprüfung der Meinung, daß der fragliche Prozeß "nicht auf revolutionäre Weise" verlaufe, d.h. unter Ausschluß der Massen und ihrer Initiative; denn unter dieser Bedingung käme er erst garnicht zustande: "die Verhältnisse der Individuen können unter allen Umständen nichts anderes sein als ihr wechselseitiges Verhalten"[167], und es wäre grotesk, anzunehmen, daß die "Transformation der kapitalistischen in die kommunistische Gesellschaft" durch ein paar "ordensmäßig disziplinierte Spitzenkader" (E. Richert [168]) bewerkstelligt werden könne. In der Tat bleibt in Brokmeiers Aufsatz die These, "Initiative, Schöpfertum, Tatkraft der Massen" hätten "im System der ... DDR keinen Platz"[169], obwohl sie ständig wiederholt wird und den Schlußstein des gesamten Argumentationsgebäudes bildet, gänzlich ohne Beleg[170]. Der einzige wirkliche Tatbestand, auf den sie rekurriert, ist wiederum nur die Existenz der

---

167) K. Marx/F. Engels, Die deutsche Ideologie, MEW Bd. 3, S. 423

168) E. Richert, Revolutionäre und evolutionäre Tendenzen..., S. 26

169) P. Brokmeier, Entwicklungsbedingungen..., S. 347

170) Das "System der Aktivistenbewegung und des sozialistischen Wettbewerbs" sowie die sonstigen "verschiedenen Formen der Mitwirkung der DDR-Bürger im Rahmen der sozialistischen Demokratie (z.B. in Beratungs- und Konsultationsgremien der Betriebe)" werden in zwei Fußnoten nur eben erwähnt (Anm. 22 u. 42) und mit der Bemerkung, sie seien "unentfaltet" (Anm. 42), beiseitegeschoben.
Die konzedierte "gewaltige Aufbauleistung" (S. 340) gerät so zu einem Resultat der - sozusagen als aparte Person handelnden, ohne die subjektiven, organisierten Kräfte der Menschen auskommenden - "immanenten Wirkungen der sozioökonomischen Grundverfassung" (S. 246).

führenden sozialistischen Partei; von hier wird im Wege des reinen Vor-Urteils auf die besagte angebliche "Stilllegung der subjektiven Fähigkeiten der Proletariermassen"[171] geschlossen.

Hinter der Aussage, daß die Revolution zwar stattfinde, aber nicht auf revolutionäre Weise, verbirgt sich folglich die eigentliche These: Die Revolution findet zwar statt, aber mit einer Partei an der Spitze. Das "Aber" in dieser These stützt sich auf keinen sachlichen Grund - es repräsentiert vielmehr den entscheidenden letzten Rest an irrationaler Wertung. Er wirkt als Denkschranke: er verhindert, daß - und sei es auch nur hypothetisch - die gedanklich-theoretische Verbindung zwischen der Tatsache der revolutionären Transformation der Gesellschaft einerseits und der Tatsache der sozialistischen Partei andererseits gezogen wird; stattdessen wird beides durch ein vorschnelles "Zwar - Aber" metaphysisch voneinander getrennt. Im Fall von Brokmei ers Aufsatz von 1972 ist diese ideologische Trennwand bereits ausgesprochen instabil geworden, indem ansatzweise das Handeln der Partei auf die materiellen Verhältnisse der Gesellschaft bezogen wird. Die weitere Entwicklung von Brokmeiers theoretischer Position liefert die praktische Bestätigung dieser Diagnose.[172] [173]

---

171) ebda., S. 341

172) Vgl. oben, Anm. 55

173) Interessanterweise wird der objektive Zusammenhang zwischen Existenz der Partei und sozialistischer Gesamtordnung von konservativeren Interpreten oft unbefangener gesehen als von solchen mit linkem Anspruch. Dies erklärt sich daraus, daß die letzteren eine gespaltene Werthaltung gegenüber Partei einerseits und sozialistischen Grundverhältnissen andererseits einnehmen, während die letzteren infolge ihrer frontalen Ablehnung kein Motiv haben, zwischen dem einen und dem anderen zu trennen. So kann z.B. A. Nacken

(Forts. nächste Seite)

Wir möchten damit die Erörterung des Problems der sozialistischen Partei und der Art seiner Behandlung in der DDR-Forschung beenden und uns einigen weiteren Fragen des politischen Systems des Sozialismus zuwenden; da sich im Thema der Partei jedoch mehr oder weniger alle wesentlichen theoretischen, methodologischen und ideologischen Probleme gleichsam zusammenballen (und insofern schon angesprochen worden sind), können wir nun rascher voranschreiten.

3. Zentralismus und Demokratie

Wie die DDR-Forschung von dem Vorverständnis getragen ist, Führung durch eine Partei und Selbstverwirklichung der Gesellschaft schlössen sich per se aus, so sieht sie auch ganz allgemein jeden Zentralismus als eine Antithese zu Selbstbestimmung, zu Demokratie. V. Beyme bezeichnet den demokratischen Sozialismus in diesem Sinne von vornherein als "paradoxe Wortschöpfung"[174]. Viele Sozialismusforscher sind von dieser ihrer antizentralistischen Prämisse derart beherrscht, daß sie die vollständige Definition des demokratischen Zentralismus erst garnicht wiedergeben und stattdessen nur auf seinen zentralistischen Aspekt abheben. So erscheint er dann schlechtweg als Synonym für "Machtzusammenballung", für "Willensbildung von oben nach unten", für "Disziplinierung" usw.[175] Es gehört demgegenüber

---

Forts. Anm. 173

in der FAZ feststellen: "Das Herrschaftsmonopol der kommunistischen Parteien in den Ländern Osteuropas hat seine sicherste Stütze in den Produktionsverhältnissen. Alle Betriebe haben den gleichen Eigentümer..." ("Der lange Arm der Partei", in: FAZ v. 18.8.1976; Herv.heb.: O.C.).

174) K.v. Beyme, Ökonomie und Politik im Sozialismus, S. 289 (Herv.heb.: O.C.)

175) H. Rausch/T. Stammen, DDR..., S. 15; F.-Ebert-Stif- (Forts. nächste Seite)

eher zu den Ausnahmen, wenn, wie in den "Materialien" von 1972, in der Deskription des Prinzips des demokratischen Zentralismus auch solche Momente wie die Wählbarkeit der Leitungsgremien und ihre Rechenschaftspflichtigkeit nach unten hin aufgezählt werden[176]. Aber auch in solchen Fällen folgt stets die obligate These, "der zentralistischen Komponente (komme) ... die größere Bedeutung zu"[177].

Diese These ist jedoch eher Ausfluß des eigenen begrifflichen Vorverständnisses als einer konkreten Untersuchung; wo Zentralismus und Demokratie a priori als Antithesen, als Paradoxie gedacht werden, kann eine Ordnung, welche den Zentralismus für unverzichtbar erachtet - und dies ist beim Sozialismus der Fall -, überhaupt nicht anders erscheinen denn als System, in dem das Moment der Demokratie den kürzeren zieht; das reziproke Verständnis von beiden Kategorien sorgt automatisch für dieses Ergebnis. In der Tat kann man feststellen, daß viele Autoren keineswegs die Abwesenheit der Demokratie nach-

---

Forts. Anm. 175

tung (Hrsg.), Parteien in beiden deutschen Staaten, S. 24 (ebenso in: F.-Ebert-Stiftung (Hrsg.), 25 Deutsche Demokratische Republik (DDR), S. 31); K. Sontheimer/W. Bleek, Die DDR..., S. 85. Auch P.C. Ludz erweckt in seinem Aufsatz über "Das politische System in der DDR" den Eindruck, als erschöpfe sich der demokratische Zentralismus in der "Unterordnung ... der unteren Glieder ... gegenüber den höheren" (S. 119).

176) Vgl. Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1972, S. 56 - Selbst v. Beyme gibt in "Ökonomie und Politik im Sozialismus" nirgends eine Definition des demokratischen Zentralismus, obwohl dieser den zentralen Angriffspunkt seiner Kritik an den sozialistischen Ländern darstellt (vgl. ebda., S. 288f.); ausgesprochen schwach ist denn auch seine Literaturbasis zu diesem Problem (vgl. ebda., S. 385).

177) Materialien ... 1972, S. 56. - Im gleichen Sinne auch H. Rausch/T. Stammen, DDR..., S. 214.

weisen, sondern lediglich die Anwesenheit des Zentralismus, womit sie ersteres bewiesen zu haben meinen. Die oben zitierten "Materialien" von 1972 halten es für einen Beweis des Demokratiedefizits, wenn sie feststellen: "... So wird denn auch die Selbstverwaltung in der DDR abgelehnt."[178] Dezentralismus also schlechthin als Synonym für Demokratie. In einer anderen Quelle lesen wir: "Trotz häufiger Verwendung des Wortes 'Bürgerinitiative' wird allerdings zugegeben, daß die jeweiligen Orts- und Bezirksausschüsse der Nationalen Front die 'Mach mit'-Arbeiten koordinieren und leiten."[179] Koordinierung und Leitung also schlechthin als Makel. Dieselbe Gewißheit teilen, ungeachtet ihres anders gelagerten politischen Anspruchs, M. Bramhoff und B. Woidtke: "Für Ulbricht ging es nicht mehr darum, den Konstitutionsprozeß der Massen als selbständiges und bewußtes Subjekt der Planung voranzutreiben, sondern '... die zentrale staatliche Planung ... zu verbinden mit der eigenverantwortlichen Planungs- und Leitungstätigkeit der sozialistischen Warenproduzenten...'"[180]. Wiederum: Planung und Leitung per se als Widerpart zur demokratischen Aktivität der Massen[181] Ludz - um einen letzten Beleg für diese unkontrolliert wirkende

---

178) Materialien...1972, S. 57

179) FAZ v. 9.8.1975 (Herv.heb.: O.C.)

180) M. Bramhoff/B. Woidtke, Die Problematik der Chancenungleichheit in sozialistischen Ländern am Beispiel der DDR, S. 625, Anm. 48

181) Wobei sich Bramhoff/Woidtke selbst in dem Widerspruch verfangen, daß ihr Wunsch, "den Konstitutionsprozeß der Massen als selbständiges ... Subjekt ... voranzutreiben" (Herv.heb.: O.C.), seinerseits eine zentrale Instanz, die ebendies unternimmt, voraussetzt.

Interpretationsmuster zu bemühen - schreibt über die Produktionskomitees in der DDR der 60er Jahre: Sie "wurden im Selbstverständnis der SED ... als ein Schritt hin zur 'Produktionsdemokratie' verstanden. Allerdings hat sich diese Tendenz dann nicht weiter aufweisen lassen. Trotz verheißungsvollen Ansätzen in den Jahren 1963/64 wird 'Produktionsdemokratie', jedenfalls seit 1967, nur noch als 'konsequente Verwirklichung des demokratischen Zentralismus im volkseigenen Betrieb' definiert."[182] Auch hier genügt schon die bloße Nennung des Stichwortes vom demokratischen Zentralismus, um zu suggerieren, daß aus den besagten demokratischen "Verheißungen" nichts geworden sei.[183]

Nun stoßen wir jedoch auch in dieser Frage auf Überlegungen bürgerlicher Sozialismusforscher, in denen über das dargelgte Schema der starren, absoluten Trennung zwischen Zentralismus und Demokratie hinausgegangen wird. Hierzu zählt wiederum I. Hanke. Sie schreibt: "gerade die Bewältigung zentralgelenkter gesellschaftlicher Prozesse (erfordert) eine Art von respondierendem Verhalten auf seiten der 'Planbetroffenen'. Die Gesellschaft ist auf ihre Kooperation angewiesen. Der Hinweis darauf, daß dem Anwachsen der Leitung eine Intensivierung der demokratischen Teilnahme entsprechen müsse, erscheint daher nur logisch..."[184] Hier wird also prinzipiell der Gedanke einer Verknüpfung beider Aspekte anerkannt; demokratische Teilnahme erscheint nicht mehr per se als Alternative und Konkurrenz zu zentralen Funktionen, sondern als deren notwendige Voraussetzung. Aber I. Hanke billigt damit keineswegs den demokrati-

---

182) P.C. Ludz, Parteielite im Wandel, S. 137 (Herv.heb.: O.C.)

183) siehe in diesem Zusammenhang nochmals Anm. 67

184) I. Hanke, Sozialistische Demokratie..., S. 38

schen Zentralismus; denn obzwar es zutreffe, daß zentrale Funktionen der Unterstützung durch Massenaktivität bedürften, sei es doch fraglich, ob auch die umgekehrte Beziehung gelte. Hanke findet es "verwunderlich..., daß aus dem Anwachsen der demokratischen Teilnahme umgekehrt nur die Forderung nach einer 'Qualifizierung der Leitungstätigkeit' abgeleitet wird. Daß diese Leitungstätigkeit als Herrschaftsform durch die Mitwirkung der Werktätigen selbst verändert oder gar aufgehoben werden könnte, steht nirgendwo zur Diskussion."[185]

Dem ist entgegenzuhalten: Gerade wenn man davon ausgeht, daß "sozialistische Demokratie nicht Herrschaft um ihrer selbst willen sein" kann[186], sondern ein auf konkrete Ziele gerichteter Prozeß ist, dann folgt aus dem Anwachsen der Massenaktivität in der Tat zwingend eine Zunahme der Verantwortung, die auf den leitenden Organen ruht, und damit auch der Imperativ, ihre Qualifikation zu erhöhen. Andernfalls gerät sozialistische Demokratie zu einer Spielwiese gutgemeinter, aber ungeordneter, sich durchkreuzender, ihrer möglichen optimalen Wirksamkeit beraubter Teilaktivitäten.[187] Wenn man

---

185) ebda.

186) R. Thomas, Modell DDR..., S. 116

187) Die ungenügende Aufgeschlossenheit von Leitungen gegenüber Anregungen und Initiativen aus den Kollektiven, die Behinderung der Entwicklung von Partizipationsbedürfnissen durch schlechte Informationsarbeit u.ä. sind denn auch Dauerthemen der innersozialistischen Diskussion und Forschung. Vgl. z.B. R. Beloussow, Sozialistische Demokratie und Produktion, in: Sowjetwissenschaft, GB, 4/1976, S. 342: "Die wirtschaftsleitenden Organe und die Wirtschaftsfunktionäre reagieren ... nicht immer rasch und wirksam genug auf Äußerungen eines solchen Interesses (d.h. auf Anregungen und Beschwerden von Werktätigen, O.C.)...". Man könnte damit sagen, daß das gegenwärtige Problem der Leitungsarbeit im Sozialismus

(Forts. nächste Seite)

überhaupt die Tatsache des Sozialismus akzeptiert, dann muß man auch die Tatsache "zentralgelenkter gesellschaftlicher Prozesse"[188] akzeptieren; der Sozialismus ist ein einziger großer "zentralgelenkter gesellschaftlicher Prozeß" und nur als solcher denkbar.[188a] Und wo es zentraler Lenkungsfunktionen bedarf, da bedarf es folglich auch der Leitungstätigkeit. Darüber, diese aufzuheben - jedenfalls im platten Sinne der Abschaffung schlechthin - stellt sich darum im Rahmen des Sozialismus in der Tat "nirgendwo" die "Diskussion". Wir haben es hier einmal mehr mit einer wissenschaftlichen Herangehensweise zu tun, welche ihren Gegenstand schon im Ansatz als etwas anderes nehmen möchte als das, was er ist.

Wenn es zutrifft, daß in der sozialistischen Gesellschaft die Notwendigkeit des Zentralismus wie der Masseninitiative wechselseitig auseinander hervorgehen, daß also nicht bloß aktive Massenteilnahme ein Gebot der Effizienz der Zentrallenkung - wie I. Hanke einschränkt -, sondern auch qualifizierte Zentrallenkung

---

Forts. Anm. 187

nicht darin besteht, daß die Leitungen "zu stark" sind, sondern eher darin, daß sie "zu schwach" sind im Sinne der Ausfüllung ihrer objektiven Verantwortung im gesellschaftlichen Prozeß. In gewissen Einzelfällen schwenkt auch die bürgerliche Kritik zu dieser Sichtweise über: "In der Volksrepublik Polen ... fällt letztens eher die weitgehende Ohnmacht der Zentrale auf, ihre Politik gegenüber partikulären Umgehungsmanövern und eingefahrenem Trott durchzusetzen,. (FAZ v. 15.11.1977).

188) Vgl. oben, Anm. 184

188a) V.Beyme beispielsweise erkennt dies prinzipiell an. Er verwirft auch ausdrücklich die Konzeption eines auf Gruppeneigentum basierenden Sozialismus: "Die Vorstellung, daß 'volkseigene Betriebe' den jeweiligen Arbeitern selbst 'zur gesamten Hand' gehören müssen, wird (vom Marxismus, O.C.) mit Recht angesichts der Entwicklungsunterschiede abgelehnt und als anarchosyndikalistische Abweichung angesehen..." (K.v. Beyme, Ökonomie und Politik..., S. 53).

ein Gebot effizienter Massenteilhabe ist, dann bedeutet dies aber auf keinen Fall, daß im Prozeß dieser wechselseitigen Bekräftigung der gesellschaftliche Charakter der Leitung unverändert bliebe. I. Hanke schließt offensichtlich voreilig aus der Tatsache, daß die sozialistische Gesellschaft unverändert Leitungstätigkeit beibehält - der Grund wurde genannt -, darauf, daß damit diese Leitungstätigkeit unverändert bleibe. Ein Blick auf die Wirklichkeit beweist jedoch, daß diese zwei Fragen nicht gründlich genug auseinandergehalten werden können. Tatsächlich vollzieht sich in den sozialistischen Ländern derzeit ein Prozeß der zunehmenden reellen gesellschaftlichen Einbindung der Leitungstätigkeit, wodurch diese zweifellos "selbst verändert"[189] wird. In der DDR ist beispielsweise die Pflicht der Staatsorgane zur engen Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften seit einigen Jahren auch gesetzlich verankert worden[190]. In Bulgarien ist man zur "Schaffung gesellschaftlich-staatlicher und staatlich-gesellschaftlicher Organe der sozialen Leitung" übergegangen[191]. Sowjetische Forscher berichten in jüngster Zeit von einer "allgemeine(n) Tendenz der Entwicklung von Formen der Leitung durch ein Kollektiv"[192].

---

189) Vgl. oben, Anm. 185

190) Vgl. G. Egler, Eine Schule der Wirtschaftsführung und des Leitens, in: Aktuelle Fragen und Entwicklungsperspektiven der sozialistischen Demokratie, hier S. 167

191) A. Lilow, Die Gesetzmäßigkeit des Aufbaus der neuen Gesellschaft, in: ebda., hier S. 16

192) G. Badejewa, Die Teilnahme der Werktätigen an der Leitung der Produktion, in: Marxismus Digest 27, Juli-September 1976, hier S. 97. - G.Ch. Schachnasarow schreibt: "Bei uns (in der Sowjetunion, O.C.) haben sich in der Umgangssprache die Begriffe 'Dreieck' und 'Viereck' eingebürgert. Darunter wird verstanden, daß keine einzige wesentliche Frage im Leben des Arbeitskollektivs entschieden werden kann, ohne sie vorher mit der Verwaltung, dem Partei-, Gewerkschafts-

(Forts. nächste Seite)

In Anbetracht dessen ist es auch nicht abwegig, davon zu sprechen, daß in den sozialistischen Systemen die Leitungstätigkeit in ihrer bisherigen Gestalt "aufgehoben" wird - im Sinne des Höherhebens auf eine neue Stufe. Was hierbei freilich "aufgehoben" - im Sinne von bewahrt - bleibt, ist die klare Verteilung der rechtlichen Kompetenz und Verantwortlichkeit und in diesem (und nur in diesem!) Sinne die Einzelleitung. Wenn die bürgerlichen Sozialismusforscher dieses letztere Prinzip kritisieren[193], dann setzen sie sich direkt über eine grundlegende Einsicht hinweg, welche auch ihrer eigenen Vorstellungswelt absolut geläufig ist: daß nämlich ohne Festlegung der Verantwortlichkeit gerade die Möglichkeit entfällt, den Betreffenden zur Rechenschaft zu ziehen. C.J. Friedrich war es, der einmal schrieb: "Es ist offensichtlich, daß man jemanden, der nicht frei entscheiden kann, auch nicht für sein Handeln zur Verantwortung ziehen kann..."[194]. Wenn er dabei auch

---

Forts. Anm. 192

und Komsomolkomitee des Betriebes oder der Institution abzustimmen." (Die Partei der Arbeiterklasse und die sozialistische Demokratie, in: Aktuelle Fragen und Entwicklungsperspektiven..., hier S. 122) Der fragliche Vergesellschaftungsprozeß hat selbstredend auch seine defizitäre Seite; über die Produktionsberatungen seines Landes schreibt z.B. ein ungarischer Wissenschaftler freimütig: "Was die Möglichkeiten der Arbeiter, ihre Meinung zu äußern, betrifft (Initiative von unten), so sind sie geradezu unbegrenzt. Die Arbeiter äußern ihre Meinungen vorwiegend jedoch, erst kurz bevor dieser oder jener Beschluß gefaßt wird, wenn das Ergebnis eigentlich schon vorbestimmt ist, so daß sie bei weitem nicht immer real auf die anzunehmende Empfehlung Einfluß nehmen." (STP 4/1977, S. 104)

193) Z.B. v. Beyme, Ökonomie und Politik..., S. 290; als einzige Quelle von marxistischer Seite führt v. Beyme hierzu Stalin an.

194) C.J. Friedrich, Freiheit und Verantwortung. Zum Problem des demokratischen Totalitarismus, S. 125

keineswegs das Problem der Leitung im Sozialismus vor Augen hatte, so bleiben seine Worte dennoch gültig, wenn wir sie auf dieses Problem beziehen. Somit erweist sich, daß die Kritik am Prinzip der Einzelleitung 195) im Grunde gegen eine Bedingung demokratischer Kontrolle zielt - erwächst aus diesem Prinzip doch erst die Möglichkeit unzweideutiger Rechenschaftpflichtigkeit und - gegebenenfalls - eines Zur-Rechenschaft-Ziehens der Funktionsträger. Daß das Prinzip in diesem Sinne auch realiter funktioniert, läßt sich recht gut belegen[196].

Wenn die bürgerliche Kritik am sozialistischen Einzelleitungsprinzip nach Lage der Dinge auf einen Vorbehalt gegenüber konsequenter Rechenschaftspflichtigkeit hinausläuft, so ist dies übrigens nicht nur ein rein gedanklicher Schluß. Tatsächlich wird dieser Vorbehalt oft auch direkt artikuliert. So schreibt z.B. K. Wolf: "Die Schöffen und die Mitglieder der gesellschaftlichen Gerichte (in der DDR, O.C.) sind ebenso wie die Berufsrichter rechenschaftspflichtig gegenüber den Volksvertretungen oder den Kollektiven der Bürger, von denen sie gewählt wurden. Damit ist die Abberufbarkeit ver-

---

195) "Einzelleitung" ist an sich kein sehr glückliches Wort, weil es Assoziationen wie "einsame Entscheidung" u.ä. hervorruft. In diesem Sinne wird es denn auch in der Bundesrepublik ausgebeutet. Vgl. etwa E. Schneider, Die DDR..., S. 101; F.-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Mitwirkung und Mitbestimmung. Die Rechte der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften in beiden deutschen Staaten, S. 47.

196) "1974 und 1975 ... wurden auf Verlangen der (sowjetischen, O.C.) Gewerkschaften mehr als 5000 Wirtschaftsleiter ... ihrer Posten enthoben und über 30 000 mit Geldstrafen belegt, weil sie Verletzungen der Bestimmungen des Arbeitsschutzes und der Sicherheitstechnik duldeten." (STP 2/1977, S. 93) Wir sind freilich auch nicht der Ansicht, daß sich der Entfaltungsgrad sozialistischer Betriebsdemokratie an der Höhe derartiger Ziffern bemißt; aber diese Ziffern indizieren, daß sich die Betriebsdemokratie durchsetzt. F. Ruditsch hat darau hingewiesen, daß die sozialistische Einzelleitung bürokratischen Tendenzen

(Forts. nächste Seite)

bunden, die leicht als Repressalie angewendet werden kann..."[197]. Deutliches Unbehagen gegenüber Rechenschaftspflicht und Abberufbarkeit der Richter spricht aus diesen Zeilen, wobei es sich bemerkenswerterweise nur auf die pauschale Beschwörung einer Mißbrauchsgefahr zu stützen weiß.[198] Derartige Distanzierung beschränkt sich jedoch nicht auf den Fall des Richteramtes. In den "Materialien" von 1974 wird erklärt: "Der Abgeordnete der Volkskammer ist ... nicht freier Repräsentant des ganzen Volkes, sondern abhängiger Vertreter seiner Wähler."[199] Auch dieses Verdikt bezieht sich auf die Rechenschaftspflichtigkeit des sozialistischen Abgeordneten gegenüber seinen Wählern und die damit verbundenen Institute des Wählerauftrags sowie der Abberufbarkeit.[200] Mißbehagen bürgerlicher Sozialismusforscher

---

Forts. Anm. 196

gerade entgegenwirkt (vgl. F. Ruditsch, Die sozialistische Demokratie und die Produktion, in: Gesellschaftswissenschaften 2/1976, hier S. 36).

197) K. Wolf, "Mitbestimmung" und "Mitgestaltung" in der DDR, S. 42

198) Der Verweis auf einen möglichen Mißbrauch läßt sich prinzipiell gegen jedes demokratische Institut anbringen. So gesehen birgt auch der Grundsatz, daß alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht, die Gefahr in sich, "als Repressalie angewendet" zu werden. Im übrigen müßte bei der Diskussion um die Abberufbarkeit der Richter auch die Frage miteinbezogen werden, ob nicht ebenfalls umgekehrt Nichtabberufbarkeit zu "Repressalien" führen kann.

199) Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1974, S. 160

200) Bei K. Wolf heißt es dazu: "Nach der Geschäftsordnung der Volkskammer sind die Abgeordneten verpflichtet, Wähleraufträge entgegenzunehmen. Damit hängt auch die Pflicht zur Rechenschaftslegung zusammen... Diese Bindung entspringt der radikaldemokratischen Auffassung von der Volksvertretung, stellt hier jedoch eine Stütze des monistischen Systems dar. Der Abgeordnete ist grundsätzlich verpflichtet, dem Wil-

(Forts. nächste Seite)

gegenüber unmittelbaren Kontrollrechten der Basis ist schließlich auch bezüglich der betrieblichen Bereichs anzutreffen. P.C. Ludz klagte schon vor längerer Zeit darüber, daß das Leitungspersonal der DDR-Betriebe gewissermaßen auf wackligen Stühlen säße: "Die Belastung der leitenden Angestellten in den Betrieben, den VVB und VEB, ist außerordentlich groß. Sie ist zudem - besonders im nicht-spezifisch zugeordneten Arbeitsbereich

---

Forts. Anm. 200

len der SED zu folgen, die ja für sich beansprucht, allein die Gesamtinteressen zu vertreten." ("Mitbestimmung" und "Mitgestaltung"..., S. 34).
Vergleicht man K. Wolfs Ausführungen mit dem zuvor zitierten Kommentar der "Materialien", so fällt ein deutlicher Gegensatz in der Stoßrichtung der Kritik auf. Was nämlich den "Materialien" am DDR-Abgeordneten zu fehlen scheint - die Eigenschaft, die Gesamtheit zu repräsentieren -, macht ihm K. Wolf umgekehrt gerade zum Vorwurf, jedenfalls in dem Sinne, daß der Abgeordnete an das von der SED definierte Gesamtinteresse gebunden sei. Es ist hierbei durchaus die Frage, ob die Verpflichtung des Volksvertreters auf die Gesamtheit eher durch sein individuelles Gewissen oder durch eine reale "Nationale Front" gewährleistet werden kann.
Wie dem auch sei, unverständlich bleibt, wie K. Wolf den radikaldemokratischen Status des DDR-Abgeordneten so selbstverständlich als "Stütze des monistischen Systems" begreifen kann. Nach ihren Prämissen könnte das "monistische System" doch an sich kein Interesse an direkten Eingriffsmöglichkeiten der Wählerbasis haben. Wenn die SED ohnehin definiert, welche Interessen das Volk (zu haben) hat, warum dann gewissermaßen die institutionalisierte Dauerirritation dieses Monopols? Die FAZ fand über Kandidatenbefragung und -beauftragung in der DDR immerhin folgende Worte: "In Hausversammlungen und in Betrieben werden auch Kandidaten hart in die Zange genommen, werden ihnen die vielen kleinen Sorgen und Nöte des sozialistischen Alltags drastisch vor Augen geführt, werden Schlamperei, Fehlplanung, Desinteresse und Unvermögen angeprangert. Artig verspricht denn auch der jeweilige Kandidat, daß er sich mit aller Kraft für Verbesserungen einsetzen wolle." (FAZ v. 15.10.1976)

- in so allgemein gehaltene Anweisungen gekleidet, daß Verstöße gegen diese Gebote leicht eintreten und noch schneller von den BPO und ABI konstruiert werden können."[201] Unter den in der DDR gültigen "allgemeinen Aufgaben der Leitungstätigkeit", die Ludz im folgenden aufführt, tauchen u.a. solche Pflichten auf wie: "Unterstützung bzw. Anleitung der Mitarbeiter zur Qualifizierung", "regelmäßige Durchführung von Arbeitsbesprechungen", "Förderung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit", "Zusammenarbeit mit der Ständigen Produktionsberatung".[202]

Die angeführten Beispiele machen deutlich, daß unsere frühere Feststellung, die bürgerliche Forschung messe den Sozialismus an ihrem betont anti-zentralistischen Vorverständnis, differenziert werden muß. Hinter der anti-zentralistischen Position ist - auf den ersten Blick überraschend - eine durchaus betont "zentralistische" Argumentation zum Vorschein gekommen. Was sich zunächst als Kritik an der Existenz von mit klaren Kompetenzen ausgestatteten Leitungen im Sozialismus darstellte, erwies sich schließlich als - bzw. ging logisch

---

201) P.C. Ludz, Entwurf einer soziologischen Theorie..., S. 58, Anm. 80

202) Zit. ebda., Auch in jüngerer Zeit hat Ludz Kritik an der umfassenden gesellschaftlichen Inpflichtnahme des Leiters in der DDR durchblicken lassen: "In der DDR ist Leistung heute ... stark mit politischen Implikationen versehen. Dies zeigt sich etwa in der Lohn- und Einkommenspolitik. Es zeigt sich auch bei den Diskussionen um die Verantwortung des Leiters. Solche Diskussionen weisen auf eine starke inhaltliche Ausdehnung des Leistungsgedankens hin; sie nehmen ihm damit seine Eindeutigkeit. Entsprechend steht der ausgebildete Fachmann heute in einem Netz von Rollenerwartungen, die die Effizienz seiner Tätigkeit häufig berühren." (P.C. Ludz, Experten und kritische Intelligenz in der DDR, S. 179f.)

nahtlos über in - eine Verteidigung zentraler Amtsautorität gegen direkte Beauftragung und Kontrolle durch die Bevölkerung. Diese Zwieschlächtigkeit erklärt sich u.E. daraus, daß die bürgerliche Sozialismusforschung nicht nur gegenüber dem Sozialismus Position zu beziehen hat, sondern implizit auch gegenüber der eigenen Gesellschaft - sie muß sich, wenigstens partiell, rückversichern gegenüber den ideologisch-politischen Normen, die im inneren Verkehr der bürgerlichen Gesellschaft gelten. Dadurch aber bekommt die Polemik gegen das zentralistische Moment sozialistischer Herrschaft etwas Prekäres; denn tatsächlich ist ein solches zentralistisches Moment - ja sogar eine Tendenz seiner Verstärkung - auch in der kapitalistischen Gesellschaft nicht zu übersehen, und zwar in den verschiedensten Bereichen, einschließlich des politischen Systems im engeren Sinne. (Wir kommen hierauf noch zurück.)

Der besagte Widerspruch bleibt nun solange unauffällig, wie man sich sozusagen selbst in der kritischen Offensive befindet, d.h. solange man den Blick isoliert auf die zentralistischen Momente des sozialistischen Systems richten und daran eine entsprechende Polemik festmachen kann. Sobald jedoch das Moment demokratischer Kontrolle im sozialistischen politischen System in Erscheinung tritt, und zwar insbesondere seine, wie K. Wolf bemerkt, "radikaldemokratischen"[203] Aspekte wie direkte Beauftragung des Abgeordneten durch die Wähler, Pflicht zur Rechenschaftslegung, Abberufbarkeit und entsprechende Regelungen im Bereich der Betriebsdemokratie, wird damit unmittelbar die Frage nach der bürgerlichen Demokratie

---

203) Vgl. oben, Anm. 200

mitaufgeworfen, wo es bekanntlich derartige Formen nicht gibt. Aus diesem argumentativen "Zugzwang" heraus kommt es dann zu jener auffallenden Umgewichtung in der Bewertung zentraler und dezentraler Ordnungsmomente, wie sie in obigen Beispielen zu verzeichnen war.

Wenn die bürgerliche Kritik an der zentralistischen Seite sozialistischer Demokratie sachlich unangemessen ist, weil sie die Spezifik der sozialistischen Gesellschaftsformation als einer sich planmäßig und bewußtzielstrebig entwickelnden Ordnung unberücksichtigt läßt, so ist diese Kritik zudem auch - eben aufgrund des oben skizzierten Widerspruchs - unglaubwürdig. Mehr denn je wird heute von den Vertretern der bürgerlich-parlamentarischen Ordnung in "zentralistischem" Sinne argumentiert, wird auf den Vorrang und die Kompetenz der zentralen staatlichen Organe gepocht. Erst recht gilt dies für den Bereich der Wirtschafts- und Betriebsverfassung. Einige Beispiele mögen dies sinnfällig machen.

Im Bereich der Unternehmensführung gelten Strukturen straffer zentralistischer Unterordnung als Selbstverständlichkeit. Dennoch verdient dies, angesichts gewisser bürgerlicher Vorhaltungen gegenüber den Führungsstrukturen im sozialistischen Betrieb, ausdrücklich festgehalten zu werden. M. Kruk schreibt mit Blick auf kapitalistische Unternehmen: "Wo die 'Divisions' und ihre Leiter zuviel Selbständigkeit erhalten, wo nicht genügend Vorkehrungen für eine wirksame zentrale Kontrolle eingebaut sind, wohnt diesen 'Quasi-Unternehmen' die Tendenz inne, sich zu Fürstentümern zu entwickeln, deren autonomes Handeln den Bestand und den Zusammenhalt des Königreiches gefährden kann..."[204]. Daß in

---

204) M. Kruk, in: FAZ v. 16.8.1976. Hinsichtlich des Sozialismus erklärt man jedoch: "'Zentrale Steuerung' ... kann ... als das vielleicht entscheidende Merkmal autoritärer Herrschaft bestimmt werden." (P.C. Ludz, Parteielite im Wandel, S. 14).

diesem Verständnis von "Zentralismus" keineswegs ein demokratisches Moment aufgehoben ist, dokumentiert sich in der Haltung der Kapitals und seiner Kreise gegenüber der Mitbestimmungsfrage; mit dem bundesdeutschen Mitbestimmungsgesetz, so heißt es in der FAZ, schwinde für die Unternehmer die "Möglichkeit zu führen", es werde "die Eindeutigkeit und Klarheit der Verantwortung, Macht und Zuständigkeit verwaschen und verwischt."[205]

Auf Klarheit der Macht und Zuständigkeit im Sinne einer tendenziellen Zurückweisung von direkter Teilhabe der Bevölkerung wird aber auch im Bereich der öffentlichen politischen Ordnung gepocht. "Hier kann", schreiben die Verfasser der "Materialien" 1974, "eine Teilhabe oder Mitbestimmung des einzelnen ebenso wie eine von Verbänden nur in engen Grenzen in Betracht kommen. Denn die staatlichen Zuständigkeiten und Entscheidungsverfahren sind ... grundsätzlich nicht partizipativ verfaßt oder verfaßbar."[206] Die innerpolitische Entwicklung der letzten Jahre hat freilich auch deutlich werden lassen, daß dieser Mangel an Partizipationsmöglichkeiten zwar vielleicht theoretisch aus den Prinzipien der parlamentarischen Demokratie (mit ihrer Betonung der Legitimation durch allgemeine Wahlen) plausibel begründet werden kann, nichtsdestotrotz aber in der Praxis als einschneidendes Defizit verspürt wird und sich in teilweise krassen Widersprüchen zwischen Staat und Bürgern, Planungsbehörden und Planungsbetroffenen äußert.[207]

---

205) J. Eick, Von der Möglichkeit zu führen, in: FAZ v. 4.4.1977 (Herv.heb.: O.C.)

206) Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1974, S. 174

207) Es muß "unbedingt zwischen den Zielsetzungen der Bestimmenden und der Bestimmten eine größere Identität hergestellt werden" (H. Anders, Planungs-Euphorie bei den öffentlichen Verwaltungen, in: FAZ v. 16.11.

(Forts. nächste Seite)

Interessanterweise beruft man sich bei Zurückweisung partizipatorischer Forderungen immer wieder auf ein "Gesamtwohl"[208], auf eine gewisse "öffentliche Meinung",

---

Forts. Anm. 207

1974). "Politiker sind hierzulande zwar die demokratisch legitimierten Vertreter des Volkes. Aber Diskussion und Auseinandersetzung um den Kraftwerkbau demonstrieren sehr plastisch, daß Volksvertretung und Volkswille keineswegs immer identisch sein müssen. Und deshalb könnte es auch keinem Politiker schaden, von Zeit zu Zeit seine 'Antennen' daraufhin zu überprüfen, ob sie die Signale 'von unten' noch hinreichend empfangen." (OP v. 15.11.1976)
"... die Unfähigkeit bestehender Einrichtungen und Organisationen, solche Konflikte aufzusaugen und zu kanalisieren, die Blindheit und Taubheit gegenüber den Vorstellungen und Wünschen der Bürger, haben die bedrückende Vielzahl architektonischer Scheußlichkeiten und aberwitziger Fehlplanungen mit herausgefordert." (S. Krause-Burger, Die Krücken der Demokratie, in: FAZ v. 25.2.1977).

Nach Auffassung des französischen Politologen M. Duverger haben sich die "westlichen" Systeme von liberalen Demokratien in "Technodemokratien" gewandelt. Diese stünden ökonomisch im Zeichen der Vorherrschaft großer Unternehmen sowie der Staatsintervention. "Entscheidend ist, daß die Entscheidungen nicht von unten nach oben getragen werden, sondern von der Spitze her fallen und dann durch Propaganda und Werbung an die Basis weitergegeben werden." (M. Duverger, Demokratie im technischen Zeitalter - Das Janusgesicht des Westens, München 1974, S.)

208) Ein Rezensent eines von konservativer Seite vorgelegten Sammelbandes über die Rolle der Verbände merkt an: "Bedenklich ist ..., mit welcher Selbstverständlichkeit - trotz Oberndörfers Plädoyer gegen eine monistische Demokratietheorie - da und dort vom Gesamtwohl gesprochen wird. Hier wird ... gegen jenes individualistische Prinzip verstoßen, auf das man sich anderweitig beruft." (FAZ v. 20. 12.1976)

welche über jeglichen "Sonderinteressen" stehe[209], auf die "vitale(n) Interessen der Gesamtgesellschaft" 210) usw. - mit anderen Worten, man argumentiert in ebenjener "monistischen" Art und Weise, welche man im Fall des Sozialismus für theoretisch unhaltbar und politisch totalitär erklärt.[211]

Ein weites Feld für die Beobachtung "zentralistischer" Tendenzen bietet sich schließlich auch im Zusammenhang mit den bürgerlichen Parteien. Während z.B. die zentrale Kaderplanung sozialistischer Parteien in aller Regel als ein Beleg für deren undemokratischen Charakter figuriert[212], spielen derartige Vorbehalte in der eigenen Praxis offenbar keine Rolle: "Bei allem Respekt vor den Rechten der Bezirke", so schreibt der ehemalige SPD-Bundesgeschäftsführer H. Börner, "muß festgestellt werden, daß eine vernünftige Personalplanung, Aus- und Weiterbildung der hauptamtlichen Mitarbeiter und deren gezielter Einsatz in bestimmten Gebieten nur möglich

---

209) Vgl. F.A.v. Hayek, Wohin steuert die Demokratie? in: FAZ v. 8.1.1977

210) R. Löwenthal, Sozialismus und aktive Demokratie, S. 129

211) D. Oberndörfer und W. Jäger verwerfen "die von Rousseau stammende und von Marx an uns übermittelte Vorstellung, ein demokratischer Staat müsse einen auffindbaren 'Gesamtwillen' (oder 'Gesamtwohl') seiner Bürger repräsentieren." Sie halten "das 'Gesamtwohl' für eine unerreichbare Fiktion" (so resumierend W. Becker in einer Rezension in FAZ v. 4.6. 1976).
In einer Publikation der F.-Ebert-Stiftung heißt es, die Festlegung des Sozialismus "auf ein Gesellschaftsziel" schließe "die Freiheit aus, weil Freiheit ohne Vielfalt undenkbar ist." (F.-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Um die Qualität des Lebens..., S. 69)

212) Vgl. etwa K. Wolf, "Mitbestimmung" und "Mitgestaltung"..., S. 36; H. Rausch/T. Stammen, DDR..., S. 214

ist, wenn dem Parteivorstand die zentrale Personalführung übertragen wird..."[213]. Und während die DDR-Forschung daraus, daß in der SED einmal gefaßte Beschlüsse Verbindlichkeit erlangen, sogleich schließt, dort gebe es folglich "keine wirklich offene Diskussion"[214], gehört es hierzulande zu den Selbstverständlichkeiten, daß ein führender bürgerlicher Parteipolitiker erklären kann: "Wenn die diskutierte Frage entschieden ist, dann muß die Entscheidung solidarisch von allen getragen werden. Ich bin dann bereit, die Dinge auch innerparteilich durchzusetzen."[215]

Damit ist auch bereits die Frage des Fraktionsverbots berührt, das - allen bekannten Tatsachen zum Trotz - von der Sozialismusforschung immer wieder als Spezifikum kommunistischer Parteien und Kennzeichen ihrer totalitären Verfassung hingestellt wird: "Der X. Parteitag (der KPR(B) im Jahre 1921, O.C.) verbot Fraktionen innerhalb der Kommunistischen Partei ... und leitete damit die Ausschaltung der letzten Reste von politischer Demokratie ein", schreibt H. Weber stellvertretend für viele andere bürgerliche Forscher.[216] Wäre diese Art

---

213) Zit. nach FR v. 23.10.1976

214) K. Sontheimer/W. Bleek, Die DDR..., S. 85. Weiter heißt es: "Es kann jeweils nur solange diskutiert werden, bis die höheren Organe der Partei eine bestimmte Entscheidung getroffen haben; dann wird Gehorsam verlangt..." (ebda.).

215) H. Geißler, Generalsekretär der CDU, zit. nach FR v. 29.1,1977 ("Querelen will Geißler in der CDU nicht dulden"). In der Frage der Unterordnung der Diskussionsfreiheit unter die Einheit des Handelns (siehe oben, Anm. 214) vermuten Sontheimer/Bleek den "entscheidende(n) Unterschied" zwischen "kommunistischen Parteien vom Typ der SED" und "westlichen Parteien" (Die DDR..., S. 85).

216) H. Weber, Stalinismus, S.8

der Beweisführung stichhaltig, stünde und fiele innerparteiliche Demokratie tatsächlich mit der Freiheit zur Fraktionsbildung, dann hätte damit H. Weber auch seiner eigenen Partei, der SPD, ein bedenkliches Urteil ausgestellt - ist doch dort die administrative Auseinandersetzung mit gewissen "jakobinischen Zirkeln"[217] innerhalb der Partei eine nahezu alltägliche Erscheinung. Überhaupt betonen alle bürgerlichen Parteien sehr stark den Wert der Einheitlichkeit und Geschlossenheit ihrer Organisationen. Der schon zitierte CDU-Generalsekretär Geißler möchte in seiner Partei ein "Höchstmaß an Übereinstimmung, Geschlossenheit und Zustimmung erreichen."[218] Das hohe Stimmenergebnis bei der Nominierung von J. Carter zum Präsidentschaftskandidaten seiner Partei kommentierte die FAZ mit den Worten: "Etwas fehlte in Madison Square Garden: die Gefühlsausbrüche, die Kämpfe, die Diskussionen, die sonst Parteikonvente der Mehrheit bestimmt hatten. Als Carter rund 2239 Delegiertenstimmen für sich verbuchte, geschah dies, weil die Partei Einheit braucht, weil das Land eine ruhige Führung sucht."[219] Dergleichen Gesichtspunkte dürften schwerlich jemals in die Beurteilung etwa eines Parteitages der KPdSU Eingang finden.[220]

---

217) So die FAZ v. 28.4.1977 im Zusammenhang mit dem Parteiordnungsverfahren gegen Benneter u.a. Dieselbe Zeitung empfiehlt der SPD eine großangelegte "chirurgische Operation" (FAZ v. 20.5.1977).

218) FR v. 29.1.1977

219) FAZ v. 16.7.1876 (Herv.heb.: O.C.)

220) In solchen Fällen ist statt von "ruhiger Führung" eher die Rede vom "unendlich langsamen Schrittmaß der innersowjetischen Entwicklung" (C. Gasteyger in FR v. 17.3.1977) oder von der "politische(n) Immobilität" (A. Nacken in FAZ v. 21.8.1974).
Die Einheitlichkeit und Geschlossenheit einer kommunistischen Partei wird von bürgerlichen Kommentatoren jedoch in dem Moment als vorteilhaft anerkannt, wo

(Forts. nächste Seite)

Angesichts des Umstands, daß die Forderung nach bedingungsloser Freiheit der Fraktionsbildung in den kommunistischen Parteien sich ebenso gegen die bürgerlichen Parteien kehrt, legt v. Beyme dieser Forderung einen gleichsam abgeschwächten Begriff von Fraktionierung zugrunde. Er schreibt: "Innerparteiliche Demokratie ist letztlich nicht ohne Flügelbildung möglich, bei der unter Wahrung bestimmter Gemeinsamkeiten der Grundanschauung unterschiedliche Auffassungen über die Mittel der Verwirklichung geduldet werden. Gerade daran aber fehlt es seit Lenin..."[221]. Derartige Meinungsverschiedenheiten jedoch, wie sie v.Beyme hier "fordert", hat es faktisch immer gegeben, was an sich auch nicht weiter verwundert. Lenin selbst erklärte: "In der Partei wird es immer Diskussionen und Kämpfe geben, man muß sie lediglich in den Parteirahmen einfügen."[222] Wenn v. Beyme allerdings eine starre, sich in sämtlichen Einzelfragen der Politik reproduzierende Flügelbildung vorschwebt, so muß an ihn die Frage zurückgegeben werden, welche materiellen Ursachen eigentlich eine derartige stabile Konfiguration hervorzurufen vermöchten.[222a]

Forts. Anm. 220

es um einen politischen Kurs geht, der den Vorstellungen dieser Kommentatoren - scheinbar oder tatsächlich - entgegenkommt; so schreibt H. Schleicher, auf eine "Erneuerung in der (polnischen Vereinigten Arbeiter-, O.C.) Partei" spekulierend: "Sollte Gierek tatsächlich strukturelle Reformen im Sinne haben, hätte die Verwirklichung gegenwärtig gute Chancen. Anders als in den sechziger Jahren ist die Partei heute frei von rivalierenden Fraktionen." Es gebe nämlich derzeit keine "Vertreter einer Konezption der 'starken Hand'" (FR v. 22.2.1977; Herv.heb.: O.C.) Vgl. auch Anm. 187.

221) Zit. nach H.Rausch/T.Stammen, DDR..., S. 214

222) W.I. Lenin, Werke, Bd. 7, S. 454

222a) Dasselbe Rätsel gibt auch der Standpunkt von S. Vracar auf: "Wäre es nicht natürlicher, zwei Parteien

(Forts. nächste Seite)

Im übrigen ist es einigermaßen paradox, daß gerade die bürgerliche Sozialismusforschung die Freiheit der Flügelbildung in den kommunistischen Parteien fordert - unterstellt sie doch bei anderer Gelegenheit in eher überreichlichem Maß die Existenz ebensolcher Flügel, Strömungen, Fraktionen. Daß sich namentlich die Parteiführung "fast immer in einem Zustand der Mehr- oder der Zweiparteilichkeit" befinde[223], gehört zu den gängigsten Annahmen der bürgerlichen Sozialismusbeobachtung.

Doch zurück zu den oben nachgezeichneten, durchaus als "zentralistisch" zu charakterisierenden Momenten der bürgerlichen Demokratie. Sie alle gelten hier ohne weiteres als erforderlich und legitim, während Parallelerscheinungen im sozialistischen System jedesmal als Beleg für dessen Zwangsstruktur verbucht werden. Die Vermutung, diese unterschiedliche Bewertung sei gerechtfertigt durch den Nachweis, daß der westliche "Zentralismus" im Gegensatz zum sozialistischen eben tatsächlich ein "demokratischer Zentralismus" sei (indem er in enger Wechselwirkung mit demokratischen Partizipationsmechanismen stünde), hat sich dabei, zumindest in einem wichtigen Punkt, gerade nicht bestätigt: Während nämlich in der DDR "radikaldemokratische" Formen der Bürgerbeteiligung existieren und offiziell gefördert werden, lehnt diese die herrschende Demokratie-

---

Forts. Anm. 222a

zu haben, beide für den Sozialismus kämpfend?" (zit. nach N. Nor-Mesek, Alle Macht den Bürokraten, in: FAZ v. 15.10.1977)

223) P. Lübbe, Der staatlich etablierte Sozialismus, Zur Kritik des staatsmonopolistischen Sozialismus, S. 66. Vgl. dagegen - als seltene Ausnahme - die Einschätzung von K. Sontheimer und W. Bleek zum Prinzip der Kollektivität der Leitung: "Praktisch bedeutet das Prinzip der Kollektivität, daß so lange diskutiert wird, bis sich eine gemeinsame Linie herausbildet." (Die DDR..., S. 85)

lehre in der Bundesrepublik ab.[224] Und während die bürgerliche Sozialismusforschung in der DDR keinerlei Widerspruch entdeckt zwischen den besagten radikaldemokratischen Beteiligungsformen einerseits und den zentralistischen Strukturen andererseits, sondern ersteren noch bescheinigt, sie wirkten als "Stütze des monistischen Systems"[225], werden sie in der Bundesrepublik ausdrücklich als Gegensatz zur Gesamtordnung, als Gefährdung übergeordneter Interessen interpretiert und in die Schranken verwiesen.

Man gewinnt von daher den Eindruck, daß die gängige Methode der Sozialismus-Kritik, zentralistische Strukturen per se als Gegensatz zur Demokratie und damit als Beleg für deren Fehlen zu nehmen, eher ein Reflex auf die spezifische Situation im bürgerlichen System ist als auf den tatsächlichen Gegenstand selbst. Offenbar vollzieht sich in der antizentralistisch vorgeprägten Beurteilung des sozialistischen Systems also eine Projektion der eigenen Erfahrungswelt, wo in der Tat demokratische Ansprüche, die über den reinen parlamentarisch-repräsentativen Rahmen hinausgehen, tendenziell kollidieren mit den Absichten der zentralen Instanzen,

---

224) Diese Ablehnung erstreckt sich nicht nur auf das imperative Mandat u.ä. Institute, sondern auch auf plebiszitäre Formen: "Zu den gewichtigeren Empfehlungen der Kommission (Enquete-Kommission Verfassungsreform, O.C.) gehört die Absage an plebiszitäre Mitwirkungsformen wie Volksbegehren, Volksentscheid und Volksbefragung..." (Faz v. 4.12.1976). Da in diesem Fall nicht mit der Gefahr der Unterwerfung der Demokratie unter minoritäre Sonderinteressen argumentiert werden kann, beruft man sich nur allgemein auf "die Gefahr des Mißbrauchs solcher Verfassungsinstitute" (FAZ v. 1.10.1975).

225) Siehe oben, Anm. 200. Vgl. die Feststellung von P.C. Ludz, daß die SED gerade auch durch Maßnahmen wie die der "Stärkung der Eigeninitiative der Betriebe" ihre eigene "Machtbasis" sichere (P.C. Ludz, Politische Aspekte der kybernetischen Systemtheorie in der DDR, S. 2f.).

umgekehrt gesprochen, wo in der Tat Zentralisierungstendenzen eher Entdemokratisierung und zunehmende "Bürgerferne" verheißen. Wenn unsere These zutrifft, dann ergibt sich daraus auch eine einleuchtende Erklärung für die zu konstatierende hohe Massenwirksamkeit der antizentralistisch motivierten Sozialismus-Kritik: sie speist sich aus der alltäglichen Erfahrungssituation im kapitalistischen System selbst. Ihre Plausibilität verdankt sich gerade diesem in der verkehrten Form verborgenen wahren Kern.[226)]

---

226)Der reale Widerspruch zwischen Zentralismus und Demokratie in der kapitalistischen Gesellschaft veranlaßt einzelne bürgerliche Sozialwissenschaftler zu utopischen Gesellschaftsentwürfen, in welchen sich in frappierendem Maße - wenn auch auf recht abstrakter Ebene - Charakteristika des demokratischen Zentralismus wiederfinden. So hat etwa "A. Etzioni ... 1968 das Modell der 'Active Society' entwickelt, einer Gesellschaft, der es gelingt, durch die positive Rückkoppelung von Kontrollkapazität und Konsensus die Selbststeuerungsfähigkeit von Gesellschaften zu erhöhen. Man könnte auch sagen, im Modell der aktiven Gesellschaft ist eine Gesellschaft konzipiert, der es gelingt, die Lebensqualität durch den Abbau von Inauthentizität und Ungleichheit zu erhöhen. Das geschieht auf dem Weg der Klärung individueller Aspirationen und Gruppeninteressen; damit wird eine breite Unterstützung umfassender Reformprojekte möglich, zugleich werden aber die spezialisierten Kontrollinstanzen in ihrer Effektivität gesteigert, was wiederum dem Abbau von Inauthenzität und Ungleichheit zugute kommt." (W. Zapf, Zur Messung der Lebensqualität, S. 373) Etzioni will statt einer passiven, sich zwecks "Überlebens" bloß immer wieder neu anpassenden Gesellschaft ausdrücklich "eine kontrollierte Steuerung auf Ziele hin, die unter bewußter Einbeziehung, das heißt mit dem Konsensus der betroffenen Gruppen gesellschaftliche Grundbedürfnisse verwirklichen." (C.Fenner, Wieweit Reformer gehen dürfen. A. Etzionis Theorie einer 'Aktiven Gesellschaft', in:FR v. 7.8.1976) Auch eine Art führender gesellschaftlich-politischer Kraft in diesem Prozeß

(Forts. nächste Seite)

Wenn wir nun unseren Überlegungen zum Problem des demokratischen Zentralismus in der Sozialismusforschung diejenigen zur Seite stellen, die sich weiter oben in der Frage der Rolle der sozialistischen Partei ergaben, so erhalten wir ein interessantes Ergebnis: In der bürgerlichen Kritik am politischen System des Sozialismus vollzieht sich offenbar eine zweifache Projektion, und zwar indem einerseits das positive Leitbild der pluralistischen Ordnung als Maßstab der Beurteilung des Sozialismus fungiert, andererseits - sozusagen noch obendrein - dem Sozialismus die aus jenem Leitbild verdrängten negativen Züge der eigenen, bürgerlichen Ordnung untergeschoben werden. Beide Mechanismen bestätigen einander, bilden gleichsam eine symbiotische Einheit: die unterschwellige Ausstattung des Sozialismus mit den demokratiefeindlichen Aspekten der eigenen Ordnung verhilft dem Leitbild der pluralistischen Demokratie zur Erhaltung seiner idealtypischen Reinheit und erhöht gleichzeitig gewissermaßen die moralische Berechtigung, dieses Leitbild als Maßstab der Beurteilung an den Sozialismus anzulegen; umgekehrt schafft letztere Sichtweise ein Sozialismus-Bild, welches denkbar aufnahmefähig für negative Projektionen aus kapitalistischen Erfahrungszusammenhängen ist.[227]

Forts. Anm. 226

sieht Etzionis Modell vor - allerdings sind dies bei ihm die "intellektuellen Eliten" (bgl. ebda.). Damit stellt Etzioni freilich den demokratischen Anspruch seines Entwurfs selbst in Frage - zumal da "in seinem Konzept ein besonderes ökonomisches System gegenüber dem politischen nicht ausdifferenziert wird" (ebda.), wesentliche Determinanten der Herrschaft also garnicht reflektiert werden.

227) Es spricht einiges für die Hypothese, daß der letztgenannte Typ von Projektion bei der Herstellung des Sozialismus-Bildes im "Westen" allmählich bestimmend wird. Schon an der Häufung gewisser, von der

(Forts. nächste Seite)

Vor dem Hintergrund dieser Hypothesen soll im folgenden noch auf die bürgerliche Auseinandersetzung mit der Gewerkschaft in der DDR und ihrer Rolle eingegangen werden. An diesem Thema kann keine Erörterung über das politische System der DDR vorbeigehen. Der FDGB ist nicht nur die größte Massenorganisation der DDR[228)], und ihm

---

Forts. Anm. 227

eigenen gesellschaftlichen Krisensituation abgezogener Themen der Sozialismusforschung bzw. -berichterstattung läßt sich eine derartige Tendenz ablesen. Anfang 1974 trat B. Gleitze mit der Theorie an die Öffentlichkeit, zyklische Wirtschaftsschwankungen gebe es auch im Sozialismus (B. Gleitze, Gibt es auch in der DDR-Wirtschaft Konjunkturschwankungen?, in: Die Quelle 2/1974, S. 64ff.; ausführlicher dann ders., Die Produktionswirtschaft der DDR im Wettbewerb mit der westlichen Industriewelt, in: Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands (Hrsg.), Die DDR nach 25 Jahren, Berlin 1975, S. 13ff., bes. S. 47ff.). In den ersten Monaten des Jahres 1975 dominiert klar das Thema "Inflation im Sozialismus" - Reflex der durch die Ölkrise verschärften Lage hierzulande. (Vgl. etwa: P. Hort, Die DDR und die Inflation, in: FAZ v. 20.1.1975; J. Nawrocki, Die Schadenfreude war nur kurz, in: Die Zeit v. 7.2. 1975; K. Engel. Die sozialistische Spielart der Inflation, in: FAZ v. 21.2.1975; "Rote Scheiche", in: Der Spiegel v. 10.3.1975; usw.).
1976 dann tritt die Suche nach einer versteckten Arbeitslosigkeit im Sozialismus stärker in den Vordergrund (Vgl. W. Jaide, Keine arbeitslosen Jugendlichen in der DDR?, in: FAZ v. 18.10.1976; u. Wagner, Vollbeschäftigung als Zeichen der Unfreiheit, in: FAZ v. 6.11.1976, usw.). Aber auch in anderen gesellschaftlichen Teilbereichen entdeckt man nun, daß es der DDR zumindest auch nicht besser ergeht als der Bundesrepublik. Der "Spiegel" (Nr. 41/1976) schafft Entlastung durch die Ortung von "Leistungsdruck und Anpassungszwang an DDR-Schulen" ("Für die 2,6 Millionen Schulkinder zwischen Ostsee und Thüringer Wald bedeutet das vor allem Streß."), und die 1976 erschienene Studie von A. Kruppa über "Wirtschafts- und Bildungsplanung in der DDR" wird von der FAZ mit den Worten gewürdigt: "Kruppas Untersuchung macht deutlich, daß diese Art von Bildungsplanung kaum eine Zukunft haben kann." (FAZ v. 16.3.1977) Die Liste ließe sich fortsetzen, sie reicht bis zur "Bodenspekulation in der DDR" (OP v. 12.9.1974) und einem Gastarbeiterproblem in der Sowjetunion (Stern v. 27.11.1975).

228) Ihm gehören derzeit etwa 8,3 Millionen Mitglieder
(Forts. nächste Seite)

wird nicht nur im DDR-Selbstverständnis eine zunehmende Bedeutung in Gesellschaft und Politik zugesprochen; auch bundesdeutsche Beobachter gehen in letzter Zeit immer stärker davon aus, "daß der FDGB, neben der SED oder nach der SED, durchaus auch Macht verkörpert"[229].

4. Mitwirkung der Gewerkschaften

Stellen wir einige typische Äußerungen hiesiger Sozialismusforscher über den Charakter der DDR-Gewerkschaften an den Anfang. Die Gewerkschaften der DDR, so schreiben die Verfasser der "Materialien" 1974, werden "nicht als autonome gesellschaftliche Interessenvertretung der organisierten Arbeitnehmerschaft, sondern als Teil der staatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik tätig" 230). "Während die Gewerkschaften der Bundesrepublik unter Interessenvertretung der Arbeitnehmer in erster Linie die Erkämpfung besserer materieller, rechtlicher und sozialer Bedingungen verstehen, haben die Gewerkschaften in der DDR in erster Linie die Politik der SED durchzuführen und die Planerfüllung in den Betrieben und in der gesamten Volkswirtschaft zu sichern", heißt es in einer Broschüre der F.-Ebert-Stiftung[231]. Noch prägnanter schreibt die FAZ: "Die traditionelle Vereinigung zur Verteidigung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer ist zu einem ausführenden Organ der Arbeitgeber geworden."[232] Nur folgerichtig sind von daher solche - keineswegs nur in der Massenpresse anzutreffenden - bündigen Qualifizierungen wie "... die

---

Forts. Anm. 228

an."Die DDR zählte 1975 8,4 Millionen Berufstätige. Es ist also fast jedermann FDGB-Mitglied." (FAZ v. 17.5.1977)

229) ebda.

230) Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1974, S. 189

231) F.-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Mitwirkung und Mitbestimmung..., S.11

232) A. Nacken, Der lange Arm der Partei, in: FAZ v. 18.8.1976

gleichgeschalteten Gewerkschaften..."[233], "... Antreiberfunktion der Gewerkschaften..."[234] usw.

Das Interpretationsmuster, das in all diesen Fällen zur Anwendung kommt, liegt im Grunde offen zutage. Den Maßstab, woran die DDR-Gewerkschaft gemessen wird, bildet der Idealtyp der freien, d.h. ihrem Kontrahenten autonom gegenüberstehenden Gewerkschaft. Dies wiederum ist nichts weiter als ein Ausdruck der sozialökonomischen Grundsituation des Kapitalismus, wo sich Arbeitskraftbesitzer und Produktionsmittelbesitzer ("frei") auf dem Arbeitsmarkt begegnen. Die Freiheit des ersteren ist eine Funktionsbedingung dieses Systems (wie dessen Funktionieren umgekehrt den Inhalt jener Freiheit determiniert und ihre Grenzen absteckt); entsprechend stellt die sog. "freie Gewerkschaft" einen - wenn auch von der Arbeitsklasse erkämpften und für sie unerläßlichen - funktionalen Bestandteil der kapitalistischen Ordnung dar; freie Gewerkschaft heißt mithin nichts anderes als : Gewerkschaft im Kapitalismus.[235] Dies wird übrigens auch von unternehmernaher Seite immer wieder klar zum Ausdruck gebracht. "Ohne Eigentum, Unternehmerfunktion und Gewinn gibt es auch keine freien Gewerkschaften und auch nicht den freien Arbeitnehmer", heißt es in einer Publikation der CDU[236].

---

233) FR v. 20.7.1976

234) K. Sontheimer/W. Bleek, Die DDR..., S. 159

235) Dies gilt freilich auch nur mit erheblichen Einschränkungen. In vielen kapitalistischen Ländern stellen die Gewerkschaften keine wirklich selbständigen Klassenorganisationen dar.

236) Gesellschaftspolitische Kommentare, 15.10./1.11. 1975, S. 230. Vgl. die Bemerkungen von Dr. H.G. Zempelin, Vorstandsvorsitzendem der Enka-Glanzstoff-Gruppe: "'Freie Gewerkschaften benötigen den freien Unternehmer wie der Fisch das Wasser', so lautet die sehr einfach formulierte Erkenntnis eines amerikanischen Gewerkschaftsführers. Und ich möchte hinzufügen, daß dies auch umgekehrt gilt." (Zit. nach FAZ v. 14. 2.1976)

Daraus folgt: Der Vorwurf, in der DDR gebe es keine "freien Gewerkschaften", läuft geradewegs auf eine Kritik daran hinaus, daß in ihr kapitalistisches "Eigentum, Unternehmerfunktion und Gewinn" beseitigt sind. So wird dies freilich von den Sozialismuskritikern nicht ausgesprochen. Im Gegenteil, gerade um die Forderung nach "freien Gewerkschaften" im Sozialismus als relevant erscheinen zu lassen, muß dessen Herrschaftsstruktur als quasi-kapitalistisch dargestellt werden. Die Verwandlung einer "freien", d.h. unter kapitalistischen Klassenverhältnissen agierenden Gewerkschaft in eine Gewerkschaft vom Typ des FDGB wird nur dann als Rückschritt, Entrechtung, Verrat an den Interessen der Arbeiter usw. perzipiert werden, wenn zugleich die Überzeugung herrscht, der alte Klassengegensatz sei im Prinzip der gleiche geblieben. A. Nackens oben bereits zitierte Formel von der sozialistischen Gewerkschaft als "ausführendem Organ der Arbeitgeber"[237] bewerkstelligt dies auf besonders knappe (und daher besonders eingängige und suggestive) Weise; der Ausdruck "Arbeitgeber" bewirkt die Assoziation mit dem Kapitalismus - der Leser soll sich unwillkürlich eine Gewerkschaft im Kapitalismus vorstellen, die zum verlängerten Arm der Kapitalisten regrediert ist. Dieses Verfahren - die unbesehene Extrapolation kapitalistischer Rahmenbedingungen in den Gegenstand DDR hinein - bildet geradezu den roten Faden hiesiger Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften der DDR.

Betrachten wir dies noch etwas näher anhand einer von der F.-Ebert-Stiftung herausgegebenen ausführlichen Monographie über den FDGB und seine Rechte, die sich vor

---

237) Siehe oben, S. 629

allem an westdeutsche Gewerkschafter richtet.[238] Hier heißt es z.B. im Anschluß an eine Passage über die ständigen Produktionsberatungen in der DDR: "Aufgabe der Gewerkschaften ist es hier (in der BRD, O.C.) nicht, Arbeitgeberfunktionen in dem Sinne zu erfüllen, wie die Produktionsleistungen maximal zu erhöhen..."[239]. Stillschweigend wird also unterstellt, daß sich die Gewerkschaften in der Bundesrepublik wie in der DDR allemal den gleichen Arbeitgeberinteressen konfrontiert sähen. Dasselbe suggeriert die Bemerkung, der FDGB habe eine "Unternehmermoral"[240] verinnerlicht. Wo es um das Verhältnis von Gewerkschaft und Staat in der DDR geht, mobilisiert man beim Leser entsprechend negative Erfahrungen mit dem bürgerlichen Staat; der Interessengegensatz zwischen diesem und den Gewerkschaften wird dann unter der Hand auf die DDR transponiert: "Im Grunde genommen muß der FDGB als formeller Träger (der Sozialversicherung, O.C.) seinen Kopf für die Staatspolitik hinhalten."[241] Auch der Satz: "Die Tarifautonomie in der Bundesrepublik ... sichert den Gewerkschaften eine Interessenvertretung frei von staatlichen Eingriffen und Vorgaben"[242] legt es darauf an, daß der Leser wie selbstverständlich davon ausgehen soll, die staatlichen Vorgaben in der DDR hätten prinzipiell dieselbe restriktive gesellschaftspolitische Grundtendenz wie diejenigen Vorgaben, gegen welche sich die BRD-Gewerkschaften dank der Tarifautonomie zur Wehr setzen können. Zu K. Blanks Extrapolation bundesdeutscher Be-

---

238) K. Blank, Beiträge zum innerdeutschen Gewerkschaftsdialog, Bonn-Bad Godesberg 1971

239) ebda., S. 96

240) ebda., S. 78

241) ebda., S. 40

242) ebda., S. 92

dingungen auf den fremden Gegenstand DDR gehört schließlich auch die ständige Rede von den "Arbeitnehmern" in der DDR[243]; dies verstärkt auf subtile Weise den Eindruck, die gesellschaftliche Lage der Werktätigen in der DDR entspreche ganz den BRD-Verhältnissen, zumal wenn die Aussagen gezielt aus dem Erfahrungs- und Blickwinkel des bundesdeutschen Gewerkschafters formuliert werden: "Wie sehr sich auch (in der DDR, O.C.) der einzelne Gewerkschafter dafür einsetzen mag, die Interessen der Arbeitnehmer wahrzunehmen, sein Spielraum wird doch immer mehr eingeengt und auf die Erfüllung von Aufgaben beschränkt, die Staat und zentral gelenkte Wirtschaftsplanung stellen."[244]

Im letzten Zitat gelangt der Übertragungsmechanismus zu seiner äußersten Konsequenz: Je stärker das Gewicht des - unterschwellig mit typischen Zügen des kapitalistischen "Arbeitgebers" ausgestatteten - Staates und der Wirtschaftsplanung, desto geringer der Spielraum für "die Interessen der Arbeitnehmer" überhaupt. Dieses schlichten Gedankenschritts bedient sich K. Blank in der Tat sehr häufig. Wo der FDGB ökonomische Aufgaben mitübernimmt und sich in die staatliche Gesamtpolitik einordnet, gilt es für K. Blank als ausgemacht, daß das Arbeiterinteresse auf der Strecke bleibt. Letzteres wird von ihm nicht eigens bewiesen; es folgt - kraft

---

243) ebda., S. 39, 40, 43, 44, 45, 50, 52, 69 usw.

244) ebda., S. 40. In eine typische "Arbeitnehmer"-Perspektive versetzen den Leser auch Sätze wie: Auch im DDR-Betrieb kann - über Prämien-, Urlaubs- u.a. Vereinbarungen - "für die Arbeitnehmer einiges herausgeholt werden." (ebda., S. 91) Oder: Das gute wirtschaftliche Abschneiden der DDR innerhalb des RGW "verleiht den Arbeitnehmern einen berechtigten Stolz." (ebda., S. 50) Diese "Arbeitnehmer"-Perspektive kommt ihrerseits wieder der Doktrin von der gesamtdeutschen Nation zugute, wie sich dies auch schon im Titel von K. Blanks Publikation andeutet (vgl. oben. Anm. 238).

der irrationalen Kapitalismus-Assoziation - deduktiv aus ersterem. So schreibt er über die Bitterfelder Beschlüsse von 1948: "An Stelle der Interessenvertretung der Arbeiter wurde nun die Sicherung der Planerfüllung ... als gewerkschaftliche Hauptaufgabe proklamiert." 245) Und im Zusammenhang mit der Zentralisierung der Lohnpolitik um dieselbe Zeit heißt es: "Die gemäß diesen Musterverträgen abzuschließenden Betriebskollektivverträge boten kaum noch Spielraum, den Interessen der beteiligten Arbeiter Rechnung zu tragen."[246] Nie fragt K. Blank, welche Interessen sich denn auf der zentralen Ebene der Volkswirtschaftsplanung durchsetzten. Er setzt unbesehen voraus, daß das Gebot der sog. "betriebsnahen Tarifpolitik", wie es für den Lohnkampf unter kapitalistischen Bedingungen vorteilhaft ist, auch unter den Verhältnissen in der DDR Gültigkeit habe. Die neu erlangten gesamtwirtschaftlichen Mitbestimmungsrechte des FDGB gelten ihm per se als ein Rückschritt: "Die Mitwirkung der Gewerkschaften reduzierte sich auf die Teilnahme an den Beratungen über die Lohnleitlinien in den Volkswirtschaftsplänen, die im gesamtstaatlichen Rahmen geführt werden."[247] Dabei

---

245) ebda., S. 26 (Herv.heb.: O.C.)

246) ebda., S. 27 (Herv.heb.: O.C.)

247) ebda. (Herv.heb.: O.C.) Die abstrakte Ablehnung der gesamtstaatlichen Integration sozialistischer Gewerkschaften hat ihr Gegenstück in einer abstrakten Befürwortung gewerkschaftlicher Autonomie im Kapitalismus, wie sie auch in der Bundesrepublik verbreitet ist. In beiden Fällen bleibt der gesamtgesellschaftliche Rahmen unreflektiert und damit auch die Frage nach dem jeweiligen Inhalt von Gewerkschaftspolitik. Ein nur abstraktes Autonomieprinzip kritisierte nachdrücklich L. Mahlein auf dem 12. Landesbezirkstag der IG Druck in Nordrhein-Westfalen: "Autonomie realisiert sich ... nicht in der formellen Erklärung der parteipolitischen und weltanschaulichen Unabhängigkeit der Gewerkschaften; denn autonom können diese letztlich nur dann handeln,

(Forts. nächste Seite)

lassen manche weniger suggestiv eingefärbte Formulierungen K. Blanks durchaus erkennen, daß er den konkreten Beweis seiner These schuldig bleibt. Wenn er etwa erklärt, der FDGB sei nicht "in der Lage, Arbeitnehmerinteressen über das Maß hinaus zu vertreten, das die staatliche Planung der Wirtschaft und des gesellschaftlichen Lebens setzt"[248], so bleibt hier gerade die entscheidende Frage offen, welches Maß denn nun die staatliche Planung (an welcher der FDGB im übrigen ja selbst beteiligt ist) den "Arbeitnehmerinteressen" setzt. Ebensowenig kann die Aussage, wesentlich für das Arbeitsrecht der Bundesrepublik sei "die Orientierung an den Rechten der Arbeitnehmer. Umgekehrt stehen in der DDR die Bedürfnisse des Gesamtsystems im Vordergrund"[249], darüber hinwegtäuschen, daß sie gerade die

---

Forts. Anm. 247)

wenn sie die gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen der Arbeitnehmer vertreten, wenn die Gewerkschaftspolitik von dem Bewußtsein geleitet wird, daß die gewerkschaftlichen Ziele gegen den Widerstand gegensätzlicher Machtinteressen durchzusetzen sind, und daß es sich um Machtfragen handelt, die nur durch die Mobilisierung gewerkschaftlicher Gegenmacht entschieden werden können." (Zit. nach DVZ v. 2.7.1977)

248) K. Blank, Beiträge..., S. 52. Ähnlich D. Voigt und F. Grätz, die zahlreiche Mitwirkungsmöglichkeiten im DDR-Betrieb als effektiv beurteilen, "sofern die Interessen von Staat und Arbeitnehmern miteinander im Einklang stehen" (D. Voigt/F. Grätz, DDR: Mitbestimmung oder Mitwirkung in den Betrieben?, S. 599). Immerhin sehen sich Voigt/Grätz in ihrem Aufsatz aber zu folgender Mahnung veranlaßt: "... Dabei sollte allerdings nicht unterschätzt werden, daß der Mensch, der sich am Arbeitsplatz mit den ökonomischen Zielen der SED bzw. der Staatsführung identifiziert, auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen kaum zum Gegner werden wird." (ebda., S. 604; Herv.heb.: O.C.)

249) K. Blank, Beiträge..., S. 70

Antwort auf die Frage schuldig bleibt, welches denn "die Bedürfnisse des Gesamtsystems" sind, und wie sie sich verhalten zu den Bedürfnissen der Werktätigen. Der Verweis auf das Bestreben der DDR, Produktivität und Produktion zu erhöhen, stellt keine Antwort hierauf dar, weil er wiederum offenläßt, wem dies zugutekommt.

Kennzeichnend für die Beweisnot von Blank ist, daß er mehrfach zu dem Argument Zuflucht nimmt, die untergeordnete Rolle, die in der DDR der Befriedigung der Bedürfnisse der Arbeitenden zugeteilt sei, ersehe man aus der Reihenfolge, in welcher in offiziellen Dokumenten der DDR die Aufgaben der Gewerkschaften aufgeführt würden. Das liest sich so: Erst zitiert K. Blank aus dem Gesetzbuch der Arbeit: "Die Gewerkschaften entwickeln und fördern die Initiative der Werktätigen zur allseitigen Erfüllung der Volkswirtschaftspläne, zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und damit zur ständigen Verbesserung ihres materiellen und kulturellen Lebensniveau."[250] Blanks Schlußfolgerung, die dem unmittelbar folgt, lautet: "Die Produktivität steht also im Vordergrund, die materiellen und kulturellen Interessen der Arbeitnehmer werden davon abgeleitet."[251] Nun wäre es der DDR sicher ein leichtes, durch eine rein "taktische" Veränderung jener Reihenfolge K. Blanks Beweismethode die Grundlage zu entziehen,

---

250) Gesetzbuch der Arbeit und andere ausgewählte rechtliche Bestimmungen, Berlin 1969, S. 31 (zit. nach K. Blank, Beiträge..., S. 77f.)

251) K. Blank, Beiträge..., S. 78. - Das gedruckte Randstichwort bekräftigt noch einmal: "DDR: Planerfüllung und Produktionssteigerung im Vordergrund" (ebda.). K. Blank wiederholt diese Argumentation einige Seiten später anhand einer Aufzählung der betrieblichen Mitwirkungsrechte im Gesetzbuch der Arbeit (Fassung von 1966, § 12, 2). Das Randstichwort vermerkt: "Auch hier: Produktion im Vordergrund" (ebda., S. 87).

und sicher wird man auch genügend Verlautbarungen aus der DDR finden können, mit welchen sich - begibt man sich auf eine solche Interpretationsebene - bequem das Gegenteil "beweisen" ließe. Vor allem hat jedoch der von K. Blank zitierte Satz aus dem Gesetzbuch der Arbeit, hat die Struktur dieses Satzes sehr wohl ihren Sinn. Denn sie bringt zum Ausdruck, daß die "Verbesserung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus" die Entwicklung der Ökonomie zur Voraussetzung hat, also in der Tat von dieser "abgeleitet" ist, wie K. Blank in unberechtigt vorwurfsvoller Weise erklärt. Dieses Ableitungsverhältnis nun in eine Rangfolge umzudeuten, aus der sich die Geringschätzung der Arbeiterinteressen in der DDR ersehen lasse, ist eine grobe Manipulation.[252]

Im übrigen muß K. Blank selbst der DDR in etlichen

---

252) Mit ebensoviel (bzw. -wenig) Berechtigung könnte man aus dem Satz: "Das Gesetzbuch der Arbeit ... fixiert die Rolle der Arbeit zum Nutzen der Gesellschaft und jedes einzelnen" (Präambel der 1966er Fassung, 1. Absatz) herausinterpretieren, in der DDR werde der Nutzen für die Menschen in den Hintergrund gedrängt und der Arbeit eine übertriebene Bedeutung beigemessen.
Blanks Argumentation bezieht ihre Plausibilität, die sie bei den meisten Lesern durchaus haben dürfte, übrigens wiederum aus einer untergründigen Kapitalismus-Assoziation. Der unbestreitbare Satz, wonach erst produziert werden muß, was verbraucht werden kann, fungiert nämlich im Kapitalismus häufig als rhetorisches Abwehrmittel gegenüber Lohnforderungen der Gewerkschaften, anders gesagt, als Rechtfertigungsmittel für die Aufrechterhaltung der ungleichen Einkommensstruktur. Hier verbirgt sich also in der Tat hinter dem ins Feld geführten Ableitungsverhältnis (Arbeit/Verbrauch) eine soziale Rangfolge. Das diesbezügliche berechtigte Mißtrauen der Bevölkerung scheint stark genung, um auch noch bei der Rezeption der sozialistischen Realität durchzuschlagen.

Punkten bescheinigen, daß sie den "Arbeitnehmerinteressen" so reserviert offenbar doch nicht gegenübersteht, beispielsweise bezüglich des Rechts auf Arbeit[253], der Arbeitssicherheit[254], der sozialen Infrastruktur wie etwa des Baus von Betriebskindergärten[255], der Qualifizierungs- und Fortbildungsmöglichkeiten[256] u.a.m.

Solche konkreten Hinweise bleiben indessen sporadisch. Es wird der Eindruck erweckt, die betreffenden sozialpolitischen Fortschritte seien eher zufälliger Natur, oder sie seien taktische Zugeständnisse zwecks besserer Erreichung der "eigentlichen" Ziele des Regimes.[257] Aber diese ominösen "eigentlichen" Ziele bleiben, ebenso wie die konkrete soziale Bedeutung der aktuell sich vollziehenden Umwälzungen, bei K. Blank - einmal mehr - ungenannt. Der Zwang "zur Erfüllung wirtschaftspolitischer Zielsetzungen der SED und Regierung"; der FDGB hat "als Transmissionsriemen der SED primär deren gesellschaftspolitische Vorstellungen in die Arbeitnehmerschaft zu übertragen"; der "Primat des Planes und seiner Ziele"; "die Zielvorstellungen von Staat und Partei" - so lauten die immer wiederkehrenden Leerformeln, in welchen stets nur gesagt wird, daß die SED Ziele hat, nicht aber, welche.[258] Ebenso ist zwar ständig

---

253) Vgl. K. Blank, Beiträge..., S. 71

254) Vgl. ebda., S. 37

255) Vgl. ebda.

256) Vgl. ebda., S. 44

257) So bilden für K. Blank bestimmte sozialpolitische Maßnahmen der DDR der 50er Jahre keineswegs einen Teil und einen Ausdruck des Aufbaus des Sozialismus, sondern vielmehr nur die Lockspeise, um "eine bessere Basis für einen neuen Anlauf zum Aufbau des Sozialismus vorzubereiten" (ebda., S. 37). Konkrete gesellschaftliche Errungenschaften erscheinen so stets als unvermeidliche Opfergaben vor dem Altar des Abstraktums Sozialismus.

258) ebda., S. 25, 28, 32, 50 (alle Herv.heb.: O.C.). Einmal erwähnt K. Blank das Ziel der "Überwindung

(Forts. nächste Seite)

davon die Rede, daß sich in der DDR eine gesellschaftliche Umwälzung vollziehe, jedoch nie davon, welchen Inhalt sie besitzt; so erscheint sie im Grunde als eine gigantische Sinnlosigkeit: da betreibt der FDGB "eine Mobilisierung aller Kräfte im Dienste von Maßnahmen zur radikalen Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse"; da kommt es zu "gewaltsamen Veränderungen des gesellschaftlichen Systems nach vorgegebenen Dogmen und Leitlinien"; da geht es um die "Verwirklichung einer am sowjetischen Grundmodell orientierten Gesellschaftsordnung" (die Kenntnis des "sowjetischen Grundmodells" wird also beim Leser vorausgesetzt); ja, da versucht die DDR sogar "die gesamten Lebensverhältnisse zu kollektivieren".[259]

Wir belegen die Abstraktheit von K. Blanks Gesellschaftsbegriff deshalb so ausführlich, um möglichst wenig Zweifel an der - wenn sie zutrifft, gravierenden - Tatsache zuzulassen, daß Blank seinen Gegenstand, nämlich die Gewerkschaften in der DDR, ohne Berücksichtigung ihres

---

Forts. Anm. 258)

der Unterschiede zwischen geistiger und körperlicher Arbeit", verleiht dieser Forderung dann aber mit der Bemerkung, sie gehöre seit etwa 1847 "zu den Glaubenssätzen der Bewegung" (ebda., S. 96), sogleich das Odium des Belächelnswerten, des Exotischen.

259) ebda., S. 38, 45, 33, 43 (alle Herv.heb.: O.C.). Augenscheinlich hält Blank seine Abstraktionen für das wahrhaft Konkrete: "Die Jahre von 1956 bis 1961 werden von der SED und dem FDGB als die Zeit des 'Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse' umschrieben. Hinter dieser Formulierung verbirgt sich nichts anderes ... als ... die völlige Veränderung der Gesellschaftsordnung und ihrer Strukturen nach dem sowjetischen Grundmodell..." (ebda., S. 39;Herv. heb.: O.C.). - Verbirgt sich nicht vielmehr hinter der Umschreibung :"... nach dem sowjetischen Grundmodell..." nichts anderes als der Tatbestand "sozialistischer Produktionsverhältnisse"?

konkreten gesellschaftlichen Kontextes faßt, damit jedoch grundsätzlich verfehlt. Wo der gesellschaftliche Zusammenhang, worin der FDGB wirkt, auf einige Leerformeln gebracht ist - welche sich dann obendrein noch, wie gezeigt wurde, mit quasi-kapitalistischen Assoziationen aufladen -, da fehlen die elementarsten Voraussetzungen für ein objektives Begreifen des Gegenstandes. K. Blank formuliert in der Einleitung seines Buches sogar selbst den Grundsatz, den seine gesamte Darstellung dann mißachtet: daß man nämlich "bei der Betrachtung und Analyse von Gewerkschaften in jedem Falle von der Gesellschaftsordnung, in der sie wirken, ausgehen muß." 260)

Bei K. Blank tritt das ein, was W.v. Bredow treffend als die Gefahr bei einer gewissen Art des Systemvergleichs bezeichnet hat, nämlich "die Gefahr, den zu untersuchenden Gesellschaften nicht gerecht zu werden, weil man nur das Vergleichbare vergleicht und das Unvergleichbare liegenläßt oder - schlimmer - auch das Unvergleichbare als vergleichbar perzipiert... Systemvergleichs-Forschungen müßten also grundsätzlicher angesetzt werden."[261] Insbesondere perzipiert Blank "das Unvergleichbare als vergleichbar": er spielt die Funktionen einer Gewerkschaft im Sozialismus gegen die Funktionen einer Gewerkschaft im Kapitalismus aus. Die letzteren gelten ihm nicht als die eine Seite des mit-

---

260) ebda., S. 12. Blank beseitigt freilich gleich zu Anfang des Vorworts jeden Zweifel an der Unerschütterlichkeit seiner Position, indem er ostentativ die Gewerkschaftsbewegung der DDR gegen "die freien Gewerkschaften der Bundesrepublik" abgrenzt (ebda., S. 7). Die entscheidenden Kategorien stehen also schon vorab fest. Jedoch: "In diesem Band ... galt es nicht, die Überlegenheit unseres Gesellschaftssystems oder unserer freien und unabhängigen Gewerkschaftsbewegung nachzuweisen..." (ebda., S. 8).

261) W.v. Bredow, Die DDR als Forschungsobjekt, S. 824

einander zu Vergleichenden, sondern selbst als - scheinbar natürlicher - Maßstab in diesem Vergleich. Notwendige Begleiterscheinung dieses "methodologischen Alleinvertretungsanspruchs" - und zugleich seine Voraussetzung - ist die Projektion von Strukturmerkmalen und Erfahrungsmustern der eigenen Gesellschaftsordnung auf die zu betrachtende. W.v.Bredow wäre also noch dahingehend zu ergänzen: die mangelnde Grundsätzlichkeit der kritisierten Systemvergleiche, ihre Oberflächlichkeit, ist selbst wiederum nur die Erscheinungsform ihrer Parteilichkeit.[262]

---

262) Übrigens kann auch noch die Hervorhebung der grundsätzlich verschiedenen Qualität beider Systeme zum Alibi dafür werden, daß man nun erst recht unzulässige Detailvergleiche anstellt. F. Ronneberger meint: Es "verbietet sich,...der Vergleich der Systeme als Ganzes. Sie werden von ihrem je eigenen Selbstverständnis getragen. Hier kann nur gegenübergestellt, aber nicht verglichen werden." (F. Ronneberger, Vergleichbarkeit östlicher und westlicher politischer Systeme, S. 42) Indem hier vergleichender Erkenntnis eine absolute Trennwand errichtet wird, werden die beiden Systeme mystifiziert. In der Tat erklärt denn auch Ronneberger, es gebe keine klar benennbare qualitative Eigenart von politischen Systemen (vgl. ebda., S. 29). Damit muß freilich die Einsicht in die Verschiedenheit der Systeme in ihrer Ganzheit theoretisch und methodologisch folgenlos bleiben. Mehr noch, der unreflektierte Einzelvergleich, vor dem W.v. Bredow warnte, erscheint rehabilitiert: "Der Weg dürfte eher vom Detailvergleich zum Globalvergleich führen..." (F. Ronneberger, Vergleichbarkeit..., S.30). Das Wort "unvergleichbar" stiftet leicht Verwirrung. Das kapitalistische und das sozialistische System sind zwar "unvergleichbar" in dem Sinne, daß jedes von beiden in sich selbst vermittelt und definiert ist, <u>dennoch bleiben aber beide Systeme miteinander vergleichbar</u>. Bereits die Feststellung, sie seien von ganz unvergleichlicher Qualität, beruht auf einem Vergleich. Die "Gegenüberstellung", welche Ronneberger einzig für möglich hält (siehe das erste Zitat in dieser Fußnote), geht notwendig in einen Vergleich über, denn sie wirft übergreifende Fragestellungen und Bewertungskriterien auf. Einen unfreiwilligen, aber sprechenden Beweis erbringt K. Blank. Einerseits schreibt er: "Aufgrund der völlig anderen Rechts-

(Forts. nächste Seite)

Im Gegensatz zu K. Blank bleibt bei K.v. Beyme der Grundsatz, daß der Teil (die Gewerkschaft) nicht unter Mißachtung des Ganzen (der sozialistischen Gesellschaft) analysiert werden kann, keine bloße Beruhigungsformel, sondern wird konkretisiert und damit verbindlich gemacht in der Feststellung: "Die Funktion von Gewerkschaften im Sozialismus wird ... ungerecht beurteilt, wenn man das dualistische Konfliktmodell der Tarifpartnerautonomie im Kapitalismus auf die anderen Verhältnisse sozialistischer Systeme überträgt"; staatliche Lohn- und Arbeitsrichtlinien, fährt v. Beyme fort, sind "im Sozialismus unerläßlich, wenn die Redistributionspolitik und Protektionspolitik des sozialistischen Staates ernst genommen wird..." [263]. V. Beyme mißt die Formen und Rahmenbedingungen sozialistischer Gewerkschaftsaktivität also nicht an den anderen Formen, die sich im Kapitalismus ergeben, sondern am inhaltlichen Anspruch des sozialistischen Systems, nämlich solche Ziele zu realisieren wie soziale Sicherheit, Humanisierung der Arbeitswelt, Gesundheits-, Wohnungsbau- und Umweltpolitik ("Protektion"), soziale Gleichheit und Gleichheit der

---

Forts. Anm. 262

und Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland wird es sicherlich niemals zu vergleichbaren Formen der überbetrieblichen Mitbestimmung kommen, wie sie in der DDR entwickelt worden sind. Hier gibt es weder eine Vergleichs- noch eine Wettbewerbsebene." (K. Blank, Beiträge..., S. 176; Herv.heb.: O.C.) Andererseits muß er an anderer Stelle seines Buches implizit anerkennen, daß sehr wohl auch in dieser Frage der Vergleich und der Wettbewerb virulent sind: "Das Recht zur Gesetzesinitiative der Gewerkschaften (wie es in der DDR existiert, O.C.) ist eine Frage, die auch für die Bundesrepublik interessant ist..." (ebda., S. 79).

263) K.v. Beyme, Ökonomie und Politik im Sozialismus, S. 253

bildungsmäßigen, kulturellen und politischen Chancen ("Redistribution").[264]

Angesichts der am Beispiel von K. Blanks Untersuchung aufgewiesenen methodologischen Fehlorientierung der gängigen bundesdeutschen Beschäftigung mit den Gewerkschaften in der DDR verwundert es nicht, daß auch die hiesige Erörterung des Problemkomplexes "Mitbestimmung/ Mitwirkung" stark davon tangiert wird. Analog zum analytischen Desinteresse gegenüber dem gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang werden die meisten Darstellungen dem Eigenanspruch des FDGB, eine "umfassende Mitbestimmung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft" auszuüben, wie es in der DDR-Verfassung heißt[265], analytisch nicht gerecht. Man heftet den Blick vornehmlich an den einzelnen Betrieb, verfügt aber nicht über die Grundlagen, um aus dem hier Beobachteten die richtigen Schlüsse zu ziehen. Dabei lassen vereinzelt auftauchende Andeutungen über den Status der Gewerkschaften im überbetrieblichen Bereich durchaus klar erahnen, welch großes thematisches und theoretisch-methodologisches Defizit hier besteht. E. Schneider schreibt, daß die "politische Arbeit des FDGB" - gemeint ist vor allem die Tätigkeit der FDGB-Fraktionen in der Volkskammer und den örtlichen Volksvertretungen - "weit über das hinausgeht, was Ge-

---

264) Auch v. Beyme fällt allerdings auf Schritt und Tritt hinter dieses methodologische Prinzip zurück. Wenn er etwa schreibt, den Gewerkschaften im Sozialismus ermangele es "wirklich unabhängiger Kompetenzen" (ebda., S. 252), so steht hier wiederum "das dualistische Konfliktmodell der Tarifpartnerautonomie im Kapitalismus" Pate.

265) Artikel 44, 1 (Herv.heb.: O.C.)

werkschaften in westlichen Demokratien von der Gesellschaft zugestanden wird"[266]. Weiter heißt es: Der FDGB hat "seine Stärke auf dem Gebiet der gesamtwirtschaftlichen Mitbestimmung, die sowohl in der Verfassung als auch im Gesetzbuch der Arbeit abgesichert ist."[267] K. Blank meint: "Das Recht zur Gesetzesinitiative der Gewerkschaften ist eine Frage, die auch für die Bundesrepublik interessant ist."[268] Er erinnert daran, daß der DGB im Jahre 1971 ein ebensolches Recht gefordert hat. Eine Ausweitung desselben auf sämtliche Bereiche der Rechtsordnung, wie es beim FDGB der Fall ist[269], lehnt K. Blank jedoch mit der Feststellung ab: "Diese Ausweitung ist unter den Bedingungen, die in der Bundesrepublik bestehen, kaum realistisch und würde den Rahmen sprengen, den sich die Gewerkschaften selbst gesetzt haben."[270]

Trotz solcher vereinzelter, direkter oder indirekter, Würdigungen des übergreifenden staatliche-gesellschaftlichen Status der DDR-Gewerkschaften wählt man, wie schon gesagt, als eigentlichen Austragungsort der Debatte über Mitwirkung und Mitbestimmung in beiden deutschen Staaten die Betriebs- und Unternehmensebene. Für die

---

266) E. Schneider, Die DDR..., S. 100

267) ebda., S. 102

268) K. Blank, Beiträge..., S. 79

269) "Die Gewerkschaften nehmen nicht nur an der Gestaltung des Arbeitsrechts teil, sondern sie sind beteiligt an der Erarbeitung der gesamten Rechtsordnung, vom Wirtschaftsrecht über das Zivilrecht bis zum Strafrecht." (Verfassung der DDR, Dokumente - Kommentar, Berlin 1969, Bd. II, S. 219; zit. nach K. Blank, Beiträge..., S. 79)

270) ebda., S. 79

erkenntnismäßige Abwendung von der ersteren hin zur letzteren Ebene - wobei unter der Hand die letztere überhaupt zum Inbegriff des Mitbestimmungsproblems erklärt wird - steht exemplarisch der Überleitungssatz bei E. Schneider: "Wenn man einmal diese politische Arbeit des FDGB ... und seine soziale Funktion als Leiter der Sozialversicherung ... einschließlich der Bereitstellung von billigen Urlaubsplätzen, beiseite läßt und den FDGB auf seine Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte hin untersucht, dann ergibt sich folgendes Bild: In jedem Betrieb..."[271] Die Broschüre der F.-Ebert-Stiftung zum Thema motiviert diese analytische Verengung - außer mit dem obligatorischen Verweis auf die führende Rolle der SED - noch mit der Bemerkung: In der DDR "sehen viele Arbeitnehmer in der überbetrieblichen Mitbestimmung des FDGB kaum einen wirklichen Vorteil für sich."[272] Eine Argumentationsweise mit beträchtlichem Bumerangeffekt, betrachtet man die ernüchternden Meinungsumfrageergebnisse zum Stand der Mitbestimmung in der Bundesrepublik[273].

Was nun die Analyse der betrieblichen Mitbestimmungsrechte in der DDR betrifft, so ist deren Dreh- und Angelpunkt das Phänomen der Einzelleitung. Dieses Leitungsprinzip, welches, wie oben beschreiben, wesentlich die persönliche Verantwortlichkeit des sozialistischen

---

271) E. Schneider, Die DDR..., S. 100 (Herv.heb.: O.C.)

272) F.-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Mitwirkung..., S. 54 (Diese Schrift ist übrigens bis auf einige Aktualisierungen identisch mit Teil III des Buches von K. Blank.

273) Im BRD-Bild einer deutlichen Mehrheit von Bundesbürgern wird die betriebliche Mitbestimmung als "nicht besonders charakteristisch" empfunden (vgl. Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1974, S. 95). 66 Prozent der Facharbeiter bemängeln die betriebliche Mitbestimmung. Weitere Ergebnisse ebda.

Leiters gegenüber der Gesamtgesellschaft beinhaltet und sicherstellt (womit sich die DDR-Forscher jedoch nicht auseinandersetzen, nicht zuletzt weil ihr Begriff von der sozialistischen Gesamtgesellschaft allemal schon quasi-kapitalistisch vorgeprägt ist), wird nun zum eigentlichen Auffangbecken für Projektionen aus der Welt der kapitalistischen Unternehmensführung. Die Alleinverantwortlichkeit gerät zur Selbstherrlichkeit, die Weisungsbefugnis zur Herr-im-Haus-Willkür. Die Belegschaft scheint einem "mit fast absoluten Befugnissen" ausgestatteten Leiter ausgeliefert, einem Leiter mit "fast unangreifbar starke(r) Stellung"[274]. Daß die Befugnisse des sozialistischen Leiters mit klar fixierten Pflichten gekoppelt sind, geht dabei meist völlig unter[274a]. Ein konkretes Beispiel: Nachdem K. Blank das Prinzip der Einzelleitung in die Nähe der Despotie gerückt hat[275], fährt er fort: "Das Gesetz-

---

274) K. Blank, Beiträge..., S. 81 (Herv.heb.: O.C.)

274a) Zu den seltenen Ausnahmen gehören Feststellungen wie die folgenden: "die Arbeit des Betriebsleiters wird durch die verschiedenen Institutionen und Formen der Mitwirkung qualitativ und quantitativ stark geprägt." Viele gesetzliche Regelungen zeugen von der "Absicht, allzu mächtig werdende Wirtschaftsfunktionäre einer breiten Kontrolle ... zu unterwerfen." (D. Voigt/F. Grätz, DDR: Mitbestimmung oder Mitwirkung..., S. 605)

275) Vgl. ebda., S. 82. Blank zitiert Lenin, wonach die Großindustrie die "strengste Einheit des Willens" und damit auch "die Unterordnung des Willens von Tausenden unter den Willen eines einzelnen" nötig mache. Dabei läßt er unter den Tisch fallen, was Lenin in derselben Schrift, ein paar Seiten weiter, schreibt: "Je entschlossener wir jetzt für ... die Diktatur einzelner Personen für bestimmte Arbeitsprozesse, in bestimmten Momenten rein exekutiver Funktionen eintreten müssen, desto mannigfaltiger müssen die Formen und Methoden der Kontrolle von unten sein, um jede kleinste Möglichkeit, die Sowjetmacht zu entstellen, zu paralysieren, um das Unkraut des Bürokratismus immer wieder und unermüdlich auszureißen." W.I. Lenin, Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, in: Werke, Bd. 27, S. 266)

buch der Arbeit führt dann in den Paragraphen 9 und 10 einen ganzen Katalog von besonderen Pflichten des Betriebsleiters auf. Sie reichen von der Sicherstellung der Arbeitsdisziplin bis hin zur letzten Entscheidung über die Arbeitsnormen."[276] Ein Hinweis auf das Recht des Betriebsleiters, Aufgaben und Weisungsberechtigung an leitende Mitarbeiter weiterzudelegieren, schließt dann auch schon diese Charakterisierung der Pflichten des Leiters ab.

Nun erhält aber der von Blank erwähnte Paragraph 9 noch ganz andere Pflichten des Leiters als nur die zur Gewährleistung der Arbeitsdisziplin. Er hat - und diese Bestimmung ist noch vor die Einzelaufzählung gestellt - "das Betriebskollektiv so zu leiten, daß die Werktätigen ihre Aufgaben mit höchstem ökonomischen Nutzeffekt lösen und sich zu sozialistischen Persönlichkeiten mit hohem Bildungs- und Kulturniveau entwickeln können. Der Betriebsleiter hat mit der Betriebsgewerkschaftsorganisation und ihrer Leitung eng zusammenzuarbeiten und über seine Tätigkeit zu berichten."[277] Zu seinen weiteren ausdrücklichen Pflichten, die Blank allesamt unerwähnt läßt, gehört es, "die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, insbesondere des Gesundheits- und Arbeitsschutzes sowie der kulturellen und sozialen Betreuung der Werktätigen" und "die planmäßige Entwicklung der Berufsausbildung sowie die Aus- und Weiterbildung der Werktätigen" zu sichern; festgehalten ist auch, daß er "die Ausbildung der Frauen und Mädchen

---

276) K. Blank, Beiträge..., S. 82

277) Gesetzbuch der Arbeit, Fassung vom 23.11.1966, § 9, 1 (zit. nach Dokumentenanhang bei H. Felgentreu, Sozialistische Demokratie, Mitbestimmung, Gewerkschaften, Berlin 1970, S. 195f.) (Herv.heb.: O.C.)

für technische Berufe und leitende Funktionen zu fördern" hat.[278] Indem man diese Bestimmungen des Gesetzbuches der Arbeit, die dem Handeln des Leiters im sozialistischen Betrieb von vornherein einen klaren sozialpolitischen Rahmen abstecken[279], eskamotiert und nur das abstrakt genommene und damit perhorreszierte Einzelleitungsprinzip stehen läßt, ist es freilich ein leichtes, den Eindruck zu erwecken, die Gewerkschaften der DDR stünden mit ihren Mitwirkungsrechten gänzlich auf verlorenem Posten. Noch vor der Untersuchung dieser Rechte im einzelnen steht dieser Befund fest: weil ja, wie K. Blank erklärt, "das Prinzip der Einzelleitung wirkliche Mitbestimmung ausschließen muß."[280]

Diese Argumentation tritt mitunter auch in einer gewissermaßen abgekürzten Form auf, indem man den in der DDR üblichen Terminus "Mitwirkung" unmittelbar als Beweis dafür nimmt, daß es sich hierbei eben um keine "wirkliche Mitbestimmung" handele. In diesem Sinne heißt es dann etwa, im Paragraph 12 des (alten) Gesetzbuchs der Arbeit werde "in keinem einzigen Falle von 'Mitbestimmung' gesprochen..., sondern nur von 'Mitwirkung'."[281] Oder: Man spreche "in der DDR bezeich-

---

278) ebda., (zit. ebda., S. 196)

279) Siehe in der neuen Fassung des Arbeitsgesetzbuchs der DDR vom 16. Juni 1977 dazu vor allem die §§ 18-37. § 18 dieser Neufassung geht über den alten § 9 insofern hinaus, als er ausdrücklich fixiert: "Der Betriebsleiter hat ... zu gewährleisten, daß die Werktätigen aktiv an der Leitung und Planung mitwirken können und die Gewerkschaften ihr Mitbestimmungsrecht im Betrieb voll wahrnehmen kann." (Bundesvorstand des FDGB/Staatssekretariat für Arbeit und Löhne (Hrsg.), Arbeitsgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1977, S. 13)

280) K. Blank, Beiträge..., S. 97. Genauso D. Voigt/ F. Grätz, DDR: Mitbestimmung oder Mitwirkung..., S.605

281) ebda., S. 87 (Herv.heb.: O.C.)

nenderweise mehr von Mitwirkung als von Mitbestimmung der Belegschaften."[282] Hier wird nur noch auf den Klang, den das Wort "Mitwirkung" in "BRD-Ohren" hat, gebaut. Im übrigen überrascht die Selbstverständlichkeit, mit der man in diesem Falle davon ausgeht, daß die DDR, der man sonst jedes Maß an "verschleiernder und manipulierter" offizieller Selbstdarstellung zutraut[283], sich im Gesetzbuch der Arbeit aus freien Stücken eine angeblich so bezeichnende begriffliche Blöße geben würde.

Wie man einerseits über die tendenziöse Auslegung des Einzelleitungsprinzips zu einem Bild vom DDR-Betrieb gelangt, wo die Gewerkschaften keine Chance zur realen Durchsetzung ihrer Rechte und Interessen haben[284], so läßt man andererseits über eine betont wohlwollende Interpretation der Machtposition des kapitalistischen

---

282) ebda., S. 49 (Herv.heb.: O.C.)

283) K. Sontheimer/W. Bleek, Die DDR..., S. 20

284) Wo das Gesetzbuch der Arbeit aber explizit die Gültigkeit einer Maßnahme von der vorherigen Zustimmung der BGL abhängig macht, weicht man auf andere Argumente aus. Das volle Einspruchsrecht der BGL bei Kündigungen und fristlosen Entlassungen etwa wird bagatellisiert mit dem Hinweis, es werde meist durch die Praxis der (einvernehmlichen) Aufhebungsverträge "umgangen" (Mitwirkung und Mitbestimmung..., S. 35 bzw. 41); dabei erklären die Verfasser einige Seiten zuvor selbst, es sei "für den Arbeitnehmer in jedem Falle das beste, ein Arbeitsverhältnis mit einem Aufhebungsvertrag zu beenden, der die gegenseitige Übereinstimmung bestätigt" (ebda., S. 30). Zum Betriebskollektivvertrag, der ebenfalls die Zustimmung der Gewerkschaft als der einen vertragsschließenden Seite erfordert, bemüht K. Blank wiederum die Beobachtung, "daß auch hier ... die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen an letzter Stelle genannt" würde (K. Blank, Beiträge..., S. 90).

Spitzenmanagers die bundesdeutsche Mitbestimmung in umso hellerem Licht erscheinen. "Eine solch starke Position innerhalb des Betriebes" wie der sozialistische Betriebsleiter, meint K. Blank "hat ein Vorstandsmitglied oder ein Direktor in einer Kapitalgesellschaft der BRD nicht."[285] Diesem Urteil liegt freilich keine Untersuchung der übergreifenden ökonomischen Stellung des Kapitals und der realen Anbindung des Managements an dessen Maximen zugrunde; hat man den DDR-Betriebsleiter zur Personifikation rücksichtsloser Produktionssteigerung gemacht, so erhält die Kapitalbesitzerseite in der Bundesrepublik umgekehrt die Qualitätsmerkmale eines "Sozialpartners"[286] zugeschrieben. Unter solchen Prämissen wiegen dann die mannigfachen Defizite im Mitbestimmungsrecht der bundesdeutschen Gewerkschaften, die man selber auf Schritt und Tritt einräumen muß, nicht sonderlich schwer. So genügt K. Blank die Tatsache, daß der Betriebsrat in Kündigungsfällen lediglich "zu hören" ist, allemal noch, um hier von "Mitbe-

---

285) ebda., S. 82

286) Vgl. ebda., S. 79, 88; Mitwirkung und Mitbestimmung..., S. 48 ("Die Unternehmenspolitik hat sich ... vom Prinzip der Gewinnmaximierung zum Prinzip sozialer Bestgestaltung hin verändert.") Anders hat sich da der BASF-Direktor Dr. jur. H.-A. Bischoff geäußert: "Der Mensch steht keineswegs etwa - wie Neoromantiker der Sozialpolitik das so gern sähen - im Mittelpunkt des Betriebes. Dort steht etwas ganz anderes. Dort steht die Produktion... Der Betrieb braucht die Menschen nicht als Menschen, ... sondern als Funktion ..." (zit. nach J. Räuschel, Die BASF. Zur Anatomie eines multinationalen Konzerns, Köln 1975). Exakt solche Grundsätze unterstellt die DDR-Forschung der sozialistischen Produktionswelt.

stimmungsrechten" zu sprechen.[287] Die schwache Position der Belegschaftsseite bei wirtschaftlichen Angelegenheiten des Betriebs[288], also bei ausgesprochenen Existenzfragen, wird folgendermaßen umschrieben: "In wirtschaftlichen Angelegenheiten des Betriebes haben die Arbeitnehmer ... ein Informationsrecht ... Überdies besteht ein Mitbestimmungsrecht bei Betriebsänderungen und Betriebsschließungen (§ 111 BVG), wobei der Betriebsrat ... gegebenenfalls einen Sozialplan ... durchsetzen kann.' kann." [289] Und während man im DDR-Arbeitsrecht "viele Gesetzeslücken" aufdeckt, "die den Arbeitnehmern den Beschlüssen und Verfügungen der Betriebsleitungen ausliefern"[290], beruhigt man sich im Falle der Bundesrepublik mit der Feststellung, daß hier "die Arbeitnehmerseite mehr oder weniger mitbestimmt."[291]

---

287) Mitwirkung und Mitbestimmung..., S. 20 ("gewisse Mitbestimmungsrechte"); S. 41 ("modifizierte Mitbestimmungsrechte").

288) Vgl. ebda., S. 37f. Schon 1970 stellte eine offizielle Sachverständigenkommission klar: "Die Mitbestimmung ist nach Auffassung der Kommission kein Problem der Kapitalkontrolle oder der Machtkontrolle, sondern ausschließlich ein Problem der inneren Gestaltung des Unternehmens..." (Mitbestimmung im Unternehmen. Bericht der Sachverständigenkommission zur Auswertung der bisherigen Erfahrungen bei der Mitbestimmung, Bochum, Jan. 1970. In: Bundestags-Drucksachen, Bonn 1970, Nr. 76, 13.2.1970, S.8).

189) Mitwirkung und Mitbestimmung..., S. 41. Hier hätte das Verdikt von der Mitbestimmung, die sich allenfalls "auf das 'Wie?', in keinem Fall aber auf das 'WAS?'" erstreckt, Berechtigung gehabt; indes es bleibt für die DDR reserviert (ebda., S.17).

290) ebda., S. 29

291) K. Blank, Beiträge..., S. 76 (Herv.heb.: O.C.)

Nicht alle Sozialismusforscher teilen diesen Optimismus bezüglich der eigenen Gesellschaft, und nicht alle speisen daher auch ihre Kritik der DDR-Mitwirkung zusätzlich aus einer Idealisierung und Überhöhung der BRD-Mitbestimmung. Der Kern bleibt jedoch derselbe: die stillschweigende Voraus-Setzung antagonistischer Verhältnisse, wodurch dann die Interessenvertretungsformen der Gewerkschaften teils als pervertiert und komplizenhaft (Produktionsförderung!), teils als jeder Durchsetzungschance beraubt (Einzelleitung!) erscheinen. Statt nach der konkreten Funktion der Politik der Produktionsförderung wie der Einzelleitung zu fragen, nimmt man unzulässigerweise deren Vorhandensein an sich als Beleg für einen Antagonismus: der Kreis schließt sich.[292] Auch die Forderung nach "traditionell gewerkschaftlichen Mittel(n)" der Auseinandersetzung wie dem "Recht zum Streik"[293] basiert auf der Annahme, die sozialistischen Gewerkschaften fänden eben noch "traditionelle", d.h. antagonistische Verhältnisse vor. Bedarf es , so müssen Conert und Eichwede sich fragen lassen, zur "Einhaltung der Arbeitsgesetze" und zur "Verbesserung der Arbeitsbedingungen" tatsächlich "kollektive(r) Protest- oder Kampfformen"[294], wenn es ein - in der Praxis funktionierendes - Recht der

---

292) "Der Kampf um Arbeitsproduktivität und Effizienz präformiert gewerkschaftliche Politik. Die ihr eingeräumten Rechte haben produktive Funktion und sollen als Schubkraft wirken, eine Einbindung und Amputierung..." (H. Conert/W. Eichwede, Produktionsverhältnis und Arbeiterklasse in der UdSSR, S. 122). Diese Amputierung, heißt es weiter, werde noch "abgerundet" durch die "Ein-Mann-Leitung" (ebda.)

293) ebda., S. 123

294) ebda., S. 122 (Herv.heb.: O.C.)

Betriebsgewerkschaftsleitung gibt, die Absetzung oder Bestrafung pflichtvergessener Leiter zu verlangen[295], wenn die gewerkschaftlichen Arbeitsschutzbeauftragten weitreichende Kompetenzen besitzen[296], wenn in Konfliktfällen die Arbeiter in dem Netz von Mitwirkungsorganen und -bestimmungen tatsächlich "einen relativ wirksamen Schutz" besitzen, wie Conert/Eichwede selbst einräumen?[297]

---

295) Vgl. Gesetzbuch der Arbeit, Fassung von 1977, § 24, 4. Parallel dazu: Grundordnung über die Rechte des Fabrik-, Betriebs- und Ortskomitees der Gewerkschaft vom 27. September 1971, § 7, 2. Abs. (Übers. und abgedr. in: G. Meyer (Hrsg.), Das politische und gesellschaftliche System der UdSSR. Ein Quellenband, Köln 1976, S. 180ff., hier S. 182). Vgl. auch oben, Anm. 196

296) Vgl. Gesetzbuch der Arbeit, 1977, § 201, 2. Parallel dazu: Grundordnung über die Rechte..., a.a.O., § 13)G. Meyer (Hrsg.), a.a.O., S. 185).

297) H. Conert/W. Eichwede, Produktionsverhältnis und Arbeiterklasse..., S. 121f. Vgl. das Urteil von Voigt/Grätz über die Konfliktkommissionen: "In der Praxis sind diese Kommissionen in vielen Fällen wirkliche Interessenvertreter der Beschäftigten, wenn durch Willkür oder Unfähigkeit von Wirtschaftsfunktionären arbeitsrechtliche Bestimmungen, zum Beispiel auf dem Lohnsektor, falsch oder einseitig ausgelegt werden." (DDR: Mitbestimmung oder Mitwirkung..., S. 598) Daß Streikkämpfe überflüssig werden, wenn die Mitbestimmungsrechte weit genug ausgebaut sind - diesem Gedankengang öffnen sich bürgerliche Denker zwar nicht, wenn es um den Sozialismus, doch bereitwillig (und vorschnell), wenn es um den Kapitalismus geht. So schreibt die FAZ, "daß der Ausfall an Arbeitsstunden durch Streiks in den beiden Ländern mit der am weitesten entwickelten Mitbestimmung (gemeint sind die BRD und Schweden, O.C.) minimal ist." Weiter heißt es in diesem Artikel: "Auch die große Rolle der Arbeitsgerichte bei der Lösung von Einzelkonflikten ... helfe wahrscheinlich viele Streiks vermeiden." (FAZ v. 22.11.1976) Angesichts der Tatsache, daß in den sozialistischen Ländern der Schutz vor Entlassungen sehr stark entwickelt ist, verdienen auch folgende Ausführungen über das Streikrecht in E. Steins "Lehrbuch des Staatsrechts"

(Forts. nächste Seite)

5. Immanenzgebot und Gesellschaftsauffassung

K. Blank nennt einmal die Tatsache, daß die sozialistischen Gewerkschaften sowohl die offizielle Politik mittragen als auch Interessenschutzorgane der Werktätigen sind, einen "merkwürdige(n) Zustand"[298]. In dieser Bemerkung erscheint die Erkenntnishaltung der DDR-Forschung nicht nur gegenüber dem Gegenstand FDGB, sondern bezüglich der politischen Ordnung der DDR insgesamt auf einen Nenner gebracht. Diese Ordnung wird nicht an den Maßstäben gemessen, die sich aus ihren eigenen objektiven Voraussetzungen ergeben, sondern an denen einer anderen, nämlich der kapitalistischen Ordnung. Auf diese Weise kann der Gegenstand in der Tat überhaupt nicht als in sich schlüssig, gesetzmäßig und sinnvoll erscheinen, sondern muß er ein "merkwürdiger Zustand" bleiben. In praktisch allen Fragen des politischen Systems der DDR, die hier zur Sprache kamen, fiel an den bürgerlichen Bewältigungsversuchen diese Für-paradox-Erklärung des Gegenstands auf, die freilich

---

Forts. Anm. 297

Aufmerksamkeit: Das Streikrecht "ist jedenfalls solange zu bejahen, wie unsere Rechtsordnung den Gewerkschaften keine andere und ebenso wirksame Möglichkeit zur Verfügung stellt, um ihrem Standpunkt Nachdruck zu verleihen. Dabei ist zu beachten, daß ... das Streikrecht dem Entlassungsrecht des Arbeitgebers... entspricht. In seiner Hand sind die Beziehungen zu den Arbeitnehmern bereits gebündelt. Die Auflösung eines einzelnen Arbeitsverhältnisses trifft ihn daher unverhältnismäßig weniger als den Arbeitnehmer. Hierauf ist der Streik die historische Antwort. Erst durch ihn wird der Arbeitgeber ähnlich schwer getroffen wie ein Arbeitnehmer durch seine Entlassung...". Zur Frage der Entlassungen in der DDR vgl. oben, Anm. 284; der "Spiegel" (Nr. 10/1976) schrieb: "Sowjetische Manager habe es schwer, bei Fabrikarbeitern Disziplin durchzusetzen, denn es ist beinahe unmöglich, jemanden zu entlassen...".

298) K. Blank, Beiträge..., S. 58

gerade keine Erklärung im wissenschaftlichen Sinne ist, sondern Symptom dafür, daß das Rätsel des Gegenstands nicht aufgelöst ist - im Grunde genommen also theoretische Bankrott-Erklärung. (Zur Erinnerung: Solches Stehenbleiben bei der vermeintlichen Merkwürdigkeit des Gegenstandes fanden wir bezüglich der Rolle der Partei in der sozialistischen Gesellschaft, indem sie sich ständig "gegen" ihren Begriff (wie man ihn unterstellt) verhielt; ferner bezüglich des demokratischen Zentralismus, indem unerklärlicherweise radikaldemokratische und zentralistische Prinzipien nicht nur nicht kollidierten, wie in der bundesrepublikanischen Demokratie, sondern einander bekräftigten; schließlich bezüglich der Gewerkschaften im Sozialismus und ihrer "merkwürdigen" Doppelfunktion[299]).

Der durchgängige Mangel an Immanenz der Untersuchung steht in einem, auf den ersten Blick ebenfalls merkwürdigen, Widerspruch zu den häufigen Beteuerungen der DDR-Forscher, man wisse um die grundsätzliche Andersartigkeit des sozialistischen Systems, man wolle daher eine ständige "Bemühung des Verstehens"[300] walten lassen und "dieses politische System zumindest versuchsweise

---

299) Eine eigentümliche Unschlüssigkeit des Urteils spricht auch aus solchen Äußerungen von Sontheimer/Bleek: "Die Massenorganisationen der DDR können ... nicht bloß als Herrschaftsinstrumente der SED verstanden werden, wie es den älteren Totalitarismusvorstellungen geläufig war. Sie sind zugleich auch Interessenorganisationen ihrer Mitglieder." (K. Sontheimer/W. Bleek, Die DDR..., S. 158; Herv.heb.: O.C.) Oder: "Produktionssteigerung ist zwar nach wie vor eines der Hauptziele der Gewerkschaften, doch werden die Werktätigen dabei nicht mehr als Objekte behandelt, sondern als Subjekte in den Produktionsprozeß miteinbezogen." (ebda., S. 159; Herv.heb.: O.C.) Auch die Darstellung von D.Voigt/F.Grätz (DDR: Mitbestimmung oder Mitwirkung...) ist durchzogen von diesem Einerseits - Andererseits (vgl. S. 592, 598, 603, 604, 605).

300) H. Rausch/T. Stammen, DDR..., S. 173

als politische Kultur eigenen Maßstabs ... nehmen."[301] Dieser Widerspruch wird erklärlich - und zwar ohne die Unterstellung subjektiver Unredlichkeit der betreffenden DDR-Forscher -, wenn man sich vor Augen hält, welche Kategorien der bürgerlichen DDR-Forschung zur Verfügung stehen, um jene objektive Andersartigkeit der sozialistischen Gesellschaft zu begreifen. Hier können wir auf die Ergebnisse unserer Überlegungen zur Industriegesellschaftslehre und Totalitarismustheorie zurückgreifen: die Andersartigkeit der sozialistischen Gesellschaft erscheint diesen Denkkonzepten allemal als eine nur politische, ideologische, d.h. letztlich: subjektiv verschuldete. Daraus aber folgt ein weiteres: die spezifischen sachlichen und werthaften Maßstäbe, an denen die sozialistische Gesellschaft zu messen wäre, bleiben ihrerseits rein subjektiv und damit unverbindlich. Denn wenn es - wie die bürgerliche Forschung erklärt - den qualitativen Unterschied zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen System ausmacht, daß sie "von ihrem je eigenen Selbstverständnis getragen" werden[302], dann gibt es keine objektiv begründeten Beurteilungskriterien, sondern die Frage wird zu einer Frage der willkürlichen Entscheidung, ob man sich lieber dem einen "Selbstverständnis" oder dem anderen anschließt. Vor diese Entscheidung gestellt, zögert die bundesdeutsche DDR-Forschung nicht erst lange. Wer wollte von ihr auch erwarten, das "SED-Selbstverständnis" zu übernehmen? Und so kommt es dann zu einer starren Gegenüberstellung: Auf der einen Seite wird man nicht müde zu sagen, die DDR-Gewerkschaften hätten sich "von ehemals freien Gewerkschaften nach unseren Wertvorstellungen in Gewerk-

---

301) H. Rudolph, Die Gesellschaft der DDR.., S. 32

302) F. Ronneberger (siehe oben, Anm. 262)

schaften eines anderen Typs verwandelt, den sie selbst als 'sozialistisch' bezeichnen"[303], es gebe in der DDR keine "'Mitbestimmung' in unserem Sinne" , keine - "im westlichen Sinne demokratische ... - Legitimation der Beschlüsse"[304], usw. - auf der anderen Seite konzediert man ebenso bereitwillig, gewiß entspreche die neue Aufgabenstellung des FDGB "der inneren Logik des Systems", sofern man von dem im DDR-"Selbstverständnis" formulierten Satz ausgehe, wonach es in der DDR-Gesellschaft keine antagonistischen Interessen mehr gebe[305]; gewiß sei die Führungsrolle der sozialistischen Partei eine Notwendigkeit, sofern man von dem deterministischen Selbstverständnis des Marxismus-Leninismus, von seinem Sozialismusbegriff ausgehe[306]; gewiß sei ein Streikrecht "überflüssig", sofern man wie das DDR-Selbstverständnis unterstelle, daß "die Betriebe Eigentum des Volkes" seien[307], usw.

Doch die Frage nach der Wahrheit oder Falschheit des DDR-Selbstverständnisses läßt man nur scheinbar dahingestellt: im günstigsten Falle wird es als frommer Wunsch von DDR-Ideologen gewertet. Worauf stützt sich

---

303) K. Blank, Beiträge..., S. 13 (Herv.heb.: O.C.)

304) I. Hanke, Sozialistische Demokratie..., S. 34, 29 (Herv.heb.: O.C.)

305) K. Blank, Beiträge..., S. 230; ebenso F.-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Mit wirkung und Mitbestimmung..., S. 12; vgl. D. Voigt/F. Grätz: "...Dieses Aufgabenverständnis ist allerdings folgerichtig, wenn man von der Annahme eines 'Volkseigentums' an den Produktionsmitteln ... ausgeht." (DDR: Mitbestimmung oder Mitwirkung..., S. 594)

306) Vgl. I. Hanke, Sozialistische Demokratie..., S. 29; P.C. Ludz: "...Aus dieser Sicht ist es nur konsequent, zu behaupten, daß der Intelligenz in der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung nicht die führende Rolle zukommen kann" (Experten und kritische Intelligenz in der DDR, S. 173f.).

307) E. Schneider, Die DDR..., S. 99

dieses Urteil aber? Es muß sich ja auf einen Vergleich mit der objektiven Realität berufen können, auf eine Analyse der DDR-Gesellschaft also. - Was nun dies betrifft, so stießen wir auf folgende Sachverhalte: Die DDR-Forschung verfügt über keinen geschlossenen und schlüssigen Begriff von der DDR-Gesellschaft; insbesondere vermag sie nicht klar deren herrschendes Subjekt zu benennen. Sie stellt der These von der Herrschaft der Arbeiterklasse nicht nur keine überzeugende Alternative entgegen, sondern liefert auch selbst zahlreiche implizite (Teil-)Bestätigungen jener These, so daß man sagen muß: Die Beweislast liegt bei denjenigen, die die These von der Herrschaft der Arbeiterklasse bestreiten, nicht bei ihren Befürwortern.

Gleichwohl, die DDR-Forschung stellt es als erwiesen hin, daß das Herrschaftssystem der DDR einen, wie immer gearteten, Interessen-Antagonismus zur Masse der Werktätigen konstituiere; jede Teiluntersuchung (wie etwa über die Gewerkschaften in der DDR), welche diese Leitvorstellung reproduziert und als Interpretationsvoraussetzung handhabt, verweist gewissermaßen nach anderswo, wo sie bewiesen worden sei; nur stellt sich heraus, daß es dieses "anderswo" überhaupt nicht gibt. Die DDR-Forschung bewegt sich hier in einem einzigen großen Verweisungs-Zirkel. In ihm können sich die Stereotype unerkannt reproduzieren.[308] Es spricht übrigens alles dafür, daß es sich auch bei dem - quer durch sämtliche Strömungen der Sozialismusforschung sich ziehenden - Topos der "Bürokratie" bzw. "Bürokratie-Herrschaft", mit welchem man eine Quasi-Klassenherrschaft, einen

---

308) Zur Rolle und Bedeutung von sozialpsychologischen Stereotypen vgl. F.D. Ryshenko/ O. Reinhold (Gesamtred.), Der gegenwärtige Antikommunismus - Politik und Ideologie, Berlin 1974, S. 421ff.

Quasi-Antagonismus zu fassen meint, um ein ebensolches Stereotyp handelt.[309]

Die Unterstellung einer antagonistischen Grundstruktur des Systems ist es nun gerade, die die fremden, typisch "westlichen" Urteilsmaßstäbe anwendbar erscheinen läßt: Wo aus dem sozialistischen Staat eine Art von Gesamtkapitalist wird, welcher sich über die Bevölkerung aufschwingt, da ist es legitim, nach der Freiheit und Unabhängigkeit der Gewerkschaft in diesem Staat zu fragen und ihr eine "Antreiberfunktion" und "Unternehmermoral" vorzuwerfen; wo die DDR als Gesellschaft mit grundsätzlichen Interessengegensätzen erscheint, da ist es legitim, das Fehlen "jede(r) echte(n) Opposition" 310) zum Kardinalpunkt der Beurteilung ihres politischen Systems zu machen. Das heißt also: die für die DDR-Forschung so typische Anwendung äußerlicher, "westlicher" Bewertungsmaßstäbe ist ihrerseits bezogen auf eine bestimmte Art der Analyse des Gegenstandes, auf ein bestimmtes theoretisches Bild desselben. Die Analyse scheint die Bewertungsweise sachlich zu legitimieren. Daraus folgt, daß die Kritik der DDR-Forschung zuvörderst eine Kritik ihrer analytischen Grundlagen sein muß; die Frage der Beurteilungsmaßstäbe leitet sich dann hieraus ab.

Was die analytischen Grundlagen betrifft, so haben wir im Verlauf der Arbeit festgestellt, daß sich der DDR-Forschung die Spezifik der sozialistischen Gesellschaft nur als eine im abgehoben-Politischen bzw. Ideologischen ruhende, letztlich von subjektiver Willkür verursachter Qualität darstellt. Zur entscheidenden Determinante

---

309) Siehe unseren Exkurs S. 664ff.

310) K. Sontheimer/W. Bleek, Die DDR..., S. 75

wird, wie bereits gesagt, das politisch-ideologische Selbstverständnis der führenden Gruppe. Es ist dies auch der wesentliche theoretische Grund, weshalb die DDR-Forschung zu keiner fundierten und systematischen Kritik der Selbstdarstellung der sozialistischen Gesellschaft vorstoßen kann: denn die Kategorien der dazu erforderlichen eigenständigen Gesellschaftsanalyse fallen selbst stets wieder auf jene Selbstdarstellung, jenes Selbstverständnis zurück. (Im Extrem zeigt sich das bei E. Schneider: Das einzige Kapitel seines Buches, in dem von der Gesellschaft der DDR als ganzem gehandelt wird, besteht wesentlich aus einer Wiedergabe des "Selbstverständnis(ses) der DDR-Gesellschaft"[311]; "Ideologie und Gesellschaft" - so bezeichnenderweise die Kapitelüberschrift[312] - verschwimmen ineinander, Gesellschaft besteht wesentlich aus "Selbstverständnis"; ohne daß Schneider in irgendeiner Weise die Selbstinterpretation der DDR teilen würde, kann er daher auf die Frage: "Welche Merkmale charakterisieren die entwickelte sozialistische Gesellschaft?"[313] mit einer fast zwei Seiten langen, kommentarlosen Wiedergabe der sechs nach offizieller Lehre der DDR wesentlichen Kriterien der entwickelten sozialistischen Gesellschaft antworten[314].)

Liegt in dieser idealistischen Ausrichtung des analytischen Rahmens zum einen also die Unmöglichkeit begründet, der Selbstinterpretation der DDR-Gesellschaft eine geschlossene Alternativdeutung entgegenzusetzen, so schafft sie zum anderen jedoch die Möglichkeit, schon in die Analyse selbst ungehindert die Maßstäbe des eigenen, "pluralistischen" Selbstverständnisses einfließen zu lassen; denn das zum Kernpunkt des Gegenstandes erklär-

---

311) E. Schneider, Die DDR..., S. 102

312) ebda.

313) ebda., S. 103

314) Vgl. ebda., S. 103ff.

te sozialistische "Selbstverständnis" kann, innerhalb des selbstgesteckten Denkrahmens, selbst nur wieder in Begriffen des ihm entgegengesetzten, "pluralistischen" Selbstverständnisses gefaßt werden, nämlich als dessen Gegenbild. Z.B. stellt sich so die Ordnung der DDR als "monistisch", d.h. eben als die Negation unserer "pluralistischen" Ordnung dar; ferner als "gelenkt", d.h. als Negation unserer "spontanen" Gesellschaft; als "kollektivistisch", d.h. als Negation unserer auf dem Grundwert des "Individuums" basierenden Ordnung; usw. Mithin ist die in der DDR-Forschung gang und gäbe Übertragung "westlicher" Denk- und Beurteilungsmaßstäbe auf den fremden Gegenstand nicht einfach subjektiver Mutwille der betreffenden Forscher, sondern wird von deren tendenziell idealistischer, von den materiellen Grundlagen wegführenden Gesellschaftsauffassung zumindest mitausgelöst. Oder anders gesagt: Der Mangel an Immanenz der Forschung ist nicht zu trennen vom Mangel an materialistischer Theoriegrundlage.

Man löst daher das Problem der Immanenz der Untersuchung auch nicht dadurch, daß man dieser eine irgendwie zu bemessende höhere Dosis an DDR-Eigeninterpretation beigibt, wie häufig vorgeschlagen wird. (So schreiben K. Sontheimer und W. Bleek, einerseits käme man nicht umhin, die zu untersuchenden Verhältnisse "immer wieder mit den Kategorien eines anderen politischen Verständnisses zu interpretieren", andererseits dürfe aber in der Darstellung auch "die Interpretation, die das Regime selbst gibt, ... nicht fehlen"[315]. P.C. Ludz will die DDR-Gesellschaft "nicht nur ... als ein sich in ... empirischen Daten ausdrückendes Bündel von sozioökonomischen gesellschaftlichen Subsystemen" begreifen, "sondern stets auch als 'Gesellschaft', wie sie normativ -

315) K. Sontheimer/W. Bleek, Die DDR..., S. 20

und zwar in der DDR - konzipiert wird. Die sich wandelnde Selbstinterpretation ist ein konstitutives Element der sozialen Wirklichkeit."[316] F. Vilmar, um ein letztes Beispiel für den verbreiteten Methoden-Dualismus der DDR-Forschung zu nennen, schlägt vor, die Darstellung der DDR aus der Sicht eines offiziösen DDR-Experten zu kombinieren mit der Interpretation eines Systemkritikers, und beides zusammen wiederum sowohl von einem konservativen Wissenschaftler als auch einen "sozialkritischen" Fachmann aus der Bundesrepublik interpretieren zu lassen; Vilmar verspricht sich von diesem "Standortpluralismus" eine "einigermaßen ausgewogene" Gesamtdarstellung.[317] Aus theoretisch unverträglichen Interpretationsalternativen kann keine schlüssige Gesamtdarstellung entstehen; der Forderung nach Immanenz, d.h. nach Angemessenheit der Kategorien an den Gegenstand, ist auf der Basis einer idealistischen Gesellschaftsdeutung nicht gerecht zu werden, eben weil diese den sozialistischen Überbau und das sozialistische Selbstverständnis nicht auf die materielle Basis dieser Gesellschaft zurückzuführen und an dieser Basis zu messen und zu beurteilen imstande ist, sondern sie stattdessen notgedrungen auf das "westliche" Selbstverständnis zurückführt, an ihm mißt und beurteilt.

Die, wenn auch vielleicht gutgemeinten, Versuche, den eigenen Ansatz und die DDR-Selbstinterpretation miteinander zu kombinieren, können zu keiner befriedigenden Lösung führen: Entweder die Betrachtung zerfällt schon von vornherein in zweierlei Aussagenreihen ("nach West-Verständnis..." "nach Ost-Verständnis...")[318];

---

316) P.C. Ludz, Die soziologische Analyse der DDR-Gesellschaft, S. 22

317) F. Vilmar, in: R.Dutschke/M. Wilke (Hrsg.), Die Sowjetunion, Solschenizyn und die westliche Linke, Reinbek bei Hamburg 1975, S. 43

318) Vgl. unsere Beispiele oben, Anm. 303 - 307

oder es wird ein Gesamtbild der DDR-Gesellschaft hergestellt, welches jedoch bei näherer Betrachtung ebenfalls zerfällt, und zwar in die zwei unzusammenhängende Bestandteile Politik/Ideologie einerseits, gesellschaftliche "Basis" andererseits. Wir haben diese Struktur bereits als Dualismus von Totalitarismustheorie und Industriegesellschaftsansatz kennengelernt. Dieser Dualismus vollendet gleichsam die Zerstörung der Immanenz: wie die politische Sphäre letztlich als Perversion "westlicher" Leitvorstellungen perzipiert wird, so erscheint auch die ökonomische Spezifität des Sozialismus - da ihrerseits bloß "vorgegebenen Dogmen und Leitlinien"[319] geschuldet, von "willkürliche(m) menschliche(m) Wille(n) ... auferlegt"[320] - letztlich als künstliche Abweichung von der "westlichen" Norm. Wo das ganze sozialistische System zu "Ideologie" wird, kann es nicht mehr immanent, d.h. an sich selbst untersucht und gemessen werden; es wird zwangsläufig zum Objekt einer äußerlichen Beurteilung.[321] Hier liegt der Schlüssel zur Lösung aller Probleme, an denen die DDR-Forschung krankt.

---

319) K. Blank, Beiträge..., S. 45

320) F.A.v. Hayek, Das totalitäre Gesicht des Sozialismus, in: FAZ v. 11.6.1977

321) In der Tat ist die (Ab-)Qualifizierung der sozialistischen Ökonomie als "künstlicher Ersatz" der bürgerlichen Ökonomie nach Verbreitungsgrad sowie der Dezidiertheit, mit der sie vorgenommen wird, dem gleichen Verfahren auf der Ebene der politischen Kategorien durchaus ebenbürtig: Im Sozialismus muß "Wettbewerb immer wieder künstlich organisiert werden" (FAZ v. 13.3.1976). Der sozialistische Wettbewerb soll "einen Konkurrenzersatz bilden" (E. Schneider, Die DDR..., S. 74); er ist bloß ein "Trick der sowjetischen Propagandaleute" (Der Spiegel, Nr. 10/1976). Weil im Sozialismus "Mangel an Innovation, an Erfindungsgeist" herrscht, wird er ersatzweise "durch die Neuererbewegung geweckt" (H. Portisch, Die deutsche Konfrontation, S. 161). "Der Markt als

(Forts. nächste Seite)

Exkurs: Zur Frage der Bürokratie-Herrschaft

Alle Bürokratie-Ansätze knüpfen zunächst einmal an dem Phänomen an, daß im Sozialismus, wie in jeder Gesellschaft, Herrschaft nicht von einer Klasse oder dem Volk schlechthin ausgeübt wird, sondern sich ausdifferenzierte Formen schafft. Es gibt die kommunistische Partei, es gibt staatliche und gesellschaftliche Leitungsorgane, es gibt eine Planungsbürokratie, usw. Die Bürokratietheoretiker vollziehen nun in theoretisch ausgesprochen unbekümmerter Manier den Schritt von der Tatsache, daß es derartige Apparate gibt, zu der These, sie würden herrschen, ein verselbständigtes Dasein führen, usw. Häufig wird z.B. aus der staatlichen Form des gesellschaftlichen Eigentums unbesehen geschlossen, es handele sich um kein reales gesellschaftliches Eigentum (siehe etwa R. Dietz, Der Wertbegriff in der politischen Ökonomie..., S. 13f.; P. Lübbe, Der staatlich

---

Forts. Anm. 321

Regulator fehlt... Der wichtigste Kostenfaktor, der Preis der Arbeitskraft, wird nicht frei ausgehandelt, sondern von oben festgelegt." (Der Spiegel v. 17. 1.1977) Entsprechend muß man auch in der sozialistischen Vollbeschäftigung einen schlechten Ersatz für das freie "Spiel des Marktes" (F.A.v.Hayek, in: FAZ v. 11.6.1977) erblicken. Als "langwierig" kommt es dem "Spiegel")Nr. 41/1974) vor, daß in der DDR Preiserhöhungen begründet, verteidigt und genehmigt werden müssen; als "umständlich", daß die Volkswirtschaftsplanung im Wechselspiel von zentraler Plankommission und Belegschaften der Betriebe zustande kommt (ebda.). Die Fixierung auf die eigenen Verhältnisse geht so weit, daß selbst noch die in der DDR übliche Jahresendprämie in den Augen von K. Blank einen "Ersatz für (die) Weihnachtsgratifikation" in der Bundesrepublik darstellt (Beiträge,,,, S. 250). Auf einen Nenner bringt es H.H. Götz: "Planwirtschaft ist 'Ersatzwirtschaft'" (FAZ v. 3.9.1976;ähnlich auch FAZ v. 29.10.1977) - Sozialismus ist mithin Ersatz-Kapitalismus. Oder wie es K. Wolf umschreibt: "Die Zentralverwaltungswirtschaft schränkt die Mitgestaltung des Einzelnen durch ... Verwirklichung unternehmerischer Ideen von ihrem Wesen her bereits entscheidend ein..." ("Mitbestimmung" und "Mitgestaltung" in der DDR, S. 43; Herv.heb.: O.C.).

etablierte Sozialismus..., S. 46f., 59; E. Jahn, Kommunismus - und was dann..., S. 89).

Bei solchen Folgerungen, die oft ganz ohne Bezug zur Empirie auskommen (beispielsweise weist ein Kapitel bei P. Lübbe, in dem dieser das "Wesen des staatsmonopolistischen Sozialismus" (S. 53) aufdecken will, elf Belegstellen aus, wovon zehn sich auf Marx' "Bürgerkrieg in Frankreich" beziehen, eine auf H. Marcuse), ist offensichtlich unterschwellig Robert Michels' ehernes Gesetz der Oligarchisierung ("Wer Organisation sagt, sagt Tendenz zur Oligarchie." Zit. nach R. Ahlberg, Die sozialistische Bürokratie, S. 57) mit im Spiel. R. Opitz hat in anderem Zusammenhang über dieses Bürokratiegesetz ausgeführt: "Ganz ohne jedwede Gesellschaftsanalyse kommen ... von vornherein die bürokratie- oder organisationstheoretischen Erklärungsansätze aus, die den Faschismus - und analog wieder den Sozialismus - gleichsam aus sich selbst als Partei herleiten. Sie berufen sich auf ein angeblich allgemeingültiges Gesetz der Organisationsentwicklung, das Gesetz der Bürokratisierung, Hierarchisierung und schließlich Mediatisierung großer Organisationen durch die von den ursprünglichen Zielen der Bewegung sich vermeintlich notwendigerweise verselbständigenden und eigene Machtinteressen entwickelnden 'Apparat-Eliten', die sich am Ende als neue 'classe dirigeants' zum Herrn über die ganze Gesellschaft machen. Dieser Ansatz, unter Anknüpfung an Pareto von Robert Michels entwickelt, eignet sich, da er ohne jeden Blick auf die Beschaffenheit des gesellschaftlichen Umfeldes der politischen Organisationen eine neue Herrscherklasse aus dem Organisationskörper einer Partei herausdestilliert, ganz besonders zur entstehungsgeschichtlichen Untermauerung der Totalitarismustheorie..." (R. Opitz, Über die Entstehung und Verhinderung von Faschismus, S. 561f.).

In der Tat ist bei manchen, sich als linke Sozialismuskritiker verstehenden, Bürokratietheoretikern die Nähe zum totalitarismustheoretischen Denken frappierend. P. Lübbe etwa schreibt: Der Staatsmonopolismus mit seiner 'Diktatur des Regierungsapparates' schlägt bei Bedrohung in ein Kaisertum ohne Kaiser, Faschismus oder Stalinismus um ... Marx' 'Bürgerkrieg in Frankreich' ... ist ein Schlüssel zum Verständnis von Faschismus und Stalinismus... Willkürherrschaft bleibt Willkürherrschaft, Terror bleibt Terror, und Mord bleibt Mord..." (Der staatlich etablierte Sozialismus..., S. 55f.) Zu dem im Trikont-Verlag erschienenen Buch von B. Sarel, Arbeiter gegen den Kommunismus, München 1975, merkt der bürgerliche DDR-Forscher H. Weber im Rahmen einer insgesamt positiven Rezension an: "Allerdings sind einige Schwächen nicht zu übersehen. Die 'Totalitarismus'-Thesen sind nach der Diskussion der letzten Jahre kaum haltbar, hier wäre differenzierter vorzugehen..." (Deutschland Archiv 3/1976, S. 326). Der ebenfalls als links geltende polnische Regimekritiker J. Kuron erklärt: "In Polen gruppieren sich heute die politischen Kräfte dies- und jenseits einer entscheidenden Grenzlinie, die Totalitarismus heißt." (Zit. in: FR v. 23.2. 1977) In Übereinstimmung mit der Totalitarismustheorie befindet sich auch R. Damus, wenn sie schreibt, die "konstitutiven Vergesellschaftungsmechanismen" des Systems der DDR seien "die Mechanismen direkten Zwangs" (R. Damus, Entspannungspolitik und innere Entwicklung in der DDR, in: links 1/1977).

Eine wissenschaftliche Analyse hätte demgegenüber nach dem gesellschaftlichen Inhalt der Leitungsstrukturen zu fragen, statt sie abstrakt für sich zu nehmen. Daß die Bürokratie eine vom Gesamtsystem abgeleitete Größe ist, deutet sich selbst noch bei Autoren an, die eher

der umgekehrten Methode anhängen. E. Jahn schreibt, die Tatsache, daß die sowjetische Bürokratie "nicht der Eigentümer selbst" sei, schränke "ihre Macht auch real ein, wie es in der Sicherung der Arbeitsplätze und elementarer ökonomischer und kultureller Bedürfnisse in der Sowjetunion sehr konkret zum Ausdruck kommt." (Kommunismus..., S. 96) Schon C.J. Friedrich bewahrte sich einen klaren Blick für die starke Abhängigkeit der sowjetischen Bürokratie - wenn auch bloß dank seiner Leitvorstellung von der "Parteidiktatur": Die Sowjetbürokratie bleibt "ständiger, intensiver Aufsicht unterworfen. In dieser Beziehung bestehen ausgesprochene Ähnlichkeiten zwischen dem Totalitarismus sowjetischer Prägung und alten rechtsstaatlichen Einrichtungen. Aber diese werden alle dadurch verfälscht, daß sie ständig von der Partei für Parteizwecke mißbraucht werden können..." Die Partei wünscht nicht, "daß die sowjetischen Staatsbürokraten einen eigenen esprit de corps entwickeln, der dann wahrscheinlich an Maßstäben der Leistungsfähigkeit orientiert sein würde. Immer werden die Sowjetbürokraten ermahnt, sich daran zu erinnern, daß 'der Beamte der Sowjetunion ein Repräsentant des sozialistischen Staates' sei, ein Führer, den das Volk auf Treu und Glauben mit seinem Amte belehnt hat..." (Totalitäre Diktatur, S. 165, 167f.).

Gegen die These von der Verselbständigung der Bürokratie gegenüber den gesamtgesellschaftlichen Interessen lassen sich zahlreiche Tatsachen anführen: Vor allen Dingen fehlt der Bürokratie, wie schon gesagt, "jegliches materielle Faustpfand in Form von Besitz an Produktionsmitteln" (K.v. Beyme, Ökonomie und Politik..., S. 148). Ferner gibt es "in geringerem Maße als in den meisten kapitalistischen Ländern eine horizontale Ballung der Rollenverflechtung und Privilegienkumulation, wie sie typisch für Klassengesellschaften genannt werden kann. Selbst hochbezahlte Kader sind ständig durch

Säuberung und Rotation bedroht." (ebda.) Kennzeichnend für den Charakter der sozialistischen Bürokratie ist auch das Fehlen jeder Tendenz zur Vererblichkeit und abgekapselten Selbstrekrutierung, wie es in Schlagworten wie "Kaste" (E. Jahn, Kommunismus..., S. 99), "neues Pharaonensystem" (S. Vida, Rezension von R. Ahlberg, Die sozialistische Bürokratie, in: FAZ v. 26.5.1977) usw. suggeriert wird. "... Dennoch beherzigt die politische Elite" schrieb selbst der "Spiegel", "offensichtlich ein einziges ungeschriebenes Gesetz: Ihre Mitglieder dürfen nicht versuchen, ihre Sprößlinge in die Hierarchie der Partei einzuschleusen. Tatsächlich haben erstaunlich wenige Kinder der gegenwärtigen Führungsschicht die Neigung oder die Fähigkeit gezeigt, politische Laufbahnen einzuschlagen." (Der Spiegel 9/1976) Der sozialistischen Politik der Offenhaltung breitester Zugänge zu Führungspositionen stellen die bürgerlichen Beobachter übrigens auch immer dann ungewollt ein gutes Zeugnis aus, wenn sie beklagen, daß "Kinder von Akademikern nur nach dem Anteil, den die Akademiker an der Gesamtbevölkerung haben", Universitätsplätze erhalten (FAZ v. 22.3.1976).

Die Unterbindung einer relevanten Interessenverfestigung läßt sich an einer Reihe weiterer Indikatoren ablesen: So muß z.B. die Behauptung von der "Aufblähung der Bürokratie" ins Reich der Legende verwiesen werden. In der Sowjetunion etwa ist der Anteil der staatlichen Ausgaben für die Verwaltung an den Gesamtausgaben im letzten Jahrzehnt bemerkenswert konstant geblieben, ja sogar leicht gefallen (siehe UdSSR in Zahlen für 1974, Moskau 1975, S. 47); laut Rechenschaftsbericht des XXIV. Parteitags der KPdSU (1971) hatte sich in den vorangegangenen 14 Jahren die Mitgliederzahl der KPdSU verdoppelt, wohingegen die Zahl der hauptamtlichen Funktionä-

re gleichzeitig um ein Fünftel verringert wurde.

Unzutreffend ist auch die verbreitete These von der "Überalterung" (oder gar "Vergreisung" - vgl. FR v. 20.4.1977; die FAZ v. 8.10.1977 spricht von einer "Greisenherrschaft" im Kreml) in den Reihen der Bürokratie. Im wirtschaftlichen Bereich liegt erwiesenermaßen "das Alter der DDR-Führungskräfte wesentlich niedriger ... als das ihrer Kollegen im Westen Deutschlands." (F. Grätz, Wirtschaftsführer in Ost und West. Versuch eines Vergleichs, S. 1030) Nach sowjetischen soziologischen Untersuchungen liegt das Durchschnittsalter des Produktionsleiters bei 41,5 Jahren, bei weiter sinkender Tendenz (Vgl. PFS 5/1973, S. 659)
Im Bereich der Kommunistischen Partei werden führende Positionen etwas später erreicht; das hängt vor allem damit zusammen, daß "ohne ... Bewährung im erlernten Beruf ... eine Parteikarriere in der Sowjetunion selten möglich" ist (N.Nor-Mesek, in: FAZ v. 19.10.1976). Eine Überalterungstendenz ist jedoch auch in der Führung der KPdSU schwerlich festzustellen: "Die Mehrzahl der neu gewählten Vollmitglieder des Zentralkomitees gehört den Jahrgängen 1914 bis 1930 an..." (FAZ v. 8. 3.1976), d.h. sie sind heute im Alter zwischen 47 und 63 Jahren. "Auch von einer 'Vergreisung' des SED-Politbüros, die einen Wechsel erforderlich machen würde, kann gegenwärtig noch nicht die Rede sein. Das Durchschnittsalter der 16 Vollmitglieder ... liegt bei sechzigeinhalb Jahren, das der neun Kandidaten ... bei genau fünfzig Jahren." (FAZ v. 18.5.1976)

Zur - ebenfalls vielstrapazierten - Frage der Privilegien der Angehörigen der sozialistischen Bürokratie möchten wir uns der Knappheit halber auf die Wiedergabe von Äußerungen zweier der Sowjetunion durchaus distanziert gegenüberstehender Autoren beschränken. B. Balla bezeichnet es als "einseitig, nur von den

'Privilegien der Bürokratie' zu sprechen, ohne die rastlose, oft spartanische, die Arbeitskraft frühzeitig untergrabende Lebensführung eines bei weitem nicht ausgestorbenen heroischen Typs von Kadern zu berücksichtigen." (B. Balla, "Bürokratische" oder "Kader"-Verwaltung? Zur Idealtypisierung der "Bürokratie" sowjetisch-volksdemokratischen Typs, S. 15, Anm. 25) Ferner sollte bedacht werden, was J. Schumpeter, freilich ohne noch die heute üblich gewordenen Polemiken gegen die sozialistischen Länder vor Augen zu haben, schrieb: "Viele Einnahmen, die so hoch sind, daß sie unfreundliche Kommentare hervorrufen, geben ihren Empfängern nicht mehr als die Lebens- und Arbeitsbedingungen - einschließlich Distanz und der Freiheit von kleineren Plackereien -, die hinreichen, um sie für die Art ihrer Tätigkeit in Form zu halten." (Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, S. 333) Zum Problem egoistischer Interessen der Führungskräfte meint Schumpeter: "Es ist jedoch sehr leicht, mit dieser Art des individuellen Egoismus so fertig zu werden, daß man ihn für den Dienst der Gesellschaft ausnützt. Und eine sozialistische Gemeinschaft ist dazu in besonders günstiger Lage." (ebda., S. 331) Schumpeter geht freilich davon aus, daß die Führungsgehälter im Sozialismus wesentlich bescheidener sein werden als im Kapitalismus; als hätte er die kommende Entwicklung vorausgeahnt, merkt er in diesem Zusammenhang an: "Natürlich werden ökonomische Pharisäer immer noch die Hände in heiligem Entsetzen zusammenschlagen." (ebda., S. 334)

Eine deutliche Sprache gegen die These von der verselbständigten Bürokratenherrschaft spricht schließlich auch der hohe Partizipationsgrad der Bevölkerung. "Durch Mobilisierung und Rotation ist ein größerer Teil der Bevölkerung in politischen Prozessen involviert als in kapitalistischen Systemen", schreibt K.v. Beyme

(Ökonomie und Politik..., S. 147). "Die sozialistische Bürokratie", konzediert R. Ahlberg, "... besitzt in den regionalen Staatsorganen, in den Basisorganisationen der Partei, in den Gewerkschaften und sonstigen Massenorganisationen ein breites 'unten', das teilweise mit der Bevölkerung verschmilzt, aus der sich die Mitglieder rekrutieren..." (Die sozialistische Bürokratie..., S. 108). Der hohe Anteil ehrenamtlicher Kontrolle und Mitarbeit bedeutet umgekehrt einen geringeren Professionalisierungsgrad im gesellschaftlichen Leitungsapparat; indem v. Beyme dies bestätigt (Ökonomie und Politik..., S. 147f.), entkräftet er selbst seine zuvor aufgestellte These von der "Herrschaft der Profis" (vgl. ebda., S. 142f.). Welche Bedeutung die massenhafte ehrenamtliche Mitarbeit in den sozialistischen Ländern hat, ersieht man übrigens auch indirekt daran, für wie wünschenswert Repräsentanten des Systems hierzulande den Versuch halten, auch nur ein entferntes Pendant dessen zu realisieren. So schreibt T. Ellwein unter der Zwischenüberschrift "Wieder mehr ehrenamtliche Tätigkeit!" : "Ich bin ... der Meinung, daß es in einzelnen Ansätzen vernünftige Formen gibt, das ehrenamtliche Element wieder zu stärken. Dazu wird kein übergroßer Zeitaufwand erforderlich, aber man vermehrt die Zahl der Bürger, die an irgendeiner Stelle Verantwortung tragen und die damit auch ein gewisses Maß von Einblick erhalten. Das ehrenamtliche Element läßt sich auch dort stärken, wo man es bewußt als Gegengewicht in die Bürokratie einbaut und die Bürokratie zwingt, sich dem ehrenamtlich mit am Tisch Sitzenden verständlich zu machen, Auskunft zu geben über das, was eigentlich geschieht." (T. Ellwein, Hat die Demokratie noch eine Chance?, in: Das Parlament v. 22.1.1977) Eine wichtige Stärkung des nicht-professionellen Elements im politischen System des Sozialismus stellt nicht zuletzt auch die Abschaffung jeglichen Berufs-Abgeordne-

tentums dar; dies wirkt zweifellos in die Richtung, daß die Abgeordneten bzw. Deputierten "nicht Amtsinteressen, nicht die Angst, 'die Ehre, die eigene Uniform zu beschmutzen', leitet." (J.V. Todorskij, Arbeiter und Bauern - Deputierte des Obersten Sowjets der UdSSR, in: Marxismus Digest Nr. 27, S. 113ff., hier S. 118)

Angesichts dieser Sachlage tritt E. Jahn in seiner Argumentation sozusagen die Flucht nach vorn an. Hatte er zunächst vom "Antagonismus" zwischen "Verwalter(n)" und "Verwaltete(n)" gesprochen, vom "sichfestsetzen" der Leitungstätigkeit und vom Fehlen der "Selbstverwaltung" (Kommunismus..., S. 99, 101) usw., so erklärt er nun die Massenkontrolle, die Massenbeteiligung an den Verwaltungsaufgaben zur schlimmsten Form "bürokratischer Herrschaft" überhaupt: "Mag sein, daß die soziale Mobilität in der bürokratischen Gesellschaft größer ist (als in der kapitalistischen, O.C.). Doch das trägt eher zur Stabilisierung denn zur Beseitigung der bürokratischen Herrschaft bei. Wenn nun in der bürokratischen Produktionsweise formell auch der letzte Rest von persönlicher Herrschaft, die Vererblichkeit von Funktionen der Arbeitsleitung, beseitigt ist, so ist damit die reine Diktatur der Sache über den Menschen hergestellt. Denn was ist die bürokratische Verwaltung von Sachen anders (sic!) als die Verwaltung von Menschen mittels der ... Sachen? Die bürokratische Verwaltung von Sachen konstituiert also aufs neue die Herrschaft des Menschen über den Menschen." (ebda., S. 102; Herv.heb.: O.C.) Jahn behauptet also garnicht mehr, daß in der Sowjetunion eine bestimmte soziale Gruppe über den Rest der Gesellschaft herrsche; vielmehr sei das gesamte System von "der Sache" versklavt. Noch deutlicher wird dies in der folgenden Passage: "Selbst wenn in der Sowjetunion vierzehntäglich durch Staats-

lotterie die Leitungspositionen im Politbüro und in allen anderen zwei Millionen ... Pöstchen ... verteilt würden ...: was würde dann erreicht? Herrschaft und Knechtschaft ist ein gesellschaftliches Verhältnis, daß (sic!) durch 'frisches Blut', durch Rotation der Herrschaftspositionen nur stabilisiert werden kann." (ebda.) Offenbar gibt es also knechtende Herrschaft, jedoch tendenziell ohne einen zugehörigen sozialen Interessenträger; jedermann ist irgendwie in seine eigene Unterdrückung involviert, die Gesamtgesellschaft übt über sich selbst eine Diktatur aus.

E. Jahn vollzieht hier den Schritt zu einer Position, die für die gesamte bürgerliche Bürokratiekritik typisch ist: die Suche nach einer realgesellschaftlich angehbaren , nachweislich ihre Privatinteressen zum eigentlichen Inhalt und Ziel ihres Handelns machenden herrschenden Gruppe ist weitgehend aufgegeben; stattdessen erklärt man das Gesamtsystem als solches zum Inbegriff des "Bürokratischen". Diese theoretische Entwicklung (bzw. Rückentwicklung) entspricht sehr genau der von uns nachgezeichneten Pauschalisierung, "Ausdünnung" und Immunisierung des Totalitarismusbegriffs. Auch "Bürokratie" wird nun zu einem - stark wertgeladenen - abstrakten Synonym für Sozialismus. In der Tat finden sich in dieser Art von "Bürokratiekritik" alle Grundmerkmale des sozialistischen Systems als Zielscheiben wieder: das gesamtgesellschaftliche Eigentum, die geplante Wirtschaft, die führende Rolle der Arbeiterklasse. Dazu einige Beispiele: "Es gibt nur zwei Formen der gesellschaftlichen Organisation - Märkte und Bürokratie", schreibt W. Engels (FAZ v. 18.9.1976); damit ist klar, daß jede nicht-kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung dem Bürokratie-Verdikt anheimfallen muß. Auch J. Orlow sieht die Wurzel

der Bürokratisierung der Gesellschaft im "Fehlen eines freien Marktes" (Über die Unmöglichkeit des nicht-totalitären Sozialismus, S. 368). O. Sik bekräftigt dies: "Der Bürokratisierungsprozeß wurde nach Auffassung Siks im ökonomischen Bereich (u.a., O.C.) aufgrund folgender theoretischer Vereinfachungen Lenins begünstigt: des Glaubens an die Vorzüge der 'marktlosen' Güterverteilung..., einer zentralen Festlegung der Produktionsstrukturen 'nach Bedarf' und einer zentralisierten Leitung der Volkswirtschaft..." (Kosta, Keine Interessengleichheit zwischen Bürokratie und arbeitender Bevölkerung. Ota Siks Darstellung des kommunistischen Machtsystems, in: FR v. 26.2.1977). Auf der politischen Ebene figuriert als Hauptbeweis für die Existenz der Bürokratie-Herrschaft die Tatsache des "Einparteiensystems" (ebda.), die Tatsache, daß es keine "Mehrheiten und Minderheiten" gibt (E. Jahn, Kommunismus..., S. 101), sondern nur ein "himmlisch einfältiges Gemeinschafts- und Einheitslarifari" (ebda.). Man vermißt also wiederum die Opposition, ohne die man sich keine "wirkliche(n) Wahlvorgänge" (ebda.) vorstellen kann. Auf die Gegenfrage, welche substanzielle politische Grundlage und Stoßrichtung eine solche Opposition haben soll, erhält man von all diesen Texten nur wieder die Antwort: gerade die Herrschaft der Bürokratie beweise ja, wie notwendig eine Opposition sei, Erst "beweist" man also die Herrschaft der Bürokratie aus dem Fehlen einer Opposition, dann "beweist" man die Notwendigkeit dieser Opposition aus der Herrschaft der Bürokratie - ein schlichter Zirkel. Viele Autoren sind dabei vom Leitbild der bürgerlichen Demokratie so gefangengenommen, daß sie zentrale Bereiche der Empirie des Gegenstands einfach ignorieren. H. Conert und W. Eichwede bringen es fertig, das System der Sowjets und

die Tätigkeit der Deputierten, einschließlich ihrer vielen Millionen ehrenamtlicher Helfer, in ihrem Buch gänzlich auszusparen, nichtsdestotrotz aber wiederholt die "Realisierung rätedemokratischer Strukturen" in der Sowjetunion zu fordern (Produktionsverhältnis und Arbeiterklasse..., S. 78; 80). P. Lübbe zitiert Lenin über den neuen Charakter der Deputiertentätigkeit, ohne zu bemerken, daß dem in sämtlichen Punkten die Wirklichkeit in den sozialistischen Staaten tatsächlich sehr nahe kommt: "Lenin schrieb, es werde auch in einer sozialistischen Gesellschaft 'natürlich eine Art Parlament' geben, aber es werde kein bürokratischer Apparat mehr sein. Die Deputierten werden jederzeit absetzbar sein, eine den Arbeitslohn nicht übersteigende Bezahlung erhalten, und alle werden diese Funktion eine Zeitlang verrichten, das heißt 'eine Zeitlang zu 'Bürokraten' werden, so daß daher niemand zum 'Bürokraten' werden kann'." (Der staatlich etablierte Sozialismus..., S. 100)

Dadurch, daß man einerseits alles "Nicht-Pluralistische" am Sozialismus unter einem pauschalen Begriff von "Bürokratieherrschaft" zusammenfaßt, andererseits aber gelegentlich auch auf den Anspruch einer präziseren realanalytischen Eingrenzung des Phänomens der Bürokratie zurückkommt, ergibt sich ein Widerspruch speziell in der Einschätzung der kommunistischen Partei. Die pauschalisierende Betrachtung rechnet sie zum-"Bürokratie"-Syndrom dazu; der konkreteren Betrachtung muß auffallen, daß die Partei tatsächlich als Bürokratisierungs-Gegner agiert. E. Förtsch und H.-J. Müller bestätigen etwa, daß in der DDR "die Bürokratismus-Kritik der frühen 60er Jahre von der Parteiführung eingeleitet worden" ist ("Parteielite im Wandel" - Marginalien zu P.C. Ludz' Buch, S. 25). Einen prinzipiellen Gegensatz

zwischen der "Sowjetbürokratie" und der KPdSU gibt es offenbar auch für den Schreiber der folgenden Zeilen: "Mit einem unverkennbaren Anklang von Resignation hat der sowjetische Ministerpräsident Kossygin vor dem Moskauer Parteikongreß ... die wirtschaftliche Entwicklung der Sowjetunion geschildert, die er seit Jahren vergebens durch seine Reformvorschläge zu verbessern sucht. Seine Rede ließ keinen Zweifel, daß es der Sowjetbürokratie auch in den letzten fünf Jahren gelang, wichtige Neuerungen zu bremsen." (FAZ v. 3.3.1976) Nimmt man hinzu, daß die von den kommunistischen Parteien unternommenen Schritte gegen eine Verselbständigung bürokratischer Interessen und Tendenzen - auch nach "westlichen" Informationen zu schließen - offenbar keineswegs erfolglos sind (einige Meldungen aus der bundesdeutschen Presse: "Ein System anonymer Vorschläge aus dem Kreis der Beschäftigten soll auch ein paar überflüssige Direktoren einsparen helfen" (FAZ v. 20.1.1975, Polen betreffend). "... die Partei (hat) dem sozialistischen Management fast alle Privilegien, vom Repräsentationsfonds bis zum 'personengebundenen' Dienstwagen, gestrichen..." (Der Spiegel, Nr. 53/1975, die DDR betreffend). "Die Tageszeitungen spießen Fehlplanungen auf und brandmarken das Versagen der Ämter..." (Die Zeit v. 17.12.1976). "DDR stoppt 'Datschenbau'" (FR v. 8.7.1976)), nimmt man ferner hinzu, daß - nach übereinstimmender Auffassung bürgerlicher Sozialismusforscher - die kommunistischen Parteien den Verwaltungsapparat kaderpolitisch klar kontrollieren, so ergeben sich zwei wichtige Schlußfolgerungen: Erstens herrscht die Bürokratie nicht nur nicht, sondern wird beherrscht. Zweitens "herrscht" die Partei - jedoch mit eindeutig antibürokratischer Stoßrichtung. Beides entkräftet nachdrücklich die These von der Herrschaft der Bürokratie.

Um diese These gleichwohl aufrechtzuerhalten, wird sie, wie beschrieben, ins Universelle erweitert. Die Existenz

einer führenden Partei, mag sie tun und lassen, was sie will; die Existenz einer geplanten Ökonomie, mag sie noch so vielfältig mit dem Willen der Bevölkerung rückgekoppelt sein - all das wird per se zum Beleg und Inbegriff einer "bürokratisierten Gesellschaft". Der Bürokratiebegriff regrediert, wie vor ihm schon der Totalitarismusbegriff, zu einer "Bezeichnung" des gegnerischen Systems schlechthin. Dies bedeutet aber auch, daß man vor der Aufgabe kapituliert hat, einen realen gesellschaftlichen Interessen-Antagonismus innerhalb des sozialistischen Systems herauszuarbeiten. Gerade die Behauptung eines solchen Antagonismus stellt aber, wie wir sahen, die zentrale Prämisse der bürgerlichen Sozialismusforschung dar. Alle ihre Wertungen bauen hierauf auf. Das Fazit lautet also: sie bauen auf Sand. Die gründliche Analyse von B. Balla bestätigt dies; wir möchten unseren Exkurs mit Ballas Hauptergebnis abschließen: Es ist "nicht richtig, die Autoritätsstruktur des Sowjetsystems als 'Herrschaft (bzw. Macht) der Bürokratie' zu bezeichnen. Diese Autorität tritt nicht in der Art der partikulären Macht einer Gruppe, Schicht oder gar Klasse auf, wie sie in derartigen Thesen vorgestellt wird, und ist auch nicht so beschaffen, denn sie wirkt als Ganzes. Die ... Formationen sind, bis hin zur obersten Führung selber, faktisch in Abhängigkeitsbeziehungen gestellt und fungieren lediglich als Verwalter der Systemmacht. Trotz des partikularistischen Anscheins solcher Machtentfaltung wird sie, solange sie andauert, stets und zurecht als die universalistische Macht des Systems angesehen werden, in dessen Auftrag sie agiert und dessen Ideologie sie verwendet." ("Bürokratische" oder "Kader"-Verwaltung..., S. 24f.; Herv.heb.: O.C.)

Schlußbemerkungen

Wenn unsere Studie einen charakteristischen, weit verbreiteten Zug der bundesdeutschen DDR-Forschung offengelegt hat, dann sicher den Mangel an sachlicher Immanenz ihrer Analysen und Interpretationen. Bevor es überhaupt zu einem integralen Verständnis der zu untersuchenden Gesellschaftsordnung in ihrem besonderen Systemzusammenhang kommt, besiegeln von außen herangetragene Wertkriterien gleichsam das Sachurteil. Zu kritisieren ist daran nicht die Tatsache des Wertens und Bewertens als solche, sondern der Umstand, daß die betreffenden Normen als Blockierung gegen gründliche Problemformulierung und Untersuchung wirken, sich also intransigent gegenüber dem Untersuchungsobjekt und seiner Realität verhalten. Diese unzureichende begriffliche Auslotung des Gegenstands - auch das gehört zu den Haupteindrücken, die sich aus unseren Erörterungen ergeben - steht in enger Wechselbeziehung mit dem gesellschaftstheoretischen Grundansatz der bürgerlichen DDR-Forschung, der im Kern dem Totalitarismusdenken verschrieben ist. Diesem Denken ist eigentümlich, daß es den politischen Aspekt des sozialistischen Gesellschaftsganzen isoliert und verselbständigt und ihn dergestalt zum Objekt einer Beurteilung unter systemfremden Prämissen macht. Die Industriegesellschaftstheorie als hinzukommende Komponente im Grundansatz der Sozialismusforschung kann dieses eklektische Herangehen nicht nur nicht korrigieren, sondern schreibt es noch zusätzlich fest: Denn indem den Basisprozessen der Gesellschaft die Systemspezifik abgesprochen wird, erscheint diese Spezifik ausschließlich aus einem eigenwilligen politischem Manipulationsanspruch her zu rühren - eine Betrachtungsweise, auf die die Marxsche Charakterisierung zutrifft: "Statt der wirklichen Verhältnisse wird ihr der bloße Wille zum Triebrad der Revolution".[1] Von hier bis zur Qualifizierung jenes "Willens" als "totalitär" ist es dann nur ein

1) K. Marx, Enthüllungen über den Kommunisten-Prozeß zu Köln, in: MEW Bd. 8, Berlin 1960, S.412

Schritt; ihn bewirkt eine Parteilichkeit, die die pluralistischen Erscheinungsformen bürgerlicher Herrschaftssysteme historisch und moralisch absolut setzt.

Wir gehen keineswegs davon aus, daß die dringend notwendige Gewinnung größerer wissenschaftlicher Unvoreingenommenheit in der Sozialismusforschung eo ipso gleichbedeutend mit einem Übergehen auf die Positionen des Marxismus zu sein hat. Tatsächlich gelangen - wenn auch noch selten - manche nichtmarxistischen Forscher zu erheblichen Vorbehalten gegenüber dem herrschenden Bild vom Sozialismus und den Methoden seiner Erzeugung. Erwähnenswert ist etwa die diesbezügliche Kritik des Amerikaners J.F. Hough.[2] Konkret mit dem Problem der politischen Massenbeteiligung in der Sowjetunion beschäftigt, kommt Hough zu dem Schluß, daß dieser breiten Teilnahme am politischen Prozeß bei ernsthafter Betrachtung keinesfalls in der vorschnellen Art und Weise der gängigen Kommunismusforschung reale demokratischen Bedeutung abgesprochen werden könne. Statt der Frage: "Woher wissen wir eigentlich, daß die Bürgerbeteiligung in öffentlichen politischen Diskussionen nicht bestimmend für die Gestaltung der grundlegenden sowjetischen Politik ist?" 3) konsequent nachzugehen, begnüge sich die herrschende Forschung mit suggestiven Hinweisen auf gewisse Grenzen möglicher Einflußnahme (etwa die Grenze der Systemerhaltung selbst) und auf gewisse Nebeneffekte der Partizipation (etwa die Förderung der Identifikation der Bürger mit dem System). Dies, so Hough, sei jedoch keine akzeptable Antwort, zumal derartige Kriterien, auf "westliche" Gesellschaften angewandt, auch von deren Demokratie-Anspruch nichts übrig ließen, mithin in nichtreversibler Form angewandt würden. Nachdem Hough zudem noch aufgezeigt hat, daß sich die Sowjetunion bei einem empirischen Vergleich mit den USA in der Frage der poli-

---

2) J.F. Hough, Political Partizipation in the Soviet Union, 1976

3) Ebda., S. 15 (Übers. von mir, O.C.)

tischen Partizipation - gelinde gesagt - nicht gerade schlecht stellt, kommt er zu dem beachtenswerten Fazit: "Möglich, daß Häufigkeit und Bedeutung des Einflusses (der Bevölkerung, O.C.) auf Entscheidungen in der Sowjetunion geringer sind als im Westen. Aber Tatsache ist: wir wissen es nicht wirklich. Wir (und dieses 'wir' schließt alle Sozialwissenschaftler ein, nicht nur Sowjetunion-Spezialisten) haben tatsächlich sehr wenig über die methodologische Frage nachgedacht, wie man feststellen kann, ob die Bürger eines Landes mehr Einfluß haben als die eines anderen. Im Fall der Sowjetunion wurden wir schlicht von unseren ideologischen Annahmen bezüglich der Folgen pluralistischer Wahlen (bzw. ihres Fehlens) geleitet. Faktisch haben wir uns von unserer Leitvorstellung der 'verwalteten Gesellschaft (directed society) dazu verführen lassen, Erscheinungen, die dem Leitbild nicht entsprechen - wie etwa den Bürgereinfluß (citizen input) -, womöglich gar nicht zu 'sehen', oder jedoch solche Erscheinungen völlig anders zu interpretieren, als wir es im Westen tun würden."[4)]

Soweit die Diagnose von J.F. Hough. Wie weit demgegenüber die bundesdeutsche DDR-Forschung insgesamt zurückbleibt im selbstkritischen Durchdenken ihrer Prämissen und Methoden, signalisiert die Tatsache, daß einer ihrer Repräsentanten expressis verbis für die bewußte Bewahrung eines Restes von Irrationalität in der Forschung eintreten kann; wie anders soll man folgende Worte von H. Rudolph begreifen: "Gewiß ist es gerade im Falle der DDR notwendig, zwischen unseren politischen Wunschvorstellungen und politisch-sozialen Zusammenhängen sorgfältig zu trennen. Aber gerade im Hinblick auf das andere Deutschland wäre es auch eine fatale Illusion, anzunehmen, dies ließe sich einfach und ohne Rest vornehmen,

---

4) Ebda., S. 19. Um eine gleichfalls recht selbstkritische Studie aus den Reihen der amerikanischen Kommunismusforschung handelt es sich bei A. Dallin, Bias and Blunders in American Studies on the USSR, in: Slavic Review, September 1973, S. 560 ff.

ohne sich am Ende um den Gegenstand selbst zu bringen." 5)

Um den Gegenstand gebracht hat sich die DDR-Forschung doch wohl gerade immer durch ihr Festhalten an einem (jeweils für nicht weiter aufgebbar gehaltenene) "Rest" von Wunschdenken. Im Kern bestand und besteht dieses Wunschdenken in der Vorstellung von der letztlichen "Unmöglichkeit" einer anderen als der westdeutschen, einer sozialistischen Gesellschaftsordnung; in dem Glauben, daß dieses Experiment zum Scheitern verurteilt sei, da es die Gesellschaft nur künstlich "von dem Wege fortreißt, den sie 'natürlicherweise' gehen würde, da alle natürlichen Wege von dem utopischen Ziel wegführen." 6) Es ist dieser gleichsam umgestülpte, bürgerliche Utopismus, der - im speziellen deutschen Fall noch flankiert von nationalen Argumenten - die DDR-Forschung dazu trieb und treibt, ihr Objekt als von einem unheilbaren "Grundwiderspruch" 7), dem Widerspruch zwischen moderner Industriegesellschaftlichkeit und totalitärer Überformung, befallen zu interpretieren und die konkreten Erscheinungen gemäß diesem Postulat sei es von vornherein zu selektieren, sei es umzufärben.

Das Wunschdenken hinterläßt seine Spuren nicht nur in der inneren logischen Struktur der DDR-Forschung, etwa in Form von Unbewiesenem, Widersprüchlichem; es tritt auch in manifester Form an die Oberfläche: als Fehlprognose. Und an solchen Fehlprognosen ist die Geschichte der DDR-Forschung, ebenso wie der bürgerlichen Kommunismusforschung insgesamt, nicht arm. Das eigentlich Befremdliche daran ist die starke Kontinuität derartiger Negativleistungen, das heißt: die mangelnde Bereitschaft der Kommunismusforschung, aus dem Fehlschlagen einer Spekulation gründliche Konsequenzen bezüglich der

---

5) H. Rudolph, Die DDR nach der Mauer. Aufsätze von Peter C. Ludz, in: FAZ v. 1.2.1978

6) R. Löwenthal, Entwicklung kontra Utopie. Das kommunistische Dilemma, S. 72

7) P.C. Ludz, Die gesellschaftspolitische Situation in der DDR, S. 23

eigenen theoretischen Grundlagen zu ziehen. Wir haben dieses Beharrungsmoment weiter oben besonders deutlich am Beispiel der Doktrin von der ideologischen Erosion ("Entideologisierung") kennengelernt, welche sich, einer fixen Idee gleich, über alle praktisch-empirischen Anfechtungen hinweg bis in die aktuelle Kommunismusforschung hinein behauptet hat.

Das genannte Beispiel fügt sich ein in eine Kette kontinuierlicher Krisenprognosen bzw. Krisenbescheinigungen bezüglich des sozialistischen Gesellschaftssystems. Man findet sie in unterschiedlichen Verbindlichkeitsgraden formuliert. Um unmittelbar erwiesene Fehlprognosen handelt es sich bei Aussagen wie: "Diese sogenannte DDR ... wird das Jahr 1950 kaum er-, geschweige denn überleben"[8]; "das kommunistische System ... vermag nicht mit der erforderlichen Geschwindigkeit die Produktion zu steigern"[9]; "Die durch den Tod oder das Ausfallen von Nikita S. Chruschtschow ausgelöste Krise wird schwerer sein als die beiden vorausgegangenen ... es ist nicht ausgeschlossen, daß in den Straßen von Moskau für kurze Zeit die Gewalt herrscht"[10]; "Dem zunächst zu erwartenden Aufschwung (der DDR-Wirtschaft, O.C.) wird von Mitte der siebziger Jahre an eine Stagnation folgen"[11]. Aber auch wo in Lagebeurteilungen verbindliche Voraussagen von Ereignissen gemieden werden - und dies ist gerade in jüngerer Zeit die Regel -, handelt es sich vielfach dennoch um latente Fehlprognosen. Die unentwegte Diagnostizierung verschiedenster Krisen in der DDR, die sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der DDR-Forschung zieht, disqualifiziert sich -

---

8) Ruhrnachrichten, Herbst 1949, zit. nach H. Heitzer, Andere über uns, Berlin 1969, S. 66

9) R. Löwenthal, Die Hölle auf Erden, (1957), S. 7

10) R.V. Burks, in: Der Monat, Heft 174, März 1963, S. 28

11) P.C. Ludz, Die Zukunft der DDR, in: Die Zeit v. 10. 10. 1069

angesichts der realen langfristigen Entwicklung der DDR, die sich als weitaus stabiler erweist, als es jene Krisenbeschwörungen, beim Wort genommen, eigentlich zuliessen - von selbst. Zudem führen sich die unablässigen Trendmeldungen über die innere Verfassung der DDR auch dadurch ad absurdum, daß sie bei Rückverfolgung in die Vergangenheit streng genommen implizieren, die DDR sei ausgerechnet in ihren frühesten Zeiten am stabilsten, am wenigsten von Spannungen und Konflikten heimgesucht gewesen. Denn die Trendaussage z.B.: "die Unzufriedenheit der Bevölkerung wächst ständig"[12] besagt umgekehrt, früher habe weniger Unzufriedenheit geherrscht; die Behauptung: "Die Verltrauenslücke wurd größer"[13] setzt voraus, daß früher zwischen SED und Bevölkerung relatives Vertrauen bestanden habe; wenn sich heute "die sowjetische Wirtschaft immer ungenierter in der DDR bedient[14], so muß man daraus schließen, daß sie in der Vergangenheit Hemmungen davor gehabt habe; wenn das DIW-Institut in der heutigen DDR die Beobachtung macht, "es werde zunehmend am Bedarf vorbeiproduziert"[15], dann heißt dies doch der früheren DDR-Wirtschaft zubilligen, einigermaßen bedarfsgerecht produziert zu haben. Es ensteht alsoounfreiwillig das Bild einer vormals vergleichsweise heilen DDR-Welt, damit jedoch zugleich ein eklatanter Widerspruch zu den eigenen älteren Einschätzungen der DDR-Forschung, die einem solchen Bild nie Raum gelassen hatten.

Die aus historischem Wunschdenken hervorgehende permanente Überzeichnung und Dramatisierung der Lage in der DDR 16) erzwingt in Abständen immer wieder die Rückkehr zu nüchterneren Betrachtungen. Dies geschieht teils in

---

12) Der Spiegel v. 13.3.1978

13) Süddeutsche Zeitung v. 24.5.1977

14) Der Spiegel Nr. 10/1967

15) Laut FAZ v. 26.2.1976

16) "Nach Havemanns Einschätzung haben Partei und Regierung bei 95 Prozent der Bevölkerung alles Ansehen verloren." (FAZ v. 23.1.1978) "Die Kräfteverhältnisse in der SED-Führung sind labiler denn je - alles scheint möglich." (Der Spiegel v. 13.3.1978) Vgl. auch die

(Forts. nächste Seite

expliziter, sozusagen selbstkritischer Form[17]; meist jedoch erfolgt die Korrektur unter der Hand, als stillschweigendes Zurückschrauben der alten Aussagen auf ein Niveau, von dem aus dann von neuem mit der Ankündigung künftiger Systemkrisen begonnen werden kann. Wenn P.C. Ludz beispielsweise 1974 schrieb: "Auch für die DDR wird ... eine Krise des Selbstverständnisses heraufkommen ... Erste Anzeichen einer solchen Krise ... sind bereits zu beobachten"[18], so war dem - für die meisten Leser nicht konstatierbar - längst eine Zurücknahme früherer Thesen vorausgegangen: 1965 etwa sah Ludz ganz Osteuropa bereits in einer "tiefen geistigen und existenziellen Krise"[19]; diese "tiefe Krise" hatte sich also in der Folgezeit zunächst einmal wieder sublimiert zu bloßen "ersten Anzeichen".[20] Es fragt sich, was hier übrig bleibt von dem, was Ludz ausdrücklich als das "Ziel" seiner Analysen bezeichnet: "die Prognose, deren Sicherheitsgrad angebbar ist."[21]

Die bürgerliche Kommunismusforschung scheint sich tendenziell in einem zwanghaften Kreislauf zu bewegen, in welchem sie auf das Ausbleiben der prognostizierten krisenhaften Entwicklungen nur mit der noch verstärkten Produktion neuer Krisenprognosen zu reagieren vermag.[22]

Forts. Anm. 16)

atmosphärischen Schilderungen bei P.C. Ludz, Die Neuordnung der Führungsspitze..., bes. 117f.

17) Z.B.: "Die Hiobsbotschaften von einer explosiven Stimmung in der DDR, von Machtkämpfen oder gar von sowjetischen Interventionsdrohungen sind - gelinde gesagt - überzogen." (Die Zeit v. 27.1.1978)

18) P.C. Ludz, Deutschlands doppelte Zukunft, S. 83

19) P.C. Ludz, Der politische Aspekt der Entfremdung, S.4

20) Wiederum einige Jahre zuvor hatte Ludz den Eindruck, daß es im ideologischen Leben der DDR "jeder Zeit zu offenem Widerstand kommen" könne (Revisionistische Konzeptionen von 1956/57 in der 'DDR', in: Moderne Welt 4/1960-61, S. 353).

21) P.C. Ludz, Situation, Möglichkeiten und Aufgaben der DDR-Forschung..., S. 160

22) Wie die FAZ feststellt, erscheinen in letzter Zeit sogar "mehr und mehr Darlegungen, die vom unabweis-

So trifft auf sie eine Bemerkung von H. Rudolph - die dieser auf den Marxismus bezogen wissen wollte - mit unverhoffter Genauigkeit zu: "In einem geradezu manisch gehandhabten Prozeß des Zurechtdenkens von Geschichte und Gesellschaft pendelt sich diese Bewegung gegenüber allen Verunsicherungen durch die Praxis immer wieder auf sich selbst ein."[23]

Das wissenschaftliche Dilemma bürgerlicher Kommunismusforschung, wie es in der Frage ihrer Prognosefähigkeit nur besonders eklatant hervortritt, sollte an sich bereits jeden Zweifel darüber beseitigen, daß es mehr als gerechtfertigt ist, nach einer theoretischen Alternative Ausschau zu halten. Nichtsdestotrotz geschieht es, daß die marxistisch orientierte Sozialismusforschung in der Bundesrepublik von ihren Gegnern vehement in die Rolle desjenigen gedrängt zu werden versucht wird, der die Berechtigung seines Tuns, ja überhaupt seine Existenzberechtigung, erst einmal nachzuweisen habe. Die Absurdität dieser Situation erhellt allein schon aus einer Gegenüberstellung von herrschender und marxistischer DDR-Forschung in der Frage der prognostischen Leistung: Während die erstere, wie gezeigt, mit der Grundtendenz ihrer Voraussagen stets Fehlschläge erlitt und erleidet, konnte einer solchen Studie wie dem von Marburger Autoren vorgelegten Systemvergleich BRD-DDR[24]

Forts. Anm. 22)

24. 2. 1978 im Zusammenhang einer Besprechung von E. Todd, Vor dem Sturz. Das Ende der Sowjetherrschaft, Westberlin 1977) In der DDR-Forschung und DDR-bezogenen Publizistik legt man sich auf apodiktische Zusammenbruchsprognosen heute nur selten fest. Immerhin schreibt jedoch z.B. W. Obst: "Nur wer völlig realitätsfremd ist, kann dem 'DDR'- Sozialismus nach 1980 noch eine ungetrübte Zukunft einräumen. Das innerdeutsche Wohlstandsgefälle läuft auf einen kritischen Punkt zu..." (Die Welt v. 25.1.1978). H. Rudolph hingegen hält Abstand von klar umrissenen und falsifizierbaren Krisenprognosen und erklärt stattdessen kurzerhand die DDR zur Krise an sich: er spricht von der "alten, chronischen Krise, die die Existenz der DDR ausmacht" (FAZ v. 22. 3.1978).

23) H. Rudolph, Die Gesellschaft der DDR..., S. 79

24) H. Jung/ F. Deppe/ K.H. Tjaden/ G. Fülbert et al. BRD-DDR. Vergleich der Gesellschaftssysteme, Köln 1971

trotz aller Polemik ihrer Kritiker doch faktisch keine einzige derartige Fehlleistung vorgeworfen und nachgewiesen werden.

Im übrigen ist für die Polemik gegen die hiesige marxistisch-orientierte DDR-Forschung kennzeichnend, daß sie jeweils sehr rasch, ohne angemessene Erwägung der Argumente, Ableitungen und empirischen Beweise, im Vorwurf der Apologetik endet und gipfelt. Das bedeutet jedoch letztlich, daß sie die analytischen Ergebnisse, und nicht die Methoden ihrer Erlangung, zum Anklagepunkt erhebt.[25] Dies ist etwa der Fall bei K. Sontheimer und W. Bleek, die es per se für kritikwürdig halten, daß in der bundesdeutschen marxistischen DDR-Forschung "Thesen und Interpretationen der ... Wissenschaft und Publizistik in der DDR" für zutreffend gehalten werden.[26]

Die gegenüber der marxistischen DDR-Forschung unablässig erhobene Beschuldigung, schlicht die "Selbstinterpretation der DDR" zu repetieren[27], das "Selbstverständnis der dortigen Führung" abzuschildern[28] usw., macht sich die Sache zu leicht. Sie mißt diese Strömung vordergründig an der Elle des in der Bundesrepublik herrschenden

---

25) Wo auch die wissenschaftliche Methode dem Apologetik-Vorwurf unterworfen wird, kommt die Kritik kaum je ohne Unterstellungen aus. So kann etwa von J. Perels Vorwurf, die Marburger Systemvergleichstudie verkürze Sozialismus auf "Verstaatlichung der Produktionsmittel" (Kritische Justiz 4/1972, S. 434), keine Rede sein; die Studie wendet sich auch explizit gegen eine solche Verkürzung (vgl. u.a. S. 211).

26) K. Sontheimer/ W. Bleek, Die DDR ..., S. 19. Verbot von Denkergebnissen wird auch gefordert, wenn es über eine wissenschaftliche Arbeit heißt, sie "könnte ...; so auch in der DDR geschrieben sein", oder über einen Wissenschaftler, er lehne "sich weitgehend an die dortige Art des Philosophierens an." (W.N. Luther, Vom Mißbrauch der Politischen Wissenschaft, in: Die politische Meinung, Juli/August 1976, S. 88)

27) J. Perels, a.a.O., (vgl. Anm. 25) S. 434

28) A. Sywottek, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XII, 1972, S. 861

"gesunden Volksempfindens"[29] und schlägt damit einen Bogen um die grundlegenden Fragen einer wissenschaftlichen Sozialismusanalyse: Was leistet der Begriff der Industriegesellschaft? Was die Totalitarismustheorie? Haben sie die Erkenntnisse über die sozialistischen Länder befruchtet? Welche wissenschaftlichen Perspektiven eröffnet ein materialistischer Begriff vom Sozialismus als ökonomischer Gesellschaftsformation?

Zu zeigen, wie dringend sich diese Fragen stellen - dazu sollte hier ein Beitrag geliefert werden.

---

29) Das "derzeit in der BRD herrschende Klima der Angst vor Berührung mit wirklichen oder vermeintlichen politischen 'Feinden'" beklagt auch J. Glenn, Die BRD-Forschung in der DDR, in : DDR-Report 2/1976, S. 77. Glenn fährt fort: "Jede andere als glatt ablehnende Beschäftigung mit dem, was 'Sozialisten' oder 'Kommunisten' vorbringen, die ihre Aussagen ernst nimmt, wo sie auf Originalmaterial basieren und nachprüfbar sind, wird allzu leicht und leichtfertig als Propagierung ihres Standpunktes, als Unterwanderung in ihrem Auftrag denunziert." (ebda.)

In den Anmerkungen benutzte Abkürzungen:

Blätter	Blätter für deutsche und internationale Politik
DA	Deutschland Archiv
DNG	Die Neue Gesellschaft
DVZ	Deutsche Volkszeitung
DZ	Deutsche Zeitung / Christ und Welt
DZfPh	Deutsche Zeitschrift für Philosophie
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FR	Frankfurter Rundschau
IPW-Berichte	Institut für Internationale Politik und Wirtschaft - Berichte
NZZ	Neue Züricher Zeitung
OP	Oberhessische Presse
PFS	Probleme des Friedens und des Sozialismus
PVS	Politische Vierteljahresschrift
STP	Sozialismus - Theorie und Praxis
(SH	Sonderheft)

Andere Zeitschriften werden jeweils mit vollständigem Namen aufgeführt.

Literatur

Ackermann, Manfred: Die Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und den DDR-Forschern, in: Deutschland-Archiv 6/1973, S. 589ff.

Ahlberg, René: Die sozialistische Bürokratie. Die marxistische Kritik am etablierten Sozialismus, Stuttgart - Berlin - Köln - Mainz 1976

Alexejew, P.W./ Iljin, A.J.: Das Prinzip der Parteilichkeit, Berlin 1075

Ammer, Thomas: Zu den Bemerkungen "'Verunsicherte' DDR-Forschung" von Detlef Herrmann, in: Deutschland Archiv 3/ 1976, S. 255ff.

Apel, Hans: Spaltung. Deutschland zwischen Vernunft und Vernichtung, Westberlin 1966

Auerbach, Ludwig: DDR-Forschung im Spannungsfeld der Politik, in: SBZ-Archiv 20/1967, S. 325ff.

Axen, Hermann: Die Herausbildung der sozialistischen deutschen Nation in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus 3/1976, S. 291ff.

Badstübner, Rolf/ Bednareck, Horst/ et al.: DDR. Werden und Wachsen. Zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1974

Badstübner, Rolf/ Thomas, Siegfried: Restauration und Spaltung. Entstehung und Entwicklung der BRD 1945 - 1955, Köln 1975

Balla, Bálint: "Bürokratische" oder "Kader"-Verwaltung? Zur Idealtypisierung der "Bürokratie" sowjetisch-volksdemokratischen Typs, in: Zeitschrift für Soziologie 2/ 1973, S. 101ff.

Bechtoldt, Heinrich: Die deutschen Ostverträge in der Weltpolitik, in: Aussenpolitik 5/1972, S. 253ff.

Behr, Wolfgang: Bundesrepublik Deutschland - Deutsche Demokratische Republik. Grundkonflikte und Konvergenzerscheinungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 36-37/ 1974, S. 3ff.

Bender, Peter: Umklammerung oder Quarantäne? Möglichkeiten einer aktiven Deutschlandpolitik, in: Der Monat, Heft 158, November 1961, S. 13ff.

Berger, Horst/ Jetzschmann, Horst: Der soziologische Forschungsprozeß (Methodologische und methodische Aspekte), Berlin 1973

Bergner, Dieter/ Mocek, Reinhard: Bürgerliche Gesellschaftstheorien. Studien zu den weltanschaulichen Grundlagen und ideologischen Funktionen bürgerlicher Gesellschaftsauffassungen, Berlin 1976

Bergsdorf, Wolfgang: Eine dritte Phase der DDR-Forschung?, in: Deutschland Archiv 3/1973, S. 591ff.

Berka, Karel/Bönisch, Siegfried et al.: Die Wissenschaft von der Wissenschaft. Philosophische Probleme der Wis-

senschaftstheorie, Berlin 1968

Bertsch, Heinrich: Rolle und innere Konflikte der bürgerlichen "DDR-Forschung", in: IPW-Berichte 7/1972, S. 2ff.

Beyme, Klaus von: Ökonomie und Politik im Sozialismus Ein Vergleich der Entwicklung in den sozialistischen Ländern, München - Zürich 1975

Blank, Karl: Beiträge zum innerdeutschen Gewerkschaftsdialog, Bonn- Bad Godesberg 1971

Bohring, Günther: Sozialismus und wissenschaftliches Schöpfertum, in: Aktivität - Schöpfertum - Leitung und Planung. Materialien vom II. Kongreß der marxistisch-leninistischen Soziologie in der DDR, Berlin 1975, S. 63ff.

Bracher, Karl Dietrich: Der umstrittene Totalitarismus: Erfahrung und Aktualität, in: ders., Zeitgeschichtliche Kontroversen um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie, München 1976, S. 33ff.

Bracher, Karl Dietrich/ Sauer, Wilhelm/ Schulz, Gerhard: Die nationalsozialistische Machtergreifung, Köln-Opladen 1960

Bramhoff, Michael/ Woidtke, Bernd: Die Problematik der Chancenungleichheit in sozialistischen Ländern am Beispiel der DDR, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 3/1974, S. 588ff.

Bredow, Wilfried von: Abgrenzung und Entspannung, in: Deutschland Archiv 3/1973, S. 252ff.

ders.: Die DDR als Forschungsobjekt, in: Deutschland Archiv 8/1973, S. 822ff.

Brendler, Gerhard: Zur Rolle der Parteilichkeit im Erkenntnisprozeß des Historikers, in: Probleme der marxistischen Geschichtswissenschaft, Berlin bzw. Köln 1972, S. 103ff.

Brentano, Margherita von: Wissenschaftspluralismus. Zur Funktion, Genese und Kritik eines Kampfbegriffs, in: Das Argument 66, Oktober 1971, S. 476ff.

Bress, Ludwig: Hat die "DDR-Forschung" eine Zukunft?, in: Deutschland Archiv 7/1973, S. 718ff.

Brokmeier, Peter: Entwicklungsbedingungen der DDR-Gesellschaft, in: Kritische Justiz 4/1972, S. 331ff.

Bruns, Wilhelm: Richtungen und Probleme der DDR-Forschung in der Bundesrepublik, in: Deutschland Archiv 6/1973, S. 594ff.

Brzezinski, Zbigniew K.: Totalitarism and Rationality, in: The American Political Science Review 50 (1956)

ders.: Entspannungspolitik im Schatten Prags, in: Grosser, C. et al. (Hrsg.), Das 198. Jahrzehnt. Eine Team-Prognose für 1970 bis 1980, Hamburg 1969, S. 37ff.

ders.: Neue Dimensionen der Bedrohung der Sicherheit der Atlantischen Allianz, in: Europa Archiv, Dezember 1974, S. 777ff.

ders.: Amerika in einer feindlichen Welt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/1976, S. 124f

Buchholz, Arnold: Wissenschaftlich-technische Revolution (WTR) und Wettbewerb der Systeme, in: osteuropa 5/1972, S. 329ff.

Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): Bericht der Bundesregierung und Materialien zur Lage der Nation 1971, 1972, 1974; Auszüge der Materialien 1974 auch in : Deutschland Archiv 10/1974, S. 1080ff.

Bundesverfassungsgericht: Urteil vom 31. Juli 1973 (zum Grundlagenvertrag zwischen BRD und DDR). (Seminarmaterial des Gesamtdeutschen Instituts - Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben, Bonn)

Burks, R.V.: Neue Wege der Kommunismusforschung in Amerika, in: Osteuropa 6/1970, S. 399ff.

Burrichter, Clemens: Fragen zu einer soziologischen Theorie der DDR-Gesellschaft, in: Deutschland Archiv 7/1969, S. 698ff.

ders.: Präliminarien zu einer Theorie internationaler Wissenschaftskooperation, in: Berichte aus Gesellschaft und Wissenschaft 9/1976, S. 1ff.

Burrichter, Clemens/ Förtsch, Eckart: DDR-Forschung im Systemwettstreit, in: Deutschland Archiv 10/1975, S. 1035ff.

dies.: Orientierungshilfen für Detlef Herrmann, in: Deutschland Archiv 3/1976, S. 258f.

dies./Müller, Hans-Joachim: Die wissenschaftlich-technische Revolution - Kriterien und Konsequenzen, in: Deutschland Archiv 5/1976, S. 516ff.

Conert, Hansgeorg/ Eichwede, Wolfgang: Produktionsverhältnis und Arbeiterklasse in der UdSSR, Hannover 1976

Cramer, Dettmar: Deutschland nach dem Grundvertrag, Stuttgart 1973

Croan, Melvin: Zur Lage der DDR-Forschung in den USA, in: Deutschland Archiv 2/1976, S. 164ff.

Dietz, Raimund: Der Wertbegriff in der Politischen Ökonomie des sowjetischen Sozialismus (DDR) und die gesellschaftliche Struktur der Arbeit, in: Deutschland Archiv, Sonderheft 1974, S. 3ff.

Domes, Alfred (Hrsg.): Ost-West-Polarität, Köln 1972

Domin, G./Lanfermann, H.-H. et al.: Bürgerliche Wissenschaftstheorie und ideologischer Klassenkampf. Eine Auseinandersetzung mit bürgerlichen Wissenschaftsauffassungen, Berlin 1973

Draht, Martin: Totalitarismus in der Volksdemokratie, Einleitung zu: Richert, Ernst, Macht ohne Mandat. Der Staatsapparat der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Köln-Opladen 1958, 2. Aufl. 1963

Gradl, Johann Baptist: DDR-Forschung als eigene Aufgabe, in: Deutschland Archiv 5/1973, S. 485ff.

Graf, Rudolf: Ein Konkurs besonderer Art. Zur Auflösung des "Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands", in: IPW-Berichte 1/1975, S. 59ff.

Gransow, Volker: Kulturpolitik in der DDR, Berlin 1975

Grasnick, Georg/ Pirsch, Hans/ Reban, Arne (Gesamtred.) Kreuzzug gegen die Koexistenz. Psychologische Kriegsführung heute, Berlin bzw. Frankfurt/Main 1975

Greiffenhagen, Martin/ Kühnl, Reinhard/ Müller, J.B.: Totalitarismus. Zur Problematik eines Begriffs, München 1972

Grille, Dietrich: Was ist objektiv? Die "DDR" als Gegenstand der wissenschaftlichen Forschung, in: Die Welt, Beilage vom 30.3.1968

ders.: "DDR-Forschung" im Wandel?, in: Deutsche Studien 4/1968, S. 157ff.

ders.: Literaturbericht zur "DDR-Forschung", in: Politische Studien Heft 231, Januar/Februar 1977, S. 95ff.

Groth, Alexander J.: The "Isms" in Totalitarism, in: American Political Science Review 58, 4/1964, S. 888ff.

Grundlagen der marxistisch-leninistischen Philosophie (Hrsg.: Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Institut für Philosohpie/Ministerium für Hoch und Fachschulwesen der UdSSR), Frankfurt a.M. 1971

Habermas, Jürgen: Analytische Wissenschaftstheorie und Dialektik, in: Topitsch, Ernst (Hrsg.), Logik der Sozialwissenschaften, Köln - Berlin 1965

Hahn, Erich: Soziale Wirklichkeit und soziologische Erkenntnis, Berlin 1965

ders.: Historischer Materialismus und marxistische Soziologie, Berlin 1968

ders.: Ideologie. Zur Auseinandersetzung zwischen marxistischer und bürgerlicher Ideologietheorie, Berlin 1969

Hanke, Irma: Die politische Kultur, in: Rausch, Heinz/ Stammen, Theo, DDR - Das politische, wirtschaftliche und soziale System, 2. Aufl. 1974

dies. Sozialistische Demokratie als Einheit von Politik, Ökonomie und Moral, in: Deutschland Archiv, Sonderheft 1974, S. 23ff.

Hayes, Carlton J.H.: The Novelty of Totalitarianism in the History of Western Civilization, in: Smposium on the Totalitarian State. Proceedings of the American Philosophical Society 82 (1940)

Heimann, Horst: Demokratischer Sozialismus in Ost und West. Die Deutschland- und Ostpolitik: Anregungen zu einer konkreten Utopie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 36-37/1972

Erdmann, Kurt: Kritische Analyse unerläßlich, in: Deutschland Archiv 6/1973, S. 598f.

Esser, J./ Naschold, F./ Väth, W. (Hrsg.): Gesellschafts planung in kapitalistischen und sozialistischen Systemen, Gütersloh 1972

Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands (Hrsg.): Tätigkeitsberichte 1952/53, 1954/56, 1957/61, 1961/65, 1965/69, Bonn

Förtsch, Eckart/ Müller, Hans-Joachim: "Parteielite im Wandel". Marginalien zu Peter Christian Ludz' Buch, in: Analysen und Berichte aus Gesellschaftswissenschaften, Nr. 9, Erlangen 1968

Freiburg, Arnold: Organisatorische Möglichkeiten und Grenzen betrieblicher Mitbestimmung der werktätigen Jugend in der DDR, in: Deutschland Archiv, Sonderheft 1974, S. 41ff.

Friedrich, Carl Joachim: Totalitäre Diktatur, Stuttgart 1957

ders./ Brzezinski, Zbigniew K.: Totalitarian Dictatorship and Autocracy, Cambridge 1956, 2. Aufl. 1965

ders.: Freiheit und Verantwortung. Zum Problem des demokratischen Totalitarismus, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 1959, S. 124ff.

ders.: Die politische Wissenschaft, Freiburg ' München 1961

Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Mitwirkung und Mitbestimmung. Die Rechte der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften in beiden deutschen Staaten, 2. Aufl. Bonn - Bad Godesberg 1973

dies. (Hrsg.): Parteien in beiden deutschen Staaten, 2. Aufl. Bonn - Bad Godesberg 1973

dies. (Hrsg.): Um die Qualität des Lebens in beiden deutschen Staaten. Weltbewerb oder Kooperation der Systeme?, Bonn - Bad Godesberg 1973

dies. (Hrsg.): Die deutsche Nation - von der Geschichte überholt oder geschichtlicher Auftrag? Die nationale Frage und die beiden deutschen Staaten, Bonn - Bad Godesberg 1974

dies. (Hrsg.): 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland - 25 Jahre Deutsche Demokratische Republik. Daten, Fakten, Namen, Bonn - Bad Godesberg 1974

Furtak, Robert K.: Interessenpluralismus in den politischen Systemen Osteuropas, in osteuropa 11-12/1974, S. 779ff.

Gestigkeit, Werner: Die Totalitarismus-Legende. Das Ende der Weimarer Republik im offiziellen Geschichtsbild der BRD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/1977, S. 318ff.

Goldthorpe, John H.: Theories of Industrial Society, in: European Journal of Sociology 12/1971, S. 263ff.

Löwenthal, Richard, Ideologie und Realpolitik. Glauben die Kreml-Machthaber an Dogmen?, in: Der Monat, Heft 117, Juni 1958, S. 37ff.

ders.: Die Euphorie des Westens, in: Der Monat, Heft 137, Februar 1960, S. 14ff.

ders.: Der sichere Weg zur Niederlage. Von der Unmöglichkeit der Defensive im "Kalten Krieg", in: Der Monat Heft 158, November 1961, S. 5ff.

ders.: Entwicklung kontra Utopie. Das kommunistische Dilemma, in: Der Monat, Heft 266, November 1970, S. 60ff

ders.: Sozialismus und aktive Demokratie, Frankfurt a.M. 1974

Lozek, Gerhard: Genesis und Wirsamkeit der imperialistischen Totalitarismus-Doktrin, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 4/1966, S. 525ff.

Lübbe, Peter: Der staatlich etablierte Sozialismus. Zur Kritik des staatsmonopolistischen Sozialismus, Hamburg 1975

Ludz, Peter Christian: Das politische System in der DDR, in: Vorträge, gehalten anläßlich der Hessischen Hochschulwochen für staatswissenschaftliche Fortbildung, 1960, Bd. 24, S. 109ff.

ders.: Totalitarismus oder Totalität? Zur Erforschung bolschewistischer Gesellschafts- und Herrschaftssysteme, in: Soziale Welt 2/1961, S. 129ff.

ders.: Offene Fragen in der Totalitarismusforschung, in: Politische Vierteljahresschrift 4/1961, S. 319ff.

ders.: Konflikttheoretische Ansätze im Historischen Materialismus, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 4/1961, S. 661ff.

ders.: Religionskritik und utopische Revolution, in: Goldschmidt, Dietrich/ Matthes, Joachim (Hrsg.), Probleme der Religionssoziologie (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 6), Köln-Opladen 1962, S. 87ff.; neu abgedr. in: P.C. Ludz, Ideologiebegriff und marxistische Theorie. Ansätze zu einer immanenten Kritik, Opladen 1976, S. 103ff.

ders.: Zur Frage nach den Bedingungen der Möglichkeit einer Kritischen Gesellschaftstheorie,in: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie 4/1963, S. 409ff.

ders.: Entwurf einer Typologie des Ideologiebegriffs, (1963), in: ders., Ideologiebegriff und marxistische Ideologie. Ansätze zu einer immanenten Kritik, Opladen 1976, S. 82ff.

ders.: Ideologie, Intelligenz und Organisation. Bemerkungen über ihren Zusammenhang in der frühbürgerlichen Gesellschaft, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft 1/ 1964, S. 85ff.

ders.: Entwurf einer soziologischen Theorie totalitär verfaßter Gesellschaft, in: ders. (Hrsg.), Studien und Materialien zur Soziologie der DDR, Köln-Opladen 1964 (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 8), S. 11ff.

ders.: Der politische Spekt der Entfremdung, in: Osteuropäische Rundschau (Hinter dem Eisernen Vorhang) 5/1965, S. 3ff.

ders.: Konsolidierung und Spannung in der "DDR". Ergebnisse des 11. Plenums des Zentralkommitees der SED, in: Osteuropäische Rundschau 2/1966, S. 3ff.

ders.: Widerspruchsprinzip und Soziologie, in: Boettcher, Erik/ Lieber, Hans-Joachim/ Meissner, Boris (Hrsg) Bilanz der Ära Chruschtschow, Stuttgart 1966, S. 307ff.

ders.: Funktionsaufbau und Wandel der Sozialstruktur der SED-Führung, in: Politische Vierteljahreshefte 4/ 1966, S. 498ff.

ders.: Parteielite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialsturktur und Ideologie der SED-Führung, Köln-Opladen 1968

ders.: Politische Spekte der kybernetischen Systemtheorie in der DDR, in: Deutschland Archiv 1/1968, S. 1ff.

ders.: Situation. Möglichkeiten und Aufgaben der DDR-Forschung in der Bundesrepublik, in: Die Neue Gesellschaft 2/1968, S. 153ff.

ders.: Aktuelle oder strukturelle Schwächen der DDR-Forschung?, in: Deutschland Archiv 3/ 1968, S. 255ff.

ders.: Artikel "Konvergenz, Konvergenztheorie", in: Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie, Freiburg - Basel- Wien 1969, Bd. III, S. 889ff.

ders./ Kuppe, Johannes: Literatur zum politischen und gesellschaftlichen System der DDR, in: Politische Vierteljahresschrift 2-3/1969, S. 335ff.

ders.: DDR-Forschung und vergleichende Deutschlandforschung in den USA, in: Deutschland Archiv 2/1970, S. 113ff.

ders.: The SED Leadership in Transition, in: Problems of Communism 3/1970, S. 23ff.

ders.: Die soziologische Analyse der DDR-Gesellschaft, in: Wissenschaft und Gesellschaft in der DDR, München 1971, S. 11ff.

ders.: Die Ideologie des "Sozialdemokratismus" aus der Sicht der Kommunisten (Rezension von "Die Ideologie des Sozialdemokratismus in der Gegenwart", Berlin 1971), in: Die Neue Gesellschaft 5/1972, S. 358ff.

ders.: Zur gesellschaftspolitischen Situation in der DDR, in: Merkel, K./ Immler, H. (Hrsg.), DDR-Landwirtschaft in der Diskussion, Köln 1972, S. 23ff.

ders.: Experten und kritische Intelligenz in der DDR, in: Feuchtwanger, Edgar J. (Hrsg.), Deutschland. Wandel und Bestand. Eine Bilanz nach hundert Jahren, München 1973, S. 210ff. (bzw. Lizenzausgabe, Frankfurt a.M. 1976, S. 171ff.)

ders.: Die Zukunft der DDR-Forschung, in: Deutschland Archiv 5/1973, S. 488ff.

ders.: Widerspruchstheorie und entwickelte sozialistische Gesellschaft, in: Deutschland Archiv 5/1973, S. 506ff.

ders.: Die nationale Frage im Spannungsfeld von Integration und Koexistenz, in: Deutschland Archiv, Sonderheft 1973, S. 77ff.

ders.: Wie funktioniert die DDR?, in: Stern Nr. 41 vom 3.10.1974, S. 55f.

ders.: Deutschlands doppelte Zukunft. Bundesrepublik und DDR in der Welt von morgen. Ein politischer Essay, München 1974

ders.: Politische Ziele der SED und gesellschaftlicher Wandel in der DDR. Ein Rückblick, in: Deutschland Archiv 12/1974, S. 1262ff.

ders.: Die aufgeschobene Gipfelkonferenz der europäischen kommunistischen Parteien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 5/1976, S. 3ff.

ders.: Der IX. Parteitag der SED: Ein Rückblick, in: Deutschland Archiv, Sonderheft 1976, S. 3ff.

ders.: Die Neuordnung der Führungsspitze der DDR. Beweggründe und Auswirkungen der Machtkonzentration bei Erich Honecker, in: Europa Archiv 4/1977, S. 113ff.

Maibaum, Erner: Konzeption und Schwierigkeiten der DDR-Forschung, in: Politische Bildung 2/1972, S. 3ff.

Martiny, Albrecht: Marxismus und nationale Frage, in: Deutschland Archiv 11/1975, S. 1176ff.

Mattick, Kurt: Politische Forderungen an die DDR-Forschung, in: Deutschland Archiv 6/1973, S. 585f.

Mehnert, Klaus: Ideologischer Krieg trotz Koexistenz - sagt Moskau, in: osteuropa 1/1973, S. 1ff.

Meimberg, Rudolph: Über die Möglichkeit eines Übergangs von der zentralen Kommandowirtschaft zur Marktwirtschaft in: Jahrbuch für Sozialwissenschaften 3/1963, S. 114ff.

Meissner, Boris: Totalitäre Herrschaft und sozialer Wandel in der Sowjetunion, in: Bruderer, G./ Meissner, B. et al., Gesellschaftliche Entwicklungstendenzen in Osteuropa, Erlenbach - Zürich - Stuttgart 1969, S. 30ff.

Meißner, Herbert (Hrsg.): Bürgerliche Ökonomie im modernen Kapitalismus, Berlin 1967

ders.: Konvergenztheorie und Realität, Berlin 1969

Meyer, Gert: Anmerkungen zu Alexander Solschenizyns "Archipel GULAG", in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/1974, S. 402ff.

Mitzscherling, Peter: Forschungsgebiet DDR-Wirtschaft. Anmerkungen aus der Sicht des DIW, in: Deutschland Archiv 10/1973, S. 1033ff.

Moskwitschew, L.N.: "Entideologisierung" - Illusion und Wirklichkeit, Berlin 1973

Neugebauer, Gero: DDR-Forschung nur Büttel der Politik?, in: Deutschland Archiv 10/1973, S. 1036ff.

Neuhäußer-Wespy, Ulrich: Die SED und die Historie. Probleme und Aspekte der gegenwärtigen Umorientierung in der Geschichtswissenschaft der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 41/1976, S. 30ff.

Nick, Harry: Marktwirtschaft - Legende und Wirklichkeit, Berlin 1974

Niethammer, Lutz/ Borsdorf, Ulrich: Traditionen und Perspektiven der Nationalstaatlichkeit für die Brd, In: Außenpolitische Perspektiven des westdeutschen Staates, München - Wien 1972

Nolte, Ernst: Über das Verhältnis von "bürgerlicher" und "marxistischer" Geschichtswissenschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 31/1973, S. 10ff.

Nowopaschin, J.S.: Strategie der "friedlichen Einmidchung". Kritik bürgerlicher Konzeptionen über den realen Sozialismus, Berlin 1974

Oldenburg, Fred: Vom Elend der DDR-Forschung, in: Deutscl land Archiv 5/1976, S. 472ff.

Opitz, Reinhard: Über die Entstehung und Verhinderung von Faschismus, in: Das Argument 87

Orlow, Jurij: Über die Unmöglichkeit des nicht-totalitären Sozialismus, in: Politische Studien, Heft 228, Juli/August 1976m S. 363ff.

Parenti, Michael: The Anti- Communist Impulse, New York 1969

Pfeiler, Wolfgang: Über den politischen Wert einer wissenschaftlichen DDR-Forschung, in: Deutschland Archiv 5/ 1973, S. 493ff.

ders.: DDR-Lehrbuch, Bonn 1974

Picaper, Jean-Paul: Pluralisierung in der DDR-Forschung. Oder die Furcht vor dem Kronzeugen, in: Deutschland Archiv 6/1976, S. 587ff.

ders.: Schritt zur Realität. Neue Fragen für De-De-Errologen, in: Deutsche Zeitung v. 25.6.1976

Portisch, Hugo: Die deutsche Konfrontation, München - Wien 1974

Rausch, Heinz/ Stammen, Theo (Hrsg.): DDR. Das politische, wirtschaftliche und soziale System, 2. Aufl. München 1974

Richert, Ernst: Revolutionäre und evolutionäre Tendenzen im DDR-Gesellschaftsprozeß. Ein Verscuh über den Befund und sein Selbstverständnis, in: Deutschland Archiv, Sonderheft 1975, S. 19ff.

Richter, Hans: "Kommunismusforschung" in den USA, in: Deutsche Außenpolitik 1/1973 und 4/1973

Rodejohann, Jo: Zum Beginn des Kalten Krieges, in: Albrecht, Ulrich/ Bredow, Wilfried von et. al., Durch Kooperation zum Frieden? Probleme gesamteuropäischer Sicherheit und Zusammenarbeit, München 1974, S. 33ff.

Ronneberger, Vergleichbarkeit östlicher und westlicher politischer Systeme, in: Domes, A. (Hrsg.), Ost-West-Polarität, Köln 1972, S. 13ff.

Rose, Günther, Konvergenz der Systeme. Legende und Wirklichkeit, Köln 1970

Roth, Karl Heinz: Invasionsziel: DDR. Vom Kalten Krieg zur Neuen Ostpolitik, Hamburg 1971

Rudolph, Hermann: Die Gesellschaft der DDR - eine deutsche Möglichkeit? Anmerkungen zum Leben im anderen Deutschland, München 1972

Schack, Alard von: Der geistige Kampf in der Koexistenz, in: Aussenpolitik 11/1962, S. 765ff.

Schapiro, Leonard B.: Artikel "Totalitarismus", in: Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft, Bd. 6, Freiburg - Basel - Wien 1972, S. 465ff.

Schäfer, Gert: Demokratie und Totalitarismus, in: Kress, Gisela/ Senghaas, Dieter (Hrsg.), Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme, Frankfurt 1969, S. 105ff.

Schenk, Fritz: Zwei Richtungen in der Ostforschung, in: Deutschland Archiv 3/1968, S. 258ff.

Schlangen, Walter: Theorie und Ideologie des Totalitarismus. Möglichkeiten und Grenzen einer liberalen Kritik politischer Herrschaft, Bonn 1972

Schliwa, Harald: Erkenntnis und Ideologie, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Sonderheft 1968

Schneider, Eberhard: Die DDR. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Stuttgart 1975

Schoeck, Helmut: Die Illusion eines "demokratischen" Sozialismus. Gewachsene Gefahren für eine freie Gesellschaft, in: Die politische Meinung, Heft 165, März/ April 1976, S. 19ff.

Schwarz, Hans-Peter: Die nationale Frage - morgen 6 Thesen zur Positionsbestimmung nach 25 Jahren, in: Die politische Meinung, Heft 154, Mai/Juni 1974, S. 9ff.

Schweigler, Gebhard: Nationalbewußtsein in der Bundesrepuboik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, 2. Aufl. Düsseldorf 1974

Seidel, Bruno/ Jenker, Siegfried (Hrsg.): Wege der Totalitarismusforschung, Darmstadt 1968

Sontheimer, Kurt/ Bleek, Wilhelm: Die DDR. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Hamburg 1972, 4. erw. und neubearb. Aufl. 1975

Sorg, Richard: Ideologietheorien. Zum Verhältnis von gesellschaftlichem Bewußtsein und sozialer Realität, Köln 1976

Spittmann, Ilse: DDR-Forschung im Wandel. Zur ersten empirisch-systematischen Analyse der SED-Führung, in: SBZ-Archiv 3/1968, S. 36ff.

Steinhaus, Kurt: Probleme der Systemauseinandersetzung im nachfaschistischen Deutschland, in Jung, Heiuz/ Deppe, Frank/ et al., BRD - DDR. Vergleich der Gesellschaftssysteme, Köln 1971, S. 402ff.

Straßburger, Jürgen/ Zimmermann, Hartmut: Parteilichkeit in der DDR-Forschung? zu einem polemischen Beitrag von Detlef Herrmann, in: Deutschland Archiv 3/ 1976, S. 252ff.

dies.: Auf welche Weise und in welcher Absicht? Bemerkungen zu Jean-Paul Picaper, in: Deutschland Archiv 9/1976, S. 941ff.

Talmon, J.: Die Ursprünge der totalitären Demokratie, Köln-Opladen 1961

Thalheim, Karl C.: Bemerkungen zum Stand und zu den Aufgaben der DDR-Forschung, in: Deutschland Archiv 2/1968, S. 141ff.

ders.: Zur Notwendigkeit und zu den Aufgaben der DDR-Forschung, in: Deutschland Archiv 9/1973, S. 916ff.

Thomas, Rüdiger: Modell DDR. Die kalkulierte Emanzipation, München 1972

Tilford, Roger (Hrsg.): The Ostpolitik and Political Change in Germany, Lexington, Mass. 1975

Topitsch, Ernst/Salamun, Kurt: Ideologie. Herrschaft des Vorurteils, München 1972

Vieregge, Henning von: Zur politischen Bildungsarbeit der parteinahen Stiftungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 7/1977, S. 28ff.

Voigt, Dieter/ Grätz, Frank: DDR: Mitbestimmung oder Mitwirkung in den Betrieben?, in: Politische Studien, Heft 224 (1975), S. 591ff.

Weber, Hermann: Die DDR-Forschung nach dem Grundvertrag, in: Deutschland Archiv 6/1973, S. 587ff.

ders.: Stalinismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 4/1977, S. 5ff.

Weissbecker, Manfred: Entteufelung der braunen Barbarei. Zu einigen neueren Tendenzen in der Geschichtsschreibung der BRD über Faschismus und faschistische Führer, Frankfurt a.M. 1975

Wettig, Gerhard, Kontakt und Kommunikation - ein wünschenswertes Element europäischer Friedensordnung?, in: Jahn, Egbert/ Rittberger, Volker (Hrsg.), Die Ostpolitik der Bundesrepublik. Triebkräfte, Widerstände, Konsequenzen, Opladen 1974, S. 261ff.

ders.: Freiheit oder Unfreiheit im Äther. Auseinandersetzungen in der UNO und auf der KSZE, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 23/1976, S. 3ff.

Wolf, Konstanze: "Mitbestimmung" und "Mitgestaltung" in der DDR, in: Politische Studien, Heft 231, Januar/Februar 1977, S. 29ff.

Wotschak, Winfried: DDR-Forschung unter Anpassungszwang, in: Sozialistische Politik 30, Oktober 1974, S. 25ff.

Wyniger, Willy: Demokratie und Plan in der DDR. Probleme der Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution, Köln 1971

Zapf, Wolfgang: Zur Messung der Lebensqualität, in: Zeitschrift für Soziologie 4/1972, S. 353ff.

Zeisler, Kurt: Genesis und Funktionen der gegenwärtigen imperialistischen "Kommunismusforschung", in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 10/1973, S. 1157ff.

Zimmermann, Hartmut: Probleme der Analyse bolschewistischer Gesellschaftssysteme, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 4/1961, S. 193ff.

ders.: Zu einigen innenpolitischen Aspekten der DDR-Forschung, in: Deutschland Archiv 7/1973, S. 713ff.

Kurzer Lebenslauf

Olaf Cless, geboren am 17. Dezember 1948 in Freiburg/Br.; Studium in den Fächern Politik, Geschichte und Soziologie seit 1967, zunächst in Freiburg, ab 1970 in Marburg; dort Ablegung der Wissenschaftlichen Prüfung für das Lehramt an Gymnasien in den Fächern Sozialkunde und Geschichte im Mai 1974; danach Erarbeitung der vorliegenden schriftlichen Promotionsarbeit.

Olaf Cless